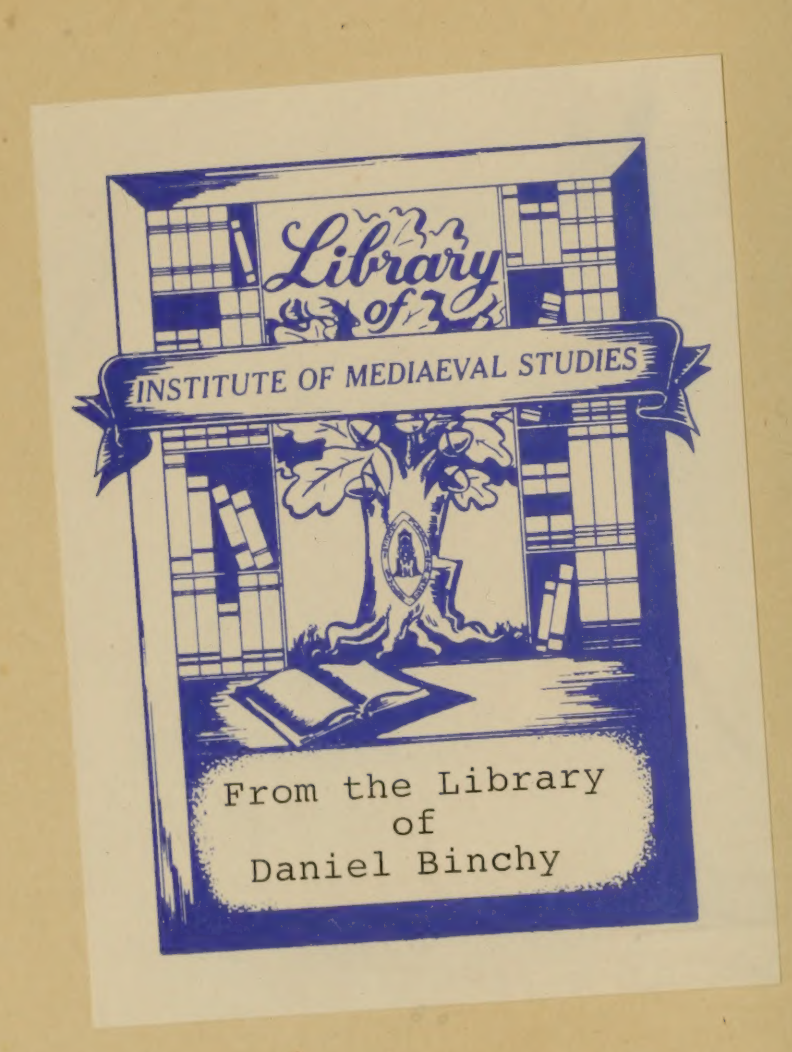



Library
of
INSTITUTE OF MEDIAEVAL STUDIES
From the Library
of
Daniel Binchy

Deutsche Geschichte

Von

Dietrich Schäfer

Achte,
bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage

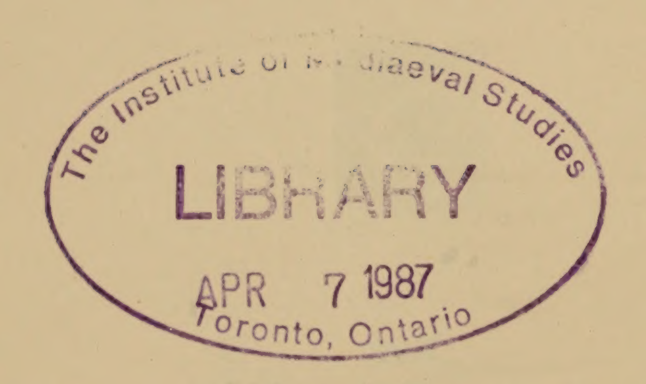
❖ ❖

Zweiter Band

Neuzeit



Jena
Verlag von Gustav Fischer
1921


The Institute of Mediaeval Studies
LIBRARY
APR 7 1987
Toronto, Ontario

Dem Andenken

an

Heinrich von Treitschke und Georg Waitz

gewidmet.

Inhaltsübersicht.

Viertes Buch.

Seite



Drittes Buch.

Reformation und Gegenreformation (1517—1648).

Erstes Kapitel.

Martin Luther als Urheber der Reformation (bis 1522).

Es ist neuerdings, einer Zeitrichtung folgend, der Versuch gemacht worden, Martin Luther aus den Bedingtheiten seiner Umgebung, aus dem „Milieu", zu erklären. Es ist mit Geist und Kenntnissen geschehen, hat aber zu einem vollen Erfolge nicht geführt und nicht führen können. Denn das Verfahren ist überhaupt verfehlt, sobald man seine letzten Konsequenzen ziehen will. Nicht einmal Durchschnittsmenschen lassen sich restlos aus den Verhältnissen verstehen, unter deren Geltung sie geworden sind, viel weniger führende Geister. Nicht nur, daß man — etwa aus mangelnder Kenntnis — nicht vollständig nachweisen kann, welche Einflüsse in ihnen wirksam wurden, ein Teil ihres Wesens — je höher sie stehen, um so mehr — ist tatsächlich nicht von außen in sie hinein getragen; es ist mit ihnen geboren. Es möchte kaum einen Menschen geben, der nichts hätte, was ihm und ihm allein zu eigen gehört; bei den Großen aber liegt gerade hier die Quelle ihrer schöpferischen Kraft. Bei Luther ist das, was wir Tatsächliches über seine Umgebung wissen, wichtiger für das Verständnis damaliger Zustände als für die Erklärung gerade seiner Art.

Luther entstammte dem Bauernstande: „Ich bin eines Bauern Sohn; Vater, Großvater, Ahnherr sind rechte Bauern gewest."

Daß der Vater, als Luther geboren wurde, schon in Eisleben wohnte und später in Mansfeld bergmännischer Beschäftigung oblag, ändert nichts an der Bedeutung dieses Zeugnisses. Denn was es sagen will, bleibt bestehen: Der Reformator entstammte engen und kleinen Verhältnissen. Es waren aber Verhältnisse, in denen Vorzüge lebendig waren, auf denen noch heute Kraft und Gesundheit unseres Volkes vor allem beruhen, deren es sich nicht entschlagen darf, wenn es nicht zu Grunde gehen will: Anspruchslose Einfachheit und gewissenhafte Arbeit, scharfe Zucht und ernste Strenge wie gegen andere, so gegen sich selbst. Was wir aus Luthers Kindheit und Jugend über die Kreise erfahren, aus denen Luther stammte, und in denen er aufwuchs, gehört zu den wertvollsten Zeugnissen, die erweisen, daß die bezeichneten Züge schon jener Zeit als Ergebnis mittelalterlicher Entwickelung eigen waren. Aus dem Kriegervolke der Germanen war ein Arbeitsvolk geworden; das Mittelalter hatte dem „Bärenhäutertum", soweit es vorhanden gewesen war, ein Ende gemacht.

Es würde aber nicht richtig sein, wollte man aus Luthers Herkunft den Schluß ziehen, daß er aus größter Not und Dürftigkeit sich habe emporringen müssen. Sein Eisenacher Kurrendentum und die freundliche Aufnahme, die er bei Frau Cotta fand, können dafür nicht als Beleg angeführt werden, wenn auch Luther selbst einmal sagt, daß er dort „nach Brot gegangen" sei. Ernstliche Sorge um die tägliche Notdurft ist ihm und den Seinen nie nahe getreten. Schon daß er sich gelehrtem Studium ohne Unterbrechung zuwenden konnte, beweist das. Der Vater ist mit der Zeit zu einem gewissen Wohlstande gelangt. Luther ging aus Kreisen hervor, in denen man zu erfahren pflegt, was es heißt, sich im Leben aufrecht erhalten, in diesem Kampfe aber besteht und nicht nur Mut und Kraft behält, für die Familie auch nach Höherem zu streben, sondern auch Selbstbewußtsein und Unabhängigkeitssinn bewahrt und den Nachkommen weiter gibt. Die große Mehrzahl unserer Tüchtigsten entstammt solchen Verhältnissen. Diese Herkunft befähigt mehr als irgend eine andere, mit dem Besten, was im Volke lebt, in steter Fühlung zu bleiben, seinem Denken und Empfinden reinsten Ausdruck zu geben.

Von Luthers Universitätsbildung ist nichts bekannt geworden, was ihm eine besondere Stellung anwiese. Er betrieb scholastische Philosophie, wie sie in Erfurt gelehrt wurde, und gewann Fühlung mit dem Humanismus, der im benachbarten Gotha in Mutianus Rufus einen hervorragenden Vertreter hatte. Daß er der Jurisprudenz, für die ihn der auf das Praktische gerichtete Vater bestimmt hatte, den Rücken wandte, legt Zeugnis ab für ein tieferes Geistesbedürfnis. Welcher Art es war, wird aber erst klar, als aus dem Studenten ein Mönch wurde. Es ist der entscheidende Schritt seines Lebens, der erste unzweideutige Beleg, daß etwas in ihm war, was ihn sonderte von seiner Umgebung, ihn über sie hinaus hob.

In rein mittelalterlichem Geiste ist Luther ein Jünger Augustins geworden, und durchaus in diesem Geiste hat der Mönch sich durch Jahre bemüht, den übernommenen Pflichten gerecht zu werden. „Ist je ein Mönch gen Himmel kommen durch Möncherei, so wollte ich auch hinein gekommen sein; ich war der Welt rein abgestorben." Keinem noch so harten Dienst, keiner Kasteiung hat sich Luther entzogen. Die erhoffte Seelenruhe vermochte er aber lange nicht zu gewinnen; er las: „Ich, der Herr, dein Gott, bin ein eifriger Gott!" Doch ist das für Luther nicht Anlaß geworden, mit dem Kloster oder seinem Orden zu hadern; auch hat seine mönchische Umgebung ihm dazu keinen Anlaß gegeben. Von irgend welcher Verderbtheit des Klosterlebens ist bei Luthers Genossen nichts zu spüren. Ja, sein Orden hat ihm den Weg gewiesen zur Beruhigung seines geängstigten Gemütes. Die Lehre des Augustin, der selbst so schwer gerungen hatte, betonte die entscheidende Bedeutung der göttlichen Gnade. Der visitierende Obere Johann von Staupitz ward Luther Führer aus dem Dunkel. Allein durch Vertrauen auf Gott und seine Gnade könne die Erlösung gewonnen werden! Luther begann sich aufzurichten an der Verheißung: „Der Gerechte wird seines Glaubens leben."

Staupitz öffnete dem Mönche auch den Weg zurück in die Welt. Die Laufbahn des kaum dem Jünglingsalter Entwachsenen bezeugt

seine ungewöhnliche Begabung. 22 Jahre alt war er 1505 Mönch geworden; zwei Jahre später empfing er die Priesterweihe. Im nächsten Jahre (1508) nahm ihn Staupitz hinüber an die sechs Jahre zuvor von Kurfürst Friedrich dem Weisen begründete Wittenberger Universität.

Unter ihren Professoren ist Luther rasch einer der ersten geworden, noch nicht dreißigjährig Doktor der Theologie, auch in seinem Orden bald ein Vertrauensmann. In dessen Auftrage führte er im Winter 1510/11 die viel erörterte Romreise aus. Über ihre Bedeutung für Luthers Entwickelung sind mancherlei Meinungen laut geworden; darüber kann kein Zweifel sein, daß sie Luther niemals genügender Anlaß hätte werden können, den Kampf gegen Rom zu eröffnen. Sie ist für Luthers späteres Auftreten durchaus nebensächlich. Entscheidend ist, was ihn dem Kloster zugeführt hatte und ihn unablässig bewegte.

Unter fortgesetzten, zum Teil schweren Kämpfen haben sich Luthers religiöse Überzeugungen immer mehr gefestigt und geklärt im Sinne der Verlegung des Schwerpunktes alles religiösen Lebens in den unmittelbaren Verkehr des Menschen mit Gott. Das ward ihm auch Grundgedanke seiner akademischen Tätigkeit. Sie richtete sich auf die Bibel, nicht auf die Kirchenväter, vor allem auf die Teile der heiligen Schrift, welche das Problem des Glaubens und der göttlichen Gnade am tiefsten erfassen, den Römer-, den Galaterbrief, die Psalmen. Ein innerer Beruf zum Lehren trieb ihn, möglichst verständlich zu werden. So kam es, daß er nicht selten das übliche Latein „tapfer verdeutschte". Auch in seinen Predigten drängte das Bedürfnis, andere hinein zu ziehen in das, was ihn bewegte, zu volkstümlicher Art in Stoff und Form. Er wollte volle Teilnahme, Hebung und Läuterung der Gläubigen von innen heraus. Zweifel fehlten nicht; er kämpfte sie nieder im Gebet, „bis daß es Gott Zeit deuchte und mich Junker Tetzel mit dem Ablaß trieb".

Es ist für das Gesamturteil müßig, ob Luther mit seinen 95 Thesen gegenüber der kirchlichen Ablaßlehre überall im Rechte

war oder nicht. Mochte die Lehre nicht so anfechtbar sein, wie sie Luther erschien; die geübte Praxis rechtfertigte seinen Zorn. Darüber sollten Anhänger und Gegner heute einig sein. Was immer neu bekannt wird über die widerliche Verbindung zwischen Entscheidung über des Menschen Seelenheil und den Geldhändeln des Bankhauses der Fugger, des Mainzer Erzbischofs und des mediceischen Mäcenatenpapstes läßt die herrschende Übung im Vertriebe des Ablasses nur noch abstoßender erscheinen. Es ist auch gar keine Frage, daß allgemein so empfunden wurde. Der Thesenanschlag ist mit vollem Recht von jeher als Beginn der Reformation angesehen worden; er ist den Mitlebenden sofort als ein Ereignis von unberechenbarer Tragweite erschienen. Die Kunde hat sich verbreitet, „als wären die Engel Botenläufer gewesen". Mit Recht hat später Luther von diesem seinem ersten Schritt in die große Öffentlichkeit gesagt: „Weil alle Bischöfe und Doktores stille schwiegen und niemand der Katzen die Schelle anbinden wollte, da ward der Luther ein Doktor gerühmet, daß doch mal einer kommen wäre, der drein griffe." Bewunderung und Staunen über die Kühnheit des Mönches und Professors waren allgemein.

Mitnichten verkündete Luther etwas durchaus Neues. Was er sagte, und auch was er später über die Rechtfertigung gelehrt hat, läßt sich bis auf einige minder wichtige Züge schon in der früheren Literatur nachweisen. Ganz besonders ist das auch mit seiner Auffassung von der entscheidenden Bedeutung des Glaubens und der göttlichen Gnade, wenn auch nicht bis in alle Einzelheiten und Wendungen des Gedankenganges, der Fall. Wer darin aber einen Beweis für mangelnde Ursprünglichkeit sehen wollte, würde fehl gehen. Sicher ist, daß von dem, was er in Übereinstimmung mit Früheren vertrat oder lehrte, ihm nur zu einem geringen Teil bekannt oder bewußt war, daß es Vorgänger schon ausgesprochen hatten, oder gar, wo und wie es ausgesprochen worden war. Die Übereinstimmung beruhte in zahlreichen Fällen überhaupt nicht auf irgend welcher erlangten Kenntnis. Das eben ist das Große an dem Manne, daß die Gedanken und Empfindungen von Millionen,

die Hunderte und Tausende auch mündlich oder schriftlich zum Ausdruck gebracht hatten, in seinem Kopfe sich nicht nur abermals regten, sondern auch zu einem Gesamtbilde vereinigten und in seinem Herzen zu dem unwiderstehlichen Triebe wurden, sich einzusetzen für sein und seiner Mitmenschen Seelenheil. Daß diesem Manne dann auch die Kraft des Geistes und des Leibes verliehen war, den Kampf aufzunehmen und durchzuführen, vollendete die weltgeschichtliche Erscheinung. Luthers Persönlichkeit, die ist, wie sie ist, die sich nicht zusammensetzt aus Entlehnungen und Einflüssen, sondern die ein einheitliches, ein geschlossenes, nur aus sich selbst zu verstehendes Gebilde darstellt, die ist es, die immer wieder jeden anziehen wird, der für menschliche Größe empfänglich ist, und die dem deutschen Reformator für alle Zeiten einen Platz sichert unter den Gewaltigsten, die auf der Erde wandelten.

Die drei Jahre, die zwischen dem Thesenanschlag und der Verbrennung der Bannbulle sowie der römisch-kirchlichen Rechtsbücher vor dem Elstertore zu Wittenberg liegen (31. Oktober 1517 bis 10. Dezember 1520), scheinen dem rückschauenden Blick mehr als eine denkbare Möglichkeit zu bieten, den angefachten Streit beizulegen, den völligen Bruch zu vermeiden. Zunächst war Luther nicht in jedem gegebenen Augenblick seiner Sache gleich sicher. Die Ablaßfrage berührte den Kern der kirchlichen Lehre. Sollte er, der Eine, wirklich im Rechte sein gegenüber so vielen frommen und gelehrten Männern, die an ihrem Aufbau gearbeitet hatten? Luther könnte nicht ernst genommen werden, wenn ihm nicht solche Zweifel aufgestiegen wären. „Das Lied habe seiner Stimme zu hoch werden wollen!" Er überwand sie. „Ist's aus Gott, wer wird's hindern; ist's aber nicht aus Gott, wer kann's fördern?"

Auf Luthers Haltung gegenüber dem zur Abwehr und Ahndung schreitenden Papste sind seine Bedenken nicht immer ohne Einfluß geblieben. Es wäre vielleicht möglich gewesen, Luther zum Schweigen zu bringen. Aber die Kirche wollte von ihrem Standpunkt nicht lassen; sie vertrat ihn unentwegt. Silvester Prierias, gleich Tetzel

Dominikaner, reizte so unnötig wie plump. Cajetan forderte in Augsburg einfachen Widerruf; auf irgendwelche Erörterungen wollte er sich nicht einlassen. Dem konnte Luther sich nicht beugen. Erst recht war er nicht durch Erzbistum und Kardinalshut zu gewinnen, wie ihm später nahe gelegt worden ist. Wenn erzählt wird, wie Cajetans Landsmann Urbanus de Serralonga nicht begreifen konnte, daß Luther das kleine Wörtchen revoco, das ihn doch aus allen Fährlichkeiten befreit hätte, nicht aussprechen wollte, so erkennt man die Kluft, die das sittliche Empfinden des italienischen Kurialen von dem des deutschen Mönches trennte. Dem Versuch des Kammerjunkers von Miltitz fehlte nicht nur das Gewicht der Persönlichkeit, sondern auch der päpstliche Auftrag.

Das Eingreifen des Schwaben Eck (Johann Mayr aus Eck) hat den vorhandenen Gegensatz erheblich verschärft. Daß den vielgefeierten Disputator vor allem die Eitelkeit trieb, sich in die vorderste Kampfreihe zu drängen, ist genügend belegt. In den Streit, den er mit Karlstadt hatte, zog er unnötig Luther hinein, machte ihn zum Hauptgegner. Es entsprach seiner Art und Bildung, wenn er glaubte, die Frage nach den letzten Gründen menschlichen Heils durch dialektische Künste entscheiden zu können. Indem er aber in seinen Thesen gegen Luther den Schwerpunkt des Zwistes auf die Frage vom Primat des Papstes verlegte, zog er zwar die letzten logischen Konsequenzen, spielte aber ein gefährliches Spiel. In den fünf Tagen vom 4.—8. Juli 1519, wo in Leipzig über die betreffende These disputiert wurde (am Abend des 4. starb im dortigen Dominikanerkloster der kranke Tetzel, nicht ohne von Luther vor seinem Hinscheiden noch einen tröstenden Brief erhalten zu haben), vermochte Eck Luther in die Enge zu treiben, nachzuweisen, daß Luthers Ansichten über eine auch ohne Papsttum mögliche Kirche wiklifitische und hussitische Ketzereien und vom Konstanzer Konzil verdammt seien. Luther fand keinen anderen Ausweg, als daß er erklärte, auch nicht alle Lehren dieser beiden Männer und nicht alle vom Konzil verworfenen Sätze seien ketzerisch, auch ein Konzil könne irren, die Wahrheit bei einem einzelnen sein. Damit

hatte er selbst Stellung genommen außerhalb der bestehenden Kirche.

Auch so hätte der Ausgang einer privaten Gelehrten-Disputation, obgleich sie sich in feierlichen Formen und in Gegenwart des Landesherrn, des Dresdener Herzogs Georg, des Vetters Friedrichs des Weisen, abspielte, für den weiteren Gang der Dinge noch nicht entscheidend zu werden brauchen. Aber ihn zu lenken, lag nicht mehr allein in Luthers Hand. Sein Auftreten hatte die Losung gegeben für ein Kriegsgeschrei, das sich von allen Ecken und Enden Deutschlands her gegen Rom erhob und eine bunte Schar von Gegnern ins Feld rief.

Zunächst tauchten die alten Beschwerden Deutscher Nation aus der Zeit der Reformkonzilien wieder auf. Es rächte sich jetzt, daß man damals enttäuscht worden war. Cajetan war nicht allein um Luthers willen auf dem Augsburger Reichstag des Jahres 1518 erschienen; seine weltgeschichtliche Aufgabe beschäftigte ihn nur im Nebenamt. Er sollte Geld schaffen für Leo X. Kaiser Maximilian unterstützte ihn; zur Zeit brauchte er den Papst. Der versammelte Reichstag, der letzte Maximilians, versagte sich nicht völlig, hegte aber Zweifel an dem Türkenzug, für den gefordert wurde. Das seien „florentinische Künste, den Deutschen ihr Geld abzuschwatzen". Die Beschwerden (gravamina) der Deutschen Nation, die man dem Kardinal entgegen hielt, brachten die bei geistlichen wie weltlichen Fürsten verbreitete Stimmung zum Ausdruck. Der Lütticher Bischof meinte, „das Geld fliege nur so über die Alpen diese Jäger, starke Kinder Nimrods, gingen täglich auf die Jagd nach Pfründen".

Noch viel schärfer und wirkungsvoller aber als bei den Regierenden erhob sich die Opposition in den Kreisen des Volkes, unter den gebildeten Laien. Jetzt zeigte sich, was das Aufkommen weltlicher Bildung neben der geistlichen bedeutete. Der italienische Humanismus ist für die Reformation nebensächlich, der deutsche ist von ihr nicht zu trennen.

Der bedeutendste der deutschen und aller Humanisten überhaupt ist Erasmus von Rotterdam. Soweit täglicher Gebrauch einer Sprache das Volkstum bestimmen kann, müßte er für einen Römer oder Griechen gelten. Irgend einer bestehenden Nation wollte er nicht angehören. Aber wenn er auch der Form nach völlig in der Geisteswelt der Alten lebte, so führte seine philologische Gelehrsamkeit doch zur Pflege der umfassendsten geistigen Interessen, und die Welt, die ihn umgab, forderte ihr Recht. Er konnte an ihrem kirchlichen Leben nicht teilnahmlos vorüber gehen. Zu seinen zahlreichen Klassikerausgaben fügte er 1516 eine Ausgabe des Neuen Testaments. Sie ist Leo X. gewidmet, ist aber ein Rüstzeug der Reformation geworden. Er hat der Neuerung aber nicht nur auf diese Weise gedient, er hat auch die Kirche direkt angegriffen. Sein „Lob der Narrheit" (Encomium moriae, 1509) und später seine Gespräche (colloquia) folgen dem Brauche der Zeit, die Schwächen, Fehler und Verirrungen der Menschen unter der Maske des Narrentums zu geißeln; sie huldigen ihm auch insofern, als sie Spott und Hohn mit besonderer Vorliebe über die Geistlichen ausgießen. Erasmus hat es vermieden, für Luther Partei zu nehmen. Er ist später, gedrängt von der Geistlichkeit, offen gegen ihn aufgetreten; im Jahre 1526 haben beide heftige Streitschriften über die Bedeutung des freien Willens mit einander gewechselt. Die Unvereinbarkeit der beiden Naturen trat deutlich hervor. Aber die Mönche hatten nicht so ganz unrecht, wenn sie auch dann noch der Meinung waren, Erasmus, der ihnen so viel Leid zugefügt, verdiene es, zuerst auf den Scheiterhaufen zu kommen. Die Feder des „Hauptes der Humanisten" hat die Kirche empfindlich geschädigt, die vorhandene ihr feindliche Stimmung zugleich verschärft und vertieft.

Neben Erasmus ward und wird unter den deutschen Humanisten der um 13 Jahre ältere Pforzheimer Johann Reuchlin genannt. Ihn hat, anders als Erasmus, das umgebende Leben völlig in seine Kreise gezogen; vom Jünglings- bis in das Greisenalter ist er in ihm tätig gewesen, zuletzt als einer der Oberrichter des Schwäbischen Bundes. Doch blieb auch sein Herz bei den klassischen

Studien; in humanistischer Tätigkeit hat er seine Tage beschlossen. Schon stark in den Vierzigern, hatte er eine Reise nach Rom, die er in pfälzischem Auftrage ausführte, benutzt, Hebräisch zu lernen. Er schenkte dann seiner Heimat das erste Lehrbuch dieser Sprache, „ein Denkmal dauerhafter als Erz“. Eben seine Kenntnis des Hebräischen verwickelte ihn in den Streit mit den Dominikanern über nachtestamentliche jüdische Glaubensschriften. Der Zusammenstoß wird für alle Zeiten eins der bezeichnendsten Beispiele für den Unterschied wissenschaftlicher Sachlichkeit und bornierten Glaubenseifers bleiben. Er wurde zum Sammelruf für das „Heer der Reuchlinisten“, der Humanisten, die an allen höheren Schulen vertreten waren, die meisten beherrschten. Es ist auch bezeichnend für die Stimmung, die verbreitet war, daß der Name eines Mannes, der friedfertig und kampfscheu war wie einer, Schlachtgeschrei werden konnte für die Neuerer.

Der Streit war, soweit er literarisch ausgefochten wurde, in vollem Gange, als Luther in die Öffentlichkeit trat. 1515 und 1517 sind die Dunkelmännerbriefe erschienen. An ihnen hat neben ihrem Haupturheber Crotus Rubianus (Johannes Jäger von Dornheim bei Arnstadt) besonders Ulrich von Hutten mit gearbeitet.

Dieser fränkische Ritter gilt mit gutem Grund als der Hauptvertreter des streitbaren Humanismus. Er war fünf Jahre jünger als Luther, und der bunte Lebensgang des früh Entwickelten ist kennzeichnend für das Wanderdasein, das zahlreiche Jünger der neuen Studienrichtung führten. Huttens literarische Kampflust ist bald zu Tage getreten und hat in privaten und öffentlichen Händeln Befriedigung gesucht. Sie fand jetzt ihr rechtes Feld. Mag der Ton, der ihm zu Gebote stand, gelegentlich die Bezeichnung des Kläffens, mit der Gegner ihn abzutun wähnen, nicht ganz ungerechtfertigt erscheinen lassen; nicht nur die Sache, die er verfocht, sondern auch die Art, in der er es tat, und der Geist, der ihm gegeben war, heischen Anerkennung, ja Bewunderung.

Der Humanismus ist für unser Volk nicht nur Förderer philo-

logischer Gelehrsamkeit, sondern auch Führer zu vaterländischer Geschichtsbetrachtung geworden. Die Schwärmer für römische Sprache weckten die Erinnerung an die glorreichen Kämpfe der freien Germanen gegen römische Zwingherrschaft und begeisterten sich an den Siegen der Altvordern. Das Mittelalter hat deutsche Geschichte, abgesehen von monographischen Darstellungen verschiedenen Zuschnitts, nur in weltgeschichtlichem Rahmen behandelt, als Geschichte des fortbestehenden Römischen Reiches, dem seit dem sinkenden 13. Jahrhundert auch die Papstgeschichte eingegliedert wurde; der Gedanke einer Geschichte des deutschen Volkes ist ihm bis zu den Tagen des Humanismus nicht gekommen. Jetzt tauchten nach einander Nauklerus, Wimpheling, Beatus Rhenanus, Sebastian Franck, Johannes Turmair (Aventinus) auf und versuchten sich an solcher Aufgabe mit nationalem Selbstgefühl.

Hutten lebte ganz in der gleichen Gesinnung. Ihm war die Geschichte seines Volkes eine Fundgrube für Waffen gegen Rom. Mochte er aus der Literatur des 11. und 14. Jahrhunderts die Streitschriften gegen päpstliche Ansprüche ausgraben oder die taciteischen Germanen gegenüber Römern und Römlingen preisen, es galt ihm deutsche Freiheit und deutsche Größe gegenüber der Fremdherrschaft. Wie einst bei Walther von der Vogelweide, nur viel leidenschaftlicher, klingen hellen Lautes die Töne hingebender Liebe zum angestammten Volke. Die Erregung, die Luthers Auftreten folgt, bringt Huttens Gabe zu voller Entfaltung. Dieser Zeit entstammen seine Dialoge. Man kann sie noch heute nicht lesen, ohne mit fortgerissen zu werden. Und die Verhältnisse wurden dem Humanisten Anlaß, nun auch deutsch zu schreiben, ein Deutsch, nicht weniger auf der Höhe der Zeit als sein Latein. Daß Hutten nicht frei war von einer Zeitsünde und der Krankheit, die fast unvermeidlich mit ihr verbunden war, sollte auch von den Gegnern seiner Gesinnung nicht zum Anlaß genommen werden, ihn zu den Unwürdigen zu werfen. Er war ein Mann, der in einer großen Zeit, sich selber treu, glänzendste Gaben selbstlos für ein großes Ziel einsetzte, und dessen Erdendasein Heimsuchungen genug aufzuweisen

hat, als daß die Nachwelt sich nicht verpflichtet fühlen sollte, ihn schonend zu würdigen, soweit sie seiner nicht dankend gedenken will.

Auch das Wenige, was hier angedeutet werden kann, genügt, um zu zeigen, daß ganz unabhängig von Luther im deutschen Volke eine Kampfesstimmung verbreitet war, die nun durch sein Auftreten zur Gluthitze angefacht wurde. Es wird niemals gelingen, die inneren und äußeren Antriebe bei Luther völlig zu sondern; es war aber unvermeidlich, daß die verschiedenen Strömungen in einander flossen, und daß er selbst vorwärts gedrängt wurde von der allgemeinen Geistesrichtung.

Luthers Beziehungen zum Humanismus sind oft und gründlich erörtert worden. Er gehörte ihm nicht nur durch die persönlichen Verbindungen an, die er in Erfurt geknüpft hatte, und zu denen später neue hinzu getreten waren, sondern auch insofern, als eine gründliche Kenntnis der alten Sprachen und ihrer Autoren ihm wissenschaftliches Bedürfnis war. Aber die Richtung seines Geistes ward nicht bestimmt durch die Philologie, und nicht irgend welche Dinge dieser Welt wurden in den entscheidenden Augenblicken Triebfedern seines Handelns; was ihn bewegte, war die Frage seines Seelenheils. Die aber ergriff ihn viel zu tief, als daß er anders als in heiligem Ernst sich zu ihr hätte äußern können. Es hat Luther, wie jedem richtigen Volkskinde, nicht an wahrem und echtem Humor gefehlt; aber ernste Dinge konnte er nur ernst behandeln. Mitarbeit an den Dunkelmännerbriefen wäre ihm unmöglich gewesen. Er ist zu Hutten, oder vielmehr Hutten zu ihm, in Beziehung getreten. Den „Reuchlinisten" kam der Mönch gerade recht. Aber eine nähere Verbindung ist zwischen den Männern nicht entstanden; dazu war der Geist, der in ihnen lebte, zu verschieden.

Doch hat nun Luther aus dem humanistischen Gelehrtenkreise einen Genossen und Gehilfen gefunden, dessen Name sich für alle Zeiten dem seinen unauflöslich verknüpfte. Unsere Geschichte hat einen eigenartigen Reichtum an großen Doppelgestalten, deren Verbindung im Leben nicht immer gleich enge war, die aber in Wollen

und Wirken so zusammentrafen, daß sie sich der Volksvorstellung in unzertrennlicher Vereinigung einprägten. Wie sich Goethe und Schiller, Blücher und Gneisenau, Bismarck und Moltke und jetzt wieder Hindenburg und Ludendorff gesellen, so Luther und Melanchthon. Noch ehe Luther vor Cajetan trat, war ihm auf Reuchlins Empfehlung dessen Verwandter, der 21 jährige Philipp Melanchthon aus Bretten, von Kurfürst Friedrich als Kollege an der Wittenberger Universität zur Seite gesetzt worden. In ihm verschmolzen die beiden Richtungen mehr als in irgend einer andern Persönlichkeit der Zeit. Melanchthon ist nächst Erasmus der bedeutendste deutsche Philologe des Jahrhunderts; es war aber auch mehr als eine bloße Redewendung, wenn Luther voll Bewunderung einmal äußerte, daß „der kleine Grieche ihn sogar in der Theologie übertreffe". Wenn die Vertreter des Neuen durch ein Menschenalter nicht nur an Geist, sondern auch an Tiefe und Umfang der Gelehrsamkeit durchaus das Übergewicht über die Gegner behaupteten, so hat Melanchthon daran einen wesentlichen Anteil. Die Anliegen des Glaubens und der Gelehrsamkeit bewegten ihn in gleicher Weise. Nur dem Unverständigen sind ja Glauben und Wissen Gegensätze. Gesunde Geistesentwickelung ist unmöglich ohne ihren Ausgleich unter Anerkennung der Rechte beider. Wenn die Reformation solchen Ausgleich erstrebte und in ihrer Weise erreichte, so schuldet die Nachwelt dafür neben Luther vor allem Melanchthon Dank.

Die Bewegung, die neben Luthers Opposition und unabhängig von ihr das deutsche Volk in seinen Tiefen ergriffen hatte, zog aber noch in anderer Form, unmittelbarer wirkend, Luther in ihre Kreise. Mit vollem Recht wird der Reformator als eine Verkörperung deutschen Wesens gepriesen. Sein Deutschtum war aber lange von der Art, die sich ihrer selbst nicht bewußt wird, die sich betätigt, ohne auf Entschließungen begründet zu sein. Erst die humanistische und weltliche Opposition gegen Rom, die sich um ihn herum vernehmbar machte, brachte ihm den nationalen Gegensatz zum Bewußtsein, weckte die Empfindung, daß es eines Deutschen unwürdig sei, Rom in allem zu gehorchen. Seit dem Augsburger Reichstag schlägt er häufiger

diesen Ton an. Er kommt am lautesten zum Ausdruck in der wirkungsvollsten Schrift, die aus Luthers Feder geflossen ist, der Schrift „An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung". Die Bannbulle, deren Erlaß Eck seit der Leipziger Disputation eifrig betrieb, war noch nicht fertig gestellt, als Luther diese Schrift zu schreiben begann. Daß er sie deutsch schrieb, daß überhaupt die Muttersprache jetzt auch bei ihm in den Vordergrund trat, hängt auch zusammen mit der Opposition, deren Urspung nicht bei Luther zu suchen ist. In der Schrift „An den Adel" überwiegen durchaus die weltlichen, die staatlichen, die nationalen Beschwerden. Ihr Inhalt stützt sich vor allem auf die gravamina, die in Augsburg vorgebracht worden waren. Die Bedeutung der besonderen Lage Deutschlands gegenüber Rom ist hier mit Händen zu greifen. Luther hätte die eigentliche Brandschrift der Reformation nicht schreiben können, wenn das Baseler Konzil nicht für Gesamt-Deutschland ergebnislos verlaufen wäre.

Als die Bannbulle erlassen war (16. Juni 1520) und Eck sie in Deutschland zu verbreiten suchte, veröffentlichte Luther, erst lateinisch, dann deutsch, seine Schrift „Ein Vorspiel von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche", deutsch „Von dem babylonischen Gefängnis". Ihr folgte in wenigen Wochen, sprachlich in umgekehrter Folge, die Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen", deren lateinischer Ausgabe ein Brief an Leo X. beigefügt war. Diese Schriften haben den Bruch vollendet. In der „Babylonischen Gefangenschaft" sucht Luther christliche Lehre wieder auf ihre ursprüngliche Gestalt zurückzuführen, sie zu reinigen von späterem Beiwerk. Er hat die Überzeugung gewonnen, daß die Kirche, wie sie ist, Menschenwerk, im Gang der Jahrhunderte entstanden ist. Zu den religiösen Gründen treten die geschichtlichen. Es gibt für ihn nur eine unbedingt rein fließende Quelle theologischer Erkenntnis, die heilige Schrift. Was sich nicht auf sie gründen läßt, lehnt er ab. „Von der Freiheit eines Christenmenschen" baut die christliche Sittenlehre, „die ganze Summe eines christlichen

Lebens" auf den Glauben auf. Er allein macht frei; er allein wirkt gute Werke. Gute Werke sind nur, die aus ihm fließen. Die Lehre, die diese beiden Schriften verkündeten, ließ für die bestehende Kirche keinen Platz.

Kein Geringerer als Goethe hat den Ausspruch getan: „Die Reformation hat ruhige Bildung zurückgedrängt", und eine ähnliche Auffassung begegnet in den verschiedenartigsten Wendungen bei Späteren, besonders häufig auch in der unmittelbaren Gegenwart. Sie ist auch den Zeitgenossen nicht fremd gewesen. Die „selige Ruhe" (beata tranquillitas) des Mutianus Rufus in Gotha ist auch andern als höchstes Lebensziel erschienen. Und wer möchte leugnen, daß die ruhige Gelehrsamkeit eines Reuchlin oder Erasmus behaglicher anmutet als das sturmvolle Leben eines Luther oder Hutten?

Aber die Zeit stellte andere Anforderungen; was sie brauchte, konnten diese Männer ihr nicht bieten. Sie haben ja selbst ihre beschauliche Ruhe nicht ungestört genießen können, und das nicht durch Schuld der Neuerer. Erasmus, der der Meinung war, daß man nicht alles sagen dürfe, was wahr sei, und daß es sehr darauf ankomme, wie man es sage, hat doch die Erfahrung machen müssen, daß die Form, in der er es für angemessen hielt, die Wahrheit zu sagen, ihn nicht vor heftigster Anfeindung schützte. Die geistigen Fortschritte, die der Arbeit des Erasmus, des Reuchlin und anderer Männer zu danken sind, haben durch die Reformation wahrlich keine Schmälerung erfahren; im Gegenteil, sie sind durch sie erst zu voller Wirkung gelangt. Ohne die Reformation aber hätten sie niemals geistiges Leben aus den kirchlichen Banden, in denen es gefesselt lag, befreien können. Die Weisheit, die da meint, daß „gewisse Wahrheiten nicht für das Volk sind", und daß man „das Volk nicht in seinem Glauben wankend machen dürfe", hat doch eine eng begrenzte Berechtigung und wird zu beschränkter Kurzsichtigkeit, wenn es sich um Wahrheiten handelt, an deren Sieg das geistige Wohl der Menschheit hängt. Solche Wahrheiten aber standen in Frage in dem Kampfe mit dem mittelalterlichen Rom. Es galt, menschliches Denken und menschliches Empfinden

von kirchlicher Überwachung und Bevormundung zu befreien und auf eigene Füße zu stellen. Übrigens hat Goethe den Ausdruck „zurückgedrängt“ sicher mit guter Überlegung gebraucht. Er sollte schwerlich einen Tadel in sich schließen, kaum mehr sagen, als daß „ruhige Bildung“ zur Zeit einer Kampfrichtung habe das Feld räumen müssen. Dem feinen geschichtlichen Verständnis eines Goethe, dem Dichter des Götz von Berlichingen ist keine andere Auffassung zuzutrauen.

Der Bann war erklärt. Die Kirche hatte ihr Urteil gesprochen. Was hatte zu geschehen?

Wer die Reihe der päpstlichen Bannsprüche des Mittelalters auch nur ganz oberflächlich überblickt, dem kann nicht entgehen, daß ihre Wirkung eine sehr verschiedene war, daß sie in nicht wenigen Fällen überhaupt völlig wirkungslos geblieben sind. Waren die Gebannten weltliche Gewalthaber, so war und blieb für den Papst immer die Hauptfrage, ob genügende materielle Macht bereit stand, den gefällten Bannspruch wirksam zu machen, dem Gebannten das Verderben zu bereiten, das ihm angedroht war. Aber auch in den Fällen, wie jetzt einer vorlag, wo der Bann sich gegen abtrünnige Glieder der Kirche richtete, war diese Frage keineswegs nebensächlich. Es ist, trotz der beanspruchten Geltung des Kirchenrechts, außerhalb des Kirchenstaats kaum ein Kleriker denkbar, der nicht neben seinem geistlichen Oberhaupt auch ein weltliches gehabt hätte; traf ihn der Bann, so konnte dessen Wirkung abgeschwächt oder gar ganz aufgehoben werden, wenn sein weltlicher Herr sich deckend vor ihn stellte. Auch solchen Schutz mit dem Bann zu strafen, hat Rom nicht immer gewagt. So ziemlich alle Zeiten des Mittelalters, in denen das Bannen gebräuchliches Strafmittel war (seit der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts wurde es unendlich viel häufiger angewandt als früher), bieten dafür Belege.

Die Kurialen haben seit der Ausgestaltung des päpstlichen Machtsystems immer behauptet, daß weltliche Gewalt widerspruchs-

los verpflichtet sei, zur Durchführung rechtskräftig gewordener kirchlicher Urteile auf Erfordern ihren Arm zu leihen. Auf solchem Anspruch beruht die Wirksamkeit der Ketzergerichte, der Inquisition. Todesurteile konnten ja ohne die weltliche Gewalt überhaupt nicht vollzogen werden; denn „die Kirche vergießt kein Blut“. Auf das kanonische Recht ließ sich solcher Anspruch auch zweifelsohne stützen. Aber das kanonische Recht war auch für die Zeit, welche die Fälschung der pseudo-isidorischen Dekretalen noch nicht erkannte, etwas geschichtlich Gewordenes, nur für den Papstgläubigen göttlichen Ursprungs. Nie und nirgends ist es in deutschen Landen in seiner Allgemeinheit oder in den betreffenden Bestimmungen ausdrücklich als bindend anerkannt worden. Auch rein juristisch gefaßt war weltliche Gewalt in jedem gegebenen Falle befugt, ihm das landesherrliche Recht über den Untertanen entgegenzustellen. Es war in Deutschland und anderer Orten in solchen Händeln wiederholt zur tatsächlichen Geltung gebracht worden. Fehlte der Glaube, daß darin ein Vergehen gegen Gott liege, daß Widersetzlichkeit gegen den Papst oder kirchliche Willensäußerungen an sich eine Sünde sei, so fielen alle Bedenken hinweg. Wohin aber war es im sinkenden Mittelalter mit diesem Glauben gekommen! Man kann nach allem, was wir wissen, unbedenklich behaupten, daß von den Tagen Gregors VII. bis auf die Gegenwart keine Zeit davon so wenig gehabt hat wie das 15. und das beginnende 16. Jahrhundert.

So sah sich der Papst, wollte er seinen Willen gegen Luther durchsetzen, angewiesen auf Deutschlands weltliche Herrscher. Es ist bezeichnend für die Tragweite, welche die Kirche selbst dem Banne noch beimaß, daß sie nicht versucht hat, die staatlichen Gewalten, die ihr nicht zu Willen waren, durch Anwendung dieser Waffe zum Gehorsam zu zwingen. Es ist einer der zahlreichen Belege, wie morsch das Gebäude kirchlicher Macht innerlich war, dessen äußerer Glanz gerade aus jenen Tagen noch die Gegenwart blendet.

Es war in dieser Lage, daß der Gang unserer mittelalterlichen Geschichte mit unwiderstehlicher Wucht die weiteren Geschicke unseres

Volkes bestimmte, sie in die Bahn drängte, in der sie sich noch heute bewegen. Die Ereignisse, die sich jetzt vollzogen, zeigen unwiderleglich, daß unsere Gegenwart im letzten Grunde auf den Geschehnissen unserer mittelalterlichen Kaiserzeit beruht.

Die Bewegung, die unser Volk durchflutete, war eine allgemeine. Sie ward gespürt von den Meeresküsten bis in die Alpentäler und von den welschen Grenzen bis zu den äußersten, verstreuten Posten deutschen Wesens im Osten, am Finnischen Meerbusen und an den Enden der Karpaten. Jenseits der Sprachgrenzen fand sie besonders im stammverwandten skandinavischen Norden lauten Widerhall. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die allgemeine Stimmung lechzte nach größerer Freiheit von Rom, zunächst nicht in dem Sinne völliger Lösung, wohl aber einer stärkeren Sicherung landeskirchlicher und persönlicher Selbständigkeit.

Wie unendlich oft ist von protestantischer Seite beklagt worden, daß sich nicht eine starke Reichsgewalt, ein mächtiger Kaiser gefunden hat, der der größten und tiefsten geistigen Bewegung, die unser Volk je erlebt hat, ein Führer geworden wäre, sie zu einheitlicher Geltung und fester Form gebracht hätte. Und vielleicht nicht weniger oft ist von Zeitgenossen, die sich als Verfechter des Alten Luthers Forderungen entgegen stemmten, und von späteren Anhängern Roms gewünscht worden, daß ein starker weltlicher Arm unserm Volke das mittelalterliche Kirchenwesen einheitlich hätte erhalten mögen. Wer die Dinge im Zusammenhange überblickt, wird nicht einen Augenblick zweifeln, daß sie nach keiner dieser Richtungen hin sich gestalten *konnten*. Was vorauf gegangen war, forderte mit unerbittlicher Notwendigkeit die Einbuße unseres staatlichen Bestandes oder die unserer religiösen und kirchlichen Einheit. Ein anderes Ergebnis war ausgeschlossen. Niemand, der deutsch empfindet, wird heute zögern anzuerkennen, daß von diesen beiden alleinigen Möglichkeiten die zur Wirklichkeit gewordene die glücklichere war, daß wir froh sein müssen, daß uns das Reich erhalten blieb, wenn auch mit zwiespältigem Glauben.

Am 12. Januar 1519 ist zu Wels in Oberösterreich der „erwählte Kaiser" Maximilian gestorben, der erste, der diesen dann dauernd gebrauchten Titel geführt hat. Daß Maximilian sich Kaiser nannte, ohne vom Papste gekrönt zu sein, zeigt auch, daß sich das Verhältnis des deutschen Königs zum Papsttum verschoben hatte.

Seit dem ersten Habsburger hatte unser Volk keinen König gehabt, dessen Bild in so freundlicher Erinnerung geblieben wäre, wie das des „letzten Ritters". Seine frische, natürliche, umgängliche Art hat ihm die Herzen gewonnen; ein reger Geist und rastlose Tätigkeit haben ihn allem und jedem nahe gebracht, was die Zeit bewegte. Wie hätte er Luther unbeachtet lassen können! Daß er ihm irgendwie innerlich nahe stand, ist mehr als unwahrscheinlich. Aber es entsprach ganz seiner anschlagreichen Art, wenn er Friedrich den Weisen ermahnte, den Mönch fleißig zu bewahren d. h. ihn vor Verfolgung zu schützen. Es ist doch nicht ausgeschlossen, daß Maximilian bei längerem Leben in den wechselnden politischen Beziehungen zum Papst — andere hat Maximilian zu Rom nicht gehabt — versucht hätte, Luthers Opposition zu benutzen. Ob sie dadurch gefördert worden wäre, ist aber sicher zweifelhaft.

Auf Maximilian ist Karl V. gefolgt. Am 28. Juni, wenige Tage vor der Leipziger Disputation, wurde er in Frankfurt gewählt.

Die Zeit des Zwischenreichs war nicht ungewöhnlich lang. Die Wahl ist gleichwohl nicht erfolgt, ohne auf ernste Schwierigkeiten zu stoßen. Niemals vorher oder nachher ist Frankreich so scharf in Mitbewerbung getreten. An Stelle Ludwigs XII. von Orleans hatte dort 1515 Franz I. von Angoulême den Thron bestiegen, der Rival Karls V. „schon in der Wiege". Man muß sich die europäische Lage vergegenwärtigen, um zu verstehen, daß er der Wahl Karls zum Deutschen Kaiser unmöglich untätig zusehen konnte.

Maximilian ist in endlosen, ewig wechselnden, aber nimmer ruhenden Versuchen und Bemühungen bestrebt gewesen, die Macht seines Hauses zu mehren. Aber gerade seine Vielgeschäftigkeit brachte es mit sich, daß „die Gelegenheiten ihm selten recht kamen", und

so hatte er außerhalb wie innerhalb des Reiches an unmittelbarem Gewinn nur bescheidene Erfolge zu verzeichnen. Doch aber war es ihm beschieden, sein Haus an die Spitze des Erdteils empor zu heben. Indem er seinen 18jährigen Sohn Philipp (den Schönen), den Herzog von Burgund, mit Johanna, der Tochter Ferdinands von Aragonien und Isabellas von Kastilien, vermählte, verschaffte er ihm die Anwartschaft auf die vereinigte spanische Macht. 1504 wurde Philipp der Erbe seiner Schwiegermutter. Er starb zwar schon 1506, und ihm folgte auf der Halbinsel zunächst der Schwiegervater Ferdinand; aber nach dessen Tode (1516) wurde Philipps und Johannas jetzt 16jähriger Sohn Karl V. (in Spanien Karl I.) Herr der jetzt für immer verbundenen beiden Königreiche, vereinigte sie mit seinen burgundischen Landen. Und wiederum Maximilian war es, der den um drei Jahre jüngeren Bruder Karls, Ferdinand, von der spanischen Erbschaft fern hielt, indem er ihn mit Anna, der mutmaßlichen Erbin Böhmens und Ungarns, verlobte, der Schwester König Ludwigs, der selbst, auch von Maximilian, schon für die Schwester seines zukünftigen Schwagers als Gemahl bestimmt war, ehe er noch das Licht der Welt erblickt hatte. So ist Maximilian der Begründer sowohl der ost- wie der westeuropäischen Großmachtsstellung des Hauses Habsburg geworden.

Die Verbindung Philipps mit der Johanna gesellte aber zu dem burgundischen Gegensatz gegen Frankreich, der überliefert und nicht aus der Welt zu schaffen war, so lange Burgund blieb, was es war, den spanisch-aragonischen.

In Erinnerung an die Rechte des Hauses Anjou war Karl VIII. von Frankreich 1494 nach dem Tode des Königs Ferdinand aus dem aragonesischen Hause nach Neapel aufgebrochen. Seit Jahrhunderten schon hatten zwischen Frankreich und Aragonien Grenzstreitigkeiten geschwebt; jetzt kam die neapolitanische Frage hinzu. Sie wurde zum Ursprung jenes Gegensatzes, der für die nächsten zwei Jahrhunderte die Kernfrage der großen europäischen Politik geblieben ist. Aus dem Kriege um Neapel ward bald ein Krieg um Italien. Das geeinigte Frankreich und das geeinigte Spanien be-

gannen um das Land zu ringen, das so lange ein Annex deutscher Königsmacht gewesen war. Jetzt vermochte diese auch in den Händen eines Maximilian nur eine Nebenrolle zu spielen. Sie mußte ihren Platz an der Seite Spaniens nehmen, wenn auch die Vielgewandtheit Maximilians ihn gelegentlich andere Wege hat gehen lassen. Seitdem sein Enkel die spanische Königskrone trug, sah sich Frankreich überall der geschlossenen Macht des Hauses Habsburg gegenüber, an den Pyrenäen, im Norden und Nordosten nicht allzu weit von Paris selbst und auf den begehrten Fluren Italiens.

Franz I. hat in Deutschland Parteigänger gefunden, die für ihn zu Felde gezogen sind und in seinem Namen zugleich ihre Sonderfehden geführt haben. Daß er mit seiner Bewerbung keinen Erfolg hatte, wird kein Deutscher beklagen. Was wäre aus unserem Westen, was aus dem Reich überhaupt geworden, wenn ein französischer König als Todfeind des habsburgischen Hauses an seiner Spitze gestanden hätte? Ob es der Reformation zugute gekommen wäre, wenn ein Franz I. ihr Geschick beeinflußt hätte, ist nicht weniger fraglich.

Aber es ist während der Wahlverhandlungen, welche die Fürsten mit einander führten, und in die halb Europa sich einmischte, außer mancher anderen auch eine Kandidatur Friedrichs des Weisen zur Sprache gekommen. Wieweit sie ernstlicher war als die übrigen, ist schwer zu sagen; war sie es, so scheiterte sie schon an der ablehnenden Haltung des Kurfürsten selbst. Hätte es unserem Reiche und Volke, hätte es der Reformation wirklich nützen können, wenn Friedrich deutscher Kaiser geworden wäre? Der Traum ist oft geträumt worden; er bleibt aber ein Traum. Friedrichs Besitz war ansehnlich. Alles in allem genommen mochte er Deutschlands reichster und mächtigster Fürst sein; der Aufschwung, den der Bergbau des Erzgebirges gegen Ende des Mittelalters erlebte, hatte den Wohlstand des Wettiner Hauses nicht unerheblich gemehrt. Aber dieses Haus war gespalten; der Albertiner Georg lebte in schwer auszugleichender Spannung mit dem Wittenberger Vetter und suchte und

fand Stütze an Habsburg. Zu Maximilian hat Kurfürst Friedrich nicht durch seine Schuld fast unausgesetzt in schlechtem Verhältnis gestanden. Noch auf dem Augsburger Reichstag von 1518 war Maximilians Wunsch, den Enkel Karl schon bei seinen Lebzeiten zum Kaiser gewählt zu sehen, besonders an Friedrichs Widerspruch gescheitert. Auch die Beziehungen zum brandenburgischen Kurfürsten waren nicht frei von unerquicklicher Rivalität. Wie hätte es einem „Kaiser" Friedrich gelingen sollen, das Reich gegen Habsburg zu regieren, gegen den Herrn von Österreich und Burgund, von Spanien und Neapel, den mit Böhmen, Ungarn, Dänemark Verschwägerten, der auch hinüber zu den Reichsfürsten ungleich zahlreichere und festere Fäden in der Hand hielt, als dem nominellen Haupte der Wettiner zu Gebote standen! Wer da meint, ein evangelischer Kaiser hätte sich durch Einziehung des geistlichen Besitzes leicht die nötige Macht verschaffen können, der vergißt, daß die deutschen Fürsten einem nicht mit erdrückender Macht ausgestatteten Herrn allenfalls ein Aufteilen unter die zahlreichen Begehrlichen, nimmermehr aber ein völliges Einziehen der geistlichen Herrschaften zugunsten der Krone gestattet haben würden. Es wäre ein Scheinkaisertum schlimmster Art geworden, dem die soeben erst mühsam wieder zusammen gekittete Einheit des Reiches fast unausbleiblich hätte zum Opfer fallen müssen. Friedrich war wirklich „weise", als er die Ehre ablehnte.

Daß mit dem Zerfall des Reiches auch das Schicksal der Reformation als einheitlicher deutscher Neuordnung besiegelt gewesen wäre, bedarf kaum der Erwähnung. Friedrich der Weise wäre sicher der letzte gewesen, der das Schwert für sie gezogen hätte. Landschaftliche Durchführung in einem Teil des deutschen Sprachgebiets wäre das höchste gewesen, was sie hätte erhoffen können. Es war nun einmal so, die Geschichte hatte Deutschlands Geschick an das des Hauses Habsburg geknüpft. Das war für unser Reich und damit auch für den Bestand unseres Volkes ein Glück, für Luthers Sache und damit auch wieder für unser Volk ein schweres Verhängnis.

Denn wie täuschte sich doch Luther, und wie stand seine Un-

kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ihm im Wege, als er von dem „jungen, edlen Blut vom Hause Österreich" Verständnis für seine Sache erwartete! Karl V. war ein Burgunder, d. h. ein französisch sprechender Mann, dem außer dieser Sprache nur noch das Vlamische seiner Geburtsstadt Gent, in der er auch den größten Teil seiner Jugend zugebracht hatte, vertraut war. Spanisch, Deutsch, Italienisch hat er erst entsprechend den an ihn herantretenden Erfordernissen gelernt; deutschem Geistesleben ist er überhaupt in keiner Weise je näher getreten. In der Zeit, als wir Luther hatten, war unser Kaiser ein Fremder und — konnte kein anderer sein. Man kann das beklagen, aber nicht hinweg denken.

Als Karl gewählt wurde, war er in Spanien. Es verfloß ziemlich ein Jahr, bis er wagen konnte, dieses Land zu verlassen. Im Oktober 1520 kam er aus seinen burgundischen Gebieten ins Reich. Am 28. Januar des nächsten Jahres eröffnete er in Worms seinen ersten Reichstag. Es galt, seine kaiserliche Stellung zu ordnen und zu festigen.

Karl gewann nähere Fühlung mit seinen Wählern. Er erlangte von den Fürsten eine ungewöhnlich starke Beihilfe (4000 Pferde und 20000 Mann auf ein halbes Jahr) für seinen „Romzug". Dafür mußte er aber auch Zugeständnisse machen. Was unter Maximilian an Reichsreformen durchgesetzt war, ward bestätigt und verbessert. Dazu sollte abermals ein Versuch gemacht werden mit einem Reichsregiment. Schon 1500—1502 hatte ein solches vorübergehend in Nürnberg getagt. Das erneute Zusammentreten eines reichsständischen Ausschusses sollte, obgleich es auch diesmal von kurzer Dauer war, für die Entwickelung der Reformation von weittragender Bedeutung werden.

Doch sind es nicht diese Ergebnisse gewesen, die den Wormser Reichstag zum berühmtesten aller gemacht haben, die je in Deutschland gehalten worden sind. Diese Einschätzung verdankt er dem Auftreten Luthers „vor Kaiser und Reich" am 17. und 18. April 1521. Seine Sache hat die Versammelten während der ganzen Dauer des Reichstags beschäftigt; sie ist nicht ohne Einfluß geblieben auf den Gang der Verhandlungen zwischen dem Kaiser und den Fürsten. Das weltbewegende

Ereignis, das diesen Reichstag vor allen andern denkwürdig gemacht hat, ist das Verhör des Wittenberger Mönchs und Professors.

Wir sind über Luthers Stimmung, als er vor Kaiser und Reich geladen war, gut unterrichtet. Er müßte kein Mensch gewesen sein, wenn ihn in den Kampfesjahren nicht gelegentlich bange Gefühle beschlichen hätten. Aber vor die Entscheidung gestellt, wankte sein Mut, gestärkt im Gebet, keinen Augenblick. Schon seit dem Verhör vor Cajetan erwartete er den Bannstrahl. Er war, wie er sich ausdrückte, „gegürtet zum Aufbruch, sobald der Bannfluch komme; wie Abraham wollte er ausziehen, ohne zu wissen wohin, nur dessen gewiß, daß Gott überall sei". Das Erwartete war eingetroffen, hatte ihn aber nicht heimatlos gemacht. Ungestört und ungestraft hatte er des Papstes Bulle höhnend vernichten können. Und er war nun nicht geladen von einer kirchlichen Behörde, nicht vor ein Konzil. Vor Kaiser und Reich sollte er sich verantworten. Es lag vor jedermanns Augen, daß die weltliche Gewalt keineswegs gewillt war, sein Schicksal auf Grund des päpstlichen Urteils als besiegelt anzusehen. Es war offenbar, daß sie das kanonische Recht nicht gelten ließ. Luther würde auch vor jeder kirchlichen Instanz seine Sache unerschrocken vertreten haben wie einst Huß. Was jetzt aber geschah, mußte seinen Mut beleben, seine Kraft stärken. Es blieb ihm unverborgen, daß unter den Vornehmsten seines Volkes mehr als einer bewundernd zu ihm hinauf sah.

So ist er hingetreten vor diese Vornehmen. Ob er am 18. April seine Verantwortung mit den bekannten Worten geschlossen hat, wird weder völlig erwiesen, noch einwandfrei verneint werden können. Es ist gleichgültig. Die Gesinnung, in der er sprach, kann nicht wahrer ausgedrückt werden als mit diesen Worten: „Ich kann nicht anders! Hier stehe ich! Gott helfe mir! Amen!" Das deutsche Volk wird sie sich nicht nehmen lassen. Sie drücken aus, was es am höchsten schätzt; sie drücken aus, was der Menschheit nie verloren gehen darf.

Das Verhalten Karls V. und Sigmunds ist oft in Parallele gestellt worden. Luther ist, wie Huß, gekommen in des Kaisers

Geleit und hat, glücklicher als er, in diesem Geleit von dannen ziehen können. Wie man auch Sigmunds Haltung beurteilt, es ist klar, daß der Unterschied nicht so sehr in den Persönlichkeiten als in den Zeitverhältnissen lag. 1415 zeigte sich weltliche Gewalt ungesäumt bereit, geistlichem Gerichte ihren Arm zu leihen; 1521 beging der Kaiser nicht nur die „Frechheit, nicht ungehört zu verdammen", sondern sogar die, den auch nach seiner Meinung völlig Geständigen nicht zu treffen. Und ein Kaiser, der mit dem Papst in gutem Einvernehmen, sein Bundesgenosse zu sein wünschte!

Auch an Kaiser Karl ist der Gedanke heran getreten, Luther und die Stimmung der Deutschen gegen den Papst, der Franz I. begünstigte, zu gebrauchen. Er hat ihn schwerlich auch nur einen Augenblick ernstlich erwogen, gewiß nicht, nachdem er Luther gehört hatte. Karls Lehrer war Leos X. Nachfolger, der Utrechter Hadrian VI., neben Alexander VI. der einzige nichtitalienische Papst nach der Periode von Avignon, aber das volle Gegenteil von dem Spanier, ernst, gelehrt, sittenstreng und gläubig, ein würdiger Priester in jeder Beziehung. Seine kirchliche Gesinnung ist auf Karl V. übergegangen; sie konnte durch die Tradition seines Hauses und durch sein spanisches Königtum nur bestärkt werden. Luthers Auftreten ist dem Kaiser Anlaß geworden, sie zum klaren Ausdruck zu bringen. Es geschah noch an demselben Tage, an dem er Luther gehört hatte; er las, was er geschrieben hatte, am nächsten Morgen den versammelten Fürsten vor. „Es ist das erste Schriftstück, von dem wir wissen, daß es das Erzeugnis seines eigenen Geistes war."

Es sagte: „Ihr wißt alle, daß ich von den christlichen Kaisern deutscher Nation und den katholischen Königen der Spanier, von den österreichischen Erzherzögen und den burgundischen Herzögen stamme, welche alle bis zu ihrem Tode die treuesten Söhne der katholischen Kirche und die Verteidiger und Ausbreiter des katholischen Glaubens zur Ehre Gottes, zur Vermehrung des Glaubens und zum Heil ihrer Seelen gewesen sind." . . . „Wir haben als Recht befunden, zu erhalten, was die genannten unsere Vorgänger sowohl auf dem Konstanzer als auf anderen Konzilien festgesetzt

haben. Da es nun aber offenbar ist, daß ein einzelner Mönch, durch seine besondere Meinung betrogen, in die Irre geht, sich mit dem Glauben der ganzen Christenheit in Widerstreit setzt, sowohl derjenigen, welche vor tausend Jahren, als derjenigen, welche heute leben, und sich anmaßt, zu behaupten, alle Christen seien bis jetzt im Irrtum gewesen, so haben wir beschlossen, an diese Sache alle unsere Reiche und Lande, unsere Freunde, unser eigen Leib, Blut, Leben und Seele zu setzen." Der Kaiser bedauert, „so lange das Einschreiten gegen genannten Luther und seine falschen Lehren verschoben zu haben". Er will ihn unter keinen Umständen weiter hören. „Er soll nach dem Inhalt seines freien Geleites, das wir halten wollen, zurück geführt werden," aber „wir haben beschlossen, gegen ihn wie gegen einen wahren und überführten Ketzer zu verfahren, und ermahnen euch, daß ihr in dieser Sache wie gute Christen und so, wie ihr es versprochen habt, euere Meinung kund gebt."

Als die Fürsten die Worte des jungen Kaisers vernommen hatten, berichtet der Nuntius Aleander, wurden „viele bleicher, als wenn sie gestorben wären". Das Verfahren gegen Luther fand seinen Abschluß im „Wormser Edikt", das zum Banne die Acht, auch gegen Luthers Anhänger, fügte und schärfste Zensurmaßregeln traf, ein persönliches Werk des Nuntius. In den Reichstagsabschied vom 26. Mai hat dieser vom 8. datierte Erlaß keine Aufnahme gefunden; Tags zuvor war er in der Wohnung des Kaisers, nicht in einer Sitzung der Stände, verlesen worden; der anwesende Kurfürst Joachim von Brandenburg, ein scharfer Gegner Luthers, hatte die Erklärung abgegeben, daß die Stände das Mandat in dieser Form billigten. Die Mehrzahl der Fürsten hatte Worms schon verlassen.

Luther verschwand auf der Wartburg. Er „ließ sich eintun". Der Kaiser zog gegen Frankreich zu Felde. Die Leitung des Reiches ging über an das in Worms verabredete Reichsregiment, das in Nürnberg zu Anfang des nächsten Jahres zusammen trat. Wie würde es sich stellen? Würde es dem Kaiser zu Willen sein? Das war die Frage.

Bis auf die Neuordnungen von 1867 und 1871 hin hat das Reich

wenige Körperschaften gehabt, die über Lebensfragen der Nation so selbständig Beschlüsse gefaßt hätten wie das Regiment von 1522—1524. Der Kaiser war aus der Verwaltung des Reiches so gut wie ausgeschaltet. Auch in allen äußeren Angelegenheiten sprach das Regiment das entscheidende Wort. Ohne seine Zustimmung konnte ein Reichskrieg nicht geführt werden; Bewilligen und Aufbringen der nötigen Mittel lagen bei ihm. Die Angesehensten der Fürsten wechselten im Vorsitz ab.

Mancherlei Fragen haben das Regiment beschäftigt, vor allem der weitere Ausbau des Reichsgerichts und die dauernde Sicherung der für Reichszwecke unentbehrlichen Mittel. Die wichtigste wurde bald die Stellungnahme zur neuen Lehre.

Unter den Gegnern Luthers stand von den weltlichen Fürsten Georg von Sachsen in der vordersten Reihe. Er hatte auch seine bitteren Klagen über Rom; von dem Wittenberger Professor aber wollte er nichts wissen. Er betrieb alsbald am Reichsregiment die Durchführung des Wormser Edikts. Aber der Vetter Friedrich hielt ihm Widerpart und verhinderte entsprechende Beschlüsse. Der neue, deutsche Papst suchte durch ehrliches Entgegenkommen zu beschwichtigen. Sein Legat Chieregati gestand schwere Vergehen und Mißbräuche an Haupt und Gliedern der Kirche zu. Er konnte aber dadurch nicht erreichen, daß sich das Regiment willig gezeigt hätte, den lutherischen Neuerungen entgegen zu treten. Im Gegenteil, das Eingeständnis wurde dem Regiment zur Stütze für seine Auffassung. Es war der Meinung, es könne den nicht strafen, der das Übel aufgedeckt habe, die Sache gehöre vor ein allgemeines, von Kaiser und Papst zu berufendes Konzil mit Sitz und Stimme für die Laien; inzwischen aber könne niemand gehindert werden, das Evangelium zu lehren; nur solle nichts geschrieben werden, was zu Aufruhr und Ärgernis Anlaß geben könne.

So stellte sich das Reichsregiment in offenen Gegensatz zum Kaiser. Die Anwesenheit Ferdinands, des kaiserlichen Bruders, hat das nicht hindern können. In des Kaisers Namen ging ins Reich hinaus, was dem Wormser Edikt direkt widersprach. Das Regiment nahm in des Reiches Schutz, was der Kaiser verurteilte.

Und nun sollte sich bald zeigen, daß Machtstellung und Ge-

sinnung der Fürsten, nicht des Kaisers, entscheidend waren für das Geschick der lutherischen Bewegung.

Luther hat von der Wartburg aus nichts getan, sie zu fördern. Die Kirchenpostille und die Bibelübersetzung konnten naturgemäß erst später eine Wirkung üben. Wenn irgend etwas, so ist diese Zeit geeignet, zu belegen, daß im deutschen Volke ein Drang nach Änderung vorhanden war ganz unabhängig von Luther.

Aus tausend Rinnsalen ist der Strom zusammen geflossen, der in diesen Jahren Deutschland überflutete. Wenn er sich jetzt sammelte in dem Bett, das Luther ihm grub, so hat das seinen Grund vor allem in der Überlegenheit, in dem Zauber der Persönlichkeit des Reformators, der mit der Sicherheit des Genies alle Kraft ansetzte an dem Punkte, von dem allein aus eine durchgreifende Erneuerung zu erreichen war. Wie mannigfaltig waren die Wünsche, die man gegenüber dem Bestehenden hatte, nationaler und religiöser, wissenschaftlicher und literarischer, politischer und sozialer und, wie unvermeidlich war, vermischt damit auch rein persönlicher Art. Luthers Stimme hatte sie alle zu lauter Äußerung geweckt. Was der Einzelne wollte, wußte er; was der Gesamtheit dienen konnte, hatten wohl wenige ernstlich erwogen. Die Bewegung hatte überwiegend verneint; sie war verloren, wenn sie nicht auch zu bejahen wußte. Davon hing ihre Zukunft ab.

Sie hatte alle Stände ergriffen, vom Fürsten bis hinab zum Bauersmann; es ist unmöglich zu sagen, welchen am meisten. Daß die besonderen Anliegen und Wünsche, die jeder hatte, nicht durch die Tagesfrage zum Schweigen gebracht wurden, versteht sich von selbst; sie empfingen vielmehr aus dem allgemeinen Drang nach freierer Betätigung neuen Antrieb. Die festeste Autorität, die das Mittelalter für die Regelung menschlichen Lebens heraus zu bilden vermocht hatte, die Kirche, befand sich in Auflösung. Für die Orden schien das Gelübde des Gehorsams nicht mehr zu bestehen. Das „Priestertum aller Laien" gab dem geistlichen Stande eine ganz veränderte Stellung. Alle Ansprüche, Forderungen und Beschwerden, die Laien gegenüber der Kirche hatten, gewannen verstärkte Kraft

Dazu lehnte die neue Lehre alles ab, was erst durch die „babylonische Gefangenschaft" dem Kirchenwesen zugewachsen war, Reliquien- und Heiligen-Verehrung, Mönchtum und Zölibat, Meßopfer, Kelchentziehung und Ohrenbeichte, und was sonst an Bräuchen sich eingebürgert hatte. Wie konnte gesichert werden, daß die neue Freiheit richtig gebraucht, daß sie nicht in Zuchtlosigkeit, in Verneinung aller festen Ordnung verkehrt wurde? Das war die Aufgabe, die zu lösen war, die sich während der Wartburgzeit in den Vordergrund drängte. Es ist ein abermaliger Beleg für die Grundstimmung der Zeit, daß sie innerhalb Jahresfrist nach dem Erlaß des Wormser Edikts unvergleichlich viel brennender wurde als die Frage, wie man sich vor diesem sichere.

Luther war Idealist, seiner Geistesanlage, seinem Bildungsgange nach. Er war von Haus aus gewohnt, ein Innenleben zu führen; erst die Glut der Seele trieb ihn nach außen. So war und blieb ihm das Entscheidende die Lehre. „Das Wort muß es bringen." Es sollte die Gesinnung wirken, aus der das richtige Handeln entspringt, der Glaube die Werke. Wie er selbst keinen Zwang duldete, so wollte er auch keinen geübt wissen gegen andere; Gott „werde es richten". Aber die Welt belehrte ihn, daß es mit dieser Zurückhaltung nicht getan war, daß menschliche Dinge nicht nur einen Inhalt, sondern auch eine Form brauchen, und daß ihnen die nur gegeben werden kann durch Gebot.

Die Wittenberger Unruhen, die mit dem Ende des Jahres 1521 einsetzten, und denen anderer Orten, besonders in Zwickau, ähnliche Bewegungen zur Seite gingen, sind ihrem Wesen nach allgemein bekannt. Es handelte sich um Fragen, die unumgänglich waren oder sich doch wie von selbst an das knüpften, was zur Sprache gebracht war: Abstellung der Messe, Zulassung der Priesterehe, Austritt aus dem Kloster, der Laienkelch, die Behandlung der Bilder und Reliquien und nicht zuletzt die Gestaltung des neuen geistlichen Standes. Bedurfte er noch der Weihe, bedurfte er noch gelehrter Bildung? Konnte es der Herr nicht jedem geben, nicht auch durch Laien seinen

Willen kund tun? War nicht auch die Kindertaufe verwerflich, wenn alles auf inneres Erfassen ankam? Indem die überkommene Ehrerbietung vor dem Priesterstande in ihr Gegenteil umschlug, kamen gewalttätige Naturen auch auf den Wahn, das neue Heil könne es erfordern, die „Pfaffen" zu erschlagen, ja alle „Gottlosen" zu vertilgen. Weniger blutig war jedenfalls der „Bildersturm", der Kampf gegen Altäre und Heiligtümer aller Art, der einzusetzen begann und manchem Kunstwerk ein bedauerliches Ende bereitet hat. Von religiösen wie politischen Umwälzungen sind Begehren nach Ausschreitungen ja nie ganz fern zu halten, kaum Untaten selber.

Es gehört zu dem Größten, was Luther geleistet hat, daß er gegenüber den Versuchen, das Neue tumultuarisch zur Durchführung zu bringen, mit raschestem Entschluß, fast instinktiv, Stellung nahm. Es geschah nicht ohne Gefährdung seiner Person. Der Kurfürst warnte ernstlich. Aber Luther war nicht der Mann, der sich durch solche Bedenken schrecken ließ. Er hatte sich längst an den Gedanken gewöhnt, auch sich selbst zu opfern. „Für Gewalt ist nicht mehr hier denn ein armer Körper. Will Gott mich nicht erhalten, so ist mein Kopf ein Geringes, verglichen mit Christus." Die Bedenken des Kurfürsten, der doch auch die gegnerische Richtung im Reichsregiment im Auge behielt, wies er fast schroff zurück. Er bedürfe des Schutzes nicht: „Ich halte, ich wolle Ew. Kurfürstlichen Gnaden mehr schützen, denn sie mich schützen könnte. Dieser Sache soll noch kann kein Schwert raten oder helfen; Gott muß hier allein schaffen, ohne alles menschlich Sorgen und Zutun. Darum, wer am meisten glaubt, der wird hier am meisten schützen."

Es ist erstaunlich, wie rasch Luther, heimkehrend aus seinem Patmos, in Wittenberg Ordnung geschaffen hat. Wenige Wochen genügten. Er erfüllte die berechtigte Forderung, die den Unruhen zugrunde gelegen hatte, dem Neuen nun auch Gestalt, der Lehre Leben zu geben. Aber auch so ist ihm die Form keineswegs die Hauptsache geworden. Seine eigene Persönlichkeit hat er nur langsam aus dem Alten gelöst. Als letzter hat er 1525 sein Kloster verlassen; erst in dem gleichen Jahre schloß er die Ehe. Er hat

noch lange Nachsicht in den Äußerlichkeiten empfohlen und geübt. Er wollte die Schwachen schonen, nur, wo er geflissentliches Widerstreben zu sehen glaubte, durchgreifen.

Mit der Rückkehr Luthers nach Wittenberg im Frühling 1522 beginnt der Aufbau der evangelischen Kirchen Deutschlands. Es ist nicht selten zwischen einem liberalen und einem reaktionären Luther, zwischen dem Reformator und dem Mönch, unterschieden und die Trennungszeit in dieses Jahr verlegt worden. Man hat einen unausgleichbaren Gegensatz zwischen dem früheren und dem späteren Auftreten gefunden und behauptet, daß die Reform, die sich an Luthers Namen knüpft, nicht durchgeführt worden sei in dem freiheitlichen Geiste, in dem sie begonnen worden.

Diese Auffassung kann als geschichtlich berechtigt nicht anerkannt werden. Sie stellt an Luther und an die Zeit Anforderungen, die sie nicht erfüllen konnten. Die Kirche, die Luther aufrichtete, war nicht für alle Zeiten fertig; sie konnte es nicht sein. Welche Kirche wäre es denn je gewesen? Sie haben ja alle ihre Geschichte, auch die römisch-katholische. Was Luther schuf, konnte unmöglich aller Zukunft genügen. Die noch heute starr an allem und jedem, was er gelehrt und geschaffen, festhalten wollen, verstehen ihn eben so falsch wie die, welche ihm vorwerfen, daß er nicht schon festgelegt hat, was sie heute für richtig oder wünschenswert halten. Was er aufrichtete, war das der Zeit Dienliche, in der Hauptsache das in der Zeit allein Mögliche. Indem er grundsätzlich an das Bestehende anschloß, bewies der Gelehrte und Glaubensmann doch auch ein sicheres und feines Gefühl für das in Staat und Gesellschaft Durchführbare.

Es ist Luther zum Vorwurf gemacht worden, daß er der Gemeinde nicht genügende Freiheit und Selbständigkeit gelassen habe. Er hat die bestehende Kirchengemeinde als Trägerin der Rechte an der Kirche festgehalten ohne große Skrupel über Austritt und Neubildung von Gemeinden. Allein das sollte ihn vor solchem Vorwurf sichern. Daß er die Bestellung der Geistlichen nicht den Ge-

meinden oder ihnen nicht allein überließ, war sicherlich weise, war geboten. Wo diese Einrichtung in Deutschland bestand, ist sie fast durchweg erhalten geblieben. Wir haben Belege aus der Zeit genug, die zeigen, daß ihre volle Durchführung, trotz nicht so selten auftauchender Forderungen in dieser Richtung, eine Unmöglichkeit war.

Noch weniger kann Luther der Tadel treffen, daß er die landesfürstliche Gewalt zu sehr gestärkt habe. Wo war denn die Instanz, die eine neue Ordnung hätte sichern können? Wo die landesherrliche Autorität eine städtische war, haben die Bürger selbst ihre Sache in die Hand genommen; der Unterschied hat sich erhalten bis auf den heutigen Tag. Aber in den fürstlichen Territorien gab es kaum irgendwo lebenskräftige Organe des Selbstregiments außer den „Ständen", d. h. fast überall Adel und Geistlichkeit. Die Geistlichkeit verlor als solche ihre politischen Rechte; daran wird kein Moderner Anstoß nehmen. Der ständische Adel aber zeigte sich so sehr geneigt, seine Machtstellung gelegentlich der Kirchenänderung zum eigenen Vorteil auszunutzen, daß das Landesfürstentum sich ein wahres Verdienst erworben hat, indem es solchem Begehren Schranken setzte. In den bäuerlichen und kleinen städtischen Gemeinden fanden sich keine Organe, die bereit und geeignet gewesen wären, höheren Gesichtspunkten, z. B. der Notwendigkeit gelehrter Vorbildung für den Pfarrerstand, Rechnung zu tragen. Allzu sehr waren diese Stände der Selbstverwaltung entwöhnt. Wir haben es auch hier mit einem Ergebnis unserer mittelalterlichen Geschichtsentwickelung zu tun, die sie ihrer politischen Bedeutung fast völlig entkleidet hatte. Es lag anders als in der Schweiz, in den Niederlanden, in Schweden, auch anders als in Schottland und Frankreich, wo der Landadel ein Führer der Reformation wurde und werden konnte.

So hat das evangelische Deutschland durch Luthers Kraft und Besonnenheit, nicht zuletzt durch den in ihm lebendigen, angeborenen Ordnungssinn, im wesentlichen diejenige Neuordnung seines Kirchenwesens erhalten, die unter den Zeitverhältnissen ersprießlich, ihnen angemessen war. Die schweren Mängel, die heute an ihr gefunden

werden, können nicht berechtigen, ihren Urheber der Verständnislosigkeit oder gar selbstgefälligen Starrsinns zu beschuldigen. Die gelegentlichen abstoßenden Härten, die verletzenden Zornesausbrüche, die grundsätzlichen Gegnern so bequeme Angriffspunkte bieten, sollten nicht in Rechnung gestellt werden bei einem Manne, dessen Leben nicht aufhörte und nicht aufhören konnte, Kampf zu sein. Luther hätte nicht Luther werden können, wenn es ihm nicht gegeben gewesen wäre, zugleich ein überzeugter Vertreter der Freiheit und der Autorität zu sein. Es ist etwas Richtiges darin, wenn man gesagt hat, er sei sein Leben lang Mönch geblieben; aber er ist darum nicht weniger auch sein Leben lang der Reformator gewesen. Wer Neues schaffen will, muß zugleich einreißen und aufbauen können; das hat Luther verstanden wie einer.

Besonders oft ist Karlstadt auf Luthers Kosten gefeiert worden. Man gefällt sich, in ihm den besser Gebildeten, den Urteilsfähigeren, den Unbefangeneren zu sehen. Als Theologe und Philosoph mag Luther gegenüber Karlstadt nicht überall im Rechte gewesen sein; er mag ihn auch gelegentlich ungebührlich abgetan haben. Daß man sich Karlstadt nicht an Luthers Stelle denken kann, ist entschieden, sobald die Frage gestellt wird. Neben Luther war für einen Mann von *seinem* Charakter kein Raum, so bedeutend seine Befähigung sein mochte. Es hat noch in keiner großen Bewegung an Männern gefehlt, die sich gern an führender Stelle sahen, aber eben dadurch unfähig wurden zu der Mitwirkung, die ihre Gaben gestattet hätten.

Der Umordnung der Verhältnisse traten Schwierigkeiten in den Weg, die von Anhängern der Neuerungen ausgingen. Unwillkürlich erhebt sich die Frage: Wehrte sich in den einzelnen Herrschaftsgebieten denn nicht auch das Alte?

Es ist ein beliebter Vorwurf, der gegen die Reformation erhoben wird, daß sie nur mit Gewalt habe durchgeführt werden können. Man könnte dem mit guten Grunde die Behauptung entgegensetzen, daß sie nirgends in deutschen Landen so hat eingeführt zu werden

brauchen. In keinem Falle ist in den der Reformation sich öffnenden Territorien Gewalt in dem Sinne angewendet worden, wie sie in den im katholischen Glauben noch zeitweise oder dauernd verharrenden lange an der Tagesordnung war. Kein Altgläubiger hat in deutschen protestantischen Landen den Tod erlitten seines Glaubens wegen, während umgekehrt die Zahl der Märtyrer sich nach Hunderten beziffert. Der Augsburger Religionsfriede hat die Todesstrafe für Andersgläubige aufgehoben, den Landesregierungen nur noch Ausweisung gestattet, natürlich auf protestantische, nicht auf katholische Anregung. Es war bei der Einführung der Reformation kein Anlaß zur Anwendung so harter Gewalt. Wir wissen nicht anders, als daß, wo die Neuerung in Stadt oder Land von den leitenden Kreisen beschlossen war, sie auf umfassenderen Widerstand nicht gestoßen ist. Heinrich von Zütfen ward 1524 von den Dithmarscher Bauern verbrannt, als er anfing, ihnen die neue Lehre zu predigen; aber eben diese Bauern haben sie wenige Jahre später auf Landesbeschluß bei sich eingeführt. Es versteht sich von selbst, daß es wohl nirgends an einer größeren oder geringeren Minderheit geistlicher und auch weltlicher Leute gefehlt hat, die sich den neuen gottesdienstlichen Einrichtungen und Ordnungen nicht fügen mochten. Gegen sie ist allerdings, nicht alsbald, aber im Laufe der Jahre oder Jahrzehnte, Zwang angewendet worden, der sich bis zur Landesverweisung steigerte. So kann man gewiß sagen, daß auch die neue Lehre nicht in modernem Sinne tolerant war; aber daß sie der Toleranz die Bahn gebrochen hat gegenüber dem mittelalterlichen und in der Neuzeit noch lange festgehaltenen Brauch der römischen Kirche, darüber ist unter sachlich Urteilenden kein Wort zu verlieren.

Der ganze Verlauf der Protestantisierung, wie er sich in den nächsten Jahrzehnten vollzogen hat, wäre nicht denkbar, wenn die alte Kirche in sich mehr gefestigt gewesen wäre. Sie hat in deutschen Landen überall, soweit sie sich nicht auf Staatsgewalt oder auf Hilfe von außen hat stützen können, eine überraschend geringe Widerstandskraft bewiesen. Gewiß hatte das zunächst seinen Grund im mangelnden Glauben; man war dieser Kirche fremd geworden.

Aber es wirkte doch noch etwas anderes mit. Mehr als man in der Regel annimmt, war die deutsche Kirche schon vor der Reformation Landeskirche. Man hat in neuerer Zeit mit gutem Grunde von einem germanischen Kirchenrecht gesprochen, sein Wesen in der „Eigenkirche" gefunden. Die Auffassung, die hier zugrunde liegt, hat sich in Deutschland durch das ganze Mittelalter erhalten; sie hat durch die Fürstenkonkordate nach dem Baseler Konzil eine wesentliche Stärkung erfahren. In der Reformation gelangt sie zum vollen Durchbruch. Man knüpft unbewußt an etwas Altes an, das man nicht erst volkstümlich zu machen brauchte. Auch in der Zeit größter päpstlicher Machtfülle war die Vorstellung lebendig geblieben, daß Kirchen und Klöster, Pfründen aller Art, zunächst nach den Absichten der Stifter dem Besten ihrer Nächsten und der Landeskinder oder Mitbürger zu dienen hätten. Eben weil diese Vorstellung herrschte, wurden Eingriffe von draußen her so widerwillig aufgenommen; ihnen ein völliges Ende zu bereiten, erschien der herrschenden Volksvorstellung als gutes Recht, gar noch, wenn es theologisch begründet werden konnte. Der Boden, auf dem die alte Kirche stand, war doch nach allen Richtungen hin unterwühlt.

Luther hat seine Sache auf die territorialen Gewalten gestellt. Damit folgte er dem Gange der deutschen Geschichte. Eben der Gang unserer Geschichte war es auch, der ihm und der Reformation im Reichsregiment eine Deckung schuf, als der Kaiser sich gegen sie stellte. Die Landesgewalten sind es gewesen, die Deutschland die Reformation gesichert haben. Ultramontane Geschichtsauffassung wird nicht müde, sie dafür zu schelten, ja zu schmähen. Wie oft sind sie wüster, brutaler Habgier beschuldigt worden, wie oft hat man den Fürsten religiöse Überzeugung abgesprochen! Die so urteilen, sollten doch auch einen Augenblick nachdenken, woher diese bösen Fürsten, diese Landesgewalten stammen. Hat sie nicht Gregor VII. selbst auf die Füße gestellt? Hätte er seine Ansprüche vertreten, hätten seine Nachfolger sie durchsetzen können ohne diesen Fürstenstand? Wäre dem so viel mächtigeren deutschen Königtum ohne seine päpstlichen Widersacher etwa nicht gelungen, was alle

Herrscher West- und Nordeuropas im Mittelalter erreicht haben, die feste Aufrichtung königlicher Macht? Wie kann sich über die autoritätslose Zersplitterung beklagen, der sie selbst geschaffen hat? Ja, wenn jetzt in Deutschland Karl V. ein wirklich regierender Kaiser gewesen wäre mit der Macht eines Otto I., eines Konrad II., eines Friedrich Barbarossa, gesteigert, wie sie inzwischen in Frankreich, England und Spanien gesteigert war, dann hätte Rom nicht zu bangen brauchen. Aber da wäre ja Rom auch gar nicht in diese Lage gekommen. Dann wären die Reformkonzilien anders ausgegangen oder vielmehr gar nicht nötig geworden. Die geschichtlichen Zusammenhänge verketten sich wunderbar; wie unendlich weit sind sie doch davon entfernt, sich gesetzmäßig zu vollziehen! Es ist an seiner Stelle gesagt worden, daß Gregor VII. nicht weniger, ja mehr Revolutionär gewesen sei als Luther. Hier kann hinzugefügt werden, daß, wenn man eine Einzelpersönlichkeit für die Kirchenspaltung verantwortlich machen will, man Gregor VII. zu nennen hat, nicht Martin Luther. Die Stellung, die Gregor der Kirche zu geben gedachte, war eine unmögliche; sie wird nie möglich sein. Indem er sie erstrebte, weckte er die Kräfte des Widerstandes. In Luthers Tagen reifte nur, was Gregor gesät hatte. So hat geschichtliche Erwägung zu urteilen, die den Zusammenhang der Dinge zu überblicken sucht. Sie wird nicht anstehen, Gregor VII. ehrliche Überzeugung zuzuerkennen; es sollte auch keine Geschichtschreibung geben, die Luther solche abspricht. Sie richtet sich selbst, wo immer sie sich zum Wort meldet.



Zweites Kapitel.

Verbreitung und Befestigung der Reformation (1522—1555).

Indem so die staatliche Zersplitterung auf den Gang der deutschen Geschichte einen Einfluß gewann, den der Freund der Reformation befriedigt verzeichnet, entfesselte das Fehlen einer starken Staatsgewalt aber auch Kräfte, die sich als schwere Hemmnisse der herrschenden Strömung erwiesen. Die Zersplitterung war nicht nur eine territoriale, sie war auch eine ständische.

Das ausgehende Mittelalter hatte im Reich die Grundlagen einer neuen staatlichen Ordnung zu schaffen, ihren Ausbau aber kaum zu beginnen vermocht. Noch war so ziemlich alles im Fluß. Es gab Stände, die Gefahr liefen, von staatlicher Geltung abgedrängt zu werden, oder mit denen das schon wirklich geschehen war, und die doch nicht gewillt waren, zu verzichten. Wie hätte eine Zeit so allgemeiner Erregung, so vielgestaltiger Wandlungen vorübergehen können, ohne auch sie für ihre Rechte und Ansprüche in Bewegung zu setzen!

Die Ritter waren im Reichsregiment nicht vertreten; auf den Reichstagen waren sie höchstens geduldet, ohne anerkannte Stellung. Ihre Reichsstandschaft ward in unendlich zahlreichen Fällen bestritten; selbst Angesehene unter ihnen wurden gelegentlich von Fürsten als Abhängige in Anspruch genommen. Und wie oft war solcher Streit überhaupt gar nicht mit Sicherheit zu entscheiden!

Am wenigsten mochten die Ritter sich dem schwerfälligen und langwierigen, kostspieligen und nicht immer unparteiischen Prozeßgange des Reichsgerichts anvertrauen; das Schwert lag ihnen näher.

Denn für die Kriegsverfassung des Reiches hatten sie eine Bedeutung weit über das Gewicht ihres Besitzes und auch ihrer Zahl hinaus. Seitdem das Soldwesen aufgekommen war, lieferten sie vor allen Dingen die kriegsgewohnten Führer. Ihrem Stande gehörten zumeist die Männer an, deren Werbetrommel Reisige und Knechte in Scharen zusammen strömen ließ. Wer Fehde führen wollte, war auf ihren guten Willen angewiesen. Wie hätte dieser Stand nicht ungebeugtes Selbstgefühl, nicht ein starkes Streben nach Unabhängigkeit haben sollen?

Als sein führender Vertreter galt den Zeitgenossen, gilt heute der landläufigen Vorstellung Franz von Sickingen aus der linksrheinischen Pfalz, dessen Haus und Gut der Vater Schwicker gemehrt und emporgebracht hatte. Seine Persönlichkeit ist kaum weniger umstritten als die Ulrichs von Hutten, dessen Name dem seinen — ein weiteres Heldenpaar — unzertrennlich vereint ist. Die enge Verbindung gehört in die Zeit, wo Sickingen seine Ebernburg, bei Münster am Stein im Winkel der Nahe und Alsenz, zur „Herberge der Gerechtigkeit" machte. Luther ward hier ein Zufluchtsort angeboten, wenn etwa in Wittenberg nicht mehr seines Bleibens sei. Hutten war es, der Sickingen in die Schriften des Reformators einführte. Es fehlen an dem Helden nicht ganz die Züge, die wir mit dem geschichtlich zwar recht anfechtbaren, aber doch geläufigen und feststehenden Begriff des Raubrittertums verbinden. Wie es sich um diese Zeit darstellte, ist durch Götz von Berlichingens Selbstbiographie den weitesten Kreisen bekannt geworden, auch sonst aus schier unerschöpflichen Mitteilungen deutlich erkennbar. Auch Sickingen hat Kaufleute „niedergeworfen", ohne mehr als zum Schein Absage ergehen zu lassen. Aber er war auch Karls Feldhauptmann gewesen, als es galt, des jungen Königs Wahl gegen Franz von Frankreich zu decken. Er konnte Heere ins Feld bringen, die ihm auch in großen Händeln ein Gewicht gaben.

Der Unwille der Ritter richtete sich vor allem gegen die Übermacht der Fürsten in der Leitung des Reiches, besonders gegen ihren Druck auf die Gerichtsbarkeit. Am Reichsgericht und im Schwäbischen Bund war gegen sie nicht aufzukommen. Wie hätte ein kühner Kopf aus diesem Kreise nicht auf Grund der Lehren Luthers und der Zeitströmungen auf den Gedanken kommen sollen, daß zunächst das geistliche Fürstentum beseitigt werden könne und müsse! Das „Heimramschen", das Einziehen des geistlichen Gutes zum Besten des Reiches, ist noch lange Gegenstand flüchtiger und ernster Erwägungen gewesen. Wie hätte dem Ritterstand aufgeholfen werden können, wenn ihm, der doch des Reiches Kriege zu führen pflegte, das als eine stehende Pflicht übertragen worden wäre gegen dauernde Nutznießung des neuen Reichsguts!

Niemand kann sagen, daß dies ein ungangbarer Weg gewesen wäre, wenn Kaiser Karl V. sich selbst der Reformation angeschlossen und sie durch seine Macht gestützt hätte. Es waren nicht so ausgestaltete Pläne, die Sickingen verfolgte; aber die Dinge in diese Richtung zu treiben, schwebte ihm doch vor, als er im Herbst des Jahres 1522 losschlug, „dem Evangelio eine Gasse zu machen". Der Gegner, den er sich wählte, der Erzbischof von Trier Richard von Greifenklau, war aber nicht umsonst ein Standesgenosse. Er widerstand siegreich dem Versuch, ihn zu überrennen. Alsbald traten die Fürsten zusammen. Ihre vereinte Macht bereitete Sickingen den Untergang; am 7. Mai 1523 fand er in der Verteidigung seiner Feste Landstuhl den Tod.

Sein Untergang hat dem Rittertum das Rückgrat gebrochen; fortan konnte die Selbständigkeit des Standes neben dem Fürstentum nicht mehr ernstlich in Frage kommen. Es war ein Ausgang, der in der Richtung der Zeit lag; sie begünstigte Aufkommen und Festigung umfassenderer staatlicher Gebilde und stärkerer Landesgewalten. Aber für die Gedanken der Reformation bedeutete Sickingens Niederlage keinen geringen Nachteil. Wir wissen mit Bestimmtheit, daß der Ritterstand in seinem weitaus größeren Teile zu ihnen hinüber neigte. Zur Niederwerfung wirkten An=

hänger des alten und des neuen Glaubens einmütig zusammen, allen voran der feurige junge Philipp von Hessen, an dem Luther auf dem Wormser Reichstag einen Freund gewonnen hatte. Die verschiedenen Strömungen durchkreuzten einander; in den zerfahrenen deutschen Verhältnissen konnte es bei ihrem Zusammentreffen ohne Wirbel nicht abgehen.

Sickingens Auftreten hat aber für den Gang der Reformation noch eine weitere nachteilige Folge gehabt. Von den alten Landfriedensbündnissen behauptete sich das größte und einflußreichste, das je bestanden hat, der Schwäbische Bund, weit über den Wormser Landfrieden hinaus. Es umfaßte so ziemlich das ganze obere Deutschland, soweit es nicht habsburgisch war, und gestaltete sich mehr als irgend eine frühere Vereinigung zu einer politischen Macht, die neben Kaiser und Reich eine selbständige Stellung einnahm. Fürsten und Städte gehörten ihm an; aber die Interessen der Fürsten überwogen durchaus. Gegen die Ritter waren alle einig. Der Bund ließ die Gelegenheit nicht ungenutzt, mit ihnen aufzuräumen, ihre Burgen zu brechen. Solch Strafgericht wäre Sache des Reichsregiments gewesen, das sich auch bemüht hat, die Sache in die Hand zu nehmen. Es mußte als müßiger Zuschauer zur Seite stehen. Nicht des Reiches, sondern des Bundes und der einzelnen Fürsten Autorität schuf Ordnung. Die lutherischen Sympathien des Reichsregiments konnten den Rittern nicht zugute kommen, und sein Ansehen, das für die Reformation so viel bedeutete, litt Schaden.

Es sollte bald noch schlimmer kommen. Kaum in irgend einem Teile unseres Volkes hatte Luther so willig Gehör gefunden wie bei den Bürgern der Städte, und nun sollte gerade von diesem Kreise aus dem Reichsregiment das Grab gegraben werden.

Seit den großen Kämpfen und Bündnissen des 14. Jahrhunderts hatte sich das Verhältnis der Städte zu den Fürsten nicht wenig zu ihren Ungunsten verschoben. Zwar war ihr Wohlstand auch in dieser Zeit im allgemeinen gewachsen; fehlte es dafür an anderen

Zeugnissen, die Bauten würden es beweisen. Aber Anbau und Wohlstand des flachen Landes waren im allgemeinen noch mehr empor geblüht, und vor allem hatte die Verwaltung der Territorien große Fortschritte gemacht in der Entfaltung und Verwertung ihrer wirtschaftlichen und insonderheit ihrer finanziellen Kräfte. Die Überlegenheit der Städte auf diesem Gebiete war nicht mehr die alte. Ihre Ansprüche auf Konzentration von Gewerbe und Handel aber wurden um so lästiger, je mehr die landschaftlichen Territorien, besonders als Förderer und Vertreter ihrer Städte, in Mitbewerb traten.

Die wachsende Macht der Landesherren steigerte auch ihr Begehren und ihre Fähigkeit, die Städte zu unterwerfen. In mehr als einem deutschen Territorium haben die Landstädte sich im Laufe des 15. Jahrhunderts in die Landesordnung einfügen lassen müssen. Auch die mächtigsten städtischen Gemeinwesen, auch Reichsstädte, mußten fortgesetzt mit dieser Gefahr rechnen, immer wieder Bündnisse schließen und sich mit schweren Geldopfern unter den Fürsten einen „Schutzherrn" suchen, der sich bereit finden ließ, ihre Selbständigkeit decken zu helfen. Denn militärisch standen die Städte wesentlich ungünstiger als früher. Ihre Bürger haben sie, abgesehen vom Seedienst der Küstenstädte, mehr und mehr nur noch zur Verteidigung ihrer Mauern heran gezogen. Im Aufbringen und Leiten von Söldnerheeren mit adligen und ritterlichen Führern hatten fürstliche Kriegsherren aber eine natürliche Überlegenheit. Sie einigermaßen auszugleichen, war Zweck und Sinn des „Schutzherrn". An Spott über das kriegerische Gebaren der Stadtleute hat es nicht gefehlt.

Die Neuordnung des Reiches hatte die Städte weiter in Nachteil gesetzt. Die Reichsstandschaft der einzelnen war vielfach bestritten worden. Schon auf den Reichstagen des 15. Jahrhunderts hatte man versucht, sie, nach ihrer Meinung „über Vermögen", heranzuziehen, hatte sie wohl mittaten, nicht aber mitraten lassen wollen. Der steigende Einfluß der Fürsten in der neuen Ordnung stärkte diese Neigung. Unter den 22 Stellen des

Reichsregiments waren ihnen nur zwei vorbehalten. Zu den Lasten suchte man sie aber wesentlich stärker heranzuziehen und zwar nicht nur, wie es hergebracht war, in den Anschlägen. Im Mittelpunkte der Finanzpläne des Regiments stand ein vierprozentiger Grenzzoll. Es ist bis ins 19. Jahrhundert das einzige Mal, daß man ernstlich den Gedanken faßte, die Reichsgrenzen zu einer Zollschranke und damit das Reich zu einer wirtschaftlichen Einheit zu machen. Seine Durchführung hätte sicher weit über das finanzielle Ergebnis hinaus Folgen gehabt. Der kühne Plan sollte so wenig zur Ausführung kommen wie früher die allgemeine direkte Reichssteuer, der gemeine Pfennig.

Aus dem Kreise der Städte ward Widerspruch erhoben, insbesondere von Oberdeutschland her, wo ja im Südwesten die unter dem Reiche stehenden Gemeinden so viel zahlreicher und mit ihm in viel engerer Verbindung waren. Daß das Reichsregiment eine straffe Haltung annahm gegen die „Monopoler", die großen Handelsgesellschaften, gegen die allgemeine Mißstimmung herrschte, traf auch wieder die Oberdeutschen, in deren Mitte besonders Augsburg ein Sitz dieser Gesellschaften war. Man wandte sich Beschwerde führend an den Kaiser und schickte im Sommer 1523 eine Gesandtschaft an ihn nach Spanien, die nach anfänglich ablehnender Haltung Karls Gehör fand. Es geschah aber nicht, ohne daß Geldmittel verwendet worden waren und man sich gegen die Vorwürfe wegen Begünstigung der lutherischen Neuerungen durch Abschieben der Schuld auf die Fürsten zu wehren gesucht hatte.

Der Kaiser war ohnehin nicht gut auf das Reichsregiment zu sprechen. Er stand ihm in der gleichen Stimmung gegenüber wie einst Maximilian den Organen der Reichsreform; er fand, daß man seine Rechte handhabe, ihm Dienste zu leisten aber wenig willig sei. Er versagte seine Zustimmung zu den Beschlüssen über Zoll und Monopoler und erklärte, daß er einen Statthalter bestellen und die Leitung des Reiches selbst in die Hand nehmen wolle. Der im Sommer 1524 in Nürnberg versammelte Reichstag hat es dann abgelehnt, über die Unterhaltung des Reichsregiments zu beraten.

So konnte die Reformation in der bisherigen Weise nicht mehr gestützt und gefördert werden. Führer beim Vorgehen der Städte waren die Fugger gewesen, die seit zwei Generationen besonders an den Geldgeschäften des Hauses Habsburg reich geworden und mit den alten Verhältnissen in Staat und Kirche so enge verknüpft waren, daß sie sich von ihnen nicht lösen mochten.

Noch waren diese Differenzen nicht völlig ausgetragen, als ein dritter Stand anfing, seine Anliegen auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir wissen aus dem früheren und dem hohen Mittelalter wenig von gewaltsamen Versuchen der Bauern, ihre Lage zu bessern. Seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts folgen sich solche Versuche in umfassender Ausdehnung in Frankreich, England und Deutschland. Ihre Ursachen oder gar ihre Berechtigung befriedigend zu begründen, ist bis auf den heutigen Tag höchstens in einzelnen Fällen, lokal, gelungen. Die Lage des bäuerlichen Standes war in dem weiten Gebiet des Deutschen Reiches natürlich außerordentlich verschieden. Ob damit aber die Tatsache zusammenhängt, daß der sogenannte Bauernkrieg nur gewisse Teile Deutschlands heimgesucht hat, daß ihn z. B. die ganze norddeutsche Tiefebene kaum kennt, während er von den Vogesen bis zum Böhmerwald und von Thüringen bis in die Alpen (auch in Herrschaftsgebieten der Eidgenossen) fast überall tobte, ist kaum mit Sicherheit zu sagen.

Im allgemeinen bestand die Leistung an den Grundherrn in jenem Gebiet wohl schon damals mehr in Arbeit, in diesem mehr in Abgaben oder Gefällen, und es ist sicher, daß wenigstens in späterer Zeit letztere Form der Verpflichtung die mildere gewesen ist. Gewiß ist, daß in nicht wenigen Einzelfällen Unbill und Ungebühr der Herren den Anlaß zum Ausbruch gaben, gewiß aber auch, daß man die Lage des Bauernstandes nicht überall einfach als drückend, den Aufruhr herausfordernd bezeichnen kann. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes gerade in den von der Bewegung ergriffenen Gebieten, die durchweg zu den fruchtbareren und

zu den noch heute **im allgemeinen** durch gesundere agrarische Verhältnisse sich auszeichnenden gehören, würde eher zu der Auffassung berechtigen, daß es zum Bauernkrieg schwerlich gekommen wäre, wenn in dem Stande nicht noch Selbstgefühl und Kraftbewußtsein in hohem Maße lebendig gewesen wären.

Von einzelnen Bauernerhebungen hören wir im 15. Jahrhundert, im Anschluß an die Hussitenkriege, nicht selten; sie wurden häufiger und umfassender im 16., noch ehe Luther das Wort ergriff. Sein Auftreten konnte nicht verfehlen, in bäuerlichen Kreisen eine besondere Wirkung zu üben. Gerade kirchliches Besitztum, kirchliche Rechte, kirchliche Ansprüche waren es, die dem Bauersmann am häufigsten lästig in den Weg traten, wenn auch nicht davon die Rede sein kann, daß geistliche Grundherren im allgemeinen härteren Druck übten als weltliche. Sich mit ihnen abfinden zu sollen, während man ihnen keine Berechtigung mehr zugestand, war ein hartes Verlangen.

Es war auch natürlich, daß die ländlichen Kreise in der neuen Lehre vor allem das Evangelium der armen Leute sahen, die Gleichheit der Menschen vor Gott heraushörten und geneigt waren, wozu es an Anleitung durch berufene und unberufene Verkünder des neuen Glaubens nicht fehlte, biblische Verhältnisse zum Muster für die eigenen zu nehmen. Es lag so nahe, Gottes Natur als zu jedermanns Nutzen geschaffen anzusehen, Wald und Wild, Weide und Wasser. So ist zwar sicher, daß die Reformation die Bauernunruhen nicht hervorgerufen hat, aber ebenso sicher auch, daß sie Mitursache der heftigen Ausbrüche der Jahre 1524 und 1525 geworden ist. Die so oft wiederkehrende Forderung, daß Gottes Wort rein gelehrt werden müsse, daß man die Prediger selbst wählen wolle, belegt es ja auch unmittelbar.

Noch ein Moment möchte Beachtung verdienen. Die Gebiete, in denen der Bauernkrieg sich abspielt, decken sich ziemlich mit denjenigen, die in damaliger Zeit Deutschlands kriegerische Kraft bargen. Es sind die Gegenden, aus denen sich die Landsknechtshaufen ganz besonders rekrutierten. Übung des Waffenhandwerks ist nicht zu

allen Zeiten gleichmäßig in unserem Volke verbreitet gewesen. Neuere Zeiten haben sich gewöhnt, den Norden Deutschlands als den eigentlichen Sitz seiner Wehrhaftigkeit anzusehen. Aber diese Auffassung hat erst durch den Siebenjährigen Krieg Berechtigung gewonnen; die Taten des Großen Kurfürsten und das Soldatenwesen der aufsteigenden brandenburgisch-preußischen Monarchie leiten die Wandlung ein. Im 16. Jahrhundert galt in Ober- und Mitteldeutschland der Norden nicht ganz ohne Grund weder für kriegslustig, noch für kriegsbrauchbar, auch der Adel nicht. Der Eintritt des habsburgischen Hauses in die große europäische Politik hatte dem deutschen Landsknechtswesen einen mächtigen Aufschwung gegeben. Es waren unter den Bauern doch nicht wenige, die mit dem Kriegshandwerk vertraut waren; Selbstbewußtsein und Tatendrang sind dadurch gesteigert worden. Es ist auch nicht so ganz leicht gewesen, die Bauernhaufen aus dem Felde zu bringen.

Auf dauernde Erfolge konnten sie doch nicht ernstlich hoffen. Dazu fehlte es zu sehr an Einheit und Leitung. Mit den blutigen Zusammenstößen von Frankenhausen, Zabern und Königshofen (15. Mai bis 2. Juni 1525) war das Schicksal der Erhebung entschieden. Aus Versuchen dieser Art haben untere Volksklassen ja noch nie Vorteil gezogen. Die Art, wie hier gestraft und heimgesucht wurde, ist aber mit Recht oft und scharf getadelt worden. Unsere Geschichte kennt glücklicherweise nur wenige Beispiele eines Mißbrauchs der Macht, wie er damals mehrfach geübt wurde, am schlimmsten bei Zabern unter Führung Antons von Lothringen.

Daß blinde Leidenschaft so oft das Verhalten der Sieger bestimmte, ist um so bedauerlicher, als den Bauern das Zeugnis nicht versagt werden kann, daß sie über die unmittelbaren Interessen ihres Standes hinaus auch die Lage des Ganzen ins Auge faßten. Ritter und Bauern unterscheiden sich in diesem Punkte zu ihrem Vorteil von den Städtern. Beide waren entschiedene Anhänger einer starken monarchischen Gewalt; sie wünschten, an einem machtvollen Kaiser eine Stütze zu haben gegen fürstlichen Druck. Unter den Forderungen

der Bauern taucht, allerdings kaum ihrem Kreise entsprungen, auch der Plan einer völligen Neugestaltung des Reiches auf einheitlicher und demokratischer Grundlage auf. Auch er rechnet mit dem „Heimramschen"! Heute sind die bäuerlichen Forderungen von damals, auch nicht einmal in stark abweichender Form, fast ausnahmslos erfüllt. Gleichwohl muß gesagt werden, daß sie der Zeit weit voraus eilten. Aber andererseits war es doch ein schwerer Schaden für unser Volk, daß das schroffe Eindämmen dieser Bewegung, ohne auch nur einmal den Gedanken einer Reform von oben herab, unsern Bauernstand auf Jahrhunderte politisch, wirtschaftlich und kulturell in völlige Unselbständigkeit hinab drückte.

Luthers Verhalten in diesen Händeln ist oft und nicht ganz ohne Grund getadelt worden. Er hat anfangs, wie es ihm wohl anstand, zur Versöhnung gemahnt, dann aber, gereizt durch die wilden Ausschreitungen der Bauern und durch das Auftauchen eines Thomas Münzer und eines Karlstadt in ihren Reihen, leidenschaftlich zum Kampfe „wider die räuberischen und mörderischen Bauern", die Mordpropheten und Rottengeister, aufgerufen. Sein angeborener Ordnungs- und Pflichtsinn fühlte sich tief verletzt. Alt- und neugläubige Fürsten standen denn auch wiederum, wie gegen die Ritter, einträchtig zusammen. Es konnte aber nicht fehlen, daß die Sache der Reformation Schaden litt. Gewaltsame Ausbrüche mögen unvermeidliche Begleiterscheinungen aller tiefer greifenden Umgestaltungen sein, förderlich wirken sie nie. Die Bauernerhebung hat besonders die geistlichen Stände des Reiches, die bei den Beschwerden gegen Rom nicht gefehlt hatten, dazu geführt, sich wieder mehr dessen zu erinnern, was sie mit der allgemeinen Kirche verband, weniger dessen zu gedenken, was von ihr trennte. Sich von ihr zu lösen, war ja überhaupt nie ihre Meinung gewesen.

Noch ehe die Hauptentscheidungen fielen, am 5. Mai 1525, ist Friedrich der Weise gestorben. Sein Name ist mit der Reformation unauflöslich verknüpft; er gilt als ihr vornehmster fürstlicher Förderer. Mit Recht! Und doch würde man ihn falsch beurteilen, wollte man ihn als einen Lutheraner bezeichnen. Er ist in den

Anschauungen der alten Kirche aufgewachsen, ist ihr frommes Glied gewesen und hat in ihren Formen bis nahe an sein Lebensende verharrt. Erst auf dem Totenbette nahm er das Abendmahl in beiderlei Gestalt. Es war nicht seine Art, rasche oder verantwortungsvolle Entscheidungen zu fällen. Den Wittenberger Unruhen hatte er ratlos gegenüber gestanden. „Das sei ein großer Handel, den er als Laie nicht verstehe; ehe er mit Wissen wider Gott handeln möchte, wolle er lieber einen Stab an seine Hand nehmen und davon gehen." Ähnlich unentschlossen fanden ihn auch die Forderungen der Bauern. Nie hätte dieser Mann gegen sein Gewissen gehandelt. Er hat seinen Arm über Luther gehalten, nicht mehr. Es ist bezeichnend, daß er zu dem Reformator in keinerlei persönliche Beziehungen getreten ist, obgleich Wittenberg und Schweinitz nur wenige Meilen von einander liegen. Gegenüber solchen Persönlichkeiten wird es zur groben Verleumdung, wenn man die evangelischen Fürsten beschuldigt, allein um des Kirchenguts willen sich der Reformation angeschlossen zu haben. Und Friedrich der Weise war nicht der einzige dieses Sinnes.

Der Sturz des Reichsregiments begrub die letzte Möglichkeit, noch in irgend einer Form zu einer gemeinsamen Neuordnung zu gelangen. Die Versuche sind nicht aufgegeben worden; aber es war entschieden, daß die Neugestaltung jetzt allein auf landesgesetzlicher Grundlage erfolgen sollte. Die bestehenden großen Verschiedenheiten mußten so wieder zu erhöhter Geltung kommen.

Hadrians VI. Pontifikat ist von kurzer Dauer gewesen. Im November 1523 folgte wieder ein Italiener, der Mediceer Clemens VII. Er dachte nicht daran, im Sinne seines Vorgängers durch Eingeständnis bestehender Übel zu einer Verständigung zu gelangen. Wo man glaubte, nachgeben zu sollen, suchte man das Nötige von sich aus ins Werk zu setzen. Die abermals vorgebrachten „Beschwerden", jetzt hundert an der Zahl, behandelte man, als ob sie nicht ernst zu nehmen seien. Dagegen drängte man auf

Durchführung des Wormser Edikts und betrat den alten bewährten Weg der Verhandlung mit den Einzelnen. Noch im Laufe des Jahres 1524 konnte man wichtige Erfolge verzeichnen. Die bairischen Herzöge und Ferdinand von Österreich, dem der Bruder Karl 1521 und 1522 das gesamte deutsche Besitztum des Hauses Habsburg überlassen hatte, ließen sich bereit finden, gegen Zusicherung nicht unbeträchtlicher Einkünfte aus den geistlichen Gütern ihrer Lande der Kurie ihre Beihilfe zur Abwehr der Reformation in Aussicht zu stellen. Bei ihnen suchten und fanden dann benachbarte geistliche Fürsten Anschluß und Stütze. Daß auch die entgegengesetzte Richtung, da das Reichsregiment keinen Halt mehr bot, sich anderen Mitteln der Sicherstellung zuwandte, war natürlich. So kam es zu Verabredungen, zu Bündnissen. Es ist nebensächlich, welche Partei auf diesem Wege zuerst zu einem formellen Abschlusse gelangte; die Tendenz lag auf beiden Seiten vor, sich für etwaige kriegerische Zusammenstöße zu stärken, und das Entscheidende ist, daß die zu lösende Aufgabe aus der Bahn gesetzgeberischer Bemühungen hinüber glitt in die der Machtpolitik.

Es ist klar, daß in dieser Lage alles auf den Kaiser ankam. Die Anhänger des Alten konnten nicht wagen, ohne ihn zu den Waffen zu greifen, und den Anhängern des Neuen hat, wenn man von Philipp von Hessen absieht, zu allen Zeiten der Gedanke fern gelegen, dem Evangelium mit dem Schwerte den Weg zu öffnen.

Zwei durchgehende Züge sind es, die den weiteren Gang der Entwickelung kennzeichnen. Karl V. wankte nicht einen Augenblick in seiner Gesinnung gegenüber der Reformation. Aber seine Herrschaftspläne, seine Verwickelung in die großen europäischen Machtfragen ließen ihm nur in Zwischenräumen die Hände frei für die Gewissensfrage seines Lebens, und sie nötigten ihn nicht selten, den Gegnern, deren Bekämpfung ihm Glaubens- und Herzenssache war, Entgegenkommen zu zeigen, ihnen Freundlichkeiten zu erweisen, die seiner wahren Gesinnung nicht entsprachen.

Dann aber ward von Bedeutung, daß er der Bundesgenossenschaft des Papstes, dessen Sache er zu vertreten wünschte, nie völlig

sicher zu werden vermochte. Zu sehr bedrohte die Stellung, die Karl als Vertreter der spanischen Macht in Italien erstrebte und erreichte, das weltliche Besitztum und die Selbständigkeit des Papstes überhaupt, als daß dem Oberhaupt der Kirche ein enger und fester Anschluß an diese Macht möglich gewesen wäre. Zudem war Karl keineswegs ein Gegner jeder Reform; er vertrat den Konzilsgedanken, Erörterung und Schlichtung der Streitigkeiten vor diesem Forum. Eben solchem Ausweg aber suchten die Päpste zu entgehen; kaum ein anderer schien ihnen bedenklicher, gefährlicher für ihre Autorität. So geschah es, daß die beiden Oberhäupter der Christenheit der religiösen Neuerung zwar gleich ablehnend gegenüber standen, sich aber über ihre Bekämpfung nicht nur nicht einigen konnten, sondern auch, wenigstens gilt das von den Päpsten gegenüber dem Kaiser, ihr geradezu Hindernisse in den Weg legten. Es gehört zu den schlimmsten Entstellungen, deren sich ultramontane Geschichtschreiber schuldig gemacht haben, daß sie das nicht wahr haben wollen. Es ist so und nicht anders, daß die Haltung der Kurie auch in dieser schweren Zeit keineswegs bestimmt worden ist allein durch religiöse und kirchliche Erwägungen, sondern auch, und wiederholt ganz vorherrschend, durch politische Gründe weltlichster Art.

Karl V. hat, und zwar als Erster, dem Gedanken kaiserlich-römischer Weltherrschaft ernstlich Gestalt zu geben versucht; er ist dem Ziele, das diesem Gedanken vorschwebte, näher gekommen als irgend einer seiner Vorgänger. Als er zur Kaiserwürde gelangte, war er schon ein Herrscher, in dessen Reichen die Sonne nicht unterging. Die Politik der Heiratsverbindungen setzte er fort; sie hat unter ihm ihr Netz am weitesten ausgesponnen. Mit England verband Katharina, die Schwester der Mutter Karls, als Gemahlin Heinrichs VIII. Karls eigene Schwester Isabella war seit 1515 mit dem letzten skandinavischen Unionskönige Christian II. vermählt. Unmittelbar nach dem Wormser Reichstage wurden dann die von Maximilian vorbereiteten Ehen vollzogen, Ferdinands mit Anna von Ungarn und Böhmen und ihres Bruders Ludwig mit Karls und

4*

Ferdinands Schwester Maria. Karl selbst war mit Isabella von Portugal vermählt. Auch hier schloß man Kreuzheiraten. Karls älteste und seine jüngste Schwester, Eleonore und Katharina, sind portugiesischen Königen angetraut worden, diese, obgleich sie Friedrich dem Weisen für seinen Neffen und künftigen Nachfolger Johann Friedrich (den Großmütigen) längst fest zugesagt war. Als Ziel schwebte die volle Vereinigung der Iberischen Halbinsel vor, die später ja auch zeitweise erreicht wurde. So umspannten die Fäden habsburgischer Politik ganz Europa, durch die neuen Entdeckungen und die Wünsche auf Portugal auch beide Indien. Es konnte kaum etwas in der Welt geschehen, woran Karls Macht nicht beteiligt war. Gleiches hatte die Vorzeit nicht gesehen.

Es war aber nicht allein der nackte Herrschaftsgedanke, der diesen weit ausgreifenden Bemühungen zugrunde lag. Die Kaisermacht war für Karl auch zugleich die christliche Macht.

Man wird ihm und seiner geschichtlichen Bedeutung nicht gerecht, wenn man sich nicht vergegenwärtigt, daß die Christenheit in seinen Tagen in der Tat einer Zusammenfassung ihrer Kräfte bedurfte. Schon vor dem Falle Konstantinopels (1453) hatten die Türken den größeren Teil der Balkanhalbinsel erobert. Als sie die Sophienkirche in eine Moschee verwandelt hatten, begannen sie den Halbmond auch in den Donauländern aufzupflanzen. Es war doch eine glückliche Wendung für deutsches und christliches Wesen, daß um dieselbe Zeit seine Geschicke mit denen der mächtigsten Dynastie Europas verschmolzen. Gerade jetzt erhoben sich die Türken unter Selim I. und Soliman II. zu neuen Anstrengungen. Auch den mittelalterlichen Kampf zwischen Christentum und Islam um das Mittelmeer erneuerten sie mit bedrohlichen Erfolgen. Sultan Selim unterwarf 1517 die Mameluken in Ägypten; Soliman vertrieb die Johanniter 1522 von Rhodos; sie waren froh, durch des Kaisers Gnade acht Jahre später Malteser werden zu können. Die letzten Spuren der Kreuzzugszeit wurden verwischt. An der Nordküste Afrikas entwickelten sich seekräftige Räuber-Herrschaften als Vasallen der Türkenmacht. So wurde wichtig, daß Spanien einig

war, keinen maurischen Staat mehr barg und seine Hand auf Sizilien und Neapel gelegt hatte, daß in Gibraltar, Messina und Wien die gleiche Macht auf der Grenzhut stand.

Der Gedanke des Kampfes gegen die Ungläubigen, der Wiedereroberung des heiligen Grabes ist auch dem späteren Mittelalter nicht verloren gegangen. Karl VIII. von Frankreich auf seinem Zuge nach Neapel, Kolumbus auf seiner Suche nach Indien beschäftigten sich mit ihm. Wie hätte er einem Karl V. fern bleiben sollen! Es war sein höchster, sein sehnlichster Wunsch, an der Spitze der geeinigten Christenheit zu solchem Unternehmen auszuziehen. Aber ehe das geschehen konnte, galt es, in der Christenheit selbst einen Gegner nieder zu ringen, mit dem eine Aussöhnung zu gleichem Recht nicht möglich war, der stets auf Habsburgs Schädigung bedacht sein mußte.

Mit Karls VIII. mißlungenem Versuch, Neapel zu gewinnen, haben die Bemühungen Frankreichs, in Italien Fuß zu fassen, nicht ihren Abschluß gefunden. Zu den Ansprüchen auf das alte Besitztum der Anjous traten durch Ludwig XII. solche auf Mailand, die mit wechselndem Erfolge verfochten wurden. Franz I. war es 1515 gelungen, bei Marignano einen glänzenden Sieg zu erringen, den ersten, der über Schweizer Fußvolk in offener Feldschlacht davon getragen wurde. Er gewann das Herzogtum zurück. Karl V. dachte nicht daran, ihm das Reichslehen — denn das alte Anrecht war immer noch in Übung — einzuräumen, wie Maximilian es getan hatte, auch nicht, zu verzichten auf das burgundische Stammland des Hauses. So begannen die Kriege, die Karls Leben füllten; denn die Unterbrechungen sind immer nur ebenso viele Vorbereitungen zu neuen Waffengängen gewesen.

Nur zu sehr geringem Teil waren diese Kriege Reichskriege, eigentlich nur in ihrem ersten Beginn, wo der Kaiser die Hilfe für den „Romzug“ ins Feld bringen konnte. Der Kaiser hat den Kampf mit *seinen* Mitteln bestehen müssen, aus dem Reich nur Zuzug erhalten, soweit es dienstsuchende Söldner barg oder einzelne

Fürsten ihm zu Willen sein mochten. Des Kaisers Stellung brachte es aber mit sich, daß diese Kriege als deutsch-französische erschienen und stets als solche angesehen worden sind. Die deutschen Sympathien folgten den Fahnen des Herrschers. Es ist auch kein Zweifel, daß das Reich Vorteil aus ihnen gezogen hat. Es stießen doch zwei Offensiven auf einander. Daß Frankreich sich nicht zum Schaden Deutschlands ausbreitete, verhinderte Karl V. mit der Macht seiner weiten und reichen Erblande.

Wenn man die beiderseitigen Herrschaftsgebiete, die an Kultur und Bevölkerungsdichte im allgemeinen auf der gleichen Höhe standen, nach ihrem Umfange vergleicht, so möchte man eine erdrückende Überlegenheit auf der Seite des Kaisers annehmen. Aber Frankreich hatte den großen Vorteil der Einheit und Geschlossenheit in Verfassung, Volkstum und Lage. Das Nationalgefühl seiner Bewohner, früh entwickelt, hatte in den Kämpfen mit England einen mächtigen Aufschwung genommen; gegen jeden Versuch, auf Frankreichs Boden vorzudringen, lehnte es sich entschlossen auf, und die Bemühungen dieser Art haben entweder geringen oder gar keinen Erfolg gehabt. Verbunden mit dem kriegerischen Sinn des Adels hat diese Vaterlandsliebe die Nation einig um ihren König geschart und sie zu Opfern bereit gemacht. So widerstand Frankreich der Weltmacht und konnte zum Schluß aus der Zerrissenheit der deutschen Verhältnisse noch lang erstrebten, dauernden Vorteil ziehen.

Zu Beginn schien sich allerdings der Sieg völlig auf Karls Seite zu neigen. Die Franzosen wurden wieder aus Mailand und Italien vertrieben. Als Franz I. einen erneuten Versuch machte, ward er am 24. Februar 1525 bei Pavia völlig geschlagen. Die deutschen Landsknechte und die spanischen Hakenschützen trugen den Sieg davon über das Schweizer Fußvolk und die französische Ritterschaft. Es war das Ende des eidgenössischen Waffenglanzes. Franz I. geriet in des Kaisers Gefangenschaft. Er ließ sich herbei, im Januar des nächsten Jahres in Madrid einen Frieden zu unterzeichnen, der einen vollen Verzicht in allen umstrittenen Fragen bedeutete, nicht nur auf das, was er in Italien erstrebte, sondern

auch auf die altfranzösischen Gebiete. Die Bourgogne sollte abgetreten, Frankreichs Hoheit über Flandern und Artois aufgegeben werden. Franz versprach der verwitweten Königin Eleonore von Portugal die Ehe, ließ so auch Frankreich einfügen in das habsburgische System. Er gelobte Heeresfolge gegen Türken und Ketzer.

Der neue Trabant dachte aber nicht daran, seine Versprechungen zu halten. Er hatte den Vertrag in dem Augenblicke, wo er ihn unterzeichnete, schon insgeheim widerrufen. Auch der Papst mißbilligte das Abkommen durchaus. Er stellte sich jetzt offen auf Frankreichs Seite, schloß mit Franz im Mai 1526 das Bündnis von Cognac. Ob Spanier, Franzosen oder Deutsche, der Papst wollte keine fremde Herrschaft in ganz Italien; seine Versuche, den Kirchenstaat zu vergrößern, hatte Karl nicht gefördert. So traten Papst und Kaiser gegen einander in Waffen, während in Deutschland die beiden verhaßte Reformation zu bekämpfen war.

In dem nun beginnenden zweiten Kriege bekam vor allen Dingen der Papst die Überlegenheit des Kaisers zu fühlen. Clemens VII. mußte seinen dreisten Entschluß schwer büßen. Rom wurde im Sturm genommen und geplündert, am 6. Mai 1527 (sacco di Roma). Die Deutschen, die zuerst die Mauern erstiegen, waren über die Gelegenheit, ihren Zorn am Papst auslassen zu können, fast noch mehr erfreut als über den Erfolg ihres Kriegsherrn. Clemens wurde vorübergehend ein Gefangener des Kaisers.

Etwas glücklicher als im ersten Kriege kämpfte Frankreich. So konnte Franz I. im Juli 1529 im Damenfrieden von Cambrai, der diesen Namen führt, weil er durch des Königs Mutter Luise von Savoyen in Verbindung mit des Kaisers Tante Margarete von Österreich vermittelt wurde, die Bourgogne behaupten. Damit war dem Madrider Abkommen sein schärfster Stachel genommen. Im nächsten Jahre ist auch die Ehe zwischen Franz und Eleonore geschlossen worden. Der Kaiser hatte die Hände frei für Erfüllung seiner Christenpflichten gegen Türken und Ketzer. Auch in dem neuen Vertrage wiederholte Franz das bezügliche Versprechen von Madrid.

Die zwanziger Jahre sind für die konfessionelle Gliederung Deutschlands grundlegend geworden. Die Abwesenheit des Kaisers hat den Dingen freien Lauf gelassen; als er eingreifen konnte, hat er nur noch zu verzögern, nicht mehr aufzuhalten vermocht.

Was den Händen des Reichsregiments entzogen worden war, ging über an die Gesamtheit des Reichstags. Soweit beim Sturz des Regiments Gegnerschaft gegen die Neuerung am Werk gewesen war, kam sie nicht auf ihre Rechnung. Es zeigte sich bald, daß auch in der Reichsversammlung die Anhänger und Mitgänger Luthers nicht einfach über den Haufen gerannt werden konnten. Auf dem Speierer Reichstag von 1526 waren sie sogar im Übergewicht. Noch planten sie keine Trennung. Sie verlangten ein Konzil und inzwischen Aufhebung des Wormser Edikts und Zugeständnisse zur Regelung dringlicher Fragen, besonders in betreff der Priesterehe und des Laienkelchs. Der Kaiser dachte nicht daran, das zu gewähren, konnte auch, wie sein Verhältnis zum Papste war, in der Konzilsfrage nichts tun. Andererseits hielt er es aber angesichts des päpstlich-französischen Bündnisses nicht für geraten, schroff abzulehnen. Die Lage fand einen zutreffenden Ausdruck in dem Abschied, mit dem der Reichstag aus einander ging, man möge es so halten, wie man es vor Gott und Kaiserlicher Majestät zu verantworten sich getraue.

Über den Sinn dieses Beschlusses können Zweifel bestehen; er ist vielleicht von vornherein nicht übereinstimmend verstanden worden. Sein Wortlaut war geeignet wie einer, die Neuerer im begonnenen Werke zu stärken. Bis der Kaiser zum zweiten Male mit Frankreich Frieden schloß, war eine ganze Reihe ansehnlicher Territorien zur neuen Ordnung übergegangen. Zum kurfürstlichen Sachsen gesellte sich das anstoßende Hessen. Dadurch hatten die Evangelischen in Mitteldeutschland durchaus die Oberhand; von der mittleren Elbe bis vor die Tore von Mainz verfügten sie über einen geschlossenen Besitz. Im Norden war der angesehenste Fürst des welfischen Hauses, der Lüneburger Herzog Ernst der Bekenner, ein überzeugter Anhänger der neuen Lehre geworden und verschaffte ihr mit dem

angrenzenden Schleswig-Holstein, wo Vater und Sohn, König Friedrich von Dänemark und Herzog Christian, ihr zugetan waren, auch dort ein zusammenhängendes Herrschaftsgebiet. Aus dem hohenzollernschen Hause benutzte der Hochmeister 1525 die Gelegenheit, das Ordensland Preußen in ein weltliches Herzogtum zu verwandeln; Markgraf Georg ward der Reformator der fränkischen Lande. Kleinere fürstliche und nicht wenige städtische Territorien, besonders Reichsstädte gingen den gleichen Weg. Auch gab es kein deutsches Land mehr, in dem die evangelische Lehre nicht über eine starke Anhängerschaft verfügte; in den Städten wurden häufig unentschlossene Obrigkeiten durch die Bevölkerung vorwärts gedrängt. So fehlte es nicht an Kräften des Widerstandes, als auf dem Reichstage, der im Februar 1529 in Speier zusammentrat, unter dem Eindruck der Erfolge des Kaisers und seiner zeitweiligen guten Beziehungen zum Papst sich zum ersten Male eine altgesinnte Mehrheit zusammenfand.

Sie suchte den Beschluß von 1526 zu beseitigen. Neuerungen sollten nicht mehr gestattet sein, die Rechte geistlicher Stände in keiner Weise angetastet werden. Das bedeutete nicht nur eine Hinderung jedes weiteren Fortschrittes der Bewegung, sondern auch Anfechtung des schon Geschehenen. Die Minderheit widersetzte sich; Vermittlungsversuche blieben ergebnislos. Als dann im Sinne der Mehrheit beschlossen wurde, erfolgte am 25. April 1529 der Protest. Es war eine kleine Gruppe, die so weit ging: Sachsen und Hessen, Lüneburg und Anhalt, Georg von Brandenburg-Ansbach und 14 oberdeutsche Städte. Es ist aber bald offenkundig geworden, daß solche Gesinnung in weit größerem Umfange verbreitet war. Die Protestierenden bestritten, daß eine Mehrheit einen früheren Reichsabschied ungültig machen könne; sie würden nach dem von 1526 fortleben. Die Verwahrung hat den Evangelischen den Namen eingetragen, der ihnen bis heute geblieben ist, obgleich er den Kern ihres Wesens nicht ausdrückt.

Die äußere Macht, die hinter dem Protest stand, konnte auf den Kaiser keinen beängstigenden Eindruck machen. Man darf

sagen, daß er noch im Laufe des Jahres den Gipfel seiner Erfolge erstieg. Sultan Soliman hatte 1526 bei Mohacz die Ungarn völlig geschlagen; ihr König Ludwig war dort gefallen. Die Herrschaft ging an dessen zwiefachen Schwager Ferdinand über. Das wurde dem Sultan Anlaß, auch den Erzherzog zu bekriegen, zumal diesem in Ungarn in Johann Zapolya ein nationaler König entgegengestellt wurde. Im September 1529 erschien der Türke mit gewaltiger Streitmacht vor Wien. Er mußte nach dreiwöchiger Belagerung von der deutschen Stadt ablassen und hat zunächst auch Ungarn zum großen Teil wieder geräumt; auch von dieser Seite drohte zur Zeit also keine Gefahr.

Karl V. weilte damals in Italien. Mit dem letzten seiner Gegner, Venedig, schloß er einen vorteilhaften Frieden. Mit dem Papst war er im besten Einvernehmen. Clemens VII. bewilligte, was keiner seiner Vorgänger hatte zugestehen wollen, daß der Kaiser Herr von Mailand und Neapel blieb; er krönte ihn am 24. Februar 1530 in Bologna. Karl ist der Letzte gewesen, an dem diese Handlung von einem Papste vollzogen wurde, der Erste, der die Krone nicht in Rom empfing und den Titel schon ungekrönt führte. Wohin war es doch gekommen mit den mittelalterlichen päpstlichen Weltherrschaftsansprüchen! Clemens VII. war froh, daß er durch einen Pakt mit der spanischen Macht die Angehörigen seines Hauses unter die anerkannten Fürsten Europas einreihen konnte. Nach der Krönung in Bologna machte der Kaiser der Republik Florenz ein Ende und begründete in der Arnostadt die dauernde Herrschaft der Mediceer. So schien alles aufs beste vorbereitet zum gemeinsamen und erdrückenden Vorgehen gegen die Protestanten.

Der Augsburger Reichstag von 1530 ist berufen worden zum Zweck eines letzten Versuchs, mit den Neuerern zu einer Verständigung zu gelangen. Mißlang er, so kam die Gewalt in Frage. Die Evangelischen konnten den Ernst der Lage nicht verkennen. Da wurde es von besonderer Bedeutung, daß zu der landschaftlichen Zersplitterung, die nun einmal von ihrer Sache unzertrennlich war, auch noch innerhalb ihres Kreises eine Scheidung in der Lehre trat.

Die Eidgenossenschaft hatte sich politisch vom Reiche gelöst; die neue Reichsverfassung war Anlaß ihrer Abtrennung geworden. Aber sie war und ist, soweit sie deutsch spricht, bis heute geblieben „eine geistige Provinz" von Deutschland, fast zu allen Zeiten eine der besten. An der reformatorischen Bewegung hat sie vollen und selbständigen Anteil genommen. Was Luther für Deutschland, ward Ulrich Zwingli für die Eidgenossenschaft.

Wie oft sind die beiden Männer, die gleichen Lebenskreisen entstammten, vergleichend neben einander gestellt worden! Fast unvermeidlich ruht dabei das moderne Auge mit größerem Wohlgefallen auf Zwingli. Er war Theologe von Haus aus, ist aber nie Mönch geworden. Er blieb stets in engster Fühlung mit dem ihn umgebenden Leben. Den Schwerpunkt seiner Bildung fand er im Humanismus. So sind für ihn wissenschaftliche und bürgerliche Anliegen erster und stärkster Antrieb zu reformatorischem Auftreten geworden, erst nach ihnen religiöse. Vor allem blieb er ein Eidgenosse. Hier liegt der bezeichnendste Sonderzug des Mannes und seines Werkes. Es wurde begonnen und durchgeführt in und von den „Orten". Sie hatten nach Kaiser und Reich nicht zu fragen; was sie für Recht erkannten, war Recht. Ein unleugbarer, ein unschätzbarer Vorzug für den Gang des Ganzen wie für den Einzelnen, aber ein Vorzug, der nur denkbar ist unter den Schweizer Verhältnissen, und der zum Nachteil wird, wenn es sich um Fernwirkung auf anderem Boden handelt.

Die in der Eidgenossenschaft alles beherrschende Frage war seit den Burgunderkriegen das Pensionswesen. Die Eidgenossen waren die gesuchtesten Söldner Europas. Das hatte zur Folge, daß den großen Kriegen der Zeit innere Parteiungen unter ihnen zur Seite gingen. Seitdem Frankreich durch seine Angriffe auf Italien der gefürchtetste Gegner auch des Kirchenstaates geworden war, waren „hie französisch, hie päpstlich" die trennenden Rufe, die den inneren Frieden der Eidgenossenschaft störten. Zwingli war selbst zweimal als Feldprediger „mit dem Haufen" gezogen; er hatte Marignano mitgemacht. Er war durchdrungen von der Verderblichkeit des

Treibens, nicht nur wegen der politischen Folgen, sondern auch und weit mehr noch wegen des bösen Einflusses auf die Sitten, den aller Geldgewinn des Landes und der Einzelnen nicht auszugleichen vermochte. So ward er der heftigste Gegner des „Reislaufens". Der Kampf gegen diesen Brauch ist der Beginn seiner Reformtätigkeit, längst bevor er an kirchliche Opposition dachte. Er besonders öffnete ihm die Stellung an Zürichs Großmünster, Neujahr 1519. Mit der Beseitigung des Treibens, wie sie dann in den evangelischen Orten der Eidgenossenschaft sich vollzog, ist sein Name aufs engste verknüpft.

Wie hier klare Sachlichkeit und die Richtung auf die Wohlfahrt seiner Mitbürger Zwinglis Handlungsweise bestimmten, so baut sich auch seine kirchliche Reformtätigkeit vor allem auf Verstandesgründe auf. Sie wollte beseitigen, was seine Berechtigung nicht erweisen konnte. Maßstab war auch ihm die heilige Schrift. Aber er trat ihr als der forschende Theologe gegenüber, nicht als der Erlösung Suchende, um den Glauben Ringende. Was neu eingeführt wurde, war auf die heimischen Erfordernisse zugeschnitten. Zwingli hatte den Eidgenossen, nicht den Menschen im Auge. Er wollte der sittliche und religiöse Erneuerer seiner Landsleute werden, nicht die Welt reformieren. Es gelang ihm, von Zürich aus den auf städtische Macht gegründeten Teil der Eidgenossenschaft überwiegend zu sich herüber zu ziehen, Bern, Basel und Schaffhausen, auch das ländliche Glarus, wo er einst als 22jähriger seine erste Pfarre um hundert Gulden von einem Kurtisanen erstanden hatte. Appenzell teilte sich, während Solothurn später eine der wenigen Stätten der Christenheit wurde, wo die Gegner sich zu friedlichem Zusammenleben verständigten. Über die heimischen Grenzen hinaus hat aber Zwinglis Kirchenreform nur Nachahmung gefunden in Nachbarorten, in denen gleichartige Verhältnisse sie ermöglichten. Weltbewegend wie Luthers Auftreten ist das seine nicht geworden, hat es nicht werden können.

Die polemische Auseinandersetzung, die zwischen Luther und Zwingli erfolgte, ist nicht von Luther gesucht worden. Durch seinen

Brief an den Reutlinger Reformator Alber, in dem er Luthers Abendmahlslehre scharf verurteilte, ja verhöhnte, hat Zwingli sie bewußt veranlaßt. Sie gehört zu den Hergängen der Reformationsgeschichte, die man ungeschehen machen möchte. Aber verständlich genug ist es, daß in einer religiös so tief bewegten Zeit die beiden Männer, obgleich sie so unendlich viel mit einander gemein hatten, sich doch nicht nur nicht verstanden, sondern auch wenig geneigt waren, sich gegenseitig zu dulden. In der Polemik mag Zwingli den Preis größerer Sachlichkeit davon tragen, den größerer Versöhnlichkeit kann man ihm kaum zugestehen.

Wohl aber erwarb er sich nun diesen Ruhm im Marburger Religionsgespräch. Der Gedanke eines Ausgleichs zwischen den beiden Männern lag zu nahe, als daß er nicht ernstlich hätte verfolgt werden sollen. Den politisch Denkenden mußte er sich geradezu aufdrängen, als der Speierer Reichstag die bedrohliche Lage der „Protestanten" klar gelegt hatte. So nahm Landgraf Philipp die Sache in die Hand. In den Tagen, als die Türken Wien bestürmten, sah das Marburger Schloß neben Luther und Zwingli die vornehmsten Theologen beider Richtungen in seinen Mauern. Tagelang ward zwischen den beiden Führern, zwischen ihren Genossen verhandelt. Luther blieb dabei: „Das ist mein Leib." Zum erstenmal in der ganzen Bewegung wurden Glaubensartikel zusammengestellt, über die man sich einigen konnte. In der entscheidenden, der Abendmahlsfrage, kam es aber zu keiner Verständigung. Es wurde gewünscht, man möchte sich als Brüder gelten lassen, sich gegenseitig das Abendmahl gestatten. Luther lehnte es ab: „Ihr habt einen andern Geist als wir." Als man, wenn nicht christliche Brüderschaft gewährt werden könne, doch christliche Liebe begehrte, ward eingewilligt, „soviel es das Gewissen eines Jeden erlaube". Melanchthon und die andern Genossen waren mit Luther einverstanden.

Es wird schwerlich jemals gelingen, sicher festzustellen, daß bei diesem Entschlusse politische Erwägungen mitwirkten, auf Grund deren es im Hinblick auf den Kaiser und die alte Kirche bedenklich

erscheinen mochte, sich mit Leugnern des Verwandlungswunders, mit „Sakramentirern", zu einer Gemeinschaft zu vereinigen. Bei Luther haben solche Gedanken jedenfalls keine Rolle gespielt, und Tausende und aber Tausende, die unendliche Mehrzahl seiner Anhänger, haben seine Haltung rückhaltlos gebilligt. So bedauerlich der Ausgang ist, so nachteilig er zweifellos auf den weiteren Gang der Dinge wirkte, man wird ihn als etwas Unabwendbares hinnehmen müssen. Die Bewegung konnte über die ihr durch ihren Ursprung gezogenen Schranken nicht hinaus. Von ihren starken Seiten waren die schwachen unzertrennlich. Der Marburger Luther war wie der Wormser, der dem mahnenden Trierer Erzbischof, demselben Richard von Greifenklau, an dem Sickingen sich vergeblich versuchte, entgegnete: „Gnädigster Herr, da kann ich nicht weichen; es gehe mir, wie Gott will."

Der Augsburger Reichstag von 1530 ist der zweite, den Karl V. persönlich abgehalten hat. Zwischen Worms und Augsburg ist er nicht im Reiche gewesen. Am 15. Juni ward er mit feierlichstem Gepränge eingeholt.

Wie seine derzeitige Machtstellung angesehen wurde, läßt sich kaum besser belegen als durch die Unterwerfung Christians II., des nordischen Unionskönigs, der sich früh der Neuerung angeschlossen, dann aber 1523 vor seinen vereinigten Gegnern, den Hansestädten, dem schleswig-holsteinischen Herzoge und seinen eigenen geistlichen und weltlichen Großen, sein Reich hatte räumen müssen. Er reiste dem heranziehenden Kaiser nach Innsbruck entgegen, unterwarf sich ihm und dem päpstlichen Legaten Campeggio, der Karl auf den Reichstag begleitete, gelobte, beim katholischen Glauben zu bleiben, und versprach, nach des Schwagers Willen zu regieren, wenn er wieder zur Herrschaft gelange, alles in Erwartung der starken Hilfe des Gewaltigen. Sein Beispiel hätte Nachahmung finden können, wenn es sich allein oder auch nur überwiegend um politische Erwägungen gehandelt hätte.

Es war nur eine Handvoll Fürsten, die sich in Augsburg dem

Herrn der Christenheit entgegensetzten, der Kurfürst Johann der Beständige, Friedrichs Bruder und Nachfolger, und Landgraf Philipp, Markgraf Georg von Ansbach, die Brüder Ernst und Franz von Lüneburg und Fürst Wolfgang von Anhalt. Ihnen schlossen sich sechs Städte an, Nürnberg und Reutlingen, Straßburg und Memmingen, Konstanz und Lindau. Das Marburger Religionsgespräch war wohl theologisch nicht ganz ergebnislos geblieben, indem es zu einer Festsetzung gemeinsam vertretener Lehren führte und so die Polemik einschränkte und mäßigte. Wie wenig das aber, selbst in der Stunde der Gefahr, für die Einheit der Evangelischen bedeutete, zeigt ihre Haltung auf dem Augsburger Reichstag. Der „Konfession", die überreicht wurde, glaubten die vier letztgenannten Städte eine besondere, der zwinglischen Lehre näher stehende Fassung, die Tetrapolitana, zur Seite stellen zu sollen, ein weiterer unabweisbarer Beleg für das Bedürfnis peinlichster religiöser Gewissenhaftigkeit. Die Konfession ward Gegenstand eingehender und im ganzen ruhiger Erörterungen. Die Evangelischen stritten unter Melanchthons Führung; auch die Gegner hatten ihre Besten und Eifrigsten zur Stelle: Eck und Cochlaeus, den Hoftheologen Herzog Georgs seit dem Tode des Lutherfeindes Emser, Faber, der Zwingli überall Widerpart gehalten hatte, und Wimpina, den Verteidiger Tetzels und ersten Rektor der 1505 in Konkurrenz mit Wittenberg von Kurfürst Joachim I. begründeten Frankfurter Universität. Von einer Einigung konnte nicht die Rede sein, kaum von einer Annäherung, so sehr auch Melanchthon sich mühte, das Gemeinsame zu betonen.

Der Kaiser hat sich auch in dieser günstigen Lage nicht entschließen können, das Schwert zu ziehen, wie es des Papstes und deutscher Eiferer Meinung war. Es ist vielleicht die entscheidende Wendung seines Lebens und des Schicksals der Reformation. Der Reichstagsabschied ging über eine Erneuerung des Wormser Edikts nicht wesentlich hinaus. Für seine Durchführung wurde zunächst nur der gerichtliche Weg in Aussicht genommen. Die Reformation hatte zu einer beträchtlichen Schädigung geistlicher Rechte und Einkünfte geführt. Hier vor allem dachte man den Hebel anzusetzen.

Den gewünschten Erfolg suchte man zu sichern durch eine verstärkte und erneute Besetzung des Reichskammergerichts, die den Altgläubigen ein zweifelloses Übergewicht gab.

Wenn so auch jetzt noch ein mittlerer Weg gewählt wurde, so spielte dabei zum Teil die Erwägung der Machtfrage eine Rolle. Das Ringen um den endlichen Abschied hatte deutlich gezeigt, daß die Zahl der Widerstrebenden doch wesentlich größer war als der kleine Kreis jener, der sich offen zu den Konfessionen bekannt hatte, besonders unter den Städten. Die Drohung, man werde sich genötigt sehen, zu dem Schriftstück, der „Konfession", „die roten Rubriken zu machen", hatte die Antwort gefunden, die so wollten, möchten sich vorsehen, daß ihnen „das Blut nicht unter die Augen spritze". Aber nicht weniger schwer als das wog doch beim Kaiser und bei nicht wenigen Ständen die Scheu, aus solchem Anlaß den Frieden zu brechen. Glaubens- und Überzeugungskämpfe mit dem Schwert auszufechten, ist nie recht deutsche Art gewesen. Auch Karl V. hat sich dazu nicht leicht entschließen können. Er hat sein Wormser Bekenntnis, daß er alles an die Sache setzen wolle, oft wiederholt; der letzte, entscheidende Schritt ist ihm doch schwer geworden. Ein Gefühl persönlicher Verpflichtung gegenüber den widerstrebendeu Fürsten hat dabei mitgespielt. Erst als das Alter sein Gemüt zu härten begann, ist der kalte Staatsmann auch in dieser Frage zur vollen Geltung gelangt.

Die besondere Art der deutschen Verhältnisse empfängt auch hier wieder die richtige Beleuchtung durch einen Blick auf die Schweiz. Dort ist es schon 1531 zu einer Waffenentscheidung gekommen. Sie wäre auch hier nicht erfolgt, hätte es sich nicht um Fragen gehandelt, die zu unmittelbarer Lösung drängten und deren politische Seite von der religiösen gar nicht zu trennen war oder die überhaupt letztere gar nicht besaßen. Der Streit entbrannte über die untertänigen Herrschaften und Vogteien, die von mehreren Orten der Eidgenossenschaft gemeinsam regiert wurden. Wo diese sich konfessionell teilten, konnte der Konflikt nicht ausbleiben. Zwinglis vordringende Art beschleunigte ihn. Dazu kam der Streit über das Pensions-

wesen, an dem die Altgläubigen festhielten. Das Gefecht von Kappel am 11. Oktober 1531, in dem Zwingli den Tod fand, hat über die Verteilung der Bekenntnisse in der Schweiz entschieden, den Siegeslauf der Reformation gehemmt. Viel tiefer als in Deutschland griff hier die kirchliche Frage in das sonstige öffentliche Leben ein, weil der Eidgenosse in ungleich höherem Grade Bürger seines Landes war als die große Mehrzahl seiner deutschen Zeitgenossen.

Dem Protestantismus im Reiche hat der Ausgang des Augsburger Reichstages eine Frist gewährt, die ihm außerordentlich wertvoll geworden ist. Der günstigste Augenblick, gegen ihn gewaltsam vorzugehen, war verpaßt.

Die fortwährende Bedrohung durch die am Reichskammergericht schwebenden Prozesse, die jetzt begann, drängte zu näherem Zusammenschluß. Ende 1530 bildete sich der Schmalkaldische Bund. Nicht weniger als 15 Städte, sieben ober- und acht niederdeutsche, schlossen sich teils sogleich, teils später den führenden Fürsten an. Die Mitglieder verpflichteten sich zu gegenseitiger Hilfe, wenn eines von ihnen der Religion wegen belangt werden sollte. Es war oft erörtert worden, ob die Stände sich ihrem Oberhaupt widersetzen dürften. Die Theologen, denen das fraglich schien, da man der Obrigkeit untertan sein, dem Kaiser geben solle, was des Kaisers sei, mußten den Juristen weichen. Man erwog, daß man selbst das ältere Recht habe, der Kaiser erst von den Fürsten gewählt werde, diese also nicht Untertanen seien. Die Auffassung war nicht so neu, wie man wohl gesagt hat. Sie war im Grunde genommen doch nur eine veränderte Form mittelalterlicher Denkweise, die besonders in den späteren Jahrhunderten den Ständen fast überall die Befugnis nicht nur des Widerstandes, sondern auch des angriffsweisen Vorgehens gegen ihre Landesherren zur Wahrung eigenen Rechtes zuerkannt hat.

Der neue Bund fand alsbald ein fruchtbares Feld für seine Tätigkeit. Das Jahr 1532 brachte erneute Türkengefahr. Soliman war ausgerückt, als „Kalif von Rom" die Welt zu erobern. König Ferdinand begehrte Hilfe vom Reich, und der Kaiser versammelte

in Regensburg einen neuen Reichstag. Da aber knüpften die Protestanten, im Bunde geeinigt, das Zugeständnis des verlangten Zuzugs an die Bedingung der Sicherung vor den Erkenntnissen des Reichskammergerichts. Sie setzten ihre Forderung durch. Im Nürnberger Religionsfrieden vom 23. Juli 1532 versprach der Kaiser, daß er „alle Rechtfertigungen in Sachen des Glaubens vor seinem Fiskal und anderen wider den Kurfürsten von Sachsen und seine Mitverwandten", d. h. die Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes, „einstellen wolle". Man war froh, einen „gnädigen Kaiser" zu haben, und leistete die verlangte Hilfe.

Es zeigte sich aber bald, daß der Kaiser mit der Verfolgung doch nicht inne zu halten gedachte. Die Protestanten hatten den Abschied so verstanden, daß er sich auf alle kirchlichen Dinge erstrecke. Die Prozesse wegen Störung und Behinderung kirchlicher Rechte wurden aber bald wieder aufgenommen. Auf ihren Widerspruch erhielten sie zur Antwort, das seien weltliche Sachen. „Die Worte unserer Abrede," meinte der Kaiser, „erstrecken sich nur auf Religionssachen; was aber Religionssachen sind, darüber kann keine bessere Erläuterung gegeben werden, als die Sachen selbst mitbringen." Er wollte mit diesem Bescheide den katholischen, insbesondere den geistlichen Fürsten zu Willen sein, um deren Gut es sich handelte. So war die alte Not wieder da. Die Protestanten schritten im Januar 1534 zur „Rekusation" des Kammergerichts; sie wollten es für diese Fragen nicht mehr als zuständig anerkennen. So ward auch diese Frucht der Reichsreform in Frage gestellt.

Es sind dann über elf Jahre vergangen, ehe die Gefahr wieder so nahe an die Evangelischen herantrat wie zwischen dem Augsburger und dem Regensburger Reichstag. Dem Kaiser warf sich ein Hindernis nach dem andern in den Weg. Im deutschen Süden war die Macht des Katholizismus auf Baiern und Österreich beschränkt worden; die geistlichen Fürstentümer konnten hier nur im Anschluß an sie etwas bedeuten. Die Häuser Habsburg und Wittelsbach aber waren wohl in ihrer Anhänglichkeit an den alten Glauben einig, nicht aber in der Politik. Der Gegensatz, den das 12. Jahr-

hundert zwischen Baiern und Österreich begründet, das 14. voll heraus gebildet hatte, hat sich erhalten bis ins 19. Das Emporsteigen Habsburgs zur dauernden Führung Deutschlands und zu einer Weltstellung hat ihn nur verschärft. Nicht ohne Grund sahen sich die Wittelsbacher fortgesetzt bedroht; hatten sie doch den sogenannten Landshuter Erbfolgekrieg (1503—1505) nicht ohne einen namhaften Landverlust an Maximilian überstehen können. So widersetzten sie sich habsburgischer Machtsteigerung nach Kräften; die Wahl Ferdinands zum römischen König im Januar 1531 hat gegen sie durchgesetzt werden müssen. Die religiösen und die politischen Interessen standen einander im Wege; es ist schwer geworden, sie auch nur zeitweise in Einklang zu bringen.

Weit mehr aber hinderte, was auf den ersten Blick ein zweifelloses Übergewicht zu sichern schien, die Vormachtstellung, die der Kaiser in Europa einnahm. Es gelang ihm nicht, Frankreich dauernd an seine Politik zu fesseln, und mit den Türken mußte Ferdinand in Ungarn, Karl im Mittelmeer kämpfen. 1535 sah sich der Kaiser zu einer großen Expedition gegen Tunis genötigt. Er überwältigte die feste Stadt; sie ist bis kurz vor der Schlacht bei Lepanto (1571) behauptet worden. Im nächsten Jahre aber brach ein neuer Krieg mit Franz I. aus, der wieder in Italien Fuß zu fassen versuchte. Türken und Franzosen traten verbündet im Mittelmeer auf; der Gedanke allchristlicher Waffengemeinschaft ging gänzlich in Trümmer. Der Stillstand, der 1538 in Nizza geschlossen ward, bedeutete für Karl kaum einen Gewinn. 1541 griff er Chaireddin Barbarossa in Algier an; die Räubereien des kühnen Piratenfürsten zwangen ihn dazu. Er mußte aber trotz gewaltiger Macht nach schweren Verlusten von dieser Stadt ablassen. Im nächsten Jahre begann, längst bevor der geschlossene Stillstand abgelaufen war, wieder der Krieg mit Frankreich.

In diesen Jahren hat der deutsche Protestantismus seine letzten großen, seine entscheidenden Siege errungen, indem er, abgesehen von Baiern und Österreich, alle namhafteren weltlichen Territorien

entweder ganz gewann oder so stark durchsetzte, daß er nie mehr völlig aus ihnen hat verdrängt werden können.

Es ist natürlich nicht möglich, statistisch festzustellen, wie weit die evangelische Lehre zur Zeit ihrer größten Erfolge in den Ländern deutscher Zunge verbreitet gewesen ist. Es sollen ihr sieben Zehntel der Bevölkerung angehangen haben, zwei Zehntel schwankend, ein Zehntel entschieden gegnerisch gesinnt gewesen sein. Man kann Zweifel an dieser Angabe nicht als unberechtigt erweisen; aber so viel muß nach allem, was wir wissen können, als sicher gelten, daß eine überwältigende Mehrheit der Neuerung anhing, und daß sie, vielleicht abgesehen von einigen Tälern der inneren Alpen, ausnahmslos über alle Territorien, auch über die geistlichen und die bairischen und österreichischen Lande, verbreitet war. Ob sie das Übergewicht erlangte oder nicht, hing vom ersten Speierer Reichstag (1526) an ausschließlich von den Landesgewalten ab. Diese Sachlage hat in den Jahren 1534—44 die große Mehrzahl der weltlichen Reichsstände auf die protestantische Seite gebracht.

Graf Eberhard im Barte, „Württembergs geliebter Herr", war 1495 auf dem Wormser Reichstage von Maximilian zum Herzog erhoben und zugleich war die Unteilbarkeit des Landes, wie der Münsinger Vertrag von 1482 sie festgelegt hatte, vom Könige bestätigt worden. Württemberg rückte damit in die vorderste Reihe der süddeutschen Territorien. Die beiden nächsten Herzöge nach Eberhard, sein gleichnamiger Vetter und dessen Neffe Ulrich, haben sich böser Mißwirtschaft schuldig gemacht; Ulrich überfiel 1519 die Reichsstadt Reutlingen mitten im Frieden. Er wurde vom Schwäbischen Bunde vertrieben und sein Land im nächsten Jahre Erzherzog Ferdinand übergeben. Die österreichische Verwaltung hat den Protestantismus, der sich rasch und tief im Schwabenlande verbreitete, mit nachdrücklicher Kraft bekämpft. Wäre sie am Ruder geblieben, er hätte nicht zum Siege kommen können. Da warf im Mai 1534 Landgraf Philipp in keckem Angriff die österreichische Herrschaft über den Haufen und führte Ulrich zurück, der von nun an besonnener des Landes waltete. König Ferdinand mußte sich mit der Anerkennung

einer österreichischen Oberlehnsherrschaft begnügen; die Einführung der Reformation konnte er nicht mehr hindern.

In Brandenburg war Kurfürst Joachim I. stets ein eifriger Gegner der Reformation gewesen. Seine Gemahlin Elisabeth, eine Schwester Christians II. von Dänemark, hat in nächtlicher Flucht das Land räumen müssen, der Ahndung ihrer gegenteiligen Gesinnung zu entgehen. Als 1535 sein Sohn Joachim II. an des Vaters Stelle trat, wurden die Verfolgungen alsbald eingestellt. Der Kurfürst ist noch bis 1539 bei der alten Lehre geblieben, hat dann aber dem Begehren des Adels und der Bürger, dem sich auch die Landesbischöfe nicht entgegen setzten, nachgegeben und die Reformation zur Durchführung gebracht.

1539 ist auch Herzog Georg von Sachsen gestorben. Er und Joachim I. mit ihren Theologen Cochlaeus und Wimpina waren auf dem Augsburger Reichstage eifrigste Befürworter eines scharfen Vorgehens gewesen. Auch sein Ableben gab das Zeichen zum Umschwung. Sein Bruder Heinrich (der Fromme) führte die Reformation ein, die trotz aller Gegenwehr Georgs längst im Lande Fuß gefaßt hatte. Heinrichs Sohn Moritz, der ihm schon nach zwei Jahren folgte, ist dieser Richtung treu geblieben.

In den dreißiger Jahren sind auch die pommerschen und mecklenburgischen Herzöge und von den Welfen die Herren der kalenbergischen und grubenhagenschen Lande der Reformation beigetreten. In unversöhnlicher Feindschaft stand ihr von den größeren Fürsten nur noch Herzog Heinrich der Jüngere von Braunschweig-Wolfenbüttel gegenüber. Als er 1542 ein Kammergerichtsurteil gegen Goslar erlangt hatte und die über die Stadt verhängte Acht benutzen wollte, sie zu unterwerfen, fielen ihm der sächsische Kurfürst, seit 1532 Johanns des Beständigen Sohn Johann Friedrich der Großmütige, und der hessische Landgraf in den Arm. Sein Versuch endete mit der eigenen Vertreibung; eine sächsisch-hessische Landesverwaltung führte auch hier die von den Einwohnern ersehnte neue Kirchenordnung ein.

1536 hat Christian III., der sich schon als schleswig-holsteinischer Prinz auf dem Wormser Reichstag für Luther erwärmt hatte,

auch Dänemarks Kirchenverhältnisse nach der neuen Lehre geordnet und diese damit im Königreich und in dem ihm angeschlossenen Norwegen zu endgültiger Herrschaft gebracht. Das Gleiche geschah durch Gustaf Wasa in Schweden. In den deutschen Städten war im Laufe der dreißiger Jahre der evangelische Glaube der fast allein herrschende geworden. Unter den namhafteren Reichsstädten war allein Köln, der alte Sitz der scholastischen und dominikanischen Opposition gegen Humanismus und Neuerung, für ihn nicht überwiegend gewonnen.

Die dem Protestantismus neu zugewandten Stände sind nicht sämtlich dem Schmalkaldischen Bunde beigetreten. Gleichwohl haben die von der Reformation in diesen Jahren errungenen Erfolge Ansehen und Macht des Bundes außerordentlich gemehrt. Wäre diese Macht in geschlossenem Auftreten nachdrücklich und planmäßig gebraucht worden, sie hätte den Protestantismus zu vollem Siege führen können. Es ist nicht geschehen.

In zwei Fällen hatte das Schwert geholfen, der Reformation die Bahn zu öffnen, in Württemberg und in Braunschweig-Wolfenbüttel. Beide Hergänge lassen erkennen, welche Auffassung maßgebend war für die Anwendung von Gewalt. Hier wie dort handelte es sich um überlieferte, berechtigte Zustände, die aufrecht zu erhalten oder wieder herzustellen die Aufgabe war. Zu letzterem Zweck einzugreifen hat übrigens allein Philipp von Hessen sich entschlossen! Der Bund als solcher und die weitaus größere Zahl seiner Mitglieder dachten über bloße Verteidigung nicht hinaus. Sie wollten sich gegen Vergewaltigung decken. Daß das gegebenen Falles am besten, ja wirksam nur geschehen konnte durch Angriff, lag zum Teil jenseits des Gesichtskreises der Einzelnen, ward zum Teil grundsätzlich nicht in Betracht gezogen. Beide sächsischen Kurfürsten, Johann und Johann Friedrich, die angesehensten und mächtigsten Glieder des Bundes, waren für eine andere Politik nicht zu haben; sie wäre gegen ihr Gewissen gewesen.

Wie oft ist diese Haltung getadelt worden! Und niemand

kann leugnen, daß sie schweren Schaden nach sich gezogen hat. Aber das war nun einmal der Grundgedanke lutherischer Lehre; sie wollte nichts gewinnen durch die Mittel dieser Welt. „Das Wort muß es bringen." So weit konnte Luther gehen, daß er der weltlichen Obrigkeit innerhalb ihres Amtskreises das Recht zuerkannte, ja die Pflicht auferlegte, dem Wort zu helfen, wenn es durch hartnäckigen Widerstand einer Minderheit an seiner vollen Wirkung gehindert werde; aber darüber hinaus wollte er keine Berechtigung des Eingreifens anerkennen. Er hat auch die gleiche Berechtigung der Gegner innerhalb ihres Machtbezirks gelten lassen; der Gläubige muß auch für seinen Glauben leiden können. Es ist eben die Richtung auf den inneren Menschen, die im Luthertum durchaus vorwiegt, die äußeren, weltlichen Erfordernissen nur das Unumgängliche zugestehen will. Erst der Folgezeit sollte der unvergängliche Schatz, der damit in Denken und Empfinden der Besten unseres Volkes hinab gesenkt wurde, erschlossen werden. Die Zeitgenossen haben fast nur die Nachteile empfunden, und sie treten auch heute noch dem ersten Blick beherrschend entgegen.

Besonders beachtenswert ist, daß die Evangelischen sich zu keiner planmäßigen und entschlossenen Politik gegenüber den geistlichen Reichsständen, den Bistümern und Reichsabteien, aufrafften. Von der Teilnahme an Reformbestrebungen waren diese Kreise schon in der ersten Hälfte der 20er Jahre fast sämtlich zurückgetreten. Die Behinderung der von den Bischöfen in ihren Diözesen außerhalb ihrer weltlichen Herrschaftsgebiete geübten Gerichtsbarkeit und die Schwierigkeit, gewohnte Rechte und Gefälle unter den neuen Verhältnissen zu genießen, haben sie bewogen, die Front zu ändern. Sie fanden doch, daß ihr Vorteil im Festhalten am Alten liege. Seitdem waren sie die eifrigsten Vertreter scharfer Maßnahmen geworden. Sie waren es, welche die Prozesse bei Kaiser und Kammergericht anstrengten, die fortwährend bedrohlich über dem Bestand des Neugeschaffenen schwebten. Eine kraftvolle Gegenaktion ist bei den Schmalkaldischen nie ernstlich in Frage gekommen. Vom „Heimramschen" zum Besten des Reiches ist bei Rittern und Bauern und

auch sonst die Rede gewesen; die geistlichen Territorien einzuziehen zum Besten weltlicher Stände, haben die Evangelischen nie auch nur einen Versuch gemacht. Nicht ein einziges Bistum, nicht eine einzige Reichsabtei ist durch die protestantischen Fürsten „säkularisiert" worden! Man kann, um das Gegenteil zu belegen, nicht auf die brandenburgischen und sächsischen Bischöfe und auf die des Ordenslandes Preußen verweisen. Sie haben sich der landesgesetzlichen Neuordnung der Kirchenverhältnisse fügen müssen, auch meistens willig gefügt, weil das ihrer herkömmlichen Eingliederung in die staatliche Ordnung dieser Territorien entsprach. Sie waren Landstände, hatten anerkannte Reichsstandschaft nicht erlangt.

Der Gedanke, in dieser Richtung vorzugehen, hätte um so näher gelegen, als der Kaiser selbst, der vornehmste Verfechter des Alten, den Weg wies. Er hat skrupellos die Gelegenheit benutzt, seinen burgundischen Landen aus geistlichem Gut höchst wichtige Gebietserwerbungen hinzuzufügen. Unter seinem Vorgänger Maximilian war auch der Rest des friesischen Landes bis zum Dollart fast ganz unter Burgund gekommen. Eine Landverbindung von Holland und Brabant dorthin, unabhängig von der Unsicherheit des Seeverkehrs, wie die Beschaffenheit der Nordseeküste und die Flutverhältnisse sie mit sich bringen, war erwünscht. Die Erwerbung des Bistums Utrecht, das von allen deutschen Bistümern zwar nicht gerade über den wertvollsten, wohl aber über den umfangreichsten Landbesitz verfügte (es umfaßte die drei heutigen niederländischen Provinzen Utrecht, Overijssel und Drenthe), war dazu ein wichtiger Schritt und zugleich eine wertvolle Abrundung der burgundischen Lande. Karl benutzte 1528 Zwistigkeiten über die Nachfolge im Bistum, um es in Besitz zu nehmen, und hat sich durch keine Vorstellungen der Reichsfürsten bewegen lassen, es wieder heraus zu geben. 1543 fügte er Cambrai hinzu. Er wäre nicht ungern in die Fußstapfen Sickingens, des „Königs des Ebernburgischen Reiches", „des Afterkaisers", getreten und hätte dem Erzbistum Trier und dem Bistum Lüttich das gleiche Schicksal bereitet. Die Historiker,

die den evangelischen Fürsten den Titel „Kirchenräuber" entgegenschleudern, sollten doch nicht übersehen, daß Kaiser Karl V. selbst diesen Titel vor allen andern Regenten seiner Zeit verdient! Kein anderer hat wie er bestehenden deutschen Staatswesen ein Ende gemacht, kein anderer so großen Vorteil aus gewaltsam gewonnenem Kirchengut gezogen.

Im engsten Zusammenhang mit diesen Erwerbungen hat Karl V. aber noch einen großen Erfolg davon getragen, den die Protestanten leicht und mit unzweifelhafter Berechtigung hätten verhindern können, einen Erfolg, durch den nicht nur die Reformation in ihrem Gange gehemmt, sondern auch dem gesamten deutschen Staatswesen ein schwerer Schade zugefügt worden ist.

Entlang der Maas, nicht weit unterhalb Maastricht beginnend, hinweg über die Rheininsel, die Waal und Lek mit einander bilden, und weiter an der Ijssel hinab bis zur Südersee erstreckte sich das Herzogtum Geldern. Es trennte die beiden Teile des Bistums Utrecht. Sein kriegerisches Fürstenhaus — das der Egmont — stand in erblicher Feindschaft zu Burgund. Wie konnte es anders sein gegenüber dem bedrohlichen Umsichgreifen dieser Macht! Karl der Kühne, Maximilian und Philipp, Karl V. haben nach einander das selbständige Bestehen dieses Herzogtums als einen Pfahl im burgundischen Fleische empfunden; es stand in jedem Kriege unentwegt auf der Seite ihrer Gegner. 1538 starb Herzog Karl erbenlos. Er bestimmte Herzog Wilhelm von Kleve, der im nächsten Jahre von seinem Vater Johann III. die Regierung dieses Landes übernehmen sollte, zum Nachfolger. Mit dem Herzogtum Kleve war seit langem die westfälische Grafschaft Mark verbunden; 1511 waren dem Hause auch die Herzogtümer Jülich und Berg und die mit ihnen vereinigte Grafschaft Ravensberg in Westfalen zugefallen. Es war ein weiter, wertvoller Besitz in fast ganz geschlossener Lage. Die Erwerbung des Herzogtums Geldern hätte ihn in die vorderste Reihe deutscher Territorien, neben, ja über Kursachsen und Baiern gestellt. Da schritt Karl V. ein und besetzte Geldern. So machte er die Südersee zu einem burgundischen Binnenmeer, Rhein

und Maas von da an, wo jener sich gabelt, diese das Lütticher Land verläßt, zu burgundischen Flüssen.

In dem ausbrechenden Kriege (1543/44) fand Wilhelm von Kleve die in geldernschen Angelegenheiten herkömmliche Unterstützung Frankreichs. Auch Dänemark gewährte Beistand. König Christian III. stand noch immer im Kriegsverhältnis zum Kaiser, der es seinem Schwager Christian II. 1531 ermöglicht hatte, von den Niederlanden aus in Norwegen einzufallen. Das Unternehmen hat Christian II. zum Gefangenen seines Onkels, Friedrichs I., dann seines Vetters, Christians III., gemacht, dessen Thronbesteigung Karl V. nach Kräften zu hindern versucht hat. Es wäre ausschlaggebend gewesen, hätten neben Frankreich und Dänemark auch die protestantischen Fürsten in den Krieg eingegriffen. Dänemarks König, zugleich Schleswig-Holsteins Herzog, war Mitglied des Schmalkaldischen Bundes. Der klevische Herzog bat dringend um Unterstützung. Man gab ihn der Übermacht preis. Als er auf Geldern verzichtet hatte, schlossen auch Frankreich und Dänemark zu Crépy und Speier ihren Frieden (1544). Herzog Wilhelm schwankte in der Religionsfrage; Hilfe des Bundes hätte ihn der Reformation gewonnen.

Die Haltung der Evangelischen ist um so weniger verständlich, als gleichzeitig der Kölner Kurfürst Hermann von Wied bemüht war, sein Erzstift zu reformieren, und sich sehnsüchtig nach einer Stütze am Bunde umsah. Es bedarf keiner Ausführung, was der Sieg des Protestantismus von Bonn bis zum Meere bedeutet haben würde. Die alte Kirche hätte Westfalen nicht behaupten, unmöglich hätten die Spanier später diese Gebiete zu einem Hauptsitz des Katholizismus in Deutschland machen können. Aber auch die Errichtung einer selbständigen niederländischen Republik ist ohne Utrecht und Geldern gar nicht denkbar. Sie sind die folgenreichsten Erwerbungen, die Karl V. überhaupt seinem Besitz hinzugefügt hat. Der Ursprung der niederländischen Selbständigkeit liegt in dem Emporkommen des Hauses Burgund und in seinen Eroberungen; weder ihre landschaftliche Eigenart, noch auch fremdnachbarlicher Einfluß hätten zur Lösung vom Reiche zu führen brauchen.

Die unheilvolle Neutralität der Evangelischen, die so eigentümlich absticht von der rücksichts-, ja treu- und glaubenslosen Art, mit der deutsche Fürsten des 15. Jahrhunderts gegen ihre Könige aufgetreten waren, beruhte doch nicht ganz ausschließlich auf lutherischen Grundsätzen. Philipp von Hessen sah diese Fragen anders an als die sächsischen Kurfürsten. Wie er sich in seiner religiösen Richtung Zwingli näherte, so hielten ihn auch keine Gewissensbedenken ab, die Politik in den Dienst der Religion zu stellen. Er war unter den Protestanten stets der vorwärts Treibende gewesen, der Befürworter eines Bündnisses mit den evangelischen Eidgenossen, einer Anlehnung an Frankreich, engeren, kräftigeren Zusammenschlusses. Der Gewinn Württembergs ist ja allein sein Verdienst. Gegen Ende der 30er Jahre hat sich diese Haltung langsam geändert. Im März 1540 hat sich Philipp, bei Lebzeiten seiner Gemahlin Christine, der Tochter Georgs von Sachsen, mit Margarete von der Sale trauen lassen. So belastete er sich mit der Schuld der Bigamie. Es ist nicht geschehen ohne Mitwissen und, wenn auch noch so widerstrebender, Billigung der Wittenberger Reformatoren. Es ist der häßlichste Fleck, der die Reformationsgeschichte entstellt. Die Tat gab den Landgrafen in die Hand des Kaisers. Er hat um so weniger gewagt, ihm noch entgegen zu treten, als Karl es gut verstand, ihn und die übrigen Schmalkaldener vertrauensselig zu machen, was ihm die Art Johann Friedrichs von Sachsen ja außerordentlich erleichterte.

Die langen Jahre, die nach dem Augsburger Reichstag dahingingen, ohne daß von der einen oder der andern Seite ein ernstlicher Versuch gemacht worden wäre, eine abschließende Entscheidung herbeizuführen, haben zu den verschiedenartigsten Gestaltungen der schwebenden Frage geführt. Fortgesetzt ist der Konzilsgedanke erwogen, erörtert, befürwortet, abgelehnt worden. Noch war der alte Streit über die Autorität von Konzil und Papst ungeschlichtet. Wenn die Protestanten ein Konzil forderten, so dachten sie daran, daß ein Konzil auch gegen und über den Papst hinweg entscheiden könne, und stellten sich mit dieser Auffassung noch keineswegs auf

unkirchlichen Boden. Karl selbst stand ihr nicht so vollständig fern; Franz I. von Frankreich hatte 1516 die Autorität des Papstes über Konzilien ausdrücklich anerkannt, um mit Zustimmung Roms größere Rechte über die französische Kirche zu gewinnen. Ein ähnlicher Schritt lag von Karl nicht vor. So konnte der Konzilsgedanke dem Papst nur Mißtrauen einflößen.

Als er daher keinen Fortschritt machte, ist in Deutschland erwogen worden, ob man nicht den versammelten Reichstag als Nationalkonzil konstituieren und ihm die Entscheidung übertragen könne. Man hätte damit zurückgegriffen auf eine Übung, die vor dem alles überwuchernden Einfluß Roms allgemeiner Brauch gewesen war. Aber man stieß hier auf den entschiedensten Widerstand des Kaisers. Er sah, daß nach der Wendung, welche die Dinge genommen hatten, damit die Sache des Alten verloren gewesen wäre.

Man hat es seit Beginn der 40er Jahre mit Religionsgesprächen versucht. Sie waren unendlich oft zwischen den verschiedenen Richtungen der Neugläubigen abgehalten worden und waren nicht immer ergebnislos geblieben. Warum sollten sie nicht dienlich sein, die Hauptkluft auszufüllen, zumal man in der Verhandlung der rechtlichen Streitfragen nicht weiter kam? Von beiden Seiten sind die ernstesten und gelehrtesten Männer zusammen getreten, von der evangelischen Angehörige verschiedener Richtungen. Man kann auch keiner der beiden Parteien aufrichtigen guten Willen absprechen. Auch von katholischer Seite hat man ernstlich die Möglichkeit eines Entgegenkommens erwogen, selbst in Rom. Die Gespräche haben auch den Gewinn gebracht, daß man sich wieder lebhafter des Gemeinsamen bewußt ward, des gleichen christlichen Bodens. Aber zu einer vollen Verständigung konnten sie nicht führen. Allzu weit waren die Evangelischen abgeraten von der mittelalterlichen Papstkirche, zurück zur altchristlichen.

Der Kaiser hat in all diesen Jahren sein Ziel unentwegt im Auge behalten. Es war auch ihm Gewissenssache. Aber viel zu sehr war er politisch gerichtet, als daß er nicht seine Haltung den Bedürfnissen des Tages hätte anpassen sollen. Sie hat unendlich

oft gewechselt, wie die Lage sich änderte. Bald sahen sich die Protestanten hart angelassen, bald wieder konnten sie der Meinung sein, einen „gnädigen Kaiser“ zu haben. Je mehr der Kaiser fühlte, daß er der Entscheidung näher komme, desto vorsichtiger wurde er. Als er so gut wie gewiß war, daß er den Krieg werde beginnen können, ließ er am wenigsten erkennen, was er im Schilde führte.

Auf dem Reichstage, den der Kaiser auf den Frühling 1544 nach Speier berufen hatte, um Hilfe gegen Türken und Franzosen zu erlangen, ist er den Protestanten noch einmal weit entgegen gekommen. Er hat sich nicht einmal mehr dem Verlangen nach einem Nationalkonzil, einem die Religionsfrage in die Hand nehmenden Reichstage, widersetzt. Aber gerade das ist für Paul III., der 1534 auf Clemens VII. gefolgt war, Anlaß geworden, in der Frage des Konzils seine Haltung zu ändern. Er bewilligte sein Zusammentreten und berief es auf Dezember 1545 nach Trient. Dort glaubte er, es sicher leiten, jedenfalls, wenn die Evangelischen erscheinen würden, sie ins Unrecht setzen zu können. Als sie die Besendung verweigerten und ein deutsches Konzil verlangten, erschien dem Kaiser die Sache reif. Daß Heinrich von Braunschweig bei einem Versuche, sein Herzogtum wieder zu gewinnen, im Oktober ein Gefangener des Landgrafen geworden war und die Reformbestrebungen des Kölner Erzbischofs eine Entscheidung forderten, reizte noch besonders zur Tat.

Indem der Kaiser nun aber auszuführen versuchte, was ihn durch ein Vierteljahrhundert bewegt hatte, verbaute er sich von vornherein den Weg zu einem Erfolge im ursprünglichen Sinne. Er glaubte, um den Sieg zu sichern, Bundesgenossen aus den Reihen der Protestanten selbst nicht entbehren zu können, erkaufte sie aber um Zugeständnisse, die das vertretene Prinzip der Kircheneinheit völlig durchbrachen. Dem brandenburgischen Kurfürsten hatte er schon 1541 auf dessen Wunsch die Neuordnung des Kirchenwesens in seinem Lande ausdrücklich bestätigt gegen die Zusage dauernder und unbedingter Gefolgschaft im Dienste des Kaiserhauses. Jetzt zog er Herzog Moritz von Sachsen zu sich herüber, den die zwischen

Ernestinern und Albertinern überlieferten Streitigkeiten vom Kurfürsten trennten. Es konnte nicht geschehen ohne Zugeständnisse, die alles Wesentliche der im Herzogtum vollzogenen Reformation sicherten. Auch kleinere protestantische Fürsten, die sich dem Kaiser zur Verfügung stellten, dachten nicht daran, damit ihren oder ihrer Lande Glauben in Frage zu stellen. Damit schuf Karl Schwierigkeiten, die sich ihm auch im Falle allerbesten Erfolges als neue Hindernisse in den Weg stellen mußten.

Der Kaiser hat den letzten seiner großen Kriege so glücklich geführt wie einst den ersten. Die Schmalkaldener, vor allem der Kurfürst, waren nicht die Männer, gegen ihren Kaiser zu streiten. Sie zauderten im Herbst 1546 an der Donau, ohne ihre Überlegenheit, die anfangs erdrückend war, auszunutzen. Sie räumten Oberdeutschland und trennten sich, als Herzog Moritz in Johann Friedrichs Land einfiel. Die oberdeutschen Städte erkauften des Kaisers Gnade. Im Frühling 1547 besiegte der Kaiser mit seinen kriegsgewohnten Truppen Johann Friedrichs Streitmacht mit Leichtigkeit bei Mühlberg an der Elbe und nahm ihn selbst gefangen. Als der Landgraf sich in Halle stellte, ward er gegen begründete Erwartung ebenfalls gefangen gehalten. Karl führte sie beide hinweg. Er schien Herr im Reiche.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, was würde Luthers Schicksal gewesen sein, was würde er gesagt, was getan haben, hätte er das erlebt. Kränkelnd war er nicht lange vor Ausbruch des Krieges, am 18. Februar 1546, in seine Vaterstadt Eisleben gereist und ist dort gestorben.

Es hat wenige Deutsche gegeben, die so tief in die Geschicke ihres Volkes eingegriffen haben wie er, ja mehr als das, wenige, die ihren Namen der Weltgeschichte so tief einprägten. Er hat ihn unzertrennlich verknüpft mit der Befreiung der Christenheit von päpstlicher und überhaupt von kirchlicher Bevormundung, die durch sein Auftreten möglich geworden ist. Dem Gläubigen hat er den geraden Weg zum Erlöser und zu Gott wieder geöffnet. Indem er die Lehre wieder auf ihre ursprünglichen Quellen stellte, machte er sie jedermanns Prüfung

und Urteil zugänglich. Mochte auch seine Kirche die Heilsanstalt bleiben, die Möglichkeit der Weiterbildung war gegeben, der Weg zu ihr gewiesen. Wer das Enge und Starre in seinem Wesen betont, der vergißt, daß beide Züge schwer zu trennen sind von der Festigkeit des Glaubens und Wollens, ohne die sein Werk nicht hätte gelingen können, vergißt auch, daß dieses Werk, wie er es durchsetzte, nach allem, was man wissen kann, wenigstens für deutsche Verhältnisse in seiner Zeit das einzig mögliche war, das Gestalt gewinnen konnte. Dem innersten Luther lag es fern, an den Buchstaben zu fesseln; wo sein Name heute so gebraucht wird, geschieht das nicht in seinem richtig verstandenen Geiste.

Dem deutschen Volke ist Luther aber noch mehr gewesen als sein religiöser Lehrer. Er ist ihm Verkörperung geworden des Besten, was es als sein Eigen ansieht. Heller Verstand, warme Empfindung und kühner Mut, lautere Wahrhaftigkeit, unerschütterliche Überzeugungstreue und selbstlose Hingabe, sichere Kraft und schlichter Sinn, der nicht mehr aus dem eigenen Ich zu machen bemüht ist, als es in Wirklichkeit ist, das sind die Eigenschaften, die es hochschätzt, und die es in seinem Luther vereinigt findet. Sein Privatleben ist unserem Volke ein Vorbild sittlicher Reinheit geworden, seine Ehe ein leuchtendes Muster deutschen Familienlebens, insonderheit des evangelischen Pfarrhauses, dem deutsche Kultur so außerordentlich viel verdankt. Es ist verständlich, daß Andersgläubige Luther tadeln und schelten, je nach Temperament auch hassen; schmähen und verunglimpfen sollte ihn kein Deutscher. Wer es tut, verrät unzureichende Kenntnis oder Mangel an Gerechtigkeitsgefühl.

Die Siege Verbündeter pflegen für ihre Beziehungen eine Belastungsprobe darzustellen. Auch in diesem Falle konnten Kaiser und Papst nur eine Strecke Wegs mit einander gehen; ihre Ziele waren verschiedene.

In Rom ist fortgesetzt das Bewußtsein lebendig geblieben, daß eine Steigerung der Macht Karls V. eine Gefahr für das Papsttum in sich schließe. Es war nun einmal nicht allein geistlich. Dem Kaiser war als selbstverständlich erschienen, daß der Papst den Pro=

testanten gegenüber nicht seinen vollen Willen durchsetzen, daß er ihrem Reformverlangen sich nicht ganz versagen dürfe. Dazu war aber Paul III. wenig geneigt. Er hatte schon im März 1547 das Konzil von Trient, wo es auf Reichsboden tagte, nach Bologna verlegt, das seit Julius II. zum Kirchenstaat gehörte; er konnte hoffen, hier der Versammlung sicher zu sein. So kam es nun doch zu einer vorläufigen Regelung der Kirchenverhältnisse allein von Reichs wegen, durch Verhandlungen zwischen dem Kaiser und den Fürsten. Das Augsburger „Interim" vom 15. Mai 1548 gestand den protestantischen Ständen bis zur Entscheidung durch ein allgemeines Konzil Laienkelch und Priesterehe zu, schränkte die Machtbefugnis des Papstes ein und ließ sogar die Frage der geistlichen Güter in der Schwebe. Es wurde Reichsgesetz, konnte aber keine der beiden Parteien befriedigen, die Protestanten nicht, weil es sie zwingen wollte, ihre Lehre preiszugeben, die Katholiken nicht, weil es ihnen die erlittenen Verluste nicht ersetzte. Da der Papst es nicht billigte, schwebte es auch kirchlich in der Luft.

Der Widerwille, dem es bei den Protestanten begegnete, führte bald zur offenen Auflehnung. Im Norden hatten zwei Städte den kaiserlichen Waffen ungebrochenen Widerstand entgegengesetzt, Magdeburg und Bremen. Magdeburg wurde dauernd umlagert, von Moritz selbst, der es für sich zu gewinnen hoffte. Die erwarteten Früchte seiner Politik hatte er bereits geerntet. Die Kurwürde des zum Tode verurteilten, dann aber zu lebenslänglicher Gefangenschaft begnadigten Johann Friedrich war ihm übertragen worden und mit ihr der größere Teil der ernestinischen Lande. Jetzt machten die Bedenken seiner Stellung sich geltend. Er erschien als der Urheber und Verfechter des Interims, bei dessen Durchführung er selbst im eigenen Lande auf Hindernisse stieß, die er nicht zu überwinden vermochte. Dazu war der Sieg des Kaisers nicht nur von kirchlicher, sondern auch von staatlicher Tragweite. Er war auch ein Sieg der im Kaiser verkörperten Reichsgewalt über das Landesfürstentum, über das ständische Wesen im Reiche. Das wurde überall empfunden und durch die Umgebung des Kaisers, besonders

durch die hochfahrende Art der Spanier, auch Kreisen zum Bewußtsein gebracht, die ihr kirchliches Interesse zum Kaiser wies.

So fehlte es nicht an Anlaß zur Gegenwehr und nicht an Aussicht auf Erfolg. Moritz fand gleichgesinnte Fürsten, auch solche, die mit ihm für Karl eingetreten waren. Er verständigte sich im November 1551 mit Magdeburg und erhob im Frühling gemeinsam mit seinen Verbündeten die Waffen gegen den Kaiser. Als Diplomat wie als Heerführer war er Johann Friedrich weit überlegen. Karl V. ward völlig überrascht, in den österreichischen Erblanden selbst zu schleuniger Flucht von Innsbruck nach Villach aufgescheucht. Die Freilassung Johann Friedrichs, zu der er sich entschloß, konnte ihm den erwarteten Vorteil nicht mehr bringen. Im Passauer Vertrag, den König Ferdinand Anfang August 1552 zustande brachte und Karl bestätigte, wurde den Protestanten volle Religionsfreiheit gewährt. Das tagende Konzil sollte für sie keine Geltung haben. Auch Landgraf Philipp wurde seiner Gefangenschaft ledig.

In raschem Aufstieg war Moritz von Sachsen zu führender Stellung in Deutschland gelangt. Das Urteil der Geschichte über ihn schwankt; er hat nicht lange genug gelebt, ihm feste Unterlagen zu geben. Bei seinem Vorgehen gegen den Kaiser hat er, wie einst Philipp von Hessen, Anlehnung an Frankreich gesucht, Heinrichs II. Gunst und Unterstützung durch Zugeständnisse auf Reichskosten erworben. So sind die Bistümer Metz, Toul und Verdun, nach denen Frankreich lange getrachtet hatte, dem Reiche verloren gegangen. Vergeblich hat Karl V. in seinem letzten Feldzuge versucht, sie wieder zu gewinnen. Wer aber aus konfessioneller Abneigung dem neuen sächsischen Kurfürsten daraus den Strick dreht, übersieht die Zeitverhältnisse und richtet den Splitter in des Bruders Auge, während er des Balkens in dem eigenen nicht gewahr wird. Wie viel Land hat Karl V. dem Reiche entfremdet oder zu entfremden versucht! Des Reiches Rechte an Italien, die camerae imperii, sind durch ihn spanischer Besitz geworden. Das burgundische Gebiet hat er durch gewaltsame Besitzergreifung von Reichslanden, die an Umfang und Wert die drei Bistümer um ein

Vielfaches übertrafen, erweitert, dessen Beziehungen zum Reiche so gut wie vollständig gelöst. Ehe er noch zu Anfang seiner Regierung des Reiches Boden betrat, hat er die Reichsstadt Lübeck dem dänischen Könige überlassen und auch später, wenn es galt, über Reichsboden eigenmächtig zu verfügen, Skrupel nicht gefühlt. Daß Moritz sich im Abkommen mit Frankreich der Pflicht, Reichsboden zu verteidigen, entschlug (von einer Abtretung darf man nicht reden), kann nicht entscheidender Maßstab für seine Beurteilung sein.

Wohl aber ist der Vorwurf des Verrats an den Glaubensgenossen und an Blutsverwandten mit gutem Grund an seinem Gedächtnis nicht nur haften geblieben, sondern hat auch dessen Gestaltung überwiegend bestimmt. Denn solche Tat kann nur gesühnt werden durch große und glänzende Erfolge in großer und guter Sache. Erfolge dieser Art aber blieben Moritz versagt. Sein entschlossenes Auftreten gegen den wilden Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach, der nach dem Passauer Frieden auf eigene Faust einen Raubzug gegen Nürnberg und die Bistümer Bamberg und Würzburg unternahm und sich dabei kaiserlicher Rückendeckung erfreuen konnte, stellt zwar dem politischen Urteil des Kurfürsten ein glänzendes Zeugnis aus; aber der Sieg über den Markgrafen bei Sievershausen am 9. Juli 1553 kostete ihm das Leben. Niemand vermag zu sagen, was etwa unter seiner überlegenen, religiös nicht beengten Führung aus dem Reiche hätte werden können. So hat sich nichts ergeben, was nicht auch *ohne* die zeitweilige Lösung von seinen natürlichen Bundesgenossen erreichbar gewesen wäre. Die Verschiebung der Wettiner Besitzungen und der Kurwürde zwischen den beiden Linien des Hauses kann um so weniger als Entlastung für Moritz angesehen werden, als sie in den Hergängen der Folgezeit eine Rechtfertigung nicht gefunden hat. So ist unleugbare Kraft ohne Nutzen für Reich oder Glauben verbraucht worden.

Dem Passauer Vertrage folgte drei Jahre später der Augsburger Religionsfriede. Er brachte den entschiedenen Sieg der Neuerung in dem Sinne, daß sie gegen jede weitere Anfechtung von Reichs

wegen gedeckt ward. Auch der abgeschafften geistlichen Gerichtsbarkeit und der eingezogenen Güter wegen sollten protestantische Stände nicht mehr in Anspruch genommen werden. Aber er brachte nun auch, was unvermeidlich geworden war, die rein territoriale Festlegung der Konfessionen: Cujus regio, ejus religio.

Den Protestanten war dieser Grundsatz nicht ungünstig. Sie konnten hoffen, daß, auf ihn gestützt, ihnen weiter gelingen werde, was sie zum Teil schon erreicht hatten, auch geistliche Fürstentümer auf friedlichem Wege zur Reformation herüber zu führen. Wiederum zeigte sich, wie verderblich das Zurückdrängen des königlichen Einflusses auf die Besetzung der Bistümer, um dessentwillen das Papsttum einst die Einheit des Reiches zertrümmert hatte, auch der Kurie geworden war. Wie hätte sie ihn jetzt zurückwünschen mögen, ihn, der, um mit den Trierer Kanonikern von 1131 zu reden, allein imstande war, Hab- und Herrschsucht der Laien im Zaum zu halten! Aber nun war es dahin gekommen, daß die Bistümer und ihre Wahlkapitel fast ganz unter dem Einfluß der benachbarten Fürsten standen, die Anspruch erhoben, dieses oder jenes Bistum fast erblich mit den Ihrigen zu besetzen, und höchstens den Forderungen weltlicher Nebenbuhler wichen. Die Angehörigen protestantischer Fürstenhäuser, die so in bischöfliche Sitze kamen, zögerten selten, ihrem Bekenntnis Raum zu schaffen, wozu die Stimmung der Bevölkerung meistens drängte. So sind besonders im alten Sachsenlande geistliche Fürstentümer zum Protestantismus übergegangen, die Erzbistümer Magdeburg und Bremen, die Bistümer Halberstadt, Verden, Minden, Lübeck, Schwerin, Ratzeburg und Kammin, zum Teil auch Osnabrück. In Hildesheim, Münster, Paderborn und Köln hat die alte Kirche schwer um ihren Bestand ringen müssen.

Solcher Gefahr zu steuern, fügte die Partei der Altgläubigen dem Augsburger Religionsfrieden den „geistlichen Vorbehalt“ hinzu, die Bestimmung, daß geistliche Landesherren kein Recht haben sollten, ihre Religion zu wechseln, daß für sie der Übertritt zum Protestantismus den Verlust ihrer Würde zur Folge haben solle. Sie wurde

von den Protestanten nicht anerkannt; sie verwahrten sich dagegen, daß der Vorbehalt für sie verbindlich sein solle. Sie erreichten auch, daß Ferdinand, allerdings nicht als einen Teil des Friedens, sondern nur als persönliche Erklärung die „Deklaration" erließ, die besagte, daß die Untertanen geistlicher Stände in der Konfession, die sie einmal angenommen hätten, nicht gestört werden dürften.

So trug der geschlossene Friede die Keime neuer Zwistigkeiten in sich. Er ist in konfessionellen Fragen die Grundlage des Rechtszustandes für Jahrhunderte geworden; aber es war ein Rechtszustand, der auf einem Kompromiß von Mächten beruhte, die um des lieben Friedens willen zur Zeit auf weiteren offenen Hader verzichteten, von denen aber keine die andere vorbehaltlos anzuerkennen bereit war. Die Erhaltung der vereinbarten Eintracht hing beiderseits von Stimmung und Gelegenheit ab.



Drittes Kapitel.

Die Zeit der Gegenreformation (1555—1618).

Indem man sich anschickt, den Gang der Ereignisse weiter zu verfolgen, empfindet man unwillkürlich das Bedürfnis, sich klar zu machen, was die Zeit der Reformation für Deutschlands Gesamtlage bedeutete, ob sie hinderte oder förderte, ob sie Entwickelungsfähiges pflanzte oder gesundes Wachstum vernichtete, oder ob beides zugleich der Fall war. Es ist damit auch die Frage nach Wert oder Unwert der kirchlichen Bewegung aufgeworfen. Sie einheitlich zu beantworten, ist zur Zeit unmöglich, wird unmöglich sein, so lange der Unterschied der Bekenntnisse besteht. Aber die Feststellung des Tatsächlichen hat gleichwohl ihren Wert; sie kann beiderseitiges Verstehen fördern, ja ist unerläßlich, es zu ermöglichen.

Es ist zunächst hervor zu heben, daß das Reich an Macht und Ansehen in der Reformationszeit nicht verloren hat. Darüber kann für niemanden ein Zweifel bestehen, der die Zeit des Augsburger Religionsfriedens mit jener König Wenzels und der Hussitenkriege vergleicht. Abgesehen von den drei Bistümern ist nirgends Reichsboden verloren gegangen, es sei denn zugunsten und auf Antrieb des eigenen Kaisers, der deutsches Gut auf das Konto seiner fremden Reiche übertrug, ein Vorgehen, das auch vor der Reformation nicht ohne Beispiel ist, und das ohne die Reformation nicht verhindert worden wäre. Wenn man auf die

polnische Lehnshoheit hinweist, die der neue Herzog von Preußen anerkannte, so muß daran erinnert werden, daß sie schon vom zweiten Thorner Frieden herstammt.

Die Reformationszeit hat aber auch keine Verschlechterung der inneren Ordnung des Reiches gebracht, im Gegenteil unverkennbar eine wesentliche Festigung und Förderung. Die unter Maximilian begonnenen Reichsreformen haben, soweit sie überhaupt Dauer erlangten, sich erst unter Karl V. voll durchgesetzt. Seit Jahrhunderten hatten die deutschen Reichstage nicht mehr die Bedeutung gehabt, die sie unter ihm und durch Behandlung so wichtiger Fragen, wie gerade diese Zeit sie stellte, gewannen. Sie sind seitdem das vornehmste, fast das alleinige Band gewesen, das Deutschland zusammen gehalten hat, wirksamer als das Kaisertum selbst. Es war allerdings ein loses und schwaches Band, aber darum nicht wertlos. Das leuchtet sofort ein, wenn man Deutschland mit Italien vergleicht. Unser Vaterland ist doch eine staatliche Einheit geblieben; der Gedanke ward greifbar der Nachwelt überliefert.

Es ist auch keine Frage, daß die Reformation den inneren Ausbau der Reichsverfassung gefördert hat. Sie hat unter Karl V., allerdings nicht durch ihn, sondern durch die Tätigkeit der Fürsten und insbesondere durch den Augsburger Reichstag von 1555 die Form gewonnen, die dann im wesentlichen durch die Jahrhunderte fortbestand. Kreisordnung und Kammergericht sind im Zusammenhange mit dem Augsburger Religionsfrieden zu anerkannter Geltung gelangt. Erst von da ab ist der Wormser Ewige Landfriede zur Wirklichkeit geworden; das Reich hat bis zum Dreißigjährigen Kriege einen inneren Frieden genossen, wie ihn keine frühere Zeit gekannt hatte.

Es wird hervorgehoben, daß die fürstliche Macht außerordentlich gestiegen sei gegenüber der kaiserlichen. Wenn man aber die Frage aufwirft, ob fürstliche Macht und Zügellosigkeit zur Zeit Karls V. größer gewesen seien als im Interregnum, oder da man Friedrich II. einen Gegenkönig setzte, oder als König Adolf und König Wenzel beseitigt wurden oder unter Sigmund und Friedrich III., so kann die Antwort nicht zweifelhaft sein. Die Ursachen un-

gesunden Anwachsens deutscher Fürstenmacht liegen weiter zurück. Wer ihr Aufkommen jemandem zur Last legen will, der hat nicht auf die Reformation, sondern auf Gregor VII. und Innocenz III. zu verweisen.

Es ist wahr, Luther hat die Berechtigung staatlicher Gewalt neben und über der geistlichen mit Nachdruck vertreten. Er hat stolz betont, daß er zuerst „gezeigt habe, was Stand und Würde staatlicher Obrigkeit sei". Er hatte nicht ganz Recht mit diesem Anspruch. Marsiglio von Padua hatte schon Ludwig dem Baiern und seinen Zeitgenossen dargelegt, daß der Staat durchaus unabhängig von der Kirche, in allem Weltlichen über ihr sei, und Luthers älterer Zeitgenosse Machiavelli hatte auch den Staat völlig auf die eigenen Füße gestellt. Indem aber Luther nicht nur lehrte, daß auch die Obrigkeit „von Gott gesetzt sei", sondern ihr auch die Überwachung der Landeskirche, deren oberste Leitung zuwies, ging er einen Schritt weiter. Es haben aber dadurch die protestantischen Fürsten keineswegs in Bezug auf Herrschaft über ihre Untertanen einen wesentlichen Vorsprung erlangt vor den katholischen. Sie sind durch ihre Stände nicht weniger eingeengt worden als diese. Es waren die „allerkatholischsten" und „allerchristlichsten" Herrscher Spaniens und Frankreichs, nicht Anhänger des evangelischen Glaubens, die zuerst zu einer absoluten Gewalt in ihren Reichen gelangten.

Man kann auch nicht sagen, daß die Einziehung des Kirchengutes den protestantischen Fürsten einen Machtzuwachs verschafft habe, den die katholischen hätten entbehren müssen. Auch für diese hat die Reformation einen ganz erheblichen Gewinn an bisherigem Kirchengut und bisherigen Kirchenrechten zur Folge gehabt. Es ist die allgemeine Tendenz der Zeit, daß Fürstenmacht steigt, trotz der Lehre der Jesuiten, die den Staat herabzusetzen suchten, um die Kirche zu erhöhen. Der Unterschied ist nur der, daß das in den außerdeutschen Staaten fast überall zugunsten des Oberhauptes einer geeinigten Nation geschieht, in Deutschland aber allein zum Besten seiner fürstlichen Sondergewalten. Und da muß wiederum darauf ver-

wiesen werden, daß dafür der Grund weit zurück im Mittelalter zu suchen ist, nicht in der Reformationszeit.

Deutschland hat im Mittelalter eine hohe wirtschaftliche Blüte erreicht, besonders in seinen städtischen Bildungen. Sie konnten sich neben den italienischen nennen und waren, obgleich Paris und London schon damals alle deutschen wie wahrscheinlich auch alle italienischen Städte an Größe und Volkszahl übertrafen, denen Frankreichs und Englands, in ihrer Gesamtbedeutung betrachtet, überlegen. Dieses Verhältnis hat im Reformationszeitalter angefangen sich zu verschieben. Wie ist das geschehen?

Wer nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des ausgehenden Mittelalters und der beginnenden Neuzeit fragt, richtet seinen Blick gewohnheitsmäßig zuerst auf die großen Entdeckungen. Sie stehen in den allgemein verbreiteten Vorstellungen von Europas geschichtlicher Entwickelung so sehr im Vordergrunde, daß die Tat des Kolumbus neben Luthers Thesenanschlag als Beginn der Neuzeit angesetzt wird. Solche Auffassung hat ihre Berechtigung, wenn man die im Laufe der Jahrhunderte sich ergebenden Folgen ins Auge faßt; aber sie führt irre, wenn sie den Glauben hervorruft, daß die großen Entdeckungen rasch eine durchgreifende Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Abendlandes bewirkt hätten.

Das ist nicht der Fall gewesen. Die indischen Zufuhren nahmen einen anderen Weg, das ist zunächst alles. Amerika hatte anfangs keine Waren, die es in nennenswerten Mengen an Europa hätte abgeben können. Als es dann eine reiche Fundgrube für Edelmetalle wurde, hat es den Geldumlauf des Abendlandes vermehrt und so die Warenpreise gesteigert, auch die politischen Geschicke der alten Welt besonders dadurch beeinflußt, daß es der spanischen Macht, die unter Karl V. überwiegend, unter Philipp II. so gut wie ausschließlich die Trägerin der habsburgischen Weltpolitik war, den wesentlichsten Teil der erforderlichen Geldmittel lieferte. Aber das ist eine Wirkung, die erst mit dem zweiten Viertel oder

Drittel des 16. Jahrhunderts langsam beginnt und die den Gang des europäischen Verkehrs nicht umgestaltet hat.

Von den Beispielen, die belegen, wie ganz ungereimte Vorstellungen von geschichtlichen Zusammenhängen aufkommen und sich hartnäckig behaupten können, ist kaum eines so beweiskräftig wie die immer wieder vorgetragene Meinung, daß Deutschlands geographische Lage es notwendig habe in den Hintergrund drängen müssen, als Spanier und Portugiesen die neue Welt entdeckten und in Besitz nahmen. Als wenn die geographische Lage nicht heute, wo wir nicht nur Spanien und Portugal, sondern auch Frankreich trotz ihrer atlantischen Küsten im überseeischen Verkehr weit überflügelt haben, die gleiche wäre wie vor 400 Jahren, und als ob nicht die Niederländer den Völkern mit der kürzesten Überfahrtzeit diesen Verkehr bald aus der Hand genommen hätten!

Die geographische Lage ist nur in einer Beziehung von Bedeutung geworden. So lange der Seeweg nach Indien unbekannt blieb, waren Genua und Venedig, seit der Eroberung Konstantinopels überwiegend diese Stadt, die Hauptstapelplätze für die Handelswaren nicht nur des näheren, sondern auch des ferneren Orients. Das brachte den oberdeutschen Städten, die diese Zufuhren über das obere und mittlere Reich und in die östlich angrenzenden Länder verbreiteten, reichen Gewinn. Als man anfing, indische Erzeugnisse auf dem Markt von Lissabon zu erwerben, ward Antwerpen, das gegen Ende des Mittelalters den „Weltmarkt“ Brügge aus seiner beherrschenden Stellung zu verdrängen anfing, der Platz, wo das ganze mittlere und nördliche Europa sie kaufte. Doch ist es bezeichnend, daß gerade die Oberdeutschen, die „Monopoler“, die in eben diesem Handelszweige zu ihrer verhaßten Stellung gekommen waren, ihn auch in diesem seinem neuen Sitze zum größeren Teile in der Hand behielten. Ihre nahen Beziehungen zu den Habsburgern haben sie darin nicht wenig unterstützt. Nicht der Erwerb, die Form, in der er gewonnen wurde, änderte sich. Auch für die Oberdeutschen bedeuteten die Niederlande jetzt gleich viel oder mehr als Venedig und Genua.

Die Wandlungen, die sich im 16. Jahrhundert im Verkehr des deutschen Nordens, in Deutschlands Seehandel, vollzogen, waren anderer Art. Sie können nicht verstanden werden ohne einen kurzen Überblick über die Entwickelung der deutschen Beziehungen zur See, die bisher nur gestreift wurden.

Der Bund der Hanse beruhte auf diesen Beziehungen. Es ist dargelegt worden, wie er im 14. Jahrhundert unter den Mächten Geltung zu erlangen und im nordeuropäischen Handel eine führende Stellung zu gewinnen vermochte. Sie bestand vor allen Dingen darin, daß die Städte nicht nur den eigenen Handel voll zu behaupten wußten, sondern auch die kaufmännische Verwertung der Erzeugnisse fremder Länder in die Hand nehmen und Vermittler ihres Warenaustausches werden konnten. Der Fang der dänischen Fischer im südlichen Sunde, der der Norweger an ihrer klippen- und buchtenreichen Westküste ging durch die hansischen Kaufleute in alle Lande; das Seesalz, das Frankreichs atlantische Küste lieferte, verbreiteten sie ostwärts. Im Verkehr Skandinaviens mit England, Englands mit den Niederlanden, Frankreichs und der Niederlande mit England ernteten hansische Schiffer und Händler Gewinn. Hauptgrundlage ihres Wohlstandes und ihrer Macht aber war der Warenaustausch zwischen Ost und West zur See und zu Lande, zwischen den Kultur- und Bodenerzeugnissen Westeuropas und den Naturprodukten Rußlands, Litauens und der Ordensgebiete auf der großen Hauptroute, welche die Kontore zu Brügge und Nowgorod verband.

Hier bahnte sich schon früh im 15. Jahrhundert ein Wandel an, der bald auch auf andere Handelsgebiete übergriff, und den das 16. Jahrhundert vollendete.

Die bäuerlichen Bewohner des nördlichen Nordhollands, des kleinen, tief liegenden Landstrichs zwischen der Südersee und dem offenen Meere, der damals noch durch Pampus, Ij und Haarlemer Meer fast eine Insel war, und deren nordöstliche stammesverwandte Nachbarn jenseits der Südersee nebst den Inselbewohnern vor und zwischen ihnen (Friesen alle mit einander) sind früh als Seefahrer

nachweisbar, schon im 13. Jahrhundert auch in der entlegenen Ostsee. Sie wurden Rivalen der „Osterlinge", der Angehörigen der Ostseestädte, im besprochenen Verkehr. Sie waren diesen gegenüber im Vorteil, da ihnen der Umschlagsplatz Brügge näher lag, demnach ihre Städte, obgleich zunächst — auch Amsterdam — dürftig neben den leitenden Plätzen der Hanse, dem Warenaustausch auch selbst als Markt dienen konnten, und weil ihr Schiffahrtsbetrieb anspruchsloser, wohlfeiler war als der städtische der Hansen. Im Laufe des 15. Jahrhunderts ward ihr Mitbewerb so unbequem, daß die „Wendischen" Städte, Ursprung und Kern der Hanse gerade durch diesen Verkehr, unter Lübecks Führung glaubten, wirksame Gegenwehr nicht weiter hinaus schieben zu dürfen.

Die drohendste Gefahr, welche die Lage barg, bestand in einer Verständigung der skandinavischen Mächte, die das Handelsübergewicht der Hanse widerstrebend ertrugen, mit den Holländern. Die dänischen Könige Johann I. (1481—1513) und sein Sohn und Nachfolger Christian II., die der Verwirklichung der nordischen Union unter Dänemarks Vorherrschaft am nächsten kamen, arbeiteten beide in dieser Richtung, besonders Christian. Als er nach der Überwältigung Sten Stures des Jüngeren (1520) Schweden unterworfen zu haben glaubte und nun sich anschickte, Lübeck und die Hanse und seinen Onkel, den schleswig-holsteinischen Herzog Friedrich, anzugreifen, dazu im Innern des Landes durch einschneidende Neuerungen Adel und Geistlichkeit gegen sich aufbrachte, verständigten sich die Bedrohten. Im April 1523 mußte er ihrem vereinigten Angriff weichen, sein Land verlassen. Als gefährlichster Feind hatte sich Lübeck mit seinen Bundesverwandten erwiesen. Der Onkel trat als Friedrich I. an die Stelle des Neffen, und unter den Zugeständnissen, die er und Schwedens neuer König Gustaf Wasa Lübeck und den Städten zu machen hatten, stand in vorderster Reihe die Zusage, helfen zu wollen zur Fernhaltung der Holländer von der Ostsee und den Reichen.

Die Verkettung der Ereignisse, die hier weiterhin Platz griff, kann zu der Auffassung führen, daß an dieser Stelle die Reforma-

tion verderblich eingegriffen habe. Ihre Lehre hat in Lübeck wie in allen Hansestädten rasch Anhänger gefunden und ist dort, wie fast überall, in kurzer Frist herrschend geworden. Es geschah aber auch, wie das auch sonst nicht ohne Beispiel ist, daß der Rat oder wenigstens seine einflußreichsten Mitglieder sich ihrer Durchführung zunächst widersetzten. Das hat in Lübeck zu Tumulten Anlaß gegeben, in denen der Hamburger Jürgen Wullenweber als ein Führer in der kirchlichen Bewegung zur Leitung des Gemeinwesens emporstieg. Als er an dessen Spitze trat, fand er nach außen eine Lebensfrage der Stadt zu lösen, die Regelung ihrer Beziehungen zu Dänemark, Schweden und den Holländern.

Beide nordischen Könige haben sich, zur Macht gelangt, ihren Verpflichtungen zu entziehen gesucht und den Niederländern tunlichst die Wege geebnet. Wullenwevers persönliches Ungestüm, seine Neigung zu bedachtloser Selbstüberhebung wurden durch Geschäftsgewöhnung, durch staatsmännische „Erbweisheit", wie sie in den Ratsstuben der Städte überliefert und erlernt wurde, nicht gezügelt. Er griff zu Gewaltmaßregeln, die ihr Ziel verfehlen mußten. Er benutzte die Auflehnung dänischer Reichsräte, besonders der über die begonnene Reformation unzufriedenen Bischöfe, gegen die Nachfolge Christians III., des Sohnes Friedrichs I., und die Unzufriedenheit dänischer Bürger und Bauern mit dem unter der Regierung Friedrichs I. gesteigerten Adelseinfluß, um in Verbindung mit diesen unter sich so verschiedenartigen Kräften den Versuch zu einer Neugestaltung des dänischen Reiches zu machen. Sie sollte Lübeck und seinen Genossen eine dauernde Herrschaft über den Sund sichern und das Auftreten der Holländer in der Ostsee und in den Reichen von ihrer Zulassung abhängig machen. Es wurde dabei sogar mit der Befreiung des gefangenen Christian II. gerechnet. Der Plan war mehr abenteuerlich als groß angelegt. Seine Durchführung überstieg die Kräfte Lübecks durchaus. In der fast zweijährigen Grafenfehde (1534/35), die diesen Namen führt, weil Wullenwever die Grafen Christoph von Oldenburg und Johann von Hoya als Prätendenten für Dänemarks und Schwedens Throne aufstellte, unterlag Lübeck mit den

Nachbarstädten Stralsund, Rostock und Wismar, die teilweise mitgeholfen hatten, vollständig. Es ist bezeichnend für das Ansehen, welches Lübecks Macht genoß, daß Dänemark im Hamburger Frieden 1536 gleichwohl der Stadt, deren Leitung inzwischen wieder an den alten, jetzt die Reformation anerkennenden Rat übergegangen war, die Wiederherstellung ihrer sämtlichen Privilegien zugestand.

Beide kämpfenden Teile gehörten dem Schmalkaldischen Bunde an. Seine Glieder haben durch ihre Haltung während des Krieges nicht nur bewiesen, daß ihre Sympathien auf der monarchischen Seite waren, sondern auch, daß sie dem Verdacht, hinter Wullenwevers Auftreten möchten radikal-religiöse, „wiedertäuferische" Umtriebe stecken, nicht entgehen konnten. Erklärlich genug, denn gleichzeitig mit der bürgerlichen Umwälzung in Lübeck, an die sich ähnliche Hergänge in Nachbarstädten angeschlossen haben, tobten die Münsterischen Unruhen.

Wie jede tiefgehende Volksbewegung, so begleiteten auch die Reformation extreme Richtungen, umstürzlerische Neigungen und Bestrebungen. Auch die Reform des 11. Jahrhunderts ist ja von ihnen nicht frei geblieben. Sie folgten der Denkweise der Zeit, wenn sie sich auf Bibelstellen und biblische Hergänge zu stützen suchten. An mystischer Schwärmerei hatte es schon in den vergangenen Jahrhunderten nicht gefehlt. Es galt, das Reich Gottes auf Erden herzustellen! Sollte Gott dazu die Seinen nicht erwecken können, die Auserwählten? Sollten sie nicht berufen sein können, außerhalb aller kirchlichen und bürgerlichen Ordnung die Gläubigen zu führen? Hatte doch auch Luther das Priestertum aller Laien gelehrt.

Bei stillen, in sich gekehrten Naturen mochten solche Stimmungen und Anschauungen zu weltfremder Frömmigkeit führen, in entschlossenen und tatfreudigen erregten sie die Lust, nicht nur mit dem Worte, sondern auch mit der Waffe zu kämpfen. Das streitbare Israel, das die Gottlosen mit der Schärfe des Schwertes schlägt, ward das Ideal der Schwärmer. Die Stimmung findet sich in den 20er und 30er Jahren in Stadt und Land. Sie war im Bauernkriege stellenweise hervorgetreten und hat sich vorher und

nachher bald hier, bald dort gezeigt. Niemand vermag befriedigend zu sagen, wie es gerade kam, daß die gefährlichsten Vertreter dieser Richtung sich in der ehrenfesten Bischofsstadt Münster sammelten und dort einen günstigen Boden fanden. Allgemeine Züge, die der Stadt eigen gewesen wären, lassen sich dafür nicht anführen, es sei denn, daß man auf die Nachbarschaft der Niederländer hinweist, denen Ernst Moritz Arndt die Schwerfälligkeit angedichtet hat, in deren Gewande sie heute vorgestellt zu werden pflegen, die aber in Wirklichkeit, besonders in ihrem friesischen Bevölkerungsteil, von jeher an lebendigster Volksbetätigung und frischester Lust an Hader und Lärm das Mögliche geleistet haben.

Die wunderlichen Überspanntheiten und wüsten Greuel, die sich unter der Führung der Rothmann und Mathys, der Bokelson, Knipperdolling und Krechting in den Jahren 1533—35 in Westfalens vornehmster Stadt abspielten, stehen einzig da in der Geschichte der Zeit und des Erdteils. Kaum irgendwo findet sich wieder eine so widerwärtige Vermischung gemeiner Triebe mit religiösem Fanatismus. Es konnte nicht anders sein, als daß die Empörung allgemein war bei Alt- und Neugläubigen und die Nachbarn unterschiedslos zusammenwirkten, die Herrschaft des Bischofs wieder aufzurichten. Der Reformation konnten solche Ausschreitungen keine Freunde gewinnen; aber auch dem Bürgertum haben sie geschadet. Sie haben die Bestrebungen gestärkt, die ohnehin im Vordringen begriffen waren, die Selbständigkeit der Städte zu beschränken zugunsten des landesherrlichen Regiments. Der betroffenen Stadt haben sie zugleich den Weg zu reichsständischer Stellung und zur Reformation verlegen helfen.

Es würde nun aber falsch sein, wollte man in dieser Förderung fürstlicher Wünsche einen Beleg sehen für ein wirtschaftliches Sinken der Städte. Nach allem, was wir wissen, kann von einem solchen nicht die Rede sein, insonderheit im Norden nicht. Die zahlreichen Bauten aller Art, die Kunstübung, die Lebensführung, von der wir uns gerade aus dieser Zeit ein klares Bild machen können, lassen

mit voller Deutlichkeit erkennen, daß von einem Rückgang des Wohlstandes nicht die Rede sein kann. Auch ist ein Bevölkerungszuwachs, der im 15. Jahrhundert gefehlt zu haben scheint, für mehrere Städte nachweisbar, für nicht wenige wahrscheinlich. Wenn gleichwohl eine Verschiebung der deutschen Stellung im großen Verkehr zu Deutschlands Ungunsten eintrat, so ist sie anderer Art und hat Gründe, die mit der Religionsbewegung in keinem Zusammenhange stehen.

Der besprochene ostwestliche, baltische Warenaustausch hat im Laufe des 16. Jahrhunderts eine ganz außerordentliche Steigerung erfahren. Nun die Sundzoll-Listen zugänglich gemacht worden sind, können wir das ziffernmäßig belegen, eine nicht allzu häufige Möglichkeit aus so früher Zeit. Durch den Sund gingen im Jahre 1497 795 Schiffe, im letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts dagegen im Durchschnitt alljährlich 5554. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß die übliche Größe der Schiffe in der Zwischenzeit bedeutend gestiegen war, wahrscheinlich auf das Doppelte oder mehr.

Der Zuwachs des Verkehrs beruhte ganz überwiegend auf der gesteigerten Ausfuhr von Massenerzeugnissen aus den baltischen Ländern westwärts, vor allem von Getreide und Erforderniſſen des Schiffbaus. Sie ist bewirkt worden durch den vermehrten Bedarf der Iberischen Halbinsel und der Niederlande, der seinerseits allerdings zum wesentlichen Teile wieder zurückzuführen ist auf die neuen überseeischen Verbindungen der Spanier und Portugiesen und die besonderen Beziehungen, die zwischen Spanien und den Niederlanden durch die Vereinigung unter einer Herrschaft erwachsen waren. Sie haben auch zu einer vermehrten Ausfuhr deutscher gewerblicher Erzeugnisse, vor allem der Leinewand, den Anstoß gegeben. Aus der häufigeren Fahrt in den europäischen Südwesten ergab sich ferner die teilweise Verlegung der Salzhäfen von Westfrankreich nach Portugal und gegen Ende des Jahrhunderts die Eröffnung des Mittelmeeres für die Seefahrer des Nordens. Von der zweiten Hälfte des 13. (seit dem Aufhören norddeutscher Kreuzfahrten) bis in das 16. Jahrhundert waren in direkter Schiffahrt zwischen den beiden

Europa umschließenden Meeren nur Italiener, und auch sie nur in beschränkter Zahl und beschränkter Ausdehnung, tätig gewesen.

Dieser zugleich aufblühende und sich räumlich erweiternde Verkehr ist weitaus der lebhafteste gewesen, den christliche Völker im 16. Jahrhundert überhaupt betrieben haben. Und in ihm sind nun die Niederländer emporgekommen; hier liegt der Ursprung ihrer Handels- und Schiffahrtsgröße und damit ihrer wirtschaftlichen und politischen Glanzzeit überhaupt. Sie sind an die Stelle der Hanse getreten, doch auch wieder ein deutsches Volk, „Niederdeutsche" nach eigener Redeweise. Sie genossen zu den alten neue Vorteile, die engen politischen Beziehungen nach der Iberischen Halbinsel hinüber, ihre Stellung unter dem mächtigsten Herrscher der Christenheit, der seine starke Hand über sie hielt. Die nordische Politik der spanisch-habsburgischen Monarchie ist, auch gegen Interessen und Wünsche ihrer übrigen Angehörigen, vor allem bestimmt worden durch die Bedürfnisse der nördlichen Niederlande, der Holländer. Seitdem die Ostsee und die skandinavischen Reiche ihnen schrankenlos offen standen, kommt als ihr führender Platz Amsterdam empor. Der Fall Antwerpens (1585) besiegelte seine Überlegenheit über alle anderen europäischen Handelshäfen.

Keineswegs bedeutet nun aber dieser Aufschwung einen Niedergang der deutschen Städte. Man sah sich aus der ersten in die zweite Stelle gedrängt, erfreute sich aber gleichwohl guter Tage. Im Jahre 1497 sind einige 200 deutsche Schiffe durch den Sund gegangen (bis 1548 im Durchschnitt alljährlich 534), im letzten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts aber durchschnittlich 1532 gegenüber 3230 niederländischen. An dem Wachstum des nordeuropäischen Hauptverkehrs hatte man also einen nicht unerheblichen Anteil. Weniger günstig entwickelten sich allerdings andere Betriebe. Im Verkehr durch den Kanal und weiter westwärts empfand man je länger, desto mehr die Ungunst der heimischen staatlichen Verhältnisse. Die spanisch-niederländischen, weit mehr die spanisch-englischen Zwistigkeiten in den späteren Jahrzehnten des Jahrhunderts

haben die hansischen und deutschen Schiffer und Kaufleute in schwierige Lagen gebracht, weil sie sich auf keine leistungsfähige Macht stützen konnten. Auch der sogenannte Nordische Siebenjährige Krieg, den Dänemark und Schweden 1563—70 mit einander führten, hat gezeigt, was das Fehlen eines Reiches bedeutete. Bis auf Lübeck, das zum letztenmal, und zwar jetzt an Dänemarks Seite, für seinen Kaufmann und Schiffer das Schwert zog, haben die deutschen Küstenstaaten sich in diesem Kriege neutral gehalten. Sie vermochten aber ihre Neutralität nicht zu decken und sahen ihr Auftreten auf der See von der Gnade der Streitenden abhängig gemacht, während die Holländer als Untertanen Philipps II. fast unbehindert ihrem Erwerbe nachgingen.

Das 16. Jahrhundert ist nach der landläufigen Vorstellung das Jahrhundert überseeischer Kolonisation. Daß Deutsche an ihr keinen Anteil nahmen, erscheint manchem als mangelnde Unternehmungslust der deutschen Seestädte, der Hanse.

Gerechterweise müßte man diesen Vorwurf gegen alle europäischen Nationen mit der einzigen Ausnahme der Spanier und Portugiesen erheben. Denn diese allein waren im 16. Jahrhundert überseeische Kolonisatoren. Engländer und Franzosen sind in dieser Zeit über dürftigste Versuche nicht hinaus gekommen. Die Niederländer haben solche überhaupt nicht gemacht. Die Engländer sind den Spaniern im 16. Jahrhundert wohl als Piraten und Kaper gefolgt, nicht aber als Siedler in fremden Erdteilen. Erst als Spanien sich Portugal angliederte (1580) und dann alle Häfen der Halbinsel ernstlich schloß, suchten Engländer und Niederländer auch jenseit des Meeres Fuß zu fassen. Ihre dauernde koloniale Tätigkeit beginnt zu Anfang des nächsten Jahrhunderts mit der Begründung der ost-, dann der westindischen Kompagnie. Der Gedanke, mit überseeischen Ländern Verbindungen anzuknüpfen, ist übrigens auch den Deutschen — und zwar nicht nur oberdeutschen Handelshäusern auf Grund habsburgischer Beziehungen — im 16. Jahrhundert nicht ganz fremd geblieben, wie denn auch die Einsicht, daß die Herrschaft über das Meer an den eigenen Küsten auch den

Binnendeutschen nicht ganz gleichgültig sein dürfe, ihre Vertreter gefunden hat. Aber derartige Wünsche und Pläne erstickten und scheiterten wie von selbst an der Schwierigkeit, das Reich als solches zur Machtäußerung zu bringen. Überall stößt man wieder auf die Ungunst der Verhältnisse, die fertig und unabänderlich geworden waren, lange bevor an eine Reformation gedacht wurde.

Wie im städtischen, so ist auch im ländlichen Wesen das 16. Jahrhundert ein Jahrhundert des Fortschreitens, nicht des Rückganges, trotz des Bauernkrieges. Diese Heimsuchung hat wohl die politische, nicht aber die wirtschaftliche Betätigung des Bauernstandes nachhaltig geschädigt. Wir wissen nicht anders, als daß der Bodenanbau sich auch in dieser Zeit gehoben hat, besonders in der langen, für weite Gebiete Deutschlands ganz ununterbrochenen Friedensperiode vom Augsburger Religionsfrieden bis zum Dreißigjährigen Kriege. Die Landplage der beschäftigungslosen Söldner, der „gartenden Knechte", hat in ihrer schlimmen Form den Anfang dieser Periode nicht allzu lange überdauert. Für mehrere Bezirke läßt sich mit ziemlicher Sicherheit nachweisen, daß Bevölkerungszahl und Umfang des bewirtschafteten Bodens in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts ziemlich die Höhe erreicht hatten wie um die Mitte des 19. Auf die Produktion Niedersachsens und Westfalens hat der verbesserte Markt in den Niederlanden einen fördernden Einfluß geübt. An der gesteigerten Kornausfuhr der Ostseegebiete westwärts haben nicht nur die entlegenen baltischen Landschaften Preußen und Livland, sondern ebenso sehr die reichsdeutschen Gebiete Meklenburg, Pommern und die Marken Anteil gehabt. In allen diesen Ländern und noch weiter hinein im östlichen Binnengebiet haben die großen Gutswirtschaften in dieser Zeit ihren Betrieb wesentlich erweitert. So beginnt eine Zeit der Kapitalansammlung bei den adligen Besitzern auf Grund der Landwirtschaft, die den Vermögensunterschied zwischen Bürgern und Rittern auszugleichen anfängt, allerdings der Lage der bäuerlichen Bewohner der betreffenden Gegenden nicht zum Vorteil gewesen ist. Mehrung der Arbeitspflicht und Bauernlegen sind in diesem Zusammenhang üblicher Brauch geworden.

Das deutsche Geistesleben war durch die Reformation mächtig angeregt worden. Huttens Wort: „Die Wissenschaften blühen; die Geister erwachen; es ist eine Lust zu leben" enthält eine treffende Kennzeichnung der Zeit. Die literarische Produktion hatte einen bisher nicht erreichten Umfang gewonnen. Allerdings stand sie überwiegend mit der neuen Lehre in Zusammenhang. Wie einst das 11. und dann das 14. Jahrhundert und wieder die Zeit der Reformkonzilien polemische Schriften in reicher Menge zu Tage gefördert hatten, so geschah das jetzt, gesteigert durch die leichte Vervielfältigung mittels Druckes. Aber nie hatten sich die kirchlichen Meinungsverschiedenheiten so eng und so mannigfach verquickt mit allen möglichen Fragen des öffentlichen und privaten Lebens wie in dem Durcheinander der reformatorischen, humanistischen und Renaissance-Bestrebungen. Luther selbst wird kaum der Ruhm versagt werden können, neben Goethe und Leibniz der fruchtbarste und vielseitigste deutsche Schriftsteller zu sein. Es ist richtig, daß im Laufe der Jahrzehnte, als der reine Humanismus, der losgelöst von den Zeitfragen ja nicht bestehen konnte, auszusterben begann, die theologischen, insonderheit die dogmatischen Interessen das gesamte übrige geistige Leben überwucherten, ja zu ersticken schienen. Aber es war das eine Erscheinung, die sich von einer so gewaltigen Umwälzung nicht wegdenken läßt. Wo über Glauben und Seelenheil in jeder Herberge, auf jedem Marktplatze, an jedem Brunnen gerechtet, wo durch öffentliche Disputationen vor versammeltem Volk über Wahrheit und Unwahrheit die Entscheidung gesucht wurde, da war es auch unvermeidlich, daß gelehrte und ungelehrte Schriftstellerei, daß auch die Dichtkunst in den Dienst des einen gestellt wurde, was nach der Meinung der Zeit not tat.

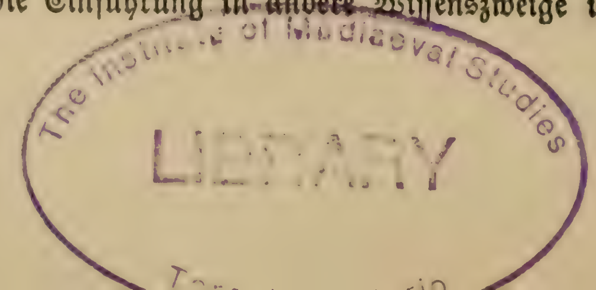
Es ist unbestreitbar, daß im Dienste des Neuen, es zu verbreiten und zu befestigen, dem deutschen Geistesleben Vorzüge zugewachsen und Einrichtungen geschaffen worden sind, die sich ihm zu dauernder Zier gestaltet haben. Die Reformation ist Ursprung und Grundlage deutscher gelehrter Bildung geworden. Sie ist ausgegangen von einer Universität. Gewiß waren die deutschen Uni-

versitäten schon früher Heimstätten gelehrter Arbeit; aber der Aufschwung, den sie im Zeitalter der Reformation nahmen, die Stellung, die sie damals im geistigen Leben ihrer Landschaften gewannen, haben doch erst angefangen, sie in der Weise zum Mittelpunkt deutscher Geisteskultur zu machen, wie sie es fernerhin geworden und bis heute geblieben sind. Es beruht das vor allen Dingen auf dem Einfluß, den die Reformation auf das gesamte Bildungswesen geübt hat.

Das spätere Mittelalter hat neben den alten Kloster- und Stiftsschulen auch weltliche Lehranstalten gekannt, vor allem in den Städten. Sie unterrichteten den Laien, allerdings auch ganz überwiegend durch Geistliche, in den Kenntnissen und Fertigkeiten, die als fast unentbehrliches Erfordernis für jeden besseren Lebensberuf gelten konnten, Lesen und Schreiben, etwas Rechnen und Latein, bei fortgeschrittener Entwickelung auch in den „freien Künsten" des Triviums und Quadriviums.

Die Reformatoren empfanden zunächst die Notwendigkeit, im Glauben zu festigen durch verbesserte Kenntnis seiner Grundlagen. Dem sollten außer der Bibelübersetzung vor allem Luthers großer und kleiner Katechismus dienen, neben denen zahlreiche andere zu gleichem Zweck in Gebrauch gekommen sind. Unterricht in Bibelkenntnis und christlicher Lehre sollte ausnahmslos jedem Gemeindemitglied zuteil werden. Die humanistische Richtung, die sich in Melanchthon neben Luther stellte und ihm selbst ja auch nicht fehlte, strebte aber auch nach möglichster Verbreitung sonstiger nützlicher Kenntnisse, besonders durch das Studium der alten Sprachen und ihrer Klassiker. In seinem Sendschreiben „An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes" sagt Luther: „Und laßt uns das gesagt sein, daß wir das Evangelium nicht wohl werden erhalten ohne die Sprachen. Die Sprachen sind die Scheiden, darin dies Messer des Geistes steckt."

Man hatte aber auch ein Gefühl dafür, daß sie nicht die einzigen Scheiden darstellen, in denen dieses Messer bewahrt werden kann. Auch die Einführung in andere Wissenszweige ist durch die



Reformatoren gefördert worden. Von Melanchthon rührt die Bearbeitung des Chronicon Carionis her, aus der die Jugend deutscher „Gelehrtenschulen" durch fast zwei Jahrhunderte ihre Geschichtskenntnis bezogen hat. Daß auch die strengsten Lutheraner geschichtliche Forschung hoch bewerteten, beweist die große Kirchengeschichte der Magdeburger Centuriatoren, die unter der Leitung des unermüdlichen Luthereiferers Flacius Illyricus das weitaus bedeutendste deutsche Geschichtswerk des Jahrhunderts wurde. Den Gelehrtenschulen und den Universitäten, die bestanden, oder zu denen sich jene nicht selten erweitert haben, fiel nach der Meinung der Reformatoren die Ausbildung des Beamtenstandes zu, dessen die weltliche Obrigkeit, jetzt auch Inhaber der obersten Kirchengewalt, für ihre sich ausgestaltende Verwaltung immer mehr bedurfte. So verwuchs das Unterrichtswesen immer mehr mit dem Staat, ward gelöst von der Kirche. Es ist in den protestantischen Territorien nicht wenig dadurch gefördert worden, daß das verfügbare Klostergut ganz überwiegend für diesen Zweck verwendet worden ist. Es hat keineswegs, wie oft behauptet wird, der Bereicherung der Landesherren gedient. Mehrere der besten höheren Schulen, die Deutschland noch heute besitzt, verdanken der Verwendung von Klöstern zu Lehrzwecken ihren Ursprung. Die katholischen Landesgewalten haben später nicht umhin gekonnt, der Form nach wenigstens, den gleichen Weg der Verstaatlichung des Unterrichts zu gehen. So ist auch unter ihnen nach und nach die vom Staate geleitete Universität in den Mittelpunkt alles wissenschaftlichen Unterrichts getreten.

Weit wichtiger noch als diese Wandlung, die den Sieg der Laienbildung entschied und vor allem dadurch das Mittelalter zur Neuzeit hinüber leitete, wurde für unser Volk Luthers Gebrauch der deutschen Sprache. So weit das Verdienst, dem deutschen Volke eine einheitliche Schriftsprache gegeben zu haben, sich an einen Namen knüpfen läßt, kann es nur der seine sein. Gewiß ist Luther nicht Urheber dieser Sprache. Er sagt selbst: „Ich rede nach der sächsischen Kanzlei, welcher nachfolgen alle Fürsten in Deutschland;

alle Reichsstädte, Fürstenhöfe schreiben nach der sächsischen und unseres Fürsten Kanzlei; darum ist's auch die gemeinste deutsche Sprache." Die Vorstellung, die er von Ursprung und Verbreitung der von ihm benutzten Sprache hat, hält näherer Untersuchung nicht völlig Stand. Die Stellung, die er ihr zuschrieb, hat er ihr selbst doch wesentlich mit gegeben. Besonders im weiten Sprachgebiet des Niederdeutschen, das ja ganz überwiegend der protestantischen Lehre folgte, ist der Sieg des Neuhochdeutschen als Schriftsprache durch ihn entschieden worden. Kirche und Schule kämpften für diesen Sieg mit Bibelübersetzung, Kirchenpostille, Gesangbuch und Katechismus. Ohne diese Volksbücher und die Bedeutung, die sie in protestantischen Landen gewannen, wäre er jedenfalls verzögert, vielleicht nicht errungen worden. Spracheinheit aber ist Grundbedingung gemeinsamer Geisteskultur. Trotz der konfessionellen Spaltung, die sich an Luthers Namen knüpft, kann ihm das Verdienst nicht abgesprochen werden, die festeste Stütze gesamtdeutschen Volkstums zu seinem Teil mit aufgerichtet zu haben.

Die Reformationszeit hat unserer Literatur unvergängliche Schätze geschenkt. Nichts, was unsere Sprache besitzt, läßt sich an Bedeutung für die deutsche Geistesbildung mit Luthers Bibelübersetzung vergleichen. Es ist ganz nebensächlich, wie oft und mit welchem Erfolge der Versuch, die Bibel ins Deutsche zu übertragen, schon vor ihm gemacht worden ist; Luthers Verdienst bleibt davon unberührt. Seine Zeit schenkte uns auch, unter Luthers eigener Führung, das deutsche Kirchenlied. „Ein feste Burg ist unser Gott" bleibt in seiner Kraft und Schlichtheit unübertroffen. Es verschlägt auch hier nichts, daß die Reformation deutschen Kirchengesang nicht als etwas ganz Neues aufbrachte; die Bedeutung, die er für die Andacht der Gemeinde durch den neuen Gottesdienst gewann, hat er früher nicht gehabt. Man „sang sich in den neuen Glauben hinein".

Wenn darauf hingewiesen wird, daß die schöne Literatur des 16. Jahrhunderts kaum etwas hervor gebracht habe, was dauerndes Gemeingut unseres Volkes geworden sei, so sagt man nichts, was sich nicht auch mit gleichem Rechte von den beiden voraufgehenden

Jahrhunderten behaupten ließe. Hans Sachs ist unter den Dichtern dieser Zeit an erster Stelle zu nennen, und er ist vom Geist der Reformation nicht unberührt geblieben. Auch besaßen, was man in Deutschland vermißt, im 16. Jahrhundert, abgesehen von Italien und England, auch die übrigen Länder Europas nicht. Neben Frankreichs Rabelais kann Deutschlands Fischart doch noch genannt werden. Welche Gunst der Götter Völker und Zeiten mit großen Dichtern beschenkt, ist uns verborgen, aus ihrem Fehlen auf mangelndes Geistesleben zu schließen aber verkehrt.

Auch von einem Verfall der Kunst im Zeitalter der Reformation kann nicht ernstlich die Rede sein. Dürer ist unabhängig von ihr, jedenfalls aber mehr ihr Freund, als ihr Gegner gewesen. Auf gleicher Höhe hat sich die Kunst in der Folgezeit nicht gehalten. Aber war das etwa im Italien Rafaels, Michel Angelos und Leonardo da Vincis der Fall, und ist nicht bald mitten aus dem Protestantismus heraus Rembrandt erstanden? Künstlerische Übung ist dem 16. Jahrhundert nicht verloren gegangen, wie zahlreiche Arbeiten des Kunsthandwerks aus allen Teilen deutscher Nation beweisen. Es hat, alles in allem betrachtet, vielleicht niemals so hoch gestanden wie in den Tagen der deutschen Renaissance, die ja mit dieser Periode zusammenfallen, und die ja auch an monumentalen Profanbauten reicher sind als frühere Zeiten.

Es würde auch diesem knappen Umriß ein wichtiger Zug fehlen, würde nicht hervor gehoben, daß die Reformation deutschem Geistesleben eine internationale Bedeutung gegeben hat, wie die frühere Zeit sie nicht kannte, wie sie später in gleichem Maße auch nie wieder erreicht worden ist. Die Gedanken Luthers machten ihren Weg durch die abendländisch-christliche Welt, für die germanische wurden sie Grundlage einer neuen Kultur. Die skandinavischen Lande schlossen sich auch auf das allerengste den Formen lutherischen Kirchentums an. Dadurch wurden die deutschen Hochschulen, so weit sie der Reformation folgten — und das war ja bei der großen Mehrzahl der Fall — in einer Weise Bildungsstätten für das Ausland, wie sie das bisher nie gewesen waren. Für ein

Jahrhundert — bis der Dreißigjährige Krieg hemmte — drängten sie, besonders für den Norden, die französischen und italienischen Universitäten völlig in den Hintergrund. Wittenberg war, so lange Luther und Melanchthon lebten, ein Wallfahrtsort für lernbegierige skandinavische Jünglinge. Es versteht sich von selbst, daß das alles der Verbreitung der deutschen Sprache zugute kam. Sie erlangte im 16. Jahrhundert einen Geltungsbereich, wie sie ihn bis dahin nicht gehabt hatte.

Es ist oft hervor gehoben worden, daß in der Zeit vom Augsburger Religionsfrieden bis in den Dreißigjährigen Krieg öde Prunksucht und sinnlose Schwelgerei, ja wüste Völlerei deutsches Leben in besonderer Weise verunziert hätten, und von katholischer Seite ist nicht versäumt worden, der Reformation die Schuld beizumessen. Die Beobachtung ist an sich richtig, aber wer sie anerkennt, der muß sich auch bewußt bleiben, daß er sich damit des Rechtes begibt, von starkem wirtschaftlichen Niedergang zu reden. Luxus und übertriebene Genußsucht sind nicht ohne Wohlstand möglich. Ausschreitungen der bezeichneten Art sind Belege äußeren Wohlergehens und wirtschaftlichen Gedeihens.

Man braucht Erklärung für sie auch nicht in der Kirchenumwälzung zu suchen. Zeiten behaglichen Wohlstandes pflegen die Völker nun einmal nicht zu ertragen ohne starke Äußerungen sinnlicher Lebenslust. Große staatliche, kirchliche, gesellschaftliche Aufgaben können ihre Betätigung eindämmen, nicht völlig hindern. Solche Aufgaben erscheinen der Zeit nach der Reformation gestellt, wenn man sie in ihren großen geschichtlichen Zusammenhängen erfaßt; unter den Mitlebenden konnten sie nur die Weitblickenden erkennen. Die großen Entscheidungen waren gefallen; jetzt handelte es sich vor allem, je nachdem, um Ausbau des Errungenen oder Sicherung des Bewahrten. So konnten große Ziele, die große Opfer erfordert hätten, in dieser Zeit die Massen nicht bewegen. Wie hätte es da anders sein sollen, als daß überschüssige Lebenskraft und Lebenslust sich in Nichtigkeiten ergingen?

Übrigens zeigen die Bekenntnisse in dieser Beziehung keinen merklichen Unterschied. Wenn gegen Ende des Zeitraums katholische Fürsten auftauchen, die, ergriffen von dem neuen Leben ihrer Kirche sich einer besonneneren Lebensführung befleißigten, so kann darauf hingewiesen werden, daß es auch auf evangelischer Seite nicht ganz an solchen Landesherren fehlt, und daß die Staatsmänner der jungen niederländischen Republik dem allgemeinen Brauche gegenüber kühl und überlegen die für ihre besseren Stände landesübliche Nüchternheit bewahrten und auch sonst Maß zu halten wußten. Auch ein Hinweis auf die im allgemeinen wohl einfachere Lebensweise im gleichzeitigen Frankreich, Italien und England ist nicht am Platze. Frankreich verzehrte sich in seinen Hugenottenkriegen; Italien ward von den Spaniern ausgesogen, und England hatte sich unter Anspannung seiner Volkskraft der spanischen Weltmacht zu erwehren, war übrigens auch protestantisch. Zudem ist mehr als wahrscheinlich, daß schon das 15. Jahrhundert grober Genußsucht und sinnloser Vergeudung in nicht geringerem Maße huldigte. Jedenfalls haben die Sünden wider das sechste Gebot damals eine ungleich weitere Verbreitung, vor allem auch in den mittleren Volksschichten, gehabt als später. Daß hier die Reformation durch Kirchenzucht und durch Landes- und Städteordnungen in hohem Maße reinigend und bessernd gewirkt hat, ist eine genügend belegte Tatsache.

Besser noch als für die Zeit vor der Reformation sind wir für das 16. Jahrhundert über die kirchlichen Zustände unterrichtet. Die auf beiden Seiten Platz greifenden Bestrebungen nach ihrer Besserung haben zu zahlreichen Visitationen geführt, von denen wir erwünschte und zuverlässige Kunde besitzen. In den der Reformation sich anschließenden Gebieten haben nicht immer alsbald befriedigende Zustände geschaffen werden können, besonders in würdiger Besetzung des Pfarramts nicht. Aber das ist eine Übergangszeit gewesen. Der Fortschritt, den Kirchenordnung und Kirchenzucht in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts gegenüber dem Stande vor der Reformation zu verzeichnen haben, ist in diesen Gebieten ein

ungeheuerer. Er ist auch für die altgläubigen Lande festzustellen, nicht nur nach dem Tridentiner Konzil, sondern auch schon vorher. Aber was hier geschehen ist, wird doch vor allem der durch den Protestantismus geschaffenen Notwendigkeit verdankt. Unter keinen Umständen kann hier der Reformation irgend etwas zur Last gelegt werden, man hefte denn den Blick ausschließlich auf Glauben und Lehre.

So kann, wer unbeirrt von seinem religiösen Standpunkt allein die Tatsachen ins Auge faßt, zu keinem andern Ergebnis kommen, als daß von einem Niedergange des deutschen Volkes infolge der Reformation nicht die Rede sein kann, nicht auf dem Gebiete des staatlichen und des wirtschaftlichen, noch weniger auf dem des geistigen Lebens, auch, trotz Prunk- und Genußsucht, in Zucht und Sitte nicht. Denn die Grundfeste aller Sitte, die Reinheit der Familie, stand trotz prunkender Feste und vielfach üppiger Lebensweise in unerschütterter Kraft. So war zweifellos die Möglichkeit ungestörter, ununterbrochener Weiterentwickelung gegeben, hätte man die religiösen Differenzen auf das Gebiet zurückdrängen können, auf dem sie nach heutiger Auffassung allein eine Berechtigung haben. Das ist nicht gelungen. Der Augsburger Religionsfriede sollte über die Bedeutung eines Stillstandes nicht hinaus kommen, erst ein neuer, unendlich schwererer und unheilvollerer Waffengang dauernde Ruhe schaffen.

Seit dem Passauer Frieden hat Karl V. die Leitung der deutschen Angelegenheiten ganz überwiegend und bald unter voller Verantwortlichkeit dem Bruder Ferdinand, dem Römischen Könige, überlassen. Ein halbes Jahr vor seinem Tode, im März 1558, übertrug er ihm von Spanien aus die Kaiserkrone auch förmlich; seinen sonstigen Herrscherrechten hatte er schon vorher entsagt. Am 21. September dieses Jahres ist er in einem Hause, das er sich neben dem Kloster des heiligen Hieronymus zu Yuste in der Estremadura hatte erbauen lassen, gestorben. Sein Rückzug aus der Welt und sein letzter Zufluchtsort reden die Wahrheit über die Grundstimmung seines Lebens. Seine Unversöhnlichkeit gegenüber

der Reformation äußerte sich gerade in seinen letzten Tagen noch in denkbar größter Schärfe.

Karls V. Ausscheiden bedeutete die Spaltung und damit eine starke Schmälerung der habsburgischen Weltmacht; die Verbindung der Kaiserwürde mit dem spanischen Königtum hörte auf. Spanien und mit ihm Burgund, Neapel und Mailand, die seine Nebenlande geworden waren, folgten Philipp II., Deutschland und die habsburgischen Erblande dem neuen Kaiser.

Dem Reiche brachte das Vorteile und Nachteile. Es erhielt wieder einen einheimischen Herrscher, dessen Macht ihren Schwerpunkt in reichsländischem Besitz hatte, und der den deutschen Angelegenheiten näher stand. Auch daß er zugleich König von Böhmen und Ungarn war, kann als ein Vorteil angesehen werden. Die neue Verbindung, in die das Reich dadurch mit Böhmen und seinen Nebenländern Mähren, Schlesien und Lausitz kam, bedeutete zwar keine Wiederherstellung des alten, einst in der Kaiserzeit geübten Einflusses (die Einrichtungen der Reichsreform haben für diese Länder nie irgend welche Bedeutung erlangt), aber ihre Beherrschung durch den deutschen Kaiser bewahrte doch das Reich vor Feindseligkeiten, wie die Hussitenkriege und spätere Jahre sie gebracht hatten. Die habsburgische Königsstellung in Ungarn, die dieses Land in so enge Beziehungen zu Deutschland brachte, wie es nie vorher gehabt hatte, war ebenfalls ein Gewinn, obgleich sie vom Reiche auch Opfer gefordert hat. Da national-ungarische Könige doch nur türkische Vasallen geworden wären, so gestattete sie Deutschland, seine Grenzen überwiegend auf fremdem Boden zu verteidigen.

Aber die Nachteile waren doch wohl überwiegend. Die Macht, die Karl V. übte, beruhte zwar nicht in erster Linie auf seiner Kaiserstellung, aber das Ansehen, das sie sicherte, kam doch dieser Stellung und damit Deutschland und dem Reiche zugute. Sie traten jetzt wieder zurück aus der Reihe der führenden europäischen Mächte, in die Karl V. sie noch einmal emporgehoben hatte. Dazu folgten Mailand und Neapel und die gesamten Ansprüche des

Reiches auf Italien, die hart umkämpfte Machtstellung unserer mittelalterlichen Kaiser auf der Halbinsel, dem spanischen Erbe und blieben von nun an für Deutschland auf immer verloren.

Das Gleiche war mit den auf Kosten des Reiches von Karl V. um Utrecht, Geldern und Cambrai vergrößerten burgundischen Landen der Fall. Philipp II. hat dort, wie schon vorher Karl V., das Reich — allerdings ohne Erfolg — wohl zur Verteidigung heranzuziehen gesucht, ihm aber irgend welchen Einfluß auf die Regierung nicht zugestehen wollen. Trotz ihrer Benennung als „Burgundischer Kreis" schieden diese Lande aus dem Reiche aus, wenn dieses auch nie, wie Frankreich im Frieden von Cambrai, auf seine oberlehensherrliche Stellung in aller Form verzichtet hat.

So hat das habsburgische Haus dem Reiche Gut entfremdet. Das scheint der dargelegten Auffassung, daß das Emporwachsen Habsburgs zu europäischer Vormachtstellung und seine gleichzeitige dauernde Verbindung mit der Kaiserkrone einen Vorteil für das Deutsche Reich und Volk darstelle, zu widersprechen. Aber in richtiger Würdigung der Sachlage wird man anerkennen müssen, daß die in Frage stehenden Gebiete dem Reiche ohnehin verloren waren, daß das Reich nie hätte hoffen können, aus eigener Kraft irgend etwas von ihnen wieder zu gewinnen, und daß der spanische Besitz dieser Lande für das Reich einen ungeheuern Gewinn in sich schloß gegenüber französischer Herrschaft, die sonst, in Italien wie in Burgund, allein in Frage gekommen wäre.

Die österreichischen Habsburger konnten sich an Macht mit ihren spanischen Vettern nicht messen. Es ist fast überflüssig, besonders hervor zu heben, daß ihre Reichspolitik den Weg ging, der seit Jahrhunderten üblich geworden war, den Weg ausschließlicher Vertretung der Sonderinteressen. Die Verengung des Wirkungskreises, die sich daraus, verglichen mit der Tätigkeit Karls V., ergab, äußerte auch ihren Einfluß im Reiche; es wurde den großen europäischen Angelegenheiten fremd. Soweit seine Stände überhaupt noch an ihnen teilnahmen, geschah es so gut wie ausschließlich auf eigenen Antrieb, nicht auf Veranlassung von Kaiser und

Reich. Was das bedeutet, kann man nur richtig einschätzen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß gleichzeitig die Niederländer ihre Freiheit von Spanien erkämpften und Frankreich sich in Religionskriegen zerfleischte. Was hätte eine starke, einheitliche Reichsgewalt in berechtigter Vertretung deutscher Interessen dort erreichen können! Die Gelegenheit schwand für immer dahin. Die Teilnahme einzelner deutscher Fürsten an den Erschütterungen in den westlichen Nachbarländern geht über die Formen des alten Pensionswesens, das in dieser Zeit die Gestalt eines französischen und eines spanischen Systems unter den deutschen Fürsten annahm, nicht wesentlich hinaus.

Es ist schon berührt worden, wie verderblich des Reiches Schwäche für Deutschlands Beziehungen zur See wurde. Die Länder, mit denen die deutschen Städte in Handelsbeziehungen standen, waren fast alle unter befestigten Dynastien zu geschlossener, nationaler Staatenbildung gelangt. Der zersplitterte Bund der Hanse war ihnen nicht mehr gewachsen, konnte auch, wie schon dargelegt wurde, bei den fürstlichen Landesgewalten Stütze und Rückhalt nicht finden. Ein Reich, das zu schützen vermocht hätte, fehlte.

So haben zunächst die deutsch-englischen Handelsbeziehungen eine völlig veränderte Gestalt gewonnen. Bis in die Zeit der Königin Elisabeth hat die Hanse trotz schwerer Anfechtungen die alte Ordnung zu erhalten gewußt, nach der wohl ihre Angehörigen dauernde Handelsniederlassungen in England gründen und jahraus, jahrein bewohnen konnten, nicht aber Engländer in Hansestädten. Auf diese Weise sind die Deutschen Herren des Handels hinüber und herüber, zum Teil auch von England aus nach anderen Richtungen geblieben. Die Gesellschaft der „abenteuernden Kaufleute", Englands Bahnbrecherin im Auslandsverkehr, war schon lange bemüht gewesen, das zu ändern. Königin Elisabeth hat sie zum Siege geführt. Als die Hanse in Ausübung ihrer vertragsmäßigen Rechte die Aufnahme der englischen Kaufleute in den Städten untersagte, hat die Königin die hansischen Freiheiten in England aufgehoben. Einen 1597, übrigens ganz besonders auf Betreiben der englandfeindlichen

Spanier, gefaßten Beschluß des Reiches, der den Engländern den Aufenthalt auf deutschem Boden verbot, beantwortete Elisabeth mit der Schließung des Stahlhofs, der hansischen Niederlassung in London. Er blieb für die deutschen Ansprüche wirkungslos. Die Hanse mußte ihre wohl erworbenen Rechte preisgeben.

In ähnlicher Weise hat sich Christian IV., der 1596 zu voller Regierung von Dänemark-Norwegen kam, bestehender, vertragsmäßiger Verpflichtungen entledigt. Als im 17. Jahrhundert die seefahrenden Nationen den Spaniern und Portugiesen auf der Bahn kolonialer Erwerbungen folgten, tobte in Deutschland der Dreißigjährige Krieg.

In dieser Zeit des fehlenden Reiches und schwacher norddeutscher Territorialmacht sind auch Livlands Selbständigkeit und sein Zusammenhang mit dem Reiche verloren gegangen. In die inneren Unruhen, die unter dem letzten Landmeister, Gotthard Ketteler, ausbrachen, mischte sich 1558, als er die Tatarenreiche Kasan und Astrachan unterworfen hatte, Zar Jwan IV. Wassiljewitsch, der „Grausame". Der Einbruch der Russen wurde Anlaß für Schweden und Polen, von Norden und Süden her zuzugreifen, während die Dänen die Insel Ösel und nahe gelegene Plätze des Festlandes besetzten. Die Russen konnten damals zu dauerndem Besitz nicht gelangen; so wurde das Ordensland unter den anderen Mächten aufgeteilt. Kurland und Semgallen behielt Gotthard Ketteler als weltliches Herzogtum unter polnischer Lehnshoheit. Im Stettiner Frieden von 1570, der dem Nordischen Siebenjährigen Kriege ein Ende machte, fanden des Kaisers Rechte am Lande eine theoretische Anerkennung. Sie blieb auf dem Papiere, hat tatsächliche Geltung nicht erlangt; Habsburg hatte kein Interesse an dem abgelegenen Gebiet. Ein Reich aber, das die Selbständigkeit des einst von Deutschen der Christenheit gewonnenen Landes hätte stützen können, gab es nicht, auch keinen deutschen Nachbarstaat, der an seine Stelle zu treten willens und im Stande gewesen wäre. So wurde Livland ein Zankapfel besonders zwischen Polen und Schweden und brachte zwei Mächte in Hader, zwischen denen bisher nie

eine Feindschaft bestanden hatte, deren Streit aber den Russen den Weg an die Ostsee öffnete.

Indem so die Tätigkeit des Reiches nach außen zur Bedeutungslosigkeit herabsank, kann ihr doch für die inneren Verhältnisse, verglichen mit der Zeit des 14. und 15. Jahrhunderts, eine gewisse Rührigkeit nicht abgesprochen werden.

Wie der Reformationszeit, so hat es auch der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht an gesunden staatlichen Gedanken gefehlt, die auf eine Besserung der Zustände gerichtet waren und in Denkschriften, Flugschriften, Vorschlägen und Verhandlungen zum Ausdruck gekommen sind. Unter Fürsten und Adligen, Gelehrten und Bürgern stoßen wir auf einsichtige Männer von umfassendem und gründlichem Wissen und gemeinnütziger Gesinnung. Erweckt manches auch den Eindruck der Projektenmacherei, so ist das doch so gut wie unzertrennlich auch vom Durchbruch ersprießlicher Neuerung. So ist denn in dieser Zeit in den Territorien mancherlei Verständiges und Segensreiches begonnen und fortgeführt worden. Maximilian II. selbst als Herr seiner Erblande, Albrecht V. und Wilhelm V. von Baiern, Christoph von Württemberg, August von Sachsen, Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel, auch Johann Albrecht I. von Meklenburg und manche andere haben ihre Namen mit der Geschichte ihrer Länder dauernd und aufs beste verknüpft. Das, was man Territorialwirtschaft genannt, aber zu Unrecht von dem Städtewesen scharf gesondert und zu ihm in Gegensatz gestellt hat, ist in dieser Zeit zu voller Entwickelung gelangt und hat seine Richtung entscheidend auf die öffentliche Wohlfahrt zum Besten des Staatsganzen, wie der Fürst es verstand, genommen.

Wenn so in den Einzelgebieten zur Hebung der Landeskultur nicht wenig Förderliches geschah, so war es anders im Reiche. Dort war der Gang der Geschäfte viel zu schwerfällig, wurde auch viel zu stark durchkreuzt von staats- und kirchenpolitischen Sonderanliegen, als daß Bestrebungen, die auf bessere und festere Reichsordnung gerichtet waren, mochten sie nun vom Kaiser oder von den

Ständen ausgehen, nicht den größten Schwierigkeiten hätten begegnen sollen. Immerhin ist einiges erreicht worden. Wirtschaftliche Angelegenheiten haben die Reichstage wiederholt beschäftigt. Im Münzwesen ist eine gewisse Besserung gegenüber den früheren Zuständen nicht zu bestreiten, besonders durch den Reichstag von 1559, der Ausprägung und Einteilung des Silberguldens festzulegen suchte.

Ein unleugbares Verdienst haben sich Reichs- und Kreisorgane um Förderung des inneren Friedens erworben. Führte das Reich auch in dieser Zeit kaum irgend welche, die Fürsten wenige Kriege, so blieb Deutschland doch Europas vornehmster Werbeplatz. Deutsche Söldner fochten in Dänemark und Schweden, in Polen und Livland, in den Niederlanden für und gegen Spanien, in Frankreich zum Besten der Hugenotten, aber auch der Guise und der Könige. Sie daheim im Zaum zu halten, war schwierig genug. Wenn es doch bis zu einem gewissen Grade gelang, jedenfalls weit besser als früher, so verdankte man das der von den Kreisen organisierten „eilenden Hilfe" und der Durchführung des Grundsatzes, daß Werbung nur gestattet sei mit Zulassung eines Territorialherrn und unter dessen Verantwortlichkeit. Zu Ende des Jahrhunderts wurde die Plage der „gartenden Knechte" entfernt nicht mehr so gefühlt wie zu Anfang.

Indem die Fürsten hier eine gewisse Energie an den Tag legten, waren sie damit auch tätig in eigener Sache. Mit dem Übel dämmte man zugleich das Rittertum ein. Die Grumbachischen Händel, die durch die ungewollte Ermordung des Bischofs von Würzburg Melchior von Zobel (1558) sich unlöslich verwickelten und mit der Hinrichtung Wilhelms von Grumbach in Gotha (1567) ihren Abschluß fanden, sind ein letzter Versuch von Angehörigen des Standes, sich neben dem Fürstentum zu behaupten.

Es versteht sich aber von selbst, daß die Hauptaufgabe der Zeit die weitere Ordnung der kirchlichen Verhältnisse, die Bewahrung und Befestigung des aufgerichteten konfessionellen Friedens blieb.

Karls V. Ausscheiden bildet auch hier einen deutlichen Abschnitt. Mit ihm hört durch Generationen jeder ernstliche Versuch, an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern, von kaiserlicher Seite auf. Seine Nachfolger haben auch in dieser Beziehung in allem Wesentlichen das Reich sich selber überlassen. Der Friede hing in erster Linie am Verhalten der Stände, nicht an dem des Kaisers.

Karls drei Jahre jüngerer Bruder Ferdinand I. (1558—64) war kirchlich im alten Sinne, hat selbst nie daran gedacht, sich der neuen Richtung anzuschließen. Aber er hat sein Leben fast ganz inmitten der Deutschen verbracht und war ihrer Art nahe gekommen; mit nicht wenigen Fürsten verbanden ihn persönliche Beziehungen. Es war der zutreffende Ausdruck der Lage gewesen, daß Karl die Reichsangelegenheiten in seine Hand legte, als eine friedliche Regelung der Religionsfragen notwendig wurde. Ferdinand hat auch später auszugleichen versucht. Auf dem Tridentiner Konzil ist er für Priesterehe und Laienkelch eingetreten, und kurz vor seinem Tode ist für seine und die bairischen Lande der Laienkelch von Pius IV. in der Tat zugestanden worden.

Sein Sohn und Nachfolger Maximilian II. (1564—76) war im Reiche aufgewachsen, mit deutschen Fürsten noch näher verknüpft als der Vater. Es sind Äußerungen von ihm bekannt, die den Schluß gestatten, daß er sich zeitweise mit dem Gedanken beschäftigte, zum evangelischen Glauben überzutreten. Ob aber ein solcher Entschluß je ernstlich in Frage gekommen ist, bleibt zweifelhaft. Als seine Kaiserwahl verhandelt wurde, wollte er es weder mit den protestantischen Fürsten noch mit dem Papst verderben. Sein Herz hing an den staatsmännischen Erfolgen seines Hauses. Er hat sich als Kaiser bemüht, zu den Kronen Böhmens und Ungarns auch noch die Polens für Habsburg zu gewinnen, ein Versuch, der unter seinem Nachfolger wiederholt worden ist. Wie hätte er sich mit dem Papst und mit Philipp II., der obendrein sein Schwager war, überwerfen mögen! Beeinflussung der deutschen Dinge durch den spanischen König hat er allerdings stets nach Kräften gehindert. Ein Glaubenseiferer ward er im reiferen Alter nicht mehr, und seine evangelischen

Untertanen haben das genießen können. Es entspricht aber andererseits seiner Stellung zu der Bekenntnisfrage, wenn er seinen Kindern eine feste Richtung zu sichern suchte. Sie wurden streng im Dienst der alten Kirche erzogen.

Seine Söhne Rudolf II. (1576—1612) und Matthias (1612 bis 1619) waren dem entsprechend überzeugte und gewissenhafte Katholiken. Aber sie bedeuteten wenig als Regenten. Kaiser Rudolf liebte es, seinen Privatneigungen nachzugehen. Seiner Politik eine bestimmte Richtung zu geben, war er nicht der Mann; sie geriet völlig in das Fahrwasser der spanischen. Die Aufgaben, die Westeuropa stellte, der Abfall der Niederlande, Englands antispanische Betätigung, Frankreichs innere Kämpfe, nahmen Philipp II. aber so in Anspruch, daß er nicht daran denken konnte, die deutschen Habsburger zu einer planmäßigen antievangelischen Politik im Reiche anzuhalten. Die Verwahrlosung der öffentlichen Geschäfte und die Unsicherheit der Erbfolge in den bunt zusammen gewürfelten Reichen und Ländern des Hauses hat dann dazu geführt, daß dem kränklichen kinderlosen Rudolf schon zu seinen Lebzeiten der Bruder Matthias zur Seite gesetzt wurde. Aber auch er war, als das geschah, längst nicht mehr ein Mann frischer Tat. So sind zwei volle Menschenalter vergangen, ehe die Nation zu rechnen hatte mit einem Kaiser, der bereit und fähig war, in der Religionsfrage einen bestimmten und zwar einen den Frieden gefährdenden Willen zur Geltung zu bringen. Das Reich war also auch in dieser Frage auf sich selbst gestellt. Es hat sich auch *ihrer* Lösung nicht gewachsen gezeigt.

Die lutherischen Fürsten der Zeit sind oft und scharf getadelt worden wegen ihrer Untätigkeit. Die Evangelischen verfügten, wenn sie zusammen hielten, über die weitaus größere Macht. Die geistlichen Territorien fielen militärisch wenig ins Gewicht, waren zudem im Norden überwiegend in protestantischer Hand. Die österreichischen und selbst die bairischen Lande, die den einzigen geschlossenen Geltungsbereich des Katholizismus darstellten, waren

stark durchsetzt mit offenen und geheimen Anhängern der neuen Lehre, die einer „Befreiung des Evangeliums“ Widerstand kaum entgegengesetzt haben würden. Spaniens Macht, schon unter Karl V. so selten für Deutschland frei, war anderweit zu sehr beschäftigt, hatte auch in der katholischen Welt ihre Gegner. Man hätte hoffen dürfen, sie bei etwaigem Auftreten auf deutschem Gebiet ihrer Wege zu weisen. Rein politische Berechnung hätte die Dinge so ansehen können, und sie sind mehr als einmal, besonders in außerdeutschen Landen, so angesehen worden.

Wenn gleichwohl die entsprechende Tat niemals in den Bereich naher Möglichkeit gerückt oder auch nur wirklich ernst erwogen worden ist, so liegt das zum Teil an der Schwerfälligkeit, Engherzigkeit, Einsichtslosigkeit in Frage kommender Persönlichkeiten, dann auch an der Schwierigkeit, über bestehende Zerwürfnisse und Abneigungen hinweg alle Evangelischen zu gemeinsamem Handeln zusammen zu fassen. Kaum weniger kommt aber die fortwährend ihren Platz behauptende lutherische Überzeugung in Frage, daß es nicht gestattet sei, dem Evangelium mit Gewalt den Weg zu öffnen, in seinem Dienst die Gegner mit dem Schwerte anzugreifen. Recht, auch Pflicht der Verteidigung ja, aber nicht des Angriffs, auch nicht, wenn menschliche Einsicht sagen mußte, daß Angriff die beste, ja die notwendige Verteidigung sei! Es hat der Zeit nicht an Männern gefehlt, die man als „Renaissance-Naturen“ ansprechen kann, die der Religion innerlich fern genug standen, um mit ihr im Dienste der Politik zu rechnen. Moritz von Sachsen und Wilhelm von Oranien können zu ihnen gezählt werden. Sie sind oft gepriesen worden als ihre Zeit überragend, können auch so verstanden werden. Man kann sie aber nicht gebrauchen, um nach ihrem Maße die Menge der Zeitgenossen zu messen, denen die Religion nichts als die Quelle ihres Seelenheils war, die sich in ihr nicht gestört sehen, aber auch Andersgläubige, über die Grenzen des ihnen von Gott gewiesenen staatlichen Wirkungskreises hinaus, nicht stören wollten. Solche Auffassung befähigte aber nicht, die drückende Last der Verantwortung, die in der Störung des Reichsfriedens lag, auf sich zu nehmen.

Der Entschluß dazu mußte um so schwerer werden, als die Fürsten nicht selbstherrliche Regenten, sondern in weitem Umfange auf die Mitwirkung ihrer Stände angewiesen waren. In diesen Kreisen aber lebten ähnliche Gesinnungen; dazu wurde ihr Verhalten naturgemäß allein vom Nächstliegenden bestimmt. Sie hätten durch einen starken Willen vorwärts gezwungen werden müssen. Es kommt ferner in Betracht, daß auch im Gegenlager schroffe Angriffstendenzen lange nicht die Oberhand gewannen. So erhielt die Zeit, soweit die Beziehungen der deutschen Stände unter einander in Frage kommen, ihren eigentümlichen, für uns kaum mehr recht verständlichen Charakter: Ein fast unablässiges Verhandeln, Anklagen, Rechtfertigen, Dingen, Vereinbaren, eine sich immer fester, zur Unabänderlichkeit ausgestaltende kirchliche Lage und doch keine Ruhe, kein Vertrauen auf Bestand. Die Zeit würde wohl gebessert haben; ehe es aber geschehen konnte, ward noch einmal alles in Frage gestellt und unser Vaterland infolge der kirchlichen Spaltung schlimmer heimgesucht denn je.

Evangelische Anschauungen haben nur bei einem Teil der europäischen Völker Boden gewonnen, im allgemeinen nur bei den germanischen; sie sind ihnen ganz oder der Mehrzahl nach beigetreten. Verbreitung gefunden haben die neuen Gedanken überall hin, so weit die römische Christenheit reichte; aber unter den romanischen Völkern ist keines, das in seiner Mehrheit ein Bedürfnis empfunden hätte für eine Reform der Lehre. Die entschiedensten Gegner solcher Reform aber wurden die Spanier.

Es darf als feststehend angesehen werden, daß diese Gesinnung vor allem ein Ergebnis ihrer Geschichte ist. Sie hatte sich abgespielt in Daseinskämpfen gegen den Islam. Auf den Trümmern arabischer Macht hatten die Reiche der Iberischen Halbinsel aufgerichtet werden müssen; noch zuletzt war die Vereinigung der beiden vornehmsten besiegelt worden durch den gemeinsam erstrittenen Sturz maurischer Herrschaft auf spanischem Boden, dem die volle Vertreibung der Überwundenen folgte. Die großen Unternehmungen

über das Weltmeer sind nicht zuletzt in diesem Geiste begonnen und lange auch fortgesetzt worden. Die Spanier blieben Vorkämpfer christlichen Glaubens im mittelalterlichen Sinne, der sonst überall in der abendländischen Christenheit dahinschwand, nachdem er in Karl V. seinen letzten mächtigen Vertreter gefunden hatte.

Dieser Grundzug ihres geschichtlichen Lebens hat die Spanier aber keineswegs zu willenlosen Dienern Roms gemacht. Wie die Christen der Pyrenäischen Halbinsel erst spät zum Papsttum in nähere Beziehungen getreten sind, so haben sie ihm gegenüber auch dauernd eine verhältnismäßige Selbständigkeit bewahrt. Treue im Glauben, aber spröde, ja schroffe Haltung gegenüber päpstlichen Herrschaftsansprüchen gehörten zur Art spanischen Kirchenwesens. Durch die selbstbewußte Kraft, mit der sowohl Isabella wie Ferdinand und dann Karl V. und Philipp II. ihre Stellung an der Spitze der Landeskirche behaupteten, hat diese Art nur befestigt werden können. Der Besitz, den Spanien in Italien gewann, nötigte es wiederholt, auch unter seinen frömmsten Herrschern, dem Papst seinen Willen aufzuzwingen. Es geschah stets, ohne die religiöse Ergebenheit in Frage zu stellen. In diesem Geiste vollzog sich auch die sogenannte spanische Reformation, die der deutschen zur Seite lief. Aus tiefem religiösen Ernste geboren, erstrebte sie, ohne viel nach Rom zu fragen, die Beseitigung anstößiger Mißstände; an eine Auflehnung gegen Roms Lehren dachte sie nicht, im Gegenteil, sie ward ihre eifrigste Vorkämpferin.

Das streitbare spanische Christentum, der unwandelbare spanische Glaube und spanischer religiöser Ernst haben ihren weltgeschichtlichen Ausdruck in der Begründung des Jesuitenordens gefunden. Es steht mit der allgemeinen Entwickelung in vollem Einklang, daß der Stifter des Ordens ein Spanier war, wenn sich auch gleich von Anfang an (1534) dem Don Iñigo Lopez de Recalde, Ignaz von Loyola, einige Franzosen, Savoyarden und Portugiesen zugesellten. 1540 hat Paul III. den neuen Orden bestätigt. Man kann sagen, daß von der Zeit an, wo er in der Kirche zu größerem Einfluß gelangte, sich im religiösen Kampfe spanischer und deutscher Geist

gegenüber standen, auf der einen Seite Ringen um geistige Freiheit, auf der andern vollendete Unterwürfigkeit, Zucht und Streitbarkeit.

Aufgabe der Jesuiten wurde der Kampf, der Kampf gegen den Unglauben im Dienste des Papsttums. Mit allen Mitteln sollte er geführt werden. Was Benediktiner und Augustiner, Cisterzienser und Prämonstratenser, Dominikaner und Franziskaner als Sonderaufgaben geleistet hatten, Wissenschaft und Lehre, geistliche und weltliche Anleitung, Glaubensaufsicht und Seelsorge, alles vereinte der Orden in sich; er formte brauchbare Diener für jedes Werk, formte sie auf Grund strengster Unterordnung. Das allgemeine Mönchsgelübde des Gehorsams ward zur Vernichtung jedes Eigenwillens. Daß der Begründer des Ordens ein Kriegsmann war, ist seiner Stiftung zur dauernden Eigenart, sie ist die rechte ecclesia militans geworden. Wo der Orden aufkam, konnte Friede nicht sein; es mußte gekämpft werden, gekämpft mit jedem Mittel, so lange noch ein Gegner atmete.

Ein solcher Orden war und ist nicht denkbar ohne selbstlose Hingebung an einen alles beherrschenden Glauben. Wenn irgend etwas beweisen kann, daß in der alten Kirche noch innere Kraft, noch ein Lebensprinzip vorhanden war, so ist es das Aufkommen dieses Ordens. So wichtig er aber auch für die Kirche geworden ist, er ist nicht die einzige, sicher auch nicht die wertvollste Frucht der inneren Erneuerung, die sich an ihr vollzog.

Der Reformpapst Hadrian VI. war eine Tageserscheinung geblieben. Daß es aber unter der italienisch-römischen Geistlichkeit nicht an ernsten Männern fehlte, die das Heil der Kirche nur in aufrichtiger Reformarbeit glaubten fördern zu können, zeigte sich bald auch unter den Nachfolgern. In den Verhandlungen mit den Evangelischen traten Bestrebungen hervor, die ehrlich auf eine Annäherung, auf einen Ausgleich gerichtet waren und den Vermittlungstheologen von dieser Seite, einem Butzer, einem Melanchthon nicht so fern blieben. Aber auch streng im Sinne des Alten regten sich in Italien lebendige Kräfte, im Ordensleben, in Einzelnen, die sich,

wie ein Carlo Borromeo, reinen Herzens in den Dienst der Kirche stellten. Das Renaissance-Papsttum ging seinem Ende entgegen. Mit dem Caraffa Paul IV., der 1555 als 79jähriger Greis den päpstlichen Stuhl bestieg, begannen die Statthalter Christi sich wieder den Pflichten der Kirchenverwaltung nachhaltig zuzuwenden. Daß es im Sinne der vollen Erhaltung ihrer Macht geschah, nicht in der Richtung der Vermittlungsbestrebungen, kann als geschichtliche Notwendigkeit bezeichnet werden. Rom mußte Rom bleiben, oder es bestand überhaupt nicht. Auch in Wittenberg sind die Vermittlungsergebnisse immer abgelehnt worden. Man war aber jetzt in Rom ernstlich gewillt zu reformieren. Im Kirchenstaate hat Paul IV. darüber keinen Zweifel gelassen.

Sein Nachfolger Pius IV. war gleicher Gesinnung. Er hat sich entschlossen, die alten Bedenken gegen ein Konzil beiseite zu setzen. Die weltlichen Mächte, vor allem Frankreich, drängten, weil sie zur Ordnung ihrer Kirchenverhältnisse einer anerkannten Autorität bedurften. Bei der Stimmung, die dort, in Spanien und Italien unter der Geistlichkeit vorherrschte, konnte der Papst hoffen, im Kampf um Reformen seine leitende Stellung in der Hauptsache aufrecht zu erhalten. So ließ er das vertagte Konzil in Trient wieder zusammen treten. Es ist dort vom Januar 1562 bis in den Dezember 1563 versammelt gewesen.

Ordnung der verworrenen deutschen Verhältnisse war natürlich das nächste Ziel. Die Kurie hätte gern gesehen, daß das Konzil auch von den protestantischen Ständen beschickt worden wäre. Päpstliche Legaten haben dazu in aller Form eingeladen; sie begegneten aber allgemeiner Abneigung. Man meinte, daß billige Behandlung nicht zu erwarten sei, fürchtete, nur ins Unrecht gesetzt zu werden. Aber auch die deutschen Bischöfe haben das Konzil gemieden. Sie fanden es bedenklich, sich in scharfen Gegensatz zu ihren evangelischen Mitständen zu setzen und die kaum eingetretene Beruhigung wieder zu gefährden. So erschienen in Trient nur französische, spanische und italienische Geistliche. Die Vertreter Kaiser Ferdinands waren Böhmen und Ungarn.

Wie einst in Basel, so handelte es sich auch jetzt um Reform und um Glaubenssachen. Dem Kaiser, wie auch Frankreich, war die Erledigung jener Ziel und Zweck. Ihnen konnte nichts daran liegen, durch Erörterung der dogmatischen Unterschiede die Gegensätze womöglich noch zu verschärfen; ihre Reiche verlangten nach festen Kirchenordnungen.

Auch den Spaniern lag die Reform am Herzen. Gleichwohl setzte die Kurie es durch, daß die Frage der Lehre bald in den Vordergrund trat. Es wurde ihr nicht schwer, sie mit spanisch-jesuitischer Unterstützung in ihrem Sinne zu erledigen, jedes Entgegenkommen, jede Annäherung an evangelische Anschauungen zu verhindern. Damit verlor das Konzil für den Kaiser seine Bedeutung; eine Befestigung des Friedens war von seiner Tätigkeit nicht mehr zu erwarten. Etwaige Reformen konnten nur noch für den katholischen, nicht mehr für den protestantischen Teil des deutschen Volkes Bedeutung haben.

Zu solchen Reformen ist es in der Tat gekommen. So weit die katholische Kirche der Neuzeit sich von der des Mittelalters unterscheidet, beruht das ganz überwiegend auf der Gesetzgebung des Tridentiner Konzils. Mit oft bekämpften mittelalterlichen Ausartungen haben seine Beschlüsse aufgeräumt. Exspektanzen, Reservationen und Exemptionen sollten außer Brauch kommen. Die Residenzpflicht der Bischöfe ward eingeschärft, die Häufung der Ämter auf eine Person untersagt. Es wurden Anordnungen getroffen, die eine bessere Auswahl und Erziehung des Klerus sichern sollten und zu gewissenhafterem Gottesdienst, häufigerer Predigt, religiöser Anleitung der Laien anwiesen. Zugleich aber suchte man auch zu einer genaueren Überwachung unerlaubter Lehre zu gelangen. Paul IV. hatte schon als Kardinal die Inquisition neu organisiert, als Papst von ihr auch einen „Index" zusammenstellen lassen. Jetzt ward das Verfahren geregelt. Vor allem sollten die gelehrten Schulen und die Erziehung sorgfältig überwacht werden. Die Unvereinbarkeit der Lehre mit protestantischen Anschauungen und ihre Alleingültigkeit wurden auf das schärfste betont. In engstem Anschluß

an mittelalterliche Weltanschauung blieb die Ketzerei die schlimmste aller Sünden, jede andere läßlich, diese nicht. Ausrottung der Ketzerei ward zur obersten sittlichen Pflicht.

Es hat sich als unmöglich erwiesen, die beschlossenen Reformen bald zur vollen Durchführung zu bringen. Besonders so weit Besitzverhältnisse von vornehmen Geistlichen in Frage kamen, haben sich schwer zu überwindende Hindernisse entgegengestellt. Die Häufung der Ämter hat noch lange fortgedauert, ja sich gemehrt. Allein aus dem Wittelsbacher Hause haben z. B. von 1566 an fünf bairische Herzogssöhne nach einander je fünf deutsche Erzbistümer und Bistümer gleichzeitig inne gehabt. Aber die Richtung, in der die Kirche gehen wollte und sollte, war doch gewiesen. Sie ist beibehalten worden. Doch ist es nicht geschehen und hat nicht geschehen können ohne Anlehnung an die katholischen Staatsgewalten, und die Reform ist überhaupt nicht denkbar ohne den Antrieb und die Aneiferung, die in dem Aufkommen der evangelischen Lehre und in der Entwickelung der evangelischen Lande lagen.

Indem man sich so innerlich festigte, nahm man aber den Kampf gegen die Abtrünnigen erst mit voller Energie auf. Die Beschlüsse des Konzils schlossen jede Versöhnung aus. Man muß sich den grundsätzlichen Unterschied, der jetzt festgelegt wurde, gegenwärtig halten. Lutherischer Geist ist als solcher nie und nirgends Grund eines Angriffs von Staat zu Staat geworden. Er beanspruchte Herrschaftsrechte nur innerhalb des Wirkungskreises, welcher der von Gott gesetzten Obrigkeit nach irdischem Rechte zustand. Die alte Kirche aber hielt ihre überlieferten Ansprüche auf Alleinherrschaft in vollem Umfange aufrecht, sah in solcher Herrschaft ihr gottgewolltes Recht, in ihrer Durchführung den wahren Dienst Gottes. Für ihre aufrichtigen Anhänger war es jetzt nur noch eine Frage der weltlichen Klugheit, wann der Kampf mit weltlichen Waffen zu beginnen habe. Ihn vorzubereiten ist vor allem der Jesuitenorden tätig gewesen.

Angehörige des Ordens waren früh nach Deutschland ge-

kommen. Bei seiner Gründung war der Gedanke an die Reformation nicht Antrieb gewesen; aber es ist erklärlich, daß Deutschland den Orden bald anzog. Die Bemühungen Hermanns von Wied, sein Kölner Erzstift der Reformation zu gewinnen, führten einen der ersten Gefährten Loyolas, den Savoyarden Favre, an den Niederrhein. Ihm schloß sich, kaum 20 Jahre alt, der erste und vielleicht für alle Zeiten bedeutendste deutsche Jesuit, Peter Kanis (Canisius) aus Nymwegen, mit Begeisterung an. In Köln erstand 1543, in der Hauptsache aus seinen Mitteln, das erste Ordenshaus auf deutschem Boden, dem bald andere folgten. Als das Tridentiner Konzil geschlossen wurde, bestanden Ordensniederlassungen in Wien, Innsbruck und Prag, in Ingolstadt und München, in Köln, Trier, Mainz und Dillingen. In Rom hatte Julius III. 1552 das Collegium Germanicum für deutsche Jünglinge begründet.

Aus diesen ersten Erfolgen darf man aber nicht schließen, daß es dem Orden leicht geworden wäre, in Deutschland zu Einfluß zu gelangen. Auch unter den Katholiken des Reiches war die Friedensstimmung weit verbreitet, das Friedensbedürfnis groß. Es fehlte nicht an Angehörigen des geistlichen Standes, die fortgesetzt einen Ausgleich im Auge behielten, die in der Verschiedenheit des Glaubens keinen genügenden Grund erblicken konnten für fortgesetzte Befehdung. Sie waren geneigt, das gemeinsam Christliche zu betonen, alle gelten zu lassen, welche „die Botschaft von der Erlösung annehmen und sich liebevoll behandeln". Auch konnte der Orden durch sein Auftreten allgemeine Sympathien bei den Glaubensgenossen nicht erwecken. Seine völlige Loslösung von der bischöflichen Organisation der Kirche, die Eigenmächtigkeit, ja Überhebung der Einzelnen, die auf die vorhandenen Vertreter des geistlichen Standes wenig Rücksicht nahmen, erregten vielfach Unbehagen und Unzufriedenheit.

Wenn der Orden trotzdem emporkam und sich steigender Bedeutung erfreute, so verdankte er das zunächst einer doch auch in Deutschland nicht fehlenden Stimmung, die sein Erscheinen freudig begrüßte. Wenn oft gesagt worden ist, daß der Protestantismus,

wäre ihm nicht mit Gewalt begegnet worden, aus eigener innerer Kraft zur vollen Herrschaft gelangt wäre, so weit Leute deutscher Zunge wohnten, so ist das nicht ganz zutreffend. Wie einerseits sicher ist, daß sich evangelische Neigungen in alle Ecken und Winkel deutschen Kulturgebiets verbreiteten, so ist andererseits auch gewiß, daß es nirgends an Leuten fehlte, die im alten Kirchentum zu beharren wünschten, und daß diese in einigen Gegenden auch ohne Zwang der Landesregierung eine Mehrheit darstellten. Und unter ihnen fanden sich auch Männer, die durch Geistesanlage, Erziehung, Bildungsgang Eiferer für ihren Glauben waren. Hier waren die Ansätze gegeben, an die der Orden anknüpfen konnte und mit dem scharfen Blick für Möglichkeit des Erfolges, den der Jünger Loyolas erwarb, tatsächlich anknüpfte.

Die Jesuiten haben in Deutschland Unterricht und Seelsorge in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit gestellt und zwar, in richtiger Würdigung der Dinge dieser Welt, mit so gut wie ausschließlicher Richtung auf die vornehmeren Stände. Wo sie auftraten, suchten sie die höheren Lehranstalten in ihre Gewalt zu bekommen. Als erste Universität wurde ihnen die vom Augsburger Bischof Otto, Truchseß von Waldburg, einem der leidenschaftlichsten und skrupellosesten Vertreter schärfster Gegenreformation, in seiner Residenz Dillingen begründete hohe Schule übertragen. Die jesuitische Erziehung hatte ihre Stärke im Drill; sie war auf Erfolge gerichtet, die vorgezeigt und als Empfehlung gebraucht werden konnten. So kam sie zu Ansehen in leitenden katholischen Kreisen. Ihr ist es zuzuschreiben, daß sich in diesen langsam, aber sicher ein Wandel der Gesinnung vollzog, daß das Ende des Jahrhunderts in konfessionellen Fragen strenger dachte, reizbarer empfand als die Mitte, daß die Friedensstimmung kriegerischen Neigungen Platz machte.

Zuerst trat das zu Tage in den verstärkten Bemühungen katholischer Landesherren, des eingedrungenen Protestantismus Herr zu werden. In den habsburgischen Landen setzen sie mit Rudolf II. ein. Baiern ist durch seine Herzöge Albrecht V. und Wilhelm V.

(1550—1597) so gut wie vollständig von der Ketzerei wieder gesäubert worden. Nur mit größter Mühe hat der kleine Ortenburger Graf seine paar Dörfer beim angenommenen evangelischen Glauben festhalten können. Abt Balthasar von Fulda begann 1571 die Rekatholisierung seines ansehnlichen Gebiets, sein Schwager, der von Jesuiten dem Katholizismus wiedergewonnene Meklenburger Stralendorf, im Auftrage des Mainzer Erzbischofs 1576 die des benachbarten Eichsfeldes. Von weltlichen Fürsten ward Markgraf Philipp II. von Baden-Baden (1571—1588) unter der Vormundschaft seines Onkels Albrecht von Baiern von Jesuiten erzogen und führte dann sein Land wieder zum Katholizismus zurück.

In Fulda und auf dem Eichsfelde handelte es sich um Hergänge, die nach der von Ferdinand I. zugestandenen und von Maximilian II. bestätigten Deklaration unzulässig waren. Hätten die Protestanten auf ihrem Recht bestanden, sie hätten hindernd eingreifen müssen. Jeder ernstliche Versuch dazu ist unterblieben. So kann es nicht auffallen, daß sich die gleiche Zurückhaltung, die gleiche Hintansetzung der Gesamtinteressen des Protestantismus zeigt gegenüber nahe liegenden, ja sich aufdrängenden Möglichkeiten, das Geltungsgebiet der eigenen Konfession zu erweitern.

Als der Augsburger Religionsfriede geschlossen wurde, waren sämtliche norddeutschen Bistümer rechts vom Rhein, mit der einzigen Ausnahme von Osnabrück und Paderborn, durch die Wahl ihrer Kapitel mit protestantischen oder dem Protestantismus sehr nahestehenden Bischöfen besetzt. In ihren Herrschaftsgebieten war die Reformation damals schon durchgeführt oder ist, abgesehen von Münster, wo das alte Kirchentum wieder aufgerichtet wurde, und von Hildesheim, wo die Reformation sich nur teilweise behauptete, bald zur vollen Durchführung gelangt. Osnabrück hat ziemlich fünfzig Jahre (1574—1623) ununterbrochen protestantische Bischöfe gehabt und ist dauernd zur Hälfte protestantisch geblieben, Paderborn erst am Ende des Jahrhunderts wieder zur katholischen Kirche zurückgezwungen worden. Die der Neuerung günstige Stimmung der Bevölkerung, die besonders in den Städten durchweg die Ober-

hand hatte, ist fast überall durch den Stiftsadel gefördert worden. Er blieb noch lange im Besitz des bisherigen Einflusses, da die Bestimmung des Tridentiner Konzils, daß die Hälfte der Kapitel mit Graduierten besetzt werden sollte, wie alle verwandten Anordnungen, nur sehr langsam zur Durchführung gekommen ist.

Über diese Gebiete hinaus hat auch im Kurstift Köln seit den Reformversuchen Hermanns von Wied fortgesetzt eine starke reformatorische Strömung bestanden. Zwei Erzbischöfe, Friedrich von Wied und Salentin von Isenburg, haben nach einander (1567 und 1577) ihrer Stellung entsagt, weil sie den Beschlüssen des Tridentiner Konzils nicht Folge leisten mochten. Ihr Nachfolger, Gebhard Truchseß von Waldburg, ein Neffe des glaubenseifrigen Augsburger Bischofs, fand sich ebenfalls bald im Zwiespalt mit seiner Kirche. Er trug sich mit dem Gedanken, eine Insassin des Klosters Görresheim, Agnes von Mansfeld, zu ehelichen, trat 1582 zum Protestantismus über und hoffte sein Erzstift nach sich zu ziehen. Aber ihm ward 1583 Ernst von Baiern, damals schon Bischof von Freising, Hildesheim und Lüttich, als Gegenbischof entgegen gestellt. Gebhard unterlag in dem ausbrechenden Kampfe; die Stütze, die er bei seinen Untertanen finden konnte, reichte nicht aus, ihm Halt zu gewähren gegen die Übermacht der bairischen und spanischen Hilfstruppen. Eine lutherische Hand hat sich für ihn nicht erhoben. Kurfürst August von Sachsen war der Meinung, „das protestantische Interesse müsse der Sorge für Erhaltung des Friedens weichen".

Die Spanier, die diesen Ausgang wesentlich mit entschieden hatten, haben in ähnlicher Weise mit ihrer zur Unterdrückung des niederländischen Aufstandes versammelten Streitmacht auch in anderen rheinischen und westfälischen Territorien eingegriffen, im Bistum Münster, wo die Ausschreitungen der Wiedertäufer den Protestantismus keineswegs völlig hatten in Mißkredit bringen können, im Bistum Paderborn, in der Reichsstadt Aachen, in den Herzogtümern Kleve, Jülich und Berg, die unter dem schwachen Herzog Wilhelm zwischen den beiden Bekenntnissen hin und her schwankten. Damals ist endgültig entschieden worden, daß im deutschen Nordwesten, von

dem man sagen kann, daß er zeitweise dem Protestantismus fast gewonnen war, der Katholizismus die Oberhand behalten sollte. Gegenüber oft gehörten Vorwürfen muß doch festgestellt werden, daß es die katholische Partei war, die zuerst Fremde ins Reich rief zur Verteidigung ihrer Glaubensinteressen und zwar nicht nur, als der Kaiser selbst ihr Führer war, sondern auch, als es sich um Unterstützung durch eine dem Reiche ganz fremde Macht handelte. Die protestantischen Stände wären völlig im Rechte gewesen, nicht nur jedes Eingreifen der Spanier als unbefugte Einmischung in Reichsangelegenheiten mit den Waffen zurück zu weisen, sondern auch den deutschen Parteigängern des bairischen Erzbischofs mit Gewalt entgegen zu treten und die Behandlung der Frage ausschließlich und allein als Landessache zu fordern. In diesem Sinne wenigstens hatten sie den Religionsfrieden geschlossen.

Den zahlreichen und wichtigen Erfolgen der katholischen Gegenreformation stehen nur wenige und geringe des Protestantismus aus der Zeit nach dem Augsburger Frieden gegenüber. Sie beschränken sich in der Hauptsache auf die Evangelisierung nicht reichsständischer Abteien innerhalb der protestantischen Territorien; es waren ihrer nicht wenige durch das Interim wieder aufgerichtet oder neu befestigt worden. Ob den protestantischen Fürsten ein Recht zustand, sie der Reformation zu unterwerfen, war umstritten. Es ist auch nicht überall geschehen. Die katholischen Gemeinden mittelalterlichen Ursprungs, die sich noch heute mitten in geschlossen protestantischen Gebieten finden, verdanken dem meistens ihr Bestehen.

Es ist die allgemeine Auffassung, daß vor allem der Zwiespalt der Bekenntnisse die Protestanten gelähmt habe, und es ist gewiß, daß er große Mitschuld trägt an ihrer Unfähigkeit zu entschlossener Tat.

In der Pfalz, deren Fürsten bis über den Augsburger Religionsfrieden hinaus in den konfessionellen Fragen eine ausgeprägte Parteistellung nicht eingenommen hatten, trat nach Otto Heinrichs Tode (1559) an Stelle der Heidelberger die Simmernsche Linie. Ihr

erster Kurfürst Friedrich III. (der Fromme) entschied sich nach längerem Schwanken und vergeblichen Vermittlungsversuchen für den Calvinismus, dem das Simmernsche Haus, abgesehen von Friedrichs Sohn Ludwig VI. (1576—1583), bis an seinen Ausgang ergeben geblieben ist. Keine anderen als religiöse Gründe bestimmten seinen Schritt; die Folgen aber waren politische. Sein lutherischer, nicht weniger glaubensfester Nachbarfürst Christoph von Württemberg wandte sich sofort von ihm ab und bestritt sein Recht auf Teilnahme am Augsburger Religionsfrieden. Ein persönlicher Konflikt Friedrichs mit August von Sachsen kam hinzu. Als Wilhelm von Oranien seine zweite Gemahlin Anna, des Kurfürsten August Nichte, Moritz' Tochter, entlassen hatte, hat der Pfälzer die dritte Vermählung vermittelt. Die pfälzische und die sächsische Politik sind nicht wieder eins geworden.

Zu einer weiteren Spaltung innerhalb der Protestanten führte 1577 die Konkordienformel. Sie sollte den Streitigkeiten zwischen der streng lutherischen und der melanchthonischen Auffassung, die nach Luthers Tode zum Teil mit leidenschaftlicher Heftigkeit geführt worden waren, ein Ende machen, hat aber in ihrer Wirkung ihrem Namen nicht entsprochen. Die große Mehrzahl der evangelischen Stände nahm sie an; aber ein so wichtiges Glied ihrer Gemeinschaft wie Hessen ging seinen besonderen Weg. Auch in den nordischen Königreichen fand sie keinen Beifall. Während die Altgläubigen sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt kirchlich fester zusammenschlossen, erhielt die evangelische Eintracht einen neuen Riß.

Über nichts ist in dem Jahrhundert nach dem Augsburger Religionsfrieden so viel verhandelt worden wie über konfessionelle Bündnisse. Auf katholischer Seite hat die Kurie, seitdem sie im Konzil ihre kirchliche Stellung befestigt hatte, nichts anderes so ernstlich betrieben wie einen Zusammenschluß aller katholischen Mächte zur Bekämpfung der Ketzer. Die politischen Interessen gingen aber viel zu sehr aus einander, als daß das Ziel jemals hätte erreicht werden können. Auch von protestantischer Seite ist eine allumfassende Verbindung stets vergeblich erstrebt worden.

Die Haltung der einzelnen evangelischen Stände Deutschlands gegenüber diesen Versuchen ist fast durchweg bestimmt worden durch ihre konfessionelle Richtung. Die den Calvinismus auszeichnende Streitbarkeit hat sich auch in den Pfälzer Kurfürsten nicht verleugnet. Besonders Friedrichs des Frommen zweiter Sohn Johann Kasimir, der 1583—1592 das Kurfürstentum vormundschaftlich verwaltete, ist neben Friedrich selbst von diesem Geist erfüllt gewesen. Beide Fürsten haben daheim und auswärts die Politik der Tat vertreten und Bündnisbestrebungen nach Kräften zu fördern gesucht. Die protestantische Geschichtschreibung der Neuzeit pflegt dieser Politik sympathisch gegenüber zu stehen, ihre großen Gesichtspunkte hervorzuheben, zu betonen, was sie, einheitlich durchgeführt, in den spanisch-niederländisch-englischen Kämpfen, in den Hugenottenkriegen hätte erreichen können. Dem läßt sich im allgemeinen nicht widersprechen. Es ist und bleibt aber auch eine Tatsache, daß gerade die pfälzische Politik den Schritt getan hat, der den großen Deutschen Krieg so gut wie unvermeidlich machte.

Der Schmalkaldische Bund hat mit dem Schmalkaldischen Kriege sein Ende gefunden. Bis dahin waren die Einigungsbestrebungen der katholischen Stände über Anfangsversuche nicht wesentlich hinausgekommen. Sie sind nach dem Religionsfrieden wieder aufgenommen worden, ohne auch jetzt zu festen Ergebnissen zu führen. Der sogenannte Landsberger Bund, der von 1556—1598 bestanden hat, ist kein rein katholischer geworden. Mit den steigenden Bemühungen und Erfolgen der Gegenreformation wuchs aber auch die Neigung, zu solchen Bündnissen zusammen zu treten. Der Anlaß, der sie zu neuem Leben und auf katholischer Seite zu bisher ungekannter Kraft und Festigkeit führte, ist kennzeichnend für die Art der üblichen Streitigkeiten und Reibereien.

Im Donauwörther Zwist lassen sich auch heute Recht und Unrecht noch nicht widerspruchslos scheiden. Sobald man nur diese Frage aufwirft, ist auch die Verbindung mit dem konfessionellen Standpunkt gegeben, da es sich um das Recht handelt, das ein

Bekenntnis für seine öffentliche Betätigung in Anspruch nehmen kann, zugleich aber auch um die Pflicht der Berücksichtigung Andersgläubiger, die es dabei zu üben hat. Donauwörth gehörte zu den oberdeutschen Reichsstädten, in denen die Reformation, aufgehalten besonders durch das Interim, nicht zum vollen Siege hatte kommen können. Die kleine katholische Minderheit, die übrig geblieben war, konnte sich auf ein unmittelbar an die Stadt anstoßendes Benediktinerkloster stützen. Wenn die protestantische Mehrheit ihre Verstärkung zu hindern suchte, indem sie die Aufnahme katholischer Neubürger erschwerte, so übte sie, und zwar in milder Form, nur ein auf Grund des Augsburger Religionsfriedens den Landes- oder Ortsobrigkeiten zustehendes Recht, übte es auf Grund einer gewissen Selbsterhaltungspflicht, da in der Nachbarschaft der Stadt die katholische Bevölkerung durchaus überwog. Andererseits kann man aber auch nicht von einer eigentlichen Rechtsverletzung reden, wenn man vom Kloster aus die seit langem außer Brauch gekommenen Prozessionen durch die Straßen der Stadt in den 70er Jahren des Jahrhunderts wieder aufnahm und dann immer zahlreicher und prunkvoller und zuletzt unter voller Entfaltung der bisher immer aufgerollt geführten Fahne veranstaltete. Es war die in der jesuitischen Nachbar-Universität Dillingen gebildete neue Insassenschaft des Klosters, die solches Verhalten nicht nur als Recht, sondern auch als Pflicht ansah. Als es auf den gewaltsamen Widerstand der städtischen Bevölkerung stieß, erhob Bischof Heinrich von Augsburg Klage beim Kaiser. Es ist ein Beleg der neuen Strömung, die am kaiserlichen Hofe herrschte, daß die rein reichsrechtliche Frage vor das Hofgericht gebracht, dort entschieden und die Stadt, als sie sich fortgesetzt weigerte nachzugeben, auf Grund des hof-, nicht eines reichsgerichtlichen Urteils in die Acht getan ward. Die Vollstreckung der Acht übernahm Herzog Maximilian von Baiern. Er besetzte Donauwörth gegen Ende des Jahres 1607, und seine Kostenersatzansprüche zeigten bald, daß er nicht so rasch wieder hinaus zu gehen gedachte. Die Reichsfreiheit der Stadt, die schon einmal über ein halbes Jahrhundert in bairischem Pfandbesitz gewesen war, war ernstlich bedroht.

Im Mai 1608 ist die „Union" zusammengetreten. Das Schicksal Donauwörths bewog die nächstbeteiligten lutherischen Fürsten Oberdeutschlands, nun doch ihre Abneigung gegen den Calvinismus beiseite zu setzen. Württemberg, Baden-Durlach, Pfalz-Neuburg und die fränkischen Markgrafen vereinigten sich mit Kurfürst Friedrich IV. von der Pfalz. Bald haben sich auch die Städte Straßburg, Nürnberg und Ulm, der Pfalzgraf von Zweibrücken, der Graf von Öttingen und das norddeutsche Anhalt angeschlossen. Der Union setzte Herzog Maximilian mit den drei rheinischen Kurfürsten und Erzbischöfen und einer Anzahl oberdeutscher Bischöfe im Juni und Juli des nächsten Jahres die „Liga" entgegen. Da die kaiserliche Gewalt in Reichsangelegenheiten wesentlich weniger bedeutete als in der Zeit Karls V., so stellen diese Bündnisse eine weit schärfere politische Sonderung nach Konfessionen dar, als sie damals bestanden hatte.

Gleichwohl hat sich auch jetzt noch unter den beteiligten Ständen auf beiden Seiten eine unverkennbare Scheu gezeigt, gegen einander die Waffen zu ergreifen. Sie hat auch fortbestanden, als eine neue Streitfrage auftauchte und Anlaß wurde, die Bündnisse in die Berechnungen der großen europäischen Politik einzubeziehen.

Noch vor dem Zustandekommen der Liga, im März 1609, war der geisteskranke Herr von Kleve, Jülich, Berg, Mark und Ravensberg, Herzog Johann Wilhelm, kinderlos gestorben. Berechtigte Erben waren Kurfürst Johann Sigmund von Brandenburg und Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg, der Sohn des Mitbegründers der Union. Spanien suchte den Übergang der für sein burgundisches Besitztum so wichtigen Lande, in denen es seit einem Menschenalter fast unbeschränkt geschaltet hatte, in protestantische Hände zu hindern und fand den Kaiser auf seiner Seite. Dagegen erhoben sich Frankreich und die Niederlande. Beide Parteien warben um Anschluß unter den deutschen Fürsten und wurden von den Nächstbeteiligten umworben. Schon stand Heinrich IV. gerüstet zum deutschen Kriege, als er am 14. Mai 1610 der Mörderhand Ravaillacs zum Opfer fiel. So blieb der äußere Friede diesmal erhalten.

Er ward auch nicht gebrochen, als Wolfgang Wilhelm nach des Vaters Tode (1614) katholisch und Mitglied der Liga wurde, um an dieser einen Halt zu haben. Wohl aber haben beide Bündnisse aus der Vergrößerung der Streitfragen neue Kraft gesogen, die Liga in engerem Anschluß an den Kaiser und an Spanien, die Union durch Ausbreitung unter den norddeutschen Fürsten, ohne doch jemals alle protestantischen Stände gewinnen zu können. So war Deutschland, dank vor allem den Bestrebungen der Gegenreformation, in zwei konfessionell umgrenzte Lager getrennt, als diese Bestrebungen in den österreichischen Erblanden zu Zuständen führten, die den Protestantismus dringender als je seit dem Schmalkaldischen Kriege vor die Frage stellten, ob Friedensliebe noch vereinbar sei mit der Pflicht der Selbsterhaltung.



Viertes Kapitel.

Der Dreißigjährige Krieg.

Keines der europäischen Länder, in denen noch heute der Katholizismus herrscht, auch Frankreich nicht, ist im 16. Jahrhundert so stark vom Protestantismus durchsetzt gewesen wie die Herrschaftsgebiete der deutschen Habsburger. Seine Anhänger waren in fast allen Kronländern stark vertreten; in mehr als einem, besonders in Böhmen, Schlesien und Oberösterreich, sah sich die alte Kirche auf einen bescheidenen Besitzstand zurück gedrängt. In Stadt und Land waren evangelische Anschauungen verbreitet, vor allem aber beim Adel.

Das gab der konfessionellen Frage eine stark politische Seite. Denn der Adel war der Träger der ständischen Macht; die Stände aber waren hier wie überall das vornehmste Hemmnis der Entwickelung einer starken Landesgewalt. Wir stoßen hier wieder auf einen klaren Beleg, wie wenig das wirkliche Werden durch allgemeine Sätze dem Verständnis näher gebracht werden kann. Die Reformation hat fürstliche Gewalt gefördert; in den österreichischen Landen aber ist sie ihr hindernd in den Weg getreten. Da das Regentenhaus nun einmal katholisch geblieben war, bot sich ihm kaum ein anderer Weg, als durch Niederwerfung des Protestantismus zu wirklicher Herrschaft zu gelangen. Die übliche Gegnerschaft der Stände sog hier besondere Kraft aus der Notwendigkeit, zu-

gleich mit den politischen Rechten und in ihnen den Glauben zu verteidigen. Man kann die Hergänge der österreichischen Gegenreformation nicht richtig verstehen, wenn man sich diese besondere Lage nicht gegenwärtig hält.

Der Größe des habsburgischen Besitzes, auch seiner Bevölkerungszahl, entsprach nicht die ihm inne wohnende Kraft. Wäre es der Fall gewesen, die deutschen Habsburger hätten kaum hinter Frankreich und Spanien zurück zu treten brauchen. Die geschichtlich gewordene Zersplitterung hob den Vorteil des engen räumlichen Zusammenhanges fast völlig wieder auf. In Ungarn und Böhmen war die Königsmacht aus alter Tradition beschränkt, in Ungarn noch besonders gefährdet durch den Rückhalt, den alle Unzufriedenen am siebenbürgischen Hospodaren und an den Türken fanden. Überall vervielfältigte der Gegensatz der Bekenntnisse die Streitfragen und steigerte das Mißtrauen. Sollte Habsburgs Besitz die Machtstellung gewinnen, die seinem Umfang und Wert und den überlieferten Ansprüchen seines Herrscherhauses entsprach, so mußte er zu einer festeren, leistungsfähigen Einheit zusammengefaßt werden.

Dieses Ziel ist seit Ferdinand I. erstrebt worden. Es trat immer deutlicher hervor, je mehr der konfessionelle Gegensatz Stände und Regenten trennte. Als unter Rudolf II. die Gegenreformation einzusetzen begann, zeigte sich bald, daß seine Erreichung zugleich schwieriger und dringlicher wurde. Unter Matthias hat man auf Generallandtagen eine Art Gesamtstaatsverfassung, vor allem eine feste Verpflichtung zu den nötigen finanziellen und kriegerischen Leistungen, zu erreichen gesucht. Man hat aber auf diesem Wege eher die Stände der verschiedenen Kronländer einander genähert und zu gemeinsamem Widerstande zusammen geführt. Nur das Fallenlassen aller gegenreformatorischen Gedanken hätte helfen können. So stieg das Gespenst eines vollständigen Zerfalles der habsburgischen Monarchie drohend empor. Ferdinand II. ist es gewesen, der dieser Entwickelung eine bestimmte Richtung gegeben hat.

Kraft und Einheitlichkeit der österreichischen Lande sind zeitweise noch beeinträchtigt worden durch die Teilung, die nach

Ferdinands I. Tode 1564 eintrat. Sein zweiter Sohn Ferdinand erhielt Tirol und Vorderösterreich, sein dritter Karl Steiermark, Kärnten, Krain und Görz. Ferdinands Lande sind, da die Vermählung mit Philippine Welser dem Regenten erbberechtigte Nachkommenschaft versagte, nach dessen Ableben 1595 wieder an die Hauptmasse gefallen. Die Grazer Linie sollte in Karls Sohn Ferdinand selbst zur Leitung der Gesamtmonarchie berufen werden.

Schon Karl war ein eifriger Anhänger der alten Kirche und hatte den Protestantismus in seinen Landen kräftig einzudämmen versucht, dadurch den Gegensatz zu den Ständen aber verschärft. Sein Sohn, der ihm 1590 im Alter von zwölf Jahren folgte, wurde, ehe er die Regierung wirklich antrat, nach Ingolstadt zu den Jesuiten geschickt und dort durch fünf Jahre erzogen; seine bairische Mutter Maria, Tochter Albrechts V., war im Glauben noch eifriger als ihr Gemahl. So entwickelte sich in Ferdinand II. jene völlige Hingebung an die Kirche, in der er von keinem österreichischen Herrscher, von keinem deutschen Fürsten übertroffen worden ist.

Ferdinand II. war in keiner Weise eine bedeutende Persönlichkeit. Seine Kenntnisse wie seine Geistesgaben hielten sich in Durchschnittsgrenzen. Auch war ihm kein besonderer Pflichteifer gegenüber den Geschäften eigen oder ein auszeichnendes Maß von Entschlußfähigkeit. Aber in einem war er stark und fest, in der Überzeugung, daß es seine Herrscherpflicht sei, den katholischen Glauben, so weit seine Macht reiche, überall zur vollen und alleinigen Geltung zu bringen, daß es eine Sünde sei, Ketzerei nicht zu verfolgen. Der blindeste Glaubensfanatismus des Mittelalters ward in diesem Jesuitenzögling wieder lebendig; in seinem Dienste war er zu jedem Opfer, zu jeder Anstrengung bereit.

In Loreto hat Ferdinand 1598 das Gelübde getan, „selbst mit Gefahr seines Lebens alle Sekten und Irrlehren aus den ihm vererbten Ländern zu vertreiben". Er hat es in den nächsten fünf Jahren erfüllen können, ohne irgend welche Gefahr für sein Leben oder seine Herrschaft. Der Protestantismus seiner allerdings un-

gefähr zur Hälfte slavischen Erblande hat sich wenig widerstandsfähig erwiesen, obgleich ihm der Adel überwiegend anhing. Keine Gewaltmaßregel ward gescheut, das Ziel zu erreichen. Daß der protestantische Schwabe Kepler, als er Graz verlassen mußte, in Prag bei Rudolf II. neben Tyge Brahe eine Zuflucht fand, zeigt doch den Unterschied in der Ergebenheit der beiden Vettern gegen die Kirche.

Von den Söhnen Maximilians II. blieben Kaiser Rudolf und Erzherzog Maximilian unvermählt, Kaiser Matthias und Erzherzog Albrecht lebten in kinderloser Ehe, Ernst und Wenzel starben vor Rudolf. So kam Ferdinand von der Steiermark als Gesamterbe und zugleich für die Kaiserwürde in Frage. Der Vetter Maximilian, der nach seinen vergeblichen Bemühungen um die polnische Königskrone Hoch- und Deutschmeister des Deutschen Ordens geworden war, ist besonders nachdrücklich für ihn eingetreten. Ihm und dem Bruder Albrecht, der seit 1596 die spanischen Niederlande regierte, empfahl sich Ferdinand besonders durch seinen Glaubenseifer. Spanische Wünsche und Ansprüche, die entgegen standen, sind durch das Versprechen einer Abtretung des Elsasses, das für Spanien wegen der Verbindung seines italienischen und hochburgundischen Besitzes mit dem niederländischen von Wichtigkeit war, befriedigt worden. Seit 1617 stand Ferdinand in anerkannter Anwartschaft auf sämtliche Würden und Rechte des regierenden Kaisers Matthias.

Noch in demselben Jahre ist es ihm gelungen, seine Ansprüche in Böhmen zur Geltung zu bringen, obgleich die Verhältnisse hier besonders schwierig lagen.

In den östlichen Ländern Europas, soweit sie in den abendländischen Bildungskreis gehören, hat das ausgehende Mittelalter kein Anwachsen der Königsmacht gegenüber den Großen der Reiche wie in Westeuropa zu verzeichnen, eher das Gegenteil. Auch den Habsburgern ist es in Böhmen und seinen Nebenländern nicht gelungen, in dieser Richtung Erfolge zu erringen. Die Verhältnisse waren hier besonders erschwert durch die fortdauernde kirchliche Sonderstellung.

Der Hussitismus hatte sich, beeinflußt von der deutschen Reformation, in die „böhmische Konfession“ umgewandelt, der die „evangelischen Christen“, wie sie sich selbst nannten, anhingen. Daneben gab es noch Utraquisten oder Kalixtiner im alten Sinne und eine bescheidene Zahl von Anhängern der alten Kirche, die teils habsburgischem Einfluß ihr Bestehen verdankten, teils in einigen deutschen Städten, besonders in Pilsen und Budweis, den Hussitensturm überdauert hatten. In Schlesien dagegen war, so weit das Deutschtum reichte — und das war schon damals die größere und volkreichere Hälfte des Landes —, das Luthertum durchaus herrschend.

Böhmische Konfession und Utraquisten waren fortgesetzt ausgesprochen deutschfeindlich. 1615 bestimmte ein Landesgesetz, daß kein der tschechischen Sprache Unkundiger ein Landesbürgerrecht erwerben sollte, daß Nachkommen eines Fremden, der sie erlernt habe, erst im dritten Gliede zu öffentlichen Ämtern sollten zugelassen werden können. Allein des Tschechischen kundige Kinder sollten unbewegliches Eigentum erben, vom beweglichen solche Kinder zwei Drittel, die des Tschechischen Unkundigen nur ein Drittel erhalten. So vereinigten sich in Böhmen und seinen Nebenlanden religiöse, nationale, ständische Bestrebungen, die Machtstellung des Königtums einzuengen.

Unter Kaiser Rudolf, der von der schönen Moldaustadt aus seiner weiten Lande waltete, und für den die Krone Böhmens sein schönstes Besitztum darstellte, trat die religiöse Frage in den Vordergrund. Er hat 1609 im „Majestätsbrief“ und dem sich anschließenden „Vergleich“ den Untertanen seiner böhmischen Lande das Recht zugestehen müssen, sich zur böhmischen Konfession zu bekennen. Kirchenbau sollte gestattet sein auf den Besitzungen der Herren und Ritter, in königlichen Städten und auf königlichen Gütern. Als Matthias 1611 auch in Böhmen zur Regierung kam, mußte er Majestätsbrief und Vergleich bestätigen, zugleich aber auch versprechen, daß zu seinen Lebzeiten nicht über die Wahl eines neuen Königs verhandelt werden solle. Die Zusage ist verlangt worden nicht ohne den Hintergedanken, daß man nötigenfalls einen protestantischen König wählen könne.

Trotzdem hat Ferdinand 1617 ohne allzu große Schwierigkeiten seine Wahl durchgesetzt. Von kaiserlicher Seite wurde nicht ohne gute Gründe geltend gemacht, daß Böhmen kein freies Wahlreich sei. Auch zeigte sich schon damals die geringe Widerstandskraft der böhmischen Stände gegenüber einem festen und entschlossenen Willen. Doch mußte Ferdinand alle Rechte und Privilegien von früheren und gegenwärtigen Herrschern bestätigen, auch Majestätsbrief und Vergleich. Es war nicht seine Meinung, sie gelten zu lassen, so weit sie der zwangsweisen Durchführung seiner Religion im Wege standen. Er legte den Patres des Prager Jesuitenkollegs die Frage vor, ob er ohne Gewissensbisse bestätigen könne, was er nicht zu halten gedenke, und erhielt ein einstimmiges Ja zur Antwort. So bestätigte er und war „froh, daß er die Krone Böhmens ohne Gewissensbisse erlange".

Es war noch nicht ein Jahr seit Ferdinands Wahl verflossen, als den streitigen Kirchenbauten in Braunau und Klostergrab, bei denen es sich in der Hauptsache um die Frage handelte, ob Kirchenboden auch als königliches Gut anzusehen sei, gewaltsam ein Ende gemacht wurde und dann der Fenstersturz des Slawata, Martinitz und Fabricius vom Schlosse des Hradschin erfolgte. Böhmen stand in offener Empörung, und einzelne Leiter der Erhebung dachten an nichts Geringeres als an völlige Losreißung vom Hause Habsburg, als Kaiser Matthias am 20. März 1619 starb.

Matthias wäre bereit gewesen, durch Nachgiebigkeit zu versöhnen. Ferdinand hat daran nicht einen Augenblick gedacht; er sah in dem Aufstand „ein Glück", da er von allen Verpflichtungen befreite. Der Himmel bot die Gelegenheit, zugleich mit dem politischen den religiösen Widerstand zu brechen. Die Schwierigkeiten, die seiner Nachfolge auch in Ober- und Niederösterreich und in Ungarn entgegen traten, haben ihn nicht ins Wanken gebracht. So ist es den Gegnern Habsburgs nicht schwer geworden, zum völligen Bruch mit der Dynastie zu treiben. Am 26. August 1619 ward Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz in Prag zum böhmischen

König erwählt. Zwei Tage später erfolgte in Frankfurt Ferdinands Wahl zum Kaiser, nicht ohne daß der Kurfürst, und zwar in mehr als ungeschickter Weise, sie zu hindern versucht hätte.

Friedrich V. hatte schon seit Jahren böhmische Politik getrieben. Indem er seine Wahl erst wünschte und förderte, die geschehene dann annahm, streckte er seine Hand aus nach einem Besitztum, auf das die Habsburger zweifellose Erbansprüche hatten, dessen Verlust sie auf Jahrhunderte zurückgeworfen haben würde. Er mußte sich klar machen, daß sie ihr Recht verteidigen und ihn mit gutem Grunde verantwortlich machen würden für seinen Eingriff. Wenn man gelten lassen will, daß der Kurfürst weniger aus dynastischem Ehrgeiz oder Herrschgelüst als um der Religion willen, um einem bedrängten Volke sein verbrieftes religiöses Recht zu erhalten, das Schwert gezogen hat, so gewinnt das Unternehmen einen anderen Charakter. Es fällt in den Kreis der Handlungen, zu denen die katholische Kirche für ihre Angehörigen nicht nur das Recht in Anspruch nahm, sondern die sie ihnen sogar als Pflicht auferlegte. Aber ein solcher Kampf für den Glauben hätte nur durch den Erfolg volle Rechtfertigung finden können. Wäre Friedrich Sieger geblieben, er würde mit Recht als protestantischer Held gepriesen werden; sein Mißerfolg hat unsägliches Elend über Deutschland gebracht.

Es hat sich bald gezeigt, daß dem Verschönerer des Heidelberger Schlosses, dem Urheber des „Englischen Baues", zum Helden so gut wie alles fehlte. In jeder Beziehung, staatsmännisch wie kriegerisch, war der Zug des „Winterkönigs" völlig ungenügend vorbereitet. Friedrich wußte vorweg, daß er auf die Unterstützung der Union bei diesem Angriffsunternehmen nicht rechnen konnte daß er auch von seinem englischen Schwiegervater und von Frankreich her Hilfe nicht zu erwarten hatte. Johann Georg von Sachsen, dessen Kurfürstentum durch seine Lage den rechten Stützpunkt abgegeben hätte, die Religionsfreiheit der böhmischen Lande zu decken, war selbst nach Gesinnung wie Persönlichkeit völlig unfähig zu solcher Stellungnahme, war zudem dem Pfälzer als abgesagter

Gegner seines Vorgehens bekannt. Von der Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit der böhmischen Stände hatte ihr neuer König höchst unklare Vorstellungen; er hat zu seinem Schaden bald lernen müssen, daß er sie weit überschätzt hatte. Was das Königreich selbst aufbrachte, steht in gar keinem Verhältnis zu den reichen Hilfsquellen dieses von der Natur so trefflich ausgestatteten Landes. Der Versuch, dem verhaßten reformierten Kultus Eingang zu verschaffen, zu dem seine calvinischen Hofprediger den König anleiteten, konnte dessen Stellung auch nicht verbessern. Dazu rief sein Erscheinen in des Kaisers Erblanden einen gefährlichen Gegner auf den Plan.

Herzog Maximilian von Baiern war fünf Jahre älter als sein Vetter Ferdinand, war aber in Ingolstadt noch sein Mitschüler bei den Jesuiten gewesen. Verwandtschaft und Gesinnungsgleichheit haben nahe persönliche Beziehungen zwischen den beiden Fürsten geschaffen. Der Herzog hat sich gegenüber dem König und Kaiser stets einer gewissen Ehrerbietung befleißigt trotz seines höheren Alters, und obgleich er ihm in jeder Beziehung überlegen war, in Kenntnissen und Fertigkeiten, in Einsicht und Regententüchtigkeit und nicht zuletzt an Adel der Gesinnung. Er war kein schlechterer Katholik als Ferdinand selbst, doch weniger bigott. Man kann es verstehen und gut heißen, daß deutsch fühlender Katholizismus ihn als seinen Helden preist. Er verdient das Lob eines gewissenhaften Katholiken, eines guten Deutschen, eines treuen Reichsfürsten, der vom Boden des Reiches nie etwas hat preisgeben wollen.

Als Haupt der Liga hat er zunächst die Politik vertreten, daß man sich der Einmischung in die inner-österreichischen Wirren enthalten müsse. Ferdinands Hilfegesuche hatten bei ihm wie beim nächsten Nachbar, dem Salzburger Erzbischofe, nur ablehnende Antworten gefunden. Man besorgte, daß eigenes Eingreifen auch die Union in den Streit hinein ziehen, diesen ins Reich übertragen werde. Erst die Wahl des Pfälzers zum böhmischen König änderte diese Haltung. Von Frankfurt heimkehrend hat Ferdinand den Herzog und die Liga zum Bündnis bereit gefunden. Max wurden

für die zu leistende Hilfe die pfälzische Kurwürde und Oberösterreich, das sich, seinen Glauben zu verteidigen, in offenem Aufruhr gegen Ferdinand erhoben hatte, und außerdem alle Eroberungen zugesagt, die der Herzog dem Pfälzer abgewinnen würde. Damit war ausgesprochen, daß man den Pfälzer für seine Einmischung an seinen Erblanden strafen, den Krieg also ins Reich übertragen wollte.

Auch hier ist schwer, ja unmöglich, zu sagen, wo Recht und Unrecht sich scheiden. Es war verständlich, daß der Kaiser gegenüber einem Reichsfürsten, der ihn in seinen Erblanden angriff, nicht Halt zu machen gedachte an den Grenzen dieser Lande. Andererseits wäre die Union aber völlig berechtigt gewesen, das Eingreifen der Liga gegen ihr vornehmstes Bundesmitglied als casus foederis anzusehen. Indem sie es nicht tat, handelte sie durchaus gegen die Grundsätze gesunder Politik. Die Überlegenheit in Einigkeit und Entschlossenheit war zur Zeit durchaus auf katholischer Seite. Unter den Unionsfürsten selbst stieß man sich an dem „Eindringen in fremden Besitzstand", dessen Friedrich sich schuldig gemacht hatte. Man gab sich Anfang Juni 1620 im Ulmer Vertrage zufrieden mit der Zusicherung, daß die evangelischen Stände in ihrem Besitz nicht geschädigt werden sollten.

So haben Kaiser und Liga in diesem Jahre dem böhmischen Aufstand mit vereinten Kräften ein Ende machen können. Maximilian ist selbst mit zu Felde gezogen. Auch Unterstützung von Spanien und dem Papste und von Polen her hat nicht gefehlt. Die Zerfahrenheit der böhmischen Verhältnisse und die Kopflosigkeit des auserkorenen Königs haben es zu einem nachhaltigen Widerstand nicht kommen lassen. Am Weißen Berge wurden Friedrichs Streitkräfte am 8. November 1620 ohne allzu große Mühe zu Paaren getrieben, während er selbst im Schlosse auf dem Hradschin mit englischen Offizieren frühstückte. In schneller und schimpflicher Flucht mußte er mit seiner Gemahlin Elisabeth, Jakobs I. von England Tochter, aus seinem neuen Königreiche weichen.

Kaum ein anderes Ereignis der böhmischen Geschichte, selbst Hussens Tod nicht, hat so tief eingegriffen in die Geschicke nicht nur der unter der Wenzelskrone vereinigten Länder, sondern Deutschlands, ja Europas wie die Schlacht am Weißen Berge. Sie gab dem Protestantismus, soweit er unter Habsburgs Scepter vorhanden war, den Todesstoß. Wo er sich in Ungarn bis auf den heutigen Tag erhalten hat, verdankt er sein Bestehen der türkischen Herrschaft. Mit unerbittlicher Strenge hat Ferdinand allem, was nicht katholisch war, ein Ende gemacht; nur in Schlesien und der Lausitz wurde zunächst noch Rücksicht auf Sachsen genommen, das bei der Unterwerfung dieser Länder mitgewirkt hatte. Als sich die oberösterreichischen Bauern 1626/27 noch einmal für ihren Glauben erhoben, wurden sie, abermals mit bairischer Hilfe, überwältigt und grausam gestraft. Erst durch diese Erfolge ist der Katholizismus im gesamtdeutschen Sprachgebiet seiner Verbreitung nach einigermaßen mit dem Protestantismus ins Gleichgewicht gebracht worden. Daß die Macht der Stände zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt wurde, war die unvermeidliche Begleiterscheinung. Kaiser Ferdinand soll den Majestätsbrief eigenhändig zerschnitten und das Siegel herabgerissen haben. Das so zugerichtete Exemplar wird in Wien noch heute bewahrt. Die habsburgische Monarchie wurde nicht nur konfessionell, sondern auch politisch ein einheitliches Reich.

Damit wurde sie in eine Machtstellung hinauf gehoben, die sie bisher nicht gehabt hatte. Erst seit Ferdinand II. kann Österreich neben Spanien, Frankreich und England unter die großen europäischen Mächte gezählt werden. Er hat seinem Staate und damit doch auch wieder dem Kaisertum eine europäische Stellung gegeben. Und diese Stellung war nun, so katholisch sie gehandhabt werden mochte, doch eine deutsche und ist eine deutsche geblieben. Nicht anders ist sie den fremden Völkern, die unter habsburgischer Herrschaft zusammengefaßt waren, entgegengetreten. Mit dem Katholizismus, geführt von den Jesuiten, ist das Deutschtum wieder in die Länder der Wenzelskrone eingezogen. Ferdinands Sieg hat dem Hussitentum nicht nur religiös, sondern auch national ein Ende

gemacht. Der Kampf gegen die Ketzerei gestaltete sich in Böhmen und Mähren zu einem Kampf gegen das Tschechentum. Niemals, auch in den Tagen Ottokars und Karls IV. nicht, sind diese Länder deutscher gewesen, als sie es jetzt infolge der Gegenreformation wurden und weit über zweihundert Jahre, bis heran an unsere Zeit, geblieben sind. Nie sind diese Länder deutscher Führung so dienstbar gewesen wie in der nun folgenden Zeit. So eigentümlich durchkreuzen sich die Wege der Geschichte, und so wenig kann man ihren Gang durch allgemeine Richtlinien festlegen, daß der Kampf gegen die Reformation, die doch ihrem Wesen nach vor allem eine deutsche Tat war, und gegen das, was sich ihr angegliedert hatte, hier zu einem Erfolge des Deutschtums ward.

Schon vor der Schlacht am Weißen Berge waren die Spanier unter Spinola in die Pfalz eingefallen. Wieder waren es der Kaiser und die Führer der Katholiken, welche die Fremden ins Reich riefen. Daß es sich nicht nur um die Bestrafung des Kurfürsten, der die böhmische Krone nicht niederlegte, sondern auch um die Rekatholisierung seiner Lande handelte, wurde bald jedermann erkennbar. Ferdinand ist nach dem Prager Siege nach Mariazell gewallfahrtet und hat das Gelübde von Loreto erneuert. Der Union fehlte es jetzt wahrlich nicht an begründetem Rechtstitel zum Eingreifen; sie war es sich selbst schuldig. Aber nur vereinzelt sind Hilfstruppen ihrer Angehörigen im Felde erschienen. Im April 1621 bequemte sie sich zum Mainzer Akkord, der sie zur Neutralität verpflichtete gegen die Zusicherung, sie in ihren eigenen Territorien unbehelligt zu lassen. Allein Landgraf Moritz von Hessen-Kassel und Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach, der wegen des Baden-Badener Landes seinen besonderen Streit mit dem Kaiser und der Liga hatte, sind dem Abkommen nicht beigetreten. So konnte Tilly mit den Streitkräften der Liga das Kurfürstentum unterwerfen, allerdings nicht ohne tapfere Gegenwehr einiger Städte, besonders des von vertriebenen reformierten Niederländern be-

gründeten Frankenthals. Der Markgraf, der sich ihm im offenen Felde entgegen stellte, ward am 6. Mai 1622 bei Wimpfen geschlagen. Kurfürst Friedrich weilte in den Niederlanden, während um sein Erbe gekämpft wurde.

Die Pfalz war erobert worden in Vollstreckung der, allerdings erst nach der Schlacht am Weißen Berge, vom Kaiser über den Kurfürsten verhängten Acht. Die deutsche Geschichte kennt zahllose Beispiele, daß mit solcher Vollziehung das Schicksal des Verurteilten noch keineswegs als besiegelt anzusehen war. Sie weiß überhaupt von keinem deutschen Fürsten, der durch die Acht für sich und sein Haus um sein volles Besitztum gekommen wäre. So ward auch die Wiederherstellung des Kurfürsten ein Punkt im Programm eines jeden, der in den Folgejahren gegen die Sieger, gegen Kaiser und Liga, auftrat. Zunächst haben zwei Männer sie auf ihre Fahne geschrieben, die oft als protestantische Helden gepriesen worden sind, die dieses Lob aber nur bei recht bescheidenen Ansprüchen an solches Heldentum verdienen, Ernst von Mansfeld und Christian von Braunschweig.

Beide waren Heerführer, keine regierenden Fürsten. Der Mansfelder hatte schon in Böhmen und der Oberpfalz, dann im Kurfürstentum gegen Tilly im Felde gestanden, mehr auf eigene Faust als im Dienste Friedrichs. Er hat herüber und hinüber verhandelt und ist auch später ein bedenklicher Parteigänger geblieben, besonders auch durch die Zuchtlosigkeit seiner Söldnerscharen. Eine edlere Natur war jedenfalls Christian von Braunschweig aus dem wolfenbüttelschen Hause, 1616 zum Bischof von Halberstadt erwählt. Aber hinter der wilden Reiterart des „tollen Halberstädters“ und seinem ungestümen Pfaffenhaß steckte doch keinerlei tiefere Begabung, die ihn befähigt hätte durchzuführen, wovon die landbesitzenden Fürsten die Hand ließen. Die beiden waren es nun aber, die den Krieg nach Norddeutschland zogen. Als sie ihre Scharen in die wehrlosen westfälischen Bistümer warfen, folgte ihnen Tilly, die Genossen der Liga zu schützen. Er überwältigte die Bedränger unschwer, blieb jetzt aber im Norden und besetzte auch Hessen, dessen Landgraf ja

dem Mainzer Akkord fern geblieben war. Die Gegenreformation ward in den besetzten Bistümern vollendet, in Hessen, zunächst im Sinne des Interims, begonnen. Wie konnte zweifelhaft sein, daß sie bald auch auf die protestantischen Bistümer ausgedehnt werden würde? Das war die Gefahr, die Christian IV. von Dänemark ins Feld rief und aus dem böhmisch-pfälzischen den niedersächsisch-dänischen Krieg machte.

Christian IV. war ein Herrscher von nicht gewöhnlichen Gaben und von starkem Ehrgeiz. Er hat die Großmachtspolitik Christians II. noch einmal aufgenommen, an Schwedens Unterwerfung gedacht und als Erster und Einziger der dänischen Könige Anspruch auf Herrschaft über die Ostsee, auf das dominium maris Baltici, erhoben. Gleich Christian II. hat er auch nach Machterweiterung im Süden gestrebt, die gottorpsche Linie seines Hauses, mit der er sich in den Besitz der Herzogtümer Schleswig und Holstein teilte, einzuengen und vor allem die Handelsstellung der Hansestädte, ja ihre Selbständigkeit zu untergraben versucht. Lübeck und Hamburg hat er bei jedem Anlaß seine Übermacht fühlen lassen und zweimal, 1605 und wieder 1615, erst seinen Schwager Heinrich Julius von Wolfenbüttel, dann dessen Sohn Friedrich Ulrich, des Halberstädters älteren Bruder, angereizt, die Landeshauptstadt Braunschweig anzugreifen, hat sie bei deren Belagerung unterstützt.

Christian IV. war ein überzeugter Protestant. Der Gedanke, sich in Böhmen und in der Pfalz einzumischen, ist ihm um so näher getreten, als Friedrichs Gemahlin eine Tochter seiner Schwester Anna, der englischen Königin, war. Andererseits stand sein Haus seit dem Speierer Frieden von 1544, in dem Karl V. darauf verzichtet hatte, die Rechte der Familie Christians II. auf die dänische Krone weiter zu vertreten, in überlieferter Freundschaft mit Spanien. Die Lösung der Niederlande von der Monarchie Philipps II. hat die beiden Regierungen einander noch mehr genähert. Denn die holländische Überlegenheit zur See ward am Sunde bald nicht weniger peinlich empfunden als früher die hansische, da sie wenig

Neigung zeigte, ein dänisches dominium maris Baltici zu respektieren. Als Christian IV. sich anschickte, die Mündungen der Elbe und Weser unter seinen Einfluß zu bringen, kam es, trotz alt überlieferter Gegnerschaft der sich Einigenden, zu einem niederländisch-hansisch-schwedischen Verteidigungsbündnis gegen ihn. Hat schon auf katholischer Seite religiöse Interessengemeinschaft politische Gegensätze schwer auszugleichen vermocht, so ist das bei den Protestanten erst recht der Fall gewesen.

Das Auftreten der Liga in Niederdeutschland hat ihre führenden Mächte dann doch einander näher gebracht. Die Niederländer, für die nach Ablauf des zwölfjährigen Stillstandes (1621) der Krieg mit Spanien neu begonnen hatte, fanden Tillys starke, kriegsgewohnte Streitkräfte unmittelbar an ihren Grenzen. Christian IV. aber sah seine Bistumspolitik, an der nach dem geringen Erfolge seiner Bestrebungen gegen Schweden und die Städte seine Hoffnungen auf eine ansehnliche Machterweiterung allein noch hingen, auf das ernstlichste gefährdet. Sein zweiter Sohn, der spätere König Friedrich III., war Bischof von Verden und Koadjutor im Erzstift Bremen, warb um Osnabrück. Als die Ligisten in Verfolgung Christians von Braunschweig ins Halberstädter Bistum einzurücken drohten, bewog der König seinen Neffen, der an seinem Hofe erzogen worden war, seinen Namen empfangen und nicht wenig von seiner Art angenommen hatte, ebenfalls zugunsten Friedrichs auf seine Würde zu verzichten. Auch um Magdeburg, Minden und Paderborn bemühte sich König Christian für den Sohn. Weder auf Erweiterung, noch auch nur auf Erhaltung des errungenen Besitzes konnte er rechnen, wenn Kaiser und Liga in Deutschland das Heft in der Hand behielten. So ließ er sich bereit finden zur „evangelischen Allianz“ mit den Niederlanden und England.

König Jakob I. hatte sich 1623 entschlossen, dem Drängen seines Volkes zu weichen und seine spanienfreundliche Politik aufzugeben. Seine und seines Ministers Buckingham Versprechungen sind es besonders gewesen, die Christians IV. Entschluß zum Kriege zur Reife gebracht haben, daneben die allerdings auf ganz falscher Beurteilung

der Sachlage begründete Befürchtung Christians, daß Gustaf Adolf sich an die Spitze eines protestantischen Bundes stellen werde.

Des Königs Einfluß im niedersächsischen Kreise war groß genug, seine Wahl zum Kreisobersten durchzusetzen, für die seine holsteinische Herzogsstellung die Grundlage abgab. Hätte er den Kreis geschlossen gegen die Liga führen und gar noch Johann Georg von Sachsen und Georg Wilhelm von Brandenburg ins Feld bringen können, so wäre die Aussicht auf Erfolg bei entschlossener Kriegführung nicht gering gewesen. Aber die beiden Kurfürsten sahen fortgesetzt in der Neutralität ihre beste Deckung und waren nicht zu bewegen, sie aufzugeben, und der Kreis schloß sich dem Könige höchstens zur guten Hälfte an. Die großen und reichen Städte versagten sich ihm völlig. Wie hätten sie sich bereit finden lassen mögen, ihrem schlimmsten Widersacher zum Siege zu verhelfen? Ihre Lage war kritisch genug, sie schienen nur die Wahl zu haben, „entweder dänisch zu sterben oder katholisch zu verderben". Von den welfischen Fürsten hat der König seinen schwachsinnigen Wolfenbütteler Neffen Friedrich Ulrich nur mit Gewalt in den Kampf hinein zwingen können. Herzog Georg von Lüneburg, einst der nahe Freund und Kriegsgefährte des Königs, einer der Ersten unter denen, die sich später Gustaf Adolf anschlossen, nahm Stellung auf Seite des Kaisers und der Liga. Von den Gottorpern ging Herzog Adolf in feindliche Dienste. Lüneburger und Gottorper rächten sich für des Königs begehrliche Bistumspolitik, die über ihre berechtigten Wünsche und Ansprüche rücksichtslos hinweg gegangen war.

Wenige Wochen nach Eröffnung des Feldzuges, als noch kein Blut geflossen war, tat der König in Hameln am 20. Juli 1625 in der Trunkenheit einen schweren Sturz, nach welchem er nie wieder in den vollen Besitz seiner geistigen Kräfte gekommen ist. Reiche und vielseitige Begabung ist in Christian IV. verwüstet worden durch seine Haltlosigkeit gegenüber niederen Trieben; selten hat ein einzelner Fall solcher Verfehlung so schwere Folgen nach sich gezogen. Die Ereignisse bis zur Schlacht bei Lutter am Barenberge, wo Christians Heer, das übrigens, abgesehen von wenigen

königlichen Leibtruppen, ausschließlich aus deutschen Soldaten und Führern bestand, am 27. August 1626 der überlegenen Kriegskunst Tillys und seiner Regimenter unterlag, sind von diesem Vorfall entscheidend beeinflußt worden.

Bis zum Beginn des dänisch-niedersächsischen Krieges hatte man des Kaisers Fahnen außerhalb seiner Erblande nicht gesehen. Als Christian IV. seine Armee rüstete, stellte auch Ferdinand II. ein eigenes Heer auf. Den Auftrag dazu erhielt Albrecht von Waldstein, Wallenstein.

Die Zeit kannte schon stehende Heere; aber ein herrschender Brauch waren sie noch nicht. Sie sind das, kann man sagen, erst wesentlich unter der Einwirkung des Dreißigjährigen Krieges geworden. Der Kriegsherr sah sich angewiesen auf Führer, deren Namen einen Klang hatten bei den Werbelustigen. Sie brachten die Haufen, die Regimenter und Fähnlein, zusammen, die er in Dienst zu nehmen hatte. Daß ein einzelner derartiger Führer seinem Kriegsherrn eine ganze Armee stellte und deren Leitung dann auch im Felde völlig in der Hand behielt, war nicht ohne Beispiel, aber doch auch nicht allzu häufig bei diesem Verfahren.

Wallenstein ist einer in beschränkten Verhältnissen lebenden tschechischen und evangelischen Adelsfamilie des nordöstlichen Böhmens entsprossen. Er hat es verstanden, in der Welt empor zu kommen. Weder seine Nationalität, noch seine Konfession hat ihn gehindert. Es würde schwer sein, die Verdienste zu nennen, die sein rasches Emporsteigen erklären und rechtfertigen könnten. Zwei reiche Heiraten haben besonders geholfen, ihn vorwärts zu bringen. Die umfassenden Konfiskationen, die der Niederwerfung Böhmens folgten, hat er aufs glücklichste auszunutzen verstanden. Als er 1623, vierzigjährig, zum Fürsten von Friedland erhoben wurde, war er des Landes reichster Grundherr. Sein Besitz hatte es ihm ermöglicht, den Kaiser wiederholt zu verpflichten.

Wallenstein besaß keinen Feldherrnruhm, als er 1625 an die Spitze der von ihm geschaffenen kaiserlichen Armee trat und sie,

stärker als die der Liga, neben diese stellte. Während ein Teil seiner Truppen mit bei Lutter kämpfte, erwarb er nicht allzu kostspielige Lorbeeren gegen den Mansfelder und durch Säuberung Schlesiens von den Feinden, die in die kaiserlichen Lande eingefallen waren. Im August 1627 an die Niederelbe zurück gekehrt, waren es besonders seine Mannschaften, die den Krieg nach Dänemark selbst hinein trugen. Sein General Schlick folgte dem weichenden Könige über die Eider und vertrieb ihn vom Festlande.

Wallenstein entwarf Pläne, ihm auch übers Meer zu folgen. Er nannte sich „des Ozeans und des Baltischen Meeres General". Bei den Städten, ohne die hier nichts auszurichten war, fanden aber weder der Kaiser noch die Spanier mit ihren Anträgen und Versprechungen Gehör. Wie hätten sie sich alle Seemächte, Dänemark und Schweden, England und die Niederlande, auf den Leib ziehen sollen auf das Verlangen von Potentaten, die Schutz gegen diese Mächte noch lange nicht gewähren konnten, und deren letztes Ziel doch war, sie von ihrer Religion abzudrängen! Lübeck und Hamburg zu zwingen, hat Wallenstein gar nicht versucht; von Stralsund mußte er nach hartem Kampfe ablassen. Er ist es dann besonders gewesen, der im Mai 1629 den Lübecker Frieden zustande brachte, in welchem dem Dänenkönige seine sämtlichen angestammten Besitzungen zurück gegeben wurden, so daß der Verlust allein in seiner zeitweisen Verdrängung aus den Bistümern bestand. Nicht ohne seine eigenen Interessen neben denen des Kaisers und gar denen der Liga im Auge zu haben, hat Wallenstein diesen Frieden geschlossen. Ferdinand, der nur schlecht hauszuhalten verstand und stets geldarm war, hatte, seine schwere Schuld einigermaßen zu begleichen, den Friedländer 1628 zum Herzog von Meklenburg gemacht. Wallenstein suchte das Festhalten dieser Beute durch gute Beziehungen zum Dänenkönig zu erleichtern.

Noch vor dem Abschluß des Lübecker Friedens, am 6. März 1629, hat Ferdinand das Restitutionsedikt erlassen. Es schloß die Calvinisten vom Augsburger Religionsfrieden aus. Den geistlichen Vorbehalt hielt es in vollem Umfange aufrecht, so daß es nun keine

Bistümer mehr unter protestantischen Bischöfen geben sollte. Andererseits sah es die Deklaration als nicht vorhanden an; auch jeder geistliche Fürst sollte das Recht haben, seine Untertanen zu seinem Glauben hinüber zu führen. Dazu ordnete es, unbekümmert um die entgegen stehenden Zusagen, die einzelnen Reichsfürsten gegeben worden waren, die Rückgabe aller geistlichen Stifter und Güter an, die seit dem Passauer Frieden von evangelischen Fürsten ihren bisherigen Zwecken entfremdet worden seien.

Überblickt man den Gang, den die Gegenreformation in Deutschland durchmessen hatte, so kann über Ziel und Zweck des Edikts kein Zweifel sein. Dem deutschen Protestantismus ward die Axt an die Wurzel gelegt. Er hatte seit dem Augsburger Religionsfrieden kein Territorium mehr gewonnen, vereinzelte eingebüßt. Wo er unter katholischer Herrschaft verbreitet gewesen war, war er vernichtet, die vereinzelten Versuche, ihn in geistlichen Fürstentümern einzuführen, waren vereitelt worden. Jetzt sollte er weite Gebiete, die seit Menschenaltern in seinem vollen Besitz waren, wieder heraus geben. Zu den calvinischen Fürsten gehörte auch der Landgraf von Hessen-Kassel! Wie die Gegenreformation ins Werk gesetzt werden sollte, dafür hatten die ligistischen und kaiserlichen Truppen in den von ihnen besetzten Gebieten schon die Belege geliefert. Sie hatten auch ohne Edikt katholische Geistliche und katholischen Gottesdienst wieder eingeführt, wo sich nur irgend eine Handhabe bot. Die neutralen evangelischen Stände hatten keinerlei Aussicht, irgend wie geschont zu werden. Hatte der Katholizismus in ihren Gebieten einmal wieder Fuß gefaßt, so war die Möglichkeit für weiteres Eingreifen gegeben. Blieben Macht und Wille seiner Führer, wie sie waren, so war das Ende des deutschen Protestantismus abzusehen.

Über die Wendung, welche die deutschen Dinge in dieser Lage nahmen, werden protestantische und katholische Geschichtsauffassung nie gleich urteilen. Als das Restitutionsedikt erlassen wurde, erfreute sich Ferdinand II. einer Machtstellung im Reiche, wie Karl V.

sie nicht inne gehabt hatte. Man muß zurück gehen in die Zeit der ersten sächsischen Könige, Lothars des Sachsen, Friedrich Barbarossas, um die Macht deutscher Kaiser an unseren Meeresküsten so zur Geltung gebracht zu sehen. War nicht die Möglichkeit vorhanden, trotz allem das Reich wieder zu einigen unter einer starken kaiserlichen Gewalt? Die wäre dann eine katholische gewesen, aufgerichtet über ein katholisches Volk. Wohl stand solchen Aussichten die Tatsache entgegen, daß die Übermacht des Katholizismus auf einem gespaltenen Boden ruhte, auf kaiserlicher und ligistischer Macht, und daß die errungenen Erfolge mehr dieser als jener verdankt wurden. Die bairische Führerschaft der Liga stand in alt überliefertem Gegensatz zu dem habsburgischen Kaisertum, der auch während des Dreißigjährigen Krieges stets nur zeitweise hat ausgeglichen werden können. Die Aufrichtung einer starken Reichseinheit unter Habsburgs Herrschaft wäre zweifellos auch auf katholischen Widerstand gestoßen. Wer solche Einheit als segensreich ansieht, wird aber leicht glauben, daß sie trotzdem erreichbar gewesen wäre.

Sicher hätte sie aber nicht zu der Entwickelung führen können, die unserem Volke später beschieden gewesen ist. Das Geistesleben unserer jüngsten Jahrhunderte ruht auf dem Protestantismus, ist ohne ihn nicht denkbar. Unsere Großen im Reiche der Geister verdanken wir ihm. Wir können uns nicht vorstellen, was unser Volk, und zwar nicht allein, soweit es protestantisch, sondern auch, soweit es katholisch ist, geworden wäre ohne sie. Wir begrüßen es als ein Glück für das gesamte deutsche Volk, ja für die Menschheit, daß die Einheit, die *vielleicht* erreichbar gewesen wäre, wenn Kaiser Ferdinand II. die Machtstellung von 1629 behaupten und zur vollen Entfaltung hätte bringen können, nicht zur Durchführung kam. Es war wiederum eine Lage, wie sie unser Volk bis zur endlichen Erfüllung wiederholt erlebt hat, in der nur eins von zweien möglich war, Einheit ohne Geistesfreiheit oder Geistesfreiheit ohne Einheit; das dritte, die Vereinigung beider, war zur Zeit ausgeschlossen.

Es ist ein trauriges Kapitel unserer Geschichte, daß die Ent-

scheidung in dieser Lebensfrage unseres Volkes herbeigeführt werden mußte durch eine auswärtige Macht, daß sich in unserer eigenen Mitte die erforderliche Kraft nicht fand.

Das erste Jahrzehnt des Dreißigjährigen Krieges hat den Reichsfürstenstand, so weit er evangelisch war, in trauriger, fast beispielloser Unfähigkeit getroffen. Die katholischen Reichsstände wurden zusammen gehalten durch den bairischen Herzog, der seit 1623 auch pfälzischer Kurfürst war. Max war die Liga; seine Umsicht, seine ruhige Entschlossenheit waren ihre Kraft. Von den drei protestantischen Kurfürsten war keiner der Stellung gewachsen, die er bekleidete, der Pfälzer nicht wegen seines leichtfertigen, gedankenlosen Wagemuts, Johann Georg von Sachsen und Georg Wilhelm von Brandenburg nicht wegen ihrer an Stumpfsinn grenzenden Ruhebedürftigkeit. Die letzten Jahre des Krieges hatten aller Welt offenbar gemacht, daß sie sich alles bieten ließen.

Auch unter den minder mächtigen Fürsten fanden sich nur vereinzelte, denen Kopf und Herz am rechten Flecke saßen. Ein eigentümliches Spiel des Schicksals war es, daß damals gerade die ernestinische Linie des Hauses Wettin in den beiden Brüdern Johann Ernst und Bernhard zwei Männer von mehr als gewöhnlicher Geistes- und Willenskraft besaß, die in kurfürstlicher Machtstellung anders eingegriffen haben würden als in Gestalt dänischer und schwedischer Trabanten.

Die öde Prunk- und Genußsucht, die an den Höfen der Zeit herrschte und über eitlem oder wüstem Tand das Wichtigste vergaß und versäumte, hat kein Geringerer als Gustaf Adolf selbst an seinen Standesgenossen scharf gegeißelt. Die Städte aber und die Territorialstände haben in Engherzigkeit und Beschränktheit der Gesichtspunkte mit den Fürsten nicht nur gewetteifert, sondern sie übertroffen. Das Vordringen der Kaiserlichen und Ligisten in die protestantischen Gebiete hat die ganze Kläglichkeit dieser in jahrhundertelangem Kleinstaatsleben erstarrten Kreise an den Tag gebracht. Nur in der Verteidigung des unmittelbaren Heims, auf den Mauern der Städte und in den Wäldern und Schluchten

der Berge, hat sich vereinzelt erwiesen, daß auch im Volke noch Tatkraft lebte. Es zu größerem Handeln zusammen zu fassen, mußte der Schwedenkönig eingreifen.

Schweden war bis dahin mit deutschen Verhältnissen nur in leichte Berührung gekommen. Es war durch die vorgelagerten dänischen Besitzungen Norwegen, Halland, Schonen, Bleking, Gotland und Ösel von Europa gleichsam abgeschlossen. Gustaf Wasa hatte ihm die volle Selbständigkeit errungen, aber er so wenig wie seine beiden nächsten Nachfolger, die „Schneekönige", waren in die abendländische Fürstenwelt voll aufgenommen. Eine europäische Stellung hat seinem Reiche und seinem Volke erst Gustaf Adolf gegeben.

Als Gustaf Adolf, Gustaf Wasas Enkel, 1611, noch nicht ganz 17 Jahre alt, an Stelle seines Vaters Karls IX. die Regierung übernahm, lag sein Land in schwerem Kriege mit Dänemark. Den Frieden hat er von Christian IV. nur erlangen können gegen zeitweise Abtretung des einzigen Zuganges, den Schweden zur Nordsee besaß, des festen Elfsborg an der Mündung der Göta-Elf dort, wo jetzt Gotenburg liegt. Nur durch äußerste Sparsamkeit (sein königliches Tafelsilber hat Gustaf Adolf in die Münze bringen müssen) ist es möglich geworden, 1619 zum festgesetzten Termine die letzte Rate des Lösegeldes zu zahlen und den wichtigen Platz zurück zu erlangen.

Und Dänemark war nicht der einzige Feind, mit dem Schweden zu rechnen hatte. Seit Jahrhunderten kämpfte es mit den Russen um die Mündung der Newa. Gustaf Adolf hat da, wo später Petersburg erbaut wurde, die Feste Ny angelegt und im Frieden von Stolbowa 1617 den Fluß und den wichtigeren Teil von Ingermanland behauptet. Das Zarenreich war von der Ostsee ausgeschlossen. Dauernd aber drohte der Dynastie Gustafs und seinem Volke schwere Gefahr von Polen her. Dort war Sigmund III. König, als Sohn Johanns III. von Schweden, des zweiten Sohnes von Gustaf Wasa, Gustaf Adolfs Vetter und vor ihm berechtigter Erbe, auch 1593—1599 Schwedens anerkannter Herr. Weil er katholisch war und katholisch zu re-

gieren versuchte, war Gustaf Adolfs Vater an seine Stelle gesetzt worden. So stand Gustaf Adolf im schärfsten Gegensatz zu einer Macht, die vor allem am Katholizismus, am Hause Habsburg Rückhalt suchte und fand, und die ihm und seinem Lande gerade durch diesen Rückhalt eine stetige Drohung war. Kaum irgendwo deckten sich die politischen und die religiösen Interessen so vollständig wie bei dem schwedischen Könige.

So hat Gustaf Adolf vom Beginn der böhmischen Wirren an daran gedacht, die evangelische Sache zu unterstützen. Das war ihm zunächst in wirksamer Weise unmöglich. Er hat aber keine Gelegenheit versäumt, zum Kampfe gegen Kaiser und Liga anzuspornen. Er behielt auf diese Weise freie Hand gegen Polen. In den 20er Jahren, als Ligisten und Kaiserliche das Reich überschwemmten, drängte er seinen unversöhnlichen Gegner von der Ostsee zurück, eroberte Livland, Kurland und Westpreußen und nahm die Flußmündungen, durch die Polen mit der Welt in Verbindung stand, unter Aufsicht. Die Ostsee ward bis gegen Bornholm hin schwedisch. Es versteht sich von selbst, daß damit der überlieferte Gegensatz zu Dänemark noch verschärft wurde.

Wie falsch beurteilten doch die Staatsmänner die Lage, die es für möglich hielten, diese beiden Mächte in einer „evangelischen Allianz" zu vereinigen, beurteilen Historiker, die das für ausführbar halten, sie noch heute! Leichter hätte man Bourbon und Habsburg zusammen vor den katholischen Wagen spannen können als Dänemark und Schweden vor den evangelischen. Gustaf Adolf ist Verhandlungen nicht ausgewichen; aber er hat mit klugem Bedacht seine Bedingungen für die Mitwirkung immer so gestellt, daß sie für Christian IV. unannehmbar waren. Es ist aber ein weiterer Beleg für seinen politischen Scharfblick, daß er die verlockende Gelegenheit der dänischen Niederlagen trotz aller Einladungen von katholischer Seite nicht zu benutzen versuchte, um dem Nebenbuhler völlig den Garaus zu machen. Er wußte mit Sicherheit zu unterscheiden, wo die größere Gefahr drohte. Gelang es ihm, Kaiser und Liga in ihre alte Stellung zurück zu drängen, so brauchte er

Dänemark so wenig wie Polen zu fürchten. Eine Niederwerfung Dänemarks mit katholischer Hilfe aber konnte nur ein Augenblickserfolg sein.

Gustaf Adolf zählt zu den Größten, die der Erdkreis als Herrscher gesehen hat. Der Fundamentalsatz gesunder Staatsmannskunst, daß die Kräfte eines Staatswesens nur einzusetzen sind für dessen eigene, wohl verstandene Interessen, war ihm in Fleisch und Blut übergegangen. Er war nicht, wie Christian IV., an den deutschen Dingen unmittelbar beteiligt; nie haben schwedische Könige deutsche Bistumspolitik getrieben. Dazu lag ihnen Deutschland zu fern. Was Gustaf Adolf jetzt die Waffen in die Hand drückte, war die Gefahr, die über ihm und seinem Volke schwebte: „Wir müssen ihnen in Stralsund begegnen, oder sie werden uns in Stockholm aufsuchen!" Alles, was er bis dahin errungen hatte, war in Frage gestellt, wenn er die Kaiserlichen an der Ostsee festen Fuß fassen ließ. Wie weit ihn dabei Glaubens-, wie weit Staatsinteressen vorwärts trieben, ist eine müßige Frage, die obendrein niemand beantworten kann. Zweifellos war er ein überzeugter evangelischer Christ; aber es lag schon in der Natur des von ihm gelenkten Staatswesens, daß seine Erfolge auch dem Protestantismus zugute kommen mußten. Nichts ist geschehen, was auch nur vermuten ließe, daß er bei längerem Leben und dauernder Macht protestantisiert haben würde, wie Ferdinand und Maximilian rekatholisiert haben. Hier liegt ein tief greifender Unterschied, der allerdings mehr seinen Grund in der Verschiedenheit der Bekenntnisse als der Persönlichkeiten hat.

Für Gustaf Adolf gab es noch einen besonderen Grund, der ihn nötigte, mit den Kräften seines Landes hauszuhalten und sie nur für unumgängliche Entscheidungen einzusetzen. Nach Bevölkerungszahl und wirtschaftlichen Hilfsquellen war Schweden neben Schottland trotz seines weiten Gebietes das unbedeutendste aller europäischen Königreiche. Es konnte sich in dieser Beziehung weder mit dem dänisch-norwegischen, noch gar mit dem polnischen Reiche messen; es stand, mit deutschen Territorien in Vergleich gestellt, nicht nur

dem sächsischen Kurfürstentum, sondern auch z. B. den vereinigten Gebieten von Württemberg und Ansbach-Baireuth-Kulmbach nach, die widerstandslos vor dem Willen der Liga zu Kreuze gekrochen waren. Die Erwerbungen aus dem polnischen Kriege waren zu jung, um eine wesentliche Stärkung der überlieferten Macht darzustellen. Die Geschichte kennt kein Beispiel, daß mit so geringen Mitteln so Großes geleistet worden ist, wie Gustaf Adolf an der Spitze Schwedens geleistet hat. Er wußte die Kraft seines Volkes nach allen Richtungen hin aufs äußerste anzuspannen und es zugleich bei gutem Willen zu erhalten.

Er konnte dabei an eine gewisse nationale Tradition anknüpfen, besonders in der Rüstungsfrage. In Schweden hat die Wehrhaftigkeit des Bauernstandes, der so ziemlich das Volk selbst darstellte, nie völlig brach, vom Staate unbenutzt, gelegen. Zum Teil hatte das seinen Grund in der Armut des Landes. Deutsche Söldner haben schwedische Könige stets nur in beschränkter Zahl halten können. Für Gustaf Adolf ist die Verwertung der einheimischen Wehrkraft die Grundlage seiner militärischen Stärke geworden. Er scheidet sich damit vollständig von allem, was sonst auf dem Gebiete der Kriegseinrichtungen die Übung der Zeit war. Er hat es verstanden, aus seinen Schweden, Goten und Finnen, die das Reich ihm stellte, ein wohl organisiertes und diszipliniertes Heer zu bilden. Als er Christian IV. kurz vor Abschluß des Lübecker Friedens zur Fortsetzung des Krieges zu bestimmen suchte, und dieser die Brauchbarkeit der ausgehobenen Mannschaften anzweifelte, entgegnete ihm Gustaf Adolf mit lebhaftester Wärme: „Ich will mich wohl verpflichten, mit meinen Reitern, obgleich sie keine schönen Pferde haben, eine der besten Kürassier-Kompagnien zu chargieren, die es in Tillys oder Wallensteins Armee geben könnte." Die Armee, die Gustaf Adolf ins Feld führte, war anderer Art als die Christians IV.

Er ist auch in den Jahren, bevor er selbst eingriff, nicht müde geworden, die deutschen Fürsten zur Verwendung ihrer Landeskraft in seinem Sinne anzuregen. 1623 schrieb er an Adolf Friedrich von Meklenburg: „Euer Liebden kann leicht aus dem Landvolk

2000 Mann schreiben, der Bruder ebenso, der Herzog von Holstein wohl mehr. Ein Schiff kann des Jahres nicht viel mehr kosten, als manch Bankett einem Euer Liebden unterweilen kostet, und wäre doch Euer Liebden mit einem mehr als mit dem andern gedient. Es möchte Euer Liebden jemand einbilden wollen, als wenn das Landvolk nicht zum Kriege tauget; lassen sich solches ja von den Großsprechern nicht einbilden; glauben mir, der ich täglich die Probe davon nehmen muß, daß, wenn sie wohl geführt und kommandiert werden, mit ihnen mehr denn mit der Soldateska auszurichten ist."

Mit dieser Zusammensetzung des schwedischen Heeres hängt auch die so sehr viel bessere Mannszucht zusammen, die Gustaf Adolf, verglichen mit allen zeitgenössischen und früheren Armeen, aufrecht erhalten konnte. Erst nach des Königs Tode, als es unvermeidlich wurde, dem Heere auch andere Bestandteile in größerem Umfange einzureihen, die dann doch alle unter dem gemeinsamen Namen der „Schweden" gingen, ist auch in diesem Heere jene Zuchtlosigkeit eingerissen, für die dann der Name der Fremden mit Vorliebe als Kennzeichen gebraucht worden ist. Jede Art der Beschuldigung, als hätten die Angehörigen des stamm- und glaubensverwandten protestantischen Hilfsvolks besonders schlimm im Reiche gehaust, etwa schlimmer als die vom Kaiser herbeigerufenen Spanier und Kroaten, Wallonen und Irländer, muß als völlig ungeschichtlich zurückgewiesen werden. Es mag doch auch betont werden, daß beide Könige, der dänische wie der schwedische, gekommen sind aus *eigenem* Antriebe, gedrängt durch die Interessen, die *sie* vertreten wollten, nicht gerufen von Angehörigen des Reiches, wie es fast ausnahmslos bei den katholischen Hilfsaktionen Auswärtiger der Fall gewesen ist. Man sollte mit derartigen Vorwürfen katholischerseits endlich daheim bleiben; sie richten sich selbst, da sie nur Verleumdungssucht oder Unkenntnis offenbaren.

Im Juni 1630 betrat Gustaf Adolf auf dem Ruden und dann in Vorpommern deutschen Boden. Zwei Monate später ward Wallenstein vom Kaiser auf Drängen der Fürsten entlassen. Seine

rücksichtslose Selbstherrlichkeit hatte vor allem auch die Genossen der Liga verletzt. Der Druck, unter den sein System der Heeresaufstellung und Heeresunterhaltung Freund und Feind beugte, schien unerträglich. Man wird dem Wechsel in der militärischen Oberleitung eine gewisse Bedeutung beimessen; die überraschenden Erfolge Gustaf Adolfs erklären sich doch vor allem aus seiner Überlegenheit zugleich als Staatsmann wie als Heerführer.

Seine Streitmacht war zunächst nur 15000 Mann stark. Er hatte, als er landete, außer den meklenburgischen Herzögen, die ihre Wiederherstellung von ihm erwarteten, keine Bundesgenossen auf deutschem Boden. Den eigenen Schwager, den brandenburgischen Kurfürsten, hat er nur mühsam halb zwingen, halb gewinnen können. Die Mehrzahl der Fürsten, voran der sächsische Kurfürst, war einig, in der grundsätzlichen Neutralität und Defensive zu verharren. Die Verzögerung, die so entstand, verschuldete den Fall und das Schicksal Magdeburgs im Mai 1631. Als Tilly Sachsen selbst angriff, schloß sich der Kurfürst endlich dem Könige an. Es folgten dann des sieggewohnten Ligaführers Niederlage bei Breitenfeld (7. September 1631) und Gustaf Adolfs Siegeszug an den Rhein und bis in die Hauptstadt des Baiernlandes. Erst die Aufstellung eines neuen kaiserlichen Heeres unter Wallenstein hemmte seine Fortschritte. Im Entscheidungskampfe bei Lützen am 6. November 1632 ward Wallenstein geschlagen, aber Gustaf Adolf fiel, in blühendster Manneskraft, noch nicht 38 Jahre alt.

Unendlich oft ist erörtert worden, was geschehen wäre, wenn der König seinen Sieg überlebt hätte. Was an Nachrichten erhalten ist, genügt nicht, um zu sagen, wie er selbst sich die Zukunft dachte. Sicher ist, daß er nicht versäumt haben würde, seine und Schwedens Stellung in Deutschland genügend zu stützen durch unmittelbaren Besitz, durch Bundesverhältnisse oder Unterordnung. Es ist möglich, vielleicht wahrscheinlich, daß er die Hand nach der Kaiserkrone ausgestreckt hätte. Gustaf Adolf hätte, als Ferdinand II. starb, im 43. Lebensjahre gestanden. Entschieden muß verneint werden, daß Schwedens König als deutscher Kaiser eine Gefahr

für Deutschland bedeutet hätte. Suezisiert werden konnte Deutschland nicht. Eine solche Gestaltung der Dinge hätte die Lage des Reiches nicht verschlimmern, ihr nicht so schädlich werden können wie einst das spanisch-burgundische oder wie das sonst drohend sich zeigende französische Kaisertum. Vielleicht wäre sogar aus ihr durch Einziehung der geistlichen Fürstentümer, die durchzuführen Gustaf Adolf wohl stark genug gewesen wäre, eine feste Reichsgewalt hervor gegangen.

Den Katholizismus hätte sie aber unter allen Umständen benachteiligt, den Protestantismus gefördert, ihn mindestens wieder auf den Stand der Jahre nach dem Augsburger Religionsfrieden gebracht, wahrscheinlich noch weiter verbreitet. Er hatte seine innere Werbekraft auch jetzt noch nicht vollständig verloren. So kann auch hier das Urteil kein einheitliches sein. Den „Retter des Protestantismus" wird man je nach dem Bekenntnis feiern oder verdammen. Über die persönliche Bedeutung des Mannes aber sollte kein Streit sein. Sie ist unleugbar; die Geschichte kennt unter den Machthabern keinen, den sie über ihn zu stellen hätte. Bei den Normannen hatten einst die Päpste Deckung gefunden vor der Übermacht der deutschen Könige; jetzt entriß ein nordischer Held Rom die Beute, die es schon in Händen zu haben glaubte. Die skandinavischen Germanen haben ihren vollen Anteil an den entscheidenden Wendungen der abendländischen Geschichte genommen. Die Wirkung ihres Eingreifens kann aber nicht einseitig als unglückliches Verhängnis beklagt werden; sie ist ausgleichend verteilt.

Es lassen sich nicht allzu viele Beispiele anführen, daß die Machtstellung, die ein Herrscher kraft seiner überragenden Fähigkeiten errang, aufrecht erhalten werden konnte auch ohne regierungsfähigen Erben. Axel Oxenstjerna hat das als Reichskanzler weit über Schwedens natürliche Kräfte hinaus vermocht, weil Gustaf Adolf es verstanden hatte, die Besten seines Volkes um sich zu sammeln und Institutionen zu schaffen, die über ihn hinaus wirksam blieben. Allerdings gestaltete sich der Kampf je länger, desto mehr

zu einem bloßen Ringen um befriedigende Vorteile, nicht um einen entscheidenden Sieg.

Am meisten machte sich das Fehlen des königlichen Führers in den Beziehungen zu den deutschen Fürsten bemerkbar. Brandenburg und Sachsen gingen bald wieder ihren eigenen Weg, Georg Wilhelm besonders wegen seiner Ansprüche auf Pommern. Aber die zahlreichen, zunächst bedrohten mittleren und kleineren evangelischen Reichsstände des Südwestens, der „vier oberen Kreise", scharten sich im Heilbronner Bündnis um Schweden. Im Februar 1634 schied Wallenstein aus dem Kreise der Mithandelnden. Gustaf Adolfs Ableben hatte ihm die Bahn frei gemacht für neue Taten; Erfolge sind aber dem Friedländer nicht mehr beschieden gewesen. Seine Persönlichkeit steht fremd in unserer Geschichte, die zu allen Zeiten wenig Raum gelassen hat für ehrgeizige, wenn auch noch so begabte Emporkömmlinge und Usurpatoren. Daß Wallenstein über den Parteien stehend ein neues deutsches Staatswesen hätte begründen können, ist ausgeschlossen. Ein solches Ziel hat auch in den Kreis seiner Gedanken nie ernstlich Eingang gefunden. Die Art, wie man sich seiner glaubte entledigen zu sollen, war niedrig genug; aber eine tiefere Teilnahme kann sein Schicksal wohl dem Dichter, nicht dem Historiker erwecken.

Auch ohne Wallenstein haben Kaiser und Liga sich den Schweden und ihren Bundesgenossen nicht nur gewachsen, sondern überlegen gezeigt. Nach ihrem Siege bei Nördlingen (6. September 1634) ließ sich Johann Georg von Sachsen (Mai 1635) zum Prager Sonderfrieden bereit finden, in dem der Kaiser einstweilige Sicherheit vor dem Restitutionsedikte zusagte und dem Kurfürsten die ihm schon verpfändeten beiden Lausitzen als böhmisches Lehen überließ. Brandenburg und andere evangelische Stände haben sich angeschlossen. Damit nahm der Krieg eine neue, seine verderblichste Wendung; Frankreich griff entscheidend in die deutschen Händel ein.

Es war nicht mehr, wie in der Zeit der Hugenottenkriege, durch eigenen konfessionellen Hader behindert, die Zerrissenheit

Deutschlands zu seinem Vorteil auszunutzen. Mit der Eroberung von La Rochelle (1628) hatte Richelieu dem calvinistischen Staate im Staate ein Ende gemacht, seinen andersgläubigen Landsleuten aber freie Religionsübung gelassen in demselben Augenblicke, wo in Deutschland mit dem Restitutionsedikt die gewaltsame Vernichtung des Protestantismus eingeleitet wurde. So war Frankreich wieder stark nach außen wie nur je in den besten Tagen Franz' I. Gustaf Adolf hatte es verstanden, französisches Geld für seine Zwecke flüssig zu machen, ohne irgend wie an Freiheit der Bewegung einzubüßen. Nach dem Prager Frieden war diese Aufgabe nicht mehr zu lösen. So ging die Leitung der Dinge an Frankreich über.

Derselbe Mann aber, der Kardinal, der daheim die Evangelischen bekämpft hatte, nahm nun in Deutschland Stellung gegen den Katholizismus. Das Übergewicht der politischen Interessen über die religiösen trat noch viel schärfer in die Erscheinung als in dem Verhältnis Gustaf Adolfs zu Christian IV. Richelieu verfocht die „deutsche Libertät", Recht und Ansprüche der Stände gegen den Kaiser, verfocht die Frankreich so nützliche deutsche Zersplitterung gegen die Einheit, die aus einer verstärkten Kaisergewalt möglicherweise hätte hervorgehen können. Er würde die gleiche Politik verfolgt haben gegenüber der Gefahr einer protestantischen Einigung; aber die Dinge lagen nun einmal so, daß er sie *gegen* seine Glaubensgenossen durchführen mußte.

So ist in dem Kriege die Bekenntnisfrage, die seinen Gang ja auch nie ausschließlich bestimmt hat, mehr und mehr zurückgetreten hinter die politischen Streitpunkte. Sachsen und Brandenburg haben dem Abschluß des Friedens mit dem Kaiser den offenen Krieg gegen Schweden folgen lassen, während Baiern, dessen politische Ziele in der Gestaltung der deutschen Dinge denen Frankreichs nicht so ganz entgegen gesetzt waren, nie aufgehört hat, eine Figur in Richelieus Spiel zu bleiben. Dänemark und Schweden haben in den Jahren 1643—45 einen abermaligen Waffengang mit einander ausgefochten. Die verschiedenartigsten deutschen und ausländischen Streitfragen sind auf deutschem Boden zum Austrag gebracht worden. Das

Reich grenzte fast mit allen Staaten Europas, und welcher von ihnen hätte nicht innerhalb seiner Grenzen Anliegen zu vertreten gehabt? Die Kriegsfurie durchtobte die deutschen Gaue in jähem Wechsel von Ost- und Nordsee bis gegen die Alpen hin und von den Vogesen bis zur Oder. Unser Vaterland wurde das Schlachtfeld Europas, der Krieg in gewissem Sinne zuletzt um seiner selbst willen geführt. In den jahrelangen Friedensverhandlungen spielen die Ansprüche derer, die von ihm lebten, keine geringe Rolle. Erst als auch sie Befriedigung fanden, konnte am 24. Oktober 1648 zu Münster und Osnabrück der Westfälische Friede geschlossen werden.



Fünftes Buch.

Vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongreß (1648—1814).

Erstes Kapitel.

Deutschland im Zeitalter Ludwigs XIV. (1648—1715).

Die Folgen des furchtbaren Krieges sind weit hinaus bestimmend geworden für Deutschlands Geschick. Wie stellen sie sich dar?

Aus konfessionellen Anlässen ist der Krieg entsprungen. Hat eins der Bekenntnisse Vorteil aus ihm gezogen?

Man könnte versucht sein, das für den Katholizismus zu bejahen. So weit Habsburgs Scepter reichte, war er wieder aufgerichtet worden; in der rheinischen Pfalz hatte er wieder Fuß fassen, in der Oberpfalz wieder hergestellt, auch sonst hier und da festgelegt werden können. Aber andererseits waren die norddeutschen protestantischen Bistümer unter weltliche Herren aufgeteilt, die auch deren Stimmen auf dem Reichstage führten; allein Osnabrück behielt noch einen Bischof. Doch sollte er abwechselnd katholisch und evangelisch sein, in diesem Falle aus dem Hause Braunschweig-Lüneburg.

Dazu mußte die katholische Partei sich in der Frage der Kirchengüter und der Behandlung der Andersgläubigen zu einem endgültigen Verzicht verstehen. Es ward eine Normalzeit vereinbart. Der Besitzstand, wie er am 1. Januar 1624 gewesen war, und die Religionsübung, wie sie an diesem Tage bestanden hatte, sollten mit Ausnahme der österreichischen Lande und der bairisch gewordenen

Oberpfalz dauernd sein. Wenn zu guter Letzt in das Friedensdokument noch die Bestimmung hinein gebracht wurde, daß das Zugeständnis nur „bis zur Religionsvereinigung“ gewährt sein solle, so hatte das so wenig tatsächliche Bedeutung wie der päpstliche Protest, der diese Einwilligungen für nichtig erklärte, weil allein mit päpstlicher Zustimmung solches nachgegeben werden könne. Den Landesherren blieb ein Recht der Ausweisung — und auch das nur mit mehrjährigen Fristbestimmungen — allein gegenüber Untertanen, die nach dem Normaltermin ihre Religion geändert hatten oder zugezogen waren.

Die konfessionellen Streitigkeiten haben mit diesen Bestimmungen nicht ihr Ende gefunden; sie sind auch nachher noch oft genug erbittert und mit Anwendung offener Gewalt geführt worden, haben auch eingewirkt auf die politische Gruppierung der Reichsstände. Aber zu kriegerischen Zusammenstößen unter ihnen ist es nicht mehr gekommen. Die Lehre des Dreißigjährigen Kampfes ist doch nicht vergessen worden. Man hat sich gewöhnt, Deutschlands konfessionelle Spaltung als etwas Unabänderliches hinzunehmen.

Wenn so der Westfälische Friede in Religionssachen in der Hauptsache den Zustand bestätigte, der vor dem Kriege rechtsgültig gewesen, so war ziemlich das Gleiche auf dem Gebiete der staatlichen Verhältnisse der Fall. Gegen Ende der zwanziger Jahre und wiederum nach der Schlacht bei Nördlingen hatte es scheinen können, als stehe die Wiederaufrichtung einer starken Kaisergewalt bevor. Diese Hoffnungen begrub der Westfälische Friede in gleicher Weise wie die auf Wiederherstellung der alten Kirche. Die Selbständigkeit der Reichsstände, ihr volles Verfügungsrecht, ihre Souveränität, wie der herrschende Sprachgebrauch es ausdrückte, wurde vertragsmäßig festgelegt mit der einzigen Beschränkung, daß ihnen Bündnisse gegen Kaiser und Reich untersagt sein sollten. Daß dieser Vorbehalt nur Bedeutung hatte, wenn die Macht vorhanden war, ihn zur Geltung zu bringen, hat die Folgezeit gelehrt.

Sicher war damit nichts tatsächlich Neues in die deutsche Geschichte eingeführt. Seit Jahrhunderten waren deutsche Fürsten und

Städte europäische Mächte gewesen und hatten Kriege geführt und Verträge geschlossen, ohne nach Kaiser und Reich zu fragen, auch gegen beide. Jetzt aber war diese Befugnis reichsrechtlich festgelegt. Die Staatsrechtslehrer, Samuel Pufendorf, der Heidelberger Professor und spätere schwedische, dann brandenburgische Historiograph, voran, brachten bald die Anschauung von der Ursprünglichkeit der landesherrlichen gegenüber der kaiserlichen Gewalt zu beherrschender Geltung. An die Stelle der kirchlich-religiösen Auffassung von Geschichte und Politik, die in der Zeit der Reformation und Gegenreformation so starken Einfluß gewonnen hatte, trat die staatsrechtliche; sie bestimmte die Haltung der Landesgewalten, drängte das Reichsrecht völlig in den Hintergrund. So wenig wie die religiöse ist die staatliche Einigung Deutschlands von Reichs wegen je wieder ernstlich ins Auge gefaßt worden.

Diesem Nichts an Ergebnissen stand nun ein empfindlicher Verlust an Reichsboden und eine beispiellose Verödung des deutschen Landes gegenüber.

Zum ersten Male in unserer Geschichte ist im Westfälischen Frieden vom Reiche selbst auf Reichsland verzichtet worden. Die ausdrückliche Anerkennung der eidgenössischen und der niederländischen Selbständigkeit legte allerdings nur völkerrechtlich fest, was längst unumstößliche Tatsache war, und keine andere Bedeutung hatte die endgültige Abtretung der Bistümer Metz, Toul und Verdun. Auch die Beziehungen zu den spanischen Niederlanden und der spanischen Freigrafschaft Burgund erfuhren keine tatsächliche Änderung; aber ihre Verbindung mit dem Reiche wurde mehr als je eine nominelle, für seinen Bestand bedeutungslos. Es mußte, wie der Gang der Geschichte nun einmal gewesen war, für alle diese fast ganz aus dem alten karolingischen Teilreiche Lothars heraus geschnittenen Zwischenlande noch als ein gar nicht hoch genug einzuschätzender Vorteil angesehen werden, daß sie mannigfaltig zersplittert und gesondert ihre eigene Entwickelung genommen hatten und nicht insgesamt Bestandteile französischer Macht geworden waren.

Tiefer schnitten andere territoriale Bestimmungen des Friedens in das Bestehende ein. Der Übergang der österreichischen Besitzungen im Elsaß an Frankreich mit allen Rechten, die das Reich an sie hatte, war ein schmerzlicher Verlust wertvollsten alten deutschen Gebietes und bedeutete mit dem französischen Besatzungsrecht in den rechtsrheinischen Plätzen Breisach und Philippsburg eine dauernde Gefährdung deutscher Sicherheit. Und kaum weniger verderblich war die Festsetzung der Fremden an unsern Meeresküsten. Es begann eine Zeit, in der Deutschland seiner sämtlichen Flußmündungen beraubt war. Von seiner Neugründung Glückstadt aus hatte der dänische König dem Verkehr auf der Niederelbe schon unbequem genug werden können. Jetzt kamen noch durch Erwerbung der Bistümer Bremen und Verden das linke Ufer des Stromes und die rechte Seite der Unterweser in schwedische Hände. Ostfriesland und die Emslande waren längst in ihrem wirtschaftlichen Leben und darüber hinaus in ihrer ganzen Kultur ein Anhängsel der Niederlande geworden. Als 1667 die Oldenburger Grafschaft nach dem Aussterben ihres angestammten Hauses an Dänemark überging, gab es an der Nordsee kaum noch einen Besitz, den man deutsch nennen konnte. Und an der Ostsee sah es nicht viel besser aus. Zu den Mündungen der Weichsel wurden jetzt auch die der Oder verloren. Zusammen mit Rügen, Stralsund und Wismar wurden sie schwedisch. An der ganzen langen baltischen Küste von Lübeck bis Königsberg waren Rostock und Kolberg die einzigen deutschen Plätze, die sich noch einigermaßen über die Stellung von Klipphäfen erhoben. Das deutsche Binnenland konnte mit der Außenwelt fast nur noch durch die Vermittlung oder unter Überwachung von Fremden verkehren.

Es ist neuerdings gelegentlich in Zweifel gezogen worden, ob die Verwüstung Deutschlands durch den Dreißigjährigen Krieg so umfassend war, wie die überlieferte Vorstellung will. Es ist richtig, daß nicht unser ganzes Vaterland und von seinen einzelnen Landschaften nicht alle in gleicher Weise in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Aber außerhalb des Alpengebietes gab es keinen Teil des damaligen Deutschen Reiches, der nicht wenigstens durch einige

Jahre gründlich heimgesucht worden wäre, und gerade in den fruchtbarsten und blühendsten Gegenden hatte der Krieg sich wiederholt dauernd festgesetzt. Die Angaben über Verluste mögen hier und da durch Unwahrhaftigkeit oder Gewinnsucht vergrößert worden sein; im allgemeinen können über die Zuverlässigkeit der uns zu Gebote stehenden Nachrichten Zweifel nicht bestehen. Manche Ortschaften sind dauernd verlassen geblieben; nicht wenige mußten aus ihren Trümmern neu erstehen. Die Äcker, die Weinberge, die Obstgärten lagen verwildert oder verwüstet. Die Bevölkerung war besonders in den offenen Orten auf einen Bruchteil zusammen geschmolzen, an manchen Stellen so gut wie verschwunden, in Wälder und auf Ödland verzogen oder zu einem Abenteurerdasein versprengt. Daß mit der wirtschaftlichen die sittliche Verwilderung Hand in Hand ging, versteht sich von selbst. Wie hätten die Massen des Volkes und auch Höherstehende treu bleiben sollen in der Erfüllung menschlicher und bürgerlicher Pflichten, während es an den unerläßlichen Vorbedingungen gesitteten Zusammenseins fehlte?

Man muß sich diese Lage vergegenwärtigen, um Leibnizens Wort, daß von allen Tugenden den Deutschen nur der Fleiß geblieben sei, richtig zu würdigen. Denn eben der Fleiß war die Tugend, die am sichersten den Ausweg aus dem Elend öffnete. Im Werdegang eines Jahrtausends war sie ein Gemeingut nicht nur der breiten Massen des Volkes, sondern auch seiner mittleren und oberen Schichten geworden. Bodenbeschaffenheit und Klima hatten ihre Entwickelung begünstigt, ja notwendig gemacht und übten fortgesetzt diesen fördernden Einfluß. Der Protestantismus hatte von seinen Anfängen an laut und vernehmlich jede Art redlicher Arbeit als Gott wohlgefälliges Werk gepriesen, als die vornehmste und wertvollste Betätigung wahrer Frömmigkeit. So hat lebensvoller Schaffenstrieb langsam wieder empor gehoben aus der tiefen Not.

Aber er konnte sich noch lange nur auf das Nächste richten. Weitreichende Wirkung, jede Form höherer Auffassung lagen fern. Auch konnte größeren Ansprüchen an Sitte und Lebensführung mit dem, was die Heimat bot, nicht genügt werden. Auf die Umgangs-

formen, die Prunk- und Genußsucht schon vor dem Kriege unheilvoll genug beeinflußt hatten, hat der Kriegsbrauch verwüstend gewirkt. Deutschland war auch in seinen besseren Ständen das Land grober, ungeschlachter Sitte geworden. So waren fremdem Einfluß Tür und Tor geöffnet; ausländisches, insbesondere französisches Wesen hielt mehr als je zuvor seinen Einzug, und nicht einmal allein zum Nachteil. Denn feinere Gebarung richtete sich nicht zuletzt durch Nachahmung fremder Vorbilder wieder auf. Zunächst wurden ihnen die Höfe dienstbar, dann, wie der Wohlstand sich wieder hob, auch weitere Kreise bis in die tieferen Schichten des Volkes hinab. Gebrauch der französischen Sprache, französische Moden und französische gesellschaftliche Sitten und Umgangsformen wurden Kennzeichen und unumgängliche Erfordernisse besserer Erziehung und Bildung. Auch aus früheren Jahrhunderten sind französische Einflüsse auf deutsches Leben zu verzeichnen; nie haben sie so tief gegriffen, sind nie so willig entgegen genommen worden wie in dem Jahrhundert, das dem Westfälischen Frieden folgte. Mehr als je ward deutsche Art aus dem Umgang der vornehmeren Klassen verdrängt.

Die Entwickelung ist gefördert worden durch die glänzende Stellung, zu der Frankreich sich unter Ludwig XIV. erhob. Es wurde die leitende Macht Europas und als solche maßgebend vor allem für die deutschen Verhältnisse.

Es ist nicht allein der Dreißigjährige Krieg, der es Frankreich ermöglicht hat, diese Stellung einzunehmen. Der Gang der gleichzeitigen Geschichte Europas hat es begünstigt. Die spanische Weltmonarchie hat in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts für Frankreich alle Schrecken verloren. Ihre Kraft, die nicht auf innerer Gesundheit, sondern auf bedenklichster Verwertung des überseeischen Besitzes beruhte, war im letzten 27jährigen Kampfe mit der Republik der Niederlande, vom Ablauf des 12jährigen Stillstandes bis zum Westfälischen Frieden, völlig verbraucht worden. Gleichzeitig hatte England eine innere Umwälzung erlebt, die es nach

außen lahm legte. Den wenigen Jahren geschlossener Kraft, die ihm unter Cromwell beschieden waren, sind unter den letzten Stuarts noch einmal Jahrzehnte gefolgt, in denen England französischer Politik so dienstbar wurde wie nie zuvor oder gar nachher. Dazu kam das Auftauchen der neuen schwedischen Großmacht, die zwar ihre eigenen Wege ging, aber doch mit Frankreich das gemeinsame Interesse hatte, die Mitte des Erdteils nieder zu halten. Daß im Osmanischen Reiche nach einem Jahrhundert ungefährlicher Schwäche noch einmal die alten Eroberungstendenzen ungeahnte Kraft gewannen, hat Ludwig XIV. so geschickt wie skrupellos zu benutzen verstanden. So hat er die ganze Kraft seines reichen Landes der Erweiterung der Ostgrenze widmen können.

Man hat sich gewöhnt, den Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich als unausgleichbar zu betrachten, und kein Lebender dürfte zu behaupten wagen, daß diese Auffassung falsch sei. Aber es ist doch eine geschichtliche Tatsache, daß dieser Gegensatz sich erst festgelegt hat in dem hier zu besprechenden Zeitraum.

Die beiden Nationalitäten haben in den Grenzlanden, die sich nach dem Zerfall des karolingischen Reiches heraus bildeten, stets zusammen gelebt. Nirgends hat jemals die Sprachgrenze auf namhafte Strecken die Grenze der beiden Reiche gebildet; fast ununterbrochen geht sie mitten durch die einzelnen Territorien hindurch. In den Zeiten, wo die karolingische Dynastie im Westreiche fortdauerte, während sie im deutschen Osten ausgestorben war, blieben zwar die Ansprüche des alten Herrscherhauses unvergessen; aber dann folgten Jahrhunderte, in denen beide Reiche nach keiner Seite hin so dauerhaften Frieden erlebten wie an den beiderseitigen Grenzen.

Anders ward das erst, als Deutschland schwach wurde. Es ist erwähnt worden, wie die letzten westfränkischen Karolinger sich mit weitgehenden Plänen der Verlegung ihrer Ostgrenze trugen; die überlieferten Vorstellungen von der Ausdehnung Galliens dienten ihnen neben dem Karolinger-Recht als Stütze. Die englische Gefahr, das Emporkommen des burgundischen Hauses, die Verbindung seiner Macht mit der deutschen Kaiserstellung, endlich die hugenottischen

Wirren haben diesem Streben nach einander so mächtige Hindernisse entgegen gestellt, daß zeitweise die Selbsterhaltung schwer wurde. Jetzt war das alles überwunden. Seit Heinrich IV. und Richelieu stand Frankreich wieder da in geschlossener Kraft und alsbald auch wieder bereit, sich nach außen im alten Sinne zur Geltung zu bringen. So übernahm es Ludwig XIV.

Er war zehn Jahre alt, als der Westfälische Friede geschlossen wurde. Der Neapolitaner Mazarin, der Vertrauensmann der letzten Jahre Richelieus, war an seines Meisters Stelle getreten und hatte Frankreichs Politik nicht weniger geschickt als dieser selbst geleitet. Beide hatten vor allem die Schwächung kaiserlicher Macht im Auge gehabt, die Aufrechterhaltung der libertas Germaniae, der Selbständigkeit der Reichsstände.

Das Ziel war im Friedensschlusse voll erreicht worden. Als Garant des Friedens und im Besitz der militärischen Stellung, die es am Oberrhein gewonnen hatte, war Frankreich jederzeit in der Lage, in Deutschland einzugreifen. Machtverschiebungen hätten sich dort gegen seinen Willen kaum vollziehen können. Keine günstigere Verteilung deutscher Macht aber konnte sich Frankreich denken, als wie sie zur Zeit bestand. Sie schloß jeden Versuch, den Nachbar zu schmälern, von vornherein aus, gestattete ihm aber, für jedes Ziel europäischer Politik, das nicht direkt gegen das Reich gerichtet war, deutsche Kräfte in Bewegung zu setzen. Von nationaler Feindschaft gegen Frankreich, das einem großen Teile des deutschen Volkes soeben noch Bundesgenosse gewesen war, konnte nicht die Rede sein. An Stelle dieser vom französischen Standpunkte aus denkbar glücklichsten Verhältnisse hat Ludwig XIV. eine Lage geschaffen, in der alles, was im Reiche noch einen Rest deutschen Empfindens bewahrt hatte, sich gegen den Sonnenkönig und sein Volk mit Abneigung, Widerwillen, ja mit Haß erfüllte, eine Lage, die den Gedanken, das Reich gegen französische Eroberungslust zu verteidigen, mehr als je zuvor zum Gemeingut des deutschen Volkes gemacht hat.

Die deutschen Fürsten in der Rolle dankbarer Schützlinge Frankreichs festzuhalten wäre für Ludwig XIV. um so wertvoller

und zugleich um so leichter gewesen, als der Dreißigjährige Krieg doch eine Machtverschiebung zur Folge gehabt hatte, die beiden nachteilig werden konnte. Die deutschen Habsburger standen nach dem Kriege in anderer Stellung da als vor seinem Beginn. Ferdinand II. hatte die Monarchie nicht nur konfessionell, sondern auch politisch zu einer Einheit, seine Herrschergewalt zu einer nahezu absoluten gemacht. Die Machtmittel des ausgedehnten Besitzes lagen sicher in der Hand des Regenten. Seit den Tagen Karls V. hatten die deutschen Habsburger nicht mit solchem Nachdruck auftreten können wie jetzt. Da sie auch nach dem Verzicht auf ihr elsässisches Stammland im vorderen Deutschland noch immer reich begütert waren, konnte ihre gesteigerte Kraft doch auch Frankreich fühlbar werden. Indem sie zugleich eine vermehrte Gefahr für die Reichsstände darstellte, hätte es nahe genug gelegen, alles zu vermeiden, was diesen Gegensatz verwischen konnte. Ludwig XIV. hat alles getan, die Gefährdeten in die Arme der Macht zu treiben, die sie im Dreißigjährigen Kriege hatten fürchten lernen.

Zwischen Frankreich und dem Reich lag der spanische Besitz burgundischen Ursprungs; nur auf der kurzen Strecke zwischen Metz und Basel hatten die beiden Länder noch eine gemeinsame Grenze. Der französisch-spanische Krieg hatte auch nach dem Westfälischen Frieden seinen Fortgang genommen. Als der Pyrenäische Friede 1659 auch ihn zum Abschluß brachte, trug Frankreich neuen Gewinn davon. Aber von den von Spanien abgetretenen Gebieten waren nur zwei feste Plätze, das hennegauische Avesnes und das luxemburgische Diedenhofen, alter Reichsbesitz; sonst erlangte Frankreich nur Boden zurück, den es einst an Burgund eingebüßt hatte. Absichten auf neue Erwerbungen vom Reich sind unter Mazarins Leitung nicht hervor getreten. Er blieb bei der alten Politik, die Schwachen zu sammeln, sie gegen den Kaiser zu stärken und zugleich den französischen Einfluß im Reiche lebendig zu erhalten. Er hat 1658 besonders mit Unterstützung des Mainzer Erzbischofs Johann Philipp von Schönborn einen „Rheinischen Bund" zustande gebracht. Der Kölner Kurfürst, Pfalz-Neuburg, Hessen-Kassel, Braun-

schweig-Lüneburg, Schweden für seine Länder Bremen und Verden, bald auch Trier, Münster und Württemberg, 1660 noch Hessen-Darmstadt, also protestantische und katholische Reichsstände in bunter Mischung, schlossen sich der Verbindung an, traten unter Frankreichs Führung. Es war nicht ihre Meinung, Reichsboden preiszugeben; sie glaubten aber an dem mächtigen Nachbar die rechte Stütze zu finden, sich neben dem Kaiser und nötigenfalls gegen ihn im Reiche zu behaupten.

Als nach Mazarins Tode (1661) Ludwig XIV. selbst die Zügel der Regierung ergriff, ist er dieser Frankreichs wahren Interessen allein entsprechenden Politik nicht allzu lange treu geblieben. Er hat alsbald begonnen, seine Hand nach deutschem Reichsgebiet auszustrecken, auf Grund der im Westfälischen Frieden erworbenen Rechte weiteren Besitz zu erstreben. Aus der endgültigen Abtretung von Metz, Toul und Verdun ward ein völlig aus der Luft gegriffener Anspruch auf das gesamte Diözesangebiet dieser Bistümer hergeleitet. Die Zugehörigkeit Lothringens zum Reiche, die Selbständigkeit der elsässischen Reichsstädte ward bestritten. Ohne Absage überfiel Ludwig XIV. 1667 im sogenannten Devolutionskriege die spanischen Niederlande, deren Übergang an Frankreich das Reich unmöglich gleichgültig lassen konnte, um die durch seine Vermählung mit der Infantin von Spanien, der Tochter Philipps IV., erlangten Erbansprüche schon jetzt zur Geltung zu bringen. Nur das Eingreifen der Tripelallianz (Englands, Schwedens und der Niederlande) hinderte ihn am vollen Erfolge. Er mußte sich 1668 im Aachener Frieden mit der Abtretung von sieben flandrischen und drei hennegauischen Plätzen begnügen, von denen die letzteren alte Reichsorte waren. Als gleichzeitig der auf zehn Jahre geschlossene Rheinische Bund ablief, erwies sich seine Erneuerung als unmöglich. Das Vertrauen war verwirkt. Die Rolle einer Schutzmacht hat Frankreich bei deutschen Reichsständen fortan nur noch in ganz besonderen Fällen spielen können. 1670 hat Ludwig XIV. das

Herzogtum Lothringen, das „Erbstück seiner Ahnen", mitten im Frieden besetzen lassen und Herzog Karl IV. zum zweiten Male vertrieben. Das Haus Lothringen hat von da an, ganz gegen seine frühere Politik, seine Geschicke unverbrüchlich an das Haus Habsburg gekettet.

Es würde der Sachlage nicht ganz entsprechen, wollte man alle Schuld für das entschiedene Einlenken in diese Richtung auf Ludwig XIV. allein häufen. Sein Volk kam ihm sicher auf halbem Wege entgegen. Die Vorstellungen von der alten gallischen, der fränkischen und karolingischen Macht sind bei den Franzosen, die Charlemagne als den Ihren ansahen, kaum je völlig erstorben. Die alte keltische Wertschätzung des Kriegsruhmes war ihnen im kampffrohen Mittelalter und in der Schlachtenlust der beginnenden Neuzeit vollauf lebendig geblieben. Seitdem der Adel sich der Krone völlig hatte beugen müssen — Mazarin führte im Kampf gegen die Fronde den letzten Schlag —, scharte er sich waffenfreudig um seinen König. So folgte dem vierzehnten Ludwig ein williges Volk. Erst die späteren Zeiten seiner opferheischenden Regierung haben das Land schwierig gemacht. Zunächst sah die Nation nur, daß Ruhm und Besitz sich mehrten durch ihren Herrscher; sie sonnte sich im Glanze seiner Erfolge und fing an, sich mit den Vorstellungen von ihrer angestammten militärischen und kulturellen Überlegenheit zu erfüllen, die ihr später so verderblich werden sollten. Ein Ludwig XIV. ist doch kaum an der Spitze eines anderen Volkes als des französischen denkbar.

Im April 1672 hat Ludwig die Republik der Vereinigten Niederlande mit Krieg überzogen. Er hatte es verstanden, die beiden andern Genossen der Tripelallianz auf seine Seite zu ziehen, und ließ seine Heere über deutschen Boden, den ihm die mit den Niederländern nicht ohne guten Grund verfeindeten geistlichen Herren von Köln und Münster öffneten, in die Lande der Staaten einmarschieren. Da ist der Große Kurfürst auf den Plan getreten. Es war das erste Mal, daß Brandenburg in eine europäische Frage eingriff, an deren Lösung ein deutsches Interesse gegenüber Frankreich hing.

Unter den Askaniern war die erweiterte Nordmark, wie berührt, eine der wesentlichsten Stützen deutscher Macht im Nordosten gewesen. Das Jahrhundert wittelsbachischer und luxemburgischer Herrschaft hatte ihre Bedeutung herab gemindert. Keine der beiden Familien war mit dem neuen Besitz völlig verwachsen. Anders der Hohenzollernstamm, der aus der Nürnberger Burggrafschaft 1411 nach der Mark verpflanzt wurde. Gleich den Hohenstaufen entsprossen aus einer der zahlreichen Burgen, die den Rand und die vorspringenden Bergkegel der schwäbischen Alb bedeckten und mit ihren Ruinen zum Teil noch heute schmücken, hatten Angehörige des Hauses schon im fränkischen Burggrafenamt wiederholt Gelegenheit gefunden, bedeutungsvoll in die Reichsgeschichte einzugreifen. Es ist fast durchweg geschehen zugunsten der Königsmacht, so besonders beim Emporkommen Rudolfs von Habsburg und zur Stütze Ludwigs des Baiern. Friedrich VI. hatte in den Wirren, die unter Wenzel und Ruprecht das Reich erfüllten, tatkräftig Stellung genommen und war dann ein bewährter Diener König Sigmunds geworden. Der vielbeschäftigte Herrscher übertrug ihm 1411 die verwahrloste Mark als Pfandbesitz, 1415 die Markgrafen- und 1417 auch die mit der Mark verbundene kurfürstliche Würde.

Auch als Markgraf und Kurfürst ist Friedrich vor allem im Dienste des Reiches tätig gewesen. In den schwierigen Beziehungen zu den Hussiten war er in Krieg und Verhandlung der tüchtigste und rührigste Vertreter deutscher Macht; wenn Kaiser Sigmund zuletzt doch noch Böhmens Herr wurde, so verdankte er das vor allem dem Hohenzollern. Friedrich I. hat aber auch gleich in den ersten Jahren seines neuen Regiments, noch ehe er Kurfürst wurde, Zeit und Kraft gefunden, der in der Mark eingerissenen Verwilderung ein Ende zu machen. Der zuchtlose Adel mußte sich wieder eine Landesherrschaft gefallen lassen. Der zweite Hohenzoller Friedrich II. hat die nach Selbständigkeit strebenden Städte unter den landesherrlichen Willen gezwungen; ihre Verbindung mit der Hanse mußten sie lösen. Keinem der anderen norddeutschen Fürsten ist im 15. Jahrhundert Ähnliches gelungen, von keinem auch so ernst-

haft erstrebt worden. Die Nachfolger sind aus dieser Bahn nicht mehr gewichen, besonders die Zeitgenossen der Reformation Joachim I. und Joachim II. nicht. Sie haben durch verbesserte Verwaltung, durch Verwendung bürgerlicher, gern aus der Fremde herbei gezogener Kräfte die Macht der Stände in Schranken gehalten. Es ist eine Entwickelung, die sich mehr oder weniger in allen größeren Territorien der deutschen weltlichen Fürsten vollzieht; aber man kann von Brandenburg sagen, daß es auf diesem Wege weiter gelangte als die meisten anderen deutschen Fürstentümer, besonders die norddeutschen.

Es gewann aber auch in anderer Richtung einen Vorsprung. Nach der Sitte der Zeit sind auch die brandenburgischen Hohenzollern in eine Reihe von Erbverträgen eingetreten. Es könnte auf Widerspruch stoßen, wenn man sagen wollte, daß sie umsichtiger und rühriger gewesen seien in der Pflege solcher Verbindungen als andere Fürstenhäuser, obgleich sich dafür Gründe anführen ließen; sicher ist, daß sie glücklicher waren. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts erfuhr die brandenburgische Macht durch verwandtschaftliche Beziehungen erheblichen Zuwachs. Ihr Anspruch auf das klevische Erbe führte nach dem Ableben Herzog Johann Wilhelms (1609) zu einer Vereinbarung mit dem gleichfalls erbberechtigten pfalz-neuburgischen Hause, nach welcher dem Kurfürsten Johann Sigmund Kleve selbst und in Westfalen die Grafschaften Mark und Ravensberg zufallen sollten, während Pfalz-Neuburg Jülich und Berg erhielt (1614). Als dann 1618 Albrecht Friedrich, des ersten preußischen Herzogs Albrecht Sohn, ohne männlichen Erben starb, fiel auch das alte Ordensland an den Kurfürsten, seinen Schwiegersohn. Die Neuerwerbungen Johann Sigmunds übertrafen den bisherigen Umfang seiner Besitzungen um mehr als 10 000 Quadratkilometer. In der Regierungszeit Georg Wilhelms kam durch den Tod Bogislavs XIV. (1637) noch der Anspruch auf Pommern hinzu, dessen alte Lehnsabhängigkeit durch wiederholte Verträge in ein Erbfolgeverhältnis umgewandelt worden war.

Die Erweiterung des brandenburgischen Machtbereichs zwang seine Lenker in große Aufgaben hinein, denen sie gerecht werden

mußten, wollten sie mit ihren Landen nicht verkümmern. Die Kämpfe, die im baltischen Osten Schweden und Polen, im Niederungsgebiet von Rhein und Maas Spanier und Niederländer mit einander auszufechten hatten, zogen jetzt ihre Untertanen in Mitleidenschaft. Im ganzen nördlichen Deutschland vom Rhein bis zur Weichsel konnte kaum noch eine territoriale Frage auftauchen, deren Lösung nicht für Brandenburg ihre Bedeutung gehabt hätte. Wie die Entscheidung über die Odermündungen und die lange Küste vom Darßer Ort bis zum Haff der Leba, für welche die neue schwedische Großmacht als Mitbewerber auftrat, ausfallen würde, war für diesen Staat eine Lebensfrage. Dazu hatte seine neue Zusammensetzung noch eine andere schwierige Aufgabe im Gefolge. Im Klevischen war der Kampf zwischen Reformation und Gegenreformation unentschieden geblieben. Johann Sigmund war am Christfest 1613 zum reformierten Bekenntnis übergetreten. So mußte die Leitung des Staates mit drei Konfessionen rechnen. Das Besitztum des Brandenburger Kurfürsten und Markgrafen wurde das erste paritätische Herrschaftsgebiet auf deutschem Boden, eine Wiederholung der Reichsverhältnisse in kleinerem Maßstabe. Johann Sigmund und dann der Große Kurfürst sind die ersten fürstlichen Vertreter toleranter Staatslenkung gewesen.

Georg Wilhelm (1619—1640) war nicht der Mann, so schwierigen Anforderungen gerecht zu werden. Sein Besitz hatte den doppelten Umfang des sächsischen, den dreifachen des bairischen Kurfürstentums, spielte aber im Dreißigjährigen Kriege nicht die entsprechende Rolle. Selbst Johann Georg von Sachsen zeigte sich selbständiger als Georg Wilhelm. Brandenburg wurde mehr von außen her geschoben, als von innen geleitet. Die doppelte Verschwägerung mit dem Pfälzer Kurfürsten und mit Gustaf Adolf hat Georg Wilhelm nicht aus seiner Zurückhaltung aufzurütteln vermocht.

Das wurde anders, als 20 jährig sein Sohn Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, zur Regierung kam. Noch in den letzten Jahren des großen Krieges ist seine umsichtige und kräftige Leitung seinem

Staatswesen zugute gekommen. Daß er im Westfälischen Frieden wenigstens die östliche Hälfte von Pommern davontrug, war sicher ein Erfolg, den der Vater nicht errungen haben würde. Das Bistum Kammin, das im letzten Jahrhundert unausgesetzt im Besitz pommerscher Fürsten gewesen war, füllte die Lücke zwischen den beiden Teilen des neuen Erwerbes. So lehnte sich auch das Bistum Minden gut an Ravensberg an, und das Bistum Halberstadt, dem die 1680 zum Vollzug gekommene Anwartschaft auf das Erzstift Magdeburg den Anschluß an die märkischen Lande sicherte, schob zum ersten Male in der Geschichte des Kurhauses dessen Besitz bis ans Gebirge vor. An allen großen Strömen Niederdeutschlands von der Maas bis zur Memel hatte jetzt Brandenburg-Preußen einen Anteil, und einer Postenkette gleich zog sich sein Herrschaftsgebiet quer durch das nördliche Reich von Emmerich bis Nimmersatt. Es war je nachdem eine zukunftsreiche oder eine unhaltbare Lage.

Friedrich Wilhelms Tätigkeit galt zunächst den äußersten Enden seines versprengten Besitztums. Sie stellten die dringendsten Aufgaben. Des polnischen Königshauses nicht aufgegebene Ansprüche auf den schwedischen Thron wurden dem kriegerischen Schwestersohne Gustaf Adolfs, Karl X. Gustaf von Pfalz-Kleeburg, der 1654 an die Stelle der Königin Christine getreten war, Anlaß zum Angriff auf Polen. Vergeblich bemühte sich der Kurfürst, neutral zu bleiben. Da der Schwedenkönig sich rasch als der Stärkere erwies, mußte er sich ihm anschließen und im Königsberger Vertrage vom 17. Januar 1656 an Stelle der polnischen die schwedische Oberlehensherrschaft über Preußen anerkennen.

Seine Brandenburger zogen dann mit den Schweden ins Feld, die neu begonnene Gegenwehr der Polen zu brechen, und errangen mit ihnen Ende Juli des Jahres in dreitägiger Schlacht den glänzenden Sieg von Warschau, ihre erste weltkundige Waffentat. Da aber auch dieser Erfolg die volle Niederwerfung Polens nicht sicherte, mußte Karl X. die weitere Bundesgenossenschaft des Kurfürsten im Vertrage von Labiau am 20. November 1656

mit dem Zugeständnis der vollen Unabhängigkeit des preußischen Herzogtums erkaufen. Als aber nun von allen Seiten die Nachbarn sich erhoben, Schwedens Macht in Schranken zu halten, und Karl X., von Polen ablassend, sich gegen Dänemark als den gefährlichsten seiner Feinde wandte, konnte Friedrich Wilhelm, in richtiger Würdigung der Lage seines Staates, es nicht für seine Aufgabe halten, seine Kräfte für die Herrscheransprüche des Schwedenkönigs einzusetzen. Er schloß Frieden mit Polen und erlangte in den Verträgen von Wehlau und Bromberg im September und November 1657 auch dessen Anerkennung für Preußens Selbständigkeit. Die alte Oberherrlichkeit des Reiches im Ordenslande war längst in Vergessenheit geraten; so war der Grund gelegt für eine europäische, über die eines Reichsfürsten hinausragende Stellung.

Die Ereignisse haben den Kurfürsten bald ganz auf die Seite der Gegner Schwedens geführt. Dänemark drohte völlig zu erliegen. Schwedens Alleinherrschaft auf der Ostsee konnte aber ein Staat nicht ertragen, dessen wichtigster Zugang zum Meere ohnehin schon in den Händen dieser Macht war. In Dänemark selbst und in Pommern hat Friedrich Wilhelm an der Spitze seiner Streitkräfte dem zu wehren gesucht. Wenn das begehrte Küstenland nicht schon damals gewonnen wurde, so war es, weil Frankreich, das Schweden nicht geschwächt sehen wollte, sich ins Mittel legte. So mußte der Kurfürst im Frieden von Oliva (3. Mai 1660) sich mit der Bestätigung der preußischen Unabhängigkeit zufrieden geben. Pommern wieder räumen.

In ähnlicher Weise wie der preußische hat der gleich entlegene klevische Besitz den Kurfürsten in die großen Welthändel hinein gezogen. Als das Land brandenburgisch wurde, war seine größte und wichtigste Stadt, Wesel, von den Spaniern besetzt; die übrigen festen Plätze waren in den Händen der Niederländer. Während des ganzen Dreißigjährigen Krieges haben sich die beiden Mächte hier auf brandenburgischem Boden bekämpft. 1629 war Wesel von

den Niederländern genommen worden; sie blieben auch im Lande, als der Westfälische Friede geschlossen war. Ihre Besatzungen standen noch in den festen Plätzen des Herzogtums, als 1672 die Franzosen einbrachen. Ganz abgesehen von seiner Lage ward Kleve schon dadurch ein Zielpunkt ihrer Operationen. Sie haben gleich zu Beginn des Feldzugs die Städte des Landes in ihre Gewalt gebracht.

Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte nicht weniger Anlaß, mit den Kaufherren von Amsterdam unzufrieden zu sein, als die geistlichen Nachbarfürsten von Köln und Münster. Die persönlichen Beziehungen, die durch des Kurfürsten Vermählung mit der Schwester des Statthalters geknüpft worden waren, hatten längst alle politische Bedeutung verloren. Der Schwager Wilhelm II. war schon 1650 gestorben, die Leitung des niederländischen Staatswesens dann völlig in die Hände der Aristokraten übergegangen. 1667 starb auch die Kurfürstin. An Lockungen wie an Drohungen, die französische Partei zu halten, fehlte es nicht, und es gab schwer wiegende Gründe, ihnen Gehör zu schenken. Wenn der Kurfürst sich gleichwohl für ein Zusammenstehen mit der gefährdeten Republik entschied, so macht das nicht allein seinem Mute, sondern auch seiner Einsicht Ehre. Ihm war klar, daß Frankreichs Sieg die größere Gefahr bedeute für *seinen* Besitz wie für Deutschlands Selbständigkeit, daß zeitweilige Vorteile, die zu erringen möglich gewesen wäre, dem gegenüber nicht in Frage kommen könnten.

Brandenburg war die erste und zunächst die einzige Macht, die für die Niederlande und den Schutz deutschen Bodens gegen französische Willkür eintrat. Es vermochte den Siegeslauf der Franzosen nicht zu hemmen. Als ihr Vormarsch aber vor den überfluteten holländischen Niederungen Halt machen mußte, hatte der Kurfürst es doch so weit gebracht, daß Kaiser Leopold sich ihm anschloß. Die gemeinsamen Operationen der Kaiserlichen und der Brandenburger am Mittelrhein, die weder einheitlich noch nachdrücklich genug geführt wurden, haben dann allerdings keinen andern Erfolg gehabt, als daß sie den Hauptteil der französischen Streit-

kräfte wieder aus den Niederlanden auf den Reichsboden herüber zogen, also ihren eigentlichen Zweck verfehlten. Die niederrheinisch-westfälischen Besitzungen des Kurfürsten gerieten fast vollständig in die Gewalt seiner Feinde, so daß er sich genötigt sah, am 6. Juni 1673 im Frieden von Vossem (bei Löwen) Neutralität zu versprechen, so lange nicht seine Pflicht gegen das Reich ihn zum Kriege gegen Frankreich zwinge. Dafür räumten die Franzosen bis auf Wesel und Rees, die erst nach dem Friedensschluß mit den Niederländern zurück gegeben werden sollten, seine klevisch-märkischen Lande. Wie im Osten war der Lohn seiner Anstrengungen bescheiden; doch umschloß er den wirklichen Besitz der Erbschaft, die seit zwei Menschenaltern dem Namen nach brandenburgisch war.

Die Ereignisse haben den Kurfürsten bald aufs neue gegen Frankreich ins Feld geführt. Noch im Sommer 1673 einigten sich der Kaiser und Spanien, Ludwig XIV. entgegenzutreten, und im Mai 1674 ward, nachdem der Kaiser eine Reihe der größeren Reichsstände zu sich herüber gezogen hatte, auch von Reichs wegen der Krieg gegen Frankreich erklärt.

Es ist bezeichnend für die Zustände, die sich entwickelt hatten, daß volle zwei Jahre eine fremde Macht ihre Truppen deutsches Reichsgebiet durchziehen, besetzen, schädigen und plagen lassen, mit dem Kaiser und einem der vornehmsten Reichsfürsten auf deutschem Boden Krieg führen konnte, ohne daß das Reich als solches sich regte. Im Westfälischen Frieden war auch eine Neuordnung der Reichsverfassung in Aussicht genommen worden. Sie ins Werk zu setzen, hat 1653/54 in Regensburg ein Reichstag getagt. Er kam wenig hinaus über Bemühungen, das Gleichgewicht der Konfessionen zu sichern und dem überlieferten Recht des Kaisers, den Titel eines Reichsfürsten zu verleihen, eine tiefer greifende Einwirkung auf die Abstimmungen am Reichstage abzuschneiden. Seine Aufgaben wurden dann der „ordentlichen Reichsdeputation“, einem seit dem Augsburger Tage von 1555 bestehenden ständigen Ausschuß, und dem nächsten Reichstage überwiesen. Nach zwei Jahren sollte er sich versammeln, ist aber erst 1663 zusammengetreten, dann aber nicht mehr aus

einander gegangen, der „ewige" Reichstag geworden, ein stets offener Tummelplatz für die diplomatische Kunst ständischer Gesandtschaften, aber so gut wie bedeutungslos für alle Lebensfragen des Reiches.

Am Reichskriege gegen Frankreich hat auch der Große Kurfürst, wiederum persönlich und mit der gleichen, starken Streitmacht, wie er sie den Niederländern zugeführt hatte (20000 Mann), teilgenommen. Aber da brachte Ludwig XIV. die Schweden für sich ins Feld. Sie rückten in die Mark ein. Der Kurfürst mußte vom Rhein herbei eilen, die Heimat zu schützen. Es folgten am 25. und 28. Juni 1675 die glorreichen Tage von Rathenow und Fehrbellin, die zusammen mit dem raschen, zielsicheren Anmarsch seinen und seiner Armee Waffenruhm dauernd begründeten. Friedrich Wilhelm konnte den Gegner im eigenen Besitz aufsuchen. In den nächsten Jahren wurden die Schweden, gegen die sich jetzt auch Dänemark wieder erhob, um Schonen zurück zu gewinnen, aus Pommern völlig vertrieben; alle festen Plätze, auch die Insel Rügen, wurden ihnen abgewonnen. Das lockende Ziel einer brauchbaren, brandenburgischen Seeküste zeigte sich in greifbarer Nähe.

Aber inzwischen hatten die Verbündeten auf den Kriegsschauplätzen an der französischen Grenze nachhaltige Erfolge nicht zu erringen vermocht. Montecuccoli und Karl V. von Lothringen hatten sich den französischen Führern gewachsen gezeigt, der junge Oranier Wilhelm III., den der Franzoseneinfall in die volle Erbstatthalter-Stellung emporgehoben hatte, dem Marschall von Luxemburg in den Niederlanden aber nur mit Mühe standgehalten. Die Generalstaaten machten im August 1678 zu Nymwegen ihren Frieden mit Frankreich; im September folgte Spanien. Es erhielt die 1668 abgetretenen hennegauischen und zwei flandrische Orte zurück, opferte aber die burgundische Freigrafschaft, Stadt und Land Cambrai (das alte Reichsbistum), vier andere hennegauische, nicht zum Reich gehörende Festungen und neun neue flandrische Plätze. An der spanisch-niederländischen Grenze bedeuteten die neuen Abmachungen gegenüber denen von 1668 eine für Frankreich höchst günstige Ab-

rundung seines Besitztums. Wenn im Februar des nächsten Jahres auch Kaiser und Reich Frieden schlossen, so blieb darauf die Erwägung, daß weiterer Krieg zu einer nicht gewünschten Mehrung brandenburgischer Macht an der Ostsee führen könne, beim Oberhaupt wie bei maßgebenden Ständen des Reiches nicht ohne Einfluß. Man behielt im Frieden das genommene Philippsburg, ließ aber den Franzosen das viel bedeutendere und wichtigere Freiburg, das sie erobert hatten. Friedrich Wilhelm, der noch soeben in einem glänzenden Winterfeldzuge die eingefallenen Schweden aus seinem preußischen Herzogtum vertrieben hatte, mußte sich vom französischen Könige im Juni 1679 den Frieden von St. Germain en Laye diktieren lassen, der ihn gegen eine Kriegskostenentschädigung zur Herausgabe seiner sämtlichen Eroberungen verpflichtete. Wenn das Sprichwort fortes fortuna adjuvat je gelogen hat, so war es hier der Fall.

Vergleicht man diesen Krieg mit früheren, so fällt in die Augen, daß Frankreichs militärisches Können sich nie zuvor so überlegen gezeigt hatte. Wie anders stand es da als noch zu Richelieus Zeiten oder gar, als es seinen Boden mühsam gegen Karl V. behauptete! Für ihren Besitz oder Bestand hatte diese Macht von ihren Nachbarn, die sich so schwer selbst zur Abwehr zusammen fanden, wahrlich nichts zu fürchten. Durch die Erwerbung der Freigrafschaft waren ihre Grenzen unmittelbar an die Juraketten und die Eidgenossenschaft, durch die Besetzung Lothringens ebenso geschlossen an die Vogesen vorgerückt. Die Gefahr einer spanischen Umsäumung bestand nicht mehr; Spaniens italienischer und sein niederländischer Besitz waren völlig aus einander gerissen. Der Ozean, die Pyrenäen und die Alpen umgaben und deckten Frankreich; nur im Nordosten fand sich kein natürlicher Schutz. Aber hier hatte man in der Ebene den dichten Wall Vaubanscher fester Plätze, deren Anlage die Erfolge der beiden letzten Kriege möglich gemacht hatten, und jenseits der Vogesen die vorgeschobenen Posten des elsässischen Besitzes und der Besatzungsrechte. Alle späteren Kriege haben erwiesen, wie schwer Frankreich in seinen Grenzen anzugreifen war. Es gab für dieses Volk und seine

Dynastie, deren absoluter Gewalt jederzeit die volle Volkskraft zur Verfügung stand, schlechterdings keinen vernünftigen Grund, nach weiterer Vermehrung seines Festlandsbesitzes zu streben.

Denn auch seine nationalen Ansprüche konnten als befriedigt gelten. Wohl gab es an Sambre und Maas noch Leute wallonischer Zunge, die nicht unter das Lilienbanner gehörten, aber weit zahlreicher waren die Angehörigen ober- und niederdeutscher Mundart, die durch den Westfälischen Frieden und die jüngsten Verträge unter den allerchristlichsten König gekommen waren. Daß dieses begabte, tapfere und reiche Volk, auch an Zahl eines der stärksten Europas, das weite, ergiebige und zukunftsreiche Feld der Tätigkeit jenseits der Meere trotz großer entsprechender Veranlagung und trotz vorhandenem inneren Drange vernachlässigte, um an seiner Ostgrenze unerreichbaren Zielen nachzujagen, ist eine der folgenschwersten Wendungen der neueren Geschichte, folgenschwer für Frankreich nicht allein, sondern für Europa und die Welt. Herbeigeführt wurde sie durch einen König, dem Machtmittel in die Hand gelegt waren wie keinem anderen Mitlebenden, und der diese Mittel zur Befriedigung seines Ehrgeizes, seiner Prunklust, Ruhm- und Herrschsucht nicht anders als auf altgewohnten Bahnen zu verwenden wußte.

Die Versuche, auf Grund vorgewandter, aus den Verträgen hergeleiteter Rechtstitel sein Besitztum zu erweitern, hat Ludwig XIV. nach den Friedensschlüssen mit gesteigerter Geschäftigkeit wieder aufgenommen. In Metz ward noch 1679 eine „Reunionskammer“ eingesetzt; sonst hatten die ordentlichen Parlamente die gerichtlichen Formalitäten zu erledigen. So ziemlich an der ganzen Grenze entlang vom Kanal bis zum Mittelländischen Meere ward unter Berufung auf angebliche alte Lehnsrechte neues Gebiet für französisch erklärt; den gefällten Erkenntnissen folgte in der Regel alsbald die Besitzergreifung. So geschah es an der mittleren Maas und Mosel und an der Saar, in Gebieten, die heute belgisch, luxemburgisch oder preußisch sind. Das feste Luxemburg selbst wurde zunächst eng eingeschlossen, 1684 den Spaniern mit Gewalt ab-

genommen. Vor allem aber hatte es Ludwig auf das Elsaß abgesehen. Es wurde in seinem ganzen Umfange beansprucht; nur für Straßburg fehlte ein Rechtstitel. Gleichwohl ist am 30. September 1681 die Besetzung erfolgt, ohne daß die reiche und wohlbefestigte Stadt Widerstand auch nur versucht hätte. In den alten Ursprungs- und Glanzstätten reichsstädtischen Wesens im deutschen Süden war wenig übrig geblieben von dem einstigen Bürgerstolz und Bürgermut, von dem im Norden Braunschweig, Magdeburg und Erfurt, Stralsund, Bremen und Hamburg im 17. Jahrhundert noch glänzende Proben und zum Teil mit vollem Erfolge abgelegt haben. An demselben Tage wie Straßburg haben französische Truppen auch Casale besetzt, damals die wichtigste und stärkste Festung der oberen Poebene.

Das Vorgehen Ludwigs XIV. ist weithin als brutale Gewalttat empfunden worden und war in der Tat nichts anderes; irgend welches Schutzbedürfnis, das ihm als Entschuldigung hätte dienen können, war nicht vorhanden. Vor allem im Reich war die Aufregung groß, bei hoch und nieder. Sie hat den Bestrebungen, an Stelle der leistungsunfähigen Reichsverfassung durch Vereinigung von Reichsständen die „Securität des Reiches" zu fördern, neuen Anstoß gegeben. Der niederländische Erbstatthalter hat sich 1679 an die Spitze einer antifranzösischen Union im Reiche gestellt, der eine Anzahl mitteldeutscher Reichsstände beitraten. Mehrere der leistungsfähigsten Reichsfürsten näherten sich dem Kaiser: Baiern, Sachsen, Braunschweig-Lüneburg. Auch die Bemühungen, die Wehrkraft des Reiches zu stärken, kamen durch die erlittene Unbill einigermaßen wieder in Fluß und sind wenigstens für einige „vordere" Reichskreise, den schwäbischen, fränkischen und oberrheinischen, die sich am meisten bedroht fühlten, und deren territoriale Zersplitterung besonders zur Reform drängte, nicht ganz ohne Wirkung geblieben.

Man muß sich dabei gegenwärtig halten, daß das deutsche Kriegswesen im Anschluß an den Dreißigjährigen Krieg und den Westfälischen Frieden eine wesentliche, für den weiteren Gang der Ereignisse nicht bedeutungslose Kräftigung erfahren hat. Es ist die Zeit, in der

die Einrichtung stehender Heere sich über Europa verbreitete, gefördert vor allem durch das französische und das schwedische Beispiel. Die deutschen Fürsten haben ihre im Westfälischen Frieden gehobene Machtstellung nach kaum einer Richtung so energisch zum Ausdruck gebracht wie in der Ausbildung ihrer kriegsherrlichen Stellung. Die Entwickelung absoluter Monarchengewalt, für die ganz besonders, und vor allem für die deutschen Fürsten, wieder Frankreich vorbildlich wurde, steht damit in engem Zusammenhange. Die Not des großen Krieges hatte das Ihre getan, die Geltung der Stände, die Kraft ihres Widerstandes gegen unvermeidliche Anforderungen der Landesgewalten zu schwächen. So sind besonders Finanz- und Heeressachen in der großen Mehrzahl der deutschen Territorien in dieser Zeit mehr Gegenstand persönlicher Verfügung und Anordnung der Landesherren geworden, als das je zuvor in deutschen Landen der Fall gewesen war, Finanzfragen vor allem in dem Sinne, daß ihre Lösung in erster Linie der Möglichkeit starker Rüstungen zu dienen hatte.

Diese Wandlung setzt in Baiern schon mit Herzog Max ein. Kursachsen und Kurbrandenburg sind durch den Gang des Krieges in sie hinein gezogen worden. Der Krieg ward auch für Herzog Georg von Lüneburg und Landgraf Wilhelm V. von Hessen-Kassel Anlaß, entschieden in die neue Bahn einzulenken. Dort setzten dann die Söhne von Celle und Hannover, hier die entschlossene Witwe Amalie Elisabeth aus dem Hause Hanau-Münzenberg das Begonnene fort. Zahlreiche minder begüterte Fürsten sind dem Beispiele gefolgt. Hatten im Dreißigjährigen Kriege noch einmal landlose oder landarme Söldnerführer, wie der Mansfelder und der Braunschweiger, der Badener Markgraf, Bernhard von Weimar und nicht zuletzt Wallenstein selbst eine ausschlaggebende Stellung gewinnen können, hatte nach dem Kriege der aus seinem Herzogtum vertriebene Lothringer Karl IV. noch jahrelang an der Spitze eines Söldnerheeres eine Macht darzustellen vermocht, so wurden jetzt die von Landesherren gehaltenen, der Mehrzahl nach aus Landeskindern zusammengesetzten stehenden Heere die durchaus herrschende Form

deutscher Kriegsverfassung. Ihr Vorhandensein machte die Fürsten bündnisfähig und bedeutete für sie auch im Frieden kaum eine Last, da es an Subsidien großer Mächte für ihre Bereitstellung nicht zu fehlen pflegte und es auch Gelegenheit genug gab, sie fremden Kriegführenden um Geld oder um anderer Vorteile willen in Dienst und Unterhalt zu geben.

So gebrach es Deutschland zur Zeit Ludwigs XIV. nicht an kriegskundigen und waffenlustigen Führern und Mannschaften. Manche Landesherren sind damals und zum Teil noch bis weit über die Mitte des nächsten Jahrhunderts mit schlagfertigen Heeren ins Feld gezogen, deren Stärke die in unseren Tagen der allgemeinen Wehrpflicht übliche Prozentziffer der Bevölkerung noch überstieg. Insbesondere ist damals der Unterschied, der in Bezug auf kriegerische Betätigung in der Zeit des Landsknechtswesens sich zwischen dem deutschen Süden und Norden herausgebildet hatte, wieder ausgeglichen worden. Die im Durchschnitt wesentlich ansehnlicheren Territorien des Nordens haben im allgemeinen den neuen Weg mit größerem Erfolge betreten, und so hat sich Deutschlands kriegerische Stärke, natürlich in besonderem Zusammenhange mit dem Emporwachsen der kurbrandenburgischen Macht, wieder mehr nach dem Norden verlegt.

Hätte die vorhandene Kraft sich in einer Hand zusammenfassen lassen, Ludwigs XIV. Reunionen möchten bald auf überlegenen Widerstand gestoßen sein. Auch die immer bedrohlicher sich zeigende Gefahr hat aber eine volle Einigung nicht herzustellen vermocht. Brandenburg glaubte nach den schmerzlichen Erfahrungen des letzten Krieges sein Heil fortgesetzt im Anschluß an Frankreich suchen zu müssen, und die gleiche Haltung beobachteten zunächst die rheinischen Kurfürsten. Außer dem Vorteil der mangelnden Einheit beim Gegner genoß Ludwig XIV. aber noch den der ausgesetzten Lage Deutschlands. Keiner seiner Vorgänger oder Nachfolger hat die Beziehungen zur Türkei so erfolgreich verwenden können, Kaiser und Reich zu beschäftigen, wie Ludwig XIV.

Die Veziere Mohamed und Achmed Köprili und Kara Mustafa, die nach einander 27 Jahre lang (1656—83) unter Mohamed IV. das türkische Reich leiteten, haben die alte Osmanenmacht noch einmal zu bedrohlicher Höhe erhoben. Den Sieg von St. Gotthard, den Montecuccoli 1664 an der Raab nahe der steirisch-ungarischen Grenze über Achmed Köprili davontrug, hatten auch Truppen des allerchristlichsten Königs, als eines Gliedes des Rheinischen Bundes, mit erfechten helfen. Auch durchzieht die Türkenkriege dieser Zeit, besonders in den Tagen des plan- und kraftvoll arbeitenden Papstes Innocenz XI. (1676—1689), unverkennbar noch einmal ein Gefühl christlicher Gemeinsamkeit gegenüber den Ungläubigen. In den Kämpfen, welche die Venetianer um Kreta und später im Peloponnes führten, und in denen besonders deutsche Fürsten und Mannschaften Heldenruhm erwarben, tritt das besonders militärisch, in der Verbindung zwischen Österreich und Polen, die in Kraft erhalten zu haben vor allem ein Verdienst Innocenz' XI. ist, diplomatisch hervor. Um des Scheines willen hat die Politik Ludwigs XIV. gelegentlich einen Anschluß an die allgemeine Stimmung geheuchelt; in Wirklichkeit bewahrte sie unentwegt die gleiche Tendenz, den Türken zu gebrauchen gegen den Kaiser.

Mehr noch als einst in Franz' I. Tagen hat jetzt Habsburgs ungarische Stellung dazu als Handhabe dienen können. Zu dem nationalen Gegensatz gegen das fremde Herrscherhaus war durch die Verbreitung des Augsburger Bekenntnisses bei den deutschen, des Calvinismus bei den magyarischen Untertanen der Stephanskrone ein neues Moment des Zwistes und Widerwillens getreten, das durch die konfessionelle Unduldsamkeit, wie sie seit Ferdinand II. habsburgischer Regierungsweise eigen geworden war, besondere Schärfe erhielt. Es war leicht wie nur je, die Ungarn gegen ihren König und jetzt auch die Türken zu ihrer Hilfe ins Feld zu bringen. Als eben Straßburg von den Franzosen besetzt worden war, kam es so weit, daß Emerich Tököly als ungarischer König ausgerufen, von den Türken anerkannt und unterstützt wurde. Ludwigs XIV. Ziel war die Gutheißung der Reunionen durch Kaiser und Reich. Wie

hätte er nicht versuchen sollen, sie zu erzwingen durch Förderung der Türkennot? Entgegenkommen in der Religionsfrage, zu der sich Kaiser Leopold noch 1681 für Ungarn verstand, hat die Lage nicht mehr bessern können.

So kamen die Tage, in denen es schien, als ob beide Städte, die Karl V. nach seinem bekannten Ausspruch als die Bollwerke des Reichs und der Kaisermacht angesehen hatte, Straßburg und Wien, verloren gehen sollten. Nie ist die Türkenflut so hoch gestiegen wie im Spätsommer 1683 während der Belagerung der Kaiserstadt an der Donau vom 17. Juli bis zum 12. September. Nie ist aber auch die Hilfe des Reiches so stark zur Stelle gewesen. Ihr vor allem ist es zu danken, daß der Siegeslauf des Halbmondes sich in Flucht wandelte, ihr und ihren fürstlichen Führern, dem landlosen Herzog Karl V. von Lothringen, den Kurfürsten von Baiern und Sachsen, Max Emanuel und Johann Georg III., dem jungen Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden. Mit Recht hat die neuere Geschichtschreibung betont, daß die Verdienste des wohl tapferen, aber auch selbstgefälligen und anmaßenden Polenkönigs Johann Sobiesky um den Sieg vor Wiens Mauern nicht die überragende Geltung beanspruchen können, die ihnen lange beigelegt worden ist. Eine eigentümliche Beleuchtung erhält die Lage der Zeit durch die Tatsache, daß brandenburgische Hilfsvölker vor Wien fehlten. Kaiser und Kurfürst hatten sich nicht einigen können über die französische Politik. Friedrich Wilhelm vertrat eifrig Ludwigs XIV. Forderung, daß ihm unverzüglich (noch vor Ablauf des August) ein Stillstand von 30 Jahren auf Grund der zur Zeit bestehenden Besitzverhältnisse zugesagt werde, eine Forderung, die der König als ein besonderes, allein durch die gemeinsame Türkengefahr veranlaßtes Entgegenkommen angesehen wissen wollte gegenüber seinem „berechtigten" Anspruch auf volle Abtretung der reunierten Gebiete!

Im Jahre nach dem Wiener Siege haben sich Kaiser und Reich in Regensburg doch zu einem Abkommen verstanden, nach welchem die bis zum 1. August 1681 vollzogenen Reunionen, außerdem Straßburg, noch verstärkt durch das inzwischen besetzte Kehl, auf

zwanzig Jahre Frankreich überlassen wurden. Nicht mit Unrecht war des Kaisers Sinn auf Vertreibung der Türken aus Ungarn gerichtet. Ihr Erscheinen vor Wien hatte Ludwig XIV. zu einem neuen Raubzug gegen die spanischen Niederlande benutzt, der ihm jetzt im Regensburger Abkommen die Abtretung des entwendeten Luxemburg eintrug. Wenn dieses Abkommen nicht hinüberführte zu einem dauernden Frieden in seinem Sinne, so hatte er das allein der Fortsetzung seiner brutalen Gewaltpolitik zu danken.

Am 16. Mai 1685 ist mit Kurfürst Karl die simmernsche Linie des pfälzischen Hauses ausgestorben. Mit Zurücksetzung des nächstberechtigten Erben Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg erhob Ludwig XIV. alsbald Ansprüche auf das Kurfürstentum für seinen Bruder Philipp von Orleans, den Gemahl der bekannten Liselotte, der Schwester Karls. Damit wäre Frankreich am Oberrhein zu beiden Seiten des Flusses die weitaus besitzreichste Macht geworden.

Am 17. Oktober desselben Jahres hat Ludwig das Edikt von Nantes aufgehoben. Der Schritt war das Zeichen für die Lösung der brandenburgischen Politik aus französischem Banne. Der Kaiser verstand sich im nächsten Frühjahr dazu, als Entschädigung für Brandenburgs Ansprüche auf schlesische Gebietsteile den Kreis Schwiebus, der getrennt vom übrigen Schlesien fast ganz inmitten kurfürstlichen Landes lag, abzutreten, allerdings in mehr als verwunderlicher Weise nur zum Schein, da der Kurprinz sich bewegen ließ, insgeheim die Zusage zu geben, daß er den abgetretenen Kreis nach seinem Regierungsantritt zurückgeben werde. Es kam so wieder ein kaiserlich-brandenburgisches Bündnis gegen die weitere Ausbreitung Frankreichs auf Reichsboden zustande.

Im Sommer 1686 folgte die Augsburger Allianz, in der eine Anzahl besonders oberdeutscher Reichsstände mit dem Kaiser, Spanien und Schweden zu dem gleichen Zwecke zusammen traten, während Ludwig nicht müde wurde, durch fortgesetzte Vertragsverletzungen und Rechtswidrigkeiten auf deutschem Boden die Stimmung weiter gegen sich aufzubringen. Als der Kaiser in Ungarn, fortdauernd

unterstützt aus dem Reiche, glänzende Erfolge errang, 1686 nach 145jährigem, ununterbrochenem osmanischen Besitz Ofen zurückeroberte, im nächsten Jahre Anerkennung der Erbrechte seines Hauses durch einen ungarischen Reichstag und die Krönung seines Sohnes Josef erlangte, endlich durch Max Emanuel von Baiern, der neben dem Lothringer Herzog der Kriegsführer dieser Jahre war, am 6. September 1688 sogar Belgrad gewann, glaubte Ludwig XIV. trotz des Regensburger Vertrages selbst wieder zu den Waffen greifen zu sollen, dem oft verleugneten, aber stets gebrauchten Bundesgenossen zu helfen und die alten und neuen Ansprüche unter Dach zu bringen. So beschwor er den Krieg herauf, der zum Wendepunkt seines Lebens werden sollte.

Am 24. September 1688, achtzehn Tage nach Belgrads Fall, überschritten die französischen Truppen die bisher inne gehaltenen Grenzen, machten sich zu Herren des Rheinstroms von Basel bis Köln und überschwemmten die Lande an Main und Neckar. Im Reiche ward allen Gutwilligen klar, daß von Nachgiebigkeit nicht weiter die Rede sein könne. Die großen Fürsten schlossen sich um den Kaiser zusammen; in Brandenburg war am 9. Mai Friedrich III. an die Stelle des Vaters getreten. Im Februar 1689 erfolgte — rasch für den Regensburger Geschäftsgang — die Kriegserklärung des Reiches. Sieben Wochen nach dem Einbruch der Franzosen hatte sich der Oranier zu seiner von so glänzendem Erfolge gekrönten Expedition nach England eingeschifft. Die Stuarts mußten weichen, und der begabteste und nachhaltigste Gegner des französischen Königs ward Lenker der Politik beider Seemächte. Am 12. Mai 1689 kam ein kaiserlich-niederländisches Bündnis zur Wiederherstellung des Westfälischen und Pyrenäischen Friedens zum Abschluß, und zwei Tage später erklärte England Ludwig XIV., dessen Schiffe Jakob II. nach Irland geführt hatten, den Krieg. Auch Spanien und Savoyen griffen zu den Waffen. So erhob sich fast ganz Mittel- und Westeuropa gegen die Eroberungslust des französischen Königs.

Zunächst zurückweichend vor den deutschen Streitkräften hat

Ludwig XIV. geglaubt, nach Römer- und Barbarenbrauch ein Ödland schaffen zu sollen zur Grenzdeckung. Im Sommer 1689 erfolgte die planmäßige Verwüstung der Pfalz. 1693 ist Heidelberg zum zweiten Male zerstört und zugleich das württembergische Land heimgesucht worden. Den Gang des Krieges hat das nicht entscheidend beeinflussen können, wohl aber eine tiefe Kluft zwischen den beiden Nationen geschaffen. Auch einer Zeit, welche die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges noch in lebendiger Erinnerung hatte, war solch frevler Mißbrauch augenblicklicher Machtüberlegenheit neu. Er hat das Seine getan, in Deutschland Willigkeit und Eifer zu mehren. Des Kaisers Sohn Josef wurde im Januar 1690 ganz ohne die üblichen Schwierigkeiten zum Römischen König gewählt.

In den folgenden Kriegsjahren ist es dann doch nicht gelungen, namhafte Vorteile über Frankreich davon zu tragen. Die Geschlossenheit seiner Macht und Lage war der Zersplitterung der Gegner zu sehr überlegen, als daß größere Erfolge hätten erzielt werden können. Es fehlte auch nicht an Zwistigkeiten unter den Verbündeten; auf die Dauer ließen sich die Sonderbegehren nicht zurückdrängen hinter die allgemeine deutsche Sache. Gleichwohl haben Kaiser und Reich zugleich den Krieg gegen Osten und Westen führen und auf beiden Seiten zu günstigem Abschluß bringen können. Belgrad ging 1690 wieder an die Türken verloren; im nächsten Jahre aber wurde Mustafa Köprili bei Slankamen in der Nähe von Peterwardein so entscheidend geschlagen, daß die Pforte den Krieg nur noch unlustig weiter führte. Auch Frankreichs reiche Kräfte erschöpften sich in dem langen Ringen. Es vermochte mit Ehren zu widerstehen, Vorteile aber auch nicht zu erringen. Dazu mahnte schwere Krankheit Karls II. von Spanien, sich für die große Entscheidung bereit zu halten. So hat Ludwig XIV. sich zum Frieden entschlossen.

Er kam am 20. September 1697 mit den Niederlanden, England und Spanien in Ryswick, nahe dem Haag, zustande, mit Kaiser und Reich am 30. Oktober. Ludwig verzichtete auf alle seit dem Nymweger Frieden gemachten Erwerbungen, auf alle Reunionen außerhalb des Elsasses, auf Freiburg und Breisach, Philippsburg und Kehl.

Eine Religionsklausel bestimmte, daß der Katholizismus bleiben solle überall, wo ihn Frankreich wieder eingeführt habe. In Lothringen durfte wieder der rechtmäßige Herr einziehen, seit des tapferen Karl V. Tode im April 1690 dessen Sohn Leopold Josef. Wenige Tage vor dem Ryswicker Friedensschlusse hatte Prinz Eugen den Sultan Mustafa II. bei Zenta an der unteren Theiß besiegt. Es folgte im Januar 1699 der Friede von Carlowitz, in dem die Türkei ihren Ansprüchen auf Ungarn und seine Nebenländer entsagte. Nur das Banat blieb türkisch, sonst wurde die Grenze, abgesehen von einer Abweichung, so gezogen, wie wir sie bis 1908 gekannt haben.

Diese Kämpfe haben die Stellung des Kaisers mächtig gehoben, auch im Reiche. Diesmal war er auch im Westen ein starker Schutzherr gewesen. Die Popularität der Türkenkriege in der deutschen Volksvorstellung stammt aus den Kämpfen Kaiser Leopolds. Nie zuvor hatten Deutsche aus allen Landen dort unten so einmütig, so nachhaltig und so erfolgreich gestritten als in den Zeiten, wo der „edle Ritter" und seine Schlachtgenossen volkstümliche Helden wurden. Unleugbar hatte sich bei hoch und nieder ein kriegerisches Gesamtgefühl heraus gebildet im gemeinsamen Einstehen für deutschen Besitz und deutsches Recht gegen Türken und Franzosen. Seine Entwickelung gefördert zu haben, ist eine ungewollte, aber nicht wegzuleugnende Wirkung der Politik Ludwigs XIV.

Allerdings sollte dieses Kameradschafts- und Vaterlandsgefühl noch lange viel zu schwach bleiben, um Deutschland häufiger gegen das Ausland zu einigen. Gleich im Spanischen Erbfolgekriege versagte es in bedenklichster Weise. Wenn das Haus Habsburg, das mit dem eigenen Interesse doch auch zugleich ein gesamtdeutsches vertrat, aus dem neuen, langen Streite abermals glänzende Erfolge davon trug, so hatte es das besonders den außerdeutschen Gegnern Frankreichs zu danken.

Daß es zum Kriege kam, war wiederum vor allem Ludwigs XIV. Schuld. Am 1. November 1700 ist Karl II. von Spanien gestorben. Er hatte sich vier Wochen früher bewegen

lassen, Philipp von Anjou, den zweiten Sohn des Dauphin, Enkel Ludwigs XIV. von seiner spanischen Gemahlin, zum Erben seiner Reiche einzusetzen, zugleich aber bestimmt, daß sie nie mit einer anderen Monarchie vereinigt werden sollten. Das entsprach der Gesinnung der Spanier, denen Unteilbarkeit und Selbständigkeit ihres Besitzes als unerläßliche Bedingungen jeder Neuordnung galten. Auch die Seemächte konnten sich trotz der Durchkreuzung der Teilungsabkommen, die sie schon mit Frankreich getroffen hatten, mit dieser Entschließung abfinden. Ludwig XIV. hat aber das Jahr nicht zu Ende gehen lassen, ohne die Erklärung abzugeben, daß dem neuen Könige von Spanien sein französisches Erbrecht in vollem Umfange gewahrt werde, und hat bald in den Niederlanden unter Verdrängung holländischer Garnisonen eine Anzahl fester Plätze, in Italien Mailand und Mantua durch seine Truppen besetzen lassen. So trieb er die Seemächte dem Kaiser in die Arme. Am 7. September 1701 ward ein österreichisch-englisch-niederländisches Bündnis geschlossen, das Spaniens Kolonien den Seemächten, seine italienischen und niederländischen Besitzungen Österreich zuwies.

Kaiser Leopold hat für den neuen Krieg weniger bereite Helfer gefunden als für den jüngst überstandenen. Erklärte Feinde wurden ihm die bairischen Wittelsbacher. Seine Tochter Marie Antonie, einziges Kind aus seiner Ehe mit der zweiten Tochter Philipps IV. von Spanien, der jüngeren Schwester der Gemahlin Ludwigs XIV., war mit Max Emanuel von Baiern vermählt gewesen. Allein ihr Sohn, der Kurprinz Josef Ferdinand, nicht das Haus Habsburg, hatte Ansprüche an das spanische Erbe, die neben den bourbonischen in Betracht kommen konnten, und der Kurprinz war auch schon von Karl II. als Universalerbe eingesetzt, als er im Februar 1699 siebenjährig starb. Kurfürst Max Emanuel war seit 1691 Statthalter der spanischen Niederlande. Er hatte tapfer und oft glücklich für den Kaiser und für Spanien gegen Türken und Franzosen den Degen geführt. Wenn er sich jetzt auf die französische Seite stellte, so spielte der alte, nie völlig verdeckte Gegensatz zwischen Habsburg und Wittelsbach mit. Er fürchtete nicht ganz ohne

Grund, von dem glücklicheren Mitbewerber um deutsche und europäische Macht völlig zur Seite gedrängt, in seinem angestammten Besitztum selbst geschmälert zu werden. Sein Bruder Josef Clemens, Erzbischof von Köln, Bischof von Lüttich und Regensburg, war ihm in der Parteinahme für Frankreich schon voran gegangen. So hat zwei Kurfürsten die Reichsacht getroffen.

Die Franzosen haben in diesem Kriege infolge ihrer Verbindung mit Baiern fast tiefer ins Reich eindringen können als selbst im Dreißigjährigen. Sie haben 1703 versucht, durch Tirol ihre in Italien und die in Deutschland kämpfenden Streitkräfte mit einander zu vereinigen. Der Sieg, den Prinz Eugen und Marlborough am 13. August 1704 über die vereinigten Baiern und Franzosen davon trugen, einer der folgenreichsten des ganzen Krieges, ward bei Höchstädt an der Donau unweit der bairisch-schwäbischen Grenze erfochten. Das Kurfürstentum blieb von da an bis zum Friedensschlusse in den Händen der Kaiserlichen. Der Wunsch, durch seinen dauernden Erwerb die Einheit des alten Stammesherzogtums wieder herzustellen, ist in Wien nachdrücklich genug gehegt worden.

Auch die oberdeutschen Reichskreise sind zwar für den Kaiser in den Krieg eingetreten, haben ihn aber nur lau geführt. Dagegen hat Österreich kräftige und nachhaltige Unterstützung im Norden bei zwei protestantischen Staaten, Hannover und Preußen, gefunden. Beide sind um diese Zeit in vornehmere Stellungen aufgerückt.

Die zersplitterten Besitzungen des welfischen Hauses schlossen sich im Jahre des Westfälischen Friedens unter drei Linien zusammen, die in Celle, Hannover und Wolfenbüttel ihren Sitz hatten. Ernst August, Herzog Georgs, des Begründers des „jüngeren“ Hauses Braunschweig-Lüneburg jüngster Sohn, regierte seit 1679 in Hannover, war seit 1662 auch Fürstbischof von Osnabrück. Er ist mit besonderem Nachdruck und Erfolg bemüht gewesen, die Kräfte seines weder großen, noch reichen Besitztums in straffem Regiment zusammen zu fassen und im Anschluß an die kaiserliche Politik für die Hebung seiner Stellung zu verwerten. So hat Leopold 1692 für

ihn eine neunte Kurwürde geschaffen, nachdem die alte Siebenzahl schon im Westfälischen Frieden durch die Errichtung einer achten Kur für den Sohn des vertriebenen Pfalzgrafen durchbrochen worden war. Die neue Würde wurde nicht ohne bindende Verpflichtungen gegen das Haus Österreich erlangt; auch der Widerstand der übrigen Kurfürsten konnte nur in unentwegtem Festhalten am Kaiser überwunden werden. Erst unter Ernst Augusts Sohn Georg Ludwig, der dem Vater 1698 nachfolgte und 1705 auch das cellesche Besitztum erbte, gelangte die hannoversche Kur 1708 zu allgemeiner Anerkennung.

Als ein weiteres Band knüpfte die Anwartschaft auf den englischen Thron, die seit dem Parlamentsbeschluß von 1701, der Georg Ludwigs Mutter Sophie als Enkelin Jakobs I. zur britischen Thronerbin erklärte, auch für den Kurfürsten bestand, an die gegen Frankreich vereinigten Mächte. Schon in den früheren kaiserlichen, ja man kann sagen europäischen Kriegen der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts waren keines gleich leistungsfähigen Reichsstandes Truppen so stark vertreten gewesen wie die der braunschweig-lüneburgischen Herzöge. Im Spanischen Erbfolgekriege hat das neue Kurfürstentum noch ganz besondere Anstrengungen gemacht.

In einer ähnlichen Lage befand sich Brandenburgs Kurfürst als neuer König in Preußen. Das Emporkommen des leitenden Zweiges im welfischen Hause hat zu mancherlei Eifersüchteleien und Spannungen in deutschen und auch ausländischen Fragen mit dem mächtigeren hohenzollernschen Nachbar geführt, bevor und nachdem 1714 aus den hannoverschen Kurfürsten großbritannische Könige geworden waren. Im Spanischen Erbfolgekriege hat der Zwang der Lage beide Mächte an dem gleichen Strange ziehen lassen. Erst die drohende Kriegsgefahr hat den Kaiser bewogen, seinen Widerstand gegen die Erhebung des brandenburgischen Kurfürsten zu einem preußischen König und damit in eine volle europäische Stellung aufzugeben. Der österreichisch-brandenburgische Vertrag vom November 1700, dem am 18. Januar 1701 die Königskrönung folgte, brachte mit dem kaiserlichen Zugeständnis zugleich die Verpflichtung zu einem

Hilfskorps von 8000 Mann, halb so viel, als Kurhannover zugesagt hatte. Im Verfolg des Krieges hat das kaiserliche Verhalten, besonders als die Krone von Leopold auf Josef übergegangen war, dem Könige wiederholt ernste Zweifel erregt, ob er seine Stellung auf der richtigen Seite gewählt habe. Er hat doch das gegebene Versprechen gehalten. Die braunschweig-lüneburgischen und brandenburg-preußischen Hilfstruppen sind fast während des ganzen Krieges wertvolle und sichere Machtmittel in der Hand des Kaisers geblieben.

Dagegen schied nun wieder Kursachsen, das seiner Macht nach immer noch neben Brandenburg-Preußen und Baiern Stellung behaupten konnte, vollständig aus. Sein Kurfürst August der Starke hatte 1697 nach dem Tode Johann Sobieskys, nicht ohne österreichische Beihilfe gegen französische Bestrebungen, die polnische Krone gewonnen. Des neuen Königs mehr abenteuerlicher als hochstrebender Ehrgeiz erging sich bald in mannigfachen Eroberungs- und Vergrößerungsplänen, in denen auch vor Habsburgs Besitz nicht Halt gemacht wurde. Sie führten ihn an die Seite Peters des Großen und Friedrichs IV. von Dänemark zu gemeinsamem Versuch gegen Schweden und seinen jungen König Karl XII. Die skandinavische Großmacht schloß Rußland von der Ostsee aus, deckte die Herzöge von Holstein-Gottorp gegen Dänemark und hatte Polen bis auf den kurländischen Besitz aus den baltischen Provinzen verdrängt. So kam es, noch ehe im Westen die Waffen zu sprechen begannen, zum Großen Nordischen Kriege.

Es hat wenige Zeiten gegeben, in denen Gesamteuropa so von Kampfgetöse erfüllt war, wie in den ersten anderthalb Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts. Es ist ein glänzender Erfolg der Politik der Verbündeten, des Kaisers und der Seemächte, daß sie vermocht haben, die beiden Streitgebiete aus einander zu halten. Wäre Karls XII. grundsätzliche Abneigung gegen Frankreich und seinen Herrscher nicht gewesen, es möchte ihr nicht gelungen sein. Aber auch so ward Habsburg in Mitleidenschaft gezogen. Durch Schlesien drang Karl XII. 1706 in Sachsen ein, August zum Verzicht auf die

polnische Krone zu zwingen, und im nächsten Jahre mußte Kaiser Josef sich vom Schwedenkönig das Zugeständnis einer größeren Freiheit evangelischer Religionsübung in Schlesien abpressen lassen. Von sächsischer Hilfe gegen Frankreich konnte nicht die Rede sein. Nur mit Mühe wurde Brandenburg-Preußen abgehalten, abzuschwenken zur Wahrnehmung seiner am Ausgange des Nordischen Krieges so außerordentlich stark beteiligten Interessen.

Wenn gleichwohl im Spanischen Erbfolgekriege eine unverkennbare Überlegenheit der Verbündeten hervortritt, so hat man, abgesehen von Frankreichs durch Ludwigs XIV. Mißwirtschaft hervorgerufener Erschöpfung, den Grund vor allem in den Persönlichkeiten ihrer maßgebenden militärischen Führer, des Prinzen Eugen von Savoyen und des Herzogs von Marlborough, zu suchen. Unter den zahlreichen Feldherren von mehr als gewöhnlicher Begabung, die diese Generationen hervorgebracht haben, nehmen sie den ersten Rang ein. Und sie waren beide nicht nur Soldaten, sondern auch Staatsmänner. So ist es ihnen gelungen, einen Einfluß auf ihre Regierungen zu gewinnen, wie er sonst Heerführern der Zeit nicht zu Gebote gestanden hat. Dem verdankten es die Verbündeten, daß sie trotz der großen Schwierigkeiten, die in der Vielgestaltigkeit ihrer Vereinigung lagen, doch so häufig die nötigen Streitkräfte zu rechter Zeit und am rechten Ort zur Hand haben konnten.

Das Jahr 1706 behauptet im Verlauf des Krieges die Bedeutung des Jahres der entscheidenden Wendung. Im Mai gewann Marlborough die Schlacht bei Ramillies im südlichen Brabant, mit der die Überlegenheit der Verbündeten in den spanischen Niederlanden einsetzt, und im September siegte Prinz Eugen vor Turin und bewirkte dadurch die Räumung Italiens durch die Franzosen im nächsten Jahre. Im Juni 1706 konnte auch Karl, den der Vater Leopold und der Bruder Josef auf Drängen der Seemächte 1703 gegenüber Philipp V. als Prätendenten für das spanische Gesamtreich zugelassen hatten, in Madrid einziehen. Im nächsten Jahre ist Villars allerdings noch einmal bis nach Baiern vorgedrungen.

Josef, der 1705 dem Vater gefolgt war, hat durch sein anspruchsvolles, rasch zufahrendes Wesen die deutschen Fürsten nicht williger gemacht, und Karl III. ist in Spanien trotz treuer Hingebung der Katalanen der weitaus Schwächere geblieben. Aber der Sieg hat sich, besonders in den Niederlanden, doch immer mehr auf die Seite der Verbündeten geneigt.

Nach dem glänzenden Erfolg von Audenarde, den Eugen und Marlborough im Juli 1708 gemeinsam erkämpften, und der sich anschließenden Einnahme von Lille erklärte Ludwig XIV. sich zum Verzicht auf das spanische Erbe und sogar zur Herausgabe von Straßburg bereit. Wenn man auf dieser Grundlage nicht zum Abschluß kam, so hinderte daran das Verlangen der Verbündeten, daß Ludwig selbst mithelfen solle, seinen Enkel aus Spanien zu entfernen, ein weitgehendes Begehren, das aber in nicht ungerechtfertigtem Mißtrauen gegen des französischen Königs Aufrichtigkeit seine Erklärung findet. Der im September 1709 wiederum gemeinsam erfochtene Sieg von Malplaquet (Dep. Nord) hat die Verbündeten nicht wesentlich weiter gebracht. In England und den Niederlanden minderte sich die Kriegslust. Sie erlahmte noch mehr, als Kaiser Josef am 17. April 1711 starb und nun unter seinem Nachfolger Karl VI. die Wiederherstellung der Monarchie Karls V. als drohende Möglichkeit hervortrat.

Sie schien um so drohender, als Österreichs Macht außerordentlich gewachsen war und an der Donau sich immer fester begründete. Denn der ungarische Aufstand, der unter Tökölys Stiefsohn Franz Rakoczy fast den ganzen Krieg begleitet hatte, fand 14 Tage nach des Kaisers Regierungsantritt durch den Vertrag von Szathmar sein völliges Ende. Als dann in England, wo 1710 das kriegerische Whig-Regiment einem Tory-Kabinett hatte Platz machen müssen, gegen Ende 1711 Marlborough aus allen seinen Ämtern entfernt wurde, gewann die Friedenspartei völlig die Oberhand. England und die Niederlande, Portugal und Savoyen schlossen am 11. April 1713 in Utrecht Frieden mit Ludwig XIV., nachdem sie sich am Kriege schon längst nicht mehr beteiligt hatten. Die Seemächte waren

zufrieden, die dauernde Trennung Spaniens von Frankreich verbrieft zu erhalten und einige Sondervorteile davon zu tragen, England Gibraltar und Minorka und Erweiterung seiner amerikanischen Kolonien auf Kosten Frankreichs, die Niederlande das Besatzungsrecht in acht festen Plätzen entlang der französischen Grenze vom Meere bis zur Maas, die „Barriere" von Furnes bis Namur. Dem Utrechter Frieden hat sich auch Preußen angeschlossen, an dessen Spitze seit dem 25. Februar 1713 Friedrich Wilhelm I. stand.

Es war unter diesen Umständen ein glänzender Erfolg, daß nach einem weiteren lau und wenig glücklich verlaufenen Kriegsjahr Kaiser Karl VI. im Rastatter Frieden vom 7. März 1714 so ziemlich die gesamten spanischen Außenlande für Österreich gewinnen konnte. Nur die Insel Sizilien ward ein Besitztum Savoyens; sie brachte dessen Herrscherhaus, das langsam zwischen Habsburg und Bourbon empor gekommen war, die Königswürde. Die geächteten Wittelsbacher kehrten in ihre Länder zurück. Allein das Reich lieferte dem französischen Herrscher nach dem langen, schweren Kriege ein Beutestück. Als es im September 1714 zu Baden in der Schweiz seinen Frieden schloß, mußte es das im letzten Feldzuge verlorene Landau an Frankreich überlassen, dessen linksrheinische Grenze so von der Lauter an die Queich vorgeschoben wurde. Im nächsten Jahre hat der Tod Ludwigs XIV. seiner 72jährigen Regierung ein Ende gemacht.



Zweites Kapitel.

Deutschland zur Zeit Friedrichs des Großen und Maria Theresias (1715—1786.)

Wenn Zeitgenossen und Untertanen des glänzendsten aller französischen Könige vom „goldenen Zeitalter“ seiner Regierung gesprochen haben, so ist das nicht ausschließlich höfische Schmeichelei. Mit Ludwigs XIV. Persönlichkeit verbinden sich zweifellos Züge hoch gesteigerter französischer Kultur, und zu keiner Zeit hat diese Kultur auswärts in gleich hohem Ansehen gestanden, gleich große Wirkung geübt über die Grenzen ihrer Sprache hinaus wie in seinen Tagen. Sie hat eine führende Stellung noch behauptet, als der lebende König sie längst nicht mehr stützte, Menschenalter über seinen Tod hinaus.

Trotzdem bedeutete des Königs Regierung keinen Segen für Frankreich. Gerade in dem, was der Herrscher am eifrigsten und nachhaltigsten erstrebte, stellt sie einen unverkennbaren und verhängnisvollen Mißerfolg dar. Er begehrte Besitz, Herrschaft, Macht, für Frankreichs Krone die Führung des Erdteils. Er hinterließ seinen Staat in weniger günstiger Lage, als er ihn übernommen hatte. Das Frankreich, das er gezwungen hatte, den Spanischen Erbfolgekrieg durchzufechten, besaß entfernt nicht mehr das Gewicht in Europa, dessen sich jenes erfreute, das Richelieu und Mazarin zum Westfälischen und zum Pyrenäischen Frieden geführt hatten.

Zunächst stand ihm Österreich in ganz anderer Bedeutung gegenüber. Nie sind so weite Länder von Wien aus regiert worden wie in den Jahren nach dem Spanischen Erbfolgekriege. Indem Neapel, Mailand und Mantua und zwischen diesen großen Besitzungen im Norden und Süden Italiens die verbindenden spanischen Küstenplätze im südlichen Toskana österreichisch wurden, sah sich Frankreich von der Apenninen-Halbinsel ausgeschlossen. Die österreichische Herrschaft in den südlichen Niederlanden bedeutete eine ganz andere Widerstandskraft als die spanische, und dazu kamen die neuen niederländischen Barriereplätze, die Österreich zwar ungern auf seinem Boden zuließ, die aber doch bestimmt und auch geeignet waren, Frankreich zu hemmen. Als eben im Westen der volle Friede hergestellt war, glaubte die Pforte Venedigs Schwäche zur Eroberung Moreas benutzen zu können, sah sich aber bald der kaiserlichen Macht gegenüber und mußte nach Prinz Eugens glänzenden Siegen bei Peterwardein und Belgrad (1716 und 1717) im Frieden von Passarowitz (1718) das Banat, die kleine Walachei und Belgrad mit dem größeren Teile des jetzigen Serbiens Österreich überlassen. Auch im Südosten erreichte Habsburgs Macht damals den höchsten Stand.

Und diese Lage war für Frankreich um so ungünstiger, als sein Sonnenkönig die Möglichkeit, durch kontinentale Verträglichkeit zu maritimer und kolonialer Macht zu gelangen, so vollständig aus den Augen verloren hatte. Seine Politik hatte Raum geschaffen für Englands Überlegenheit auf dem Meere, die in seinen Tagen eingesetzt hat. Die späteren Versuche, sie zu brechen, haben unter weit ungünstigeren Verhältnissen unternommen werden müssen, als sie Ludwig XIV. zu Gebote gestanden hätten. Da das Unglück wollte, daß auf Richelieu, Mazarin und Ludwig XIV. eine Regentschaftsperiode, ein Ludwig XV. und Ludwig XVI. folgten, so hat sich das 18. Jahrhundert zu einem Jahrhundert des Sinkens französischer Macht und französischen Einflusses in Europa gestaltet.

Der Niedergang ist noch beschleunigt worden durch die Umgestaltung des europäischen Ostens. Sie hat sich in der Hauptsache unbeeinflußt von Ludwig XIV. vollzogen. Hätte der König aber

seine Blicke nicht so unverwandt auf den Rhein und auf die Aufrichtung eines bourbonischen, französisch-spanischen Weltreiches gerichtet, er möchte Mittel gefunden haben, Frankreichs Trabanten Schweden, Polen und Osmanen vor der Überschattung durch russische Macht zu bewahren. So oft hatten sie sich als wertvolle Figuren auf dem Schachbrett französischer Politik erwiesen; nach dem Großen Nordischen Krieg und Zar Peters Vordringen an das Schwarze Meer waren diese Figuren nur noch mit russischer Genehmigung verwendbar. In Polen vermochten, je nachdem, russisches Geld oder russische Waffen jedem Versuche königlicher Machterweiterung den Adelsbund der „Konföderierten" entgegen zu stellen, und in Schweden standen nach Karls XII. Heimgange unter seinen schwächlichen Nachfolgern in der sogenannten „Freiheitszeit" die Parteien der „Hüte" und „Mützen", eine französische und eine russische Adelsfaktion, sich in landesverderblichem Haß und Hader gegenüber. Mit Österreich aber hatte Rußland noch lange das gemeinsame Interesse, das auch Polen und Habsburg mehr als einmal zusammen geführt hatte, die Feindschaft gegen den Türken.

Die Verhältnisse hatten eine weitere Verschiebung dadurch erfahren, daß deutsche Fürstenhäuser mehrfach in europäische Machtstellung aufrückten. Nicht allein mit dem brandenburgischen Kurfürstentum, das sich ein preußisches Königtum angliederte, ist das geschehen. Durch mehr als zwei Menschenalter (1697—1763) haben August der Starke und Friedrich August II. die polnische Königskrone getragen und ihr sächsisches Kurfürstentum in Bestrebungen und Verpflichtungen hinein gezogen, die weit über seine deutschen Aufgaben hinaus wuchsen. Daß Georg Ludwig 1714 König von Großbritannien wurde, gab seinem hannoverschen Stammlande eine gesteigerte Bedeutung. Durch die Welfen hat die englische Politik gleichsam ein doppeltes Gesicht bekommen. Mit dem einen überwachte sie fortgesetzt Frankreich, das andere hielt sie auf den Kaiser gerichtet, um gestützt auf ihn auch neben den stärkeren Hohenzollern, die in Minden und Magdeburg saßen, nicht nur sich zu behaupten, sondern weiter empor zu kommen.

In ähnliche Beziehungen trat das landgräflich hessische Haus zu Kassel, das nach einer zehnten Kurwürde auslugte, indem sein Erbprinz Friedrich als Gemahl der jüngeren Schwester Karls XII. Ulrike Eleonore 1720 König von Schweden wurde und dann von 1730—1751 die Landgrafschaft und das Königreich zugleich beherrschte. Ihm folgte auf dem nordischen Thron für zwanzig Jahre Adolf Friedrich von Holstein-Gottorp, während ein anderer Angehöriger dieses Hauses, Karl Peter Ulrich, von der Kaiserin Elisabeth als Sohn ihrer Schwester zum Nachfolger in Rußland bestimmt wurde. In die erbitterten Streitigkeiten, die seit langem zwischen dem königlich dänischen und dem herzoglich gottorpischen Hause, insonderheit um des letzteren schleswigsche Stellung, herrschten, und in denen die Herzöge ihre Stütze immer an den ihnen seit Generationen verwandtschaftlich verbundenen Wasas gesucht und gefunden hatten, ward so auch die neue östliche Großmacht hinein gezogen. Die Beispiele derartiger Verbindungen mit dem Auslande ließen sich leicht vermehren. Sie brachten deutschen Fürsten Einfluß auf die Geschicke fremder Völker, boten aber, viel häufiger und ungleich umfassender, auswärtigen Mächten Gelegenheit, in den Gang der deutschen Dinge einzugreifen.

Ihre Erklärung finden diese Hergänge einerseits in der Vielgestaltigkeit und dem Reichtum deutscher fürstlicher Bildungen, andererseits in der mit Ausnahme von England und Schweden fast in ganz Europa Platz greifenden Ausbildung unumschränkter Herrschergewalt. Der Erdteil durchlebte ein Zeitalter aufs höchste gesteigerter Dynastengeltung. Die Mannigfaltigkeit und Unberechenbarkeit der politischen und persönlichen Beziehungen und der Verteilung der Kräfte, die damit zusammenhing, gaben der Lage etwas ungewöhnlich Schwankendes. Die Gruppierungen wechselten ungemein häufig und rasch. Ungleich mehr als gewöhnlich, als es in der Natur politischer Verabredungen liegt, waren im 18. Jahrhundert die getroffenen Maßnahmen Gelegenheitsabmachungen und Verlegenheitsanordnungen. Nur von zwei Verhältnissen könnte man — doch auch bei ihnen nicht ohne eine gewisse Einschränkung — sagen, daß sie

gleichsam zum festen Bestande des Jahrhunderts gehörten, vom englisch-französischen und vom preußisch-österreichischen Gegensatz. Es war eine Art Naturnotwendigkeit, daß sich dieser Unsicherheit gegenüber ein Bedürfnis nach Stabilität, nach möglichster Sicherung vor jähem Wechsel geltend machte. So hat der Gedanke des europäischen Gleichgewichts zwar nicht erst entstehen, aber seinen siegreichen Einzug in die christliche Staatenwelt halten und allmählich festere Gestalt gewinnen können in der Form einer Oberleitung durch überragende Mächte. Das moderne Großmachtsystem verdankt seinen Ursprung dem 18. Jahrhundert.

Die Versuche, die durch die jüngsten Friedensschlüsse geschaffene Ordnung zu durchbrechen, bewegen sich besonders in zwei Richtungen. Spanien wollte die Hoffnung nicht aufgeben, wenigstens einen Teil der verlorenen Reichstrümmer wieder beizubringen. Die Nation begehrte Gibraltar zurück; die Königin, Elisabeth von Parma, ließ nicht ab von dem Bemühen, in den verlorenen italienischen Besitzungen ihrem jüngeren Sohne eine selbständige Herrschaft zu gewinnen. So ward Spanien ein Gegner Englands und Österreichs, die diesen Plänen im Wege standen.

Ein anderes Moment der Unruhe lag in den innerhabsburgischen Schwierigkeiten. Schon 1713 hat Kaiser Karl VI., da sein Haus damals männliche Angehörige nicht besaß, er selbst noch kinderlos war, durch eine neue Erbfolgeordnung, die nachmals als Pragmatische Sanktion bezeichnet worden ist, festgesetzt, daß auch Töchtern das Erbrecht zustehen solle. Die Bestimmung kam zunächst nur für die beiden Töchter Kaiser Josefs, von denen die ältere 1719 den späteren Kurfürsten von Sachsen und König von Polen Friedrich August II., die jüngere 1722 den bairischen Kurprinzen Karl Albert heiratete, in Betracht. Als aber dem Kaiser selbst 1717 und 1718 auch Töchter, Maria Theresia und Maria Amalia, geboren wurden, glaubte er die Einheit der Monarchie in der Hand der nächstberechtigten Erbin noch besonders durch Anerkennung des Reiches und der Mächte sicher stellen zu sollen. Alles, was aus einem Zerfall

des habsburgischen Besitzes Vorteil hätte ziehen können, stellte sich dem in den Weg. Spanien fand Bundesgenossen in seiner Gegnerschaft gegen Österreich.

Ein erster, 1717 unternommener Vorstoß Philipps V., dessen Urheber die Königin und der Minister Alberoni, ebenfalls ein Italiener, waren, hatte 1720 nur zu einem Austausch von Sizilien und Sardinien zwischen Österreich und Savoyen, also zu einem zweifellosen Vorteil Österreichs geführt. Aus dem sizilischen Königreich war ein sardinisches geworden. Es kam aber die Zeit, wo Spanien und mit ihm Sardinien sich an Frankreich anschließen konnten. Der Erbin Maria Theresia fehlte es nicht an Bewerbern. Als sich herausstellte, daß Franz Stephan von Lothringen, des 1697 wieder eingesetzten Herzogs Sohn, der Erkorene war, zeigte sich Frankreich, dessen Politik seit 1726 der kluge und entschlossene Kardinal Fleury leitete, alsbald zum Widerstande bereit. Es wollte die unmittelbare Herrschaft Habsburgs im Grenzlande des Reiches nicht dulden.

Einen Anlaß einzugreifen bot der Tod Augusts des Starken (1733). Ludwig XV. sandte seinen Schwiegervater Stanislaus Leszczynski, den einst schon Karl XII. auf den Schild gehoben hatte, von Frankreich nach Polen, als Thronkandidat gegen den von Österreich und Rußland geförderten Sohn Augusts aufzutreten. Als Bundesgenossen Frankreichs beteiligten sich Spanien und Sardinien am sogenannten Polnischen Erbfolgekriege, der in seinem Schlußjahre 1735 auch russische Truppen für Österreich an den Rhein brachte und trotz Prinz Eugens militärischer Führerschaft für den in Heer- und Finanzwesen unter Karls VI. Regierung verwahrlosten Kaiserstaat mit Verlusten endete, die nicht allein die Dynastie angingen. Sizilien und Neapel mußten dem spanischen Karl, Elisabeths ältestem Sohne, gegen die dürftige Entschädigung durch Parma und Piacenza als selbständiges, mit Spanien nicht zu vereinigendes Reich überlassen werden. Toskana, dessen letzter Mediceerfürst seinem Ende entgegenging, sollte Franz Stephan von Lothringen, dieses Land aber Stanislaus Leszczynski erhalten, dessen

Erbe wieder Frankreich sein sollte. So breitete sich die französische Macht endgültig über ein Land aus, das neben welscher auch deutsche Bevölkerung hatte, und gelangte zu lückenlosem Besitz bis an den Oberrhein. Toskana ist 1737 für Franz Stephan, der inzwischen Maria Theresias Gemahl geworden war, Lothringen 1766 für Frankreich frei geworden.

In seinen letzten Regierungsjahren (1737—1739) führte Karl VI., verbündet mit Rußlands Kaiserin Anna, noch einmal Krieg mit den Türken, unrühmlich wie kaum je zuvor. Die Erwerbungen von Passarowitz gingen mit Ausnahme des Banats völlig wieder verloren; Sau, Donau und Karpaten wurden die Grenzen, ein Ausgang, dessen Nachwirkungen sich auf die ganze Folgezeit erstreckt haben. Am 20. Oktober 1740 starb der Kaiser. Er hat die Macht nicht zu erhalten gewußt, die der Vater Leopold zu sammeln verstanden. Geschwächt und in seinem Ansehen tief erschüttert trat Österreich in die Krisis, die mit dem Ableben des Herrschers unvermeidlich verbunden war.

Es war gelungen, wenn auch nicht ohne Vorbehalte, die Pragmatische Sanktion an allen entscheidenden Stellen zur formellen Anerkennung zu bringen. Von den Gegnern im Polnischen Erbfolgekriege hatte man sie im Wiener Frieden erlangt, von England schon 1731 als Gegenleistung für die Aufhebung der vom Kaiser in Ostende begründeten überseeischen Handelsgesellschaft. Auch die leitenden und nächstbeteiligten deutschen Staaten Preußen, Baiern, Sachsen haben die Sanktion gut geheißen. Trotzdem dauerte es nach des Kaisers Tode nicht lange, bis von den verschiedensten Seiten Forderungen laut wurden. Der Nachdruck, mit dem es geschah, steigerte sich mächtig, als Preußens neuer König Friedrich II. am 16. Dezember 1740 in Schlesien einmarschierte, um die alten brandenburgischen Ansprüche auf Teile dieses Landes zur Geltung zu bringen. Er gab damit die Losung zum Österreichischen Erbfolgekriege.

Friedrich I. war aus einem Kurfürsten ein König geworden und hatte damit seiner Würde eine europäische Bedeutung gegeben. Seine eigene Politik hat den Wandel aber nicht zum deutlichen Ausdruck

gebracht. Nur als unterstützende, nicht als kriegführende Macht hat Preußen am Spanischen Erbfolgekriege teilgenommen; das Festhalten an dieser Rolle hat Friedrich I. verhindert, im Nordischen Kriege, an dessen Ausgang Lebensfragen der Monarchie hingen, selbständig Stellung zu nehmen. Erst der Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm I. hat diesen unerläßlichen Schritt getan.

Nach dem Unglückstage von Poltawa, den Karls XII. tollkühne Unbesonnenheit verschuldete, ist Rußlands und seines Zaren Übergewicht unter den gegen Schweden streitenden Mächten unaufhaltsam zur Geltung gelangt. Indem Peter der Große den Gegner nicht nur an den eigenen Grenzen, sondern auch als Führer seiner Bundesgenossen in dessen deutschen Besitzungen bekämpfte und die angrenzenden norddeutschen Länder trotz getroffener Neutralitätsvereinbarungen zum Kriegsschauplatz machte, erstrebte er für seine neue Macht über deren unmittelbare Anliegen hinaus maßgebenden Einfluß auf den Gang der deutschen, der europäischen Dinge. Preußen mußte dazu Stellung nehmen. Hier liegt der Grund, warum Friedrich Wilhelm I. nach seinem Regierungsantritt alsbald dem Utrechter Frieden beitrat und sich für seines Hauses Ansprüche auf die oranische Erbschaft mit Neuenburg und dem Oberquartier Geldern abfinden ließ. Die Grafschaften Mörs und Lingen hatte 1702 schon Friedrich I. besetzt.

Um die Zeit, als Preußen sein Kontingent vom kaiserlichen Heere zurückzog, spielten die Russen vor Stettin den Meister und strebten nach der gleichen Rolle vor Wismar. Friedrich Wilhelm hat versucht, sich mit Schweden zu verständigen. Es war unmöglich; Karl XII. weilte in Bessarabien. So blieb nichts übrig, als sich dem Zaren anzuschließen. Dem Einvernehmen mit Rußland verdankte er im September 1713 den Einzug seiner Truppen in Stettin. Die Einnahme Rügens und Stralsunds im Jahre 1715 war dann vornehmlich ihr Werk. Beim endlichen Frieden (Februar 1720) blieb Vorpommern bis zur Peene in Friedrich Wilhelms Besitz. Preußen ward endlich Herr der Meeresküste, die seinem Kernlande zunächst lag, und der Mündungen des Stromes, der es mit der See ver-

bindet. Schon im November 1719 hatte Schweden die Herzogtümer Bremen und Verden, die Georg Ludwig 1714 und 1715 besetzt und von Dänemarks Ansprüchen freigekauft hatte, an Hannover überlassen. Die Wunden, die der Dreißigjährige Krieg Deutschlands Seegeltung geschlagen hatte, begannen zu heilen. Es hat aber nicht geringe Mühe und Umsicht gekostet, Rußland von einer Festsetzung in Meklenburg abzuhalten, dessen Herzog Karl Leopold zum Zaren in nahe verwandtschaftliche und politische Beziehungen trat.

Mit der überlieferten Politik des hohenzollernschen Hauses, Stellung zu nehmen auf der Seite des Kaisers, hatte nur der Große Kurfürst zeitweise ernstlich gebrochen. Friedrich Wilhelm I. hat in die Bahn des Vaters eingelenkt, sobald die unabweisbaren Erfordernisse seines Staates das nur eben gestatteten. Er war bereit, im Polnischen Erbfolgekriege für den Kaiser einzutreten. Er erwartete dafür Entgegenkommen in der noch nicht völlig erledigten oranischen und in der jülich-bergischen Frage, die bei dem bevorstehenden (1742 erfolgten) Aussterben der Neuburger Pfalzgrafen und Kurfürsten gegenüber den Sulzbacher Ansprüchen zu neuer Entscheidung drängte. Aber alle Versuche, den Kaiser in dieser Sache zu gewinnen, erwiesen sich als vergeblich, alle erweckten oder genährten Hoffnungen als trügerisch. Karl VI. war wie seine Vorgänger unentwegt bemüht, Preußen nicht aufkommen zu lassen. Unter den deutschen Staaten schien der des Großen Kurfürsten der bedenklichste. Friedrich Wilhelm ist aus dem Leben geschieden mit dem Gefühl, von Österreich getäuscht und betrogen zu sein, und hat diese Empfindung seinem Nachfolger als ein letztes Vermächtnis hinterlassen.

Friedrich Wilhelm I. hat aber seinem Nachfolger nicht nur Abneigung gegen Österreich, sondern auch die Mittel, ihr Ausdruck zu geben, vererbt. Friedrich Wilhelm ist doch der grundlegende Bauherr der inneren Eigenart des brandenburg-preußischen Staates. Der Folgezeit ist es nicht immer leicht geworden, diesem Manne gerecht zu werden. Allzu fremdartig stand die rauhe, schroffe, herrische Persönlichkeit ihren Vorstellungen von humaner Gesittung, den Idealen

der Aufklärung, gegenüber. Seine völlige Verständnislosigkeit für alle tieferen Fragen der Geistes= und Herzensbildung wirkte abstoßend, sein gelegentliches brutales Eingreifen auf diesem Gebiet geradezu empörend. Und doch war er ein Mann, der auf so felsenfestem sittlichen Grunde stand wie nur einer seiner Zeit. Wenn Sittlichkeit das Höchste leistet, indem sie das eigene Ich dem Gemeinwohl völlig unterordnet, es aufgehen läßt in Erfüllung seiner Pflichten, so verdient Friedrich Wilhelm I. ihren Preis. Daß er seinem Staate diente, wie er es verstand, kann keinen Tadel in sich schließen. Man braucht nur einen vergleichenden Blick auf die Schar seiner Standes= und Zeitgenossen zu werfen, um den Wert zu erkennen, der dem zweiten preußischen Könige inne wohnte durch seine Herrschaft über sich selbst und sein eisernes Pflichtgefühl im Dienste seiner Stellung.

Friedrich Wilhelm I. hat den preußischen Beamtenstand geschaffen, der preußischen Verwaltung ihren besonderen Charakter gegeben. Der Große Kurfürst hatte den Boden dafür bereitet. Er hatte auch im entlegenen Osten und Westen seines Staates der landesherrlichen Macht Geltung verschafft gegenüber den Rechten und Ansprüchen der überlieferten Stände. Auf dieser Grundlage konnten mehr oder weniger gleichmäßige Verwaltungseinrichtungen Platz greifen. In keinem Zuge waren sie aber einheitlicher als in dem straff angespannter Diensttätigkeit und gewissenhaftester Erfüllung der Amtspflichten. Der Geist des leitenden Herrn senkte sich herab in die Kreise der Diener, hoher wie niederer. Das hat die Rechtspflege, das hat, wenn auch nicht immer unter zweckentsprechenden Anordnungen, das Wirtschaftsleben, das hat vor allem das Finanzwesen des so zersplitterten und so verschiedenartig zusammengesetzten Staates erfahren. Nicht wenige und zumal deutsche Fürsten der Zeit haben es verstanden, die Geldquellen ihrer Länder ergiebig fließen zu lassen, kaum einer doch, ihren Ertrag so einsichtig zu steigern und so haushälterisch zu verwalten, daß er der Gesamtgeltung des Staates ohne wirklich drückende Belastung der Untertanen in gleichem Maße zugute gekommen wäre. Weit über das

Maß der gegebenen Mittel hinaus stand das Preußen, das Friedrich Wilhelm I. hinterließ, wirtschaftlich, finanziell, militärisch und in jeder Form fester, zuverlässiger Disziplin bereit und gerüstet zu großem Tun. Da war kein anderer Staat in Europa, der sich in der umsichtigen Anspannung aller Kräfte mit diesem hätte vergleichen können. Preußen war wie das Schweden Gustaf Adolfs.

Und die Vorsehung wollte nun, daß diese Waffe in die Hand eines Friedrichs des Großen gelegt werden konnte. Er besaß alles, was den Helden und den großen König macht. Sein unbezähmbarer Bildungsdrang, mit dem er doch dem erwachenden Geistesleben der Nation kaum weniger fremd gegenüberstand als Friedrich Wilhelm I. selbst, hatte ihn in schwere Zerwürfnisse mit dem Vater gebracht. Als König war er aus dem gleichen Holz geschnitzt. Er hat das Wort geprägt: „Der Fürst ist der erste Diener seines Staates." Der Sohn war aber größer als der Vater. Er überragte ihn nicht nur an Kraft und Regsamkeit des Geistes, an Umfang und Tiefe der Kenntnisse, sondern auch an Fähigkeit zu raschen und großen Entschlüssen, an Kühnheit des Mutes, Sicherheit und Festigkeit des Willens und an rücksichtsloser Tatkraft. Ihm war klar, daß Preußen nur vorwärts oder zurück konnte. Über die Richtung, die einzuschlagen war, konnte für ihn kein Zweifel bestehen. Er war wenige Monate König, als der Tod des Kaisers ihm die Bahn öffnete.

Von den piastischen Fürsten Schlesiens hatte Herzog Friedrich II. von Liegnitz, Wohlau und Brieg 1537 mit Kurfürst Joachim II. eine Erbverbrüderung geschlossen, deren dauernde Tragweite von habsburgischer Seite stets bestritten, von brandenburgischer vertreten worden ist. Mit dem Ableben des Herzogs Georg Wilhelm trat 1675 der vorgesehene Erbfall ein. Indem der Große Kurfürst sein Anrecht geltend machte, erhob er zugleich Anspruch auf das Herzogtum Jägerndorf, das 1523 von Markgraf Georg dem Frommen von Ansbach gekauft, 1621 aber Johann Georg, einem Bruder des Kurfürsten Johann Sigmund, wegen seiner Parteinahme für den Winter-

könig von Kaiser Ferdinand II. aberkannt und genommen worden war. Gegen Überlassung des Schwiebuser Kreises hat der Große Kurfürst 1686 verzichtet. Diese Abfindung aber ist kraft der geheimen Vereinbarung, die gleichzeitig zwischen dem Kaiser und dem Kurprinzen zustande gekommen war, 1695 gegen geringe Geldentschädigung zurück gegeben worden. Es konnte kaum eine geeignetere Handhabe geben als die Unsicherheit dieser von jeher streitigen Rechtslage. Friedrich II. ergriff sie mit Entschlossenheit. Er forderte ganz Schlesien, bot aber gleichzeitig ein Bündnis an, das ihn verpflichtete, im übrigen für die Erhaltung des österreichischen Besitzstandes mit ganzer Kraft einzutreten. Gleichzeitig rückte er in Schlesien ein. Ein wohlgerüstetes Heer von 80000 Mann und einen Schatz von zehn Millionen Talern hatte ihm der Vater hinterlassen, Kriegsmittel, wie sie, abgesehen von Ludwig XIV., bis dahin kaum je einem Herrscher so einheitlich zur Verfügung gestanden hatten.

Das Vorgehen Preußens wurde das Signal zum allgemeinen Ansturm gegen Habsburgs Besitz. Es fehlte nirgends an Gründen, frühere Anerkennung der Pragmatischen Sanktion für hinfällig zu erklären. Spanien, Baiern, Sachsen traten auf den Plan. Frankreich folgte, weil das alte Ziel, Schwächung Österreichs und der Kaisermacht, verführerisch lockte. Eine Frau hat die Monarchie aus dieser Bedrängnis gerettet und sie durch die Jahre schwerer Not mit fester Hand hindurch geleitet.

Maria Theresia, Karls VI. älteste Tochter aus seiner Ehe mit Elisabeth Christine von Braunschweig-Blankenburg, lebt in der allgemeinen Vorstellung als die Gegnerin Friedrichs des Großen. Es ist richtig, daß diese Gesinnung ihr politisches Tun beherrscht hat; sie hat sich, nicht ohne genügende Erklärung, zum wirklichen Haß gesteigert. Aber Maria Theresia war unleugbar eine würdige Gegnerin. Ihr selbst, nicht ihrem Gemahl Franz Stephan von Lothringen, mit dem sie seit 1736, seit ihrem 19. Lebensjahr, verbunden war, haben ihre buntscheckig zusammengewürfelten Lande es in erster Linie zu danken, daß sie die Kraft fanden, bei einander zu bleiben. Ungarn, so lange

der Schmerzensbesitz der Habsburger, ward in ihrer Hand zur Stütze der Monarchie. Mit männlicher Klarheit und Bestimmtheit hat sie ihre Entscheidungen getroffen und ist auch in den Stunden der Gefahr nicht wankend geworden in ihren Entschlüssen und im Vertrauen auf ihr Recht. Dabei zierte sie eine Fülle weiblicher Reize und Tugenden. Sie hat ihren Völkern und dem reichen Kreise ihrer Familie (sie schenkte dem Gatten 16 Kinder) eine wahre Mutter sein wollen und ist es gewesen, fürsorglich und überlegt, Liebe erweckend und Ehrfurcht heischend. Daß sie im Sinne ihres Hauses streng an ihrem Bekenntnis hing, es mit Härte in ihren Landen vertrat, kann das Urteil über sie kaum beeinflussen. Wie hätte sie über den überlieferten, sie umgebenden Ideenkreis hinaus können? Sie ist alles in allem doch eine ebenbürtige Zeitgenossin des großen Friedrich. Vergleicht man mit Frankreich und Ludwig XIV., so wird man nicht ohne Genugtuung feststellen, daß der deutsche Fürstenstand gleichzeitig und in seinen beiden leitenden Häusern zwei Persönlichkeiten hervor zu bringen vermochte, von denen jede in der Geschlossenheit ihres Wesens, in der Tragweite ihrer Handlungen und vor allem im Adel ihrer Natur dem fremden Herrscher mehr als gewachsen war. Auch neben den deutschen Geistesheroen der Zeit behaupten Friedrich der Große und Maria Theresia die volle Bedeutung ihrer Persönlichkeiten.

Noch nicht vier Monate nach seinem Einmarsch errang Friedrich den Sieg von Mollwitz, der ihn mit einem Schlage zum berühmten Heerführer machte. Frankreich und Preußen entschlossen sich zu einem Bündnis. So wurden Böhmen und Mähren von Franzosen und Baiern, Preußen und Sachsen überschwemmt. Im Januar 1742 ward Karl Albert von Baiern, der von Habsburgs Besitz mindestens Böhmen beanspruchte, zum Deutschen Kaiser gewählt. Nach einer zweiten Niederlage bei Chotusitz fand Maria Theresia es richtig, sich von der preußischen Gegnerschaft zu befreien. Im Berliner Frieden verzichtete sie im Juli 1742 auf Schlesien und die Grafschaft Glatz.

Es war vor allem die Lässigkeit der französischen Kriegführung,

die Friedrich veranlaßte und berechtigte, seinen eigenen Weg zu gehen. Ihr verdankte Maria Theresia schon andere Erfolge. München war im Februar 1742 von ihren Truppen besetzt worden. Im nächsten Jahre trat England offen zu Österreichs Gunsten in den Krieg ein. König Georg II. stellte sich selbst an die Spitze seines in Deutschland auftretenden, überwiegend aus Hannoveranern und Hessen zusammengesetzten Heeres und erstritt am 27. Juni, am Tage von Langensalza, gemeinsam mit den Österreichern den Sieg von Dettingen am Main, bei Aschaffenburg. Sachsen wurde aus Eifersucht auf Preußen aus einem Gegner ein Bundesgenosse Österreichs. Da erschien es Friedrich doch angezeigt, neuerdings, August 1744, im Felde zu erscheinen. Sein Einfall in Böhmen nahm aber ein mißliches Ende. Im Januar 1745 starb Kaiser Karl VII., und im April sah sich Baiern genötigt, zu Füssen seinen Frieden mit Maria Theresia zu machen. Am 13. September ward ihr Gemahl als Franz I. römischer Kaiser. So hatte auch der glänzende Sieg, den Friedrich am 4. Juni bei Hohenfriedberg erfocht, obgleich Österreichs Hauptkraft gegen ihn im Felde stand, sie nicht bewegen können, den Verzicht auf Schlesien zu wiederholen. Erst als Friedrich bei Soor und Groß-Hennersdorf, Leopold von Dessau bei Kesselsdorf Österreicher und Sachsen niedergeworfen hatten, entschloß die Kaiserin sich Weihnachten 1745 zum Dresdener Frieden, der den Berliner bestätigte.

Sie hat dann, ihrer deutschen Gegner ledig, über die auswärtigen Feinde entscheidende Erfolge doch nicht zu erringen vermocht. 1746 wurden die Franzosen und Spanier aus Oberitalien verdrängt; die Kaiserlichen verloren aber fast die gesamten Niederlande an Moritz von Sachsen, den Sohn Augusts des Starken und der Gräfin Königsmark, den einzigen bedeutenden Heerführer, den Frankreich im 18. Jahrhundert sein nennen konnte. England, in Anspruch genommen durch den Einfall des Stuarts Karl Eduard, beteiligte sich am Landkriege nur lässig. Als die Franzosen die niederländische Republik selbst angriffen, vereinbarten die Seemächte im April 1748 auf eigene Hand den Aachener Frieden, ohne sich

viel um den Verbündeten zu kümmern, wie es schon ihre Gewohnheit geworden war. Maria Theresia mußte im Oktober beitreten. Sie gab nur Parma und Piacenza zugunsten Philipps, des zweiten Sohnes der spanischen Königin, auf; aber der Friede verbürgte Preußen den Besitz von Schlesien und Glatz. Den einzigen namhaften Verlust, den sie an ihrem Erbe erlitt, mußte sie gerade dem Verhaßtesten ihrer Gegner zugestehen. 1744 hatte Friedrich trotz welfischen Einspruchs auch das Fürstentum Ostfriesland auf Grund der Erbverbrüderung mit den Cirksena in Besitz genommen.

Es ist nicht nachweisbar, daß Friedrich der Große in den folgenden Jahren irgend eine Gebietserweiterung oder gar eine direkte Eroberung ernstlich erstrebt habe. Über die jülich-bergische Frage hatte er 1741 mit den Pfälzern ein Abkommen getroffen. Seine Tätigkeit fand ihren Mittelpunkt in der Entwickelung seiner Lande, der Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage, der Ausgestaltung ihrer Verwaltung, der Fortbildung der Rechtspflege und der Ordnung der neuen Provinzen. In Schlesien stellte die Mischung der Bekenntnisse besondere Aufgaben.

Er mußte aber auch die Lage Europas unausgesetzt im Auge behalten. Er konnte sich nicht darüber täuschen, daß er sich in Maria Theresia eine unversöhnliche Gegnerin geschaffen hatte. Die Kaiserin lebte der Überzeugung, und als ihr einflußreichster Berater wurde bald Kaunitz der Hauptvertreter dieser Auffassung, daß das neue Preußen vernichtet werden müsse, wenn man nicht von ihm überwunden und verdrängt werden wollte. Ihre erbitterte Gegnerschaft bewirkte, was seit Jahrhunderten nicht mehr erlebt worden war, eine nachhaltige Annäherung der Hofburg an Frankreich, Habsburgs an Bourbon. Maria Theresia hoffte, Friedrich von seinem Bundesgenossen der letzten Kriege trennen zu können. Sie hat nicht umsonst gehofft; ihr Gedanke hat sich, weit über das zunächst ins Auge gefaßte Ziel hinaus, folgenreich erwiesen.

Ein gleich unversöhnlicher Gegensatz wie zwischen Preußen und

Österreich bestand, seitdem der Oranier Englands König geworden war, zwischen dem Inselstaate und Frankreich. Der letzte Krieg hatte die Nebenbuhlerschaft der beiden Mächte jenseits der Meere, vor allem in Ostindien und Amerika, ihrem Austrag nicht näher gebracht, Großbritannien aber seit seiner Verbindung mit dem deutschen Kurstaat unter dem gleichen Herrscher eine verwundbare Stelle mehr bekommen. Man sah sich in London nach festländischem Ersatz für den unsicher werdenden kaiserlichen Bundesgenossen um. So ist es im Januar 1756 zur Westminster-Konvention gekommen, die England und Preußen zu gemeinsamer Verteidigung deutschen Bodens gegen einen etwaigen Einmarsch fremder Truppen vereinigte.

Es ist nicht Friedrichs Meinung gewesen, mit diesem Übereinkommen das bisher befolgte System näheren Anschlusses an Frankreich aufzugeben, auch nicht Wunsch oder gar Absicht beider Mächte, Rußlands Kaiserin Elisabeth, zu der Preußen wie England nähere Beziehungen anstrebten, zu verstimmen. Aber die Konvention hat diese Folgen nach sich gezogen. Elisabeth war Friedrich dem Großen seit langem persönlich gram; Besorgnis vor einem englisch-russischen Bündnis hat Friedrich besonders zum Abschluß der Konvention bestimmt. Jetzt fing die Kaiserin an, in Wien geradezu auf Eröffnung der Feindseligkeiten zu drängen, und Frankreich einigte sich am 1. Mai 1756 mit Österreich im Vertrage von Versailles, der, wenn er auch der Form nach nur eine Verabredung zu gemeinsamer Verteidigung war, doch Frankreich zum Genossen des österreichischen Preußenhasses machte und die Kaiserin verpflichtete, einem französischen Angriffe auf Hannover ruhig zuzusehen.

In dieser Lage ist es Friedrich dem Großen richtig erschienen, zuvorzukommen und das Odium des Friedensbruches nicht zu scheuen. Er wußte, daß der Angriff für den Frühling 1757 mit Sicherheit zu erwarten war. Am 29. August 1756 hat er die sächsische Grenze überschritten. Er war sich klar über die Tragweite seines Entschlusses; aber aus Mangel an Mut hat er nie etwas unterlassen, und die Folgen haben die Richtigkeit seiner Handlungsweise nicht widerlegt. Wenn er Sachsen als nächstes Operationsziel wählte,

so geschah es nicht, weil er die Eroberung dieses Kurfürstentums ins Auge gefaßt oder gar von langer Hand her geplant hätte, sondern weil er seines Anschlusses an die Gegner gewiß sein konnte und ein Sachsen in Feindeshand für Preußen einen Griff an die Kehle bedeutet haben würde. Durch sein Vorgehen ist ihm Sachsen in den ersten Jahren des Krieges fester Stützpunkt seiner Maßnahmen geworden.

Allerdings war nun sein Vorgehen das Signal, wie 16 Jahre früher zur Erhebung gegen Österreich, so jetzt zur allgemeinen Sammlung gegen ihn. Frankreich, Österreich und Rußland schlossen sich näher zusammen, im politisch neu organisierten Europa die erste Koalition dreier Großmächte. Frankreich und Rußland einigten sich in Schweden, wo sie sonst die Leiter der einander bekämpfenden Parteien zu sein pflegten, und zogen auch diesen Staat in das Bündnis gegen Preußen. Daß Friedrichs Schwester Luise Ulrike die Gemahlin des regierenden Königs, des Gottorpers Adolf Friedrich war, ist Preußen nicht zugute gekommen. Unschwer hat Kaiser Franz das Reich gegen Friedrich in Bewegung bringen können; schon im Januar 1757 ward die Reichsbewaffnung von einer Mehrheit der Stände beschlossen. Zu Friedrich haben dann nur wenige norddeutsche Staaten gehalten, zu denen besondere Beziehungen bestanden, vor allem Hessen-Kassel, dann Braunschweig, Gotha, Schaumburg-Lippe. Ihre Fürsten haben mit Hilfe englischen Geldes außerordentlich starke Kontingente ins Feld gestellt. Nur ungern folgte das hannoversche Landesregiment der großbritannischen Politik; das Kurfürstentum mußte dann doch im Verein mit Hessen die Hauptlast des Landkrieges auf sich nehmen.

Nach anfänglichen Erfolgen ist Friedrich durch die Übermacht bald in eine schwierige Lage gekommen. Er hat den Anmarsch eines zum Entsatz heranrückenden österreichischen Heeres unter Browne jenseits des Gebirges bei Lobositz hemmen und die sächsische Armee am 16. Oktober 1756 in ihrem Lager bei Pirna zur Ergebung zwingen können. In Böhmen vordringend hat er am 6. Mai 1757 über

den gleichen Gegner dicht vor Prag einen vollständigen, allerdings mit schweren Opfern erkauften Sieg errungen. Als er dann aber am 18. Juni bei Kolin den von Osten anrückenden, an Zahl überlegenen Daun angriff, erlitt er eine böse Niederlage. Er mußte Böhmen räumen, und die nachdrängenden Feinde überschwemmten Schlesien. In der Prager Schlacht hatte er in Schwerin seinen erfahrensten General verloren, ein Gefecht in der Nähe von Görlitz raubte ihm Anfang September den begabtesten, Winterfeldt. Die Russen überwältigten Ostpreußen. Gleichzeitig nahmen die Dinge auf dem nordwestdeutschen Kriegsschauplatz eine bedenkliche Wendung. In England hatte der führende Vertreter des englisch-preußischen Bündnisgedankens, Wilhelm Pitt (Chatham), im April seine Stellung räumen müssen. Der Herzog von Cumberland, Georgs II. zweiter Sohn, Sieger über Stuart, Befehlshaber des deutschen Heeres, war Pitts politischer Gegner. Er ließ sich am 26. Juli bei Hastenbeck, vor Hameln, von den Franzosen schlagen und schloß, bis Stade zurückgedrängt, am 8. September die Konvention von Zeven, die das Kurfürstentum und seine deutschen Bundesgenossen außer Kampf setzte. Von Stralsund her waren die Schweden eingedrungen. Im Herbst des Jahres konnte Maria Theresia wähnen, der erstrebten Vernichtung Preußens nahe zu sein.

Aus dieser fast verzweifelten Lage rettete Friedrichs Feldherrngenie. Die Siege von Roßbach und Leuthen werden immer seine glänzendsten bleiben; sie haben am raschesten das Kriegsbild gewandelt. Dort wurden am 5. November die Franzosen und Reichstruppen, hier am 5. Dezember die Österreicher völlig geschlagen, in beiden Fällen trotz einer fast erdrückenden Überlegenheit der Zahl. Schlesien ward wieder gewonnen; nur Schweidnitz widerstand bis in den nächsten Frühling. Ostpreußen war von den Russen aus Verpflegungsrücksichten geräumt worden.

Die Mißerfolge haben die Gegner, besonders die Kaiserinnen, aber nur zu neuen Anstrengungen angespornt. Der Versuch Friedrichs, im Frühling 1758 in Mähren vorzudringen, fand schon vor Olmütz sein Ende. Der König mußte nach Schlesien zurückweichen und dann

den Russen, die unter Fermor heranrückten, in der Neumark begegnen. Durch die Schlacht bei Zorndorf am 25. August nötigte er sie zum Rückzuge; aber der Kampf war ein außerordentlich erbitterter und blutiger gewesen. Es war das erste große Treffen, in dem sich russische Truppen anderen europäischen ebenbürtig erwiesen. Der nächtliche Überfall bei Hochkirch in der Oberlausitz am 14. Oktober, Dauns zweiter Erfolg über den König, brachte neue, schwere Verluste.

Dafür konnte kaum entschädigen, daß das Jahr im Westen glücklicher verlief. Die schimpfliche Konvention von Zeven hatte in England denn doch zu einem Umschwung der Meinungen geführt; sie war nicht anerkannt worden. Pitt kam wieder ans Ruder, und das Bündnis mit Preußen erhielt festere Formen. An die Spitze der neugeordneten hannoverschen Armee und ihrer Hilfstruppen trat aus preußischem Dienst der braunschweigische Prinz Ferdinand, ein Bruder des regierenden Herzogs, der Friedrichs des Großen Schwager war. Ihm ist es gelungen, Hannover und Westfalen von den Franzosen zu säubern und sie dann am 23. Juni bei Krefeld zu schlagen. So wurde Preußens westfälischer und rheinischer Besitz wieder vom Feinde frei. Im Juli 1758 sind auch englische Truppen zum Heere des Prinzen gestoßen; bis zum Ende des Krieges hat dann stets ein britisches Hilfskontingent an seinen Operationen teilgenommen.

Das Jahr 1759 brachte Friedrich dem Untergange nahe. Frankreich, wo der österreichisch gesinnte Choiseul an Stelle des schwankenden Abbé Bernis die Leitung der Politik übernommen hatte, verpflichtete sich zu neuen Leistungen. Friedrich glaubte von vornherein sein Heil in der Verteidigung suchen zu müssen. Er sah sich dann doch genötigt, die Russen unter Soltikow, deren Vereinigung mit einem Teile des österreichischen Heeres unter Laudon er nicht hatte verhindern können, am 12. August bei Kunersdorf unweit Frankfurt an der Oder anzugreifen. Er erlitt die schwerste Niederlage seines Lebens. Nur der Uneinigkeit der gegnerischen Führer verdankte er es, daß ihr Sieg ihn nicht vernichtete. Im

November folgte Fincks Kapitulation bei Maxen, unweit Pirna, die sich wie ein häßlicher Fleck auf den strahlenden Glanz der preußischen Waffen legte und ihr Ansehen empfindlich schädigte. Der Feind konnte seine Winterquartiere in Sachsen nehmen; Ober- und Mittelschlesien waren ganz überwiegend in seinen Händen. Im Westen hatte Prinz Ferdinand im April bei Bergen vor Frankfurt durch Broglie eine Niederlage erlitten und Hessen dem Feinde überlassen müssen, hatte ihn dann allerdings am 1. August bei Minden besiegt und durch Westfalen zurückgetrieben. Gleichwohl, hätten die Verbündeten einig und nachdrücklich die errungenen Vorteile verfolgt, das erschöpfte Preußen wäre auch unter seinem Friedrich schwerlich zu erfolgreichem Widerstande fähig gewesen.

Das ist aber nicht geschehen. Die überseeischen Verluste, die Frankreich erlitt, machten es doch einem Frieden wenigstens mit England geneigt, und die neu erhobene Forderung der Zarin, Ostpreußen zu behalten, verstimmte zugleich in Wien und Paris. Die Zeit, wo man sich in Frankreich mit dem Gedanken russischer Alleinherrschaft im Osten befreunden konnte, war noch lange nicht gekommen. Friedensverhandlungen, die zu guter Letzt an Pitts Weigerung, sich von Preußen zu trennen, scheiterten, brachten Friedrich den großen Vorteil gewonnener Zeit. Als dann die Operationen des Jahres 1760 begannen, vermochte er sich durch den Sieg, den er am 15. August bei Liegnitz erfocht, der drohenden Umklammerung durch die überlegenen Österreicher zu entziehen und am 3. November bei Torgau nach schwerem, blutigem Ringen den ersten großen Erfolg über Daun in diesem Kriege davon zu tragen. Die Russen waren langsam gegen die Oder herangerückt, hatten diesen Fluß auch überschritten, dann aber den Rückzug angetreten.

Auch im nächsten Jahre ist es zu einem gemeinsamen Schlagen der beiden Verbündeten nicht gekommen, obgleich sie Friedrichs im Lager von Bunzelwitz bei Schweidnitz vereinigter Streitmacht mit weit überlegenen Kräften durch drei Wochen gegenüber standen. Doch nahmen beide Gegner Winterquartiere auf preußischem Boden. Laudon erstürmte Schweidnitz, und Buturlin gewann das zweimal vergeblich

belagerte Kolberg. Da ist durch den Tod der Kaiserin Elisabeth am 5. Januar 1762 eine glückliche Wendung eingetreten. Ihr Neffe und Nachfolger Peter III., ein Sohn des Gottorpers Karl Friedrich, stets ein Bewunderer des Preußenkönigs, rief seine Truppen ab, schloß Frieden und dann sogar ein Bündnis mit Friedrich. Zu der versprochenen Hilfe ist es allerdings nicht gekommen, da der Zar schon am 9. Juli 1762 gestürzt, durch seine Gemahlin Katharina von Anhalt-Zerbst ersetzt und am 17. Juli ermordet wurde. Doch hat auch die neue Machthaberin darauf verzichtet, Elisabeths Politik wieder aufzunehmen.

Da Schweden dem Beispiele Rußlands gefolgt war, hatte Friedrich es im Sommer 1762 nur noch mit Österreichern und Reichstruppen zu tun. Er errang im Juli über Daun den Sieg bei Burkersdorf und gewann im Oktober Schweidnitz zurück. Gegen Ende dieses Monats schlug Prinz Heinrich bei Freiberg in Sachsen die Reichsarmee. Da auch Prinz Ferdinand die Franzosen, die 1761 noch einmal bis Braunschweig vorgedrungen waren, im nächsten Jahre wieder aus Hessen hinaus warf, waren Friedrichs Gegner überall im Nachteil, als Frankreich und England sich am 3. November 1762 in Fontainebleau verständigten. Die russische Kaiserin war zu glücklicher Stunde aus dem Leben geschieden, da Pitt im Oktober 1761 abermals den Friedensfreunden hatte weichen müssen. Sein Nachfolger Bute hat das Bündnis nicht erneuert, dem Bundesgenossen sogar Landabtretungen zugemutet. Friedrich hat seitdem Englands Regierung nicht mehr als bündnisfähig angesehen. Allein konnte Maria Theresia mit den Kräften ihrer erschöpften Länder nicht auf Erfolg hoffen. So ward am 15. Februar 1763 auf dem Jagdschloß Hubertusburg zwischen Oschatz und Grimma auch zwischen Preußen und Österreich Friede geschlossen. Friedrichs Staat blieb, was er gewesen war; nicht ein Dorf hatte ihm „die Welt in Waffen“ abzuringen vermocht.

Der Ausgang des Siebenjährigen Krieges bedeutet einen Einschnitt, wie ihn die Verhältnisse seit dem Westfälischen Frieden nicht

mehr erfahren hatten. Frankreich war in Ostindien unterlegen, aus Nordamerika verdrängt. Damit war dem zukunftsreichsten aller überseeischen Länder der englische Stempel aufgedrückt. Europa aber mußte in Zukunft mit zwei deutschen Großmächten rechnen, ein Moment vermehrter Zersplitterung, doch aber auch wieder ein Moment der Stärke für das Volk der europäischen Mitte.

Weit über Preußens Grenzen hinaus, bis tief in die Reihen der offenen Gegner, waren Friedrichs Siege als deutsche empfunden worden, ganz besonders in den protestantischen Reichsteilen und soweit sie über Franzosen errungen wurden. Unter den an Preußens Seite kämpfenden Norddeutschen hat der gemeinsam durchgefochtene harte Kampf ein Gefühl preußisch-deutscher Waffenbrüderschaft geweckt, das nie wieder ganz verschwunden ist. Völlig in den Schatten gestellt war die Großmacht Gustaf Adolfs, Karls X. und Karls XII. Schweden hatte in den Versuchen, von seiner vorpommerschen Ecke her in den Gang der Dinge einzugreifen, eine geradezu klägliche Rolle gespielt, ein Zerrbild des kriegerischen Glanzes, der einst seine Waffen umstrahlt hatte. Dafür war Rußlands Bedeutung für die Gestaltung der Geschicke Europas um so heller ins Licht getreten. Und diese Macht war jetzt in der Hand Katharinas II.!

Mit fast übermenschlicher Ausdauer und Tatkraft hatte Friedrich Mühen und Sorgen des langen Krieges ungebrochen überstanden. Es war die große Prüfung, deren Ergebnis ihm für alle Zeiten unter den Helden aller Völker einen Ehrenplatz sichert. Als Staatsmann wie als Feldherr konnte er sich nicht frei erkennen von Fehlern und Versehen. Aber wie er ihre Folgen auf sich genommen, ausgehalten hat, wenn Verzweiflung ihm den Lebensmut zu brechen drohte, wie das Gefühl der Verpflichtung gegen den Staat, den er übernommen, den er geschaffen hatte, ihn immer wieder heraus zu reißen vermochte aus der Gefahr des Verzagens und der Umnachtung, das gibt seinem Tun und seinem Leben nicht nur so großen Reiz, sondern auch höchsten Wert. Keiner der großen Staats- und Heereslenker vor ihm und nach ihm ist durch so schwere Krisen gegangen, um doch endlich zu

siegen und seinem Werke den Bestand zu sichern. Wenn man sich dabei vergegenwärtigt, daß er die Frische seines so ungewöhnlich vielseitigen Geisteslebens auch über die drangvollen Jahre hinaus voll bewahrte, so wird man sich am Ruhmestitel des „Einzigen" nicht stoßen. Mit berechtigtem Stolze und nicht weniger mit Dankbarkeit blickte das preußische Volk auf diesen König, in dessen Taten es sich spiegeln lernte, denn er hatte ihm Bestand gesichert. Aber auch alles, was deutsch ist, hat Anlaß, sich seiner zu freuen und ihn als den Seinen zu preisen, denn seine Persönlichkeit und seine Taten haben dem deutschen Namen neue Ehren und Gewinn in reicher Fülle eingetragen.

Als der Friede der langen Not ein Ende machte, war der blühende Wohlstand, zu dem die sorgsame Verwaltung von mehr als vier Jahrzehnten den preußischen Staat emporgehoben hatte, in seinen Grundlagen erschüttert. Kein Teil der Monarchie war vom Feinde unberührt geblieben. Berlin selbst hat ihn zweimal, 1757 und 1760, in seinen Mauern gesehen. Friedrich hatte es peinlich und mit Erfolg vermieden, in finanzielle Abhängigkeit von England zu geraten, hatte dafür aber seine Untertanen um so schärfer heranziehen müssen. Dazu hatte der Verkehr nach außen schwer gelitten, der zur See war wiederholt zu völligem Stillstande verdammt gewesen. Preußen verfügte über keinerlei Mittel, ihn zu schützen, und die Engländer haben sich trotz aller Bitten Friedrichs nicht bewegen lassen, eine Flotte in die Ostsee zu schicken. Sie wollten ihren russischen Handel nicht gestört wissen. Auf die in den Städten langsam empor blühenden Gewerbe hatte das den verderblichsten Einfluß geübt. So konnte nach Beendigung des Krieges nur ein Ziel ins Auge gefaßt werden: Wiederaufrichtung des gesunkenen Wohlstandes der Monarchie.

Friedrich hat noch 23 Jahre an ihrer Spitze stehen dürfen. Sie gehören zu den ertragreichsten, die Preußen in ununterbrochener Folge durchlebt hat. Die vor dem Kriege begonnenen Reformen wurden wieder aufgenommen. Das preußische Landrecht

ist erst unter Friedrichs Nachfolger Gesetz, seinem wesentlichen Inhalt nach aber unter dem großen Könige fertig geworden. Es war mehr als ein Rechtsbuch; man hat ihm nicht ohne guten Grund die Bedeutung einer Verfassungsurkunde zuerkannt. Friedrich der Große hat an richterliche Tätigkeit stets die höchsten Ansprüche gestellt; wenn das Grundsatz preußischer Staatskunst geworden ist, so gebührt ihm ein Hauptverdienst. Auf dem Gebiete der Rechtspflege ist Preußen durch das Landrecht an die Spitze der deutschen Staaten getreten; das war besonders deshalb bedeutungsvoll, weil es so weite und so zerstreute Gebiete umfaßte.

Die Haupttätigkeit dieser Jahre galt naturgemäß der Neubelebung der Erwerbsverhältnisse. Sie wurde erstrebt gemäß den volkswirtschaftlichen Anschauungen der Zeit, die im Merkantilismus und in strenger Sonderung der Berufsstände die unveräußerliche Grundlage der öffentlichen Wohlfahrt sah, erstreckte sich aber auf alle Gebiete. Städtische Gewerbe, Land- und Seehandel sind in diesen Jahrzehnten, gefördert durch wohlbedachte Fürsorge, weit über das frühere Maß hinaus umfangreich und gewinnbringend geworden. Vornehmlich aber nahm die Bodenkultur in allen Teilen der Monarchie einen mächtigen Aufschwung.

Der König hat ihr sogleich nach dem Friedensschlusse einen ganz erheblichen Teil der zur Fortführung des Krieges gesammelten Gelder und Vorräte gewidmet. Die ausgemusterten Mannschaften und Pferde wurden ihr zugeführt. So wurde Wüstgewordenes neu in Arbeit genommen, vor allem aber fortgesetzt, was schon vor dem Kriege kräftig begonnen hatte, die Besiedelung von Ödländereien aller Art. Kaum ein Teil der Monarchie, der nicht neue Dörfer aus Friedrichs des Großen Zeit aufzuweisen hätte, vor allem die Niederungen, die „Brüche“ an den großen Strömen und sonst versumpfte Ländereien, deren es in der norddeutschen Ebene nicht nur in ihren niederen, sondern auch in höher gelegenen Teilen ja nicht wenige gab und noch gibt. Die Erwerbung der polnischen Lande hat dieser Tätigkeit einen neuen Anstoß gegeben. Sie ist nirgends in deutschen Landen mit dem Nachdruck gefördert worden

wie im Preußen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen. Die Gesamtzahl der von 1740—1786 von außen her in Preußen eingewanderten Kolonisten wird auf 300 000 geschätzt. Die großen Lücken, die der Krieg in die Bevölkerung gerissen hatte — mindestens 10, vielleicht 20 oder mehr Prozent —, waren schon innerhalb eines Jahrzehnts nach geschlossenem Frieden wieder ausgefüllt.

Wenn so das innere Staatsleben vollauf in Anspruch nahm, so lag es in der Natur der Dinge, daß die auswärtigen Beziehungen fortgesetzt regster Aufmerksamkeit bedurften. Ihre Regelung war, so lange Friedrich lebte, geleitet von dem einen Grundsatz, den Frieden zu erhalten, so lange er mit dem Bestand des Staates irgend vereinbar war. Niemand könnte Friedrich dem Großen mit Recht den Vorwurf machen, daß er nach dem Siebenjährigen Kriege eine Politik verfolgt hätte, die auf Störung der Ruhe, auf Schaffung europäischer oder deutscher Schwierigkeiten gerichtet gewesen wäre. Ihm ist keine Stelle unter den Eroberern anzuweisen; sein Ehrentitel liegt in der Begründung und Sicherung eines berechtigten, lebensfähigen Staatswesens. Kein anderes Ziel, als ihren Ländern die Ruhe zu sichern, hat auch Maria Theresia verfolgt. Ihren Hoffnungen auf Rückeroberung Schlesiens hat der Siebenjährige Krieg ein Ende gemacht. Aber die unvermeidliche Abhängigkeit der Gegenwart von der Vergangenheit ließ es doch zu gegenseitigem Vertrauen unter den beiden Herrschern nicht kommen. So ist die große Politik während der weiteren Regierungszeit Friedrichs entscheidend bestimmt worden durch das Österreich und Preußen trennende Mißtrauen.

Das weitaus wichtigste, auch für Deutschland folgenschwere Ereignis dieser Jahre auf europäischem Boden ist die erste Teilung Polens. Die hoffnungslose Schwäche dieses unglücklichen Reiches war während des Siebenjährigen Krieges aller Welt offenbar geworden. Es war trotz seines sächsischen Herrn im Grunde genommen neutral, doch aber für die Russen Durchzugsland und Operationsbasis gewesen. Hätte es seine Neutralität wahren können, keine bessere Deckung hätte sich für Preußen denken lassen gegen russische Gefahr. Von der

neuen Zarin war am wenigsten zu erwarten, daß sie die Stellung, die Rußland in Polen gewonnen hatte, preisgeben werde.

Das hat sich sofort gezeigt, als August III. (als Kurfürst von Sachsen Friedrich August II.) im Oktober 1763 starb. Binnen Jahresfrist hat Katharina II. es durchgesetzt, daß als ihr Geschöpf Stanislaus Poniatowski zum polnischen Könige gewählt wurde. Sie setzte es durch gegen Österreich und Frankreich, aber mit preußischer Unterstützung. Friedrich konnte nicht isoliert in Europa stehen. Ein neues Bündnis mit England kam für ihn nicht in Frage, auch für England nicht; Frankreich blieb an Österreichs Seite. So hat sich Friedrich im April 1764 zu einem Bündnis mit Rußland entschlossen; es ist 1769 und wieder 1776 erneuert worden. Es war das für Preußen Gegebene. Friedrich hatte im Siebenjährigen Kriege erfahren, hatte es auch vorher erkannt, wie gefährlich Rußland als Gegner werden konnte, während er kaum vermochte, diesem Staate seine Feindschaft fühlbar zu machen. Daß Rußland, und zumal unter seiner damaligen Herrscherin, aus diesem Verhältnis den weitaus überwiegenden Vorteil zog, war unvermeidlich.

Wie nur je ein russischer Herrscher hat Katharina II. es verstanden, ihre Macht auszudehnen durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten. Schon ihre Vorgänger hatten auf diese Weise Schweden und Polen nicht nur geschwächt, sondern der Auflösung entgegen getrieben. Sie hat das System meisterhaft gehandhabt. Als auch das von ihr aufgerichtete polnische Königtum, wie es nicht anders konnte, nach Stärkung seiner Stellung gegenüber dem zuchtlosen Adel strebte, hat sie einen neuen Zankapfel in die polnischen Wirren geworfen durch die Forderung nach Gleichberechtigung der Dissidenten, die, wie die Verhältnisse lagen, ohne fremde Einmischung nicht durchführbar war. Sie ward Anlaß zur Konföderation von Bar, die sich zusammen fand, Polens Adelsverfassung und die Alleingeltung des katholischen Glaubens zu verteidigen.

Die Pforte hat, um der drohenden vollständigen Unterwerfung Polens unter fremden Willen zu begegnen, im Oktober 1768 Rußland den Krieg erklärt. Damit eröffnete sich für Katharina eine Quelle

neuer Erfolge. Der Friedensschluß von Kutschuk-Kainardsche im Jahre 1774 gab Rußland ein Schutzrecht über die morgenländischen Christen unter dem Szepter des Sultans. Aber schon vorher hatte Katharina diese Wendung nutzbar machen können. Die Erfolge zu Lande und zur See, die ihr gegenüber den übereilt in den Kampf gezogenen Türken bald nach Anfang des Krieges zufielen, gaben ihr Ansprüche auf reiche Entschädigung. Auf Kosten der Pforte war solche aber nur durchzusetzen gegen den Widerstand Österreichs, hinter dem Frankreich stand, das fortgesetzt die überlieferte Stellung einer Schutzmacht für die Türkei, Schweden und Polen festhielt. So ward der Ausweg gefunden, durch eine Verständigung der zunächst beteiligten Mächte Rußland, Österreich und Preußen Polen die Kosten des türkischen Krieges aufzubürden.

Maria Theresia selbst hat diesen Weg gewiesen. Sie hat 1769 auf König Stanislaus' Wunsch die Zips besetzen lassen, dort den Konföderierten entgegen zu treten; sie hat sich aber geweigert, die Landschaft zu räumen, da sie zu Ungarn gehörte und nur in polnischem Pfandbesitz war. Nicht zum ersten Male ist damals der Gedanke einer Aufteilung polnischen Gebietes aufgetaucht. Er ward jetzt von Katharina wieder aufgegriffen und zuerst Preußen nahe gebracht. Friedrich ist für ihn gewonnen worden, dann auch Maria Theresia. Am 5. August 1772 kam unter den drei Mächten der Teilungsvertrag zustande. Er raubte der Adelsrepublik gegen 220000 Quadratkilometer Landes.

Preußen hat davon etwa ein Sechstel erhalten. Sowohl der österreichische Anteil (Galizien und Lodomerien) wie der russische waren jeder mehr als doppelt so groß. Aber der Gewinn war für Preußen unschätzbar; er kann der Erwerbung Schlesiens an die Seite gestellt werden. Pommern und Ostpreußen wurden durch ein breites Küstenland mit einander verbunden. Durch den Netzedistrikt erhielt Pommern ein Hinterland; eine Wasserverbindung zwischen der Oder und Weichsel ward möglich, und der tief einspringende Keil des Ermelandes störte nicht mehr Ostpreußens Besitz. Und es war Land, das schon vor Jahrhunderten in deutschen Händen ge-

wesen, in seinen besten Strecken von Deutschen besiedelt worden, zu einem erheblichen Teile vor dem Thorner Frieden von 1466 niemals von Polen bewohnt oder beherrscht gewesen war, sein Städteleben überall durch Deutsche empfangen hatte. Im Tal der Weichsel, im Delta dieses Flusses, im Ermelande hatte deutsche Art sich durch ein halbes Jahrtausend auf dem Boden erhalten, den einst die Vorfahren entwässert und urbar gemacht hatten. Wenn es neben völkerrechtlichen auch moralische Ansprüche auf ein Land gibt, so waren sie hier vorhanden. Kein größeres Unrecht hätte ein preußischer König gegen seinen Staat und sein Volk begehen können, als diese Gebiete, die ihren überlieferten Herren aus den Händen fielen, der russischen Macht zu überlassen, die sich schon gewöhnt hatte, sich allein als lachenden Erben des dahin sterbenden polnischen Reiches anzusehen.

Wenn in der Behandlung dieser Fragen Österreichs Politik wieder kräftiger und fester hervor trat, als Maria Theresia sie zu nächst nach dem Siebenjährigen Kriege gehandhabt hatte, so zeigte sich darin der Einfluß ihres Sohnes und Thronfolgers Josef. Er war 1764 ohne Schwierigkeiten zum Römischen König gewählt worden und im nächsten Jahre nach Franz' I. Tode als Kaiser an dessen Stelle und Maria Theresia als Mitregent der österreichischen Lande zur Seite getreten, eben 24 Jahre alt.

Der junge Kaiser war lebhaftesten Geistes und tatendurstig, entschlossen zu wagen. Er bewunderte Friedrich den Großen. Er war bereit, den von Frankreichs russenfeindlicher Diplomatie gehegten Wunsch nach Ausgleich zwischen Österreich und Preußen zu fördern. Doch konnte es auch ihm nicht gelingen, die tiefe Kluft zwischen den beiden Staaten zu überbrücken, um so weniger, als sein unruhiges Streben nach Machterweiterung dauerndes Vertrauen nicht aufkommen ließ. „Er ist vom Ehrgeiz verzehrt", meinte Friedrich der Große nach einer ersten Begegnung der beiden Herrscher in Neiße im August 1769, der im nächsten Jahre eine zweite in Mährisch-Neustadt gefolgt ist. Josef II. ist es gewesen, der nach der Besitzergreifung Galiziens auf den Wert der Bukowina für Österreich hingewiesen hat. Als 1774

der russisch-türkische Friede geschlossen war, wurde sie plötzlich von kaiserlichen Truppen besetzt und dann, losgelöst vom Hospodarentum der Moldau, zu dauerndem Besitz festgehalten. Josef ward auch ein Hauptförderer des Planes, sich durch den Erwerb Baierns für den Verlust Schlesiens zu entschädigen und damit dem kaiserlichen Österreich zugleich eine stärkere Stellung im Reiche zu geben.

Kurfürst Maximilian Josef, Kaiser Karls VII. Sohn, war kinderlos, sein nächster Erbe, Karl Theodor von der Sulzbacher Linie, als Nachfolger der Neuburger seit 1742 Kurfürst der Pfalz, ebenfalls. So schien Habsburgs alter Wunsch, sich auf Kosten Baierns zu vergrößern, Erfüllung finden zu können. Man suchte Ansprüche hervor, die auf die Zeit Kaiser Karls IV. und das Heimfallsrecht an Reichslehen zurück gingen. Karl Theodor war zu Zugeständnissen bereit; der Plan scheiterte aber an seinem nächsten Erben, Herzog Karl von Zweibrücken, der sich entschieden widersetzte.

Der Herzog suchte und fand für seinen Widerstand eine Stütze an Preußen. Als Maximilian Josef am 30. Dezember 1777 starb und dann österreichische Truppen in das Kurfürstentum einrückten, entschloß sich Friedrich zum „Bairischen Erbfolgekrieg". Im Juli 1778 erschienen seine Fahnen noch einmal in Böhmen. Doch machte der Friede zu Teschen im Mai 1779 dem Kriege ein Ende, ohne daß ernstlich gekämpft worden wäre. Österreich gab sich mit dem Vorschieben seiner Grenze an den Inn zufrieden. Aber die ganze Schärfe des Gegensatzes zwischen Preußen und der Kaisermacht war wieder zu Tage getreten. Er hatte sich deutlicher als je in den deutschen Verhältnissen, in den Angelegenheiten des Reiches gezeigt. Friedrich wollte nicht dulden, daß Österreich hier seine Macht und seinen Einfluß erweiterte. Auch das Angebot, auf Kosten Sachsens die Lausitzen als Entschädigung zu nehmen, konnte ihn in dieser Haltung nicht irre machen, um so weniger, als Kurfürst Friedrich August III. in der bairischen Frage sich auf seine Seite gestellt hatte.

In diesem Eintreten für ein selbständiges Baiern aber hatte Friedrich die große Mehrzahl der deutschen Fürsten auf seiner Seite und nicht nur sie, sondern auch Frankreich, das ja schon so lange

die „deutsche Libertät" verfocht. Dazu kam, daß Österreichs Beziehungen zu Rußland mit dem Ableben Maria Theresias (29. November 1780) eine Wandlung erfuhren. Josef war bereit, mit der Zarin gemeinsame Sache gegen die Türkei zu machen. Dort schienen ihm leichte Eroberungen zu winken. Preußen konnte den Untergang der Türkei nicht wünschen. So trat eine Entfremdung gegenüber Rußland ein, die durch die Annäherung an Frankreich nicht völlig wieder ausgeglichen wurde. In dieser Lage hat Friedrich den deutschen Fürstenbund gegründet.

Kaiser Josef hatte seinen bairischen Wünschen inzwischen eine umfassendere Form gegeben. Er schlug Karl Theodor einen Tausch, eine Versetzung in die österreichischen Niederlande vor und fand ihn nicht unzugänglich für diesen Plan, der einen Kranz von Besitzungen vom Oberrhein bis nahe an den Kanal und zu Heidelberg, Mannheim und Düsseldorf noch Brüssel, Antwerpen und Ostende in Aussicht stellte. Man kann nachgrübeln, was das für Folgen für Deutschland gehabt haben würde, ob nicht etwa das belgische Land auf diese Weise wieder in nähere Verbindung mit dem Reiche, in dauernde mit Deutschland gekommen wäre. Die tatsächliche Wirkung beschränkte sich auf das Zustandekommen des von Friedrich angeregten Bundes. Am 23. Juli 1785 traten zunächst Preußen, Sachsen und Hannover zusammen. Eine ganze Reihe kleinerer nord- und auch süddeutscher Fürsten schlossen sich an, auch der Reichskanzler, der Mainzer Kurfürst Friedrich Karl von Erthal. In keiner Weise hat man es hier mit einem Versuch der Einigung Deutschlands zu tun; es handelt sich ausschließlich und allein um die Aufrichtung einer Schranke gegen die Herrschaftsgelüste des Kaisers. Als Friedrich der Große am 17. August 1786 starb, zeigte sich, daß der Bund selbständige Lebenskraft nicht besaß; er ist alsbald zerfallen. Die französische Revolution stellte neue Aufgaben.

Die Lage, in der Deutschland der gewaltigen Umwälzung im Nachbarlande gegenüber stand, ist entscheidend geworden für deren Wirkung und Tragweite. Sie erfordert eine nähere Betrachtung.

Es muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß Deutschland im Laufe des durchmessenen Jahrhunderts in politischer Geschlossenheit keine Fortschritte gemacht hatte. Es stand dem Auslande in der gleichen bunten Vielgestaltigkeit gegenüber wie in den Tagen Ludwigs XIV. Der Reichstag hat an Arbeitsfähigkeit in keiner Weise dadurch gewonnen, daß er jetzt in Regensburg „ewig" tagte. Das Emporkommen Preußens hatte einheitliche Beziehungen zum Auslande jedenfalls erheblich erschwert. Sie ließen sich jetzt nur noch herstellen, wenn beide, Österreich und Preußen, den Wunsch hegen konnten, sie zustande zu bringen. Und dazu drohte von der Großmacht des Ostens neue Gefahr. Rußland hat bald ganz anders auf den deutschen Verhältnissen gelastet als einst Schweden. Wie schon für Peter den Großen, so hat sich für Katharina II. auch in Deutschland der Weg geöffnet, auf dem Polen und Schweden und dann auch die Türkei unter russischen Einfluß geraten waren, der Weg der Einmischung in die inneren Zwistigkeiten. Die Lage der Dinge hatte es mit sich gebracht, daß für den Teschener Frieden neben Frankreich auch Rußland Bürge wurde. Die Tür stand offen, durch die Katharinas Staatskunst in das Wirrsal deutscher Politik eintreten konnte. Die nächsten Jahrzehnte haben sie dort nur zu häufig am Werk gesehen.

Wenn so Deutschlands staatliche Kraft nicht gewachsen war, so hatte es seinem Volke an lebensvoller Entwickelung doch nicht gefehlt. Das 18. Jahrhundert ist auch in Deutschland eine Zeit kräftigen Aufstiegs gewesen.

Der inneren Ausgestaltung des Staates in den großen nationalen Reichen geht in Deutschland die in den Territorien parallel. Für sie ist das 18. Jahrhundert in gleicher Weise die Zeit der unbeschränkten Fürstengewalt geworden wie für irgend eine der großen Monarchien. Die Rechte der Stände sind auch hier, wenige Staaten ausgenommen, auf ein Mindestmaß herabgedrückt worden. Aber man darf wohl sagen, daß im deutschen Fürstenstande, auch unter Berücksichtigung seiner so viel größeren Mitgliederzahl, am häufigsten unumschränkte Herrschergewalt in Händen gewesen ist, die sich ihrer

zum Wohle der Untertanen bedient haben oder wenigstens nach bestem Wissen in diesem Sinne tätig gewesen sind. Den „aufgeklärten Despotismus“ zeigt Deutschland häufiger und wirkungsvoller als irgend ein anderes Land. König Friedrich und Kaiser Josef sind seine allbekannten Vertreter; aber den gleichen Ernst in der Erfüllung ihrer Regentenpflichten, der sie auszeichnete, kann man einer ganzen Reihe von Lenkern kleinerer Staaten nachrühmen. Unter diesen Ländern und Ländchen sind nur wenige, die nicht Zeiten sorgsamer, gewissenhafter Verwaltung erlebt haben. Eine Regierung wie die 60 jährige Ludwigs XV. in Frankreich hat kaum ein deutscher Staat über sich ergehen lassen müssen.

Vor allem hat die gesteigerte Fürstengewalt fast überall zur Hebung des Beamtenstandes geführt, seine Macht gemehrt, aber auch seine Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit gesteigert. Es ist das zunächst den Verwaltungszweigen zugute gekommen, die besonders geeignet waren, die persönliche Macht der Fürsten zu fördern, ihre Stellung nach außen und innen zu heben. Nicht nur in Preußen, sondern auch in nicht wenigen deutschen Mittel- und Kleinstaaten, vornehmlich in denen, die den Siebenjährigen Krieg an Preußens Seite durchgekämpft hatten, ist die Wehrkraft besser und fester geordnet worden. Noch behauptete das Werbesystem Bedeutung, aber überwiegend wurden die Armeen und Kontingente doch durch Aushebung von Landeskindern aufgestellt. Es hat das zu himmelschreienden Mißbräuchen Anlaß gegeben. Die Verwendung deutscher Untertanen im Dienste Englands zur Bekämpfung der Amerikaner allein zum persönlichen Vorteil von Landesfürsten ist das bekannteste und auch beklagenswerteste Beispiel dafür. Aber es hat doch auch kriegerischen Sinn und kriegerische Überlieferung wieder in weiten Kreisen der Bevölkerung heimisch gemacht, und man darf bei seiner Bewertung im Einzelnen nicht vergessen, daß es ein mehr oder weniger allgemeiner, nicht auf Deutschland beschränkter Brauch war, daß z. B. auch russische Landeskinder an England, dänische an den Kaiser verkauft worden sind, ja, daß selbst die Schweizer Eidgenossenschaft ihn geübt hat.

Unzertrennlich von der Hebung der militärischen und damit auch der politischen Leistungsfähigkeit der Staaten war eine bessere

Regelung und schärfere Anspannung ihrer Finanzkraft. Die so aufgebrachten Mittel wurden vielfach Zwecken dienstbar gemacht, die höchstens mittelbar die allgemeine Wohlfahrt förderten. Prachtbauten weltlicher und geistlicher Machthaber und Besitzer im späten Barock-, im Rokoko- und Zopfstil sind in einer Zahl und in Ausmessungen entstanden, wie sie bisher nicht erreicht worden waren und später nicht haben behauptet werden können. An die Bauten schlossen sich die Erfordernisse der Ausstattung in allen Formen des Schmuckes. So hat sich ein reiches Kunstleben entfaltet, dessen Kulturwert allerdings bezweifelt werden kann, nicht nur auf Grund ästhetischer Einschätzung, sondern mehr noch des übertriebenen Aufwandes wegen, der so manchem gemeinnützigen Streben die notwendigsten Mittel entzogen hat. Doch sind auch auf dem Gebiete der allgemeinen Volkswohlfahrt nicht nur Ansätze, sondern auch Erfolge zu verzeichnen.

Vor allem ist zur Hebung des wirtschaftlichen Lebens vieles geschehen und manches gelungen. Die Anfänge nicht weniger noch heute blühender Gewerbe reichen in diese Zeit zurück. Die Leinenindustrie hat damals ihre Glanzzeit erlebt. So entstammen auch zahlreiche Anstalten zur Förderung von Handel und Verkehr dem 18. Jahrhundert oder sind in seinem Verlauf zu festem Bestand und umfassenderer Wirkung gelangt. Was vom Preußen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen gesagt ist, gilt ähnlich von manchem Mittel- und Kleinstaat unter der Leitung gewissenhafter und einsichtiger Fürsten. Auch Urbarmachung von Öldändereien fehlt nicht, in den verschiedensten Formen: Moorkultur, Heidesiedelung, Trockenlegung, Aufforstung. Man begann ländlicher Wirtschaftsweise eine systematische Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das alles ward erstrebt als Hebung der Landeskultur. Der Gedanke, sie planmäßig zu fördern, hat in deutschen Landen besonders in dieser Zeit größere Kraft und Bedeutung gewonnen. Es geschah so gut wie ausschließlich unter fiskalischen Gesichtspunkten; aber es geschah. Die absolute Fürstengewalt, der aufgeklärte Despotismus, sind doch Durchgangsstufen gewesen, die wir nicht hinwegdenken können. Sie haben das Ihre getan, die Menge hinauf zu heben zu

höherer und allgemeinerer Kultur, wie weit bewußt, wie weit unbewußt, ist nicht die Hauptfrage. Die Wirkung war da und äußerte sich vor allem auch im gesteigerten geistigen Leben der Nation.

Das 18. Jahrhundert ist das Zeitalter der Aufklärung und der Humanität. Wir können ihre leitenden Gedanken auf ihren Ursprung zurück verfolgen und stoßen auf ausländische, englische und französische, Einflüsse. Aber ihre Wirkung in Deutschland wird man nicht verstehen, wenn man sich nicht vergegenwärtigt, daß der Boden bereitet war, die Saat aufzunehmen und zu reicher Frucht zu entwickeln. Nach den Tagen der Reformation war lange keine tiefer greifende geistige Strömung über Deutschland dahin gegangen. Das Jahrhundert, das dem Auftreten Luthers folgte, hatte sich im Bereich der deutschen Sprache und so weit deutsches Geistesleben Einfluß übte, im Kampf der Glaubensmeinungen ausgelebt. Es ist bemerkt worden, daß daraus kein Vorwurf gegen Luther hergeleitet, daß das auch nicht als eine Verirrung aufgefaßt werden kann. In dem Lande, das als Ergebnis seiner Geschichte die dauernde Glaubensspaltung auf sich zu nehmen hatte, mußten diese Gegensätze durchgekämpft werden, bis festgestellt war, daß sie nicht einheitlich entschieden werden konnten. Das war das Ergebnis des Dreißigjährigen Krieges.

Als Deutschland sich von seinen Schrecken zu erholen anfing, war es empfänglich für andere Ausgangspunkte und andere Richtungen seines geistigen Lebens. Von kaum zu überschätzender Bedeutung für die weitere Entwickelung ward jetzt sein Schulwesen, vor allem das höhere, doch auch das niedere, die beide ihre Förderung, und zwar in beiden Bekenntnissen, den Antrieben der Reformation verdankten. Hier ist ein Punkt, wo die staatliche Zersplitterung unleugbare Vorteile im Gefolge gehabt hat. Nirgends ist in den großen Machtreichen Europas dem Bildungs- und Erziehungswesen so viel staatliche Fürsorge zugewandt worden wie in den territorialen Gebilden Deutschlands.

Mit dem Ausgange des 17., dem Anfange des 18. Jahrhunderts beginnt unser Vaterland auf diesem Gebiet einen Vorsprung zu gewinnen. Es verfügte über keine so glänzenden Bildungsstätten,

wie etwa Frankreich sie in Paris, die Niederlande in Leiden besaßen, aber die Zahl leistungsfähiger höherer Schulen war, dank dem Wetteifer der Landes- und Stadtherren, ungleich größer, und die Rinnsale, durch die gelehrte Bildung sich im Volke verbreitete, flossen ungleich verzweigter und stetiger. Namen wie der des Elsässers Philipp Jakob Spener (1635—1705) und des Waisenhausgründers August Hermann Francke (1663—1727), der Vertreter des Pietismus, bedeuten nur eine, wenn auch besonders starke Richtung der vorhandenen mannigfachen Strömungen. Man darf wohl sagen, daß in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Schulkenntnisse höherer und niederer Art kaum irgendwo in einem der großen Völker Europas so verbreitet waren wie bei den Deutschen, ganz besonders in den protestantischen Gebieten. Doch haben auch nicht wenige geistliche Landesherren an den Bestrebungen zur Förderung der Bildung, besonders höherer, rühmlich Anteil genommen, allen voran wohl der Wettiner Clemens Wenzel von Trier.

So war unser Volk vorbereitet, an der großen geistigen Bewegung, die Europa von Westen her durchflutete, nicht nur in weiten Kreisen teilzunehmen, sondern sie auch selbständig, seiner Art entsprechend, zu gestalten und nach mehr als einer Richtung zu vertiefen. Was seine Söhne an geistiger Arbeit zu leisten vermochten, dafür hatte Leibniz (1646—1716), vielleicht der vielseitigste und arbeitskräftigste Gelehrte aller Zeiten und dabei von ursprünglichster Selbständigkeit, ein glänzendes Zeugnis abgelegt. Auch war der Gegensatz gegen den Humanismus, gegen das Überwuchern aller höheren Bildung durch die klassischen Sprachen und den Betrieb ihrer Grammatik, wenn auch nicht ohne westeuropäische Anregung, so doch kräftig und mit Erfolg zum Ausdruck gekommen. Schon der Holsteiner Ratke (Ratichius 1571—1635), dann auf seinen Spuren Comenius, ein mährischer Tscheche, aber deutscher Bildung (1592—1671), waren ihm im Erziehungswesen entgegen getreten. Thomasius (1655—1728) und Christian Wolff (1679—1754) erkämpften der deutschen Sprache auf der Universität das Bürgerrecht. So fand das Feldgeschrei der neuen Richtung „Natur und

Vernunft" nicht nur Verständnis und Beifall, sondern auch selbständige Erfassung und ihr entsprechende Betätigung.

Wir haben den französischen Encyklopädisten keine ausgeprägte Richtung, den Bayle und Montesquieu, Voltaire und Rousseau keine Namen zur Seite zu setzen, die in gleicher Weise als führende Vertreter der Aufklärung, des Rationalismus gelten könnten. Unser Volk ist von der neuen Bewegung ergriffen, nicht aber in derselben Weise wie das französische von ihr fortgerissen worden. Es ging in ihr nicht restlos auf; sie deckte sein Wesen nicht. So ward sie ihm wohl Helfer, nicht aber Gebieter in seinem Streben nach neuen Grundlagen seines geistigen Seins. Es hat sich solche selbst erarbeitet aus seinem eigensten Wesen heraus.

Die Zeit Friedrichs des Großen ist die Geburtszeit unserer klassischen Bildung. Dem großen Könige ist sie fremd geblieben, und nicht nur das, er hat sie bewußt abgelehnt. Als er starb, beherrschte sie gleichwohl Deutschlands Geistesleben. Neben der kriegerischen Kraft Preußens war auf deutschem Boden eine zweite neue Macht empor gewachsen. Sie läßt sich aus der weiteren Entwickelung unserer nationalen Geschicke nicht mehr hinwegdenken.

Es gibt, wie auch bei anderen Nationen, bei uns kaum ein Gebiet geistigen Lebens, das vom Aufschwung des 18. Jahrhunderts unberührt geblieben wäre. Jede andere Betätigung weit überflügelt hat aber die in der Philosophie und der schönen Literatur. Hier ist es, wo wir Neues geschaffen haben, auf Grund dessen wir wieder in eine führende Stellung eingerückt sind. Damals wurden wir „das Volk der Dichter und Denker"; früher hat man eher Anlaß gefunden, andere Seiten unserer Eigenart als kennzeichnend anzusehen.

Die deutsche Dichtung hat sich im 18. Jahrhundert rasch einen Platz neben der anderer Nationen erobert. Sie hatte nie in dem Sinne über die von der Sprache gesetzten Grenzen hinaus gewirkt wie der französische Ritterroman des Mittelalters oder das französische Schauspiel der Zeit Ludwigs XIV. Sie hatte jetzt ein volles Jahrhundert auf Wirkung in den leitenden Kreisen des eigenen

Volkes fast verzichten müssen. Die höfische und die feinere gesellschaftliche Bildung waren vorherrschend französisch geworden. Indem Umfang und Bedeutung der mittleren Klassen sich hoben und ihr Geistesleben reger und aufnahmefähiger wurde, bildete sich aber ein neuer und empfänglicher Boden von größter Ausdehnungsfähigkeit. Aus diesen Kreisen unserer Bevölkerung ist unsere neue Literatur erwachsen; auf ihrem Bestehen beruht ihre Blüte. Veredelnde Wirkung war hier nur möglich durch sorgfältige Pflege der Muttersprache. Deutschland hat auf diesem Wege der Leitung einer Akademie entbehren müssen; führende Geister haben aber ihre Stelle ersetzt.

Für die Einheit unseres Volkes ist es von ausschlaggebender Bedeutung geworden, daß seine Schriftsprache inzwischen e i n e geworden war, die verstanden und gebraucht wurde von den Küsten der Nordsee bis in den äußersten Karpatenwinkel und von den Berner und Walliser Alpen bis zum Finnischen Meerbusen, nicht nur in den geschlossenen Sitzen deutschen Wesens, sondern auch in den weithin verstreuten Außenposten. Ihre Durchsetzung mit fremden Brocken, Wort- und Satzbildungen hatte doch auch die Kräfte des Widerstandes wach gerufen; ihre Reinigung und Veredelung ward Lebens- und Daseinszweck bei Einzelnen und ganzen Gesellschaften. Klopstock und Lessing offenbarten dann den Zeitgenossen, was dieser Sprache innewohne an Wärme und Wohlklang, an Kraft und Klarheit.

Indem Klopstock seiner Dichtung Leben gab durch seine begeisterte Frömmigkeit, veredelte er Denken und Empfinden auf einem Gebiete, das noch breit im Vordergrunde alles Geisteslebens stand. Lessing erhob die deutsche Bühne zu einem gleich berechtigten Bildungsmittel edelsten Volkslebens. Er machte sie unabhängig vom französischen Schauspiel und damit fähig, an dessen Stelle zu treten. Durch Lehre und Beispiel zeigte er den Weg, der sie an den ihr gebührenden Platz führen mußte. Beide Männer waren mit Bewußtsein deutsch, wollten es sein in der Überzeugung vom Werte des Eigenen. Dann verkündete Herder, wie gesunde Bildung nur erwachsen könne auf der Grundlage des eigenen Volkstums. Man erstrebte nicht volle Ablehnung, nicht Ausschluß des Fremden; Shakespeare

hat vor allem durch Lessing seinen Einzug in Deutschland gehalten. Man wollte Geltung der eigenen Sprache und des in ihr beschlossenen Geistes, nicht Nachahmung, sondern Aneignung des Fremden, seine Einordnung, soweit es sich deutschem Denken und Empfinden anpassen, in ihm aufgehen wollte und konnte.

Ungleich tiefer aber als draußen, tiefer als es je zuvor geschehen war, faßte man das Verhältnis zur klassischen, vor allem zur griechischen Kunst. Es ist doch deutsche Forschung, die zuerst zu ihrem vollen Verständnis geführt, deutsche Dichtung, die nicht nur ihre Form, sondern ihren Geist wieder geboren hat. An die Stelle des französischen formalen Klassizismus trat ein neues klassisches Drama. So innig war nie der Geist der Antike mit abendländischer Kultur verschmolzen worden wie in Schiller und Goethe und der Weltanschauung ihrer Zeitgenossen. Auf dem Gebiete der Philosophie vollzog sich diese Verschmelzung in Kant. So gewann deutsche Kultur im Zeitraum eines Menschenalters einen Reichtum, der sie ebenbürtig neben die der führenden Völker Europas stellte, ihr in der harmonischen Verbindung ihrer Bestandteile, in der vollen Ausgestaltung eines Menschheitsideals einen Vorsprung vor allen gab. Keine Dichtung ringt in gleicher Weise um die Lösung der tiefsten Fragen menschlichen Daseins wie Goethes Faust, und keine Schrift hat seit den Tagen des Aristoteles die Probleme menschlichen Denkens so klar gefaßt und so erschöpfend durchdacht wie Kants Kritik der reinen Vernunft.

Sie gehörte fünf Jahre der Öffentlichkeit, als Friedrich der Große starb. Lessings Dramen und kritische Schriften waren damals Gemeingut des deutschen Volkes geworden; Winckelmann hatte die „Kunstgeschichte" zu einer Wissenschaft erhoben. Goethe rüstete zu seiner ersten italienischen Reise, gestaltete seinen Tasso und seine Iphigenie und grübelte über Faust und Wilhelm Meister; durch Götz und Werther war sein Name in aller Munde. Im Todesjahre Friedrichs des Großen vollzog Schiller mit dem Don Carlos den Übergang von seinen Jugenddramen zu den nach Form und Inhalt reifer und reicher ausgestatteten Schöpfungen seiner vollen Dichter-

kraft. Vergegenwärtigt man sich, daß das Jahrhundert durch Sebastian Bach und Händel, Mozart und Haydn eine deutsche Musik geschaffen hatte oder schuf, so vervollständigt sich das Bild seines so überaus reichen Geisteslebens. Ein politisches Deutschland kannte die Zeit kaum noch; aber ein neues geistiges Band schlang sich um die staatlichen Splitter, die dem Namen nach ein Reich bildeten, und verknüpfte sie zu einer anderen Form der Gemeinschaft.

Und hier ward nun von besonderer Bedeutung, daß der Boden, auf dem man sich neu zusammen fand, ein anderer war als der des religiösen Bekenntnisses. Die Zeit der Aufklärung und des Rationalismus und die zu ihr im Gegensatz stehende und doch ohne sie nicht denkbare Blütezeit unserer klassischen Dichtung sind es gewesen, welche die Spannung der Glaubensrichtungen zuerst nachhaltig gelockert haben. In diesem Verdienst steht die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts unerreicht da; auch die Folgezeit hat ihre Höhe nicht immer zu behaupten vermocht. Der Vorzug mag gelegentlich erworben sein auf Kosten der Tiefe und Innigkeit religiösen Lebens; im Ganzen hat wahre Frömmigkeit nicht Not gelitten, und unendlich wohltuend, gerade für unsere deutschen Verhältnisse, berührt doch der Geist der gegenseitigen Duldung und der Einigkeit in christlicher Liebe, der trotz rationalistischer Entgleisungen den Grundton der Zeitstimmung bildete.

Wenn darin aber ein Fortschritt zu erblicken ist, so soll man sich wiederum dankend des aufgeklärten Despotismus erinnern. Die deutschen Höfe sind von diesem ganzen Bildungsstreben nicht zu trennen, so wenig wie die italienischen Machthaber des 15. und 16. Jahrhunderts von der Renaissance und dem Humanismus. Wie könnte man sich Karl August und Weimar aus der Zeit unserer klassischen Dichtkunst hinweg denken? Deutsche Fürsten haben dem Gedanken der Toleranz festen Rückhalt und starke Förderung gewährt. „Hier muß ein jeder nach seiner Façon selig werden", entschied Friedrich der Große schon 1740 zu Gunsten katholischer Soldatenkinder. „Alle Religionen sind gleich und gut, wenn die Leute nur ehrlich sind!" Mit dieser Auffassung stand der König sicher

in der zweiten Hälfte seines Lebens unter seinen Standesgenossen nicht vereinzelt da. Kaiser Josef hat sie geteilt und zum Grundsatz seiner Regierung gemacht. Gerade das Hinausheben über die Glaubensenge, die Unbefangenheit gegenüber den Merkmalen äußeren Kirchenwesens, die mit wahrer Frömmigkeit und festem Gottesglauben durchaus vereinbar ist, bildeten Inhalt und Vorzug der neuen Bildung, die sich wie kaum eine andere die Stellung und Bedeutung einer gesamtdeutschen errungen hat. Sie ist noch heute eine unserer stärksten Schutzwehren gegen die stetig lauernde, ja drohend aufsteigende Gefahr völliger geistiger Spaltung.

So fehlte es dem deutschen Leben nicht an starken Seiten, als es vor die Aufgabe gestellt wurde, sich mit der französischen Revolution und ihren Folgen abzufinden. Da war Gesundes und Entwicklungsfähiges im leiblichen wie geistigen Sein. Es zur Entfaltung zu bringen, war aber das Hinwegräumen der Schuttschichten, die Jahrhunderte darüber gehäuft hatten, ein unerläßliches Erfordernis. Es ist entscheidend geworden für die Geschicke der Nation, daß diese Arbeit nicht geleistet werden konnte aus eigener Kraft. Ihre Durchführung bedurfte allzusehr staatlicher Mitwirkung, ja staatlicher Leitung, als daß ein so zersplittertes Volk wie das deutsche ihr gewachsen gewesen wäre. So führte der Weg zu neuem Leben durch die harten Prüfungen der Fremdherrschaft.

Man könnte nicht sagen, daß die Lage des deutschen Volkes nach der Mitte des 18. Jahrhunderts, alles in allem betrachtet und abgesehen von dem Mangel staatlicher Geschlossenheit, eine wesentlich rückständige, durchaus ungünstige gewesen wäre gegenüber der des französischen, mit dem es ja eigentlich allein in Parallele gestellt werden kann. Wohl war Frankreich durch die Gunst seines Bodens und den Gang seiner Geschichte das reichere Land, aber Not einzelner Gegenden oder Bevölkerungsklassen machte sich in Deutschland nicht wesentlich fühlbarer als gelegentlich auch in Frankreich. Dieselben überkommenen Übel alten und zum Teil ältesten Ursprungs, an denen Frankreich litt, und gegen welche die

Revolution sich wandte, erschwerten aber in Deutschland dem größten Teil der Lebenden das Dasein empfindlicher, weil sie in Folge der politischen Vielgestaltigkeit ungleich mannigfaltiger in die Erscheinung traten. Wenn auch eine reiche Reformtätigkeit zur Hebung des Wirtschafts- und Geisteslebens Platz gegriffen hatte, so waren doch wie in Frankreich, ja fast noch mehr als dort, wichtigste Seiten menschlichen Zusammenseins von ihr völlig unberührt geblieben.

Die Vorurteilslosigkeit, die in so manchen Handlungen Herrschender hervortrat, hat nicht gehindert, daß die strenge Sonderung der Stände, die gerade die letzten Jahrhunderte erst zur vollen Durchführung gebracht hatten, unerschüttert erhalten blieb. In dem Stande, in dem jeder geboren war, hatte er sein Dasein weiter zu führen und mit seltenen Ausnahmen zu beschließen. Das galt nicht nur für die drei großen Klassen der Adligen, Bürgerlichen und Bäuerlichen, sondern auch für ihre Unterabteilungen in Stadt und Land, dort für Kaufmannschaft und Gewerbe, hier für die verschiedenen Abstufungen des Grundbesitzes bis herab zum Tagelöhner, wiederholte sich auch im neu empor gewachsenen Beamtenstand. Wohl hat der Zuzug vom Lande in die Stadt nie völlig aufgehört; die bestehende Ordnung ist dadurch aber kaum gelockert worden. Die reichsfreien städtischen Gemeinwesen waren nicht freier von ständischer Gebundenheit. Die Vorrechte, deren der Adel sich erfreute, wurden um so störender empfunden, als die Höfe so zahlreich waren. Es war nun einmal die Anschauung der Zeit, auch im Reformstaate Friedrichs des Großen, daß jeder Stand seine Rechte und Pflichten habe, in jenen geschützt, zu diesen aber auch angehalten werden müsse, daß so allein ein gesundes Staatsganzes geschaffen werden könne. „Personen, welchen vermöge ihrer Geburt, Bestimmung oder Hauptbeschäftigung gleiche Rechte in der bürgerlichen Gesellschaft beigelegt sind, machen zusammen einen Stand des Staates aus", sagt das preußische Landrecht und gestattet dieser Auffassung auch Einfluß auf die Gestaltung seiner Titel.

Die wirtschaftliche Einengung, die durch merkantilistische oder, wie sie jetzt einzusetzen anfingen, durch physiokratische Verwaltungsgrundsätze bewirkt wurde, oder die aus dem Festhalten an den zünftischen

Ordnungen, aus Beschränkungen des Landerwerbs, aus überlieferten Zöllen und Auflagen, aus der fast unübersehbaren Vielgestaltigkeit von Münze, Maß und Gewicht sich ergab, wurde bei dem beschränkten, landschaftlich zerrissenen Geltungsbereich der Einzelbestimmungen in Deutschland erheblich schärfer gefühlt als im Nachbarlande. Frankreich war zwar vor der Revolution noch keine wirtschaftliche Einheit, in all diesem doch wesentlich geschlossener. Dazu waren weite Kreise der ländlichen Bevölkerung durch die in Zins oder Dienst sich ausdrückende oder auch zur Schollenpflichtigkeit gesteigerte Leibeigenschaft in gleicher Weise oder schwerer belastet als in Frankreich. Anordnungen zu ihrer Aufhebung hatten in Deutschland begonnen, ehe die Revolution ausbrach; aber ihr Verschwinden drüben konnte das Eingreifen der Fremden als eine Wohltat erscheinen lassen. Vergegenwärtigt man sich dazu die bunte Mannigfaltigkeit landesgesetzlicher Rechtsbestimmungen, die vielfach doch mangelhafte Sicherung ihrer gleichmäßigen Handhabung und die Schwerfälligkeit und Unberechenbarkeit reichsgerichtlichen Eingreifens, so versteht man, daß eine geistig reich bewegte, nach Belehrung, Verständnis und Fortschritt drängende Zeit sich an tausend Stellen gehemmt fühlte und die Verkündigung großer, leitender Ideen in weiten Kreisen als eine Erlösung begrüßte.

Es sollte unser Volk an den Rand des Unterganges bringen, daß diese Ideen von einer Nation ausgingen und verbreitet wurden, die, stets für Krieger- und Erobererruhm empfänglich, die Befriedigung dieser Leidenschaft vor allem auf Kosten unseres Volkes gesucht hatte, und die, im Zusammenhang mit dieser Leidenschaft, als nächstes Ergebnis ihrer inneren Umwälzung sich zum willenlosen Werkzeug eines von zügelloser Machtgier erfüllten genialen Emporkömmlings erniedrigen ließ.



Drittes Kapitel.

Vom Tode Friedrichs des Großen bis zum Wiener Kongreß (1786—1814).

Die französische Revolution hat fast von ihrem Beginn an über die Grenzen ihres Ursprungslandes hinaus gewirkt, nicht nur indem sie gleich gerichtete Stimmungen und Bestrebungen weckte, sondern mehr noch, indem sie die Nachbarstaaten und insbesondere die deutschen nötigte, gegenüber gewissen Folgen bestimmt Stellung zu nehmen. Die Emigranten füllten bald zahlreich die deutschen Grenzgebiete. Ihre Aufnahme und gar ihre Unterstützung, die man ihrer Not weder versagen mochte noch in allen Fällen konnte, wurden in Frankreich als Parteinahme aufgefaßt, der man um so bereitwilliger einen bedrohlichen Charakter zuschrieb, als die Führer der Abgewanderten über weit verzweigte Verbindungen mit den Vornehmsten und Mächtigsten Europas verfügten und der Gedanke einer Restauration, auch mit Anwendung von Gewalt, naturgemäß unter ihnen lebendig war.

Nicht weniger störend für die Regelung der Beziehungen zu Deutschland war, daß zahlreiche Reichsstände durch die Revolution schwere Schädigung an Besitz und Rechten erlitten. Auch noch nach den Reunionen Ludwigs XIV. waren deutsche Fürsten und Herren im Elsaß und zum Teil noch jenseits der Vogesen und des Passes von Belfort, wie z. B. der Herzog von Württemberg als Inhaber der Grafschaft Mömpelgard, unabhängige Besitzer,

geistliche und weltliche Herren in diesen Gebieten Stände des Reiches geblieben. Ihre völkerrechtliche Lage, die weder durch den Westfälischen, noch durch die folgenden Friedensschlüsse fest geregelt worden war, hatte sich aber gegenüber der überlegenen französischen Macht so unsicher gestaltet, daß sie im Laufe des 18. Jahrhunderts fast ausnahmslos zu Verträgen sich bereit gefunden hatten, in denen ihre Besitzrechte anerkannt und verbürgt wurden, sie sich aber für ihre Gebiete unter französische Lehnshoheit stellten.

So wurden die Beschlüsse der bekannten Nacht zum 5. August 1789 und der folgenden Tage auch ihnen gegenüber zur Ausführung gebracht, und ihre Einwendungen sowie ihre Berufung auf die geschlossenen Verträge hatten keine weiteren Folgen, als daß in einem Dekret vom 28. Oktober 1790 Verhandlungen über zu leistende Entschädigung in Aussicht gestellt, zugleich aber unter Hinweis auf die Souveränität der Nation noch besonders festgelegt wurde, daß die gefaßten Beschlüsse in den Departements Ober- und Niederrhein durchgeführt werden müßten wie in jedem anderen Teile des Königreiches. Da die in Aussicht gestellten Verhandlungen nie ernstlich begonnen worden sind, so konnten die Geschädigten nur noch auf Hilfe von Kaiser und Reich hoffen, und es mußte hier erwogen werden, ob der einseitige Bruch der geschlossenen Verträge nicht die Ansprüche des Reiches auf diese Gebiete in vollem Umfange wieder herstelle. Daß die Untertanen der Betroffenen, die mit einem Schlage von zahlreichen Pflichten und Lasten, Abgaben und Gefällen befreit wurden, der Neuerung natürlich zujubelten, vermehrte die Schwierigkeiten.

Dazu kamen die persönlichen Beziehungen des Kaiserhauses zur französischen Königsfamilie. Marie Antoinette war die Schwester Josefs und Leopolds, der dem Bruder am 20. Februar 1790 in den österreichischen Staaten, am 30. September desselben Jahres in der Kaiserwürde folgte. Beide Herrscher waren überzeugte und tätige Reformregenten. Sie wollten für das Wohl ihrer Völker leben. Leopold, der fürsorglich und erfolgreich 25 Jahre Toskana regiert hatte, gestand auch der Auffassung des contrat social ihre

Berechtigung zu. In einer Abhandlung für seine ältere Schwester Maria Christine, Gemahlin des Herzogs Albert von Sachsen-Teschen, erscheint ihm das Vertragsverhältnis zwischen Fürst und Volk als das natürliche, die Mitwirkung der Regierten bei der Lenkung des Staates als ein unveräußerliches Recht. Aber das enge Familienband behauptete sein Recht neben diesen Anschauungen. Es war unvermeidlich, daß Marie Antoinette und Ludwig XVI. ihre Augen ostwärts richteten, als ihre Bedrängnis stieg. Die im Spätjahr 1790 beginnenden, im Fluchtversuch vom Juni 1791 gipfelnden Bemühungen, von der Ostgrenze her mit verläßlichen Truppen und Generalen eine Gegenrevolution ins Werk zu setzen, rechneten mehr oder weniger in dieser oder jener Form mit einer deutschen Unterstützung. Das Mißtrauen aber, daß etwas derartiges gewünscht, erwogen, geplant werde, mußte, wie die Dinge lagen, sich beim französischen Volke fast mit Naturnotwendigkeit einstellen.

Wenn trotz dieser ganz unvermeidlichen Spannung fast drei Jahre vergingen, ehe es zu Feindseligkeiten kam, so liegt der Grund in den Verhältnissen Europas, in den Beziehungen der Mächte zu einander und insonderheit der an den deutschen Dingen beteiligten.

Kaiser Josef II. war nicht weniger von Reformeifer als von Machtstreben erfüllt. Er hat alsbald nach seinem Regierungsantritt in den Ländern der Wenzelskrone und in den österreichischen Erblanden die Leibeigenschaft aufgehoben. Er ist unabläßig tätig gewesen, die Vorrechte Einzelner und ganzer Stände zu beseitigen, die Gleichheit Aller vor dem Gesetz zur Geltung zu bringen. Er ist nicht müde geworden, Maßregeln zu treffen zur Hebung der Landeskultur, zur wirtschaftlichen Förderung seiner Staaten. Vor allem hat er an das Kirchenwesen die bessernde Hand zu legen versucht. Er hat es unternommen, aus dem streng katholischen Glaubensstaat, den einst Ferdinand II. geschaffen und den seine sämtlichen Nachfolger sorgsam gehütet hatten, einen Staat der religiösen Duldung zu machen, hat sich bemüht, Organisation und Tätigkeit der Kirche zu bessern und zu regeln. Sein Name ist zum Schlagwort geworden für

landesherrliche Reformtätigkeit in liberalem und religiös tolerantem Sinne. „Josefinische Reformen" bedeuten noch heutigen Tages in Österreich ein Programm. Als Ziel seines Strebens schwebte ihm vor allem die Hebung der Staatsmacht vor.

Indem er sie aber aufzurichten suchte durch Zentralisation der Verwaltung, weckte er gefährliche Kräfte des Widerstandes. In Ungarn und in den Niederlanden kam es in den letzten Jahren seiner Regierung zur offenen Auflehnung. Als in Frankreich die Revolution schon im vollen Gange war, im Dezember 1789, mußten die Österreicher Brüssel räumen. Hier hatte die Geistlichkeit besonders die Unzufriedenheit geschürt. Im Kriege gegen die Türken, den Josef gemeinsam mit Katharina II. seit 1787 führte, haben seine Generale nur bescheidene Erfolge errungen. So hat sich der Kaiser in diesen Bestrebungen aufgerieben. Erfolge hat er selbst wenig oder gar nicht gesehen. Indem aber sein Name für Österreich eine Losung für alle freiheitlicher Gerichteten geblieben ist, hat doch die Nachwelt seinem Streben die gebührende Anerkennung nicht versagt.

Zu den Mißerfolgen der Politik Josefs II. gehörte auch die gesteigerte Entfremdung gegenüber Preußen, die sich aus seinen bairischen Plänen ergab. Friedrichs des Großen Neffe und Nachfolger Friedrich Wilhelm II. hatte seinem Staate bald nach Antritt seiner Regierung einen leichten Erfolg erringen können, der dessen Ansehen zeitweise erheblich steigerte. Im Herbst 1787 waren preußische Truppen in mäßiger Stärke in die Niederlande und dann in Amsterdam selbst eingerückt und hatten des Königs von den „Patrioten" bedrängten Schwager Wilhelm V. wieder in seine erbstatthalterlichen Rechte eingesetzt, zu Frankreichs Verdruß, zu Englands Freude. Im Verein mit dem Inselreiche suchte Preußen dann auch entscheidenden Einfluß auf die Entwickelung der östlichen Angelegenheiten zu gewinnen. Hertzberg, seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms II. Leiter der preußischen Politik, entwarf den nach ihm benannten Plan.

Es war ein wichtiges und erreichbares Ziel, das er erstrebte. Durch die Erwerbung Danzigs, Thorns und großpolnischer Landes-

teile sollte Preußen zum vollen Herrn des unteren Laufes der Weichsel und ihres Mündungsgebietes gemacht werden und zugleich eine haltbare Verbindung zwischen Ostpreußen und Schlesien erlangen. Erwägt man, daß Polen und Sachsen in der mittleren Odergegend oberhalb Frankfurt nur durch preußischen Besitz von wenigen Meilen Breite aus einander gehalten wurden, so wird der Wert einer Verstärkung im Warthegebiet einleuchtend; das folgende Jahrhundert hat eine der erstrebten ähnliche Grenze als eine unentbehrliche Notwendigkeit für Preußen und Deutschland erkannt. Daß das Erstrebte erreichbar war, hat schon die nächste Folgezeit erwiesen. Aber der Weg, den Hertzberg einzuschlagen suchte, führte zunächst zu schweren Verwickelungen. Er plante eine Neubildung Polens im Bunde mit der dortigen Reform- und Verfassungspartei, ein Ziel, das die Befreiung des Landes von russischer Beeinflussung voraussetzte. Er wollte Polen auch keine neuen Landverluste zumuten. Durch Rückgabe Galiziens sollte es für die Abtretungen an Preußen entschädigt werden. Rußland und Österreich mochten sich an der Türkei schadlos halten, dieses durch die Walachei und Moldau, jenes durch den Rest türkischer Besitzungen am Nordufer des Schwarzen Meeres. Im Einverständnis mit Preußen und England begann Gustaf III. von Schweden 1788 Krieg mit Rußland, die verlorenen Teile Finlands zurück zu gewinnen.

Im Lichte dieser schwebenden Fragen sah und beurteilte man an den europäischen Höfen zunächst die Ereignisse in Paris und Versailles. Sie schienen Frankreich zeitweilig auszuschalten aus der Reihe der Mächte. Weder in diesem, noch in jenem Sinne war von dorther ein Eingreifen zu erwarten. Gefahr von einem unmittelbaren Herüberschlagen der in Frankreich vertretenen volksbefreienden Ideen glaubte man nicht befürchten zu sollen, hatte dazu auch tatsächlich keinen Anlaß. So fehlte zunächst ein dringender Grund, an eine gewaltsame Wiederherstellung der alten Ordnung zu denken.

Aber die Dinge gewannen bald eine andere Gestalt. Hertzbergs

Plan erwies sich als nicht durchführbar. Er lief auf Stärkung Preußens und Gesundung Polens auf Kosten der streitenden Parteien, einerseits Rußlands und Österreichs, andererseits der Türkei, hinaus. In Polen selbst fand diese Form der Hilfe wenig Anklang. England konnte nicht daran liegen, das Handelsemporium der Ostsee, Danzig, in Preußens Händen zu sehen; auch war sein Hauptziel, die Türkei in ihrer Machtstellung zu erhalten.

Ein Weg dazu öffnete sich durch Kaiser Leopold. Selbst reformfreundlich, hat er doch verstanden, die durch Josefs Maßnahmen hervor gerufene Aufregung zu besänftigen. In Belgien kam ihm dabei die französische Bewegung zugute, deren Herübergreifen von den Führern der Erhebung gegen Österreich, die sich von ganz andern Beweggründen hatten leiten lassen, nicht gewünscht, sondern gefürchtet wurde. In der auswärtigen Politik aber teilte er nicht die Meinung seines Bruders, daß es für Österreich vorteilhaft sein könne, gemeinsam mit Rußland die Türkei zu vernichten und gar an ihrer Stelle ein byzantinisches Kaisertum aufzurichten. Ihm erschien es nicht ratsam, Rußlands Macht noch weiter zu steigern. Damit fiel die Möglichkeit einer Schadloshaltung Österreichs, wie sie Hertzbergs Plan ausgeklügelt hatte, und damit auch dessen Durchführbarkeit.

Kaiser Leopold hatte keine Bedenken, sich Preußen zu nähern, wenn er auch so wenig wie seine Vorgänger geneigt war, es irgend wie zu fördern. Friedrich Wilhelm II. nahm die Leitung der preußischen Politik selbst in die Hand und gab ihr eine völlig neue Wendung. Obgleich schon ein Bündnis mit der Türkei geschlossen und ein preußisches Heer in Schlesien zusammen gezogen war, ward am 27. Juli 1790 in Reichenbach bei Schweidnitz unter englischer und niederländischer Vermittelung eine Vereinbarung von den beiderseitigen Bevollmächtigten getroffen, in der Österreich sich verpflichtete, mit der Pforte auf Grund des Besitzstandes Frieden zu schließen, Preußen aber auf Gebietserwerbungen verzichtete. Ein Stillstand hat dann dem Kriege mit der Türkei ein Ende gemacht, und durch die langen Verhandlungen zu Sistowo in Bulgarien, die erst

am 4. August 1791 ihren Abschluß fanden, hat Österreich, obgleich Laudon im Oktober 1789 Belgrad genommen hatte, keinen Landgewinn davongetragen als Alt-Orsova und eine kleine Grenzberichtigung in Kroatien. Unmittelbar nach dem Reichenbacher Übereinkommen, am 14. August 1790, hat auch Gustaf III., nach wenig glücklich geführtem Kriege, zu Värälä in Finland auf Grund des überlieferten Besitzstandes Frieden geschlossen. In der Befriedung Belgiens haben Preußen und die Seemächte den Kaiser unterstützt.

Wenn man sich so verständigte, so geschah das nicht ohne Rücksicht auf den Gang der Dinge in Frankreich. Der Kampf, den Mirabeau um die Durchsetzung einer konstitutionellen Monarchie führte, hatte sich unglücklich genug gestaltet; der König war immer mehr in hilflose Abhängigkeit geraten. Die Seemächte interessierten sich für Österreichs Stellung in Belgien aus Besorgnis vor dem neuen Frankreich. Obgleich die Eroberung Finlands in Aussicht stand, gewährte Katharina Gustaf den Frieden, weil der romantisch-ritterliche König bereit war, mit seinen Schweden in der Normandie zu landen und die Rettung der bedrängten Königin zu versuchen. Der Zarin konnte nichts lieber sein als ein Kreuzzug des vereinigten Europas gegen die französischen Aufrührer, der ihr nicht allzu große Last auferlegt, im Osten aber freien Raum geschaffen haben würde.

Diesen Wünschen kam Friedrich Wilhelms II. persönliche Stimmung entgegen. Kaiser Leopold hätte sich trotz seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu aktivem Eingreifen schwer entschlossen; Friedrich Wilhelm II. fühlte sich in seinem legitimistischen Empfinden verletzt. Ihm schien, als ob am Rhein nicht schlechtere Aussichten auf Gebietserwerb winkten, als er sie an der Weichsel und Warthe aufgab. Daß das in sich zerklüftete Frankreich, dessen Armee der Auflösung nahe schien, erfolgreich werde Widerstand leisten können, glaubte man nicht. Zur Bereitschaftsstellung war auch der Kaiser schon als Herr Belgiens und Vorderösterreichs gezwungen; des Reiches Rechte waren schnöde mißachtet. So befreundete man sich am preußischen Hofe mit dem Gedanken, gemeinsam

mit Österreich in Frankreich einzugreifen, das Königtum wieder aufzurichten und die Gelegenheit nicht ungenutzt zu lassen, verlorene Reichsrechte wieder zu gewinnen, den eigenen Besitz zu mehren.

Über den Ursprung des Revolutionskrieges gehen die Meinungen weit aus einander. Die neueren, besonders deutsche Forschungen legen Gewicht darauf, daß in der preußischen Politik — und hier ist der König selbst als das treibende Element anzusehen — eine gewisse Neigung zum Angriff unverkennbar hervortritt. Dem gegenüber muß doch daran festgehalten werden, daß in Frankreich die gleiche Neigung vorhanden, und daß es Frankreich war, das mit seiner Kriegserklärung dem Frieden ein Ende machte zu einer Zeit, wo er keineswegs als unhaltbar angesehen werden und wo von einer ernstlichen Bedrohung der französischen Grenzen nicht die Rede sein konnte.

Die auswärtige Politik Frankreichs in diesen Jahren ist naturgemäß entscheidend beeinflußt worden von seiner inneren Lage. Die Verfechter der Neuerung hatten zunächst keinerlei Anlaß, äußere Schwierigkeiten herbei zu wünschen. Ein Krieg, der doch unter Leitung des Königtums hätte geführt werden müssen, hätte leicht dem Landesherrn neues Ansehen, in Heer und Führern ihm neue Stützen schaffen können. In dieser Erkenntnis sind von den Vorkämpfern des konstitutionellen Königtums wiederholt auswärtige Verwickelungen ins Auge gefaßt worden als ein Mittel, der Dynastie über die innere Bedrängnis hinweg zu helfen.

Die Lage änderte sich, als die konstituierende Versammlung sich Ende September 1791 auflöste und der König die beschlossene Verfassung genehmigte und anerkannte. Sie legte alle Gewalt in die Hand der neuen „gesetzgebenden Versammlung" und damit auch allen Ertrag staatlicher Handlungen. Von vornherein hatte die radikale Richtung, die nach der Republik strebte, in ihr die Oberhand. Nach innen und außen wurde die Tonart schärfer. Im November wurden die Ausgewanderten aufgefordert, bis Jahresschluß zurück zu kehren, die rheinischen Höfe ersucht, ihre Gebiete von den Emigranten zu säubern. Am 14. Dezember richtete

man an Kurtrier noch einmal die gleiche Mahnung in verschärfter Form. Es ward beschlossen, 150000 Mann an der deutsch-belgischen Grenze aufzustellen.

Man kann nicht behaupten, daß diese Maßnahmen die gegebenen notwendigen Folgen des Verhaltens der Mächte gewesen seien. Nach Ludwigs XVI. mißlungenem Fluchtversuch im Juni hat Kaiser Leopold eine Reihe nächst beteiligter Mächte — außer den bourbonischen noch England, Preußen und Sardinien — zu Beratungen aufgefordert, wie die Person des Königs geschützt und der Monarch vor demütigenden Verfassungsbestimmungen bewahrt werden könne. In der Zusammenkunft, die er vom 25. bis 27. August 1791 mit Friedrich Wilhelm II. zu Pillnitz bei Dresden hatte, ist nichts vereinbart worden, was eine wirkliche Bedrohung Frankreichs gewesen wäre. Der Graf von Artois, Ludwigs XVI. Bruder, der sich als ungebetener Gast eingefunden hatte, ist mit seinen Wünschen abgewiesen worden. Wenn man eine Förderung der begonnenen Beratungen unter den Mächten in Aussicht nahm, so wurde das gegenstandslos durch die Tatsache, daß Ludwig XVI. die Verfassung anerkannte und für seine Person zunächst nichts weiter zu fürchten hatte. Erst Frankreichs Vorgehen nach Annahme der Verfassung hat die beiden Mächte einander näher gebracht. Am 7. Februar 1792 haben sie ein Bündnis geschlossen. Es hielt sich aber durchaus auf der Linie der Verteidigung. Österreich verzichtete noch einmal in aller Form auf Schlesien; beide Mächte verpflichteten sich, Polens Bestand nicht weiter anzutasten. Man suchte die alten Streitpunkte aus der Welt zu schaffen. Das in Aussicht genommene gemeinsame Handeln beschränkte sich allein auf Verteidigung; jede der beiden Mächte sollte im Falle eines Angriffs der andern mit ganzen 20000 Mann zu Hilfe kommen.

Das Bündnis hat Österreichs Haltung bestimmter, nicht aber kriegslustiger gemacht. Da die Emigranten entwaffnet und von der Grenze entfernt worden waren, hatte man den Wunsch, den Frieden zu erhalten, deutlich genug zu erkennen gegeben. Was an kaiserlichen Streitkräften in den Grenzlanden versammelt war,

konnte gegenüber den französischen Rüstungen in keiner Weise als bedrohlich angesehen werden. Am 1. März 1792 ist Leopold II. gestorben. Es folgte ihm, 24jährig, sein Sohn Franz II. Er hat nicht Zeit gefunden, den Beziehungen zu Frankreich von sich aus eine neue Wendung zu geben. Von Paris her ward Lösung des Bündnisses mit Preußen und Abrüstung gefordert. Als die Forderung mit dem Verlangen nach Entschädigung der Reichsstände beantwortet wurde, erfolgte am 20. April die Kriegserklärung und alsbald der Einmarsch in Belgien. Die Idee der Propaganda der Revolution trat breit in den Vordergrund. Sie diente der Sache der zeitigen Machthaber. Die Augen der Nation wurden auf ein großes Ziel gerichtet, abgelenkt von den schweren inneren Schäden und Schwierigkeiten. „Das Vaterland in Gefahr!" Wie hätte ein Franzose noch einen anderen Gedanken fassen mögen neben diesem! Die kriegerischen und die nationalen Instinkte des so begeisterungsfähigen Volkes waren entflammt im Dienste der erstrebten Republik.

Der Krieg war nur an „König Franz von Böhmen und Ungarn" erklärt. Erst am 7. Juli ist die Kaiserwahl erfolgt. Preußen hätte sich auf die vereinbarte Bundeshilfe beschränken können, ohne vertragsbrüchig zu werden. Wenn es mit über 40000 statt mit 20000 Mann eingriff, so ergab sich das aus der Auffassung des Königs, die ungleich mehr zum Kriege, und zwar zum Angriffskriege, neigte als die österreichische. So sehr hatte sich Friedrich Wilhelm II. hinein gelebt in diese Politik, daß er nicht daran dachte, sich die erwarteten Vorteile irgend wie von Österreich gewährleisten oder auch nur zubilligen zu lassen. Von den Reichsständen haben nur vereinzelte namhaft am Kriege teilgenommen, allen voran das kriegsfertige Hessen-Kassel. Ein Reichsaufgebot hat gegen die französische Revolution immer nur teilweise zu Felde gelegen. So begann ein Kampf, der sich mit kurzen Unterbrechungen durch mehr als zwei Jahrzehnte fortsetzen, ganz Europa in Mitleidenschaft ziehen, ihm eine völlig veränderte Gestalt geben und für Deutschland Ausgangspunkt einer neuen Zukunft werden sollte, mit einer Art Geplänkel.

Man ist auf deutscher Seite mit nicht geringen Erwartungen in den Kampf gezogen. Wiederaufrichtung des Königtums, nicht Aufhebung, aber doch gründliche Umwandlung der Verfassung und Wiedergewinn verlorener Reichslande schwebten als erreichbare Ziele vor Augen. Die hohe Meinung über den Wert österreichischer und preußischer Truppen, die im letzten Menschenalter Gemeingut geworden war, erklärt diese Hoffnungen zur Genüge. Erfolge wären vielleicht auch nicht ausgeblieben, hätte man rasch entschlossen und mit überlegenen Streitkräften gehandelt. Aber erst in der zweiten Hälfte des August wurde die französische Grenze überschritten, und das preußisch-österreichische Heer, das unter der Führung des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, der sich im Siebenjährigen Kriege unter seinem Onkel, dem Prinzen, im Kampfe gegen die Franzosen wohlverdienten Ruhm erworben hatte, den widerstandsfähigsten der Festlandsstaaten zu bezwingen gedachte, zählte wenig mehr als 80 000 Mann. Auch so noch hätte ein entschlossener Vorstoß Früchte tragen können. Aber bei Valmy, am Ausgange aus den Argonnenpässen in die Ebene der Champagne, ließ sich der Herzog im Gefühl unzureichender Stärke durch den ersten ernstlichen Widerstand am 20. September 1792 zur Einstellung des Vormarsches und dann zum Rückzug bewegen. Es war die Wendung, von der Goethe als Augenzeuge bemerkt: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ Die Revolution bekam Raum für Eroberung und Propaganda draußen, für vollen Sieg ihrer Ideen daheim. Der Einmarsch der Fremden hat das Schicksal von Dynastie und Monarchie entschieden.

In den Tagen, als an den Grenzen der Champagne die Heere einander gegenüber lagen, besetzten französische Abteilungen fast ohne Schwertstreich Savoyen und Nizza. Einen Monat nach der Kanonade von Valmy gewann Custine an der Spitze einer Brigade von Sansculotten Mainz. Am 6. November trug Dumouriez bei Jemappes in der Nähe von Mons über das österreichische Heer Herzog Alberts von Sachsen-Teschen einen Sieg davon, der ihm gestattete, ganz Belgien einzunehmen. An der ganzen Ostgrenze von Meer

zu Meer waren am Ende des Jahres die Waffen der Republik durchaus im Vorteil. Die jämmerliche Hilflosigkeit der geistlichen Kleinstaaterei war klar zu Tage getreten, aber auch die Tatsache, daß die Vorbereitungen von deutscher Seite völlig ungenügend gewesen waren, Frankreich ernstlich zu bedrohen.

Und inzwischen war die Aufmerksamkeit der deutschen Mächte schon unabweisbar in die entgegengesetzte Richtung gezogen worden. Ihre Truppen hatten die französische Grenze noch nicht erreicht, als die Russen in Polen einmarschierten. Am 3. Mai 1791 war auf einem Reichstage in Warschau als eine Folge der Hertzbergschen Politik eine neue Verfassung für Polen beschlossen worden; sie machte dem liberum veto ein Ende und mehrte die Rechte des Königtums. Katharina dachte nicht daran, sich ihren Einfluß aus den Händen winden zu lassen. Kaum war im Westen der Krieg erklärt, so traten in Targowicz im äußersten Südosten Polens, hart an der russischen Grenze, polnische Unzufriedene zu einer neuen „Konföderation" zusammen zur Verteidigung der alten „polnischen Freiheit". Ihnen standen nicht nur russische Gelder, sondern auch die russischen Waffen zur Verfügung. Katharina ist es nie in den Sinn gekommen, die 12000 Mann zu stellen, die sie vertragsmäßig gegen Frankreich marschieren lassen wollte; dagegen schien ihr der Augenblick gekommen, das gesamte Königreich ihrer Herrschaft einzuverleiben.

Unmöglich konnte Preußen das geschehen lassen. Das mußte auch der Kaiser anerkennen. Gelegentlich seiner Krönung in Frankfurt (14. Juli) gestand er Friedrich Wilhelm II. zu, daß Preußen seine Grenzen in Hertzbergs Sinne erweitere. Dafür zog der König seinen Widerspruch gegen eine Einverleibung Baierns zurück, sofern die Einwilligung Karl Theodors und der Zweibrückener erlangt werden könne. Die Politik beider Staaten war in ihr Gegenteil verkehrt, Friedrich Wilhelm II. völlig abgewichen von den Grundsätzen, die sein großer Vorgänger unerschütterlich festgehalten hatte. Preußens Ansehen in Deutschland konnte dadurch nicht gehoben werden.

In den Tagen, da Kaiser und König in Frankfurt bei einander waren, hat Polens nomineller Herrscher Stanislaus Poniatowski sich von der Verfassung losgesagt, obwohl er sie wenige Tage zuvor nochmals beschworen hatte. Er wagte nicht, Feind Katharinas zu sein. Wie hätte Preußen versuchen sollen, ein Reich zu retten, das sein eigener König aufgab! Es blieb nichts übrig als Verständigung mit Rußland. Am 23. Januar 1793 ward in Petersburg die zweite Teilung Polens vereinbart. Sie brachte Preußen Danzig und Thorn und fast den ganzen Rest von Großpolen, Kujavien und ein Stück von Masovien. Die neue Grenze lag nicht unwesentlich östlich von der gegenwärtigen; doch machte Preußens Gewinn kaum ein Fünftel des russischen aus. Seine Besitzergreifung im Laufe des Jahres 1793 konnte nicht ohne Aufwendung bedeutender Streitkräfte geschehen.

Trotzdem ist der Krieg gegen Frankreich in diesem Jahre von Preußen mit ungeschwächtem Aufgebot fortgeführt worden. Österreich vermehrte seine Streitkräfte, da seine bairischen Aussichten an der Rückeroberung Belgiens hingen. Dazu traten zur Verteidigung dieses Landes England, das Hannover im Gefolge hatte, und die Niederlande der Koalition bei. Auch reichsständische Kontingente sind zahlreicher erschienen. So gelang es, den Gegner in sein Land zurück zu drängen, an der belgischen Grenze ihm sogar einige feste Plätze abzugewinnen. Mainz ward im Juli nach langer Belagerung vom Herzog von Braunschweig zurück genommen, dann das Gebiet an der Saar, Lauter und Queich behauptet. Der österreichische Feldmarschall Wurmser versuchte sich mit Kaiserlichen noch einmal im Elsaß.

Aber noch vor Schluß des Feldzuges setzte deutlich die Wendung ein. Die levée en masse warf immer neue Mannschaften an die Grenze. Der Anspannung der Volkskraft, wie der neue Geist sie durchsetzte, hatte das herrschende System nichts Ebenbürtiges entgegen zu stellen. Führer tauchten auf, soviel man ihrer nur bedurfte. So rücksichtslos die Schreckensherrschaft sie behandelte, es drängten sich immer neue vor. Der militärische Geist und die militärische

Begabung der Franzosen erstrahlten im hellsten Lichte. Es hat wohl einzelne Abtrünnige gegeben, aber in der Verteidigung des vaterländischen Bodens keine Parteien.

Im August 1793 übernahm Carnot die Leitung des Kriegswesens. Ihm wird mit Recht vor allen anderen das Verdienst zugeschrieben, die bewaffneten Massen in schlagfertige Heere umgewandelt zu haben. Der Frühling 1794 brachte den Franzosen bald Erfolge. Am 18. Mai siegten sie — noch auf ihrem Boden — bei Tourcoing, am 26. Juni bei Fleurus an der Sambre. Die Preußen, die, bedrängt durch die polnischen Schwierigkeiten, überhaupt nur auf Grund eines im April mit den Seemächten geschlossenen Subsidienvertrages im Felde geblieben waren, weigerten sich, als bloße Hilfstruppe in die Niederlande hinab zu ziehen. So ward Belgien von den Verbündeten geräumt; Engländer und Holländer zogen sich nordwärts, die Österreicher über den Rhein zurück. Im Dezember und Januar benutzte Pichegru strenge Winterkälte, um Holland zu besetzen. Widerstand haben die Staaten nicht geleistet. An ihre und der Erbstatthalterschaft Stelle trat die Batavische Republik. Im Oktober hatten die Preußen die Pfalz verlassen.

Es war die polnische Frage, die ihnen die Teilnahme am Kriege immer bedenklicher werden ließ. Die Russen hatten den noch vorhandenen Rest des Königreiches nicht geräumt. Als sich polnische Patrioten unter Kosciuszkos Führung gegen sie erhoben und sie im April 1794 aus Warschau und zum Lande hinaus drängten, fiel den Preußen, als den nächsten Nachbarn, die Niederwerfung des Aufstandes zu. Sie unternahmen sie mit ungenügenden Kräften und mußten ablassen. Es war klar, daß Preußen unter der Leitung Friedrich Wilhelms II. nicht zugleich Frankreich ernstlich bekämpfen und in Polen seine Ansprüche vertreten konnte. Als im Herbst der Türkensieger Suworow erschien, die Polen im offenen Felde schlug und im November Praga erstürmte und Warschau gewann, mußte es seine ganze Aufmerksamkeit nach dieser Richtung wenden, um so mehr, als Österreich das Seine tat, neuen Gewinn Preußens zu verhindern. Am 3. Januar 1795 schloß Kaiser Franz ein

Sonderbündnis mit Rußland, das über den Rest Polens allein zugunsten der beiden Mächte verfügte. Man sah sich dann doch genötigt, auch Preußen zuzulassen, und so ward das Gebiet, das man heute allein als Polen zu bezeichnen pflegt, das Generalgouvernement Warschau (Kongreßpolen), bei der dritten Teilung des Landes zwischen Österreich und Preußen aufgeteilt. Rußland erhielt den Rest des Königreichs, auch diesmal das weitaus größere Stück; es rückte an Bug und Njemen vor. Preußen ward durch die Erwerbung des an letzterem Flusse und zwischen den beiden Strömen gelegenen „Neu-Ostpreußen" sein unmittelbarer Grenznachbar, Warschau eine preußische Stadt, weiter südlich die Piliza die Grenze des Königreichs. Das zwischen diesem Flusse und dem Bug gelegene Land erhielt Österreich als Neu-Galizien.

Ein preußisch-österreichisches Bündnis gegen Frankreich konnte nach diesen Hergängen nicht mehr bestehen. Die beiden Mächte kehrten in das Verhältnis zurück, das in den letzten Jahren, wenn auch kaum je in einem Augenblicke völlig aufrichtig, aufgegeben schien, das gegenseitiger Eifersucht und gegenseitigen Mißtrauens. Preußen schloß am 5. April 1795 mit der Republik den Baseler Frieden. Es erklärte sich mit der Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich einverstanden. Am 17. Mai wurde eine Demarkationslinie vereinbart, bestimmt, Nord- und Mitteldeutschland zum weitaus größeren Teile zu befrieden. Sie ließ von Duisburg an aufwärts einen Streifen Landes rechts vom Rhein für die Kriegsoperationen frei, schloß aber von Eberbach bis Wimpfen am Neckar und weiter an Baierns Nordgrenze entlang laufend fast das ganze Maingebiet, den gesamten fränkischen Kreis, von ihnen aus. Sie entzog dem Kriege die bisher bereitwilligsten Reichsstände. Es war das erste Mal, daß Preußen dem Auslande gegenüber als Anwalt deutscher Länder auftrat. Das Verhältnis zu Österreich ist dadurch nicht gebessert worden.

Das geschichtliche Urteil über diese Hergänge wird schwerlich je ein einheitliches werden. Die Umwälzung im Osten bedeutete

für Deutschland zweifellos einen schweren Nachteil. An die Stelle eines völlig ungefährlichen Nachbarn trat die russische Macht. Katharinas Ziele waren erreicht: Polen vernichtet, Schwedens Bedeutungslosigkeit aller Welt klar geworden, der Türkei im Frieden von Jassy (9. Januar 1792) der Dnjestr als Grenzfluß aufgezwungen. Mit seiner ganzen Last drückte Rußland unmittelbar auf die führenden deutschen Mächte, die sich wieder so fremd geworden waren wie nur je. Und der Gebietszuwachs, den Preußen erfahren hatte, konnte als eine Stärkung des Staates kaum bezeichnet werden. Er war so gut wie rein polnisch und ging über das Maß des Wünschenswerten, des im Hinblick auf Ostpreußens und Schlesiens Lage damals Erforderlichen, hinaus. Preußens deutscher Charakter war gefährdet; weit über die Hälfte seines Bestandes bildeten ehemals polnische Provinzen. Und doch, wer vermöchte zu sagen, wie eine günstigere Ordnung hätte geschaffen werden können? Zur Erhaltung seiner Selbständigkeit war Polen völlig unfähig, nicht nur, weil seine inneren Verhältnisse sie so unsäglich erschwerten, sondern auch, weil Rußland sie nicht wollte, und es außerstande war, sie aus eigener Kraft durchzusetzen. Hätten Österreich und Preußen, auch unter Wahrnehmung eigenen Vorteils, sie vereint gedeckt, Polen hätte bestehen können. Geschmälerte Grenzen hätten seine Bewohnerschaft ungleich leichter getroffen als die volle staatliche Vernichtung. Aber eine solche Vereinigung war durch die Lage der Dinge ausgeschlossen. Deutlich, wie einst beim Verschwinden der livländischen Selbständigkeit, zeigte sich, was das Fehlen einer starken, einheitlichen Macht in der Mitte Europas bedeutete.

Es zeigte sich im Osten, aber auch im Westen. Der Baseler Friede bestätigte nur vollendete Tatsachen. Gleich nach dem ersten Einmarsch im Spätherbst 1792 hatten die Franzosen Belgien und die besetzten linksrheinischen Lande ihrer neuen Republik einverleibt, sie französisch zu organisieren begonnen. Der neue Geist war ein anderer als der, welcher die Jahrhunderte beherrscht hatte. Er griff zurück auf römische Eroberungsweise. Mit einem Schlage, über Nacht, nach dem erstem militärischen Erfolge wurden alle die mehr oder weniger

lebensfähigen und selbständigen territorialen Gebilde vernichtet, welche die Entwickelung eines Jahrtausends zwischen Deutschland und Frankreich hatte emporkommen lassen. Der neue „batavische“ Staat bekam bald zu fühlen, daß er nichts weiter war als ein Untertanenland der großen Schwesterrepublik. Was für ein anderer Eroberer war doch dieses entfesselte Volk als jeder gekrönte Herrscher, Karl den Großen nicht ausgeschlossen! Verglichen mit dem neuen Frankreich war Ludwig XIV. ein skrupulöser Stümper. Indem man nach dem Ursprung des Revolutionskrieges forscht, findet man sich einer kaum genügend gewürdigten Verschiedenheit der Berichterstattung gegenüber. Die Schritte der Kabinette, das Werden ihrer Entschließungen kann man fast von Woche zu Woche, nicht selten von Tage zu Tage verfolgen; die maßgebenden Stimmungen eines Volkes lassen sich ungleich schwerer feststellen, treten sicher erkennbar erst in ihren Handlungen zutage. Das Vorgehen der neuen Republikaner in den kaum von ihnen besetzten Gebieten zeigt das leitende Motiv ihrer Kriegsfertigkeit deutlich genug: Eroberung im Dienst der Propaganda und Propaganda als Mittel der Eroberung, man könnte sagen, so wie einst bei Karl dem Großen gegenüber den Sachsen Bekehrung zum Christentum und Unterwerfung unter das Frankenreich Hand in Hand gingen.

Und da hat nun in der weiteren Entwickelung der Dinge die Propaganda neben der Eroberung bald jede Bedeutung verloren. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, Menschenrechte, die Worte haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Wie hätte es sein können in einer Zeit, in der sich alle geistig Empfänglichen für Natur und Vernunft, für Aufklärung und Humanität erwärmten oder begeisterten und mit den Problemen, die sich an die neuen Gedanken knüpften, ernstlich und fortschrittsuchend beschäftigt waren! So hat es überall, wo die fremden Scharen die Trikolore aufpflanzten, bald Leute jeden Standes und Alters gegeben, die sich freudig mit der Jakobinermütze schmückten und den Freiheitsbaum umtanzten. Der Menge, besonders der sonst nicht leicht zu gewinnenden ländlichen Bevölkerung, ließ die Aufhebung so mancher Lasten, die im

Gefolge der Neuordnung nach französischem Muster sich einstellte, die Ankunft der Fremden nicht unerwünscht erscheinen.

Aber der Krieg zog doch auch schwere Übel nach sich. Wie ein Schatten folgte dem französischen neuen Regiment drückendste Geldknappheit. Schon als Mittel, einen Teil des Bedarfs auf das Ausland abzuwälzen, war der Krieg den neuen Machthabern erwünscht. Die Last, ihre mangelhaft ausgerüsteten, schlecht genährten, noch schlechter gekleideten Heere in besseren Stand zu bringen, wurde, soweit nur eine Möglichkeit sich bot, den eroberten Gebieten auferlegt. Dazu kam die Gewinnsucht der Einzelnen, Hoher und Niederer, der Höchsten zumeist, die ein so entstellender Zug der Heere und des Beamtentums der ersten französischen Republik und des Kaiserreichs geworden ist; gleich häßlich hatte er sich nie unter dem Absolutismus des 18. Jahrhunderts gezeigt. So folgte anfänglichem Jubel nicht selten die Verwünschung. Von Begeisterung für die neue Freiheit war in den linksrheinischen Landen, denen sonst so manches die Annäherung an Frankreich erleichterte, bald nicht allzu viel mehr zu spüren. Als Direktorial- und Kaiserzeit mit den politischen Rechten fast vollständig wieder aufräumten, von den Errungenschaften kaum mehr als eine verbesserte Verwaltung blieb und der Druck der öffentlichen Lasten sich über alles Erlebte hinaus steigerte, ward doch auch die Unnatur der Fremdherrschaft wieder deutlicher empfunden, und die Befreier von 1814 sind freudiger begrüßt worden als die von 1792.

Wenn so die Volksstimmung in den umstrittenen Landesteilen von geringer Bedeutung gewesen ist für den Ausgang der um diese Lande geführten Kämpfe, so kann man das Gleiche sagen vom gesamten Deutschen Reiche. Das eben ist der große Unterschied und erklärt zu allermeist den Gang der Ereignisse, daß auf der einen Seite eine Nation in die Schranken tritt, die in ihren Ideen lebt, ihnen eine staatliche Handhabe geschaffen hat und nun alle Kräfte ansetzt, sie nach innen und außen zur Herrschaft zu bringen, auf der anderen aber ein Volk, das politisch betrachtet kein Volk ist,

das Jahrhunderte gewöhnt hatten, politisch nur zu leben in der Form des Gehorsams gegen seine hundertfältigen, durch einander und gegen einander handelnden hergebrachten Oberen. Der fast vollständige Mangel jeglichen gesamtdeutschen Staatsgefühls brachte Deutschland von vornherein in einen unausgleichbaren Nachteil gegenüber dem in einheitlichem nationalen Wollen überschäumenden Nachbarn.

Nicht als ob die Empfindung von deutscher Art im Gegensatz zum Welschtum, Stolz und Vertrauen auf deutsches Können ganz verschwunden gewesen wären. Sie lebten in Einzelnen und in kleineren Gemeinschaften und haben sich bei den Versuchen der Franzosen, auf dem rechten Rheinufer Fuß zu fassen, mehr als einmal in kräftigem spontanen Widerstand gegen fremde Unbill offenbart. Aber solche Gesinnung und Kraft richtete sich nicht und konnte sich nicht richten auf Erhaltung und Verteidigung eines gesamtdeutschen Vaterlandes. Denn ein solcher Begriff fehlte. Man kann zweifeln, ob er je zuvor vorhanden war. Aber er hatte doch einen gewissen Ersatz im Gedanken des Reiches gefunden. Dieser Gedanke aber war im Laufe des 18. Jahrhunderts noch schattenhafter geworden als vordem. So fehlte es an jedem politischen Zusammenhalt.

Und dieser Mangel konnte noch lange nicht gedeckt werden durch die neuen Bildungsideale, die der Nation zu eigen wurden, kann überhaupt nicht in dieser Form ausgeglichen werden. Wohl wurzelten diese Ideale tief im deutschen Wesen. Sie drängten nach Betätigung des Besten und Edelsten, was Menschenbrust birgt. Sie übersahen auch nicht, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann in engster Fühlung mit angestammter Art. Aber sie hatten nicht erfaßt und konnten nicht erfassen, daß zu angestammter Art auch Betätigung im staatlichen Leben gehört, und daß vor allem von germanischer Art solche Betätigung unzertrennlich ist, daß sie ihren innersten Kern und ihre Stärke ausmacht.

Wie verhüllt diese Wahrheit der neuen Bildung zunächst blieb, zeigen Äußerungen ihrer besten Vertreter. Hat doch Lessing erklärt, daß er „keinen Begriff habe, was Vaterlandsliebe sei“, und Schiller 1784: „Ich schreibe als Weltbürger. Ich habe zu rechter Zeit mein

Vaterland verloren, es einzutauschen gegen die weite Welt. Deutsche, bemüht euch nicht, eine Nation zu sein; seid zufrieden, Menschen zu sein.“ Wie einst Luther groß und stark geworden war, weil er zunächst nichts wollte, als mit sich selbst ins Reine kommen, so waren die Führenden hier Männer, die sich vor allem geistig ausleben wollten, deren Blick mehr auf das Innere als auf die Welt außer ihnen gerichtet war. Es ist nicht Zufall, daß sie alle dem lutherischen Teil unseres Volkes entsprossen sind, daß ihr Antrieb erst andere Kreise des Volkes in die neue Richtung hinein zog.

Wie wenig diese zunächst fruchtbar gemacht werden konnte für eine staatliche Erneuerung des Gesamtvaterlandes, hat sorgsamste Einzelforschung für den vielleicht regsamsten der deutschen Stämme, den schwäbischen, überzeugend erwiesen. Wenn Schiller neben dem Weltbürgertum Vaterlandsliebe nur kennen wollte in der Form des Landschaftspatriotismus, so war das keine Ausnahme, sondern die Regel. Gerade von Männern dieses Stammes, von Karl Friedrich Reinhard und Georg Kerner, wissen wir, daß erst allerbitterste Erfahrungen sie belehren konnten, wie Weltbürgertum für den Deutschen der Zeit unvermeidlich zur Verleugnung und Vernichtung des eigenen Volkstums führen mußte. Wenn Goethe, dem ja keine menschliche Empfindung, kaum eine Gedankenverbindung fremd blieb, und der sie alle in sich zu durchleben vermochte, seinen Hermann die herrlichen Worte sprechen läßt:

Dies ist unser! So laß uns sagen und so es behaupten!
Denn es werden noch stets die entschlossenen Völker gepriesen,
Die für Gott und Gesetz, für Eltern, Weiber und Kinder
Stritten und gegen den Feind zusammenstehend erlagen,

so schwebt ihm auch mehr die Vaterlandsliebe im Landschaftssinne als angewandt auf die Nation vor. Allerdings hat diese Auffassung nicht ganz gefehlt; es ist wiederum ein Schwabe, Karl Friedrich von Moser, der ihr am klarsten Ausdruck gegeben hat. Aber für den Kampf, der entbrannt war, kommt sie nicht in Frage. Ferner noch als zu den Zeiten Ludwigs XIV. lag den Deutschen das Gefühl, für eine gemeinsame Sache zu streiten. Volkskraft,

die sich von Jahr zu Jahr vollkommener organisierte, und Kabinettspolitik standen gegen einander im Felde.

Es wird immer zu den Ehren Österreichs zählen, daß es in dem ungleichen Kampfe nicht nur ausharrte, sondern auch nicht unrühmlich bestand, fast allein, denn die süddeutschen Reichsstände haben geringe Hilfe geleistet. Das Jahr 1795 hat den Franzosen Vorteile nicht gebracht. Über den Rhein vorgedrungen, wurden sie von Wurmser und Clerfait hinter den Strom zurück geworfen. Auch im nächsten Jahre kamen sie in Deutschland nicht weiter. Trotz der Demarkationslinie war Jourdan durch das Würzburgische bis in die Oberpfalz vorgerückt. Dort aber in der zweiten Hälfte des August von Erzherzog Karl, dem jugendlichen Bruder des Kaisers, gestellt und geschlagen, mußte er einen eiligen und verlustreichen Rückzug antreten. Das nötigte auch Moreau, der mit einer Südarmee bis über den Lech gelangt war, zum raschen Zurückweichen. Der Schluß des Jahres sah das rechte Rheinufer wieder von den Franzosen gesäubert. Markgraf Karl Friedrich von Baden, Herzog Friedrich Eugen von Württemberg, Baierns Karl Theodor hatten es, als ihre Länder Kriegsschauplatz wurden, richtig gefunden, dem Beispiel Preußens zu folgen und Sonderabkommen mit dem Feinde zu schließen.

Inzwischen aber hatte des jungen Bonaparte Genie den Dingen in Italien eine andere Wendung gegeben. Die Monate April bis August hatten ihm genügt, die Poebene in seine Gewalt zu bringen, dem Könige von Sardinien den Frieden aufzuzwingen und Wurmser in Mantua einzuschließen. Die Versuche, ihn dort zu entsetzen, endeten mit Niederlagen, und als Wurmser am 2. Februar 1797 kapituliert hatte, schreckte der Winter Bonaparte nicht ab von dem Versuche, über die Ostalpen hinweg gegen Wien selbst vorzudringen. Franz II. schloß, vielleicht voreilig, im April den Vorfrieden von Leoben, als nur noch der Semmering zwischen Wien und dem Feinde lag. An seine Stelle trat im Oktober der Friede von Campoformio. Der erste Koalitionskrieg endete für Deutsch-

land mit dem anerkannten Verlust des linken Rheinufers, für Österreich obendrein noch mit dem seiner Niederlande, Mailands und Mantuas; auch verpflichtete es sich, den aus seinem Lande vertriebenen Herzog von Modena mit dem Breisgau zu entschädigen und so vom Oberrhein abzurücken, beide Schwarzwaldübergänge, zum Kniebis auch den Höllenpaß, den Franzosen zu öffnen. Die festen Plätze des rechtsrheinischen Reichsgebiets sollten die kaiserlichen Truppen vollständig räumen. Als Ersatz erhielt Österreich die Republik Venedig, der Napoleon ein Ende gemacht hatte, bis zur Etsch mit Istrien und Dalmatien, nach Umfang und Lage kein voller Ersatz für das verlorene italienische Gebiet, dazu ein neuer und aus mehr als einem Grunde fragwürdiger Besitz. Wie man zu Preußen stand, zeigt die Verabredung, daß Preußen seine linksrheinischen Gebiete zurück erhalten, demgemäß aber auch keinerlei Erwerbungen machen sollte aus Anlaß der für Verluste am linken Rheinufer in Aussicht genommenen Entschädigungen. Ein in Rastatt abzuhaltender Kongreß sollte die Stellung des Reiches zu diesem Friedensschluß und die sich aus ihm ergebenden Einzelfragen regeln.

Am 9. Dezember 1797 sind dort die Verhandlungen eröffnet worden. Tiefer als je zuvor, Münster und Osnabrück nicht ausgeschlossen, hat jetzt die französische Diplomatie eingreifen können in die inneren Angelegenheiten des Deutschen Reiches. Es lag unvermeidlich im Gange menschlicher Dinge, daß die völkerbefreiende, Brüderlichkeit verkündende Republik den Jahrhunderte alten Überlieferungen der Monarchie treu blieb. Ihre Vertreter kannten nur ein Ziel: Schwächung des Nachbarn, Wahrung des eigenen Vorteils, vor allem der so wertvollen Schutzmachtstellung.

Es zu erreichen, konnte der Boden nicht günstiger sein. Die Nebenbuhlerschaft der beiden führenden Mächte, die völlige Auflösung des Reiches, die jeden Stand allein *seine* Rettung, *seinen* Vorteil ins Auge fassen ließ, machten eine einheitliche deutsche Politik zur Unmöglichkeit. Die unwürdigste Buhlerei um Gunst und Förderung der fremden Machthaber und Bevollmächtigten ward alltägliche Übung deutscher Regenten und Staatsmänner. Die Vertreter

Frankreichs wußten herablassendes Wohlwollen, Drohungen und Gewaltakte wirkungsvoll mit einander zu mischen, um bald die völlige Gefügigkeit sich gegenüber zu sehen. Daß es in der Entschädigungsfrage auf die geistlichen Besitztümer abgesehen war, wurde klug verhüllt, so lange man die starke Stellung der geistlichen Herren in der Reichsverfassung brauchte, um die Regelung der zahlreichen, mit dem Besitzwechsel der linksrheinischen Gebiete zusammenhängenden Einzelfragen beim Reiche im französischen Sinne durchzusetzen. Ehe aber noch feste Ergebnisse gewonnen waren, machte der neu ausbrechende Krieg den fast anderthalbjährigen Bemühungen des Kongresses ein Ende.

In Sonderverhandlungen, die Österreich alsbald mit Frankreich begonnen hatte, hat es vergeblich versucht, aus der unvermeidlichen Neuordnung der deutschen Dinge sich weitere Entschädigung für die erlittenen Verluste zu sichern. Es hat weder zu einer festen Stellungnahme der Republik gegen Preußen, noch zu der fortwährend erstrebten Erwerbung Baierns, noch sonst zu einer namhaften Stärkung seiner Macht im Reiche gelangen können.

Andererseits hat das Direktorium keine Gelegenheit vorüber gehen lassen, Macht und Einfluß Frankreichs auszubreiten. Im Februar 1798 setzte es an die Stelle des Kirchenstaates die Römische, im nächsten Monat an die der Eidgenossenschaft die Helvetische Republik; im Herbst vertrieb es den König von Sardinien aus seinen festländischen Besitzungen. Während die Kaiserlichen sich hinter den Inn zurückgezogen hatten, standen französische Truppen immer noch rechts vom Rhein und scheuten nicht zurück vor Bedrückungen und Erpressungen. Gegen die kurtrierische Feste Ehrenbreitstein übten sie offene Gewalt; durch Aushungerung haben sie die Besatzung im Januar 1799 zur Übergabe gezwungen. Die Republik hat doch schon mit dem System begonnen, das Napoleon zur meisterhaften Virtuosität ausbildete, mit völliger Nichtachtung geschlossener Verträge die Macht, die man gerade in Händen hielt, unter allerlei gesuchten Vorwänden, nötigenfalls auch ohne solche, rücksichtslos zum Vor-

teil bald des Staates, bald einzelner Machthaber und Führer auszunutzen. Als ein Volksauflauf, der im April 1798 in Wien gegen Frankreichs Gesandten Bernadotte infolge grober Provokation einige Unbill verübte, von der Republik zu einem ernsten Zwischenfall aufgebauscht wurde, mußte der kaiserlichen Regierung der Gedanke, in einem neuen Waffengange Ansprüche und Würde zu wahren, immer vertrauter werden. Er wurde zur Tat, als sich die Aussicht auf starke Hilfe eröffnete.

Mit Kaiser Paul, Katharinens Sohn, der im November 1796 an deren Stelle getreten war, hat die russische Politik in der französischen Frage eine völlige Wendung vollzogen. Paul war bereit, seine antirevolutionäre Gesinnung in Taten umzusetzen ohne Rücksicht auf nächstliegende Vorteile seines Reiches. Daß Frankreich durch den Frieden von Campoformio eine Schutzherrschaft über die Jonischen Inseln erlangt, Napoleon auf der Fahrt nach Ägypten im Juni 1798 Malta besetzt hatte, berührte ihn als Malteser persönlich, zugleich aber auch Rußlands Mittelmeerinteressen. Er entschloß sich, an einem Kriege gegen die Republik vollen Anteil zu nehmen.

Napoleons Auftreten in Ägypten und die bald folgende französische Unterstützung der Erhebung Irlands spornten auch England zu neuen diplomatischen und militärischen Anstrengungen an. In Neapel brannte Maria Theresias Tochter Maria Karolina vor Begier, die Schwester an ihren Mördern zu rächen; sie bedurfte kaum englischer Aufmunterung. So bildete sich die Zweite Koalition. Wenn auch das vorzeitige, unüberlegte Losschlagen der Königin gegen Ende des Jahres nur zur Umwandlung ihres festländischen Besitztums in eine Parthenopäische Republik führte, so konnte dieser Mißerfolg doch an den Wiener Entschließungen nichts mehr ändern. Im März 1799 begannen zugleich in Oberschwaben, in Graubünden und an der mailändisch-venetianischen Grenze teils von österreichischer, teils von französischer Seite her die Feindseligkeiten. Die Rastatter Verhandlungen wurden zwecklos. Als die Vertreter Frankreichs am Abend des 28. April die Stadt verließen, erfolgte der bekannte Überfall, der „Rastatter Gesandtenmord“, dessen

Urheberschaft, ja dessen Verlauf bis heute der Forschung ungelöste Rätsel aufgibt, der aber durchaus zu Unrecht der kaiserlichen Regierung oder Heerführung aufgebürdet worden ist. Zur Verschärfung der Gegensätze konnte er kaum noch beitragen.

Der Feldzug von 1799 verlief für die Republik ähnlich ungünstig wie jener von 1793. In Italien gab die Hilfe der Russen unter Suworow den Österreichern eine völlige Überlegenheit. Die Franzosen wurden aus der Poebene hinausgedrängt, behaupteten nur noch die Riviera. In Deutschland erreichten Österreichs Waffen unter Erzherzog Karls Führung noch einmal den Rhein. In der Schweiz drangen die Verbündeten bis Zürich vor. Aber ihre Eintracht überdauerte diese Erfolge nicht. Noch im Oktober trat Kaiser Paul von der Koalition zurück; seine Russen räumten den Kriegsschauplatz fast rascher, als sie ihm zugezogen waren. Ein englischer Versuch, die Niederlande zu insurgieren, endete mit schmählichem Rückzug. Daß im Februar 1799 Karl Theodor gestorben war und in Baiern nun die zweibrückensche Nachfolge eintrat, erschwerte Österreichs Stellung in Oberdeutschland ungemein. Der neue Kurfürst Maximilian Josef suchte und fand eine Stütze für seine Ansprüche am Zaren.

Am 9. Oktober des Jahres, als eben Suworow, den italienischen Kriegsschauplatz unfreiwillig mit dem deutschen vertauschend, seinen glorreichen Alpenübergang vollendet hatte, landete Napoleon, aus Ägypten heimkehrend, wieder in Frankreich. Einen Monat später (18. und 19. Brumaire) setzte er an die Stelle der Direktorial- die Konsular-Regierung, deren Leitung er selbst in die Hand nahm. Der nächste Frühling sah ihn wieder auf demselben Kriegsschauplatze, dem er seine ersten, so reichen Lorbeeren verdankte. Er siegte am 14. Juni 1800 bei Marengo, mehr durch Desaix's als durch eigenes Verdienst. Inzwischen war Moreau bis München vorgedrungen. Es folgte ein Waffenstillstand. Als die Feindseligkeiten wieder begannen, weil Österreich nicht ohne England Frieden schließen wollte, erlag Erzherzog Johann den überlegenen Streitkräften Moreaus bei Hohenlinden, mittwegs zwischen Isar und Inn, am 3. Dezember.

Am Weihnachtstag standen die Franzosen in Steier an der Enns. Die in Luneville eröffneten Verhandlungen waren inzwischen fortgesetzt worden; sie führten am 9. Februar 1801 zum Frieden. Er wiederholte für Deutschland in der Hauptsache die Abmachungen von Campoformio; in Italien räumte er westlich der Etsch mit allem nichtfranzösischen Rechte auf.

Unendlich oft ist Napoleon wegen glücklicher Beendigung des zweiten Koalitionskrieges als Retter Frankreichs gepriesen worden. Ein geschichtliches Urteil kann nicht leicht geringere Berechtigung haben. Der Krieg, den die Republik führte, spielte sich völlig außerhalb ihrer Grenzen, nicht nur der alten, sondern auch der durch die Friedensschlüsse von Basel und Campoformio neu gewonnenen ab. Auch im neuen Frankreich sah sich nicht ein Dorf vom Feinde bedroht. In demselben Augenblicke, wo Napoleon heimkehrte, löste sich die Verbindung der Gegner. Wie hätte Österreich allein den übermächtigen Feind besiegen sollen? Und selbst wenn es gegen alles menschliche Ermessen kriegerische Vorteile davon getragen hätte, hätte es je Frankreichs Bestand gefährden, seine Grenzen schmälern können? Schon der oberflächlichste Blick in die Geschichte der vorauf gegangenen Jahrhunderte erweist solche Annahme als töricht.

Aber Frankreich war zerrissen durch Parteiungen; eine monarchische Richtung erhob wieder ihr Haupt; es bedurfte zu seiner Gesundung des „starken Mannes"! Als wenn das Volk, das sich aus der Not von 1793—94 gerettet hatte, nicht auch Kraft gefunden haben würde, aus sich heraus wieder zu leiblicher Ruhe zu gelangen, ohne am Siegeswagen des korsischen Eroberers über die Schlachtfelder Europas geschleift zu werden! Die äußere Ordnung hätte später, hätte in diesem und jenem Punkte auch nicht in ganz so festen Formen erreicht werden mögen, das Land wäre aber bewahrt geblieben vor den jähen Umschlägen und heftigen Zuckungen, die es gerade Napoleons Eingreifen in seine Geschicke verdankt, und vor der fieberhaften Anspannung des in der Nation schlummernden

kriegerischen Ehrgeizes, die Frankreichs Verderben geworden ist und ihm schließlich alle Früchte napoleonischer Siege und darüber hinaus noch Gebiet geraubt hat. Auch ohne einen Napoleon bot Frankreichs Geschichte volle Bürgschaft, daß sein „heiliger Boden" unangetastet blieb.

Vor allem unser Vaterland hat die Kosten der „Rettung" tragen müssen. Aber auf den Rückblickenden wirkt beruhigend, daß der endliche Ausgang ihm zum Heile gereichte. Frankreich hätte für seine Neugestaltung dieses Retters entraten können, Deutschland vielleicht nicht. Doch waren schwere Zeiten zu durchmessen, ehe das sich offenbaren konnte, und wenn es sich darum handelt, Verdienst zu würdigen, kann niemand beanspruchen, daß ihm angerechnet werde, was er nicht gewollt hat. Es ist kein Verdienst, bloßes Werkzeug zu sein.

Der Luneviller Friede erneuerte die Aufgabe, die der von Campoformio gestellt hatte. So erneuerte sich auch das Spiel, das in Rastatt begonnen worden war. Zu dem französischen Einfluß kam jetzt noch der russische. Im März 1801 trat Kaiser Alexander an die Stelle des ermordeten Paul. Den Vater hatte Napoleon mit kluger Schmeichelei zu gewinnen verstanden; auch den Sohn fand er bald willig, sich mit ihm in die Rolle eines Ordners der deutschen Angelegenheiten zu teilen. Es war eine Reichsdeputation eingesetzt worden, in der acht der vornehmsten Stände vertreten waren; in Wirklichkeit wurden die Dinge in Paris und Petersburg entschieden. Nur wer hier Gunst zu erlangen vermochte, konnte auf Erfolg hoffen; allein Preußen und Baiern würdigte man einer besonderen Verständigung. Die Deputation hatte dann kaum noch etwas zu tun, als nach einigen Wochen formeller Beratung dem längst Vereinbarten beizutreten. Es geschah im Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803.

Es ist die einschneidendste Maßregel, die je von Regensburg und seinem „ewigen Reichstag" ausgegangen ist, ja man kann sagen, daß niemals von Reichs wegen ein Beschluß gefaßt worden ist, der schärfer eingegriffen hätte in den Gang der deutschen Dinge.

Mit der einzigen Ausnahme des Reichserzkanzlertums, des Deutsch- und des Johanniter-Ordens wurde allen geistlichen Staatenbildungen des Deutschen Reichs, mochten sie groß oder klein, Bistümer oder Abteien sein, ein Ende gemacht; Deutschland ward verweltlicht, wie alle anderen europäischen Länder, mit Ausnahme Italiens, es längst waren. Dazu ließ man die Reichsstädte bis auf sechs verschwinden: Frankfurt, Nürnberg, Augsburg, Lübeck, Hamburg und Bremen. Die beiden letztgenannten hatten erst im 18. Jahrhundert die volle Anerkennung in dieser Stellung erlangt.

Wer den Blick auf die staatliche Entwickelung gerichtet hält, muß sagen, daß damit erst das deutsche Mittelalter sein Ende erreichte. Die Bildungen, die ausgemerzt wurden, waren gerade die, die es unterscheidend ausgezeichnet hatten. Zweifellos hatten sie sich völlig überlebt; die Ereignisse des letzten Jahrzehnts hatten das noch einmal mit unverkennbarer Deutlichkeit zu jedermanns Bewußtsein gebracht. Vor kirchlichen Ansprüchen weltlichen Charakters Halt zu machen, hatte die Zeit überhaupt geringe Neigung. Den Städten aber wird man nicht mit einem Hinweis auf bürgerliche Art das Wort reden können. Wenn es irgendwo im Reiche Heimstätten beschränktesten Sondergeistes gab, so waren sie in ihren Mauern zu finden.

Wenn man so den Nekrologen, deren den Dahingeschiedenen in der Zeitliteratur nicht wenige gewidmet worden sind, die Trauer nicht nachempfinden kann, so wurde doch der Vorteil, den die Gesamtheit aus dem Wegräumen alten Schuttes hätte ziehen können, zunächst nicht fühlbar. Das Reich war jetzt allein auf weltliche Kräfte gestellt; die Tragfähigkeit dieser Stützen hatte aber nicht gewonnen. Nach wie vor war die Zerklüftung kaum übersehbar. Auch die Kleinen und Kleinsten der am linken Rheinufer Entrechteten wurden so oder so entschädigt, und unangefochten blieb in seiner Stellung, was an fürstlichen, gräflichen und ritterlichen Reichsunmittelbaren vorhanden war. Die Neuordnung machte den

Bestand des Reiches geradezu unmöglich. Denn sie erschütterte den letzten Rest kaiserlicher Autorität, die stand und fiel mit den geistlichen Herrschaften, aus deren Emporkommen das „Heilige" Römische Reich nun einmal erwachsen und von deren Dasein es nicht zu lösen war. Nach der neuen Verteilung, wie sie sich aus der Überweisung des geistlichen Besitzes an weltliche Fürsten ergab, waren nur 51—52 katholische gegenüber 79—80 protestantischen Stimmen vorhanden; bisher hatten die katholischen eine sichere Mehrheit gebildet. Für die konfessionellen Fragen kam das weniger in Betracht, denn sie wurden in gesonderten Körperschaften verhandelt; aber es bedeutete für den Inhaber der Kaisergewalt eine schwer erträgliche Schwächung seines Einflusses. Noch deutlicher drückte sich die Verweltlichung und die Verschiebung der Verhältnisse in der Neugestaltung des Kurfürstenkollegiums aus. Außer dem Reichserzkanzler, dem letzten Mainzer Erzbischof Karl Theodor von Dalberg, dem (eine dürftige Ausstattung für den vornehmsten Reichsfürsten) ein geringer Rest seines Kurfürstentums und dazu Regensburg und Wetzlar als Sitze des Reichstags und des Reichskammergerichts überwiesen wurden, bestand es nur aus weltlichen Mitgliedern. Unter ihnen aber zählte man, da von den neu in diese Würde Eintretenden Württemberg, Baden und Hessen-Kassel protestantisch waren, allein Salzburg katholisch, jetzt sechs Protestanten neben vier Katholiken, während das Verhältnis zuletzt zwei zu sechs gewesen war.

Die Entschädigungen, bei denen gelegentlich auch überlieferter Besitz getauscht wurde, sind bekanntlich sehr verschieden ausgefallen. Der Markgraf von Baden erhielt außer der Kurfürstenwürde für verlorene 8 Quadratmeilen deren 63, der Landgraf von Hessen-Darmstadt sogar 98 für eingebüßte 13. Beide Staaten wuchsen über das Doppelte ihres bisherigen Umfangs hinaus. Ziemlich das Gleiche erlebte Oldenburg, das, erst 1777 aus einer Grafschaft zum Herzogtum erhoben, links vom Rhein nichts und auch sonst nur Rechte, kein Gebiet geopfert hatte. Die nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Zarenhause haben den Regenten dieser Länder reichen Vorteil gebracht. Weit bescheidener war Württembergs

Gewinn, nicht ganz 30 Quadratmeilen für sieben. Dagegen verzeichnete Baiern ein Plus von rund 100 Quadratmeilen. Die beiden großen und reichen Bistümer Würzburg und Bamberg durfte es sich aneignen, dazu die kleineren Augsburg und Freising und teilweise Passau nebst einer Reihe von Abteien und 15 Reichsstädten. Noch reicher war trotz Österreich Preußens Ernte. Die größere Hälfte des Oberstifts Münster (der Rest fiel den Salm, Croy, Looz-Corswaren zu, das Niederstift wurde oldenburgisch bzw. arembergisch), die Bistümer Hildesheim und Paderborn wurden ihm überlassen, dazu der Mainzer Besitz in Thüringen (Erfurt) und auf dem Eichsfelde, sechs Abteien und die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Goslar; sein Gewinn betrug ziemlich das Vierfache seines Verlustes. Wie Deutschland als Rettungsbake für die Gestrandeten Europas dienen mußte, zeigt deutlich die Art, wie man entrechtete Machthaber auf seinem Boden unterbrachte. Der letzte Erbstatthalter der Niederlande erhielt ein Fürstentum Oranien, das sich aus den Abteien Fulda, Korvey und Weingarten und der Reichsstadt Dortmund zusammensetzte, der Großherzog von Toskana, nicht ganz so schlimm zusammen gewürfelt, ein Kurfürstentum Salzburg, das aus dem bisherigen Erzbistum, dem Bistum Eichstädt, dem nichtbairischen Teil von Passau und der Abtei Berchtesgaden bestand. Der Herzog von Modena zog in Freiburg ein und bekam zum Breisgau noch die Ortenau. Alles in allem ist allein rechts vom Rhein an geistlichem und städtischem Gut ein Gebiet zur Verteilung gekommen, das dem gegenwärtigen Königreich Baiern an Umfang wenig nachstand, davon fast 95 Prozent geistlich.

Unverkennbar war die Tendenz der Neuordnung gegen Österreich gerichtet. Nicht ohne Mühe, gegen den Ansatz des ersten Entwurfs, hat es die Bistümer Trient und Brixen als dürftigen Anteil an der reichen Beute erwerben können. In Italien sah es sich ganz hinter die Etsch zurückgedrängt, aller Klientelstaaten beraubt. Den Herzog von Modena mußte es mit eigenem, uralt angestammtem Besitz entschädigen, den Großherzog von Toskana einziehen sehen in ein Gebiet, das bequemer als irgend ein anderes für eigene

Besitzergreifung lag. Seine Gegner Preußen und Baiern waren wohl abgerundet, Baden und Hessen-Darmstadt, die unter Frankreichs Kanonen lagen, zu brauchbarer Kontingentstellung befähigt worden. Im Reiche war kaiserlicher Politik damit der Boden entzogen. Napoleon hatte den schlagfertigsten und entschlossensten Festlandsgegner Frankreichs schwer getroffen. Er hat ihn damit doch nicht von neuen Versuchen abhalten können. Man kann an der österreichischen Staatskunst der Zeit manches auszusetzen haben, Mangel an Mut kann man ihr nicht vorwerfen.

Dem Frieden von Luneville folgte nach Jahresfrist, März 1802, der von Amiens. Aber wiederum nach einem Jahre, im Mai 1803, als eben die Beschlüsse der Reichsdeputation in der Ausführung begriffen waren, begann der Krieg zwischen dem „Franken" und dem „Briten", den „zwo gewalt'gen Nationen", die „um der Welt alleinigen Besitz ringen", von neuem. Napoleon eröffnete ihn mit der Besetzung Hannovers. Keine Hand erhob sich zur Deckung des deutschen Landes. Im März 1804 ließ der Erste Konsul innerhalb eines Zeitraumes von sechs Tagen den Herzog von Enghien im badischen Ettenheim verhaften, davon führen und in den Festungsgräben von Vincennes erschießen. England, Rußland, Schweden protestierten in Regensburg; das Reich blieb stumm wie das Schaf vor seinem Scherer, änderte seine Haltung auch nicht, als im Oktober ein ähnlicher Fall grober Grenzverletzung in der Nähe von Hamburg an dem englischen Geschäftsträger Rumbold verübt wurde.

Für Kaiser Franz gaben andere Gewaltakte den Ausschlag. Bonaparte hatte sich im August 1802 zum lebenslänglichen Konsul wählen lassen; im Mai 1804 ward er als Kaiser der Franzosen proklamiert. Er war jetzt Frankreich, für lange Jahre nach menschlichem Ermessen. Seine Handlungen konnten keinen Zweifel lassen, daß er Europa unter seinen Willen zu beugen gedachte. Noch 1802 hatte er die Cisalpinische Republik in eine Italienische verwandelt, deren Präsident er selber wurde. Piemont und das von den Engländern vertragsmäßig geräumte Elba wurden an Frankreich angeschlossen,

Parma, dessen Herzog das neue Königreich Etrurien erhalten hatte, französischer Verwaltung überwiesen. Zu Anfang des nächsten Jahres gab Napoleon der Schweiz die Mediationsakte, die auch sie unter französische Aufsicht stellte. Wallis, das Durchzugsland von 1800, wurde als selbständige Republik in besondere Obhut genommen. Dem Einmarsch der Franzosen in Hannover folgte wenige Wochen später das gleiche Vorgehen gegen Neapel, das der Friede von Luneville wieder in die Hand der regierenden Dynastie zurück gegeben hatte. Es wirkte auf Zar Alexander ähnlich wie das gegen Malta auf Paul. Er begann, vorwärts zu treiben gegen Frankreich. Im November 1804 kam es zu einer österreichisch-russischen Verständigung. Als Napoleon im März 1805 sich auch die Krone des neuen Königreichs Italien, in das er die kaum geschaffene Italienische Republik umgewandelt hatte, aufs Haupt setzte und gleichzeitig Genua, die „Ligurische Repvblik", seinem Kaiserreiche einverleibte, war der verabredete Kriegsfall gegeben. Im August schlossen England, Rußland und Österreich die Dritte Koalition. Kaiser Franz eröffnete den Krieg, indem er seine Truppen am 8. September abermals den Inn überschreiten, ins Reich und gegen Frankreich ziehen ließ.

Sie sind diesmal nur bis an die Iller gelangt. Man hatte geeilt, um sich Baierns zu versichern, das zum Gegner hielt. So wurde das Heer unfertig von der überlegenen Macht getroffen, die Napoleon am Kanal gegen England gesammelt hatte und jetzt heran führte. Mack, der seine Unfähigkeit schon 1798 als Führer der Neapolitaner glänzend erwiesen hatte, ergab sich am 17. Oktober mit wohlgerüsteten 25000 Mann ohne Gegenwehr in Ulm. Es ist das schimpflichste Ereignis, von dem Österreichs Kriegsgeschichte zu berichten weiß. Napoleons Heer, verstärkt durch den aus Hannover heran ziehenden Bernadotte, ergoß sich durch Baiern in die Erblande. Wo Widerstand versucht wurde, ward er leicht gebrochen. Am 13. November ward Wien besetzt. Seit den Tagen, da König Rudolf und Matthias Corvinus es gewonnen hatten, war kein Feind in seinen Mauern gesehen worden. Die Russen, deren vorderste Truppen bis an den Inn gelangt waren, hatten sich nach Mähren zurück-

gezogen. Dort nahm der Zar bei Austerlitz am 2. Dezember, dem Jahrestage der Kaiserkrönung Napoleons, die Schlacht an und verhalf Frankreichs Herrn zu seinem berühmtesten Siege. Die russische Heeresleitung hatte den mit starker Macht heranziehenden Erzherzog Karl nicht abwarten wollen, auch nicht den Ausgang der bewaffneten Vermittelung Preußens.

Zwei Tage nach der Schlacht hat zwischen Kaiser Franz und Napoleon auf freiem Felde eine Begegnung stattgefunden. Franz trennte seine Sache von der Alexanders. Am 26. Dezember folgte der Preßburger Friede. Österreich opferte nicht nur das neu erworbene Venedig, sondern auch Tirol und den ganzen Rest seiner schwäbischen Heimatlande. Sie wurden, zusammen mit dem Breisgau und der Ortenau, aus denen Ferdinand von Modena weichen mußte, unter Baiern, Württemberg und Baden, deren Kontingente, wie auch das darmstädtische, den Fahnen Frankreichs gefolgt waren, aufgeteilt. Baiern erhielt auch das soeben von Preußen an Napoleon überlassene Ansbach und durfte sich die Reichsstadt Augsburg einverleiben. Sein Kurfürst Maximilian Josef und Friedrich von Württemberg wurden Könige. Österreich schied völlig aus dem vorderen Deutschland aus. Dafür durfte es sich mit Salzburg und Berchtesgaden entschädigen, die Franzens Bruder Ferdinand mit dem auf Baierns Kosten neu geschaffenen Kurfürstentum Würzburg vertauschen mußte. Vom ersten Beginn des Feldzuges bis zu seinem vollen Abschluß waren noch nicht 16 Wochen verflossen. Wenige große Kriege sind so rasch und glänzend durchgeführt worden. Napoleons Ruhm blendete den Erdkreis.

Der neue Sieg machte ihn zum unumschränkten Gebieter in Italien und im Reiche. Er setzte die Seinen auf alte und neue Throne und verband sie mit den ältesten Dynastien Europas. Wenige Wochen nach dem Preßburger Frieden zog sein ältester Bruder Josef als König in Neapel ein; für den Schwager Murat wurde aus den von Preußen und Baiern abgetretenen rechtsrheinischen Resten des klevischen und bergischen Landes im März 1806 ein Großherzogtum Berg geschaffen, das 1807 durch neue preußische

Abtretungen erweitert worden ist. Die Batavische Republik verwandelte sich im Mai 1806 in ein Königreich Holland, das der Bruder Ludwig erhielt. Dem Stiefsohn Napoleons, Eugen Beauharnais, seit kurzem Vizekönig von Italien, mußte Maximilian Josef von Baiern im Januar 1806 seine Tochter zur Gemahlin geben, Karl Friedrich von Baden im April den Kurprinzen, seinen Enkel, mit des Kaisers Adoptivtochter Stephanie vermählen. Nie hatten deutsche Kaiser deutsche Fürsten so zu beugen verstanden wie der korsische Advokatensohn es vermochte.

Der Gedanke der deutschen Trias ist vielleicht nicht in Napoleons Haupt entsprungen; er zuerst und er allein hat ihm aber Leben gegeben. Nach dem neuen Siege über Österreich war die Bahn frei für die Bestrebungen, die schon im Reichsdeputationshauptschluß so stark mitgewirkt hatten, mittlere und kleinere deutsche Fürsten zu einer militärisch brauchbaren Gruppe unter Frankreichs Führung, doch in gesicherter Abhängigkeit von ihm, zusammenzufassen Sie wurden in unmittelbarem Anschluß an den Feldzug nachdrücklich wieder aufgenommen. Der Reichserzkanzler selbst, der den Kardinal Fesch, den Oheim Napoleons, als Koadjutor annahm, förderte sie eifrig und feierte den Kaiser als den „Regenerator Deutschlands".

Am 17. Juli 1806 wurde in Paris die Rheinbundsakte unterzeichnet. Am 1. August sagten sich der Reichserzkanzler, die Könige von Baiern und Württemberg, die Großherzöge von Baden, Hessen-Darmstadt und Berg (der Kurfürstentitel verschwand in dem neuen Bunde), die Herzöge von Nassau-Usingen und Aremberg, die Fürsten von Nassau-Weilburg, Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, Salm-Salm und Salm-Kirburg, Isenburg-Birstein, von der Leyen und Liechtenstein vom Reiche los. Kaiser Franz hatte schon im August 1804 Napoleons Kaiserproklamation damit beantwortet, daß er sich zum Erbkaiser von Österreich erklärte. Er legte am 6. August 1806 die deutsche Kaiserkrone nieder. So gab es kein Deutsches Reich mehr, kein auch noch so loses politisches Band, das die deutsche Nation noch umschlossen hätte. Am 26. August 1806 wurde der Nürnberger Buchhändler Johann

Philipp Palm, ein geborener Württemberger, der es gewagt hatte, eine in vaterländischem Sinne und in vaterländischer Erregung geschriebene Schrift „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung" zu verlegen, in der von den Franzosen noch nicht geräumten österreichischen Grenzfeste Braunau auf Napoleons Geheiß erschossen.

Der Rheinbund konnte aber nicht entstehen ohne eine abermalige umfassende Vernichtung bestehender und gleichberechtigter staatlicher Gebilde. Die Arbeit des Aufräumens trug diesmal einen anderen Charakter als im Reichsdeputationshauptschluß. Nicht nur, daß von irgend welcher Mitwirkung des Reichs und seiner Organe schlechterdings nicht die Rede war, es fehlte auch jede Richtlinie für die Auswahl. Durch die Errichtung des Rheinbundes ist der Stand der Mediatisierten geschaffen worden. Wer aber mediatisiert werden sollte, entschieden allein die Pariser Verhandlungen. Man hat die beiden letzten süddeutschen Reichsstädte beseitigt, Nürnberg an Baiern, Frankfurt dem Reichserzkanzler überwiesen. Sonst wandte man sich nicht gegen irgend welche bestimmte Gattung von Reichsständen; es handelte sich allein um die größere oder geringere Brauchbarkeit für französische Zwecke und um die Gunst, die man beim Allmächtigen zu gewinnen vermochte.

So haben Stände verschwinden müssen, die es im Alter des Besitzes mit jedem, im Umfang wenigstens mit der unteren Hälfte der neuen Rheinbundsglieder aufnehmen konnten, ja manche übertrafen. Wir urteilen heute milder über die Haltung der deutschen Höfe in damaliger Zeit als noch vor einem halben Jahrhundert; wir würdigen die Lage, in welcher der Grundsatz des sauve qui peut zu beherrschender Geltung gelangte. Das kann aber nicht abhalten zu betonen, daß gröberes Unrecht, rücksichtslosere Vergewaltigung, als sie damals reichsfreie Fürsten, Grafen, Herren und Ritter erfuhren, in der deutschen Geschichte nicht verübt worden ist. Daß dieses Verfahren trotz alledem einen Weg zur Gesundung wies, soll nicht bestritten werden.

Der Umfang der mediatisierten Gebiete übertraf den des jetzigen Königreichs Sachsen und der gesamten thüringischen Staaten nicht

unwesentlich; es waren weit über 30000 Quadratkilometer. Dazu kamen die österreichischen Abtretungen. Von 1803—1806 haben in Deutschland Landstriche im Umfange des gegenwärtigen Südens unseres Reiches den Herren gewechselt, nicht wenige wiederholt. Das Ergebnis war, daß die bisher am meisten zersplitterten und zugleich Frankreich am nächsten liegenden Gebiete unseres Vaterlandes, die rechtsrheinischen Lande vom Bodensee bis zur Lippe und darüber hinaus und vom Rhein bis zur Iller und Regnitz in geschlossene Staaten zusammengelegt waren: Württemberg, Baden, Hessen, Nassau, Berg. Sie waren für kriegerische Zwecke trefflich verwendbar, ohne doch gefährlich werden zu können. Die Streitkräfte, die der Rheinbund den vertragsmäßigen 200000 Mann seines Protektors bei jedem Kriege zuzuführen hatte, wurden in der Akte auf 63000 Mann beziffert, darunter 30000 Baiern neben 29 Mann des Fürsten von der Leyen und 40 des von Liechtenstein. Im September 1806 ist noch Würzburg hinzugetreten. Dazu kamen die Kriegsmittel der übrigen Vasallenstaaten des Kaiserreichs, der Königreiche Holland, Italien, Etrurien, Neapel. Gegen diese Macht ist Preußen 1806 in die Schranken getreten.

Die preußische Politik vom Baseler bis zum Preßburger Frieden ist oft und mit Recht hart getadelt worden. Weniger noch als der Vater hat Friedrich Wilhelm III. ihre Haltung zu festigen vermocht. Unfähige, ja charakterlose Persönlichkeiten, zum Teil ausländischen Ursprungs, die unter dem Vater emporgekommen waren, behaupteten auch unter dem Sohne gerade in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten entscheidenden Einfluß. Die Namen Lombard und Lucchesini wecken traurige Erinnerungen in der preußischen Geschichte. Wo der König selbst eingriff, stand er unter dem Einfluß einer fast zaghaften, jedenfalls völlig ungerechtfertigten Friedensliebe.

So hat Napoleon Preußen bald lockend, bald drohend vom Kriege fern halten können, bis es auf dem Kontinente eine Frankreich ebenbürtige Macht nicht mehr gab. Die Besetzung Hannovers hatte Haugwitz 1804 zum Kriegsfall machen wollen, zweifellos mit

Recht. Denn indem Preußen diesen Eingriff in seine eigenste Interessensphäre ruhig hinnahm, stellte es sich ein nur zu deutliches Zeugnis der Schwäche und Unentschlossenheit aus. Haugwitz vermochte aber den König nicht für seine Auffassung zu gewinnen. Als sie im folgenden Jahre dann doch den Sieg davon trug und er selbst beauftragt wurde, zwischen den Kriegführenden eine Vermittelung zu versuchen, die kaum anders als eine bewaffnete bezeichnet werden kann, da zwischen dem König und dem Zaren schon Verabredungen getroffen waren, die den Kriegsfall festlegten, fehlte ihm doch der Mut, die gefährliche Mission mit dem Nachdruck durchzuführen, der ihr allein einen Erfolg hätte sichern können. Er ließ sich nach Austerlitz am 15. Dezember den unbegreiflichen Schönbrunner Vertrag abringen, der alten Besitz — Ansbach, Kleve, Neuenburg — dahingab für Hannover und Preußen vor aller Welt als den zugleich Schwachen und Begehrlichen brandmarkte.

Für Napoleon fehlte jetzt jeder Anlaß, diese Macht weiter zu schonen. Er erzwang zwei Monate später einen neuen Vertrag, der Preußen zur Schließung der hannoverschen Häfen, also zu offener Feindseligkeit gegen England, verpflichtete. Er versäumte keine Gelegenheit, Preußen seine Abneigung und seine Geringschätzung, ja seinen Haß und seine Verachtung fühlen zu lassen. Er mißachtete preußische Besitzrechte in den niederrheinischen Grenzgegenden. Er ließ der Begründung des Rheinbundes in Berlin die Anregung zu einer ähnlichen Vereinigung in Norddeutschland folgen, wirkte ihrem Zustandekommen aber entgegen. In Verhandlungen mit England verfügte er über Hannover, in solchen mit Rußland und Schweden über preußisches Gebiet als freie Austauschobjekte. In dieser Lage hat Friedrich Wilhelm III. der öffentlichen Meinung in Heer und Volk nachgeben müssen. Es ist das erste Mal, daß sie in Brandenburg-Preußens Geschichte einen bestimmenden Einfluß auf die Lenkung des Staates gewonnen hat. Der Krieg wurde erklärt in einem Augenblicke, wo er völlig aussichtslos war. Es war der traurige Ausgang einer Periode beklagenswerter Schwäche und Kurzsichtigkeit.

In der Beurteilung des Zusammenbruchs, den Preußen 1806 erlebte, pflegt man den Blick zuerst auf sein Heer zu richten, das Heer Friedrichs des Großen. Es war in allem Wesentlichen das alte, in Form und Geist. Es erlag der strategischen Überlegenheit Napoleons, der taktischen seiner Generale und Soldaten und mehr noch der Übermacht, der gegenüber endgültiger Erfolg überhaupt ausgeschlossen war. Vernichtend wurde die Entscheidungsschlacht, weil sie gegen alles Erwarten und auch ohne schweres Verschulden der preußischen Oberleitung in verkehrter Front geschlagen werden mußte. Der Sieger stand der Hauptstadt und den Hilfsquellen der Monarchie gleich nahe, ja näher als der Besiegte. Am elften Tage nach der Schlacht von Jena und Auerstedt (14. Oktober) ward Berlin besetzt. Daß Karl Wilhelm Ferdinand gleich zu Beginn des Kampfes tödlich verwundet wurde, war noch ein besonderer Schicksalsschlag. So folgten die Zertrümmerung des Heeres, das Abdrängen ansehnlicher Abteilungen, die Kapitulationen. Und hier allerdings steigerte sich die Kopflosigkeit höherer Führer bis an und über die Grenze der Gewissenlosigkeit. Sie wurde überschritten in der Art, wie die meisten preußischen Festungen, und unter ihnen gerade die am besten zur Verteidigung geeigneten, sich dem Feinde öffneten. Diese Hergänge gehören doch zu dem Schmachvollsten, was je in der Kriegsgeschichte eines Volkes erlebt worden ist. Daß Neiße und Danzig, Glatz, Kosel, Kolberg und Graudenz, die vier letztgenannten auch mit endgültigem Erfolge, eine rühmliche Ausnahme machten, läßt die Haltung der übrigen nur noch tadelnswerter erscheinen.

Die Mängel in den Leistungen der bewaffneten Macht konnten nicht ausgeglichen werden durch Kräfte, die lebendig geworden wären in Volk und Staat. Nur zu oft erschöpfte sich die Tätigkeit der Behörden in Ermahnungen zur Ruhe. Ihre gute Organisation und die überlieferte Pflichttreue erleichterten dem Feinde nicht wenig die rasche Erschließung aller Hilfsquellen des eroberten Landes. Es fehlte in der Bevölkerung nicht an Opferwilligen; aber nur vereinzelt fanden sich Männer, die bereit und imstande waren, die

zerstreuten Kräfte zu sammeln und zum Widerstande zusammen zu fassen. Das Gefühl, daß es um Preußens und Deutschlands Existenz gehe, war doch nur in engen Kreisen lebendig. Fichte und Schleiermacher waren Prediger in der Wüste. Nicht wenigen der Gebildeten erschien der französische Sieg als der Anbruch einer neuen Zeit allgemeiner Freiheit und Völkerverbrüderung; Napoleons Titanengestalt erzwang Bewunderung. Auch Männer von festerem und reinerem Charakter als Johannes von Müller wechselten ihre Gesinnung. Daß dem Schrecklichen auch hinreißende Liebenswürdigkeit zu Gebote stand, wenn ihre Anwendung förderlich oder wenigstens unschädlich erschien, hat damals und sonst manchem das Umfallen erleichtert. So sind Preußens Gaue noch rascher vom Feinde überflutet und ihm dienstbar geworden als früher die oberdeutschen und österreichischen Lande.

Erst hinter der Weichsel hat man wieder nachhaltigen Widerstand geleistet. Zwischen Alexander und Napoleon war nach Austerlitz noch kein Friede geschlossen worden. So nahmen die heranrückenden Russen den Rest des preußischen Heeres auf. In dem mörderischen Kampfe auf den Schneefeldern von Preußisch-Eylau (7. und 8. Februar 1807) zeigte sich doch, daß der Soldatengeist des friderizianischen Heeres noch nicht erstorben war. Zum ersten Mal sah Napoleon sich in einen Krieg verwickelt, der ihn nicht von Sieg zu Sieg führte, zum ersten Mal in einen Winterfeldzug. Die Entlegenheit, die Weiträumigkeit und die spröde, karge Natur des Nordostens erschwerten Sammlung und Verwendung der Kräfte. Vom Februar bis in den Juni verging die Zeit mit unerläßlichen Vorbereitungen. Bennigsens Unfähigkeit als Führer verschaffte dann dem Kaiser bei Friedland (14. Juni) einen verhältnismäßig leichten Sieg.

Der Zar war des Kampfes müde. Wie hätte Friedrich Wilhelm III., der sich in die äußerste Stadt seines Reiches zurück gedrängt sah, ihn fortsetzen können! So kam es am 9. Juli 1807 zum Tilsiter Frieden. Alexander war schon ein Verbündeter Napoleons geworden, ehe er abgeschlossen wurde. Preußen verlor — Hannover, das man als vollgültigen Besitz nicht ansehen kann, ungerechnet —

rund die Hälfte seines Gebietes, alles Land westlich der Elbe und aus seinem polnischen Gewinn alles, was es 1793 und 1795 davongetragen hatte, dazu noch das Kulmerland und den Netzedistrikt, an Sachsen den Kottbuser Kreis. In den weiten Raum zwischen Königsberg und Breslau schob sich das Herzogtum Warschau als neuer napoleonischer Vasallenstaat ein, mit der Vergrößerung, die es 1809 erfuhr, Preußen selbst an Umfang überlegen, an Einwohnerzahl kaum nachstehend. Sachsen, Hessen-Kassel, Braunschweig, Sachsen-Weimar waren Preußens Bundesgenossen gewesen. Jetzt wurde Kurfürst Friedrich August ein Rheinbundkönig und zugleich Herzog von Warschau. Karl August von Weimar, der den Anfang des Feldzugs als preußischer General mitgemacht hatte, fand nur mit Mühe Gnade vor dem Gewaltigen. Das Kurfürstentum Hessen-Kassel und das Braunschweiger Herzogtum wurden mit preußischen und hannoverschen Gebietsteilen zu der monströsen Bildung des Königreichs Westfalen zusammengeschweißt, das von der roten Erde nicht mehr als eine dürftige Beimischung in sich schloß und Napoleons jüngsten, noch nicht 23 Jahre alten Bruder Jerome zum Könige erhielt. Das Großherzogtum Berg ward durch Münster, die Grafschaften Mark, Teklenburg, Lingen und die Abteien Elten, Essen, Werden, das Königreich der Niederlande durch Ostfriesland vergrößert. Was in Deutschland nicht österreichisch oder preußisch war, mußte sich dem Rheinbunde anschließen. Deutschlands Drittelung war vollendet, das weitaus größte, bevölkertste, reichste Drittel Untertanenland Frankreichs.

Der Sieg über Preußen bedeutet den Höhepunkt von Napoleons Glück, wenngleich er seine Macht zunächst noch zu mehren vermochte. Dem Rückblickenden erscheinen die Ereignisse märchenhaft. In weniger als drei Jahren hatte der Leiter des französischen Staatswesens seine Familie zur mächtigsten und besitzreichsten Dynastie Europas gemacht, vor der sich die ältesten Herrschergeschlechter beugten. Nie und nirgends hat die Geschichte Ähnliches gesehen. Sie weiß auch von keiner Potentatenversammlung zu berichten, die der von Erfurt, wo Napoleon vom 27. September bis 14. Oktober 1808 außer dem

Zaren 34 Fürsten, darunter 4 Könige, um sich versammelte, zur Seite zu stellen wäre.

Im Frühling 1809 hat Österreich, allein, wie Preußen 1806, noch einmal versucht, dem Übermächtigen Schranken zu setzen. Der entschlossene und arbeitsfreudige Graf Stadion hatte das Seine getan, die gesamten Kräfte der Monarchie in den Dienst der großen Sache zu stellen. Aber schon wenige Tagemärsche von der Grenze ward den Vorrückenden Halt geboten. Wesentlich mit Rheinbundstruppen konnte Napoleon bei Abensberg, Eggmühl und Regensburg ihre Umkehr erzwingen. Noch nicht drei Wochen später stand er vor Wien. Beim Versuche, die Donau zu überschreiten, mußte er es dann am 21. und 22. Mai bei Aspern und Eßling zum ersten Mal erleben, daß er das Schlachtfeld dem Gegner, Erzherzog Karl, überlassen mußte. Aber am 5. und 6. Juli wetzte er bei Wagram die Scharte aus. Österreich schloß den Stillstand von Znaim, dem, allerdings erst drei Monate später (14. Oktober), der Friede von Schönbrunn folgte. Es mußte Salzburg und Berchtesgaden und allen Besitz südlich der Sau opfern; vom Meere wurde es abgedrängt.

Unverkennbar war aber doch in diesem Kriege eine gesteigerte Widerstandskraft des alten Gegners zu Tage getreten, zugleich in der Nachhaltigkeit der Regierung und in der Teilnahme des Volkes. Über die Erhebung der Tiroler sind später aus liberalen Anschauungen heraus abfällige Urteile gefällt worden, weil sie sich nicht zuletzt gegen Montgelas', des allmächtigen bairischen Ministers, Aufklärungssystem richtete. Das feste Einstehen des tapferen Bergvolks für seinen Kaiser und seinen Glauben bleibt doch eine befreiende Tat, sein unverzagter Mut, der die Landeshauptstadt dem Feinde dreimal zu entreißen vermochte, ein Ruhmestitel deutscher Volkskraft. Im Norden erhoben sich die Herzen an der festen Entschlossenheit Friedrich Wilhelms, des jüngsten der Söhne Karl Wilhelm Ferdinands, der seine Braunschweiger mitten durch das vom Feinde beherrschte Land den weiten Weg vom Erzgebirge zur Nordsee führte, und an Schills waghalsiger Tollkühnheit.

Immer rücksichtsloser aber setzte sich Napoleon wie über die Inter-

essen der Herrscher, so über die der Völker hinweg. Durch sein ebenso gewissenloses wie gewalttätiges Eingreifen auf der Pyrenäischen Halbinsel entzündete er ein Feuer, dessen Ausbreitung besonders von den deutschen Patrioten mit gespannter Hoffnung beobachtet wurde. Zum ersten Male in diesen Kriegen versuchte England hier mit Erfolg auf dem Lande zu kämpfen. So weit Freiheit der Meere in den unterjochten Ländern als ein Bedürfnis empfunden ward, herrschte Erbitterung über die Kontinentalsperre, die Napoleon im November 1806 von Berlin aus dekretiert hatte. Als sie ihm 1810 Anlaß wurde, die Niederlande und alles anstoßende deutsche Küstengebiet bis Lübeck hin zu annektieren, beschenkte er Frankreich mit Millionen neuer, zähneknirschender Untertanen. Er hatte 1809 dem Kirchenstaate ein Ende und Pius VII. zum Gefangenen gemacht. Die Kreise, die er einst gewonnen hatte, indem er durch ein Konkordat die Lage der unter der Republik so hart bedrängten Kirche besserte, wandten sich in bitterer Enttäuschung von ihm ab. Die Menschenopfer, die seine ununterbrochenen Kriege forderten, wurden von französischen und nichtfranzösischen Untertanen und Abhängigen von Jahr zu Jahr schmerzlicher empfunden; war doch allgemein an die Stelle der Werbungen die Aushebung getreten. In dieser Stimmung peitschte Napoleon die Völker Europas in den russischen Krieg. Daß es möglich war, ist wohl einer der stärksten geschichtlichen Belege, was titanenhafter Verstand und Wille eines Einzelnen durch Handhabung militärischer Organisation zu erreichen vermögen.

Verständnis für die Bedingungen geschichtlichen Werdens ist Napoleon versagt geblieben; seine Kenntnis der Vergangenheit ging über das Anekdotenhafte nicht hinaus. So ist es ihm nicht klar geworden, daß er unmöglich Rußland zum dauernden Sklaven seiner Machtbestrebungen machen konnte. Zar Alexander hat die Freundschaft mit Napoleon gut auszunutzen verstanden. Er hat 1807 nicht verschmäht, auf Kosten des preußischen Bundesgenossen sein Reich durch den Bezirk Bialystok zu erweitern, hat 1809 für seine Unterstützung Frankreichs von Österreich aus dessen pol-

nischem Erwerb den Kreis Tarnopol entgegengenommen. Willig hat er sich gebrauchen lassen, Schweden zum Anschluß an die Kontinentalsperre zu zwingen; hatte er sich doch schon in Tilsit Napoleons Einwilligung zur Erwerbung Finlands geben lassen. Gegen die Türkei hatte Alexander in diesen Jahren freie Hand. Nie zuvor und nie nachher ist russische Eroberungspolitik von Frankreich her so gefördert worden wie in den Jahren des äußerlichen guten Einvernehmens zwischen Alexander und Napoleon. Aber unmöglich konnte Rußland sich längere Zeit in die Fesseln der Kontinentalsperre schlagen lassen; es wäre gleichbedeutend gewesen mit seinem wirtschaftlichen Ruin. Sein Abfall aber war, bei Napoleons Denkweise, der Krieg. Daß man Rußland allenfalls besetzen, auch schwächen, nie aber es unterjochen kann, blieb ihm verborgen.

Man könnte entgegnen, daß es den Zeitgenossen nicht anders ging. Denn so weit wir sehen können, überwog die Meinung durchaus, daß der Moskowiter-Großmacht ihr letztes Stündlein geschlagen habe. Keiner der halb oder ganz Abhängigen wagte sich zu versagen. So konnte Napoleon ein überwiegend aus Nichtfranzosen zusammengesetztes Heer heran führen, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hatte. Denn alle Vergleiche mit Perserkriegen, Völkerwanderung, Kreuzzügen sind völlig hinfällig. Die mit Preußen gemachte Erfahrung hätte warnen sollen vor dem Irrtum, Eroberung der feindlichen Hauptstadt und Entscheidung des Krieges als gleichbedeutend anzusehen. Eine staffelweise Besitzergreifung hätte wenigstens zu einem vorläufigen Erfolge führen können. Da Napoleon erst in Moskau Halt machte, erlag er mehr elementaren Gewalten als den menschlichen Gegnern. Nur traurige Trümmer des gewaltigen Heeres, das siegessicher die russische Grenze überschritten hatte, sahen sie wieder. Er hatte auf Schweden und Türken gehofft. Aber wie hätten ihm zur Hand gehen sollen, die er selbst dem Zaren geopfert hatte? Unwahrhaftigkeit, Treulosigkeit, Hinterlist haben doch auch in der Politik ihre Grenzen, enge Grenzen. Selbst die Polen leisteten nicht, was sie hätten leisten können. Ihr

Nationalheld Kosciuszko war der Meinung, Napoleon wolle in Polen nur ein Lager haben, aber nicht ein Forum, und hatte recht.

Dem russischen Feldzuge folgte Preußens Erhebung; sie ist ohne 1812 nicht denkbar. Aber ihren Erfolg verdankt sie vor allem sich selbst.

Der preußische Staat war, wie einer, das Gebilde seiner Herrscher. Aber in den Jahren der Demütigung zeigte sich doch, daß neben dem Willen des Königs noch ein anderer in ihm stark war, der auf dem freien Entschluß der Untertanen beruhte. Er hätte nichts vermocht gegen den Monarchen, aber mit ihm war er zu allem fähig. Mehr als bei den Niederlagen Österreichs ergriff bei Preußens Sturz die Besten deutscher Nation die Empfindung, daß es sich auch um deren Existenz handele. Mehr auch als im Kaiserreiche haben die hervorragendsten Kräfte des Gesamt-Vaterlandes sich in dem jüngeren und kleineren Staatswesen zusammen gefunden, es wieder aufzurichten. Stein und Hardenberg, Blücher, Scharnhorst und Gneisenau, Fichte und Ernst Moritz Arndt, sie alle waren keine Preußen.

Napoleon hat das Seine getan, den niedergeworfenen Staat in dauernde Ohnmacht hinab zu drücken. Wenn rechtfertigend bemerkt worden ist, daß er der Gefahr bedrohlicher Erstarkung habe begegnen müssen, so kann man mit solchem Argument so ziemlich jede Vergewaltigung des Schwachen durch den Starken begründen und entschuldigen. Zu den Tilsiter Gebietsabtretungen kam die unerhört hohe Kriegsentschädigung von 150 Millionen Talern, auf den Kopf der Bevölkerung ziemlich ebenso viel, wie Frankreich 1871 auferlegt wurde. Was bedeutete aber Preußens Wohlstand gegenüber dem Frankreichs und andererseits der Geldwert von 1807 gegenüber dem von 1871! Brutale, nicht selten auch schamlose Erpressungen des Kaisers und seiner Leute haben diese Summe noch ganz erheblich in die Höhe getrieben. Vertragsbrüchig zu werden, gehörte zur andern Natur Napoleons; nie aber hat er diesem Hange so die Zügel schießen lassen wie gegenüber Preußen. Während der ganzen folgenden Friedenszeit hat er die Hauptfestungen des Landes, das zu

räumen er verpflichtet war, besetzt gehalten. Die dauernde Gegenwart des Feindes, die unaufhörlichen Durchmärsche brachten auch dem Letzten im Volke die Fremdherrschaft zum Bewußtsein. So entwickelte sich die Stimmung, die der folgenden Erhebung Einmütigkeit, Kraft und Nachhaltigkeit gegeben hat.

Der Wiedererstarkung Preußens hat Napoleons Verfahren schwere Hemmnisse in den Weg gelegt. Sie ist gleichwohl erfolgt, erfolgt rasch und zu einer Kraft, mit der doch auch Napoleon nicht gerechnet hatte. Sie ward erreicht durch innere Sammlung, durch Reformen, vor allem der Verwaltung, der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung, des Heerwesens. Die ländlichen Verhältnisse erfuhren eine tiefgreifende Umgestaltung; die starre Unbeweglichkeit des Besitzes wurde gelöst, die Erbuntertänigkeit aufgehoben, der Stand der freien Bauern wesentlich gemehrt, der Frondienst beseitigt. Eine neue Städteordnung entzog die bürgerliche Verwaltung den überlieferten Korporationen, legte sie in die Hände gewählter Kollegien; ein Gewerbegesetz lockerte die Gebundenheit der Zünfte. Eine gewisse Freizügigkeit und die Beseitigung der adligen Vorrechte öffneten einer gesunderen Mischung der gesellschaftlichen Klassen und der gesamten Staatsangehörigen die Bahn. Trotz der kargen Dürftigkeit der verfügbaren Mittel wußte man der Überzeugung, daß höhere und höchste Bildung Wohlfahrt und Macht des Staates mehre, in Neugründungen bedeutungsvollen Ausdruck zu geben. Das Jahr 1810 sah die längst geplante Berliner Universität entstehen, das nächste die Breslauer aus der Vereinigung der von Joachim I. begründeten Frankfurter Hochschule mit der philosophisch-theologischen Leopoldina.

Vor allem aber wurde das Heerwesen auf neue Grundlagen gestellt. Die Armee sollte in Zukunft nur aus Inländern bestehen, die Werbung ganz aufhören. Den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht hat Scharnhorst noch vergebens verfochten; aber die Auffassung, daß Vaterlandsverteidigung Ehrenpflicht sei, wurde doch so sehr Gemeingut, daß 1814, nach erkämpftem Siege, die kühne

Neuerung durchgeführt werden konnte. Eine gründliche Umgestaltung erfuhr die Kriegszucht; der Stock verschwand aus der Armee, am frühesten in ganz Europa. Der Geist, der sich in diesen Jahren im Offizierkorps lebendig zeigte, ist wohl der beste Beleg für die geistigen und sittlichen Kräfte, die in der Schöpfung des großen Friedrich beschlossen lagen. Gingen doch die leitenden Männer aus ihr hervor. Man hat verstanden, ihn auf den gemeinen Mann zu übertragen. So konnte Napoleons Gebot, das Preußens stehendes Heer auf 42000 Mann beschränkte, aus einer Bedingung der Schwäche, als die es gedacht war, eine solche der Stärke werden. Durch das System der Krümper, die die Reserve-Infanteriebataillone füllten, vermochte man 1813 gediente Mannschaften in einer Zahl aufzubringen (alles in allem nach und nach wohl 300000 Felddiensttüchtige), wie es dem noch nicht fünf Millionen Einwohner zählenden Staate bei seiner alten Wehrverfassung nicht möglich gewesen wäre, wie es bis auf den gegenwärtigen Krieg hin überhaupt kaum je ein geordnetes Staatswesen von gleicher Bevölkerungszahl fertig gebracht hat. Das Heer, welches im Frühling 1813 Napoleon gegenüber trat, glich dem bei Jena zertrümmerten nur in einem, im alten brandenburgischen Kampfesmut und im preußischen Waffenstolz. Es brannte vor Begier, sich mit den Bedrückern zu messen.

In den Jahren 1808 bis 1812 hat Preußens Bestand mehr als einmal an einem Faden gehangen. Hätte hinter Napoleons Mißtrauen klare Einsicht gestanden, er würde der wiederholten Versuchung, diesem Staatswesen ein Ende zu machen, erlegen sein. So haben seine Eingriffe, wie die im November 1808 erzwungene Entlassung Steins, weit mehr gereizt als gehindert. Friedrich Wilhelms III. Verdienst wird es immer bleiben, daß er vorzeitiges Losschlagen verhütet hat. Es wäre gleichbedeutend gewesen mit Preußens Untergang. Ob der König die Lage, in die York als Führer des preußischen Hilfskorps geriet, voraus gesehen und in seine Erwägungen einbezogen hat, ist umstritten. York konnte doch kaum im Zweifel sein, daß eine Handlung, wie er sie am 30. Dezember 1812 in der Konvention von Tauroggen vollzog,

die Billigung des Königs finden werde. Unmöglich konnte Friedrich Wilhelm sofort in gleichem Sinne Stellung nehmen. Aber am 23. Januar 1813 vertauschte er Berlin mit Breslau, der Hauptstadt der einzigen Provinz, die außer Ostpreußen nicht vom Feinde beherrscht wurde, und am 3. Februar folgte der Aufruf, der die nicht Wehrpflichtigen zur Bildung freiwilliger Jägerbataillone aufforderte, am 17. März der „An mein Volk". Wir wissen nicht von vielen Gesunden, die daheim geblieben sind. Der Sinn aber, in dem die Waffen ergriffen wurden, spiegelt sich in dem bekannten Hergang im Berliner Lustgarten wider. Als York dort eine kurze Ansprache, die er an seine Füsiliere richtete, mit den Worten schloß: „Ich schwöre Euch, mich sieht ein unglückliches Vaterland nicht wieder", antwortete ein Mann aus dem Gliede: „Das soll ein Wort sein!" und die Antwort hallte wider im Bataillon.

Nicht ohne Betrübnis kann man der Tatsache gedenken, daß die preußische Erhebung keine deutsche wurde. Aber es war ein Verhängnis, das, wie so manches andere, aus unserer Geschichte nicht hinweg gedacht werden kann. Der Werdegang unseres nationalen Staatswesens hat nun einmal durch dunkele und dunkelste Wegstrecken geführt. Wie hätten die Rheinbundstaaten, von denen alle größeren, was sie vorstellten, doch erst durch Napoleon geworden waren, sich lossagen sollen von ihrem Herrn und Meister! Da die Franzosen bis hinter Elbe und Saale zurückwichen, bestand östlich dieser Linie Freiheit der Entschließung. Meklenburg, Anhalt, Hamburg und Lübeck haben davon im deutschen Sinne Gebrauch gemacht, Hamburg zu seinem schweren Schaden. Friedrich August von Sachsen nahm lieber das Exil auf sich in der Hoffnung, „mit Hilfe seines großen Alliierten wieder in das Reich seiner Väter zurück zu kommen". Der Anmarsch überlegener französischer Streitkräfte hinderte jeden weiteren Abfall. Im Volk hat sich, abgesehen von wenigen westfälischen und direkt unter Frankreich gestellten Gebieten, dazu auch nirgends eine Neigung gezeigt. Man war gewohnt, dem Landesherrn zu folgen, war als Untertan und Soldat deutsch, soweit er es an-

ordnete. So haben im Befreiungskriege, wie 1805, 1806 und 1809, Deutsche gegen Deutsche gefochten. In Deutschland wiederholte sich, was in Spanien geschah, wo Rheinbundtruppen der hannoverisch-deutschen Legion gegenüber standen.

In den mörderischen Schlachten von Großgörschen und Bautzen zu Anfang und zu Ende des Maimonats kam Napoleon die wilde Entschlossenheit des Gegners zu vollem Bewußtsein. Er hat in beiden Fällen den Rückzug des Feindes zu erzwingen vermocht, aber ohne Trophäen, ja mit eigener Einbuße von Geschützen und unter wesentlich schwereren Verlusten, als er sie den Verbündeten beibringen konnte. Überall, wo auf den Feind stieß, was preußisch war, offenbarten sich keckster Wagemut und verwegenste Angriffslust. Die Franzosen sahen sich die Meisterschaft auf dem Schlachtfelde, in deren Besitz Napoleon sie gesetzt hatte, streitig gemacht. Ihre Zusammenstöße mit den Preußen gewannen eine besondere Erbitterung. Indem wenige Tage nach der Bautzener Schlacht (am 4. Juni) der Pläswitzer Waffenstillstand den Kampf unterbrach, erfüllten sich französische und russische, nicht preußische Wünsche.

Doch ist dieser Stillstand weit mehr Preußen und Deutschland als Napoleon zugute gekommen. Der Kaiser zeigte sich unfähig zu besonnener Nachgiebigkeit. So zwang er Österreich zum Anschluß an die Verbündeten. Metternich, der nach Wagram an Stadions Stelle getreten war, hat nie deutsche Politik getrieben; aber man wird es ihm stets anrechnen müssen, daß er im Sommer 1813 umsichtig und entschlossen Österreich in die richtige Stellung wies. Er hatte des Kaiserstaates engen Anschluß an Frankreich, Marie Luisens Vermählung mit Napoleon, ins Werk gesetzt; er erkannte jetzt, daß Neutralität Österreichs Bestand gefährden konnte. Der Waffenstillstand gab Napoleon, aber auch den Verbündeten Zeit zu neuen Rüstungen. Besonders die preußische Wehrkraft entwickelte sich jetzt zu ihrer vollen Stärke. In den Kalischer Abmachungen mit Rußland Ende Februar war ihr mehr die Rolle einer Hilfsmacht zugedacht. Darüber war sie schon in den verflossenen Kämpfen hinaus gewachsen, indem ziemlich die Hälfte der

Streitenden Preußen waren. Nach der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten stellte Preußen das stärkste Kontingent zum verbündeten Heere. Es waren auch inzwischen Verträge zum Abschluß gelangt, die Bernadotte mit einem schwedischen Heere nach Deutschland herüber führten und England, das sich bisher zurück gehalten hatte, zu Subsidien verpflichteten.

In den folgenden Kämpfen leuchtet vor allem der Name Blücher hervor. Es war die allgemeine Meinung, daß er in eine leitende Stellung gehöre. „Sie sind unser Anführer und Held, und müßten Sie uns in der Sänfte vor- und nachgetragen werden. Nur mit Ihnen ist Entschlossenheit und Glück.“ Man wird auch hier wieder sich erinnern müssen, daß der Mann in seinem innersten Kerne doch die Verkörperung des alten Heerwesens darstellte, des Besten, was in ihm lebte. Das Rückwärts von Großgörschen und Bautzen konnte er jetzt in sein Vorwärts umwandeln. Er ist es vor allen Andern gewesen, der mit seinem Schlesischen Heere die beiden andern großen Abteilungen der verbündeten Streitkräfte, die Böhmische Haupt- und die Nordarmee, mit ihren Führern Schwarzenberg und Bernadotte zum gemeinsamen Angriff zusammen nötigte.

Napoleon hatte die schmerzliche Erfahrung machen müssen, daß das Glück seine sieggewohnten Generale verließ. Seine Vorstöße aus der Dresdener Zentralstellung wurden sämtlich verlustvoll zurückgewiesen. Am 23. August ward Oudinot bei Großbeeren, vor den Toren Berlins, von Bülow geschlagen, am 26. Macdonald von Blücher an der Katzbach. Als Napoleon die gleichzeitig vor Dresden zurück geworfene Böhmische Armee verfolgen ließ, geriet Vandamme zwischen Kulm und Nollendorf mit seinem Korps in Gefangenschaft. Am 6. September wurde auch Ney, der an Oudinots Stelle getreten war, von Bülow und Tauentzien bei Dennewitz besiegt. Der Übergang der Schlesischen Armee über die Elbe und die dadurch erzwungene Verbindung der Nordarmee mit ihr nötigten Napoleon, Dresden mit Leipzig zu vertauschen. Dort erlag er in der dreitägigen Völkerschlacht der überlegenen

Macht der Gegner. Rascher, als er je ein Land gewonnen hatte, verlor er jetzt Deutschland. Im Laufe des November überschritten seine Truppen, so weit sie nicht noch feste Plätze diesseits des Rheines besetzt hielten, als Flüchtlinge den Strom, über den sie so oft zu Siegen hinaus gezogen waren. Die besetzten Festungen haben die Franzosen mit einer Hartnäckigkeit verteidigt, die sich leider rühmlich abhebt von den Hergängen, deren Schauplatz Preußen 1806 gewesen war.

Erst diese Ereignisse haben dem Rheinbunde das Ende bereitet. Am 8. Oktober hatte Baiern mit Österreich den Vertrag von Ried geschlossen, der es auf die Seite der Verbündeten herüber brachte. Für die Gebiete, die es an Österreich zurück geben sollte, wurde ihm vollwertige Entschädigung zugesichert. Friedrich August von Sachsen war in Leipzig ein Gefangener Preußens geworden. Württemberg, Baden, Hessen haben sich nach der Leipziger Schlacht von Napoleon losgesagt. Es war natürlich, daß Westfalen wieder in seine Bestandteile zerfiel. Mit bairischen und österreichischen Streitkräften hat Wrede bei Hanau am 30. und 31. Oktober Napoleon erfolglos aufzuhalten versucht. An dem Feldzug nach Frankreich hinein haben sich süddeutsche Truppen dann in namhafter Zahl und tapferster Haltung beteiligt. Für sie ist die kriegerische Wiedergeburt, die Deutschland in der Franzosenzeit erfuhr, an den Dienst unter Napoleon geknüpft. Es hat lange gedauert, bis die Verschiedenheit der Erinnerungen in Nord und Süd sich ausglich.

Der Rhein hat den Operationen der Verbündeten durch Wochen, ja Monate eine Grenze gesetzt, nicht, weil man ihn nicht hätte überschreiten *können*; man zögerte, es zu tun. Sowohl Kaiser Franz wie Kaiser Alexander waren nicht abgeneigt, Frankreich Deutschland gegenüber in den Grenzen von Luneville bestehen und Napoleon an seiner Spitze zu lassen. Menschlichem Ermessen nach wäre das gleichbedeutend gewesen mit dem dauernden Verlust des linken Rheinufers und seiner von Basel bis Emmerich rein deutschen Bevölkerung.

Wenn unser Vaterland vor diesem Unglück, das auch seine

dauernde Zersplitterung mit sich geführt haben würde, bewahrt blieb, so verdankte es das dem unbeugsamen Hochmut des Emporkömmlings. Er zwang seine Gegner zum Vernichtungskrieg. Er „wollte sich nicht retten lassen". Es zeigte sich bald, daß Frankreichs Kräfte erschöpft waren. Noch hatten, auch in den letzten Monaten, nicht wenige Deutsche in dem französischen Heeresverbande gestritten, dem sie angehörten; jetzt mußte Frankreich die Lücken fast ausschließlich aus den Reihen der eigenen Kinder füllen. Selbst Napoleon vermochte das Nötige nicht heraus zu pressen. Sein Genie hat ihn nicht verlassen. Es hat sich vielleicht in den letzten Kämpfen mehr betätigt als je zuvor. Da Uneinigkeit und Unentschlossenheit der Verbündeten ihn zeitweise begünstigten, konnte er sogar gegen ihre erdrückende Übermacht noch Erfolge erringen. Als aber sein verzweifelter Vorstoß rheinwärts, in den Rücken der Gegner, Paris entblößte, fiel Frankreichs Hauptstadt, die noch nie einen auswärtigen Feind in ihren Mauern gesehen hatte, in die Hand der Fremden. Am 31. März, genau drei Monate nachdem Blücher als Erster der Verbündeten bei Kaub den Rhein überschritten hatte, hielten Preußen und Russen ihren Einzug. Wiederum war es die preußische Heeresleitung gewesen, die durch entschlossenes Vorwärtsdrängen den Erfolg gesichert hatte. Napoleon wurde Kaiser von Elba.

Das Urteil über Napoleon hat ungeheuere Wandlungen durchgemacht und unterliegt noch heute den größten Schwankungen. Am richtigsten haben doch die Zeitgenossen den Mann gesehen in den Jahren, da sich sein Sturz vorbereitete und vollzog. Sie sind so gut wie einstimmig erfüllt von Erbitterung gegen den Vergewaltiger jedes Rechts. Ihr Haß bleibt trotzdem zurück hinter seiner Schuld. Das Titanenhafte der Persönlichkeit steht fest; sie ist fast unvergleichbar für alle Zeiten. Was aber Gutes aus seinem Tun hervorging, ergab sich bis auf Vereinzeltes ungewollt.

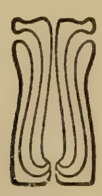
Am schwersten hat Napoleon sich versündigt an dem Lande, das er zum Schemel seiner Größe machte. Sein Auftreten

hat Frankreich nicht nur die Eroberungen wieder entrissen, die es der Republik schon verdankte, sondern ihm auch auf lange Zeit die Möglichkeit geraubt, aus sich heraus wieder zu gefestigten Zuständen zu gelangen. Daß er den kriegerischen Ehrgeiz des so empfänglichen Volkes zur Fieberhitze anfachte, hat dem Lande unsäglichen Schaden gebracht und ist für Europa ein dauerndes Moment der Unruhe geworden. Seine völlige Unfähigkeit zu einer Politik, die nicht auf Augenblickserfolge, sondern auf Bestand verheißende Errungenschaften abzielte, hat die See- und Handels-, ja Weltherrschaft der angelsächsischen Rasse, so weit weißes Menschentum in Frage kommt, zu voller Entwickelung gebracht.

Wir pflegen anerkennend hervorzuheben, daß Napoleon unserem alten Reiche ein Ende machte, auf seinem Boden weltliche Staatsgestaltung zu ausschließlicher Herrschaft brachte und so den Platz bereitete für gesundere Neubildung. Diese Wirkung war nicht gewollt, und abgesehen davon muß in Frage gestellt werden, ob sie nicht auch ohne Napoleons Eingreifen als Folge der französischen Revolution eingetreten wäre. Die Erwerbung des linken Rheinufers war jedenfalls vor seinem Auftreten so gut wie gesichert, und der Gedanke der Säkularisierung geistlicher Güter, die sich aus dieser Erwerbung ergab, lag der Revolution nahe genug. So bleibt als wahrscheinliche Folge von Napoleons Eingreifen nur der Vorteil, der für Deutschland in der Wiedergewinnung des Landes links vom Rhein und in der Befreiung Belgiens lag. Denn die innerstaatlichen Reformen, zu denen die Franzosenzeit hier und da den Anstoß gegeben hat, hätten auch als Folge der Aufklärungs- und Revolutionsgedanken und mit weniger Rückschlägen ihren Einzug gehalten.

Dazu tritt allerdings ein ganz unleugbarer Fortschritt, der unserem Volke aus Napoleons Auftreten erwachsen ist. Er hat zur Neuentwickelung eines politisch gerichteten deutschen Nationalbewußtseins unsagbar viel beigetragen. Das Gefühl nationaler Interessengemeinschaft, insbesondere gegenüber französischen Ansprüchen und Übergriffen, war durch sein Tun in den weitesten Kreisen unseres Volkes wieder lebendig, „des Deutschen Vaterland", wie es Ernst

Moritz Arndt faßte, ein Gemeingut der deutschen Vorstellungswelt geworden. Und diese Sinneswandlung hat nicht wieder verwischt werden können. Sie ist für alle Bemühungen, die sich in der Folgezeit auf eine Neugestaltung deutschen staatlichen Lebens richteten, die leitende Grundstimmung geblieben.



Sechstes Buch.

Die Aufrichtung des neuen Reiches (von 1814 bis zur Gegenwart).

Erstes Kapitel.

Der Beginn nationaler und konstitutioneller Bestrebungen (1814—1840).

Der Pariser Friede vom 30. Mai 1814 bestimmt, daß Frankreich zurück geführt werden solle auf die Grenzen vom 1. Januar 1792 vorbehaltlich gewisser, zu seinen Gunsten zugestandener Grenzberichtigungen, die für Deutschland den Verzicht auf Landstriche am Mittellauf der Saar und zwischen Queich und Lauter südlich von Landau bedeuteten. Über die Neuordnung der deutschen Verhältnisse findet sich nur in Artikel 6 die kurze Bemerkung: „Die Staaten Deutschlands werden unabhängig und durch ein föderatives Band mit einander verbunden sein." So blieb sie dem Kongreß überlassen, den das Friedensdokument für den 1. August 1814 in Wien in Aussicht nahm, der aber erst zu Anfang November zusammen trat.

Die Leitung des Kongresses lag in der Hand der Mächte, die den Pariser Frieden abgeschlossen hatten oder ihm nachträglich beigetreten waren, der Großmächte, Schwedens, Spaniens und Portugals. Dadurch war von vornherein ausgeschlossen, daß die deutschen Fragen eine Erledigung allein durch deutsche Mächte und nach deutschen Gesichtspunkten finden konnten. Die Interessen von ganz Europa gewannen Einfluß, bestimmenden, ausschlaggebenden Einfluß. Das wollte man ausdrücken, wenn man die Welt von Wien aus

wissen ließ, „Deutschland werde durch seine Lage in der Mitte der zivilisierten Welt der Schlußstein eines politischen Gebäudes sein, welches den sämtlichen europäischen Staaten eine dauerhafte Garantie ihrer Sicherheit und Ruhe darbieten solle". Wie die Dinge lagen, konnte diese Bürgschaft nicht im Sinne Steins und Gneisenaus ausfallen, die den „Grund aller Streitigkeiten in der Zersplitterung der Mitte Europas" sahen.

Wir sind gewöhnt, in der Einmischung der Fremden in unsere Angelegenheiten ein grobes Unrecht zu erblicken. Sicher gehört die Erinnerung daran zu dem Unerfreulichsten, was geschichtliche Betrachtung in unserem Gedächtnis aufzufrischen hat, um so mehr, als doch vor allem deutsche Waffen Napoleons Macht gebrochen, nicht nur die eigene, sondern auch die Freiheit der Nachbarländer erkämpft hatten. Aber wie einst in Münster und Osnabrück, so war jetzt in Wien der bestimmende Einfluß der Fremden auf die Neugestaltung der deutschen Dinge schlechterdings unvermeidlich. Durch volle zwei Jahrzehnte war alles, was vom Nordkap bis zur Straße von Messina zwischen den alten Grenzen Frankreichs und Rußlands sich seines Daseins erfreute, über den Haufen geworfen, vernichtet, in seinem Bestande bedroht oder völlig umgeformt worden. Das ganze weite Gebiet war politisch ein Trümmerhaufen, dessen Stücke gesammelt und neu zusammen gesetzt werden mußten. Daß das nicht geschehen konnte ohne entscheidende Mitwirkung der vom Wirbelsturm nicht berührten Mächte, das will sagen Rußlands, Großbritanniens und Frankreichs, versteht sich von selbst, und diese Mitwirkung *konnte* nur geschehen nach Maßgabe der Interessen dieser Mächte.

Es hätte anders sein können, wenn die Revolution und Napoleon schon einen deutschen Einheitsstaat vorgefunden hätten. Dann waren aber auch ihre Erfolge nicht denkbar. So gewann in dem Augenblicke, wo die äußere Gefährdung zurücktrat, der innere Zwiespalt, der ja überhaupt keinen Augenblick geruht hatte, nur in den jüngsten Monaten durch die Wucht der Ereignisse einigermaßen zum Schweigen gebracht war, sofort wieder lebendige Kraft. Der

nur ganz zu Beginn der langen Kriegsepoche und dann wieder in den letzten Jahren mühsam zurückgedrängte Gegensatz zwischen Österreich und Preußen tauchte alsbald wieder in voller Schärfe auf. Die lange Reihe der deutschen Mittel- und Kleinstaaten aber dachte naturgemäß zunächst, ja ausschließlich an ihr Bestehen. Weder an Besitz, noch an Rechten wollten sie einbüßen; auch wo man erkannte, daß die beanspruchte „Souveränität" ein Mißbrauch sei, fehlte doch die Empfindung nicht, daß man sich „wohl dabei fühle". Es lag unvermeidlich in der Natur der Dinge, daß die bestehenden realen Gewalten des Inlandes wie des Auslandes entscheidend wurden für die Beantwortung der schwebenden Fragen.

Sie hätten wohl weniger bedeutet, wenn eine starke öffentliche Meinung vermocht hätte, in einer bestimmten Richtung einzugreifen. Aber öffentliche Meinung in staatlichen Fragen kann es nur geben, wo staatliches Leben in der Öffentlichkeit vorhanden ist. Deutschland kannte etwas derartiges kaum. Man kann sagen, daß die Anfänge entsprechender, dauernder Entwickelung in diese Tage zurück reichen. In den Kreisen der Patrioten ward die Notwendigkeit einer festeren Einigung Deutschlands lebhaft empfunden. Ihren führenden Köpfen, einem Stein, einem Arndt, einem Fichte, schien sie als schönste Frucht des erwarteten Sieges zu winken. In diesem Sinne ist Fichtes Wort zu fassen: „Wer diesen Krieg nicht mitgemacht hat, wird durch kein Dekret eingefügt werden in dieses Volk." Als sich im Frühling 1813 die preußisch-russische Verständigung vollzog und bei den Rheinbundfürsten Gegenliebe nicht fand, erging man sich in der Hoffnung, jetzt mit Fug und Recht der „Despotie der Häuptlinge" ein Ende machen, den „Schergen des Henkers" das Handwerk legen zu können. Die Verhaßten gingen aber, mit Ausnahme des sächsischen Königs, aus dem Kampfe als anerkannte Machthaber hervor oder fanden sich, wie Westfalens Jerome, ersetzt durch die angestammten Herren, deren Rückkehr die Bevölkerung mit Jubel begrüßte. Und die Rheinbundfürsten hatten in dem Streben, ihre Selbständigkeit zu behaupten, ausnahmslos

ihre Untertanen so gut wie einen Mann hinter sich. Mochten sich hie und da Bruchteile in die durch Säkularisation und Mediatisierung zerstörten Zustände zurück sehnen, in der Ablehnung einer festen Einfügung in eine allgemein deutsche Ordnung unter preußischer oder österreichischer oder beider Mächte Oberleitung, wie sie doch allein in Frage kommen konnte, war die Gesamtheit mit den Landesherren einig.

Wie die Macht des geschichtlich Gewordenen sich dem Fluge der Gedanken überlegen erwies, ist kaum deutlicher zu belegen als in den Wandlungen, die dem Freiherrn vom Stein in seinen Ansichten über das neue Deutschland im Laufe eines einzigen Jahres aufgezwungen wurden. Seine reichsfreiherrliche Herkunft stellte ihn von vornherein auf einen allgemeinen Boden. Der Verlust der ererbten Rechte zugunsten der nassauischen Herren, der alten Gegner seines Geschlechts, verschärfte noch seinen angestammten Haß gegen die Kleinstaaterei. In Preußens Dienst hat ihn wohl mehr als irgend einen anderen Mann in maßgebender Stellung deutsche Gesinnung geleitet. Als er das Seine tat, Kaiser Alexander in den deutschen Krieg zu drängen, war es seine Überzeugung, daß „der große Kampf mit einem Possenspiele enden würde", wenn er nur dazu führe, „die Streitigkeiten der Montecchi und Capuletti" zu erneuern. Er mochte sich das zukünftige Deutschland nur als Einheitsstaat vorstellen.

Er mußte sich umdenken, als die gehoffte allgemeine Erhebung des deutschen Volkes nicht eintreten wollte, als fast überall, wie in Preußen selbst nicht anders, die Entschließung des Landesherrn das Entscheidende wurde gemäß den Versen, die Rückert für den Koburger Landsturm dichtete:

Man hat uns eh' gerufen nicht;
Sobald uns aber rief die Pflicht,
War'n wir bereit zu gehen.

Er mußte an die Stelle seines Einheitsstaates den Dualismus setzen, als sich herausstellte, welche Bedeutung Österreichs Eingreifen in den Krieg für dessen Ausgang haben werde. Und auch diese Hoffnung ging zunichte, als die Verbündeten im September 1813

in Verhandlungen, die zu Teplitz geführt wurden, den Grundsatz festlegten, daß alle zwischen Preußen-Österreich und Frankreich vom Meere bis zu den Alpen gelegenen Staaten volle Unabhängigkeit genießen sollten. Der Freiherr glaubte jetzt die ersprießlichste Gestaltung des zukünftigen Deutschlands in einem Bunde zu finden, der die so gesicherten Staaten mit den links der Elbe gelegenen preußischen Gebieten, mit Vorderösterreich und den habsburgischen Kronländern Tirol, Salzburg und Vorarlberg in sich vereinigen und mit Österreich und Preußen in eine völkerrechtliche Verbindung treten sollte. Aus der Einheit war so die Trias geworden. Dabei griff, unter dem Eindruck besonders der bairisch-württembergischen Betätigung in Frankreich, noch die irrige Vorstellung Platz, daß die kleineren Staaten größere Hindernisse einer kräftigen Einigung seien als die mittleren.

Neben solchem Wechsel der Anschauungen über das Wünschenswerte und Mögliche kann es nicht auffallen, daß Männer wie Arndt und Schenkendorf sich für Franz von Österreich als deutschen Kaiser begeisterten, ohne ernstlich zu erwägen, ob ein österreichischer Kaiser seine Würde mit einer deutschen, die über lauter Gleichberechtigten aufgerichtet werden sollte, zu vertauschen in der Lage und willens sei.

Zum ersten Mal ist in diesen Tagen der Gedanke aufgetaucht, Deutschland mit Ausschluß Österreichs unter Führung Preußens, aber in dauerndem Bündnis mit dem Kaiserstaat, zu einigen. Der preußischen Politik war er nie gekommen und ist ihr auch jetzt fern geblieben. Es ist bezeichnend, daß er hervorging aus der Umgebung Karl Augusts von Sachsen-Weimar; die Denkschrift, die ihn vertrat, ist verfaßt von des Herzogs Adjutanten Thon. Bedeutung konnte er nach Lage der Dinge nicht gewinnen. Auch die überzeugtesten und kühnsten Anhänger Preußens erwarteten und begehrten nicht mehr als die tunlichste Stärkung dieses in deutschem Sinne vertrauenswürdigsten und zukunftssichersten Staates.

Wie mächtig im Sinne des Beharrungsvermögens das un-

mittelbar Vorgefundene Geltung behauptete, erhellt besonders aus der Tatsache, daß alle Versuche, die in Deutschland und Italien vernichteten Selbständigkeiten wieder herzustellen, erfolglos blieben. Nur wo es galt, Napoleoniden zu beseitigen, wurde zugunsten entrechteter Fürsten eine Ausnahme gemacht. In den Sturz der Familie Bonaparte sah sich verdientermaßen auch Dalberg, der Großherzog von Frankfurt, verwickelt. Von den freien Städten erlangten mit Mühe die drei noch heute bestehenden und Frankfurt ihre Selbständigkeit wieder. Die geistlichen Fürstentümer blieben verschwunden, und keiner von den Mediatisierten erstand zu neuem Leben. Ja, die Praxis der Rheinbundgründung wurde fortgesetzt. Aremberg, die beiden Salm, Isenburg, Leyen mußten sich verwenden lassen, Erweiterungsansprüche Größerer zu befriedigen.

Da es einen deutschen Volkswillen, der Beachtung gefordert hätte, nicht gab, so hatte es das Ausland, indem es die deutschen Dinge zu seinem Vorteil zu gestalten suchte, nur mit den Kabinetten zu tun. Und da konnte es ihm nicht schwer werden, die vorhandenen Gegensätze und Sonderbestrebungen sich dienstbar zu machen. Die verbündeten Mächte Rußland und England wie das überwundene Frankreich haben das mit Geschick und Erfolg getan; man kann zweifeln, wem der Preis zuzuerkennen ist.

Ehe die Russen preußischen Boden betraten, waren in den Kalischer Verhandlungen (Februar 1813) Verabredungen getroffen worden über das Herzogtum Warschau. Preußen war zugesagt, daß ihm aus dessen Gebiet eine angemessene Verbindung zwischen seinem west- und ostpreußischen und seinem schlesischen Besitz zufallen solle. Das bedeutete unter allen Umständen einen starken Verlust an polnischem Lande gegenüber dem Stande vor 1807. Da Rußland anerkannte, daß Preußen einen berechtigten Anspruch auf Wiederherstellung zu der Stärke von 1806 hatte, so erklärte es sich einverstanden mit einer Entschädigung auf deutschem Gebiete. Das Herzogtum beanspruchte es, soweit es nicht preußisch wurde, also zum weitaus größeren Teile, selber.

Der Verfolg der Ereignisse ergab, daß Sachsen, dessen König

sich so hartnäckig den Verbündeten versagt hatte, als der geeignetste Ersatz für Preußen erschien. Ungern aber sahen alle anderen Mächte diesen Staat, dieses alte Fürstenhaus aus der Reihe der deutschen Sondergewalten verschwinden. Der Gedanke, daß Gegnerschaft so geahndet werden könne, ist ja auch napoleonisch, man könnte sagen revolutionär-modern; frühere Jahrhunderte würden ihn kaum gefaßt haben. Dazu kam, daß Österreich das Herzogtum Warschau nicht in Rußlands Händen sehen wollte. Hätte Preußen sich mit ihm vereinigen mögen, es Rußland vorzuenthalten, Österreich hätte sich vielleicht bereit finden lassen, Sachsen preiszugeben. Der Druck, den Rußland in seiner polnischen Stellung auf Deutschland ausgeübt hat, könnte ein Gefühl des Bedauerns wachrufen, daß Preußen nicht gemeinsame Sache mit Österreich machte. Seine Leiter handelten aber sicher richtig, als sie bei den getroffenen Verabredungen beharrten und den sicheren alten dem fraglichen neuen Bundesgenossen vorzogen. Leicht hätten sie sich inmitten der Mächte völlig isoliert finden können.

So ist die deutsch-russische Grenze entlang der Drewenz und Prosna zustande gekommen, die wenigstens Thorn einschloß. Sie war das Allermindeste, was zur Sicherung unserer deutschen Grenzlande, unseres Reiches erforderlich war. Rußland erlangte den Rest des Herzogtums, „Kongreßpolen", das spätere Generalgouvernement Warschau, und erhob es zum Königreich in der offenkundigen Absicht, ihm Anziehungskraft zu verleihen über seine Grenzen hinaus. Preußen mußte sich mit einer Teilung Sachsens zufrieden geben, bei der die größere, aber weniger bevölkerte Hälfte ihm überwiesen wurde, ein langer Grenzstreifen von Görlitz bis Langensalza mit den vorliegenden Exklaven von Ziegenrück, Suhl und Schleusingen.

Die polnisch-sächsische Frage hat zeitweise zu einer Spannung geführt, die nur ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen Rußland und Preußen einer-, den drei übrigen Großmächten und ihnen sich anschließenden Rheinbundstaaten andererseits lösen zu können schien. Wenn das Äußerste vermieden wurde, so war das nicht zuletzt der Rückkehr Napoleons zuzuschreiben, die alle bedrohte. Indem Kaiser

Alexander für Preußens sächsische Forderungen eintrat, dachte er nicht daran, sich gegen die Kleinstaaterei überhaupt zu wenden. Auch die russische Politik sah ihren Vorteil in tunlichster staatlicher Auflösung Deutschlands und handelte demgemäß.

Nicht ganz dieselbe Richtung verfolgte England. Aber es war einmal bemüht, den nun zum Königreich erklärten Kurstaat Hannover möglichst zu stärken, zum andern, ein großes niederländisches Reich aufzurichten als Werkzeug seiner festländischen Politik und als Gegengewicht gegen Frankreich; als Handelsrivalen waren ja die Niederländer nicht mehr bedenklich. Für beide Zwecke mußte besonders Preußen Opfer bringen. Es gab für das rechtselbische Lauenburg, das es dann wieder gegen Schwedisch-Vorpommern umtauschte, das dreimal wertvollere Ostfriesland an Hannover ab, dazu aus altem Besitz die niedere Grafschaft Lingen, aus den Erwerbungen von 1803 Hildesheim und Goslar. Es hatte dem Königreich der vereinigten Niederlande die Westhälfte des Oberquartiers Geldern zu überlassen, ein Gebiet, das vom Utrechter bis zum Baseler Frieden preußisch gewesen war und sich in Volkstum und Mundart von der wieder erlangten Osthälfte in keiner Weise unterschied, auch heute noch nicht nennenswert unterscheidet. Es mußte sich die lisière de la Meuse gefallen lassen, die Führung der neuen Grenze eine halbe Meile rechts der Maas, damit den durch die preußischen Waffen befreiten Niederländern die Herrschaft über diesen Strom verbleibe. Gern hätte man in Erinnerung an die zeitweilige klevische Stellung das Reich der Oranier noch weiter rheinaufwärts ausgedehnt; daß es nicht geschah, ist wunderlicherweise gelegentlich drüben als eine Verkürzung berechtigter Ansprüche empfunden worden.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß Frankreich der alten Politik treu blieb. Wie hätte der Bourbone ablassen sollen von der Vorstellung der „deutschen Freiheit“, die seine Vorfahren erfunden hatten, und jener der Notwendigkeit, „Deutschland zu entnationalisieren“, wie Napoleon es ausgedrückt hatte. Alle Bemühungen, die Wünsche der beiden großen deutschen Mächte zu durchkreuzen, die der kleinen und besonders der mittleren Staaten

aber zu fördern, jeden festeren Zusammenschluß zu hintertreiben, konnten bei Frankreichs Vertreter auf tatkräftige Unterstützung rechnen. Talleyrand wurde in diesem Sinne Führer im Kampfe für Sachsens Bestand, obgleich Frankreich in dieser Frage mitzusprechen gar nicht berechtigt war. Als sie sich zum Kriege zuzuspitzen schien, ward er Hauptheßer. Wer kann sagen, was geworden wäre, wenn Napoleon mit seiner Rückkehr etwas länger gewartet hätte!

Indem das Ausland seinen Vorteil wahrnahm, fand es in den deutschen Verhältnissen hundert Handhaben, sich zur Geltung zu bringen, besonders in den Beziehungen zwischen Österreich und Preußen.

Des Kaiserstaats deutsche Politik lief vor allen Dingen darauf hinaus, Preußen nicht zu groß werden zu lassen. Und naturgemäß hatte er in diesem Streben die große Mehrzahl der übrigen deutschen Staaten auf seiner Seite. Dabei zeigten seine Leiter keine Neigung, wieder in den uralten Besitz im Westen einzutreten, mit dem das Herrscherhaus sowohl durch seine habsburgischen wie durch seine lothringischen Vorfahren so eng zusammenhing. Einer Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens, wie sie nach dem zweiten Pariser Frieden durchzusetzen gewesen wäre, hat die österreichische Politik entschieden entgegen gewirkt. Metternich erstrebte Abrundung im Osten; Einverleibung der Donaufürstentümer, Ausdehnung der habsburgischen Herrschaft bis zum Schwarzen Meere wären ihm erwünscht gewesen. Ein Donaureich schien ihm vor der überlieferten Gegnerschaft Frankreichs gesichert. Es war ein verhängnisvoller Wechsel. Denn mit der Pflicht der Grenzdeckung begab man sich auch des Schutzrechts. Man überließ Deutschland gegenüber seinem gefährlichsten Feinde seinem Schicksal und leitete es gerade dadurch auf einen Weg, auf dem man es nicht zu sehen wünschte. Schwerlich hätte sich der Gegensatz zwischen Deutschlands Einheit und Österreichs Stellung zu ihm so scharf herausbilden können, wie es geschehen ist, hätte Österreich wie in alten Zeiten wieder Fuß gefaßt zwischen Schwarzwald und Vogesen und auf der lothringischen Hochfläche. Indem es zugleich bemüht war, als eine Art Ersatz für den Verzicht

auf Belgien in Italien Besitz und Einfluß möglichst zu mehren, beschwor es die Gefahr wieder herauf, der es am Oberrhein zu entgehen wünschte. Für Österreichs Ausscheiden aus Deutschland sind und bleiben Metternich und Kaiser Franz in erster Linie verantwortlich; ihre Haltung 1814 und 1815 hat es vorbereitet, ja erst möglich gemacht.

Die nächste Folge dieser Politik war die volle Herrschaft der neu geformten Mittelstaaten über den deutschen Süden. Die führenden Rheinbundfürsten blieben in fast ungeschmälertem Besitz ihrer Erwerbungen. Wenn Baiern seine österreichische Beute und Salzburg wieder herausgeben mußte, so ward es dafür durch Würzburg, Aschaffenburg und die neu zusammengeworfene bairische Rheinpfalz entschädigt. So sah sich der klassische Boden politischer Zwergbildungen in wenigen Jahren umgewandelt in die Heimstätte der Großmächte des „reinen Deutschlands".

Eine weitere unausbleibliche Folge von Österreichs Haltung, auch in der sächsischen Frage, war Preußens Vorschieben in den Westen zum unmittelbaren Nachbarn Frankreichs. Irgend wo mußte es doch schadlos gehalten werden. So fiel von der Million Seelen, die zu guter Letzt im linksrheinischen Land südlich der Mosel noch zur Verteilung übrig blieb, der Löwenanteil Preußen zu. Kleinere Stücke gab man an Hessen-Darmstadt, Oldenburg, Sachsen-Koburg und Hessen-Homburg. Preußen, Baiern und Baden wurden die Grenzhüter gegen Frankreich.

Klagen über schwere Benachteiligung Preußens sind oft und laut erhoben worden. Zweifellos waren sie berechtigt. Kein Staat hatte Anstrengungen gemacht wie dieser, keiner einen größeren Anteil gehabt an dem errungenen Erfolge. Und doch hatte er, während alle Mitkämpfer Gewinn verzeichnen konnten, kaum den Stand von 1806 (Hannover ungerechnet) wieder zu erreichen vermocht. Sein Umfang blieb um einige 50000 Quadratkilometer hinter dem früheren zurück; nur die Bevölkerungszahl glich sich einigermaßen aus und setzte sich einheitlicher zusammen, da an die Stelle verlorener polnischer deutsche Untertanen getreten waren. Dazu war der Besitz wieder in zwei

völlig getrennte Hälften zersprengt, lag in unmittelbarer Nachbarschaft der beiden gewaltigsten Militärmächte Europas. Die Folgezeit hat die neue Ordnung der Dinge zu Preußens und Deutschlands Heil gewandt; aber die Zeitgenossen konnten sie wohl als bittere Enttäuschung empfinden. Unwillkürlich erhebt sich die Frage: „Wer ist Schuld an diesem Ergebnis?"

Unendlich oft sind die Leiter der preußischen Politik verantwortlich gemacht worden. Und wer möchte sie völlig frei sprechen? Friedrich Wilhelm III. ist es geglückt, auch nach dem Eintritt in den Krieg an wichtigen Wendepunkten seinem Staate die rechte Richtung zu geben. Aber er ermangelte der Fähigkeit, die Einzelfragen zu übersehen und in bestimmtem Sinne ihrer Lösung entgegen zu führen; so hat er weder Hardenbergs nicht minder leichtlebige als großzügige Weltgewandtheit, noch Wilhelm von Humboldts mehr auf Geistes-, als Staatenbildung gerichtete Sinnesart glücklich zu ergänzen vermocht. Sicher wurden die Interessen aller anderen Großmächte besser vertreten. Kaiser Alexander hat auch in diesen Jahren, mochte es während des Krieges im Hauptquartier oder nach errungenem Siege in Paris und Wien sein, die Fähigkeit bewiesen, liebenswürdigste Anempfindung an jede Gedankenrichtung mit zähestem Festhalten am eigenen Vorteil zu verbinden, seine sehr realen Begehren auf das lieblichste mit dem Mantel unanfechtbarer Menschen- und Völkerfreundlichkeit zu umhüllen. Seine Diplomaten blieben Werkzeuge in seiner Hand. Kaiser Franz machte mit unübertrefflichem Erfolge den liebenswürdigen Wirt und seine Kaiserstadt zum reizvollen Sammelplatz für Europas friedensfrohe Welt, die schweren Alpdrucks ledig geworden war. Sein einziger Metternich ergänzte den Herrn so vollkommen, daß die einmal ins Auge gefaßten Ziele der österreichischen Politik kaum eine bessere Vertretung hätten finden können. An Skrupellosigkeit übertraf Österreichs Staatskanzler die preußischen Staatsmänner weitaus, ohne ihnen darum an Treue gegen seinen Staat und seinen Herrn nachzustehen. Und diese Anerkennung gebührt auch Talleyrand. Man hat von ihm nicht ohne Grund gesagt, daß er alles betrogen habe, zuletzt noch den Teufel

um seine Seele; daß er Frankreich stets nach bestem Wissen und Können gedient hat, und daß dieses Wissen und Können auf dem Gebiete der Diplomatie ein nicht gewöhnliches war, läßt sich gleichwohl nicht bestreiten. Englands Vertreter Lord Castlereagh ersetzte mangelnde diplomatische Befähigung durch das Schwergewicht seines unbezwungenen Heimatlandes, warf es aber unter Metternichs und Talleyrands Einfluß weit mehr gegen als für Preußen in die Wagschale. So hatte der Staat der Helden vom Schwerte einen schweren Stand, als es galt, mit Feder und Wort zu fechten. Aber wenn diese persönlichen Verhältnisse auch günstiger gewesen wären, das Ergebnis hätte sich schwerlich wesentlich anders gestaltet. Wie die Dinge lagen, hätte auch ein Metternich oder Talleyrand als Leiter der auswärtigen Politik Preußens nicht allzu weit hinaus gelangen können über die Wiederherstellung des Staates. Sie war an sich ein Erfolg, der schweren Opfer wert; daß man solche hatte bringen müssen, war doch auch eine Sühne für Schuld, die man auf sich geladen.

Was Preußen für Deutschlands und Europas Sicherheit bedeutete, offenbarte Napoleons Rückkehr. Gleichzeitig mit den räumlich so nahen Engländern stand Preußens, jetzt zum ersten Male auf der Grundlage wirklicher allgemeiner Wehrpflicht formiertes Heer, auch aus den östlichen Teilen der Monarchie in Belgien oder nahe der Grenze bereit, Napoleon entgegen zu treten. Das Zusammenwirken Blüchers und Wellingtons brachte raschen Sieg. Die Episode der Hundert Tage beweist, daß der Erdteil Vergewaltigung durch den Einen nicht mehr dulden wollte, und daß Preußen und Großbritannien die entschlossensten und tatkräftigsten Vertreter dieses seines Willens waren. Für Deutschlands politische Lage ist bezeichnend, daß nicht nur die Hannoveraner, sondern auch die Braunschweiger und Nassauer unter Wellington kämpften. Der zweite Pariser Friede gab Landau, Saarbrücken und Saarlouis an Deutschland zurück und schuf so die Grenzen, die noch heute Rheinland und die bairische Pfalz vom Reichsland trennen. Die Wünsche der Patrioten nach Wiedergewinnung des „verlorenen Guts an den Vogesen", wo „es galt, deutsches Blut vom

Höllenjoch zu lösen", stießen auf den Widerstand nicht nur des gesamten Auslandes, das die Bourbonen nicht geschwächt, sondern auch Österreichs, das Preußen nicht gestärkt sehen wollte. Ihre Erfüllung hätte die Lösung der Aufgabe, an der wir nach 1871 zu arbeiten hatten, unendlich erleichtert.

In den Tagen, da in Belgien sich Ligny und Waterloo vorbereiteten, wurde in Wien, wie die endgültige Regelung der Gebietsverteilungen unter dem Druck der Verhältnisse, so auch die Bundesakte fertig. Am Tage von Ligny und Quatrebras, am 16. Juni 1815, ist sie unterzeichnet worden; nur Württemberg und Baden traten erst später bei.

Die Verhandlungen waren unter Leitung eines Ausschusses geführt worden, zu dem allein deutsche Mächte, Österreich und die vier Königreiche, Sachsen ausgeschlossen, gehörten. Gleichwohl hatte das Ausland nicht wenig mitgesprochen. Jedes Widerstreben hatte dort eine Stütze gefunden; Talleyrands Instruktion: „Möglichste Schwächung der Bundesgewalt" ward erfolgreich ausgeführt. Gleichberechtigt standen die 39 Glieder des Deutschen Bundes von Österreich bis zu Liechtenstein neben einander; nur die Zahl der Stimmen, mit denen sie in Plenum und Ausschuß vertreten waren, zeigte Unterschiede, die doch weit entfernt waren, den Machtverhältnissen auch nur einigermaßen zu entsprechen. Die Bewegungsfreiheit der Einzelnen war nur durch die Pflicht gemeinsamer Verteidigung des Bundes beschränkt.

Dazu wurden internationale Beziehungen, wie sie das alte Reich so zahlreich aufgewiesen hatte, auch in die neue Einheit hinüber genommen. Weder Österreich noch Preußen gehörten mit ihrem gesamten Besitz dem Bunde an. Wenn vom Kaiserstaat alles ungarische, italienische und polnische Land draußen blieb, so war das geschichtlich verständlich; etwas anderes war aber, daß vom preußischen Gebiet nicht nur die Provinz Posen, sondern auch Ost- und Westpreußen ausgeschlossen wurden. Preußen sollte im Bunde nicht stärker vertreten sein als Österreich! 1818 hat Kaiser Franz die galizischen Fürstentümer Auschwitz und Zator als früheren Besitz

der Herzöge von Teschen eigenmächtig für Bundesland erklärt. Der König der Niederlande war als Großherzog von Luxemburg, das damals noch ungeteilt die jetzige belgische Provinz und das heutige Großherzogtum umfaßte, der von Dänemark als Herzog von Holstein Mitglied des Bundes. Man hätte die Mitte Europas nicht besser lahm legen können. Es war sicher, daß sie im Völkerleben keine Stimme erheben, völkerrechtliche Geltung nicht erlangen werde.

Das letzte Menschenalter hatte die Frage nationaler Staatenbildung und konstitutionellen Verfassungslebens auf die Tagesordnung der europäischen Menschheit gesetzt. Verglichen mit den alten Reichsverhältnissen hat der Bund insofern einen Fortschritt bedeutet, als mit seiner Aufrichtung der offene Kampf Deutscher gegen Deutsche im Dienste des Auslandes sein Ende erreichte, wenn auch nicht kraft der neuen Verfassung, so doch im tatsächlichen Verlauf der Dinge. Aber wie die Zeitanschauungen fortgeschritten waren, konnte er nur als Hemmnis dessen angesehen werden, was das Jahrhundert forderte, erstrebt und erreicht hat. Deutschlands weitere politische und nationale Entwickelung konnte sich nicht *mit* dem Bunde, sie mußte sich *gegen* ihn vollziehen.

Die Anfänge deutschen öffentlichen Lebens reichen, wie bemerkt, nicht weit hinter die Befreiungskriege zurück, wenigstens nicht in dem Sinne, daß hinter bestimmten politischen Meinungen und Bestrebungen eine größere Vertreterschaft oder gar Parteien gestanden hätten. Die nächsten Jahre, die den Entscheidungskämpfen folgten, haben nicht allzu viel leisten können, solches Leben zu entwickeln. Zu den drückenden Opfern, die zwei Jahrzehnte fast ununterbrochener Kriegsnot gefordert hatten, kamen landwirtschaftliche Fehljahre und die Überschwemmung mit aufgespeicherten englischen Erzeugnissen, die über die neu geöffneten Grenzen herein strömten und die heimische Erzeugung unterboten. Der Zeit der Erregung folgte weithin in bürgerlichen Kreisen eine Zeit teilnahmloser Ruhebedürftigkeit. Fast nur an den Universitäten, unter den Männern und Jünglingen, die freiwillig zu den Fahnen geeilt waren, erhielt sich eine

lebhaftere Teilnahme an staatlichen Fragen. Nie wieder sind die deutschen Hochschulen in dem Maße Träger der politischen öffentlichen Meinung gewesen wie in den Jahren, wo versucht wurde, ihre Hörer in der „Burschenschaft" zusammenzufassen.

Wenige Jahre haben genügt, zu erweisen, daß der Bund nicht imstande war, neues Leben zu wecken. Preußen hatte in den vorbereitenden Verhandlungen besonders auf Stärkung der deutschen Wehrkraft und Sicherung des vaterländischen Bodens gedrängt. Es hätte die allgemeine Wehrpflicht, die es durch Gesetz vom 3. September 1814 daheim zur Durchführung brachte, gern auf Gesamtdeutschland übertragen. Es hat nach Errichtung des Bundes seine Bemühungen fortgesetzt. Sie sind in der Hauptsache erfolglos geblieben. Man begnügte sich damit, jeden Staat zu einem Bundeskontingent von einem Prozent der Bevölkerung zu verpflichten; wie er es aufbrachte, blieb seine Sache, seine Sache auch, wie er es rüstete und ordnete. Gleichartige Bewaffnung, Einübung und Organisation haben bis in die letzten Tage des Bundes, wenn es auch an mancherlei Verbesserungen nicht gefehlt hat, nicht erreicht werden können. Allzu eifrig wachten seine Glieder, besonders die mittleren Mächte, über ihre Militärhoheit. Durch Jahrzehnte ist der Ausbau der in Aussicht genommenen Bundesfestungen verzögert worden. Die Verteidigung Oberdeutschlands blieb in der Hand von Staaten, die, wie die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre gelehrt hatte, der Trieb der Selbsterhaltung zum Anschluß an den Mächtigeren drängte. „Straßburg liegt mir näher als Berlin", äußerte noch in der Mitte der 50er Jahre König Wilhelm von Württemberg.

Preußischerseits war auch gemeinsame Regelung der Verkehrsangelegenheiten und des Zollwesens als Aufgabe des Bundes in Anspruch genommen worden. Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich in den nächsten Jahren entwickelten, sind dann Anlaß zu wiederholten, in gleicher Richtung gehenden Anträgen von verschiedenen Seiten, besonders aus dem Südwesten Deutschlands, geworden. Ihr Schicksal war, in beratenden Ausschüssen

begraben zu werden. Einem ähnlichen Lose verfiel ein Ansuchen der Hansestädte um Schutz gegen die Seeräuberei der Barbaresken. Sein einziger Erfolg war, daß der Bund seine beiden großmächtlichen Glieder bat, ihren Einfluß bei den Seemächten dahin zu verwenden, daß sie auch den deutschen Seefahrer schützten. Man hat es bald aufgegeben, in dieser Richtung irgend etwas vom Bunde zu erwarten. Daß es mit den weit schwieriger zu erfüllenden Wünschen nach Vereinheitlichung des Rechtes nicht anders ging, versteht sich von selbst.

Gegebene Instanz war der Bund für Streitigkeiten zwischen Landesherren und ihren Untertanen und für Zwistfälle unter den Bundesgliedern selbst. Er hat auch in diesen Aufgaben völlig versagt. Die zahlreichen und scharfen Differenzen, die sich aus der „Siebenschläfer"-Praxis des zurückgekehrten Kurfürsten von Hessen-Kassel zwischen ihm und Landesangehörigen ergaben, haben den Bund oft und anhaltend beschäftigt. Er hat es nicht fertig gebracht, ordnend einzugreifen, hat sich zuletzt damit zufrieden gegeben festzustellen, daß seine Empfehlungen, gegen die sich der Kurfürst in aller Form verwahrt hatte, fruchtlos geblieben seien. Nicht anders ging es mit den Beschwerden, welche die schleswig-holsteinischen Stände in ihren damals beginnenden Streitigkeiten mit der dänischen Regierung an den Bundestag richteten. Als Baierns Forderung, wieder in den Besitz der badischen Pfalz, der Gegend um Heidelberg und Mannheim, der „Wiege" des Geschlechts, zu gelangen, zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den beiden Staaten zu führen drohte, war es nicht der Bund, der gar nicht bemüht wurde, sondern Kaiser Alexander, der als „Retter des badischen Volkes" vermittelte und beschwichtigte. So ist Frankfurt zum „Indifferenzpunkt der deutschen Politik" geworden.

Was dem Bunde versagt blieb, entwickelten die Einzelstaaten. Sie wurden der ausschließliche Sitz deutschen politischen Lebens. So hat ihre weitere Entwickelung auf den Gang der Dinge bestimmenden Einfluß gewonnen.

Kein Staat kam da so sehr in Frage wie Preußen.

Es war in Wien zu kurz gekommen. Nicht allein Hardenberg hatte die Frage aufgeworfen, ob man denn Preußen zwingen wolle, nach Vergrößerung zu streben. Görres selbst, der rheinische Neupreuße, schrieb 1815: „Nie ward ein großes Reich in dieser zerfetzten Gestalt gesehen; es streckt die schwächlichen Arme von Memel bis Luxemburg, mit der ganzen Welt steht es in Berührung". Für diesen Staat war „Ehrgeiz die Bedingung seiner Existenz"; es war für ihn eine Lebensfrage, ob es gelingen werde, weitere deutsche Gebiete, besonders die Zwischenlande, zu gleichen Pflichten sich zu verbinden; nur mit ihnen konnte er bestehen, nicht ohne, nicht gegen sie. Wie er mit ihnen zusammenwachsen werde, davon hing Deutschlands Zukunft ab.

Görres fügt seinen Darlegungen hinzu: „Preußen muß sich Festigkeit geben physisch und geistig. Es muß sich den progressiven Meinungen des Zeitalters anschließen. Dieses Vorwärts sei das ewige Losungswort der Preußen." Es war derselbe Gedanke, dem Gneisenau Ausdruck gab, wenn er meinte, der dreifache Primat der Waffen, der Konstitution, der Wissenschaften sei es allein, der Preußen zwischen den Nachbarn aufrecht erhalten könne, und den Boyen in die Worte faßte: „Der Preußen Losung ist die Drei: Schwert, Licht und Recht." Wie Preußen die vollkommenste Verkörperung deutscher Wehrkraft darstellte, so sollte es dem deutschen Volke Führer auf der Bahn gesunden Fortschritts sein. Die „progressiven Meinungen des Zeitalters" gingen aber vor allem auf verfassungsmäßige Staatsordnung.

Mit den preußischen Reformbestrebungen der verflossenen Jahre war dieses Ziel eng verknüpft gewesen. Stein hatte es fest ins Auge gefaßt, und es hatte seitdem als Krönung des Reformwerks gegolten. Klar war das noch hervor getreten, als Preußens einheitliches Heer zum zweiten Male dem Rheine zuzog, dem Korsen zu wehren. Am 22. Mai 1815 hatte Friedrich Wilhelm III. von Wien aus „die Berufung einer aus den Provinzialständen gewählten Vertretung des Volkes" verheißen. Es ward die wichtigste Frage

der folgenden Jahre, ob und in welcher Form die gegebene Zusage eingelöst werden würde.

In unausbleiblicher Reaktion gegen die gewaltigen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte hatten die Vertreter des Alten ihre Kräfte wieder gesammelt. Die errungenen Erfolge fanden die Geister geteilt, nicht nur in Deutschland, in ganz Europa. Hier die Vertreter des Fortschritts, die dem Neuen das Lebensfähige, Zukunftverheißende entnehmen und zu dauernder Geltung zu bringen wünschten, dort die Männer, die Heilung der Schäden allein von voller Rückkehr zum Alten erwarteten. Wiederaufrichtung staatlicher und besonders kirchlicher Autorität in alter Machtfülle war ihre Losung. In französischer Zunge hat die Lehre noch schärferen Ausdruck gefunden als in deutscher. Hier war es besonders des Berner Patriziers Karl Ludwig von Haller groß angelegtes Werk „Restauration der Staatswissenschaften" (seit 1816), das sie vertrat. Friedrich Schlegel wirkte in gleichem Sinne. Beide waren nur konsequent, als sie zum Katholizismus übertraten.

Preußen hatte im Grunde genommen zwischen den beiden Wegen gewählt. Es ist eine umstrittene Frage, ob und wie weit Stein bei seinen Reformen sich an Frankreichs Vorbild anlehnte. Daß er im Geist des aufklärenden 18. Jahrhunderts handelte, kann nicht bezweifelt werden. Entfesselung der Volkskräfte war das Ziel; Anerkennung und Durchführung tunlicher Gleichberechtigung waren die Mittel. Unmöglich konnte man sich auf wirtschaftliche und soziale Maßnahmen beschränken. Teilnahme engerer oder weiterer Kreise des Volkes an der gesetzlichen Lenkung des Staates, verfassungsmäßiges Leben, eine Volksvertretung waren auf die Dauer gar nicht zu umgehen. Die völlige Hingabe an den Staatszweck, die das preußische Volk im Befreiungskampfe bewiesen hatte, ließen es vollen Vertrauens würdig erscheinen. Wie hätte das erhöhte Nationalgefühl nicht auch nach dieser Anerkennung seines Wertes trachten sollen? Doch haben sich die Kräfte, die, wenn nicht gerade rückwärts zu gehen, doch auf dem

betretenen Wege Halt zu machen wünschten, zunächst als die stärkeren erwiesen.

Die Reformen der Notjahre waren oft genug auf harten Widerstand gestoßen, der in wechselvollen Kämpfen um die Person des Königs hatte überwunden werden müssen. Seine Träger waren vor allem Adlige, besonders märkische, aber auch Beamte. Sie sahen auch nach 1806 das Heil nur in starrem Festhalten an der preußischen Tradition vollendeter Staatsautokratie und ausgeprägter adliger Vorzugsstellung. In den Kriegsjahren hatten beide Richtungen in Opferwilligkeit und Hingebung mit einander gewetteifert. Nach erfochtenem Siege standen sie sich wieder feindlich gegenüber. Die glänzendsten Namen hatten die Neuerer aufzuweisen, im Heere, wie im Rate des Königs. Aber auch die Anhänger des Alten zählten verdiente und besonders einflußreiche Männer zu den Ihren. Der Schwager des Königs, Karl von Meklenburg, Halbbruder der Königin Luise, war einer ihrer Führer, ihr tätigster Vertreter der Polizeiminister Fürst Wittgenstein. Den König aber wies seine Natur mehr zu den Zögernden und Zauderern als zu den Vorwärtsdrängenden. Die Entscheidung ist von außen gekommen.

Als Verkörperung der Reaktion dieser Jahre gelten Metternich und das von ihm geleitete Österreich, und mit vollem Recht. Metternich, reichsunmittelbar wie Stein, war in seiner Jugend selbst nicht unberührt geblieben vom Zauber der neuen Ideen, aber in des Kaisers Dienst hatte er bald erkannt, wie schwer gerade Habsburgs bunt zusammengewürfelte Monarchie das Evangelium der Völkerfreiheit und Menschengleichheit ertragen werde. Innerste Neigung seiner Natur, der Ideale fremd waren, hatte ihm diese Erkenntnis und das Handeln nach ihr erleichtert. So ward er der abgesagte Feind der Revolution und ihrer Forderungen.

Als Diener seines Herrn und Leiter Österreichs war es seine Aufgabe, Preußen zu hemmen, nachdem es gegen Napoleon gebraucht worden war. Dazu gehörte aber nicht allein, Preußens Vergrößerung zu hintertreiben, sondern auch, den Nimbus zu zerstören, in dem preußischer

Waffenruhm und preußische Freiheitsliebe erstrahlten. Seine Beauftragten von der Feder wurden nicht müde, Preußens Verdienste im Felde herab zu setzen, dessen begeisterte Männer und Jünglinge, überhaupt alles, was sein Deutschtum betonte, als verkappte Jakobiner zu verdächtigen. Da in Preußen selbst solche Stimmen laut wurden und bis zu den Ohren des Königs dringen konnten, so steckte er sich kein unerreichbares Ziel. Ausschreitungen unreifer Jünglinge haben ihm den Erfolg erleichtert.

Die dreihundertjährige Jubelfeier der Reformation auf dem Wartberge bei Eisenach am Jahrestage der Leipziger Schlacht hatte übermütigen Studenten Anlaß gegeben, an Schriften und Sinnbildern der Reaktion ein Autodafé zu vollziehen; vergebens suchte man aus dem Hergange Handhaben für ein Einschreiten zu gewinnen. Als aber Karl Sand am 23. März 1819 in Mannheim den russischen Staatsrat Kotzebue, der nicht unverdient den Haß der Studenten auf sich gezogen hatte, erdolchte und am 1. Juli ein Attentat auf den nassauischen Staatsrat von Ibell folgte, ward es Metternich nicht mehr schwer, die preußische Staatslenkung für reaktionäre Maßnahmen zu gewinnen und ihre Verfassungspläne, für die kein Geringerer als Wilhelm von Humboldt seine Kraft einsetzte, zu Fall zu bringen. Sie haben zu nichts weiter als zu einer Erneuerung der provinzialständischen Vertretungen geführt.

Metternichs Erfolg erweiterte sich von Preußen auf Deutschland. Im August 1819 sind die Karlsbader Beschlüsse zustande gekommen.

Artikel 13 der Bundesakte, der von Volksvertretungen handeln sollte, hatte nach langem Erwägen mit Mühe die Fassung bekommen: „In allen Bundesstaaten wird eine landesständische Verfassung stattfinden." Nur einige Kleinstaaten: Sachsen-Weimar, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck und Schaumburg-Lippe, haben auf Grund dieser Bestimmung alsbald Landesvertretungen erhalten. Nassau besaß eine solche seit 1814. Es ward für die weitere Entwickelung belangreich, daß die drei süddeutschen Staaten auf anderem Wege zu dem gleichen Ergebnis gelangten.

Sie waren napoleonische Bildungen. Nur noch Hessen-Darmstadt und Nassau trugen den gleichen Charakter. Bei Württemberg

machte der überlieferte Besitz die gute Hälfte, bei den vier übrigen weniger, zum Teil weit weniger als die Hälfte aus. Napoleons Dienst forderte Anspannung der Kräfte. So ergab sich das natürliche Streben nach engster Verschmelzung alten und neuen Besitztums. Sie konnte nicht besser erreicht werden als nach französischem Muster: Einrichtung einer starken, gleichmäßigen Verwaltung, möglichster Ausgleich in Rechten und Pflichten der Untertanen.

Es hat dabei an schroffen Härten nicht gefehlt. König Friedrichs Regiment ist in Württemberg nicht als Annehmlichkeit empfunden worden, auch das Montgelas' in Baiern nicht. Der Geist, der waltete, war der des aufgeklärten Despotismus, wie Napoleon ihn handhabte. Das französische Vorbild ist noch heute erkennbar, am deutlichsten in Württemberg in der beibehaltenen geographischen Benennung der Landesteile. Wie man das Verfahren auch beurteilen mag, sein Erfolg läßt sich nicht bestreiten. Überraschend schnell sind alte und neue Baiern, Württemberger, Badener, Darmstädter, Nassauer zu neuen Einheiten mit einander verschmolzen, nicht nur in staatlicher Gesinnung, sondern gelegentlich auch, wie vor allem in Württemberg, zu neuer Volksart. Nicht wenig hat dazu der Kriegsruhm beigetragen, den man unter Napoleons Fahnen gemeinsam geerntet hatte.

In einem aber ist man französischem Vorbilde nicht gefolgt. Zu Volksvertretungen ist es in den Rheinbundstaaten nicht gekommen. Hatte doch auch Napoleon im Kaiserreiche diese Errungenschaft der Revolution zur bloßen Form herabgedrückt. In Baiern ist 1808 eine Verfassung dekretiert worden, doch nicht in Wirksamkeit getreten. Die Volksstimmung ging aber in dieser Richtung. Hatte doch auch Frankreich mit der Rückkehr der Bourbonen in der Charte eine Verfassung erhalten, die jedenfalls nicht wenig von sich reden machte. So konnte Maximilian Josef trotz Montgelas' entschiedenem Widerspruch hoffen, durch Entgegenkommen nicht nur sein Volk zu gewinnen, sondern auch im pfälzischen Streit mit Baden seinem Staate eine gewisse Anziehungskraft zu geben. Durch

Gesetz vom 26. Mai 1818 ward Baiern mit einer Landesvertretung nach dem Zweikammersystem beschenkt. Baden blieb nichts anderes übrig als zu folgen; es geschah am 22. August desselben Jahres.

Württemberg rühmt sich, seit dem späteren Mittelalter eine auf breiter Basis ruhende Landesvertretung besessen zu haben. Die rein bürgerlich-bäuerliche Bevölkerung des alten Herzogtums stand durch sie dem Landesherrn so selbständig gegenüber, wie das in keinem andern deutschen Territorium der Fall war. Doch war auch an dieser Sonderbildung die Zeit des aufgeklärten Despotismus nicht wirkungslos vorübergegangen. An heftigen Konflikten hatte es nicht gefehlt. Als Friedrich am 1. Januar 1806 aus einem Kurfürsten ein König geworden war, wurde die Verfassung aufgehoben. Was er 1815 an die Stelle zu setzen gedachte, ward, trotz seiner freieren Tendenz, vom Lande zurückgewiesen; man verlangte das „gute, alte Recht".

Im Oktober 1816 folgte König Wilhelm dem Vater. Der Verfassungskampf war noch in vollem Gange, als die Karlsbader Beschlüsse gefaßt wurden. So nachdrücklich wie Friedrich von Württemberg hat sich auf dem Wiener Kongreß kaum ein anderer deutscher Fürst gegen jede Beschränkung seiner Souveränität gewehrt. Der Sohn ist dieser Haltung treu geblieben, in jedem Sinne. So wollte er auch in der Durchführung der Karlsbader Beschlüsse nicht den „chien couchant vor diesem Metternich" spielen. Daß Königin Katharina die Schwester Kaiser Alexanders war, gab ihm eine Stütze. Die Karlsbader Hergänge wurden ihm Anlaß, sich mit seinem Lande zu einigen. Am 25. September 1819 erhielt Württemberg eine Verfassung, die gegenüber der alten eine wesentliche Erweiterung der Volksrechte bedeutete und unter den derzeit bestehenden wohl als die volksfreundlichste bezeichnet werden konnte.

Fünf Tage zuvor waren die Karlsbader Beschlüsse, an denen zunächst nur Vertreter von neun Regierungen beteiligt gewesen waren, Bundesbeschlüsse geworden. Sie verpflichteten die Bundesglieder, bei der Gewährung landständischer Verfassungen das monarchische Prinzip zu wahren. Sie ordneten strenge Überwachung der Presse

und der Universitäten an. Der sonst so schwerfällige Bund bekam plötzlich Leben, als es sich um reaktionäre Tätigkeit handelte, ein deutlicher Beleg, was Österreich in deutschen Dingen vermochte, wenn es wollte. Als am 15. Mai 1820 die Wiener Schlußakte das Bundeswerk durch Ausgestaltung im Einzelnen vollendete, fehlte auch ein Artikel nicht, der bestimmte, daß landständische Verfassungen der Souveränität der Landesherren und den Bundespflichten keinen Eintrag tun dürften. Im dritten Jahrzehnt des Jahrhunderts haben nur noch Hessen-Darmstadt, Sachsen-Koburg und Sachsen-Meiningen Verfassungen erhalten. Von Frankfurt und Wien her wurden die Vorgänge in den Einzelstaaten sorgfältig überwacht. Demagogenverfolgungen, zu denen sich auch Preußen bereit finden ließ, bedrohten alles, was sich liberal oder auch nur deutsch gebärdete; Betonung deutschen Wesens machte des Verschwörertums verdächtig. Zu unentwickelt war noch das öffentliche Bewußtsein, als daß eine starke Volksströmung sich dagegen aufgebäumt hätte. Die 20er Jahre stellen für das Jahrhundert den Tiefstand deutschen öffentlichen Lebens dar.

Man kann heute noch zweifeln, ob die Verfassungslosigkeit Preußens in dem Zeitalter von 1815—1848 einen Vorteil oder einen Nachteil für den Staat in sich schloß. Mit vollem Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die Einführung einer Verfassung unmittelbar nach der Neugestaltung eine Gefahr für den Bestand bedeutete. Die Zahl der Neueingetretenen war groß, rund ein Drittel; Willige waren nicht allzu viele unter ihnen. Man hatte mit großen altsächsischen und linksrheinisch-französischen Gebieten, zudem noch mit geschlossen katholischen und mit den polnischen Erwerbungen zu rechnen. Dazu kam die überlieferte Verschiedenheit der alten Provinzen, die schon durch ihre weit zerstreute Lage die Verschmelzung zu einer Einheit außerordentlich erschwerten, und der Gegensatz der beiden Richtungen unter den echtesten Preußen selber. Wie das alles hätte zusammen wirken sollen zu ersprießlicher Entwickelung des Gesamtstaates, ist schwer zu sagen.

Wie immer, in einer Beziehung war die Erfolglosigkeit der Verfassungsbestrebungen sicher nachteilig. Sie erschwerte Preußen ungemein, „moralische Eroberungen zu machen. Die Zeit sah nun einmal, und mit Grund, ihr Hauptziel in dieser Richtung. In ihr aber gewannen die süddeutschen Staaten einen Vorsprung. So konnte im Süden das Gefühl einer gewissen Überlegenheit Platz greifen. Preußen als Hort der Reaktion war den süddeutschen Kabinetten kein unerwünschter Rollentausch. Im „Manuskript aus Süddeutschland" hat Wilhelm von Württemberg selbst Auffassungen und Stimmungen zum Ausdruck gebracht, die damals Kraft gewannen und sich bis heute nicht ganz verloren haben, von denen aber vor der Franzosenzeit nichts verlautet. Sie betonen und verschärfen die Unterschiede süd- und norddeutscher Volksart, vertreten die Überlegenheit des Südens und beanspruchen für ihn den Vorzug reineren deutschen Wesens gegenüber der „slavischen Völkermischung" des Preußentums.

Die Stagnation der 20er Jahre war bis zu einem gewissen Grade ein Spiegelbild der allgemeinen Lage Europas. Der Erdteil stand im Zeichen der Heiligen Allianz. Dem Bunde, den die drei führenden Gegner Napoleons im September 1815 in Paris mit einander geschlossen hatten, waren außer Englands Herrscher so ziemlich alle anderen Monarchen Europas beigetreten; auch Ludwig XVIII. fehlte nicht. Die Allianz stellte die Politik auf die Grundlage christlichen Glaubens, aber im Sinne strengsten Beharrens. Es vollzog sich das „Bündnis zwischen Thron und Altar", das den Führern nach rückwärts einziger Heilbringer schien; die Allianz ward unter Leitung Rußlands und Österreichs Vertreterin der Legitimität, der Monarchie und des Absolutismus.

So stießen die Versuche, die Italiener, Spanier und Portugiesen um die Scheide des zweiten und dritten Jahrzehnts machten, zu erfreulicheren inneren Zuständen zu gelangen, auf den geschlossenen Widerstand der Mächte. Auf Kongressen, die in den Jahren 1818 bis 1822 in Aachen, Troppau, Laibach und Verona gehalten wurden — in ihrer Art völlig neu in der europäischen Politik —, einigten

sie sich über Ziele, Mittel und Wege. Englands Tory-Leitung geriet zeitweise in ihr Schlepptau. Es entstand aber ein Riß in dem Bau, als die Erhebung der romanischen Kolonien in Amerika gegen ihre europäischen Herren England auf die Seite der Empörung zwang und die Griechen, unter dem Beifall des Abendlandes um Befreiung von den Türken kämpfend, russische und österreichische Balkaninteressen in Zwiespalt brachten. In Frankreich gewannen die Freiheitstendenzen im Kampf mit der Restauration Jahr um Jahr an Boden, bis Polignacs Übermut zur Vertreibung Karls X. führte und weiter zum offenen Bruch mit den Bestimmungen des Wiener Kongresses.

Es ist bezeichnend für die deutschen Zustände, daß die Juli-Revolution geringe unmittelbare Wirkungen äußerte. Zu ernsteren Volkserhebungen kam es nur, wo grobe Mißstände zu beseitigen waren, wie in Hessen-Kassel gegen den pflichtvergessenen Wilhelm II. und in Braunschweig gegen Herzog Karl, den mißratenen Sohn des tapferen, 1815 bei Quatrebras gefallenen Friedrich Wilhelm. Der Herzog mußte seinem Bruder Wilhelm, Kurfürst Wilhelm seinem Sohne Friedrich Wilhelm weichen. Beide Länder erhielten eine Verfassung, das Kurfürstentum in so vorgeschrittenem Geiste, wie bis zur Umwälzung von 1918 keine deutsche Verfassung mehr zustande gekommen ist. Preußen blieb so gut wie unberührt von der Bewegung. Die Regierung fühlte sich des Volkes wie des Heeres sicher und konnte in vollkommener Ruhe Maßnahmen treffen, nötigenfalls französischen Gelüsten auf Belgien, das sich im Anschluß an die Pariser Juli-Ereignisse vom Königreich der Niederlande gelöst hatte, entgegen zu treten.

Doch konnte das bewegtere politische Leben, das mit Louis Philipps Regierung seinen Einzug in Frankreich hielt, nicht ohne Wirkung auf Deutschland bleiben. Behauptete doch die Nation, die vor allem durch deutsche kriegerische Kraft zweimal nach einander von ihrem Zwingherrn befreit worden war, in der Entwickelung ihrer inneren Verhältnisse einen unleugbaren Vorsprung. Dazu

kam die polnische Erhebung von 1830/31, deren unglücklicher Ausgang Tausende ins Ausland und zunächst nach Deutschland trieb, die als Märtyrer der Freiheit die Herzen für Selbstbestimmungsrecht und Völkerglück erglühen machten. In den alten und neuen Landesvertretungen der Mittel- und Kleinstaaten wurden lautere Töne vernehmbar, und besonders in den mittelrheinischen Gebieten mit ihrer beweglichen und lebensfrohen, überwiegend kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Bevölkerung ergriff man gesellige und andere Anlässe, um politische Bekenntnisse abzulegen, Einigkeit und Macht und lauter noch Fortschritt und Freiheit zu fordern.

In den letzten Maitagen 1832 führte das Hambacher Fest auf der Burg über dem gleichnamigen Orte, jetzt Maxburg, südlich von Neustadt an der Hardt, eins der landesüblichen Frühlingsvergnügen mit groß angelegtem, planmäßigem politischen Aufputz, zu Reden und Auftritten, die als revolutionär nicht gerade falsch charakterisiert wurden, und am 3. April 1833 versuchte ein Haufe Studenten, Handwerker und Polen in Ausführung eines umständlich vorbereiteten Planes die Frankfurter Haupt- und Konstablerwache zu überrumpeln. Die beiden Ausschreitungen wirkten wie einst die Wartbergfeier und die Attentate. Metternich sah den Augenblick gekommen, den Apparat der Demagogenverfolgungen in verbesserter Form und mit größerem Nachdruck als früher in Tätigkeit zu setzen. Schon unmittelbar nach dem Hambacher Fest hatte er am Bundestage Beschlüsse durchgesetzt, welche die Einzellandtage unter Aufsicht des Bundes nahmen, die Fürsten verpflichteten, sich in ihren Rechten nicht beschränken zu lassen, unter Umständen Bundesexekution in Aussicht stellten; Vereine und Versammlungen, Feste und Abzeichen wurden verboten oder unter strengste Aufsicht gestellt. Nach dem Frankfurter Putsch wurden in Minister- und Monarchen-Verhandlungen, bei denen auch Rußlands Kaiser Nikolaus nicht fehlte, Verabredungen getroffen, die, so weit man sie dem Bunde vorlegte, auch zu Bundesbeschlüssen geführt haben und nichts Geringeres bedeuteten, als daß das Maß der in den Einzelstaaten zulässigen politischen Rechte der Entscheidung des Bundes

überwiesen und sein Schiedsgericht, das „nicht nach den Normen des positiven Rechts, sondern nach Gewissen und Einsicht" zu urteilen hatte, zur maßgebenden Instanz in allen sich ergebenden Streitigkeiten erhoben werden sollte. Die Aufsicht über die Universitäten wurde wesentlich verschärft; die Verurteilungen sind zahlreicher und härter geworden. Fritz Reuters „Festungstid" bleibt ein ewiges Zeugnis dafür, wie weit Unverstand und Willkür den Mißbrauch der Macht auch in einem Volke von hoch entwickeltem Geistesleben treiben konnten. Widerstand seitens der Regierungen ward wenig geleistet; mit der preußischen fügten sich jetzt auch die übrigen, abgesehen von unwesentlichen Ausnahmen.

Während die Reaktion ihren Höhepunkt erreichte, nur bedacht auf Hemmung, ohne auch nur einen Versuch, die bekämpfte Bewegung in geeignete Bahnen zu leiten, vollendete aber zugleich ein Teil der Regierungen ein Werk, das als Grundsteinlegung deutscher Einheit bezeichnet werden kann. In der Neujahrsnacht 1833/34 fielen die meisten der deutschen Mautschranken; sie ward die Geburtsstunde des deutschen Zollvereins.

Wirtschaftliche Einheit ist auch in geschlossenen Ländern und bei geschlossenen Völkern erst im Laufe der Zeiten erreicht worden. Sie ist von zu vielen und zu mannigfaltigen Vorbedingungen abhängig, als daß es anders sein könnte. In Frankreich hat erst die Revolution sie zur vollen Durchführung gebracht. In Deutschland hatte aber das bunte Durcheinander seiner Herrschaftsgebiete ganz unvergleichliche, jeder Vernunft spottende Zustände geschaffen. Reichsrechtlich war der Kaiser letzte Quelle jedes Zollrechts gewesen und bis zu Ende geblieben. Damit wäre eine gewisse Einheit nicht unverträglich gewesen. Tatsächlich war aber das kaiserliche Verfügungsrecht seit Friedrich II. durch Besitzrecht der Landesherren beschränkt. Es hat auch die Errichtung neuer Zollstätten nach deren Wunsch nicht gehindert, da der Kaiser kaum je einen Anlaß hatte, anders als nach Gunst und Gabe zu entscheiden. So ward Deutschland auf seinen Handelswegen zu Wasser und zu Lande übersät mit Hebestellen und

Schlagbäumen. Zu den Zöllen traten Gelder für Wege, die nicht immer unterhalten, für Geleit, das nicht allemal gestellt wurde. Die Erhebung geschah ganz überwiegend zu Finanzzwecken. Erst die merkantilistischen Bestrebungen, wie sie nach dem Dreißigjährigen Kriege an Kraft gewannen, faßten auch wirtschaftliche Ziele ins Auge.

Die schier unübersehbaren Gebietsverschiebungen der letzten Jahrzehnte hatten die Schwierigkeiten gemehrt. Überall in den größeren Neubildungen ward die Notwendigkeit einheitlicher Ordnung empfunden, meist auch die einer Verständigung mit den Nachbarn. Am meisten drängte sie sich dem weit gestreckten, zerrissenen neuen Preußen auf. Zählte es doch innerhalb seines Staatsgebietes nicht weniger als 67 verschiedene Zolltarife mit 2775 Positionen. Im Notjahre 1817 war die Schwierigkeit des Verkehrs zwischen dem Osten und dem Westen der Monarchie in unerhörten Preisunterschieden auf das schmerzlichste empfunden worden.

Bei der Beurteilung der preußischen Regierung für die Zeit nach den Befreiungskriegen darf nicht übersehen werden, daß dem Schwanken und der Unselbständigkeit in politischen Fragen eine sichere, ziel- und selbstbewußte Haltung nicht nur in militärischen Dingen, sondern auch auf dem Gebiete des Finanz- und Verkehrswesens, ja, man kann sagen fast in allen Zweigen der inneren Verwaltung, zur Seite ging. Nichtpreußen wirkten auch hier beachtenswert mit. Im höheren Unterrichtswesen errang der Ansbacher Freiherr von Altenstein, von dem Meklenburger Johannes Schulze unterstützt, in dreiundzwanzigjähriger ministerieller Tätigkeit Preußen trotz der Demagogenverfolgungen eine führende Stellung. Die Zoll- und Steuerreformen verdanken ihren Erfolg in Deutschland neben dem Steuerdirektor, dann Finanzminister Maaßen aus Kleve dem Kurhessen Motz, der Maaßen in der Leitung des Finanzministeriums vorausging, und dem Mainfranken Johann Albrecht Friedrich Eichhorn, der als Direktor im Auswärtigen Amt seit 1831 die Verhandlungen mit den deutschen Staaten führte. Begonnen wurden die Neuerungen mit dem Zollgesetz vom 26. Mai 1818, dem im nächsten Jahre die Regelung der Abgaben von Wein, Bier, Brannt-

wein und Tabak, im übernächsten die Ordnung der Schlacht- und Mahl-, der Gewerbe-, Klassen- und Grundsteuer folgten. In organischem Zusammenhang wurden die einträglichsten und in ihrer Gestaltung für das Wirtschaftsleben wichtigsten Einnahmequellen des Staates zeitgemäß umgewandelt.

Einheitliche Fortentwickelung des Zoll- und Steuerwesens war für Gesamtdeutschland zu sehr eine Lebensfrage, als daß Bemühungen um ein solches Ziel nicht von verschiedenen Seiten her hätten begonnen werden sollen. Besonders oft ist auf die gleichzeitigen und in gleicher Richtung gehenden Bestrebungen des Pfälzers Nebenius, des Ausarbeiters der badischen Verfassung, und auf den geistvollen Reutlinger Volkswirt Friedrich List hingewiesen worden. Von dem Augenblicke an, wo der preußische Staat von sich aus vorgegangen war, konnte keine Rede mehr davon sein, ihn etwa kraft Bundesbeschlusses unter eine allgemeine deutsche Ordnung zu zwingen. Schon die erwiesene Unmöglichkeit, durch den Bund zu irgend welcher Gemeinsamkeit zu gelangen, schloß das völlig aus. Es konnte sich nur noch um Anschluß und zwar um tunlichst raschen Anschluß an das preußische System handeln, denn die preußischen Landesgrenzen berührten sich so mannigfaltig mit denen der anderen Staaten, die neue Schranke, die sie umgab, wehrte so manchem altgewohnten Erwerbe, daß die Folgen sich fast überall hin fühlbar machten. Die Art, wie die unvermeidliche Einigung erstrebt und abgewehrt, gewünscht und doch wieder verabscheut wurde, und wie sie endlich, alle Hindernisse überwindend, die Nation wirtschaftlich zusammen gezwungen hat, gehört zu dem Lehrreichsten, was aus der Geschichte deutschen staatlichen Werdens ins Gedächtnis zurück gerufen werden kann.

Auf das störendste empfand Preußen bei seinem Zollgesetz die Ungunst seiner Grenzen. Neben den beiden Hauptteilen des Staates, von denen der östliche von wunderlichster Gestalt war, bestanden wohl ein Dutzend Enklaven und Exklaven. Insgesamt waren über 8000 Kilometer zu überwachen, 700 mehr als später im

Deutschen Reich. „Unser Enklavensystem" sollte helfen. Man erhob die Zölle für die in die Enklaven bestimmten Waren an Preußens äußerer Grenze und zahlte von den Gesamterträgen nach Kopfzahl heraus. Man war bereit, sich für die eigenen Exklaven das gleiche Verfahren gefallen zu lassen. Gleichwohl hat nur Schwarzburg-Sondershausen für sein Unterland sich rasch (Oktober 1819) gefügt; erst 1830 waren alle Enklaven anerkannt angeschlossen. Mit Anhalt-Köthen gab es einen siebenjährigen Zollkrieg, in dem nicht versäumt worden ist, auch Österreich und den Bund in Bewegung zu setzen. Metternich begegnete dem preußischen Vorgehen mit äußerstem Mißtrauen. Er hätte auch auf diesem Gebiet so gern den Kaiserstaat mit seinen Provinzialzöllen Preußen zum Vorbilde gesetzt. Doch war „die staatsmännische Weisheit des Herrn von Metternich" für die preußischen Wirtschaftspolitiker „unannehmbar". Er mußte sich damit begnügen, bei den Höfen Stimmung zu machen, was mit gewohnter Geschicklichkeit, Rührigkeit und Ausdauer geschehen ist. Auch wußte die österreichische Publizistik die Bevölkerungen gegen die Neuerung einzunehmen; auf diesem Felde der Tätigkeit war Preußens Staatslenkung noch völlig unerfahren und ist es noch lange geblieben.

So hatten Preußens Versuche, Nachbarstaaten zum Anschluß zu bewegen, zunächst keinen Erfolg; man kam zu dem Entschlusse, Verhandlungen nicht mehr zu beginnen, sondern Anträge zu erwarten. Ein solcher ging endlich von Hessen-Darmstadt ein. Der in zwei Hälften lang hingestreckte, auch wirtschaftlich völlig zweigeteilte Staat hatte mit seiner Zollverwaltung die größten Schwierigkeiten; sie verursachte mehr Kosten, als sie eintrug. Am 12. April 1827 hatten Baiern und Württemberg eine Zolleinigung mit einander geschlossen. Darmstadt hatte nur die Wahl eines Anschlusses an diese Staaten oder an Preußen. Es konnte nicht lange schwanken, obgleich es durch seinen Entschluß im anderen Lager geradezu Bestürzung erregte, denn er bedeutete Trennung Baierns von seinem rheinischen Besitz. Am 14. Februar 1828 schloß das Großherzogtum mit Preußen ab. Trotz der ungeheueren Verlängerung der zu über-

wachenden Grenze versagte man sich in Berlin nicht, gewährte sogar volle Gleichberechtigung. Es war der erste Schritt; man mußte ihn tun, obgleich er zunächst mehr Nachteil als Nutzen brachte.

Hessen-Darmstadts „Verrat“ erregte weithin die Gemüter. Die Antwort war der Mitteldeutsche Handelsverein, der unter Englands wie Österreichs lebhafter Mitwirkung zustande kam. Er umfaßte einen langen Streifen Landes von Zittau und Bautzen über Hanau und Wiesbaden nach Bremen und der Nordseeküste: Sachsen und die thüringischen Staaten, Kurhessen, Nassau und Frankfurt, Hannover und die von ihm umschlossenen Lande Braunschweig, Oldenburg und Bremen. Das einzige einigende Moment, das ihn zusammen hielt, war der Gegensatz gegen Preußen. Der Verein legte sich zwischen die beiden Teile des preußisch-hessischen Zollgebiets, trennte zudem dessen östliche Hälfte von Süddeutschland. Hätte er Bestand haben können, er wäre für Deutschlands Zolleinigung ein schweres Hindernis geworden.

Gleich im ersten Jahre seines Bestehens geriet er aber ins Gedränge. Baiern und Württemberg näherten sich Preußen, weil ihnen der Anschluß an dessen weites Gebiet doch größeren Vorteil versprach, und bequemten sich im Sommer 1829 zwar noch nicht zu einer Zolleinigung, doch aber zu einem Zollvertrage. Sie legten sich mit dem preußisch-hessischen Westen wie ein Ring um den Handelsverein. Wenige Wochen nach ihnen verständigten sich Sachsen-Gotha und Sachsen-Meiningen mit Preußen über Erleichterung des Durchgangsverkehrs. Ihr Abfall durchschnitt den Handelsverein und stellte zugleich die Verbindung zwischen Preußens Osten und dem Süden wieder her. Unterstützung im Straßenbau im schwierigen Gelände des Thüringer Waldes, die Preußen versprach, eröffnete den beiden Herzogtümern lockende Aussichten auf gewinnbringenden Warendurchzug. Ihr Vorgehen machte auch mehrere der kleinen Nachbarn unwillig auszuharren. Als Kurhessen, das durch seine Lage den Zapfen des ganzen Triebwerks darstellte, sich im August 1831 mit Preußen einigte, war der Handelsverein gesprengt. Seinen östlichen Gliedern blieb nichts anderes übrig, als

in Verhandlungen mit Preußen einzutreten. Sie sind im Einvernehmen mit Baiern und Württemberg geführt worden; ihr Ergebnis war die Herstellung eines großen deutschen Zollgebietes vom 1. Januar 1834 ab.

1835 wurde zwischen Nürnberg und Fürth die erste mit Dampf betriebene Eisenbahn auf deutschem Boden eröffnet; in den nächsten Jahren begann der elektrische Telegraph ein Hilfsmittel des Verkehrs zu werden. Es hat bei der Nutzbarmachung dieser Erfindungen für unser Vaterland nicht an freundnachbarlichen Plackereien gefehlt, von denen die staatlich glücklicher gebetteten Nachbarn im Westen und auf der anderen Seite der Nordsee zu ihrem großen Vorteil verschont geblieben sind. Doch waren auch bei uns gerade noch zu rechter Zeit mit der Zolleinigung die unerläßlichen Vorbedingungen geschaffen, ohne die eine ausgiebige Verwertung der neuen Verkehrsmittel im Dienste des Warenaustausches nicht möglich gewesen wäre.

In dem für acht Jahre geschlossenen Vertrage, der mit dem Neujahrstage 1834 in Kraft trat, war noch keineswegs Gesamtdeutschland geeinigt. Es ist mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen, ehe dieses Ziel erreicht wurde. Von den Gliedern des Handelsvereins hatten sich Nassau und Frankfurt, Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen unter Führung Hannovers, dessen Abhängigkeit von England gerade in diesen Dingen eine vollkommene war, klagend über das vertragsbrüchige Kurhessen an den Bund gewandt, allerdings mit keinem andern Erfolge, als Aktenstöße hervorzurufen, da Metternich, der Preußen für seine Reaktionspolitik brauchte, ihm in dieser Frage, in der es nicht leicht zu haben war, nicht entgegentreten mochte. So haben Hannover, Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Oldenburg und Bremen sich zum Steuerverein zusammengetan, aus dem Braunschweig 1842 zum Zollverein hinüber trat, während die übrigen Teilnehmer die verabredeten 20 Jahre aushielten. Am 1. Januar 1854 haben sich dann Hannover, das 1837 mit Ernst August von Cumberland seinen eigenen

König erhalten hatte, Oldenburg und Schaumburg-Lippe ebenfalls dem Zollverein angeschlossen.

Nassau hat versucht, durch ein Handelsabkommen mit Frankreich, Frankfurt, durch einen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit England dem verhaßten Anschluß an das preußische System zu entgehen. Jenes hat doch 1835, dieses im nächsten Jahre um Aufnahme nachsuchen müssen. 1835 hat auch Baden, dessen Charakter als ausgeprägtes Grenzland seine Entschließungen erschwerte, den Anschluß vollzogen, 1838 Waldeck, 1841 Lippe-Detmold, 1842 Luxemburg, dessen deutscher, seit 1839 allein noch zum Bunde gehöriger Teil durch sein Ausharren bei der oranischen Dynastie sich vom Königreich der Niederlande getrennt und ohne wirtschaftlichen Anschluß fand. Das Herzogtum Limburg, das als Ersatz für die zu Belgien geschlagene Hälfte des Großherzogtums damals dem Deutschen Bunde eingefügt worden war, ist nie Zollvereinsland geworden.

Zu einer Erweiterung, die der vollen Vereinigung nahe brachte, führten die Ereignisse von 1864 und 1866, die Meklenburg und Schleswig-Holstein, das wichtige Gebiet zwischen Ost- und Nordsee, zum Anschluß nötigten. Lübeck gab seine Sonderstellung bei Aufrichtung der Reichsverfassung preis. Nur Deutschlands größte Handelsplätze Hamburg und Bremen hielten sich auch dann noch fern. Sie glaubten den blühenden und gewinnbringenden Handel, den sie als Stapelplätze für ausländische Waren mit dem Auslande trieben, nach Einverleibung in das allgemeine deutsche Zollgebiet nicht aufrecht erhalten zu können. Nur ein fühlbarer Druck Bismarcks konnte sie bewegen, die Deckung aufzugeben, die sie in der Bestimmung des Artikels 34 der norddeutschen Bundes- und später der Deutschen Reichsverfassung, daß sie „außerhalb bleiben, bis sie ihren Einschluß beantragen", zu besitzen glaubten, und in einen Vertrag zu willigen, der ihnen für ihren Beitritt beträchtliche Reichszuschüsse (für Hamburg bis zu 40, für Bremen bis zu 20 Millionen Mark) zur Herstellung ausgedehnter Freihafenanlagen zusicherte. So erfreut sich das Deutsche Reich erst seit dem 15. Oktober 1888 der

wirtschaftlichen Geschlossenheit, die allen andern Kulturstaaten längst als unentbehrliche Grundlage ihrer Wohlfahrt und Selbständigkeit gegolten hatte.

Der Zollverein ist zunächst auf acht Jahre geschlossen, am 1. Januar 1842, 1854, 1866 um je zwölf Jahre verlängert worden; erst vom 1. Januar 1878 ab ward sein Bestand gleichbedeutend mit dem der deutschen Reichsverfassung. Die zurückhaltende Vorsicht, die aus diesem Verfahren spricht, ist bezeichnend für alle Verhandlungen, die um der Zolleinheit willen geführt worden sind.

Diese Vorsicht nahm bei nicht wenigen der sich anschließenden Staaten die Form vollendeten Mißtrauens an, eines Mißtrauens, das sich teils auf die Befürchtung, übervorteilt, teils auf die, vergewaltigt zu werden, meist auf beide zuspitzte. Es zeigte sich sowohl beim Volke wie bei den Regierungen, ja dort durchweg erheblich stärker und nicht am wenigsten in wirtschaftlich hoch entwickelten Gegenden, beispielsweise in Leipzig und Frankfurt, später in Hamburg und Bremen. Man fürchtete, gewinnreiche Betriebe zu verlieren, aus bequemen Gewohnheiten aufgerüttelt, unter lästige Kontrolle gestellt zu werden. Die Regierungen versuchten mehrfach, angebliche größere Verbrauchskraft ihrer Bevölkerung zur Geltung zu bringen, und begründeten darauf Ansprüche auf ein Präzipuum bei der Verteilung der Einnahmen. Die Unrichtigkeit derartiger Vorstellungen wurde in der Regel schon durch die Ergebnisse der ersten Verwaltungsjahre, die oft in genau entgegengesetztem Sinne ausfielen, erwiesen; doch ist Hannover und Oldenburg 1853 in Anbetracht ihrer Seelage und mit Rücksicht auf die damalige Neigung der süddeutschen Staaten hinüber zu Österreich eine Vorzugszahlung zugestanden worden.

Zu diesen Schwierigkeiten kam die tatsächliche Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse. Bis gegen die Mitte des Jahrhunderts waren die kleineren Staaten, besonders Sachsen und der Südwesten, im allgemeinen Preußen in gewerblicher Tätigkeit überlegen; der Norden war weithin überwiegend agrarisch. So waren

Süden und Mitte mehr schutzzöllnerisch — besonders Friedrich List hat sich die Einigung in diesem Sinne gedacht —, der Norden, wie es den Interessen der Landwirtschaft vor der Entwickelung des modernen Weltverkehrs entsprach, überwiegend freihändlerisch. Das Zollgesetz von 1818 folgte einem gemäßigten Freihandelssystem. Es hat sich, bis die Zolleinigung Reichssache wurde, im wesentlichen behauptet, aber nicht ohne Kämpfe, besonders beim Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich im Jahre 1862.

In den kritischen Zeiten wurde natürlich vom Auslande her kein Mittel unversucht gelassen, den mißliebigen Verband zu sprengen. England und Frankreich haben ihn mit scheelen Augen entstehen und wachsen sehen. Die österreichische Politik hat sich bald um seinen Zerfall bemüht, bald Eintritt begehrt, was zu guter Letzt auf dasselbe hinauslief. Die Bestrebungen letzterer Richtung fanden doch ein unübersteigliches Hindernis in der Ungleichartigkeit der Verhältnisse in dem aus so verschiedenartigen Bestandteilen zusammengefügten Kaiserstaate und in dem Mangel genügender Bürgschaft für vertragsmäßige Handhabung getroffener Vereinbarungen. So siegte, nachdem einmal die Vorteile des Zusammenschlusses empfunden worden waren, immer wieder die Scheu vor einem Schritte aus wohltuend empfundener Gegenwart in ungewisse, in ihrem Ausgang fragwürdige Zukunft. Das Maß von Gleichartigkeit der Volkssitten, der Volksanschauungen und der Volkszucht, das in den geeinigten Gebieten bestand, war doch genügend, um sie von Jahrzehnt zu Jahrzehnt fester und fester mit einander zu verknüpfen. So hat auch der Bruch von 1866 die Zolleinigung nicht zu zerreißen vermocht.

Man kann von preußischer Staatskunst im allgemeinen nicht behaupten, daß sie sich in der Leitung auswärtiger Angelegenheiten besondere Lorbeeren erworben hätte; auf diesem Felde hat sie immer nur vorübergehend ihre Stärke gehabt. Aber um das Zustandekommen des Zollvereins hat sie unleugbar besondere, entscheidende Verdienste. In der Behandlung der deutschen Angelegenheiten hatte sie sich durch lange Gewöhnung jenes Maß von Langmut, Nachsicht

und Beharrlichkeit angeeignet, ohne das hier an einen Erfolg nicht zu denken war. Dazu entwaffnete sie die Widerstrebenden durch ihre Anspruchslosigkeit. Sie verzichtete auf jedes Vorrecht, wie die Größe des vertretenen Staates es wohl hätte rechtfertigen können. Sie verhandelte als Gleicher mit Gleichen, gewährte allen Eintretenden, mit Ausnahme der Kleinen und Kleinsten, bei denen von wirtschaftlicher Selbständigkeit nicht die Rede sein konnte, gleiches Stimmrecht und gleichen Einfluß auf die Verwaltung. Man konnte sich ihr nicht versagen, weil sie „ebenso willfährig wie beharrlich" war. Die geographische Lage, sonst ein Moment der Schwäche, wurde hier zum Vorteil „Preußen ist ein Blitz, der durch Deutschland fährt", drückte es Ludwig von Baiern aus.

Indem so das Beamtentum einer deutschen Einheit das Leben gab, deren Zustandekommen durch parlamentarisch regierte Einzelstaaten man sich kaum vorstellen kann, und die schwerlich so fest geworden wäre, wenn sie gleich der politischen durch einen Gewaltakt hätte geschaffen werden müssen, vermochte es, trotz der dahin gehenden Neigungen, doch nicht, die Zeitströmungen abzudämmen, die in den Gemütern mächtig waren. Der deutsche Gedanke und der Freiheitsgedanke blieben lebendig. In den Jahren, in denen auf wirtschaftlichem Gebiete von oben her das Entscheidende geschah, dem Neuen die Bahn zu öffnen, gewannen auch die Triebe, die von unten herauf nach Entfaltung eines starken öffentlichen und einheitlichen Staatslebens drängten, deutlichere Form und verstärkte Kraft. Als der preußische Thronwechsel von 1840 eine bessere Zukunft einzuleiten schien, offenbarten sie sich mit einer Klarheit und Sicherheit, die bald die Lösung der aufgeworfenen Fragen zur unumgänglichen Notwendigkeit machten.



Zweites Kapitel.

Die Zeit Friedrich Wilhelms IV. (1840—1858).

Am 7. Juni 1840 ist Friedrich Wilhelm III. fast 70jährig aus dem Leben geschieden. Es möchte nicht viele Preußen gegeben haben, die seinen Tod teilnahmlos hinnahmen, und doch auch wieder wenige, die den neuen König nicht mit dem Gefühl bevorstehender wohltuender Wandlungen begrüßt hätten. Friedrich Wilhelm III. hatte nicht die Gabe gehabt, sich in weiten Kreisen beliebt zu machen, noch weniger die, selbständige Männer sich dauernd zu verbinden. Aber man hatte tiefstes Leid und höchste Freude gemeinschaftlich mit ihm durchlebt, um seine Person geschart, und wollte das so geschlungene Herzensband nicht missen. Als der Tod es zerriß, wandten sich die befreiten Gemüter dem gewinnenden, geistesfrischen Sohne zu.

Über Friedrich Wilhelms IV. ungewöhnliche und vielseitige Begabung können die Meinungen nicht geteilt sein. Und doch fehlten seinem Wesen Züge, die der Herrscher nicht entbehren kann. Fähigkeiten können zur Gefahr werden, wenn ihnen Zucht fehlt. Sie fördern nur, wenn sie sich in den Dienst der Aufgaben stellen, die zu lösen sind. Einer Zucht in diesem Sinne war Friedrich Wilhelm IV. nicht unterworfen worden; er hatte sie auch nicht an sich selbst geübt. Ihm konnte geistige Betätigung, das Spiel der Gedanken, auch Übung seines Witzes Zweck an sich werden, mehr als Mittel zur Wirkung.

Des Königs Hang, sich gehen zu lassen, war um so bedenklicher, als seine innersten Neigungen nicht auf den Staat gingen. Sie wiesen in die Richtung allgemeinen geistigen Auslebens. Nicht als ob er sich der Aufgaben eines preußischen Königs nicht bewußt oder für sie nicht vorbereitet gewesen wäre; aber sein Herz hing an Vorstellungen, die ihm richtige Stellungnahme zu ihnen erschwerten. Von dem, was seinen Bildungsgang bestimmt hatte, haben die Eindrücke der Romantik die deutlichsten Spuren hinterlassen. Seine staatlichen und kirchlichen Ideale lagen in einer entschwundenen Welt. Indem er sich für ihre Formen begeisterte, sie zu neuem Leben zu wecken suchte, war ihm doch nur teilweise klar, daß ihr Geist mit dem, was ihn umgab, unvereinbar war, daß er sich für ihn nur einsetzen konnte unter völliger Verleugnung der Traditionen eines preußischen und eines evangelischen Herrschers. Seine Schwärmerei für mittelalterliche Kaiser- und Kirchenherrlichkeit hatte mit Sachkenntnis geringen Zusammenhang. So kam ihm nicht zum Bewußtsein, wie sehr er sich und seinem Staate schadete, indem er sie auf die Lösung der Aufgaben, welche die Zeit stellte, Einfluß gewinnen ließ. Dazu erschwerte sowohl seine Vertrautheit mit Hallers Auffassung vom Staatsleben, als auch sein hohenzollernsches Herrscherbewußtsein jede nähere Fühlung mit der ihn umgebenden, aber widerstrebenden Gedankenwelt. So hat Friedrich Wilhelm IV., als Preuße und Deutscher vaterländischen Geistes, ein wahrhaft und aufrichtig frommer Christ, im vollen Besitz der reichen Bildungsschätze seines Volkes, im innersten Wesen ehrlich und wohlwollend, seine Kraft verbraucht im Ringen mit einer Welt, die *ihn*, die *er* suchte, die *er* aber nicht, die *ihn* nicht verstand:

> Du konntest deiner Zeit das Banner tragen
> Und trägst ihr nur die Schleppe nach.

Zu Beginn der neuen Regierung ging es wie ein Aufatmen durch die Lande. So manche Härten des bisherigen Regiments, die als solche gerade in den Kreisen der Bildung empfunden worden waren, wurden ausgeglichen. 1837 hatten sieben Göttinger

Professoren, die sich erdreisteten, gegen die Aufhebung der hannoverschen Verfassung durch den neuen König Ernst August zu protestieren, Amt und Land verlassen müssen. Von ihnen wurden jetzt die Gebrüder Grimm nach Berlin in die Akademie berufen, der Führer Dahlmann nach einiger Zeit an die Bonner Universität. Dort durfte Ernst Moritz Arndt, der 1819 Haussuchung über sich hatte ergehen lassen und dann seine Tätigkeit einstellen müssen, die Vorlesungen wieder aufnehmen. Turnvater Jahn erhielt Erlaubnis, seinen polizeilich angewiesenen Aufenthalt Freyburg an der Unstrut zu verlassen. Eine weitgehende Amnestie, die auch Fritz Reuter der Festungshaft entledigte, verwischte die Folgen der akademischen Demagogenhetze. Der König, dem die freie Rede in seltener Weise zu Gebote stand, versäumte kaum eine Gelegenheit, in warm empfundenen, schwungvollen Worten von seiner hohen Aufgabe, von Liebe und Vertrauen des Volkes, deren er nicht entraten könne, herzerfreuend und vielverheißend zu sprechen.

Aber er belebte auf diese Weise Hoffnungen, die er nicht erfüllen wollte. Denn sie richteten sich in den weitesten Kreisen seiner Hörer vor allem auf eine moderne, repräsentative Gesamtverfassung Preußens, während der König, soweit Verfassungsänderungen überhaupt für ihn in Frage kamen, an nichts anderes dachte als an eine Vereinigung der Provinzialstände, deren Zusammentritt er zudem ausschließlich vom eigenen Ermessen abhängig machen wollte. Der Gegensatz mußte bald offenkundig werden. Die Vertreter des Neuen begannen zu drängen, besonders von Ostpreußen, dem Lande Kantischer und Herderscher Denkweise, und vom französisch angehauchten Rheinlande her, auch sonst aus größeren Städten, stärkten aber gerade dadurch den König in seiner zuwartenden und ablehnenden Haltung. In Preußen und in Deutschland verkehrte sich die günstige Stimmung in ihr Gegenteil und fand, je länger, desto lebhafter, Ausdruck in Rede und Schrift. Zu keiner Zeit hat die politische Dichtung in Deutschland nach Form und Inhalt die Höhe erreicht, die sie in den vierziger Jahren erstieg. Die laxere Handhabung der Zensur, die sich im Gefolge der allgemeinen, auch die Regierenden beeinflussenden Sinnesverschiebung

ohne Änderung der geltenden Bestimmungen einstellte, gewährte den nötigen Spielraum. In David Fr. Strauß' Schrift „Der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren oder Julian der Abtrünnige", die 1847 erschien, erreichte die abfällige Kritik am Könige ihre Höchstleistung.

Als sie der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, war sie im Kern der Frage schon gegenstandslos; Preußen hatte eine Gesamtstaats-Verfassung. Am 3. Februar 1847 hatte der König den „Vereinigten Landtag" einberufen, nicht, um liberalen Forderungen entgegen zu kommen, sondern weil es zur unumgänglichen Notwendigkeit wurde.

Am 17. Januar 1820, als noch Gegner und Freunde einer Verfassung im Rate des Königs mit einander rangen, hatte Friedrich Wilhelm III. eine Verordnung erlassen, welche die Aufnahme neuer Staatsschulden von der Bürgschaft künftiger Reichsstände abhängig machte. Durch die Entwickelung des Eisenbahnwesens wurde ihre Anwendung notwendig. Für den Bau einträglicher Strecken fanden sich Privatgesellschaften; die weniger bevölkerten und entwickelten Provinzen, besonders der Osten, konnten aber zu dem rasch unentbehrlich gewordenen Verkehrsmittel nur durch den Staat gelangen. Am 11. März 1846 entschied der Staatsrat mit 14 gegen 2 Stimmen, daß ein Landtag zusammentreten müsse.

Er hat vom 11. April bis 26. Juni 1847 in Berlin getagt. Die Angelegenheit der Anleihe trat bald zurück hinter der Frage nach den Rechten der versammelten Vertretung. Das Patent, das sie geladen hatte, lautete nur auf gelegentliche Einberufung nach dem Willen der Krone, allein zu Anleihe- und Steuervorlagen, in Gesetzgebungssachen nur auf beratende Mitwirkung. Die überwiegende Mehrheit verlangte regelmäßige Wiederkehr und volles Beschlußrecht als Mindestbefugnisse. Sie wollte sich nicht zufrieden geben mit der Erklärung der Thronrede, daß die Stände nicht berufen seien, „Zeit- und Schulmeinungen zu verfechten", und daß der König „zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land nicht ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung sich eindrängen" lassen wolle. Allzu schroff trat ihr die Auffassung entgegen, die für Regententätigkeit niemand als Gott Rechenschaft

schuldig sein und für das Wirken des Monarchen kaum eine andere Verantwortung als die gegen Gott anerkennen wollte, ein mißverstandenes Stück Mittelalter, das ein Gottesgnadentum dieser Art nie gekannt hat. Die sämtlichen Verhandlungen blieben unter dem Einfluß dieses Gegensatzes. Man ging in Zwiespalt aus einander. Obgleich der König bereit war, regelmäßige Wiederkehr zuzugestehen, hatte er sich doch nicht entschließen können, es kund zu tun. Ehe es Zeit wurde, dem Vorhaben die Tat folgen zu lassen, wandelte die Revolution die Lage vollständig.

Die 48er Erhebung ist ohne die französische Februar-Revolution nicht denkbar. Doch lagen die Dinge in Deutschland anders als 1830 oder gar 1789. Als in Paris die Julimonarchie gestürzt wurde, waren in Deutschland die Gedankenreihen fertig, die Wünsche formuliert, die nach Verwirklichung drängten. Ehe sich drüben eine Hand regte, wußten hier die Regierungen, was gefordert wurde, das Volk, was es verlangte. Unaufhaltsam trotz aller Hemmungen hatten sich die Meinungen durchgesetzt. Wie in Preußen, so in anderen Staaten, so am Bunde ward erwogen, ob und wie das allgemeine Drängen durch Entgegenkommen beschwichtigt werden könne. Auch die verschiedenen Richtungen, in denen sich die Zeitströmungen bewegten, waren deutlich erkennbar. Die Ansätze der Parteien, die noch heute für unser politisches Leben maßgebend sind, verdanken ihre Entstehung den 30er und 40er Jahren.

Die deutsche Bildung des 18. Jahrhunderts war unpolitisch gewesen. Sie war auf Menschentum, nicht auf Staatsbürgerschaft gerichtet. Doch konnte auch für sie die reiche Geschichte des Volkstums, aus dem sie entsproß, nicht verloren sein. Außer den allgemeinen Bildungsschätzen, die sich dem schönsten Schmuck der Weltliteratur einreihten, brachte sie dem Vaterlande noch Angebinde eigenster Beziehung. In Klopstocks Bardenpoesie erklang der nie ganz entschwundene Stolz auf deutsche Volksart wieder in selbstbewußter Stärke. Minna von Barnhelm zeigte deutschen Soldatensinn im Glanze dichterischer Gestaltung. So verständnis- und lebensvoll

wie Goethe im Götz von Berlichingen hatte sich nie ein deutscher Dichter in folgenreiche Hergänge unserer Vorzeit vertieft. Der Dichter, der „sein Vaterland im rechten Augenblicke glaubte verloren zu haben, um es einzutauschen gegen die weite Welt", hatte doch auch gesungen:

Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an!
Das halte fest mit deinem ganzen Herzen;
Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft.

Die Franzosenzeit hat auch dem Blödesten klar gemacht, was Vaterland, was Fremdherrschaft, was staatlicher Zusammenschluß, was nationale Zersplitterung nicht nur für leibliches Dasein, sondern auch für jede geistige und sittliche Kultur bedeuten. Die Sänger der Befreiungskriege sind sämtlich aus dem Boden der großen Zeit unserer klassischen Bildung erwachsen: Ernst Moritz Arndt und Theodor Körner, Max von Schenkendorf und Friedrich Rückert. In Heinrich von Kleist erscheint sie aufs innigste verbunden mit vaterländischer Gesinnung und preußischem Soldatengeist. So vereinigten sie Kraft und Schönheit der Sprache und Reichtum der Gedanken mit der Glut der Leidenschaft und schenkten uns Dichtungen, die, dem Tage geweiht, der Ewigkeit angehören. *Sollte unserem Volke jemals die Zeit kommen, wo nicht mehr empfunden würde, wessen sie voll waren, so wäre es mit seiner Daseinsberechtigung vorbei.* Indem Fichtes Bemühen, den Klassiker unserer Philosophie fortzubilden, hinaus lief auf die leidenschaftliche Predigt, daß deutscher Geist sich nur betätigen könne in Hingebung an die Nation, belegte er, wie tief die Erfahrung weniger Jahre den Wert staatlichen Selbstbestimmungsrechts eingeprägt hatte. Und wie hätte solches Recht anders zur Geltung kommen können als unter der Losung: Frei von der Fremdherrschaft!

Deutsches Geistesleben ist aber kaum je völlig einheitlich gewesen, fast zu allen Zeiten weniger einheitlich als das jedes anderen Volkes. Die Vielseitigkeit der Verhältnisse und die Mannigfaltigkeit der Beziehungen, die sich aus der Lage in Europas Mitte ergaben, haben ihm vor allem diesen Sonderzug aufgeprägt. Im Gegensatz zur Klassizität stand anfangs die Aufklärung, später die

Romantik. Sie trennten sich nach verschiedenen Richtungen von dem Ideal der Geistesbildung, das unseren Größten als höchstes vorschwebte, die Aufklärung dem nüchternen Verstande folgend, die Romantik dem Gefühl, das Klarheit über sich selbst nicht erstrebt und ihrer nicht bedarf. Sie suchte Rettung vor der Not der Zeit nicht in willensstarkem Widerstand, sondern in ausweichender Abkehr. Das Entlegene in Zeit und Raum, das Ungewöhnliche und Unverständliche, das die Phantasie beschäftigen, über die drangvolle Gegenwart hinweg heben, sie vergessen machen konnte, oder weltvergessene Einkehr in sich selbst, Vergrübelung in die Rätsel des Ich wurden bevorzugte Vorwürfe geistiger Gestaltungs- und Schaffenskraft. So sind manche Irrwege betreten, aber auch Gebiete neu erschlossen worden. Und da nichts der Abkehr von der Gegenwart näher liegt als das Versenken in die Vergangenheit, da ein geschichtlicher Zug den Völkern wie dem Einzelnen unvertilgbar anhaftet, so hat die Richtung die Liebe zu unserer Vorzeit gemehrt und deren Erkenntnis gefördert.

Hier aber traf sie mit den vaterländischen Bestrebungen wieder in einer Strömung zusammen. Die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts sind die Geburtszeit der deutschen Altertumswissenschaft in ihrem alles umfassenden Umfange. Geschichtliche Forschung in engerem Sinne, Erkenntnis des Werdeganges von Sprache und Dichtung, Recht und Kunst haben damals eine erfolgreiche Erweiterung und Vertiefung erfahren oder sind überhaupt erst zu wissenschaftlichen Arbeitsgebieten ausgestaltet worden. Die Männer aber, die Führer und Bahnbrecher wurden, Barthold Niebuhr, Friedrich Karl von Savigny und Karl Friedrich Eichhorn, Jakob und Wilhelm Grimm, Sulpice und Melchior Boisserée, Bopp, Lachmann, Diez und Ranke, sie stehen fast alle in mannigfachen Beziehungen nach beiden Richtungen. Bis um die Mitte des Jahrhunderts, ja darüber hinaus sind Geschichts- und Sprachforschung mit romantischen Neigungen in enger Fühlung geblieben. Kaum ist etwas bezeichnender für die Grundstimmung der Besten der Zeit, als daß der Freiherr vom Stein

selbst 1819 die „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde", der wir die Monumenta Germaniae Historica verdanken, in deutschem Sinne begründete, unserem Volke den Zugang zu den Quellen seiner Geschichte zu erleichtern. Wie mit diesem Werke ein zugleich gelehrtes und vaterländisches Unternehmen deutschen Wissenschaftsbetrieb auf dem betreffenden Gebiete an die Spitze europäischen Forschens gestellt hat, so ist es der deutschen Gelehrtentätigkeit dieser Jahre beschieden gewesen, weit über die Grenzen des Vaterlandes hinaus vor allem durch ihre geschichtliche Grundrichtung führend und vorbildlich zu werden.

Sich vertiefen in einen Werdegang heißt ihn verstehen, in der Regel aber auch ihn lieb gewinnen. Fast unausbleiblich hat die Beschäftigung mit der Vorzeit des eigenen Volkes diese Folge. So entquoll der geschichtlichen Richtung für das Gefühl nationaler Gemeinsamkeit und nationaler Eigenart erfrischendste Stärkung, nicht nur in dem Sinne, daß man sie zu bewahren gedachte, sondern auch in dem anderen, daß man sie nach *ihrer* Art, im Anschluß an *ihre* Überlieferungen zu entwickeln wünschte. Das Streben nach dem Neuen bekam zugleich etwas Beharrendes; in die Fortschrittsgedanken mischte sich ein erhaltender Zug. Je mehr Verständnis man dafür gewann, wie alles geworden war, desto größer wurde die Scheu vor völligem Umsturz, der Berechtigtes und Entwickelungsfähiges zugleich mit dem Schadhaften vernichtet hätte. Schon die Steinschen Reformen im preußischen Staate atmeten diesen Geist; er war auch schon dem 18. Jahrhundert nicht ganz fremd gewesen. Er ist ein kennzeichnendes Merkmal deutscher staatlicher Umgestaltung im Laufe des 19. Jahrhunderts geblieben, allerdings in stetem Ringen mit der Richtung, die von Frankreich her gewiesen worden war, und die in immer neuen, blendenden Lebens- und Kraftäußerungen zur Nachahmung lockte. Hier schieden sich die Geister des Fortschritts und scheiden sich noch heute.

Die Grundsätze französischen staatlichen Neubaues sind einfach und klar. Sie sind in der Tendenz völliger Ausgleichung vor

nichts zum Haltmachen gezwungen worden als vor dem Besitz, dem, wenn er nicht mit Standesvorrechten verbunden ist, französische Denkweise aus alter Überlieferung größere Immunität zugesteht, als die meisten anderen Nationen zu tun pflegen. So manches war in den Tagen Napoleons nach Deutschland übertragen worden, was die allgemeine Wohlfahrt förderte und von weitesten Kreisen gutgeheißen wurde. Es hat dem Kaiser noch lange anerkennende Erinnerung eingetragen, ohne daß man sich klar machte, ob, was wohltuend empfunden ward, auch sein Verdienst sei. Der Zauber französischer Einrichtungen war mit seinem Sturze um so weniger gebrochen, als in der Hauptfrage, der Entfaltung konstitutionellen Lebens, die Besiegten vor den Siegern, jedermann erkennbar, einen unleugbaren Vorzug behaupteten. Die Verfassungskämpfe der Restaurationszeit, gar die Juli-Revolution erschienen doch nicht wenigen der Vorwärtsdrängenden als Vorboten der allgemeinen Völkerbefreiung. Man hatte mit Spannung die Erhebung der romanischen Völker verfolgt, die nach französischem Muster ihre Lage zu bessern suchten; man begrüßte jede mutige Tat, die bestimmt schien, lastender Gewalt ein Ende zu machen. Das Wort Revolution gewann die Kraft einer Beschwörungsformel, deren Zauber wirksam schien, allem irdischen Ungemach zu begegnen. Englands Beispiel zeigt, daß die Geister sich hätten bannen lassen, wenn die Fähigkeit vorhanden gewesen wäre, sie zu verstehen und in ihrem Werte zu würdigen. Aber wie hätte ein Menschenalter in Deutschland entwickeln sollen, was in England Erbweisheit der Jahrhunderte war! Die Kurversuche der Regierenden haben nicht wenig dazu beigetragen, die Krankheit zum erschütternden Fieber zu steigern.

Wer Frankreich zum Vorbild für Mittel und Wege nahm, konnte kaum anders, als auch Zwecke und Ziele nach seinem Muster ins Auge zu fassen. Historisch voraussetzungslosem Denken stellt sich die republikanische Staatsform leicht als die vollkommenste dar. Seit dem Bruch von 1789 und 1793 konnte die französische Entwickelung nicht wohl etwas anderes sein als ein Kampf um sie. Daß Deutschlands zahlreicher Fürstenstand unendlich viel fester mit dem Leben

der Nation verwachsen war, wurde nur zu oft übersehen. Allerdings war die Zahl derer, die Deutschland oder seine Einzelstaaten oder beide durch Revolution in Republiken umzuwandeln wünschten, nicht groß; aber weithin war doch die Überzeugung verbreitet, daß Fürstenrecht sich vor Volksrecht beugen müsse, daß die Souveränität des Volkes, um die Frankreich fortgesetzt rang, das Allheilmittel auch für Deutschland sei.

Von der Nachahmung Frankreichs und des französischen Volkes zu seiner blinden Verherrlichung war nur ein Schritt. Keiner hat ihn entschlossener getan als Ludwig Börne, dem zum Politiker so gut wie alles fehlte, und der doch einer ganzen Generation, so weit sie dieser Richtung huldigte, tonangebender Führer geworden ist. Es ist verständlich, daß er und Heinrich Heine sich abgestoßen fühlten von Verhältnissen, in denen ihrer Religion und ihrer Rasse die staatsbürgerliche Gleichberechtigung verkürzt war; aber es bleibt gleichwohl bestehen, daß ihr bitterer Hohn, ihr beißender Spott, ungehemmt durch Bande innerer Anhänglichkeit und überkommener Scheu, besonders vergiftend auf die Zeitstimmung gewirkt und zur Entwickelung radikaler, über alles Bestehende sich hinweg setzender Ansichten in besonderem Maße beigetragen hat. Deutlich begannen in den 30er Jahren die Richtungen sich von einander abzuheben. Alle wollten Deutschlands Einheit, alle seine Freiheit. Aber die einen trugen keine Bedenken, die Freiheit zu erlangen nötigenfalls durch Unterstützung des freiheitpredigenden Nachbarvolkes, ohne Gewicht darauf zu legen, daß französische Freiheitsliebe und Eroberungslust sich als unzertrennlich verbunden erwiesen hatten; die andern hielten gesicherte Freiheit nur für erreichbar auf Grund einer Einheit, die stark genug sein müsse, gegen jede Gefahr von außen zu decken. Wie die Gesinnungen in einander flossen, beweisen die Worte des einen Herwegh, der dichtete:

Noch hat der Deutsche eine Hand
Und eine starke Wehr,
Gibt keinen Schritt vom Vaterland
Selbst für die Freiheit her.

Und die mit uns erheben
Solch Feldgeschrei,
Die sollen leben,
Denn sie sind frei.

und dann wieder:

Habt ihr es nicht gelesen?
Das Wort war vor dem Rhein;
Im Anfang ist's gewesen
Und soll drum ewig sein.
Und eh' ihr einen Schläger
Erhebt zum Völkermord,
Sucht unsern Bannerträger,
Das freie Wort.

Es waren die Gedanken des 18. Jahrhunderts, die mit dem Bestehenden rangen, ihre Berechtigung, ihre Durchführbarkeit, ihre Anpassungsfähigkeit an ihm zu erproben hatten. Sie unterlagen dabei manchem Wandel; aber niemand könnte bestreiten, daß sie sich in ihrem entscheidenden Gehalt durchsetzten. Es gehört zu den merkwürdigsten und folgenreichsten geschichtlichen Wendungen, daß neben ihnen eine Welt wieder auftauchte, die man sich gewöhnt hatte, als geistige Macht nicht mehr in Rechnung zu ziehen.

Wie im 15. Jahrhundert der Humanismus, so hat im 18. die Aufklärung Eingang gefunden in die römische Kirche. Sie hat aber tiefer eingegriffen. Sie ist mehr geworden als ein Bildungsschmuck geistlicher Oberer; sie hat zu einschneidenden Reformbestrebungen, besonders im Kloster- und Bildungswesen, geführt. Das Papsttum selbst ist ihr dienstbar geworden; die Aufhebung des Jesuitenordens durch Clemens XIV. 1773 ist das ewig denkwürdige Merkzeichen dafür.

Wir erinnern uns gern dieser Zeit, nicht, weil sie eine Schwächung der katholischen Kirche zu bedeuten schien, denn der stand eine ähnliche Lockerung des evangelischen Wesens gegenüber, sondern weil sie die Beziehungen der beiden Kirchen wesentlich besserte, ihre Zwistigkeiten minderte und milderte, gegenseitige Duldung förderte. Unleugbar ist aber, daß die Aufklärung religiöses Empfinden ge-

fährdete. Das Evangelium der bloßen Vernunft bedrängte das des geoffenbarten Glaubens. Die Ereignisse, die als Folgen der Revolution zunächst über Frankreich, dann über Europa hereinbrachen, mußten eine Umkehr bewirken. Viel zu tief war doch religiöser Glaube gewurzelt, als daß die Völker sich nicht wieder hätten hinwenden sollen zum geoffenbarten Gott. So konnten die Kirchen zu Grundpfeilern der Restauration werden, weit voraus natürlich die katholische; denn ihre Kraft beruht ihrer Natur nach im Beharren. Die Kabinette hatten keine besondere Mühe, dem Throne den Altar zu verbinden, und fanden sich ihrerseits überall bereit, die Kirche zu schützen und zu fördern. An die Stelle der Klosteraufhebungen traten Wiedereröffnungen und Neugründungen; Staatsaufsicht wurde lässig gehandhabt oder gar aufgegeben, des Papstes Anspruch auf Leitung der Kirche nach Kräften unterstützt. In welchem Sinne sie gehandhabt werden würde, hätte die Wiederherstellung des Jesuitenordens durch Pius VII. alsbald nach seiner Rückkehr aus dem französischen Exil deutlich erkennen lassen, wenn der Blick der Zeit dafür geschärft gewesen wäre.

Deutschland befand sich, wie fast auf allen andern Gebieten, so auch gegenüber der katholischen Kirche in einer besonderen Lage. Seine alte Episkopatsverfassung war durch die Säkularisationen unhaltbar geworden. Die völlig umwälzenden Gebietsverschiebungen machten eine Neuordnung unumgänglich. Es fehlte nicht an Bestrebungen, die auf eine Gesamtordnung für alle deutschen Lande zielten. Aus dem Becher der Aufklärung hatte auch der deutsche Katholizismus reichlich geschlürft; deutsche Kirchenfürsten waren überzeugte Förderer ihrer Ideen gewesen, auch gegen die Machtstellung des Papstes. 1786 hatten die vier deutschen Erzbischöfe in den „Emser Punktationen“ sich über den Entwurf einer deutschen Nationalkirche geeinigt. Die Gesinnung läßt sich bis tief in das 19. Jahrhundert hinein verfolgen. Aber wie hätte aus dem Wiener Kongreß, auf dem die staatliche Zersplitterung einen vollständigen Sieg davontrug, kirchliche Einheit hervorgehen sollen? Wessenbergs, des Konstanzer Generalvikars, Tätigkeit, die dieses Ziel

mit Eifer verfolgte, blieb völlig ergebnislos. So mußten die Einzelstaaten sehen, wie sie ihr Verhältnis zu Rom gestalteten.

Das war um so schwieriger, als der Zustand, der sich aus dem Grundsatz cujus regio, ejus religio ergeben hatte, völlig durchbrochen war. Alle größeren Staaten waren paritätisch geworden; unter den Königreichen und Großherzogtümern machten nur die beiden Meklenburg eine Ausnahme. So sahen sich die evangelischen Regierungen vor die Wahl gestellt, die kirchlichen Verhältnisse ihrer katholischen Untertanen entweder von sich aus zu ordnen oder sich mit der Kurie zu verständigen. Unter Preußens Vortritt betraten sie letzteren Weg. Der Staat Friedrichs des Großen, dessen Königswürde in Rom bis 1787 keine Anerkennung gefunden hatte, entschloß sich zur Errichtung einer Gesandtschaft am päpstlichen Stuhl. Die Wahl Barthold Niebuhrs, von dessen Römischer Geschichte die beiden ersten Bände 1811 und 1812 erschienen waren, zum Vertreter belegt, wie neben politischen Erwägungen auch Bildungsfragen die Entschließungen bestimmten.

Niebuhr ist nach fünfjährigen Verhandlungen zu einer Verständigung mit der Kurie gelangt. In der Cirkumscriptionsbulle De salute animarum, die kein Recht schuf, wohl aber festlegte, was zur Zeit von beiden Seiten geduldet werden wollte, wurden 1821 die Verhältnisse der katholischen Kirche für das preußische Staatsgebiet geordnet auf Grund einer völlig neuen Diözesaneinteilung. Die anderen protestantischen Regierungen folgten Preußens Beispiel. Württemberg und Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt und Nassau traten zur Oberrheinischen Kirchenprovinz zusammen; ihre Angelegenheiten wurden 1821 und 1827 durch die Bullen Provida sollersque und Ad dominici gregis custodiam, die Hannovers 1824 durch die Bulle Impensa geregelt. Baiern hatte schon 1817 mit der Kurie ein Konkordat abgeschlossen. In Freiburg im Breisgau erstand ein ganz neues Erzbistum, in Rottenburg am Neckar und in Limburg an der Lahn wurden neue Bistümer errichtet; die alten Bischofssitze Konstanz und Worms verschwanden aus der kirchlichen Hierarchie. Sonst blieben die deutschen kirch-

lichen Oberen in ihren alten Sitzen, wenn auch nicht in den gleichen Würden.

Nach der Verständigung mit Preußen glaubte Pius VII. Gott besonderen Dank zu schulden, daß er das Herz des evangelischen Herrschers so gnädig gelenkt habe. Sicher ist, daß der Erfolg gegenüber heterodoxen Regierungen die Kurie selbst überraschte, und daß die Geschichte eines Jahrhunderts erwiesen hat, daß etwas Lebensfähiges geschaffen worden war. Es lag in der Strömung der Zeit, Autorität, wo sie vorhanden war, zu stärken.

Es würde gleichwohl völlig falsch sein, wollte man die Erfolge, denen die Kirche entgegen ging, allein oder auch nur überwiegend aus der Gunst der Regierungen erklären. Es war doch so: „Ein neues Leben flutete durch die katholische Welt." Wie nach den Stürmen der Reformation besann man sich auf seine Kraft. Sie lag in festestem Anklammern an das mittelalterliche Lehrsystem, seinen Geist und seine Formen. Unendlich biegsam und anpassungsfähig erwies sich dieses System, der wieder hergestellte Jesuitenorden ungebrochen an Kraft und Kühnheit. Wie hätten Vernunft und Wissen allein des Menschen Seele füllen und befriedigen können? War nicht der Glaube an ihre Allmacht ein größerer Wahn als je Ergebenheit gegen offenbarte Lehre? Wie war man doch im Irrtum gewesen, als man wähnte, das écrasez l'infâme in die Tat umsetzen zu können! Mit tausend Fasern hingen die Lebenden am Glauben der Väter. Man brauchte ihn nur zu verkündigen mit festem, unnachgiebigem Entschluß, ihn zu lehren durch Wort und Werk, um den Wankenden wieder Halt zu geben, die Zerstreuten wieder zu sammeln. Die Männer haben sich gefunden, voran in Frankreich, aber auch anderer Orten, wo immer katholischer Glaube lebendig war. Die Zeitstimmung arbeitete ihnen in die Hände; seichte Freigeisterei wirkte abstoßender als vor den erlittenen Heimsuchungen. Die Geschlossenheit katholischer Lehre ließ sie als sicherste Zuflucht erscheinen für zweifelnde, religiös geängstete Gemüter. Kaum je hat eine Zeit so viele Konvertiten aus Kreisen bester Bildung gesehen wie die der

Restauration, insbesondere in Deutschland. Zu Friedrich Schlegel, Karl Ludwig von Haller, Adam Müller gesellten sich Friedrich Leopold von Stolberg, Heinrich Schlosser, Johann Friedrich Böhmer, dieser zwar nicht dem äußeren Bekenntnis, doch aber seiner innersten Überzeugung nach, und so mancher andere.

So wenig aber der Rationalismus und die Wissenschaft, so weit sie sich auf ihm aufbaute, einer Kirche und einem Glauben, die so tief in der Volksseele wurzelten, auf die Dauer gefährlich werden konnten, ebenso wenig auch die Freiheitsgedanken, für die seit den Tagen der Revolution die Völker zu schwärmen schienen. Hatte denn nicht schon in der Vorzeit die Kirche unter der Losung „Freiheit" Siege erfochten? Warum sollte es jetzt nicht abermals möglich sein? Es haben sich bald Männer gefunden, voran wieder auf französischem Boden, die erkannten, daß die Kirche keinen Anlaß habe, die Freiheitsschwärmerei, die nun einmal die Gemüter erfüllte, grundsätzlich zu bekämpfen. Freiheit der Meinungen, Denkfreiheit! Warum nicht für die weitesten Volkskreise, wenn sich erreichen ließ, daß diese Meinungen gut katholisch waren? Die unerschöpfliche Vielgewandtheit, die eine Tradition von Jahrtausenden der römischen Kirche gesichert hat, zeigte sich wieder im glänzendsten Lichte. Man wußte die günstige Stimmung der herrschenden Kreise voll zu nützen, aber auch der Kraft sich zu bedienen, die in den Massen von Jahr zu Jahr mächtiger heran wuchs. Es hätte nicht geschehen können, hätte sich die Kirche nicht noch vollsaftigen Lebens erfreut. Die Neuerer der Aufklärung haben zu ihrem Schaden übersehen, geistesverwandte Richtungen übersehen es heute noch, daß Volksherrschaft kein untrügliches Mittel ist, diesen Gegner zu überwinden.

In Deutschland mußte das neue Leben der Kirche zu besonderen Schwierigkeiten führen. Allzusehr waren im Lande der Reformation die Bekenntnisse durch einander gemischt, als daß nicht die mannigfachsten Berührungen unvermeidlich gewesen wären. Das strenge Kirchenrecht untersagte sie; es konnte nicht einmal das Nebeneinander gelten lassen. Aber es hatte vielfach einer milderen Übung

weichen müssen, so gut wie allgemein seit dem siegreichen Vordringen der Aufklärungsgedanken. Sollte die Kirche das weiter dulden? Durfte sie es von ihrem Standpunkte aus? Zu der Wiedererweckung katholischen Lebens gehörte auch eine neue Blüte jener äußerlichen Betätigungen, an denen der Nichtkatholik so leicht Anstoß nimmt in der Überzeugung, damit im Rechte zu sein: Wunderglaube und Heiligenverehrung, prunkvolle Prozessionen und Wallfahrten. Sollte man hier auf die Andersgläubigen Rücksicht nehmen? Die Gesetzgebung der napoleonischen Zeit hatte Verschiedenes verboten.

Und dann der Einfluß der deutschen Wissenschaft und Dichtung! Nicht nur die Romantiker, sondern auch Goethe, Schiller und Lessing fanden hüben wie drüben glühende Verehrer. Vor allem aber drohte in das Lehrgebäude ein fremder Geist einzudringen. Der Kantianismus erstreckte seine Wirkung bis tief in die Kreise nicht nur der katholischen Laien, sondern der Geistlichkeit. Man fing an, sich um das Verstehen zu bemühen, nicht allein um das Glauben. Der bedeutendste Vertreter dieser Richtung war der Westfale Georg Hermes, der von 1807—1831 an den Universitäten Münster und Bonn Theologie lehrte. Der Hermesianismus dachte nicht daran, an den Lehren der Kirche zu rütteln oder gar von ihr abzufallen. Er wollte vernunftgemäß begreifen, was nur auf Gottes Offenbarung und die Autorität gestützt sein wollte. Eine Generation von Priestern ist durch diese Schule gegangen, denn sie hat auch an anderen Lehrstätten Wurzel geschlagen. Sollte man ruhig zusehen, wie Thomas von Aquino zersetzt ward? Ein Teil der katholischen deutschen Geistlichkeit war nicht dieser Meinung. Fehlte es doch auch nicht an Bestrebungen, den Gottesdienst zu ändern, ja, das Zölibat zu beseitigen.

Einer der starrsten und entschlossensten Vertreter strenger Anschauungen, Hermes' münsterländischer Landsmann Clemens August Droste zu Vischering, ward 1836 Erzbischof von Köln als Nachfolger des milden und verträglichen August Grafen von Spiegel. Der Kronprinz selbst, dem es die mittelalterlich asketische Frömmig-

keit des Mannes angetan hatte, redete ihm das Wort und brachte geäußerte Bedenken zum Schweigen. In der neuen Stellung blieb Droste-Vischering seiner Art, die er erst als Generalvikar, dann als Weihbischof in Münster nicht verheimlicht hatte, treu. Er sperrte alsbald die Vorlesungen der hermesianischen Professoren der Bonner katholisch-theologischen Fakultät und erließ scharfe Weisungen für die Behandlung von Mischehen.

Das war der heikelste Punkt in den Berührungen der beiden Bekenntnisse. Die Bestimmungen des preußischen Landrechts und strenges Kirchenrecht waren völlig unvereinbar. Eine Art „deutscher Brauch" hatte sich gebildet, mittels dessen, ohne daß grundsätzlich Stellung genommen wurde, die Schwierigkeiten umgangen werden konnten. Noch jüngst hatten Verhandlungen der Regierung mit den rheinisch-westfälischen Bischöfen zu einer gewissen Verständigung geführt. Droste-Vischering glaubte es seinem Gewissen schuldig zu sein, keinerlei Rücksicht zu nehmen. Er ordnete an, daß Mischehen nur noch eingesegnet werden sollten nach gegebenem Versprechen katholischer Kindererziehung. Da er sich die erdenklichste Mühe gab, das katholische Volk für seine Sache in Bewegung zu setzen, griff Friedrich Wilhelm III. zur Gewalt. Droste-Vischering wurde im November 1837 verhaftet und nach Minden gebracht, wo er seinen Aufenthalt angewiesen erhielt. Es war drei Wochen vor der Vertreibung der Göttinger Sieben. Eine bewegte Zeit brach herein; von 1815—1848 ist die öffentliche Meinung nicht wieder so erregt worden. In sein Erzbistum hat Droste-Vischering nicht zurückkehren dürfen; Friedrich Wilhelm IV. hat sich 1841 mit der Kurie über die Neubesetzung verständigt. Den Posener Erzbischof Dunin traf im April 1839 aus ähnlichem Anlaß das gleiche Schicksal.

Der „Kölner Kirchenstreit" offenbarte mit einem Schlage die Stärke der katholischen Strömung. In ganz Deutschland und weit über die deutschen Grenzen hinaus erhob man sich zum Streit gegen Preußen, des Entgegenkommens, das man von der protestantischen Regierung genossen hatte, völlig vergessend. Führer ward der Koblenzer Johannes Josef Görres, jetzt Professor der Geschichte an

der Universität München, eine feurige Natur, die in rastloser Tätigkeit alle Wandlungen vom Jakobiner zum begeisterten Schwärmer für Kirche und Mittelalter durchlebt hatte. Görres besaß eine ungewöhnliche publizistische Begabung; seinen „Rheinischen Merkur“ hatte Napoleon scherzend zur „sechsten Großmacht“ erhoben. Jetzt leistete er in seinem „Athanasius“ das Höchste, aber auch das Leidenschaftlichste, glühend von Haß gegen den Protestantismus und den preußischen Staat, dem er einige zwanzig Jahre früher nicht verständnislos gegenüber gestanden hatte.

Der Kölner Kirchenstreit ist das Signal geworden zur Sammlung der katholischen Kräfte. Görres' Sohn ward 1838 mit Phillips Begründer der „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“, die noch heute als ein führendes Organ der Richtung bezeichnet werden können. Sie wurde bald stark genug, um bei jeder Wendung der Dinge ein Gewicht in die Wagschale werfen zu können. Es ist völlig falsch, ist auch heute falsch, sie als undeutsch zu bezeichnen. An Liebe zum angestammten Volke hat niemand Görres übertroffen. Aber nach seiner und seiner Gesinnungsgenossen Auffassung konnte dieses Volk seiner Bestimmung nur gerecht werden im Dienst der katholischen Kirche, und im Zweifelsfalle hatte der Glaube den Vortritt vor dem Volkstum. Das hat mehr als einmal zur Förderung der Fremden gegenüber dem eigenen Volke geführt und wird immer wieder dazu führen. Aber liegt diese Gefahr nicht beschlossen im Wesen christlicher Religion, ja der Religion überhaupt?

So schieden sich in den 30er und 40er Jahren die drei Richtungen, die dann durch ein Menschenalter das Treibende im deutschen öffentlichen Leben dargestellt haben und noch heute seinen Gang wesentlich mit bestimmen. Von Sozialdemokratie konnte noch nicht die Rede sein. Erst unmittelbar vor der Erhebung von 1848 ist „Das kommunistische Manifest“ von Marx und Engels erschienen, der erste Band von Marx' „Kapital“ erst 1867. Gesinnungen dieser Art gliederten sich dem linken Flügel der Radikalen an. Von hier bis zur äußersten Rechten des Liberalismus war man einig im Drängen nach Einheit

und Freiheit. Aber in der Einschätzung der beiden Ziele und in der Beurteilung ihres Zusammenhanges ging man aus einander; man schied sich, wie historische und doktrinäre Auffassung sich scheiden. Fortentwickelung des Bestehenden, unter allen Umständen Erhaltung des deutschen Volkes als Macht galten auf der einen, konsequente Durchführung allgemeiner politischer Grundsätze auf der anderen Seite als beste Bürgschaft für künftiges Völkerglück.

Daneben stand die Richtung, die sich allen Zeitmeinungen anpassen konnte, wenn sie nur gestatteten, der römischen Kirche die Bewegungsfreiheit zu sichern, die sie beanspruchte. Der Kölner Kirchenstreit gab dieser Gesinnung eine besondere Spitze gegen Preußen. In ihrer Hochburg Rheinland-Westfalen wirkten der Widerwille gegen die protestantische Regierung, die Abneigung des Neu- gegen den Altpreußen, die Einwirkung des französischen und besonders des belgischen Liberalismus, der ein so brauchbares Werkzeug des Klerikalismus geworden war, kräftig zusammen, ihr dieses Gepräge aufzudrücken. Daß es neben all diesen nach Änderung Drängenden überzeugte Anhänger des Alten gab, und daß sie im preußischen Staatswesen, kraft seines Werdeganges, am zahlreichsten und ihrer selbst am sichersten waren, bedarf keiner weiteren Darlegung.

Die Anziehungskraft, die ein starkes Staatswesen, welcher Regierungsform auch immer, auf Außenlebende der gleichen Bildung und Volksart fast unausbleiblich äußert, ist auch in der Entwickelung der deutschen Dinge zutage getreten. Ohne irgend welches Zutun der preußischen Regierung ist der Gedanke der preußischen Führung von einer Seite her wieder aufgenommen worden, von der man am wenigsten das Ausgeben einer solchen Losung hätte erwarten sollen.

1831 erschien der „Briefwechsel zweier Deutschen" von dem Württemberger Paul Pfizer. Seine Heimat war in den letzten Tagen des alten Reiches eine Hochburg zugleich des Partikularismus und Kosmopolitismus gewesen, und was sie seitdem gesehen hatte, war auch wenig genug geeignet, Sinn und Verständnis für deutsche Aufgaben zu fördern. Wenige der deutschen Fürsten haben sich so

geflissentlich gegen den deutschen Gedanken und insbesondere gegen preußisch-norddeutsche Oberleitung gesträubt wie König Wilhelm von Württemberg, und jetzt vertrat sein Justizassessor, dem es dann auch seine Stellung kostete, die Unterordnung der deutschen Staaten unter Preußens Führung. Er vertrat sie mit der klaren Denkkraft und der warmen Empfindungsweise seines Stammes und suchte sie, echt schwäbisch, zugleich philosophisch zu begründen und dichterisch zu verherrlichen, indem er an Hohenstaufen und Hohenzollern als die Wahrzeichen deutscher und preußischer Größe erinnerte.

Die unmittelbare Wirkung der Schrift war bescheiden; aber sie hat doch das Verdienst, den Gedanken auf die Tagesordnung gesetzt zu haben, von der er nicht wieder verschwunden ist. Die Begründung des Zollvereins tat das Ihre, ihm Boden zu gewinnen. Kam doch ein Hauptgegner preußischen Vorwärtskommens, der badische Bundestagsgesandte Freiherr von Blittersdorf, 1833 zu dem resignierenden Ergebnis: „Vielleicht kann im Deutschen Bunde nur dann ein neues Leben erwachen, wenn Preußen an die Spitze tritt, Österreich sich auf ein Schutz- und Trutzbündnis beschränkt.“ Es war ein Programm, um das man sich sammeln konnte, und das war ein Erfolg. David Strauß ermahnte 1848 seine Landsleute: „Trachtet am ersten nach Einheit, so wird Euch das Übrige alles zufallen.“ Führer der Einheit aber sollte Preußen sein.

Eine Stärkung in vaterländischem Sinne erfuhren die Gemüter, als zu Beginn der 40er Jahre das Aufeinanderschlagen von Völkern hinten weit in der Türkei Deutschland mit Krieg am Rheine bedrohte. Mehemed Ali bedrängte den Sultan und stieß auf den Widerstand von vier Großmächten, welche die Türkei stützten. Allein Frankreich, das seit Napoleons dortigem Auftreten ein besonderes Verhältnis zu Ägypten hatte, stand auf der Seite des Paschas. Es sah sich isoliert, und alsbald ward die Drohung laut, daß man Krieg und Revolution auf Europa loslassen werde. Thiers war Louis Philipps leitender Minister. Es war das erste Mal, daß er zum Kriege gegen Deutschland hetzte, das des Feindes nächstes Ziel geworden wäre. Am Rheine gedachte Frankreich sich schadlos zu halten.

Dieser Gefahr gegenüber ist in Deutschland bei Regierenden und Regierten doch nur eine Stimmung laut geworden, die entschlossener Abwehr. Damals entstand Beckers Rheinlied, dem Alfred de Musset seine höhnenden Verse entgegen setzte:

Nous l'avons eu, votre Rhin allemand.
. . . .
Où le père a passé, passera bien l'enfant.
. . . .
S'il est à vous, votre Rhin allemand,
Lavez-y donc votre livrée!

damals auch Schneckenburgers Wacht am Rhein, die erst dreißig Jahre später Gemeingut und zugleich Weckruf deutscher Einheit werden sollte. Es war in den Flitterwochen der Regierung Friedrich Wilhelms IV. Es zeigte sich, daß die Befreiungskriege doch den Grund gelegt hatten zu einer deutschen Gemeinbürgschaft. Vereine, Versammlungen, Feste, allmählich und unumgänglich größerer Bewegungsfreiheit wert erachtet, haben in der Folge den vaterländischen Gedanken in immer weitere Kreise getragen und immer tiefer verankert. Denn es war in diesem Sinne, daß geturnt, geschossen, gesungen, auch Gelehrtenarbeit getan wurde. 1846 und 1847 tagten in Frankfurt a. M. und Lübeck deutsche Germanistenversammlungen, die alles zusammen führten, was sich der Erforschung deutscher Vorzeit widmete.

Diese Lage, diese Bestrebungen und Stimmungen fand das Jahr 1848. Was es fordern wollte, lag in der Luft. Unter den Regierungen selbst waren auf Preußens Anregung Verhandlungen im Gange, wie man zu einer festeren Ausgestaltung deutscher Einheit und Gemeinsamkeit gelangen könne, als der Sturm ausbrach. In den meisten Einzellandtagen waren Verfassungsfragen in den Vordergrund getreten, zuletzt auch in Preußen. So fand die Revolution gleichsam offene Türen. Außer der preußischen hat keine Regierung dem Volkswillen, wie er sich in den letzten Februar- und ersten Märztagen äußerte, ernsthaften Widerstand entgegen gesetzt und entgegen zu setzen Mut und Mittel gefunden.

Die Erhebung vollzog sich zunächst, wie es ja kaum anders sein konnte, im Rahmen der Einzelstaaten, stellte aber fast überall auch Forderungen für Deutschlands festere Einigung auf. Einzelstaatliche und allgemeine Verlangen wurden an den verschiedenen Ursprungsstellen in bemerkenswerter Übereinstimmung laut, ohne daß irgend welche Verabredung voraus gegangen wäre oder eine gemeinsame Leitung bestanden hätte. Es gab in Deutschland kein Paris.

Man begehrte überall gewählte Volksvertretungen, meistens, wie es ja schon die Kleinheit so mancher Staaten mit sich brachte, nach dem Einkammersystem. Allgemeines, direktes, geheimes Wahlrecht ward nur vereinzelt gefordert. Regelmäßig kehrt der Anspruch auf Vereins-, Versammlungs- und Petitionsrecht, auf Preßfreiheit, Aufhebung der Zensur, volle Gewissens- und Lehrfreiheit, aber auch der auf Minderung der Militärlasten, Abschaffung der stehenden Heere und allgemeine Volksbewaffnung wieder, kaum weniger regelmäßig das Verlangen nach Reform des Gerichtswesens: Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, Zuziehung von Schöffen und Geschworenen, Aufhebung der Patrimonial-, überhaupt jeder Art von Sondergerichtsbarkeit, Revision des Strafgesetzes und Strafprozesses, Trennung von Justiz und Verwaltung. Die sozialen Forderungen richteten sich, soweit sie vorhanden waren, auf die ländliche, nicht auf die Industriebevölkerung, die noch nicht stark genug vertreten war, um als solche zur Geltung zu kommen. Man wollte die Domänenfrage gelöst wissen, verlangte Beseitigung der Grundlasten und Zehnten, Freiheit der Jagd und Waldbenutzung, Amnestie für Forst- und Wildfrevel.

Für das geeinigte Deutschland ward fast überall ein Parlament gefordert. Ein Siebener-Ausschuß, den am 5. März in Heidelberg zusammen getretene Männer eingesetzt hatten, entwarf das Programm einer Reichsverfassung, das dem Vorparlament, zu dem diese Versammlung gegenwärtige und frühere Mitglieder von Landtagen auf den 30. März nach Frankfurt einberief, als Grundlage der Beratungen gedient hat. Es forderte ein Bundesober-

haupt mit verantwortlichen Ministern, einen Senat der Einzelstaaten, ein Volkshaus aus Gewählten nach dem Verhältnis 1:70 000, Einheit im Heerwesen, in der Vertretung nach außen, in aller Gesetzgebung betreffend Handel und Schiffahrt, Zoll, Münze, Maß und Gewicht, in Zivil- und Strafgesetzgebung und im Gerichtsverfahren, einen höchsten deutschen Gerichtshof, gemeinsame Post- und Eisenbahnverwaltung, Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte. Es sind Forderungen, wie sie durch die norddeutsche Bundes- und die deutsche Reichsverfassung, sowie in der späteren Gesetzgebung zum weitaus größeren und auch zum wesentlichen Teil Verwirklichung gefunden haben. Auf Grund der Beschlüsse des Vorparlaments ist am 18. Mai 1848 die Frankfurter Nationalversammlung zusammen getreten. Als Erzherzog Johann am 29. Juni zum „Reichsverweser" erwählt war, löste sich der Bundestag auf.

Deutschland hat eine Vereinigung von Männern, wie sie in Frankfurt nun ziemlich ein Jahr lang über sein Wohl und Wehe beriet, sonst nicht gesehen. Wohl war mancher erschienen, der seine Wahl mehr bedenklichen, als empfehlenden Gaben verdankte, aber sicher war in der Paulskirche auch eine außerordentlich große Zahl der Besten versammelt, die das deutsche Volk zu den Seinen zählte. Unendlich oft ist die Frage aufgeworfen worden: „Wie konnte es kommen, daß eine solche Versammlung ergebnislos aus einander gehen mußte?", und unendlich oft und verschiedenartig ist sie beantwortet worden. Es gibt nur eine Erklärung: Weil es unmöglich war, Deutschland von Frankfurt her aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat umzuwandeln. Leichter hätte die französische Revolution von Toulouse oder Rouen, Clermont oder Amiens aus gemacht werden können. Der Gang der deutschen Geschichte verlegte diesen Weg vollständig. Sie hatte Lasten hinein gewälzt, die zu heben außerhalb Berlins und Wiens kein archimedischer Punkt zu finden war. Mit Recht ist auf den Mangel an politischem Verständnis, an politischer Erfahrung bei den Frankfurtern hingewiesen worden; aber auch die Weisesten der Weisen hätten die Aufgabe, wie sie gestellt war, nicht lösen können.

Durch Monate ist das Glück dem Begonnenen förderlich gewesen. Preußen schien anfangs der Revolution standhalten zu sollen. Die süddeutschen Höfe näherten sich ihm in dem Vertrauen, daß es eine Stütze werden könne, sowohl gegen etwaige republikanische Gelüste der eigenen Untertanen, als auch gegen daraus vielleicht sich ergebende französische Einmischung. Sie hätten sich in dieser Lage allenfalls bereit finden lassen, Preußens Führung zu dulden. Aber da kam der 18. März. Auch Preußens König wich der Revolution. Es kam eine Zeit, in der man hoffen durfte, selbst diesen Staat unter den Willen einer deutschen Volksvertretung beugen zu können. Es zeigte sich aber bald, daß Deutschlands Einigung nicht allein eine deutsche, sondern auch eine europäische Frage war, und daß Frankfurt solche Fragen nicht zu lösen vermochte.

Schleswig-Holsteins Bedeutung für die Entwickelung unseres nationalen Empfindens ist im Bewußtsein der Lebenden einigermaßen verblaßt. Und doch hat in der Zeit von den Befreiungskriegen bis zum deutsch-französischen Entscheidungskampfe nichts deutsches Nationalgefühl so andauernd und so eindringlich beschäftigt wie die Beziehungen der Herzogtümer zu Dänemark.

Sie waren einst durch die Wahl ihrer Stände mit dem Königreich in Personalunion verbunden worden. Die Verzweigung des Oldenburger Hauses hatte sie seit dem Tode Friedrichs I. (1533) in einen königlichen und herzoglichen Teil geschieden. Trotz zeitweiliger viel weiter gehender Aufteilung war die ständische Verfassung stets eine einheitliche geblieben, was durch die Streulage der in den einzelnen Landschaften den Erbberechtigten zugewiesenen Teilungsstücke erleichtert wurde. Diese Gemeinsamkeit hat auch vor allem bewirkt, daß die Landesverwaltung stets deutsch gewesen ist, und daß die deutsche Sprache, die schon im Mittelalter jenseits der Eider, besonders in den Städten, Fuß gefaßt hatte, sich weiter und weiter verbreitete, durch die von Deutschland her übernommene Reformation noch besonders gefördert.

Dem ist auch nicht Einhalt geschehen, als der königlichen Linie gelang, die herzogliche, das Haus Gottorp, das seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in immer schärferen Gegensatz zu ihr geraten war, zunächst 1720 nach dem Abschluß des Großen Nordischen Krieges aus Schleswig und dann 1767 bezw. 1773 durch den Verzicht der Kaiserin Katharina und ihres von dem Gottorper Zar Peter III. stammenden Sohnes Paul auch aus Holstein zu verdrängen. Sind die Klagen der Dänen übertrieben, daß ihr Königreich unter dem Einfluß der Schleswig-Holsteiner gelitten habe, so ist umgekehrt von einem dänisch-nationalen Einfluß auf die Herzogtümer in der früheren Zeit auch nichts zu entdecken. Dänemarks Vertretung nach außen ist stets durch die deutsche Kanzlei vermittelt worden, und die persönlichen Verbindungen des Königshauses mit Deutschland, sowie fortdauernde, im 18. Jahrhundert noch einmal stark zunehmende deutsche Bildungseinflüsse haben nie den Gedanken aufkommen lassen, die Machtstellung in den Herzogtümern der Ausbreitung dänischen Wesens dienstbar zu machen. Andererseits haben die Schleswig-Holsteiner in dieser Zeit dänischer Königsherrschaft in Loyalität stets mit den Dänen gewetteifert und nie daran gedacht, sich von dem Königreich zu trennen.

Das ist im 19. Jahrhundert anders geworden. Der britische Überfall von 1807 hatte Dänemark Napoleon in die Arme getrieben. Es war noch fester an ihn gekettet worden, als Bernadottes Beitritt zur Allianz mit der Aussicht auf Erwerbung Norwegens als Ersatz für Finland erkauft wurde. Dazu hatte der Nationalitätsgedanke, der über Europa dahinflutete, auch das so regsame, jetzt aber so sehr geschmälerte dänische Volk ergriffen. Es suchte schärfer zusammen zu fassen, was es noch sein nannte. Daß Schleswig und Holstein in verschiedenen staatsrechtlichen Beziehungen standen, hatte auch der Deutsche Bund anerkannt, indem er dieses zum Bundesland erklärte, jenes nicht. In Dänemark ward und wird die Anschauung vertreten, daß die 1721 nach Erwerbung des gottorpischen Anteils an Schleswig geleistete allgemeine Huldigung überhaupt jedem Sonderrecht ein Ende gemacht habe. Bei den Versuchen aber,

die jetzt begannen, Schleswig in nähere Verbindung mit dem Königreiche zu bringen, stieß man auf die gemeinsamen Stände beider Herzogtümer. Auch an den Schleswig-Holsteinern war die deutsche Erhebung nicht spurlos vorüber gegangen. Sie „freuten sich" nicht mehr, daß „Dänenblut in ihren Adern fließe", als sie das Königreich für Napoleon kämpfen sahen. Es kam bald zu scharfen Streitigkeiten zwischen Ständen und Regierung, in denen als Sekretär der Ritterschaft der Kieler Professor Friedrich Christoph Dahlmann zuerst zu größerer politischer Tätigkeit gelangte, und in denen die Herzogtümer sich 1822 hilfesuchend an den Bund wandten, wie schon bemerkt, vergeblich.

Der Gegensatz ist dann rasch verschärft worden durch die steigende Geltung, welche die Zeitgedanken Nationalität und Konstitutionalismus auch in Dänemark gewannen. Dänemark war seit 1660 ein ganz absolut regiertes Land. Aufgeklärter Despotismus hatte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts für die Hebung des Volkes Erhebliches geleistet. Es fühlte sich völlig reif, an der Leitung seiner Geschicke selbständigen Anteil zu nehmen, selbstverständlich aber nicht unter irgend welchem Verzicht auf Herrschaftsrechte oder nationale Ansprüche. Wie hätte man Schleswig, das völkerrechtlich von jeher als ein Teil Dänemarks gegolten hatte, das nördlich der Wiedau und der Flensburger Bucht durchaus überwiegend dänische Bevölkerung barg, preisgeben sollen! So gingen die Verfassungsbestrebungen entweder auf Gesamtstaatseinrichtungen, die auch Holstein einschließen sollten, oder auf ein „eiderdänisches" Ziel, volle Einverleibung Schleswigs und Absonderung Holsteins zu bloßer Personalunion. In den Herzogtümern wollte man weder auf die ständischen Rechte verzichten, mit denen man seit einem halben Jahrtausend verwachsen war, noch auf die überlieferte nicht viel jüngere Einheit, das „up ewig ungedeelt" der königlich-herzoglichen Handfeste von 1460.

Die Familienverhältnisse im königlichen Hause schienen einen Ausweg im deutschen Sinne zu öffnen. Es verfügte, als Christian VIII.

1839 die Regierung antrat, nur noch über einen männlichen Erben, seinen Sohn Friedrich, von dem man wußte, daß er nie völlig regierungsfähig werden würde. Nach dessen Tode stand nach dem Erbrecht des Königreichs den Glücksburgern, weiblicher Nachkommenschaft, nach dem der Herzogtümer den Augustenburgern die Nachfolge zu.

Christian VIII. identifizierte sich völlig mit den nationalen Bestrebungen seines Volkes. Sein „Offener Brief" vom 8. Juli 1846 verdankt seinen Ursprung einer Anregung der dänischen Ständeversammlung. Er verkündete, daß für Dänemark, Schleswig und Lauenburg und wahrscheinlich auch für Teile von Holstein das gleiche Erbrecht bestehe, und daß der König alles tun werde, die dänische Gesamtmonarchie ungeteilt zu erhalten. Am 20. Januar 1848 ist Christian VIII. gestorben. Der „Offene Brief" hatte in den Herzogtümern die heftigste Erregung hervor gerufen. Beschwerde beim Bunde war wie früher erfolglos geblieben. Man fand in Frankfurt, daß der Brief den Rechten des Bundes, der Agnaten und der schleswig-holsteinischen Stände nicht abträglich sei. So schritt man in den Herzogtümern zur Selbsthilfe. Am 24. März 1848 bildete sich eine provisorische Regierung, die Selbständigkeit des ungeteilten Landes und die rechtmäßige Erbfolge durchzusetzen. Damit hatte man der jungen deutschen Politik eine schwere Aufgabe gestellt.

Das in Frankfurt versammelte Vorparlament hat schon am 31. März Schleswig für Bundesland erklärt. Daß es damit völlig neues Völkerrecht schuf, hat ihm keine Skrupel gemacht. Es hat an demselben Tage Ost- und Westpreußen dem Bunde einverleibt, zugleich aber es für eine heilige Pflicht des deutschen Volkes erklärt, mit allen Kräften die Wiederherstellung des Polenreichs zu bewirken und so das durch die Teilung Polens verübte Unrecht wieder gut zu machen. Es geschah das in demselben Augenblicke, wo die Deutschen der Provinz Posen zu den Waffen greifen mußten, Hab und Gut gegen ihre Mitbürger polnischer Zunge zu verteidigen!

In der schleswig-holsteinischen Frage gingen Regierungen und

Volksvertretung eine Strecke Weges mit einander. Dem dänischen Nationaleifer stemmte sich kein geringerer deutscher entgegen. Unter dem Jubel von ganz Deutschland drängten preußische und Bundestruppen die Dänen aus den Herzogtümern hinaus. Aber es zeigte sich bald, daß das Ausland, daß besonders England und Rußland nicht ruhig zusehen mochten. Da Reichsverweser und Nationalversammlung eine völkerrechtlich anerkannte Autorität nicht besaßen, so mußte Preußen die diplomatischen Verhandlungen führen. Es trug begründete Scheu vor einem europäischen Konflikt und ließ sich unter schwedischer Vermittelung am 26. August 1848 auf den Malmöer Waffenstillstand ein, der fast vollständige Räumung der Herzogtümer durch deutsche wie dänische Truppen, Nichtigkeitserklärung der Erlasse der provisorischen Regierung und ihre Ersetzung durch eine neue vereinbarte.

Sollte die Nationalversammlung diesen Vertrag annehmen? Sie verwarf ihn zunächst. Die Mehrheit sah sich aber außerstande, ein Ministerium zu bilden, und am 16. September erfolgte die Annahme. Am zweiten Tage darnach wurden zwei Mitglieder der Nationalversammlung, Hans Adolf von Auerswald und Fürst Lichnowsky, aus Anlaß der Abstimmung auf der Landstraße draußen vor Frankfurt ermordet. Die Klippen, an denen das Schifflein der ersehnten Reichseinheit zu zerschellen drohte, zeigten sich deutlich und im unmittelbaren Nebeneinander. Die weitaus gefährlichste war doch die Schwierigkeit der großen Politik.

Als die deutsch-dänischen Friedensverhandlungen zu keiner Verständigung führten und der Krieg Anfang April 1849 wieder begann, hatten sich die Verhältnisse auf der deutschen Seite völlig geändert. Die beiden Großmächte waren wieder zu Kräften gekommen, Herren ihres Willens und ihrer Macht. Es zeigte sich bald, daß gegen sie nichts mehr durchgesetzt werden konnte.

Ohne ernstere Kämpfe war das nach dem ersten Zusammenstoß in Preußen geschehen. Es war bald zu Tage getreten, daß das

Königtum in der Bevölkerung noch einen unerschütterlichen Halt besaß. In Berlin tagte seit dem 22. Mai an Stelle des Vereinigten Landtags eine konstituierende Landesversammlung. Als ihre Arbeit am Verfassungswerk nicht vorwärts ging, sie unter den Einfluß der Straße geriet und sich Regierungsbefugnisse anmaßte, gar Einfluß auf die Heeresverwaltung begehrte, erinnerte sich der König, daß er noch in der Lage sei, Willen gegen Willen zu setzen. Das Ministerium Brandenburg trat am 8. November an die Stelle wechselnder Staatsleiter und verlegte die Versammlung, die gegen die neuen Vertreter des Königs protestierte, nach Brandenburg. Als sie sich dort nicht beschlußfähig wieder zusammenfand, ward sie am 5. Dezember aufgelöst. Eine neue Landesvertretung, die auf Grund einer vom Könige gegebenen, in liberalen Zugeständnissen weit entgegen kommenden Verfassung gewählt worden war, trat am 26. Februar 1849, in zwei Kammern gegliedert, an ihre Stelle. In Preußen hatte der König die Zügel wieder in der Hand; ein proklamierter Volkswille konnte ihm nichts mehr aufzwingen.

Und zu dem gleichen Ergebnisse gelangte, wenn auch nach schwereren Krisen, ungefähr um die gleiche Zeit die Kaisermacht Österreich. Sie war heftiger getroffen worden als irgend ein anderer an den deutschen Angelegenheiten beteiligter Staat. Denn die mit der konstitutionellen überall verbundene nationale Strömung drohte die aus so buntscheckigem Völkergemisch zusammengesetzte Monarchie völlig hinweg zu schwemmen. Lauter noch als die Deutschen erhoben Magyaren und Italiener, Tschechen und Polen nationale Forderungen. In Ungarn und Lombardo-Venetien war das Feldgeschrei: Los von Österreich; hier versuchte Karl Albert von Sardinien, sein Königreich über das ganze Pogebiet auszudehnen. Metternich hatte gleich zu Beginn der Erhebung aus 40 jähriger Alleinherrschaft weichen müssen, und Kaiser Ferdinand verlegte am 17. Mai seine Hofhaltung von Wien nach Innsbruck.

Da brachte Österreichs Heer Rettung; wäre die Armee nicht gewesen, schwerlich hätte der Kaiserstaat zusammengehalten. Die Verse, die Grillparzer Radetzky zusang: „In deinem Lager ist Österreich,

wir andern sind einzelne Trümmer", sagten die Wahrheit. Der greise Feldmarschall konnte Ende Juli die Piemontesen wieder aus der Lombardei hinaus treiben. Das empörte Prag, das sich einen Augenblick als Hauptstadt eines böhmischen Reiches träumte, hatte Windischgrätz schon am 17. Juni durch Beschießung von der Kleinseite aus wieder unterworfen. Er war es auch, der in den letzten Oktobertagen Wien mit Waffengewalt wieder unter des Kaisers Willen zwang. Ein konstituierender Reichsrat hatte dort weit größere Gewalt erlangt als die Berliner Nationalversammlung, dann aber seine Macht an die Volkshaufen verloren.

Der Kaiser, der im August in die Hauptstadt zurückgekehrt war, hatte sie am 7. Oktober zum zweiten Male verlassen und im festen Olmütz Zuflucht gesucht. Am 2. Dezember trat er zugunsten seines achtzehnjährigen Neffen Franz Josef zurück, nachdem er Fürst Felix Schwarzenberg zum leitenden Minister ernannt und den Reichsrat nach Kremsier in Mähren berufen hatte. Da eine Einigung mit der Regierung nicht zustande kam, ward der Reichsrat am 9. März 1849 aufgelöst und eine schon vom 4. März datierte Gesamtverfassung für alle Länder der habsburgischen Krone oktroyiert. Sie ist nie in Kraft getreten, für Ungarn aber Anlaß geworden, sich unabhängig zu erklären. Es wurde im Sommer 1849 mit russischer Hilfe wieder unterworfen. Karl Albert von Sardinien, der auf Drängen seines Volkes im März 1849 den Krieg erneuerte, wurde schon am 23. dieses Monats bei Novara von Radetzky so geschlagen, daß er am nächsten Tage der Krone entsagte.

Inzwischen hatte man sich in Frankfurt um eine deutsche Verfassung bemüht. Was erreicht wurde, wird immer ein Zeugnis dafür bleiben, daß Sachkenntnis in der Versammlung vertreten war, und daß Besonnenheit, wenn auch nicht ohne schwere Kämpfe, sich durchzusetzen vermochte. Dahlmann hat sich hier größtes Verdienst erworben und staatsmännische Begabung im besten Sinne gezeigt. Der nationale, gemäßigte Liberalismus behielt die Oberhand. Er schuf eine Verfassung, deren wesentlichste Züge in unsere Reichsver-

fassung, wie sie von 1871—1918 Geltung hatte, übergegangen sind. Die geschichtlichen Hemmnisse vermochte er aber nicht aus dem Wege zu räumen.

Am 27. Oktober 1848 faßte die Nationalversammlung den Beschluß: „Kein Teil des Deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein." Österreich antwortete am 27. November mit der Erklärung: „Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen." Es hatte sich bisher mit dem Einfluß begnügt, den es durch seine Vertreter und den Reichsverweser im Parlament auszuüben vermochte. Es hatte sich aller Leistungen für Deutschland entschlagen, weder sein Kontingent für Schleswig-Holstein gestellt, noch die ausgeschriebenen Beiträge für die im Entstehen begriffene deutsche Flotte entrichtet. Es beschränkte sich auch jetzt auf diese hinhaltende Erklärung. Aber an demselben 4. März 1849, auf den Schwarzenberg die österreichische Verfassung zurück datierte, ließ er die Öffentlichkeit wissen, daß „die zukünftige Konstitution das ganze, unteilbare Österreich umfassen werde", und am 9. März, wo diese Verfassung kund gegeben wurde, schrieb er an Schmerling, den Führer der österreichischen Parlamentsmitglieder in Frankfurt, „Österreich könne nicht einzelne Provinzen aus dem innigen Verbande der Monarchie reißen lassen; die deutsche Einheit müsse auf einem Wege gesucht werden, der es Österreich ermögliche, ohne Aufgeben seiner selbst im großen Gesamtvaterlande zu verbleiben". Es war klar, daß Österreich sich weder der geplanten Reichsverfassung fügen, noch sich aus dem Reiche hinaus drängen lassen wollte.

Trotzdem wurde diese Verfassung mit der erblichen Kaiserwürde am 27. März 1849 angenommen, allerdings nur mit 267 gegen 263 Stimmen. Dagegen waren die Österreicher, die meisten Süddeutschen, die Klerikalen und was an Radikalen an der Kaiserwürde überhaupt oder auch an ihrer Erblichkeit Anstoß nahm. Wie wunderlich politische Meinungen sich noch gestalteten, zeigt, daß zu letzteren auch Uhland gehörte. Am Tage nach Annahme der Reichs-

verfassung, am 28. März, ward Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser gewählt, mit 290 Stimmen bei 248 Stimmenthaltungen.

So war der Weg zur Einheit gewiesen, den die Mehrheit der Nationalversammlung als gangbar ansah. Warum hat er nicht zum Ziele geführt? Die Frage ist fast so oft verschieden beantwortet wie aufgeworfen worden.

Friedrich Wilhelm IV. hat geäußert, daß er eine Krone aus Händen, die sie nicht zu vergeben hätten, nicht annehmen werde. Seine ganze Denkart gestattete kein anderes Verhalten. Gewiß beruhten seine Vorstellungen vom Gottesgnadentum des Fürstenamtes auf ungenügender Geschichtskenntnis. Ein Gottesgnadentum, wie es sich in seinem Kopfe gestaltete, hat das Mittelalter nicht gekannt; die Auffassung war im Grunde genommen jung genug. Aber es lag in ihr doch ein richtiges und wertvolles Gefühl für die Macht geschichtlicher Überlieferung. Nüchternste politische Erwägung hätte kaum zu einer anderen Entscheidung führen können, als der König sie fällte. Indem er nicht annehmen wollte, was seine Brüder auf den Thronen ihm nicht anboten, und so auf die Wünsche der Fürsten mehr Gewicht legte als auf die der Völker, traf er, so anfechtbar, ja unhaltbar seine Rechtstheorie sein mochte, politisch durchaus das Richtige; er berücksichtigte die Macht.

Weder Österreich noch eins der Königreiche hat die Reichsverfassung anerkannt, demnach auch nicht die preußische Kaiserwürde. Österreich beantwortete die Annahme der Reichsverfassung und die Wahl Friedrich Wilhelms mit der Abberufung seiner Landeskinder aus der Nationalversammlung und mit der Erklärung, daß „der österreichische Kaiser sich niemals die Unterordnung unter einen deutschen Fürsten gefallen lassen, nie einwilligen werde, daß ein fremder gesetzgebender Körper auf den österreichischen Staat eine Wirksamkeit und einen Einfluß ausübe!" Der neue Kaiser hätte seine Stellung mit den Waffen in der Hand erkämpfen, seine Herrschaft der größeren Hälfte Deutschlands aufzwingen müssen und das auf Grund einer Wahl, bei welcher die für ihn abgegebenen Stimmen noch hinter der Hälfte der Mitglieder der National-

versammlung zurück blieben, und zu einer Zeit, wo der schleswig-holsteinische Krieg neu entbrannt war, wo russische Truppen nach Ungarn zogen, die verhaßte Revolution zu bekämpfen. Konnte Preußen jetzt einen solchen Streit ausfechten? Man hat oft gesagt, Friedrich der Große würde alsbald zugegriffen und sich zum deutschen Kaiser gemacht haben. Möglich, wenn auch nicht gerade wahrscheinlich! Daß Friedrich Wilhelm IV. es abgelehnt hat, unter dem Reichsbanner den Bürgerkrieg zu entfalten, kann, wer die Persönlichkeit nimmt, wie sie war, und die Kräfte Preußens wertet, wie sie damals zur Verfügung standen, nur als eine günstige Wendung der deutschen Geschicke ansehen. Was von der Hilfe des „Volkes" zu erwarten war, zeigte sich in den Versuchen, die in Baden, in der Pfalz, in Dresden gemacht wurden, die Reichsverfassung zu verteidigen; sie unterlagen bescheidenen Truppenaufgeboten.

Allerdings waren nun die nächsten Folgen überaus betrübend. Die Nationalversammlung nahm als Rumpfparlament am 18. Juni in Stuttgart ein trauriges Ende. Der Wiederbeginn der Feindseligkeiten in Schleswig-Holstein führte rasch zu einer zweiten Besetzung der Herzogtümer durch deutsche Truppen. Als aber das schleswig-holsteinische Heer selbständig in Jütland vorzudringen suchte, erlitt es vor Fridericia durch nächtlichen Ausfall der gesammelten Dänen eine empfindliche Niederlage, der einige Tage später (am 10. Juli) ein von Preußen geschlossener neuer Stillstand folgte. An seine Stelle trat nach Jahresfrist (2. Juli 1850) der Friede, der die Herzogtümer sich selbst überließ. Sie erlagen der Übermacht, als sie versuchten, sich mit eigenen Kräften gegen Dänemark zu behaupten. Nach der Schlacht bei Idstedt und den Gefechten bei Missunde und Friedrichstadt mußte Schleswig den Dänen überlassen werden; freiwillige Hilfe aus Deutschland konnte das Werk nicht vollenden, von dem die Regierungen sich zurückzogen.

Inzwischen hatte Preußen begonnen, eine Einigung in engerem

Kreise zu erstreben. Im Dreikönigsbündnis vom 26. Mai 1849 verständigte es sich mit Sachsen und Hannover zur Bildung einer Union, der sich nach und nach 17 kleinere Staaten anschlossen. Im März und April 1850 tagte in Erfurt ein Unionsparlament. Aber um diese Zeit waren Hannover und Sachsen schon wieder ausgetreten und hatten sich mit Baiern und Württemberg zu einem Vierkönigsbündnis vereinigt. Österreich stand ihnen zur Seite und drängte auf volle Auflösung der Union und auf Wiederaufrichtung der Bundesverfassung. Herr in Ungarn, Rußland hinter sich, fühlte es sich stark genug, auch in Deutschland die letzten Spuren der Revolution zu verwischen. In Preußen erhob sich ein Kampf um die Person des Königs wie einst in den Jahren nach dem Befreiungskriege. Er endete mit einem vollen Siege der Männer der Reaktion, nicht am wenigsten unter dem Drucke Rußlands, des Zaren Nikolaus, Friedrich Wilhelms autokratischen Schwagers. Preußen ging nach Olmütz. Die dort geführten Verhandlungen endeten am 29. November 1850 mit einem vollen Verzicht auf die Unionspolitik. Nicht nur zu einer Beendigung des in Kurhessen ausgebrochenen Verfassungsstreites im Sinne Österreichs, sondern auch zur Auslieferung Holsteins an Dänemark gab Preußen seine Zustimmung. „Strafbaiern" halfen dem Kurfürsten und seinem Minister Hassenpflug die Verfassung von 1831 beseitigen, und österreichische Truppen, deren Fahnen bisher in den Herzogtümern nicht gesehen worden waren, rückten nach Holstein, der Landesregierung ein Ende zu machen und die Armee der Herzogtümer aufzulösen.

Es war eine tiefe Demütigung Preußens. Auch in den Kreisen derer, die durch ihre Auffassung die Entschließungen der Krone bestimmt hatten, ward das empfunden. Der Name Olmütz bedeutete auch in ihrem Gedächtnis eine Brandmarkung. Den am 18. März 1848 eingebüßten Ruf, ein Hort gegen die Revolution zu sein, hatte man in Dresden und am Oberrhein wieder gewonnen; an Preußens Führerschaft zu deutscher Einheit und Freiheit glaubte in diesen Tagen niemand mehr. Und auch der Reaktion war

man nur Schleppenträger. Österreich gab wieder in Deutschland den Ton an.

Und doch, wer könnte behaupten, daß Ausharren beim Unionsgedanken Preußen und Deutschland zum Segen gereicht haben würde? Der Fehler war, ihn überhaupt gefaßt zu haben. Ihm standen kaum weniger Feinde gegenüber als der Kaiserwürde. Sollte einmal etwas gewagt werden, dann hätte es schon um den größeren Preis geschehen müssen. Konnte aber Preußen überhaupt etwas wagen? Die Erfahrungen der beiden letzten Jahre hatten in der Organisation der preußischen Wehrkraft schwere Mängel aufgedeckt. Die enge Verbindung von Linie und Landwehr brachte gleich bei der Mobilmachung zahlreiche Familienväter unter die Fahne. Das beeinträchtigte die Schlagfertigkeit und vermehrte die wirtschaftliche Last, die der Krieg an sich auferlegte. Preußens damalige Heeresverfassung gab dem Staate wohl Widerstandskraft; einem Kriege, der mit glänzenden Erfolgen gegen überlegene Gegner hätte enden *müssen*, war sie wenig gewachsen.

Dieser Mangel konnte aber nicht ausgeglichen werden durch erreichbare Hilfskräfte. Man hätte Europa gegen sich gehabt und von den Unionsgenossen nennenswerten Zuzug nicht erwarten dürfen. Ihre Wehrverfassung genügte durchweg kaum den bescheidensten Anforderungen. So ziemlich durch das ganze halbe Jahrhundert von den Befreiungskriegen bis 1866 geht ein starker Zug nach möglichster Beschränkung aller Kriegsvorbereitungen. Unter den 48er Forderungen kehrt kaum eine häufiger und nachdrücklicher wieder als die nach allgemeiner Volksbewaffnung und Einführung des Milizsystems. Die süddeutsche Volkspartei, die ja am getreuesten den Charakter des vormärzlichen Linksliberalismus bewahrte, hat diesem Verlangen bis ins gegenwärtige Jahrhundert hinein in ihrem Programm eine Stelle eingeräumt, wohl unterrichtet über seine große Volkstümlichkeit. „Soldaten im Frieden sind Öfen im Sommer" schien der weit überwiegenden Mehrzahl der nichtpreußischen Deutschen so überzeugend wie verständlich. Gerade auf der Abneigung gegen preußische Wehrpflicht und preußischen

Militärdienst beruhte in weiten Kreisen der Bevölkerung die verbreitete Scheu vor preußischem Wesen und preußischer Staatsangehörigkeit. Gegenüber einem Unions- oder gar einem Reichsparlament hätte es Preußen schwer werden mögen, seinen Heereseinrichtungen eine weitere Verbreitung zu verschaffen; leicht hätte es sich genötigt sehen können, sie allgemeinen Volksvorstellungen preiszugeben. Und doch beruhte auf ihnen Deutschlands staatliche Zukunft!

Und dann: Konnten preußische Staatsmänner ein anderes Ziel ins Auge fassen als Preußens Wohl und Preußens Größe? Wären die gefördert worden durch Aufgehen in der Union, wie sie zusammen getreten war? Die Schwierigkeit, einen so großen und starken, mit gutem Grunde selbstbewußten Staat, einen Staat, von dem man sagen kann, daß gerade auf seinem Selbstbewußtsein zum nicht geringen Teile Deutschlands Unabhängigkeit beruhte, mit der bunten Masse der Mittel- und Kleinstaaten in eine organische Verbindung zu bringen, ist auch den Männern, welche die preußische Spitze vertraten, zum vollen Bewußtsein gekommen. Die glückliche Lösung, die ihr später Fürst Bismarck gegeben hat, ist aber dessen eigenster Gedanke. In den Kreisen der Nationalen ist vor, während und nach 1848 oft erwogen worden, ob man nicht Preußen provinzenweise in die deutsche Einheit eingliedern, seine Vertretung in der deutschen Verfassung nicht in die Hände der einzelnen Teile statt des Gesamtstaates legen könne. Es war dem gegenüber ein gesundes und berechtigtes Gefühl, daß Preußens Geschick nicht der Entscheidung eines Staatenbundes anvertraut werden dürfe, für den es zwar den weitaus größeren Teil der Lasten und Pflichten zu tragen gehabt, auf dessen Leitung es aber im besten Falle nur einen umstrittenen Einfluß hätte gewinnen können. Man darf preußische Staatsmänner nicht tadeln, daß sie für solche Aussicht nicht in den Daseinskampf eintreten mochten, denn ein solcher wäre es geworden; man kann nur diejenigen tadeln, die überhaupt dem Unionsgedanken in Preußen Einlaß gewährt hatten.

Wie immer, für Deutschland war der Ausgang seiner Erhebung

überaus traurig. Die Jahre, die der 48er Bewegung folgten, sind die trübsten, die unser Vaterland im 19. Jahrhundert durchlebt hat. Die Hoffnungen von Millionen, von Tausenden der edelsten und besten Männer waren vernichtet. Die Reaktion zeigte nicht den kleinlichen Zug wie in den 20er und 30er Jahren. Handelte es sich doch um ganz andere Hergänge! Hätte man Demagogenverfolgung treiben wollen, die eine Hälfte Deutschlands hätte die andere einsperren müssen. Man hatte genug zu strafen für offene Erhebung gegen die bestehenden Staatsgewalten. Auch vermochte man nicht, die mancherlei Rechte und Freiheiten, die das Jahr 1848 gebracht hatte, völlig oder auch nur zum größeren Teil wieder zu beseitigen. Es gelang nicht mehr, die Presse in dem Maße wieder zu knebeln wie früher, auch nicht, Vereine und Versammlungen entscheidend einzuschränken. Der in Frankfurt neu eingerichtete Bundestag hat unter Österreichs Leitung und Antrieb in verschiedenen Bundesstaaten allzu liberale Verfassungen rückwärts reformieren helfen; an eine allgemeine Rückführung auf den Stand vor 1848 konnte auch er nicht denken.

Aber es ist auch so verständlich, wenn die Bevölkerung sich verdrossen vom Staate abwandte. Tausende und aber Tausende haben der Heimat den Rücken gekehrt, manche, weil sie Strafen zu gewärtigen hatten, die große Mehrzahl doch, weil sie verzweifelte an der Zukunft des Vaterlandes, nicht bleiben wollte in einem Lande, das ihnen nicht gestattete, sich in ihrem Sinne auszuleben. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ist eine starke Auswanderung erfolgt überwiegend aus politischen Gründen, besonders aus dem am meisten aufgewühlten Südwesten. In Württemberg, Baden und Hessen hat die Bevölkerung in den nächsten Jahren abgenommen, in Württemberg in den Jahren 1852—1855, allerdings unter Mitwirkung wirtschaftlicher Gründe, von 1 733 263 auf 1 669 720. Eine Auswanderungsziffer von 100 000 hat Deutschland zuerst 1852 erreicht; 1854 wanderten 190 000 aus, weiterhin weniger. Die Ereignisse von 1866 haben die Zahl wieder auf 100 000 gebracht.

Olmütz bedeutet den Beginn einer neuen Periode österreichischer Vorherrschaft in Deutschland. Die Berichte Bismarcks aus dem Bundestag gewähren uns heute klare Einsicht, mit welchen Mitteln sie ausgeübt und aufrecht erhalten wurde. Sie zielte vor allem auf möglichste Lahmlegung Preußens und war in diesem Streben auch erfolgreich. In zwei Fragen stieß die österreichische Politik aber auf festen, nicht besiegbaren Widerstand. Sie versuchte vergeblich, den Zollverein zu sprengen oder sich in ihn einzudrängen, und sie bemühte sich ziemlich ebenso erfolglos, Preußen und den Bund in den europäischen Angelegenheiten dem Kaiserstaat dienstbar zu machen. Auch in diesen Tagen, in denen Preußen seinem deutschen Beruf entsagt zu haben schien, hat es Deutschland vor dem Schicksal bewahrt, wieder Kampfplatz und vielleicht Kompensationsobjekt für die Entscheidung europäischer Streitfragen zu werden.

Im Krimkrieg schien Österreich die Gelegenheit zu winken, als Donaumacht zu voller Entfaltung zu gelangen. Als die Westmächte für die Türkei eintraten, räumten die Russen die besetzten Donaufürstentümer. Österreichische Truppen rückten ein. Dauernde Behauptung war nur zu erreichen durch offene Parteinahme gegen Rußland. Die Westmächte drängten dazu. Dankespflichten für Rußlands Hilfe in Ungarn hätten nicht gehindert, ihnen zu willfahren. Aber man fürchtete das Risiko eines Krieges, in dem Österreich der nächst ausgesetzte Gegner gewesen wäre. Es suchte Deckung bei Preußen und am Bunde, Bürgschaft für seinen Landbesitz, dessen Erhaltung ein deutsches Interesse darstelle. In den Jahren 1854 und 1855 sind wiederholt und in verschiedenen Formen die nachdrücklichsten Versuche gemacht worden, die deutschen Staaten in eine russenfeindliche Politik hinein zu ziehen.

Sie scheiterten an der Haltung der preußischen Staatslenker. Es wäre nicht nur ein völliger Bruch mit einer vierzigjährigen, bewährten Tradition gewesen, sich gegen Rußland gebrauchen zu lassen, es hätte Preußen auch genötigt, die Hauptlast auf sich zu nehmen in einem Kampfe, aus dem fördernder Gewinn nicht hervor gehen konnte. Daß die Westmächte infolgedessen nicht gut auf Preußen

zu sprechen waren, versteht sich von selbst. Es war die Lage, die den französischen Gesandten am Berliner Hofe veranlaßte, an Bismarck die Mahnung zu richten: „Diese Politik wird Sie nach Jena führen", worauf er die Antwort entgegennahm: „Warum nicht nach Leipzig oder Waterloo?" Es war auch eine Politik, die der Liberalismus als grundsätzlicher Russenfeind einstimmig verurteilte. Sie ward aber von den deutschen Kabinetten gewürdigt. Sie wurden wieder inne, daß Deutschlands Interessen in europäischen Fragen ihre beste Deckung bei Preußen finden würden.

Auch in innerdeutschen Fragen blieb Preußen über die Zollvereins-Wirksamkeit hinaus in diesen Jahren doch nicht ganz untätig. Wie es seit dem Wiener Kongreß durch den Ausbau der eigenen Festungen und seine fast unablässigen Bemühungen um die des Bundes weitaus am meisten für die Sicherung der deutschen Westgrenze geleistet hatte, so hat es auch jetzt in diesem Streben nicht nachgelassen. In die 50er Jahre fallen, als allein erreichbarer Ersatz für die so oft und zuletzt noch dicht vor 1848 erstrebte allgemeine Hebung der Bundesbewaffnung, die ersten Militärkonventionen mit kleinen norddeutschen Staaten, die deren Streitkräfte in Ausbildung und Bewaffnung den preußischen gleichartig machten. Als die junge deutsche Flotte, vor allem auf Österreichs Betreiben, das doch keinen Kreuzer für sie gezahlt hatte, unter den Hammer gebracht wurde — von allen Gehässigkeiten der Reaktion wohl die unwürdigste und kurzsichtigste —, legte Preußen, das im schleswig-holsteinischen Kriege die maritime Überlegenheit des kleinen Dänemark an seinen Küsten schmerzlich empfunden hatte, den Grund zu einer eigenen Marine. Indem es 1853 von Oldenburg den Platz am Jadebusen erwarb, auf dem Wilhelmshaven seinen Anfang genommen hat, sicherte es ihr auch, trotz mächtig auflodernder Eifersucht Hannovers, einen Stützpunkt an der Nordsee, einen bescheidenen Ersatz für das verlorene Ostfriesland.

Daß Preußens Geschick mit dem Deutschlands unzertrennlich verbunden war und auch der Gang seiner inneren Angelegenheiten einen bestimmenden Einfluß auf die deutschen Dinge äußerte, trat

deutlich wieder zu Tage, als Friedrich Wilhelms IV. Erkrankung im Oktober 1857 zu einer Stellvertretung durch den Bruder und nach deren dreimaliger Erneuerung am 7. Oktober 1858 zu dessen Regentschaft führte. Die „Neue Ära", die einsetzte, indem Prinz Wilhelm die Regierung auf eigene Verantwortung in die Hand nahm, war nicht nur für Preußen, sondern auch für Deutschland Ausgangspunkt einer neuen, bald sich aufwärts wendenden Entwickelung.



Drittes Kapitel.

Die Neubegründung des Reiches (1858—1871).

Die Hoffnungen, die dem neuen Herrn entgegen gebracht wurden, waren weder so lebhaft, noch wurden sie so allgemein gehegt wie jene, mit denen 18 Jahre früher Friedrich Wilhelm IV. empfangen worden war. Auch sollten sie gleich ihnen eine harte Probe zu bestehen haben. Daß sie dann gleichwohl nach kurzen zwölf Jahren so herrliche Erfüllung fanden, werden wir immer als eine der gnädigsten Fügungen Gottes in der Leitung unserer Geschicke dankbar zu erkennen haben.

Wilhelm I. ist einer der wenigen, die zugleich Preußens tiefste Erniedrigung und Deutschlands höchstes Glück mit Bewußtsein durchlebt haben. Als deutscher Kriegsherr in Paris einziehend, konnte er der Zeit gedenken, wo er bald nach einander zweimal die französische Hauptstadt mit seinen siegreichen preußischen Kameraden gesehen hatte. Er war mit dem älteren Bruder erzogen und gebildet; aber sie waren verschiedene Männer geworden. War auf der einen Seite die größere Leichtigkeit des Erfassens, die reichere Ausgestaltung des Geistes, so auf der anderen der festere Besitz des Erkannten, die Fähigkeit klaren und beharrlichen Wollens auf Grund gewonnener Einsicht und vor allem ein früh aufkeimendes, im Laufe der Jahre zur Unerschütterlichkeit sich entwickelndes Pflichtgefühl und daraus entsprießende unentwegte Wahrhaftigkeit.

Die Neigung des Prinzen ging, wohin die Tradition des Hauses wies, auf den Soldatenstand. Auch Friedrich Wilhelm IV. hat militärischer Kenntnisse und Fähigkeiten nicht ermangelt; aber sie waren ihm entfernt nicht so zur anderen Natur geworden wie dem jüngeren Bruder. Wer die Geschichte des preußischen Kriegswesens von den Befreiungskriegen bis zu den glänzenden Ergebnissen der Heeresreform schreiben will, wird nicht anders können, als der Tätigkeit Wilhelms I. als Prinz, als Regent und als König einen Platz an erster Stelle anzuweisen. Hier verfügte er über eingehendste Sachkunde und war selbständiger Urheber erfolgreichsten Fortschritts. Das hat nicht gehindert, daß er auch mit der Zivilverwaltung Vertrautheit gewann und in den Fragen der großen Politik sicher und klar urteilte.

Ein Mann von seinem Werdegange und seiner Geistesanlage konnte nicht anders als am Alten hängen. Doch war es keinerlei romantische Schwärmerei, die ihn an das Überkommene und die Vorzeit fesselte, sondern die nüchterne, pflichtgemäße Überzeugung, daß Bestehendes dem Neuen nur zu weichen habe, wenn es damit dem Besseren Platz mache. Es war in diesem Sinne, daß er sich der Berufung des Vereinigten Landtags hartnäckig widersetzte. Als er zuletzt notgedrungen seine Zustimmung gab, schloß er sie mit den denkwürdigen Worten: „Ein neues Preußen wird sich bilden. Das alte geht mit Publizierung dieses Gesetzes zu Grabe. Möge das neue eben so erhaben und so groß werden, wie es das alte mit Ruhm und Ehre geworden ist.“ Es sind Worte, die nicht nur von peinlichster Gewissenhaftigkeit, sondern nicht weniger von klarster Einsicht in die vom Bruder offenbar weit unterschätzte Bedeutung des Schrittes Zeugnis ablegen.

Diese konservative Gesinnung und das Eintreten für strengste militärische Zucht raubten dem Prinzen von Preußen jede Aussicht auf Popularität. Er hat sich auch nie um sie bemüht. In den Märztagen machte er aus seiner Gesinnung kein Hehl. Der Befehl zur Räumung Berlins versetzte ihn in die höchste Erregung. Er gehorchte, wie der Soldat gehorcht, und wirkte an seinem Teile mit.

Dann mußte er Berlin und Preußen fliehend verlassen, um nicht zum Verzicht auf die Nachfolge gezwungen zu werden.

Man hat dem englischen Aufenthalt oft einen entscheidenden Einfluß auf Wilhelms I. politische Anschauungen zugeschrieben. Ganz wirkungslos ist er nicht geblieben. Aber auch ohne ihn ist die Weiterentwickelung des Prinzen kaum anders denkbar, als sie sich tatsächlich gestaltete. Der bestimmt war, die Nation zu einigen, war nicht der Mann, sich dem Neuen, das unabweisbar an ihn herantrat, starr zu verschließen. Er hat an Dahlmanns Arbeit für die Reichsverfassung aufrichtigen und tätigen Anteil genommen. Es wurde seine ehrliche Absicht, die Durchführung konstitutioneller Regierungsformen in Preußen und in Deutschland zu fördern und für eine festere Einigung der Nation einzutreten, und er hat unentwegt an dieser Absicht festgehalten. Allerdings auf den Gang der Dinge konnten seine Anschauungen zunächst größeren Einfluß nicht gewinnen, ihn daher auch nicht volkstümlich machen. In der Vorstellung weiter Kreise blieb er der „Kartätschenprinz", als Sieger über die Erhebung am Oberrhein der „Henker der Freiheit". Und dann konnte sein Eingehen auf die neuen Ideen an einem nichs ändern: Er war und blieb der Preuße, dem Macht und Größe dieses Staates zunächst am Herzen lagen, der überzeugt war, daß auf ihm auch Deutschlands Zukunft beruhe, und daß er nur gefördert werden könne durch tunlichste Entfaltung seiner Wehrkraft und Erhaltung seiner Eigenart. Nichts hätte ihn in diesem Glauben wankend gemacht.

Als Prinz Wilhelm mit der Regentschaft die volle Verantwortung für die Staatslenkung übernahm, zögerte er keinen Augenblick, seine Gesinnungen in Taten umzusetzen. Die auf Grund der oktroyierten Verfassung zusammengetretene Kammer war schon am 27. April 1849 aufgelöst worden, nachdem sie einige Tage zuvor, allerdings nur mit knapper Mehrheit, sich für Anerkennung der Frankfurter Reichsverfassung entschieden hatte. Neuwahlen nach einem neuen, dem Dreiklassen-Wahlgesetz, hatten zu einer Kammer

geführt, aus deren Beratung die bis 1918 gültige Verfassung vom 31. Januar 1850 hervorging. Sie ist dem Ministerium Manteuffel Handhabe eines scharf konservativen Regiments geworden. Als auch sie unbequem zu werden drohte, wurde lebhaft erwogen, ob die Macht, die man in Händen hielt, nicht zur völligen Beseitigung des neuen Verfassungslebens zu verwenden sei. Des Prinzen Regentschaft machte allen Zweifeln ein Ende. An die Stelle des Ministeriums Manteuffel trat das des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen, eines Mannes von anerkannt deutscher und liberaler Gesinnung, der 1849 gemeinsam mit dem Fürsten von Hohenzollern-Hechingen zugunsten Preußens auf die ererbte selbständige Stellung verzichtet hatte.

Die neue Regierung ist durch die Ereignisse sehr bald in neue Aufgaben hinein gedrängt worden. Im Frühling 1859 hatte Österreich zum zweiten Male um seinen italienischen Besitz zu kämpfen, diesmal gegen Frankreich und Napoleon III. Das Gefühl, das durch Deutschland ging, belegte abermals, wie tief und stark doch die nationalen Empfindungen waren im Vergleich zu den liberalen. Trotz allem war das deutsche Volk bereit, Österreich zu Hilfe zu kommen und die Entscheidung an den Rhein zu verlegen. Preußen beantragte in Frankfurt die Mobilmachung der Bundesarmee, nachdem es schon sein eigenes Kontingent bereit gestellt hatte. Es forderte aber von Österreich die Führung des Bundesheeres; es wollte nicht, wie Österreich verlangte, seine Truppen dem Oberbefehl eines gewählten Bundesfeldherrn unterstellen. Franz Josef zog es vor, im Frieden von Villafranca die Lombardei zu opfern. Er konnte sich nicht entschließen, Preußen auch nur in dieser Form eine Führerrolle in Deutschland zuzugestehen. Die Aufgabe der Einigung Deutschlands erschien genau wieder in derselben Form, in der sie Friedrich Wilhelm IV. vorgelegen hatte. Der Prinzregent zögerte nicht einen Augenblick, die Sicherung der einen Voraussetzung, von der ihre glückliche Lösung abhing, die Reorganisation der preußischen Armee, mit vollem Nachdruck in die Hand zu nehmen. Seine Einsicht, seine Neigungen, seine Begabung wiesen zugleich in diese Richtung.

Die Mängel der preußischen Wehrverfassung waren bei der Mobilmachung wieder mit voller Deutlichkeit zu Tage getreten. Ganze Kompagnien waren bis auf wenige Ausnahmen aus Verheirateten zusammen gesetzt gewesen, während zahlreiche Angehörige junger Jahrgänge überhaupt nicht eingezogen waren. Es hing das mit der zweijährigen Dienstzeit zusammen, die seit 1833 im Brauch war. Da man die Aushebungsziffer nicht erhöht hatte, so blieb bei der starken Vermehrung der Bevölkerung alljährlich eine wachsende Zahl Diensttüchtiger von der Einstellung frei, während die vom Los Getroffenen durch Linie, Reserve und Landwehr zu gehen hatten. Die taktische Verbindung von Linien- und Landwehrbrigaden führte so Alte und Junge, Leute vom 21. bis zum 33. Lebensjahre, neben einander ins Feld, und von dem tatsächlichen Bestehen einer allgemeinen Wehrpflicht konnte nicht mehr die Rede sein. Nur durch Erhöhung des Rekrutenkontingents war dem abzuhelfen; sie aber brachte auch zugleich Verjüngung und Vermehrung.

An die Stelle der zweijährigen Dienstzeit war schon 1854 nach den Kriegserfahrungen der Jahre 1848—50 wieder die dreijährige getreten, um eine bessere Ausbildung zu sichern; jetzt sollte die jährliche Aushebungsziffer von 40 000 auf 63 000 Mann erhöht werden. So erzielte man aus den sieben Jahrgängen, die jetzt Linie und Reserve umfassen sollten, die im höheren Alter größeren Abgänge in Rechnung gebracht, rund ebenso viel Mannschaften wie bisher aus den zwölfen der Linie, Reserve und Landwehr ersten Aufgebots, ebenso viel und zugleich leistungsfähigere und besser abkömmliche. Man konnte junge Leute im Alter von 20—26 Jahren ins Feld führen, die älteren zu Reserveformationen zusammenziehen. Während man bisher außerhalb der Feldarmee gediente Leute nur in der Landwehr zweiten Aufgebots zur Verfügung gehabt hatte, standen jetzt die fünf Jahrgänge der Landwehr ersten Aufgebots bereit. Sie konnten, wie früher, direkt an den Feind gebracht oder aber als Besatzungstruppen verwandt werden. Die Neuerung sprach so sehr für sich selbst, daß Zweifel über ihren militärischen Wert kaum aufkommen konnten. Sie führte trotzdem zum Konflikt.

Der Prinzregent hatte begonnen, sie ins Werk zu setzen, indem er die bei der Mobilmachung aufgestellten Landwehrformationen bestehen ließ, die entlassenen Mannschaften durch eingestellte Rekruten ersetzte. So sind die Infanterie-Regimenter 41—72 parallel zu den Regimentern 1—32, die dritten Bataillone der Füsilier-Regimenter 33—40 und des Garde-Füsilier-Regiments, das 3. und 4. Garde-Regiment zu Fuß, das Königin-Elisabeth- und das Königin-Augusta-Regiment errichtet worden. Wilhelm hielt sich als Kriegsherr dazu berechtigt. Die erforderlichen Mittel für das Jahr der Mobilmachung und wieder für das nächste Jahr (bis Ende Juni 1861) sind bewilligt worden. Dann aber glaubte der Landtag sein Budgetrecht anders handhaben zu sollen.

Die nach Entlassung des Ministeriums Manteuffel ausgeschriebenen Neuwahlen hatten zu einer ganz anderen Zusammensetzung der Landesvertretung geführt. Die liberale Strömung hatte wieder völlig die Oberhand bekommen. Sie war nicht militärfreundlich. Hätte man nicht mit zweijähriger Dienstzeit die erstrebte Verjüngung billiger erreichen können? Die dauernde Festlegung durch so zahlreiche Neuformationen verstimmte. So kam es zur Ablehnung der neu angeforderten Summen. Inzwischen war am 2. Januar 1861 die Krone durch den Tod Friedrich Wilhelms IV. an Wilhelm I. übergegangen. Da er in der Rüstungsfrage weder nachgeben wollte noch konnte, so sah er sich als König bald in schweren Konflikt mit der Volksvertretung verwickelt. Kammerauflösung und Ministerwechsel führten nicht weiter. In der Hoffnung, den rechten Mann an den rechten Platz zu stellen, berief er am 23. September 1862 Herrn von Bismarck an die Spitze der Geschäfte.

Wir sind jetzt im glücklichen Besitz einer fesselnden Darstellung, die auf Grund eindringendster Forschung und mit verständnisvoller Würdigung den jugendlichen Otto von Bismarck uns vor Augen stellt. Wir können nicht hoffen, unsere Kenntnis in absehbarer Zeit wesentlich erweitert oder vertieft zu sehen. Das Werden des politischen Bismarck, bis in das volle Mannesalter hinein, bleibt aber auch jetzt noch ein ungelöstes Rätsel. Unbändige Kraft des Geistes wie des Körpers, sprudelnde Lebensfrische, weit ausgreifende Interessen,

die sich doch überall in selbständiger, eigenartiger Bildung betätigen, völlige Freiheit von Menschenfurcht oder Rücksichtnahme und doch wieder tiefste sittliche und religiöse Bedürfnisse, eine Natur, die nur sich selber gleicht und sich in dieser Selbständigkeit unbefangen, fast unbewußt auslebt! Es bleiben keine Zweifel, daß diese Persönlichkeit, wohin auch immer gestellt, sich zu überragender Geltung bringen mußte; ihre Bestimmung zum Staatenlenker wird nirgends sicher erkennbar. Die Schlaglichter, die gelegentlich auf die politische Sonderart des Werdenden fallen, gewinnen kaum anders als in Verbindung mit dem Zukünftigen Bedeutung. Er ist unbekannt, aber fertig in dem Augenblicke, wo er die politische Schaubühne betritt.

Bismarck ist 1847 Mitglied des Vereinigten Landtags gewesen. In den wenigen Äußerungen, die der 32 jährige in die Debatte warf, treten, auch schon in der konzentrierten Redeweise, die ihm dauernd eigen geblieben ist, zwei Grundzüge seines Wollens und Könnens in die Erscheinung, sein Preußenstolz und seine besondere Begabung, geschichtlich zu urteilen. Gegenüber der Belehrung, daß Preußen sich 1813 für eine Verfassung geschlagen habe, meinte er: „Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle zu übertäuben", und der Beweisführung mit Englands Beispiel trat er mit dem Hinweis entgegen, daß Englands politische Freiheiten der Überwältigung des Königshauses zu verdanken seien, die preußischen aber einem freien Zugeständnis der in vollem Machtbesitz stehenden Krone.

Das nächste Jahr riß ihn wie so manchen anderen völlig hinein in den Strudel der Öffentlichkeit. Es lebte in ihm der feste Glaube, daß die wahre Meinung des preußischen Volkes durch die Wortführer der Neuerungen nicht zum Ausdruck komme, daß der König sich nur auf seine treuen Preußen zu besinnen brauche, um aller Schwierigkeiten nach seinem Willen Herr zu werden. Er war

bereit zu verwegenstem Handeln in diesem Sinne. So ist er dem Könige näher getreten. Von einem entscheidenden Einfluß auf den Gang der Dinge kann in dieser Zeit noch nicht die Rede sein; aber als einer der entschlossensten und fähigsten Verfechter der königlichen Rechte ward doch Bismarck bekannt. Als der Bundestag wieder zusammentrat, wurde der „Auskultator und Rittergutsbesitzer", der „diplomatische Säugling des Herrn von Rochow" zunächst dessen Legationssekretär, dann selbst Vertreter Preußens in Frankfurt.

Bismarck war ein Gegner der Unionspolitik gewesen; er hatte sie als Mitglied des Erfurter Parlaments und sonst nachdrücklich bekämpft. Es war wieder sein Preußentum, das ihn trieb. Er wollte seinen Staat in der Union nicht majorisiert sehen; er wollte nicht, daß dieser Staat für etwas anderes Krieg führe als für seine eigene Macht und Größe. Mit vollendeter Klarheit stand ihm das Wesen der großen Politik vor Augen. Nur ihr Interesse, nicht die Romantik solle die Entschließungen großer Staaten bestimmen. Das war seine unerschütterliche Überzeugung, die leider auch sein Wirken nicht zum Eigentum unseres Volkes hat machen können. Er empfand Olmütz als eine Demütigung wie einer; aber es erschien ihm als der einzige Ausweg aus der traurigen Lage, in die Preußen geraten war.

In Österreich sah er, als er nach Frankfurt kam, zunächst nur den starken Hort konservativer Interessen. 1855 schrieb er vom Sitze des Bundestages: „Ich war gewiß kein Gegner Österreichs, als ich vor vier Jahren herkam; aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir auch nur eine mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren wollen." Er hatte „sich zur Regel gemacht, etwaige Keime der Uneinigkeit stets mit dem Grafen Thun", der anfangs Österreich vertrat, „unter vier Augen zu ersticken, ehe er sie an den Bundestag brachte"; aber er erkannte bald die Unausführbarkeit dieses Vorsatzes. Wie Österreich seine Stellung auffaßte, spricht sich am besten in der Äußerung aus, die sein Vertreter einmal gegen den Württemberger von Hügel fallen ließ: „Sie müssen sich daran gewöhnen, daß in Deutschland nur

Österreich das Recht zu einer eigenen Politik hat, und je eher Sie das lernen, desto besser für Württemberg." Von einer Gleichberechtigung Preußens wollte die Präsidialmacht nichts wissen. Thun ließ Bismarck verstehen, daß ihm Preußen als eine Macht erscheine, dessen Herrscher einmal in die Lotterie gesetzt und das große Los gewonnen habe, worauf er allerdings die Antwort hören mußte, daß Bismarck dann seinem Herrn nur raten könne, noch einmal in die bewußte Lotterie zu setzen.

So ergab sich am Bunde der Kleinkrieg, in dem Preußen nicht allzu viele Erfolge davon tragen konnte. Aber Bismarck entging Österreichs verwundbare Stelle nicht. Seinen steigenden Einfluß in Berlin hat er vor allen Dingen in die Wagschale geworfen, Preußen abzuhalten, im Gefolge Österreichs in den Krimkrieg einzugreifen, für Österreich, „für dessen Sünden unser König so viel Nachsicht hat, wie ich mir für die meinigen von unserem Herrn im Himmel wünsche". Er wurde nicht müde, dem Könige zuzurufen: „Herr, gedenke der Athener!", und wenn Preußen von dem falschen, von Europa und dem gesamten deutschen Liberalismus herbei gewünschten, auch vom Bruder des Königs als richtig angesehenen Schritt zurück gehalten wurde, so gebührt seinem damaligen Bundestagsgesandten dafür so viel Dank wie nur irgend einem anderen.

Allerdings, Popularität konnte er durch sein Verhalten nicht gewinnen. Daß er Österreichs Lage 1859 in gleicher Gesinnung zu verwerten anriet, führte zu seiner Abberufung von Frankfurt. Nach dreijähriger Tätigkeit in Petersburg, viermonatiger in Paris, die ihn mit den Brennpunkten europäischer Politik vertraut machten, folgte seine Berufung zur Leitung Preußens in seiner schweren Krisis. Seine geistige Kraft, seine umfassenden Kenntnisse und Erfahrungen, seine furchtlose Entschlossenheit hatten ihm seines Königs Vertrauen erworben.

Als die Zügel in Bismarcks Hand gelegt wurden, drängten nicht allein die inneren Angelegenheiten Preußens; auch die deutsche

Frage hatte wieder eine Gestalt angenommen, die eine feste und geschickte Hand forderte.

Die Bezeichnung „Neue Ära“ hatte ihre Berechtigung nicht allein für Preußen, sondern auch für Deutschland. Dem Umschlag in Preußen folgte unmittelbar ein Aufleben der liberalen und nationalen Hoffnungen fast im ganzen nichtösterreichischen Bundesgebiet. Auch außerhalb Preußens hatten in den 50er Jahren in manchem Einzellandtag konservative Richtungen die Oberhand gewonnen, selbst im sonst so fortschrittlichen Südwesten. In Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt standen Konkordate zwischen den Regierungen und dem römischen Stuhl nahe vor ihrem Abschlusse, als die Gegenströmung einsetzte und sie in den Landtagen scheitern ließ. Die nationale Aufrüttelung des Kriegsjahres 1859 gab ihr erhöhte Kraft. Napoleons III. nun auch über Österreich davon getragener Erfolg weckte Befürchtungen, wie in England und Belgien, so auch in Deutschland. Wie dort tat man sich hier in Wehrvereinen zusammen, errichtete Jugendwehren; die Turn- und Schützenvereine erfreuten sich großen Aufschwunges. Die Schillerfeier des Jahres brachte es in nie gesehener Weise zum Bewußtsein, wie einig man sich fühlte im Besitz eines gemeinsamen Bildungsschatzes. Im September 1859 trat in Koburg unter der Leitung des Hannoveraners Rudolf von Bennigsen auf Grund eines in Eisenach entworfenen Programms der Nationalverein zusammen. Er forderte Einigung Deutschlands unter Preußens Führung im Sinne der Reichsverfassung von 1849. Es war natürlich, daß die „kleindeutsche“ Auffassung auf denselben Widerspruch stieß wie vor zehn Jahren. Abgesehen von abweichenden Volksmeinungen standen ihr Österreich und nicht wenige, besonders größere deutsche Staaten ablehnend gegenüber. Hannovers leitender Staatsmann von Borries war der Ansicht, daß das Treiben des Nationalvereins geeignet sei, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten dem Auslande in die Arme zu treiben.

Zum Angebot der Kaiserkrone an den Bruder hat der Prinz von Preußen in seinen Erinnerungskalender eingetragen: „Unannehmbar“. Der Frage der preußischen Führung stand er aber doch

anders gegenüber als Friedrich Wilhelm IV. Auch er gedachte der österreichischen Waffenbrüderschaft der Jugendjahre; aber er hing doch zu sehr an der Ehre und Größe Preußens, als daß er sich ein Zurückdrängen in die zweite, in eine untergeordnete Stellung, wie es in den 50er Jahren versucht und in bezug auf tatsächlichen Einfluß und Einschätzung in der öffentlichen Meinung auch erreicht worden war, auf die Dauer gefallen lassen konnte. Das hatte er gleich 1859 in der Forderung preußischer Bundesfeldherrnschaft deutlich zu erkennen gegeben.

In dem Sinne des Nationalvereins aber gab es für ihn zunächst überhaupt keine deutsche Frage. Er war zwar stets nicht nur Preuße, sondern zugleich auch Deutscher gewesen. Er hielt dafür, wie sein Krönungserlaß sagt, daß es einen wirklichen Gegensatz zwischen Deutschlands und Preußens Interessen nicht geben könne. Aber der Gedanke, daß für beider Macht, Glück und Wohlfahrt eine gesamtstaatliche Einigung zu erstreben sei, lag ihm zunächst fern und hatte ihm durch die Erfahrungen von 1848—1850 nicht vertrauter werden können. So richteten sich seine Bestrebungen in Deutschland wie in Preußen auf die Verstärkung der Wehrkraft, Sicherung deutschen wie preußischen Bodens. Der Bund hatte sich bald mit preußischen Anträgen zu beschäftigen, die dieses Ziel ins Auge faßten. Der König wäre zufrieden gewesen, wenn Preußen für den Norden, Österreich für den Süden die militärische Oberleitung übertragen worden wäre. Derartiges erwies sich aber bald als unerreichbar gegenüber der ablehnenden Haltung der Mittelstaaten, die ihre Militärhoheit am wenigsten preiszugeben gedachten.

Wie hätte König Wilhelm auf diesem Wege weiter kommen sollen mit Hilfe einer deutschen Nationalvertretung? Bereitete ihm doch schon die preußische Schwierigkeiten, von denen man noch nicht wußte, ob und wie sie überwunden werden konnten. Er war gesonnen, die überkommene Verfassung ehrlich zu halten, an ihr nicht zu rütteln. So verlangten es seine Wahrhaftigkeit, sein Rechtssinn, auch seine gewonnenen politischen Überzeugungen. Das Pflichtgefühl gegen seinen Staat hat ihn in den folgenden schweren Kämpfen

wohl bewegen können, Bestimmungen der Verfassung zeitweise außer acht zu lassen, nie aber, ihre Beseitigung in ernste Erwägung zu ziehen. Aber andererseits war er auch gewillt, die Rechte der Krone in vollem Umfange zu wahren, fühlte auch das als seine Pflicht. Der König besaß eine seltene Selbstbeherrschung. Von einem heftigen Gegner ist ihm zugestanden worden, daß „nie ein Schimpfwort oder ein Fluch über seine Lippen gekommen sei, nie einer seiner Diener ein unfreundliches oder gar verletzendes Wort aus seinem Munde gehört habe." Die schärfsten Äußerungen aber, zu denen er sich in Wort und Schrift hat hinreißen lassen, fallen in die Zeit des Konflikts, wenn er den Eindruck hatte, als sei es der Volksvertretung darum zu tun, ihre Macht auf Kosten der Krone zu erweitern. Für Erweiterung der verfassungsmäßigen Volksrechte war er an sich nicht leicht zu haben; die Erfahrungen, die er jetzt durchlebte, machten ihn völlig abgeneigt.

So ergab sich eine Lage, die schier unentwirrbar schien. Von einem Zusammengehen der preußischen Regierung und des Nationalvereins konnte nicht die Rede sein, und doch erstrebte der Nationalverein ein Ziel, das ohne Preußen nicht zu erreichen war. Gegen ein Eingehen auf die Wünsche des Vereins ergaben sich die gleichen Bedenken wie einst gegenüber der Kaiserwahl, der unvermeidliche deutsche Krieg mit ungenügend vorbereiteten Kräften und eine europäische Konstellation, die schlechterdings nicht gestattete, die Gefahr ausländischer Einmischung gering einzuschätzen. Dazu hätte Preußen, wie einst für die Union, sich schlagen müssen für eine Neugestaltung, die seinen eigenen Bestand in Frage gestellt hätte. Deutschlands geschichtliche Bildungen waren viel zu fest begründet, als daß sie vom nationalen Gedanken leichthin, wie in Italien, hätten entwurzelt werden können. Hier war allein die piemontesische Dynastie altangestammt, in Deutschland alle.

Andererseits hätte auch der Nationalverein sein Wesen aufgegeben, hätte er auf den liberalen Teil seines Programms auch nur zeitweise verzichten wollen. Im Gegenteil, es lag in der Art seines Werdens, in den allgemein herrschenden Anschauungen, daß er

Partei ergriff für den verfassungsmäßig begründeten Widerstand des preußischen Abgeordnetenhauses gegen Steigerung der Heereslasten, für Widerstand gegen eine Regierung, welche in der Hitze des Kampfes die schroffsten Mittel überlieferter autokratischer Verwaltungsweise nicht verschmähte, die Widerstrebenden gefügig zu machen. So wurde die Regierung, auf die Deutschlands Hoffnungen gestellt waren, diejenige, die man am schärfsten glaubte bekämpfen zu müssen.

Aus diesem Wirrsal heraus geführt zu haben, ist Bismarcks Verdienst. Er hätte es sich aber nicht erwerben können ohne die klare Einsicht und die entschlossene Willenskraft, die seinem Könige zu Gebote standen; es ist schwer zu sagen, ob Bismarck ihm mehr Lenker oder Berater gewesen ist.

Bismarck war Preuße im alten Sinne, das will sagen, kein Freund von konstitutioneller Beschränkung der Herrschergewalt. Er ist aber stets dafür eingetreten, bestehendes Recht zu achten, und sein Scharfblick ließ ihn auch bald den Vorzug der Neuerung erkennen. Er hat in den 50er Jahren ihrer Beibehaltung das Wort geredet mit dem Hinweis auf den Wert, den sie für die Entwickelung preußischen Staatsgefühls haben werde. Das Menschenalter staatlichen Zusammenlebens, das seit den Befreiungskriegen dahin gegangen war, hatte die so verschiedenen Teile der Monarchie doch einander näher gebracht. Kann man im Zweifel sein, ob ihre Vereinigung in einer Gesamtvertretung zu Beginn dieser Zeit dem Gedeihen des Staates förderlich gewesen wäre, so hat die Gesamtverfassung seit 1848 doch zweifellos zur festeren Verbindung seiner Glieder erheblich beigetragen.

Indem aber Bismarck diesen Wert richtig einschätzte, war er doch weit davon entfernt, sich gesteigerten Vorteil zu versprechen von einer Erweiterung der Volksrechte oder gar von einer Einfügung Preußens in einen kleindeutschen Bundesstaat. „Das preußische Königtum ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden“, belehrte er die preußischen Volksvertreter im Januar

1863. Von der Berechtigung, der Notwendigkeit der königlichen Forderungen konnte niemand mehr überzeugt sein als er, da keiner so klar wie er die Lage der europäischen Politik und die Gesinnung der deutschen Höfe überblickte. Er wußte, daß hier nur das Schwert helfen könne. „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut“, erklärte er schon acht Tage nach seinem Amtsantritt in einer Sitzung der Budgetkommission des Landtags. Es war nicht seine Art, erklärte Gegner milde anzufassen. Die verblüffende Offenheit, mit der er die ganze Schärfe der Gegensätze aufdeckte, der Hohn, mit dem er auf die hoffnungslose Ohnmacht der erhobenen Ansprüche hinwies, konnte nur reizen. So wurde Otto von Bismarck in Preußen und Deutschland „der bestgehaßte Mann“. Der Staat, in dem solche Regierung möglich war, erschien als ein Fleck auf dem deutschen Leben, in seiner gegenwärtigen Gestalt keines Vertrauens mehr würdig.

Die Lage war um so bedenklicher, als sie benutzt werden konnte zu Versuchen, den Strom deutscher Einigungsbestrebungen in ein anderes Bett zu lenken.

Das Mißgeschick von 1859, das Österreich eine Provinz gekostet, zugleich aber schwere innere Schäden aufgedeckt hatte, brachte das Kaiserreich hinüber in die Bahn konstitutionell regierter Staaten. Die Schritte geschahen nur zögernd und unsicher, sie führten aber zur Februarverfassung von 1861, auf Grund deren ein in zwei Kammern gegliederter Reichsrat aus der ganzen Monarchie zusammen treten sollte.

Da die Deutschen die natürlichen Träger des Einheitsgedankens waren, so waren sie es auch, die im Reichsrat die Führung in die Hand nahmen. Der Niederösterreicher Anton von Schmerling, in dessen Tätigkeit die Beteiligung der österreichischen Vertreter am Frankfurter Parlament sich konzentriert hatte, war Urheber der Verfassung und hatte sie jetzt als Ministerpräsident zu handhaben.

Er dachte und fühlte durchaus deutsch. Aber eben darum konnte er sich nicht mit dem Ausschluß Österreichs zufrieden geben. Er war als liberaler Mann schon in Frankfurt beliebt gewesen. So konnte er den Versuch wagen, Bundesreformen unter Österreichs Leitung zustande zu bringen.

Auch die Regierungen hatten einsehen gelernt, daß es ohne Zugeständnisse in diesem Sinne nun einmal nicht abgehen werde. Es ward ihnen auch nicht schwer, die Taktik der Gegner nachzuahmen, die Getreuen um ihre Fahnen zu sammeln. Dem Nationalverein stellte sich 1862 ein „Reformverein" entgegen, der für eine Vertretung am Bunde durch Abgeordnete der einzelnen Landtage eintrat. Österreich eröffnete Verhandlungen mit den Regierungen. Sie haben ihren Höhepunkt im Frankfurter Fürstentage erreicht, zu dem sich im August 1863 regierende Fürsten und Bürgermeister freier Städte zusammenfanden. Ihr klares Ziel war, Preußen über seine bisherige Stellung in Deutschland nicht hinaus kommen zu lassen. Daß es zu erreichen sei, ließ der allgemeine Unwille über diesen Staat hoffen; alles, was großdeutsch dachte, war an sich gegen ihn gewonnen.

Preußen konnte nicht anders, als sich diesen Verhandlungen entziehen. An ihnen teilzunehmen, wäre gleichbedeutend gewesen mit Niederlage; es wäre überstimmt und ins Unrecht gesetzt worden. Erleichtert wurde das Fernbleiben durch die offenkundige Absicht Österreichs, Preußen zu überrumpeln. Die Einladung zum Frankfurter Fürstentage kam überraschend, am 3. August für den 16., und unterrichtete ungenügend über das, was beabsichtigt war. Bismarck konnte erklären, daß es „der Würde seines Monarchen nicht entspreche, Vorschläge entgegen zu nehmen, über die er vorher nicht gehört worden sei".

Neben den direkten Verhandlungen der Fürsten und Kabinette spielten andere am Bundestage. Auch hier brachten Österreich und seine Parteigänger Reformvorschläge ein. Preußen widersetzte sich, entwickelte aber ein Programm, das Bismarck auch sonst zur Erwägung stellte, das geradezu auf die Ziele des Nationalvereins

hinauslief: Direkt gewählte Volksvertretung mit Gesetzgebungs-, nicht nur Bewilligungsrecht unter Ausschluß nichtdeutscher Stämme. Es behielt sich vor, seine Vorschläge durch Einzelverhandlungen mit den Staaten der Verwirklichung entgegen zu führen. Von einer Aussicht auf Erfolg konnte zur Zeit nicht die Rede sein. Von den Liberalen glaubte niemand an die Aufrichtigkeit Preußens, wenn es sich so äußerte. Selbst Bismarcks energisches Eintreten für die liberale Sache im erneuten kurhessischen Verfassungsstreit (1862) hatte daran nichts ändern können. Daß die Einigung Deutschlands unter diesem Preußen geradezu ein Unglück sein werde, war die weit überwiegende Meinung. So konnte der Knoten nur noch zerhauen, nicht mehr gelöst werden. Die Entscheidung mußte zwischen Österreich und Preußen fallen; es kam alles darauf an, ihren Ausgang zugunsten der norddeutschen Macht zu sichern.

Bismarck hatte das seit Jahren erkannt und zu seinem Teil auf diesen Ausgang hingedrängt. Eben darum war er auch entschlossen, mit des Königs Heeresreform zu stehen und zu fallen. Eine friedliche Regelung wäre ihm erwünscht gewesen; daß sie undenkbar war, konnte ihm nicht entgehen. Er hat aber nach seiner Art alsbald nach der Übernahme der Geschäfte Österreichs Staatsleitung nicht im Unklaren gelassen, was von ihm zu erwarten sei. Es müsse entweder besser oder schlechter werden; Österreich müsse sich seiner antipreußischen Wühlereien in Norddeutschland, besonders bei Hannover und Kurhessen, enthalten, seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen; dann werde Preußen ihm in europäischen Fragen ein treuer Bundeshelfer sein, sonst beim ersten europäischen Krieg seinen Vorteil wahrnehmen; Bismarck bedauere, daß das nicht schon 1859 geschehen sei. Weder der österreichische Botschafter in Berlin, Karolyi, dem diese Eröffnungen gemacht wurden, noch der Leiter des Auswärtigen in Wien, Herr von Rechberg, glaubte, sie ernst nehmen zu sollen, obgleich Preußens Handlungen der geäußerten Auffassung durchaus entsprachen. So ist es Bismarck gelungen, Österreich mit nach Schleswig-Holstein zu bringen. Die Frage der Herzogtümer, die 1848 ein Stein des Anstoßes für Deutschlands

Einigung gewesen war, sollte jetzt zu einem Eckstein des Neubaues werden.

Am 15. November 1863 ist Friedrich VII. von Dänemark kinderlos gestorben. Sein Tod fand die deutsch-dänischen Beziehungen in schwierigem Stande. Nach der Niederwerfung der Herzogtümer hatten die Großmächte im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 deren zukünftige Stellung im allgemeinen zu regeln gesucht. Sie erklärten den unverkürzten Bestand der dänischen Monarchie für ein europäisches Interesse und die Erbansprüche der Glücksburger auch für die Herzogtümer gültig; sie behielten diesen aber ausdrücklich ihre überlieferten Rechte vor. Das Protokoll war weder von den Augustenburgern, noch von den schleswig-holsteinischen Ständen, noch auch vom Bunde anerkannt worden; es wurde gleichwohl von den Dänen als eine geeignete Grundlage für die Aufrichtung einer Gesamtstaatsverfassung angesehen. Eine solche wurde zunächst am 26. Juli 1854 und in veränderter Gestalt am 2. Oktober 1855 in Kraft gesetzt. Auf die Sonderrechte der Herzogtümer nahm sie keine Rücksicht.

In Deutschland wurde dieser Gewaltstreich des kleinen Nachbarstaates schmerzlichst empfunden. Der Ausgang der schleswig-holsteinischen Erhebung hatte das deutsche Nationalgefühl für diese Frage noch empfindlicher gemacht. Es wurde noch besonders gereizt durch die brüske Art, in der die dänische Regierung deutschen Teilen Schleswigs die fremde Nationalität aufzuzwingen suchte. So konnte sich der Bund den Klagenden nicht versagen. Er erklärte am 11. Februar 1858 die Gesamtstaatsverfassung für ungültig, soweit Bundesgebiet in Frage komme.

In der Tat wurde sie nun von Dänemark für Holstein und Lauenburg außer Kraft gesetzt. Damit sahen sich aber diese beiden Länder in eine so gut wie rechtlose Lage gedrängt; an allen Leistungen für die Gesamtmonarchie hatten sie nach willkürlichen Ansätzen an ihrem Teile beizutragen. Als mit der Neuen Ära die Einwendungen des Bundes nachdrücklicher wurden, versuchte man in Dänemark einen

anderen Ausweg. Man entwarf eine neue Gesamtstaatsverfassung, die Schleswig dem Königreiche einverleibte; Holstein-Lauenburg gestand man eine Sonderverfassung zu, die aber Rechte kaum gewährte, während man doch die alten Lasten aufrecht erhielt. Es handelte sich zweifellos um eine Reihe von Verletzungen des Londoner Protokolls. Als der Entwurf im dänischen Reichstage eingebracht wurde, beschloß am 1. Oktober 1863 der Bund die Einleitung der Exekution für sein Gebiet. Gleichwohl nahm der Reichstag am 13. November, zwei Tage vor des Königs Tode, den Entwurf an.

Es war der Zusammenstoß zweier Völker, nicht der beteiligten Fürsten. Hätte in Dänemark ein monarchischer Wille allein entscheiden können, die Trennung der Herzogtümer vom Königreich wäre schwerlich erfolgt. Friedrich VII. war nie regierungsfähig gewesen. Verantwortliche Minister hatten das Land regiert, getragen und abhängig von der öffentlichen Meinung. Von Nachgeben wollte der dänische Nationalstolz nichts wissen. Der Nachfolger Christian IX. sah sich genötigt, schon am 18. November das Beschlossene durch seine Unterschrift zum Gesetz zu machen. Damit waren die Herzogtümer für sein Haus und die dänische Monarchie verloren.

Für Deutschland aber wurden sie zunächst Anlaß neuen, heftigsten Zwistes. Herzog Christian von Augustenburg, der gegen Entschädigung für seine beschlagnahmten Güter zugesagt hatte, nichts gegen die glücksburgischen Erbansprüche zu unternehmen, entsagte zugunsten seines Sohnes Friedrich. Am Bunde war Stimmung für den neuen Herzog. Sachsen beantragte, die beschlossene Exekution in eine Okkupation für ihn zu verwandeln. Der Antrag ward mit acht gegen sieben Stimmen abgelehnt. Im Gefolge der Sachsen und Hannoveraner, welche die Exekution ausführten, kam aber Herzog Friedrich in das Land und wurde von der Bevölkerung jubelnd als Landesherr ausgerufen.

Bismarck war entschlossen, das Aufkommen eines neuen Landesfürstentums nach Art der bestehenden in diesem für Deutschlands

Zukunft so wichtigen Gebiete zwischen den beiden Meeren nicht zu dulden. Er hatte in diesem Entschluß so ziemlich alles gegen sich. Es gelang ihm aber, zunächst Österreich für die Auffassung zu gewinnen, daß man aus Rücksicht auf die Mächte am Londoner Protokoll festhalten müsse, den Herzog also in Holstein nicht dulden dürfe. Es erregte schäumende Entrüstung, als Preußen und Österreicher einrückten und Friedrich VIII. nötigten, das Land zu verlassen. Man sah die Herzogtümer schon wieder den Dänen ausgeliefert wie 1851.

Auf Grund des Londoner Protokolls forderten jetzt aber die beiden Mächte die Aufhebung der neuen Gesamtstaatsverfassung; als die verweigert wurde, überschritten ihre Truppen am 1. Februar 1864 die Eider. Ihrer überlegenen Macht gelang es, die Dänen in wenigen Tagen in die Düppelstellung und nach Alsen zurück zu werfen. Vom Londoner Protokoll sagte man sich los. Als die Dänen Düppel und Alsen nicht räumten, überschritten die Sieger die jütische Grenze. Düppel wurde am 18. April von den Preußen erstürmt, die Halbinsel bis hinauf nach Skagen von ihnen und den Österreichern besetzt. Nach einem längeren Waffenstillstande wurde in der Nacht vom 28. zum 29. Juni auch Alsen von den Preußen genommen. Dänemark lag zu den Füßen der deutschen Mächte. Es mußte im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 Schleswig, Holstein und Lauenburg, unter gewissen Grenzberichtigungen im Norden und auf den Inseln, an Österreich und Preußen abtreten.

Die Dänen hatten rühmlichen Widerstand geleistet. Vertrauen auf die Großmächte hatte sie gestärkt. Daß es sie täuschen mußte, dessen war Bismarck sicher. Im Jahre zuvor hatten Rußlands Polen noch einmal einen Aufstand versucht. Im Sinne des Liberalismus wäre es gewesen, ihnen die Freiheit erkämpfen zu helfen, das autokratische Rußland, den Hort der Reaktion, zu schwächen. Einen solchen Schritt hätten die Westmächte freudig begrüßt. Bismarck dachte nicht daran. Er verhinderte jeden Zuzug, jede Unterstützung über die preußische Grenze. Er bewahrte so den für

Preußen unentbehrlichen eigenen polnischen Besitz und verpflichtete sich Rußland zu Danke. Kaiser Alexander II. überließ Dänemark seinem Schicksal. Napoleon III. steckte tief im mexikanischen Unternehmen. England allein aber wagte nicht, über diplomatische Versuche hinaus zu gehen. Die Dinge lagen anders als 1850, wo Preußen und Österreich sich bewaffnet gegenüber standen. Es zeigte sich, was eine Vereinigung der beiden Mächte in Europa bedeutete.

Und doch konnte sie zunächst nicht von Dauer sein. In guter Waffenbrüderschaft war die schleswig-holsteinische Sache durchgefochten worden; sie wurde bald Anlaß zum entscheidenden Gange. Herzog Friedrich war fortwährend Prätendent. Bismarck fand noch andere Erbansprüche, oldenburgische, auch preußische aus der Zeit Joachims I. Er wäre bereit gewesen, den Herzog zuzulassen, hätte dieser in ein Verhältnis eintreten mögen, das einen wesentlichen Teil seiner Hoheitsrechte an Preußen übertragen hätte: Überlassung des gesamten Militärwesens, preußische Besatzung in den festen Plätzen des Landes, Düppel und Sonderburg, Rendsburg und Friedrichsort, Verwaltung des Kieler Hafens, Eintritt in den Zollverein, in die preußische Post- und Telegraphenverwaltung. Auf diesem Wege wäre mit Preußens Macht Deutschlands Einheit gefördert worden.

Aber nicht nur Deutschlands, auch Preußens öffentliche Meinung stellte sich so gut wie einstimmig hinter den widerstrebenden Herzog. Der preußische Landtag war durch den glänzenden kriegerischen Erfolg nicht belehrt und nicht bekehrt. Er lehnte die Bewilligung der Kriegskosten ab, lehnte auch den vorgelegten Flottengründungsplan ab. Es erscholl der Vorwurf, Preußen mißbrauche seine Großmachtstellung; man müsse Preußen den Großmachtkitzel austreiben. Die Unerreichbarkeit gesicherter Freiheit ohne starke Machtstellung blieb den Suchenden verborgen; man war blind in seinem Zorn über den augenblicklichen Zwang, unter dem man stand. So blieb kein anderer Ausweg, als daß Preußen sich im Gasteiner Vertrag vom 14. August 1865 mit Österreich über eine Ordnung des gemeinschaftlichen Besitzes verständigte. Preußen sollte Schles-

wig und den Kieler Hafen in Verwaltung nehmen, Österreich Holstein; für die Überlassung von Lauenburg sollte Preußen $2^{1}/_{2}$ Millionen dänische Taler an Österreich zahlen. Der preußische Landtag blieb konsequent; er bewilligte auch dieses Geld nicht, widersetzte sich der Vergrößerung des Staates, erklärte Gebietserwerbungen ohne seine Zustimmung für unstatthaft.

Indem Österreich den Gasteiner Vertrag einging, dachte es nicht daran, die Selbständigkeit der Herzogtümer preiszugeben. Es würde sich dazu zugunsten Preußens haben bereit finden lassen, hätte ihm in Schlesien eine Landentschädigung zuteil werden mögen. Aber davon konnte nicht die Rede sein. So ließ es nicht ab von seinen Bemühungen, als Förderer des Liberalismus in Deutschland Boden zu gewinnen. Dazu gehörte, wie die Dinge lagen, Eintreten für den Augustenburger. Es handhabte seine Macht in Holstein anders als Preußen die seine in Schleswig. Volksversammlungen durften sich stürmisch für Herzog Friedrich VIII. erklären, den rechtmäßigen Landesherrn verlangen. Es ließ sich in diesem Verfahren durch preußischen Einspruch nicht irre machen. Am 16. März 1866 gab es in Frankfurt die Erklärung ab, daß der Bundestag Schleswig-Holsteins Zukunft zu bestimmen habe, und brachte zugleich die Mobilmachung der vier nichtpreußischen und nichtösterreichischen Bundesarmeekorps in Anregung. Rüstungen der beiden Großmächte hatten schon früher begonnen.

Wie zu den Zeiten Friedrichs des Großen, so war jetzt eine Auseinandersetzung zwischen Österreich und Preußen nicht weniger eine europäische als eine deutsche Frage. Bismarck hat sie auch keinen Augenblick anders angesehen und behandelt. Die Lage des Erdteils war für Preußen günstig. Zwischen 1850 und 1866 lag der Krimkrieg. Hatte Zar Nikolaus bei seiner Parteinahme für Österreich vor allem die europäische Revolution im Auge gehabt, so war für Alexander II. ungleich mehr Anlaß, die Blicke auf Konstantinopel und den Balkan zu richten. Nicht nur „Dank vom Haus Österreich“, sondern vor allem der Gegensatz der Interessen war

in Franz Josefs Haltung im Krimkriege zu Tage getreten. Dazu hatte Österreich während der polnischen Erhebung die Neutralität nicht allzu strenge gewahrt; Galizien hatte sich als wichtiger Stützpunkt der Aufständischen erwiesen. So war Preußen im Rücken gedeckt, sicher, daß Rußland sich nicht zu seinen Ungunsten in die deutsche Frage einmischen werde.

Anders stand es mit Frankreich. Napoleon III. hatte im Frühjahr 1864 Franz Josefs eigenen Bruder Maximilian bewogen, aus seinen Händen eine mexikanische Kaiserkrone anzunehmen. Er schien sich dem Gegner, den er vor fünf Jahren bekämpft und geschädigt hatte, zuneigen zu wollen. Aber so lange Österreich Venetien und das Festungsviereck in Händen hielt, bedeutete Parteinahme für Österreich Feindschaft gegen Italien. Unmöglich konnte Napoleon die Früchte seiner bisherigen Politik preisgeben. So entschloß er sich, das Zustandekommen des Bündnisses, das Bismarck mit Italien suchte, zu begünstigen. Ihn leitete dabei die Hoffnung, daß er imstande sein werde, die Dinge im gegebenen Augenblicke in seinem Sinne zu lenken. Er hatte von jeher mit dem Nationalitätsprinzip gespielt, geglaubt, es in Deutschland und Italien zu seinem und Frankreichs Vorteil begünstigen zu können. Auf der Apenninen-Halbinsel war das bis dahin gelungen. Bei der Annektion von Savoyen und Nizza hatte das geschickt geleitete Blendwerk der Volksabstimmung die französische Begehrlichkeit mit dem Nimbus der Ehrerbietung vor dem Volkswillen umkleidet. Ließ sich nicht Ähnliches in Deutschland erreichen?

Ununterbrochen hat Napoleon ein solches Ziel vorgeschwebt. Wenn er der Überwältigung Dänemarks ruhig zugesehen hatte, so war das geschehen in der Erwägung, daß sie zu einer Entzweiung der beiden deutschen Mächte führen würde. Die war nun eingetreten; er hatte richtig gesehen. Aber jetzt begegnete Napoleon ein Fehler in seiner Rechnung. Nach überlieferter Auffassung erschien ihm Österreich, zumal wenn es die deutschen Mittelstaaten auf seiner Seite hatte, als die stärkere, auch für Frankreich gefährlichere Macht. In Preußen sah er eine Art Sardinien. Im Hin-

blick auf die tief gewurzelte Stellung der deutschen Territorialbildungen schien es ihm leichter zu sein, Preußen auf dem Wege zur Einigung Deutschlands Halt gebieten zu können als Piemont auf dem zur Einigung Italiens. So glaubte er Preußen zunächst für den Krieg stärken zu müssen. Er glaubte auch keinen Anlaß zu haben, von dem eingeschlagenen Wege abzuweichen, als Anfang Mai, nach vollzogenem italienisch-preußischen Bündnis, Österreich ihn verständigte, daß es bereit sei, Venetien an Italien abzutreten, wenn es sich dafür durch preußisches Gebiet schadlos halten dürfe. Viktor Emanuel hat das Angebot abgelehnt und Napoleon es dann auf sich beruhen lassen.

In engstem Zusammenhang mit dem italienischen Bündnis hat Bismarck einen entscheidenden Schritt vorwärts in der deutschen Frage getan. Am 8. April 1866 ist jenes vollzogen worden, am 9. April beim Bunde ein preußischer Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments eingegangen, der schon einige Wochen früher in Aussicht gestellt worden war. Es sollte zusammentreten auf Grund allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, doch mit Ausschluß der österreichischen Lande. Damit hatte Bismarck diesem Wahlrecht in der deutschen Geschichte einen dauernden Platz angewiesen. Das ist später, je länger, desto mehr, abfällig beurteilt worden, wird heute in weiten Kreisen so beurteilt.

Deutschland ist das erste monarchisch organisierte Staatswesen, in dem, zunächst im Norddeutschen Bunde, dann im Reiche, ein solches Wahlrecht wirksam geworden ist. Man kann nicht auf das französische zweite Kaiserreich verweisen; denn dort besaß die auf Grund solchen Wahlrechts gebildete Volksvertretung keine genügenden Rechte, um mehr als bloßes Werkzeug einer geschickten und zielbewußten Regierung zu sein. Bismarck konnte sich nicht der Vorstellung hingeben, daß er das deutsche Volk mit diesem Antrage für sich und Preußen gewinnen werde. Er kannte die Stimmung gut genug, um zu wissen, daß man seinen und Preußens Absichten bei solchem Vorschlage nicht trauen werde. Auf seine Entschließungen ist

nicht ohne Einfluß geblieben, daß er, gestützt auf seine Erfahrungen in den altpreußischen ländlichen Bezirken, deren Verhältnisse ihm ja besonders vertraut waren, die Vorstellung hegte, in den niederen Volksschichten sei die Anhänglichkeit an die Krone und die überlieferte Staatsordnung fester gewurzelt als in den mittleren und höheren. Diese waren fast geschlossen Träger des leidenschaftlichen Widerstandes gegen die Regierung, der Preußen im Innern lähmte. Die Volksmassen von Industriebezirken und großen Städten waren damals weder so zahlreich, noch auch so gut organisiert, als daß sie klar hätten erkennen lassen, wie auch diese Kräfte ein anderer Geist leiten könne. Bismarcks vorübergehende Anknüpfung mit Ferdinand Lassalle, dessen Sozialismus noch ein nationales Gewand trug, kann als Beleg gelten, daß er ernstliche Befürchtungen von dieser Seite her nicht glaubte hegen zu sollen.

Es lag aber auch hier nicht das Entscheidende. Der Entschluß des preußischen Ministerpräsidenten griff zurück auf 1848. Er enthielt die Anerkennung, daß in den damaligen Forderungen des deutschen Volkes, wie die Reichsverfassung von 1849 sie zu verwirklichen versucht, wie der Nationalverein unter Zustimmung der weitesten Kreise sie wieder aufgenommen hatte, etwas Berechtigtes liege. In seiner kühnen, ja verwegenen Art wollte er sich und Preußen festlegen auf dieses Ideal deutscher Einheit, wie es nun einmal in Kopf und Herz der Nation lebte. Er zweifelte nicht, daß der erhoffte Sieg — und mit einer Niederlage hat Bismarck nie gerechnet — die Unentbehrlichkeit starker Heeresmacht so unwiderleglich dartun werde, daß volkstümlicher Freiheitsbegriff und Kriegsherrlichkeit des Herrschers in Zukunft nicht wieder zu unversöhnlichen Gegensätzen werden würden. Diese Überzeugung hat ihn begleitet bis zum Ende seiner Minister- und Kanzlertätigkeit, seines Lebens. So sind die Worte zu verstehen, mit denen er die Rede schloß, die seinen Verfassungsentwurf für den Norddeutschen Bund vertrat: „Setzen wir Deutschland in den Sattel; reiten wird es schon können." Bis auf die jüngsten Erfahrungen hat man nicht wagen dürfen, zu behaupten, daß dieser Glaube ein Irrglaube war. Jetzt?

Das abgeschlossene Bündnis verpflichtete Italien nur auf drei Monate. Das ward für Österreich Anlaß, den Beginn der Feindseligkeiten hinaus zu zögern. Am 1. Juni stellte es in Frankfurt den Antrag auf Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage durch den Bund. Gleichzeitig ließ es Holsteins Stände auf den 11. Juni einberufen. Damit war der Gasteiner Vertrag gebrochen. Preußen erklärte, daß das Besitzrecht zu gleichen Teilen für beide Mächte wieder in Kraft trete. Es ließ seine Truppen aus Schleswig in Holstein einrücken. Österreichs Statthalter General von Gablenz führte die seinen am 12. Juni in die Heimat.

Am Tage zuvor war am Bunde Österreichs formeller Antrag auf Mobilmachung des Bundesheeres mit Ausnahme der preußischen Armeekorps eingegangen. Er ward am 14. Juni vom Ausschuß mit neun gegen sechs Stimmen angenommen. Für Preußen stimmten nur Meklenburg, Oldenburg mit Anhalt und Schwarzburg, Luxemburg, die ernestinischen Staaten und die freien Städte, letztere mit Überstimmung Frankfurts innerhalb der Kurie. Baden enthielt sich der Abstimmung; Großherzog Friedrich, König Wilhelms Schwiegersohn, und im Ministerium der Leiter des Handels, Karl Mathy, wollten nicht Gegner Preußens sein, während die übrigen Minister und das Land bis auf verschwindende Ausnahmen die allgemeine Feindschaft gegen diesen Staat, seinen König und seinen Minister teilten. In zwei Kurien des Ausschusses gingen die Meinungen auseinander. Die Entscheidung der stimmführenden Staaten (Nassau und Schaumburg-Lippe) brachte sie auf die österreichische Seite.

Dem Beschlusse folgte sofort die Erklärung des preußischen Bundestagsgesandten, daß der Bund gebrochen, der Bundesvertrag erloschen sei. Zugleich legte er den Entwurf einer neuen Bundesverfassung auf den Tisch der Versammlung. Am nächsten Tage erging an Sachsen, Hannover und Kurhessen ein Ultimatum, das sofortige Abrüstung und Annahme der preußischen Bundesreform verlangte und dafür Bürgschaft des Besitzstandes anbot. Man konnte und wollte nicht zwei der kriegstüchtigsten Mittelstaaten in voller Rüstung zwischen den beiden Teilen der Monarchie

dulden und Sachsen nicht Operationsbasis für Österreich werden lassen.

Es hat nicht allzu viele mitlebende Deutsche gegeben, die diesen Krieg nicht als einen Frevel an der Nation angesehen haben. An Verwünschungen über Bismarck und König Wilhelm als die Urheber des „Bruderkrieges“ hat es nicht gefehlt. Am 7. Mai hatte ein Stiefsohn des badischen Republikaners Karl Blind Bismarck in Berlin unter den Linden zu erschießen versucht. Auch in Preußen selbst war diese Auffassung in der öffentlichen Meinung durchaus vorherrschend. Sie kam nicht nur in der Presse, in Eingaben und Vorstellungen zum Ausdruck, sie trat auch deutlich zu Tage bei der Einberufung der Wehrpflichtigen, besonders der Landwehr. Die öffentliche Meinung glaubte auch nicht an einen preußischen Erfolg. Zählte doch Österreich doppelt so viel Einwohner als Preußen und waren doch alle militärkräftigen deutschen Staaten auf seiner Seite! Daß Italien nicht hoch einzuschätzen sei, haben die Niederlagen, die es trotz verfügbarer Übermacht zu Lande und zu Wasser bei Custozza und bei Lissa erlitt, bestätigt. An Hilfstruppen von deutschen Bundesstaaten brachte Preußen gerade eine Division zusammen; mehrere kleinere Kontingente, deren Kriegsherren auf seiner Seite standen, machte ihre Zugehörigkeit zur Bundesbesatzungs-Division unverwendbar. Einen Feldherrn, dessen Namen Klang gehabt hätte, konnte Preußen nicht aufweisen; Österreichs Benedek hatte da einen weiten Vorsprung. Die schleswig-holsteinischen Erfolge waren von beiden Mächten gemeinsam errungen worden; sie hatten Gablenz mehr in den Mund des Volkes gebracht als den Prinzen Friedrich Karl oder gar Moltke, der noch bei Königgrätz erleben mußte, daß ein Divisionsgeneral, der einen von ihm unterzeichneten Befehl erhielt, verwundert fragte: „Wer ist Moltke?“ Gar zu überlegen, ob nicht auch König Wilhelm etwas von Kriegführung verstehe, ist bei der Einschätzung der beiderseitigen Aussichten wenigen in den Sinn gekommen.

So gestalteten sich Verlauf und Ausgang des Krieges von 1866

zu einer so gut wie allgemeinen Überraschung. Einmal in Reih' und Glied erwies sich Preußens dem Volke entnommenes Heer fest und biegsam wie Stahl. Seine Führung lag in den Händen von Männern, die sich solches Werkzeugs zu bedienen wußten. Hatten sie es doch selbst geformt oder formen helfen. Der König hatte in Albrecht von Roon den rechten Mann gefunden, die Reorganisation des Heeres in seinem Sinne durchzuführen. Jetzt betraute er Helmuth von Moltke, der schon im letzten Abschnitt des schleswig-holsteinischen Feldzugs Generalstabschef des Prinzen Friedrich Karl gewesen war, mit der gleichen Stellung an seiner Seite. Es war Moltkes Feldzugsplan, der zur Durchführung kam.

Am 16. Juni sind die Grenzen Sachsens, Hannovers und Kurhessens überschritten worden. Die Sachsen zogen sich nach Böhmen zurück, wo sie im weiteren Verlaufe des Feldzugs unter Führung des Kronprinzen Albert sich als festestes Korps auf gegnerischer Seite erwiesen haben. Die Kurhessen konnten nach Süden entweichen; die Hannoveraner aber wurden am 27. Juni bei Langensalza gestellt und mit ihrem Könige Georg V. zur Kapitulation gezwungen. Die gegen beide Staaten aufgebotenen Truppen konnten sich gegen die Süddeutschen wenden.

Am 26. und 27. Juni wurde zuerst in Böhmen gekämpft. In drei Heersäulen war man in das Land eingedrungen, eine „Erste Armee" unter der Führung des Prinzen Friedrich Karl durch die Reichenberger Senke, eine „Zweite", an Zahl die stärkste, unter Führung des Kronprinzen weiter östlich von der Glatzer Grafschaft aus und durch den Landshuter Paß, die „Elb-Armee" unter Herwarth von Bittenfeld, der 1864 den Übergang nach Alsen geleitet hatte, durch Sachsen südöstlich gegen die Iser. Sie sollte vor diesem Flusse mit der Ersten Armee zusammen treffen, das Ganze dann seine Vereinigung in der Gegend von Königgrätz suchen. Es war ein Plan, den nur sicherstes Vertrauen auf Führer und Mannschaften rechtfertigen konnte.

Am Tage von Langensalza sind alle drei Armeen mit dem Feinde zusammengestoßen, die Elb- und Erste Armee richtig vor und

an der Iser, die Zweite bei Nachod und Trautenau. Überall blieben die Preußen Sieger; nur bei Trautenau errang Gablenz gegen Bonins Korps einen vorübergehenden Erfolg. Am 3. Juli, eine Woche, nachdem man sich zuerst gemessen hatte, entbrannte die Entscheidungsschlacht zunächst an der Bistritz, wo dieser Fluß parallel mit der südwärts gerichteten obersten Elbe fließt, dann zwischen diesen beiden Flüssen um die Höhen von Chlum. Die Zweite Armee griff genau zur rechten Stunde in den Kampf ein, den Erste und Elb-Armee eröffnet hatten. Der Gegner ward so getroffen, daß er bis zur Donau und bis in die Vorstadt von Preßburg ernstlichen Widerstand nicht mehr leistete. Er erbat am 22. Juli einen Waffenstillstand, dem am 26. zu Nikolsburg in Mähren der Friedensschluß folgte. Habsburg verlor die leitende Stellung in Deutschland in der Gegend, wo es sie einst gewonnen hatte; was fast sechshundert Jahre sein Besitz gewesen war, büßte es ein durch einen Krieg, der vier Wochen dauerte. Der Kaiserstaat schied aus Deutschland aus.

Der Nikolsburger Friede änderte nichts am Kriegsstande zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten. Diese hatten trotz ihrer Überlegenheit an Truppen dem Vordringen des Feindes nicht zu wehren vermocht. Würzburg und Nürnberg, hessisches, badisches und selbst württembergisches Gebiet wurden besetzt. Doch sind nach Herstellung des Friedens im Osten auch auf diesem Kriegsschauplatz die Waffen nicht mehr gekreuzt worden. Vom 13. August bis 3. September haben nach einander Württemberg, Baden, Baiern und Hessen-Darmstadt ihren Frieden mit Preußen machen können. In Prag erhielt am 23. August der Nikolsburger Friede seine Bestätigung.

Schon in Nikolsburg war entschieden, daß die deutsche Einheit aus diesem Kriege nicht hervorgehen solle. Preußen verpflichtete sich, Gebietserweiterungen und Bundesgründung auf Norddeutschland zu beschränken, auch Sachsen nicht anzutasten. Doch sollte Sachsen, mit dem am 21. Oktober der Friede geschlossen wurde, Glied eines

Norddeutschen Bundes werden. Auch wurde Österreich keine Gebietsabtretung zugemutet. Der König hat sich in diesem Punkte nicht leicht für Mäßigung entschieden. Doch wich er Bismarcks Vorstellungen. Vorteil auf Kosten Österreichs hat Preußen nur durch die bescheidene Kriegsentschädigung von 20 Millionen Talern geerntet. Baiern zahlte eine nicht viel kleinere Summe, Sachsen die Hälfte, die übrigen Staaten nach Verhältnis. Baiern und Hessen-Darmstadt haben sich Grenzberichtigungen gefallen lassen müssen, Hessen-Darmstadt auch den Anschluß seiner Provinz Oberhessen an den werdenden Norddeutschen Bund.

Es ist oft gesagt worden, daß die Zurückhaltung, die nicht im Sinne jedes Angehörigen der siegenden Partei war, erzwungen worden sei durch Napoleons Einmischung. Sicher ist, daß Bismarck vor allem geleitet wurde von dem Gedanken, einem zukünftigen engeren Zusammenschlusse den Weg nicht zu verlegen. Aber es ist andererseits nicht zu leugnen, daß Napoleons Auftreten ein Warnungszeichen war, den innerdeutschen Streit nicht zu weit zu treiben, nicht etwa zu dem Versuche, schon jetzt einen gesamtdeutschen Staat zu erzwingen.

Als der Krieg im Anzuge war, am 4. März 1866, brachte der Kladderadatsch ein Bild, das Preußen und Österreich als Gladiatoren in der Arena vor dem Imperator Napoleon zeigte, mit der Unterschrift: Ave, Caesar imperator! Morituri te salutant. Es war ein treffender Ausdruck der allgemeinen Auffassung. Für Napoleon III. war der Krieg von 1866 der große Moment seines Lebens. Das Rätsel seiner bisherigen Erfolge lag im Zauber seines Namens. Aber dieser Zauber konnte nur wirksam bleiben, wenn der Name brachte, was er zu verheißen schien: Macht und Ruhm für das französische Volk.

Rheinwärts wandte sich diese Sehnsucht allermeist. So ist Napoleon fast von dem Augenblicke an, wo er zur Macht gelangte, bedacht gewesen, vor allem in dieser Richtung sich Vorteile zu verschaffen. Es schien ihm nicht unmöglich, sich Preußens wie Piemonts zu bedienen. Wiederholt sind solche Lockungen an die preußische

Politik heran getreten, besonders häufig, seitdem Bismarck sie leitete. Es ist eine der schwierigsten und wichtigsten diplomatischen Leistungen dieses Mannes gewesen, daß er verstanden hat, die Hoffnung auf ihre Erfüllung lebendig, für ihre Verwirklichung aber nie Raum zu lassen. Im kritischen Augenblick hat ihm das allein die glänzende Leistung der Armee ermöglicht.

Napoleon war noch Ende Mai mit dem Vorschlage eines Kongresses hervor getreten. Friedlich zum Ziele zu gelangen, schien ihm sowohl wünschenswerter als auch sicherer. Preußen und Italien hatten zugestimmt, Österreich aber seine Einwilligung an die Bedingung geknüpft, daß keine der Mächte einen Gebietszuwachs erfahre. Damit war die Sache für Napoleon erledigt.

Er hatte dann am 11. Juni in einem offenen Briefe an seinen Minister des Auswärtigen Drouyn de l'Huys dargelegt, was das Ergebnis des Krieges sein müsse: Für Österreich Erhaltung seiner großen Stellung in Deutschland, für Preußen Abrundung im Norden, für die Mittelstaaten Kräftigung und engerer Zusammenschluß, für Frankreich eine Kompensation, sofern eine der anderen großen Mächte ihr Gebiet erweitere, für Italien Venetien. Aus der Sprache der Diplomatie in den Ausdruck realer Wünsche übersetzt hieß das: Für Österreich Schlesien als Ersatz für Venetien, dafür Sachsen und Schleswig-Holstein, vielleicht auch Hannover und Kurhessen und kleinere Staaten an Preußen, Versetzung des Königs von Sachsen und etwaiger anderer namhafter Geschädigter nach dem Rheinland, Vorschiebung der Grenze Frankreichs auf Kosten Deutschlands und Belgiens. Es war einer der zahllosen Pläne à la Polignac, wie sie seit den Zeiten Heinrichs IV. und Sullys in Frankreich immer wieder aufgetaucht sind. Seit dem Emporkommen Preußens gipfelten sie in der Bindung der beiden Großmächte durch einander und in der Abhängigkeit des übrigen Deutschlands von Frankreich. Napoleon glaubte es in der Hand zu haben, den richtigen Moment für die Durchführung zu erfassen.

Da kam Königgrätz. Zwei Tage nach der Schlacht wiederholte Kaiser Franz Josef das Spiel von Villafranca. Er trat Venetien

an Napoleon ab, es Italien zu übergeben, konnte dadurch allerdings Viktor Emanuel nicht bewegen, seinen Bündnispflichten untreu zu werden. An dem gleichen Tage ließ Napoleon auch schon im preußischen Hauptquartier wissen, daß er zu einer Vermittelung bereit sei. Eine Woche später erschien dort Benedetti.

Auch jetzt noch hätte Preußen ein Bündnis mit Frankreich haben können. Die Zwischenstaaten — Belgien, Luxemburg, die Schweiz — hätten vor allem die Kosten zu tragen gehabt. Napoleon erhielt weder Zu- noch Absage. Am 6. August (am 4. war der König nach Berlin zurückgekehrt, am 5. der Landtag eröffnet worden) forderte Benedetti offen Kompensationen am Rhein, bairisches und hessisches Land. Wenige Tage zuvor waren die Stillstände mit den süddeutschen Staaten geschlossen worden, und ihnen war unmittelbar, am 5. August, ein Schutz- und Trutzbündnis gefolgt, das im Falle eines Krieges Süddeutschlands bewaffnete Macht unter preußischen Oberbefehl stellte. Bismarck war seiner Sache völlig sicher; die Antwort an Benedetti war ein glattes Nein. Napoleon fand nicht den Mut, einen Waffengang zu wagen.

Das Bestehen des Bündnisses ist erst im März des nächsten Jahres in der bairischen Kammer bekannt gegeben worden. Sein Abschluß war ein glänzendes Zeugnis für den Fortschritt nationaler Gesinnung, der sich vollzogen hatte. Trotz allem wollten die Regierungen zum Schutz deutschen Bodens zusammenstehen. Vorkommnisse, wie sie die Geschichte des „Heiligen Römischen Reiches" so häufig verzeichnet, oder gar Rheinbundspolitik brauchte Deutschland nicht mehr zu fürchten. Seiner Regierungen war es sicher.

So konnte sich die Bildung des Norddeutschen Bundes ohne weitere Hemmungen vollziehen. Schon am 4. August war zu seiner Errichtung eingeladen worden. Er kam zustande auf Grund einer Bundesakte, die sich enge an die Reichsverfassung von 1849 anlehnte. Nach Maßgabe des von Bismarck am 9. April in Frankfurt beantragten Wahlrechts trat ein norddeutscher Reichstag zusammen, neben ihn als Vertretung der Regierungen ein Bundesrat. Da Schleswig-Holstein,

Hannover und Kurhessen, Nassau und Frankfurt Preußen einverleibt wurden, hatte dieser Staat ein Übergewicht, das einer Herrschaft gleichkam. Trotzdem ist vermieden worden, das auch in der Stimmenverteilung im Bundesrat zum Ausdruck zu bringen. Sie schloß sich genau an die Einrichtungen des alten Bundes, ja des Reiches an, so daß Preußen außer seinen eigenen Stimmen nur die erhielt, die ihm durch die Neuerwerbungen zuwuchsen. So verfügte es im Bundesrat über 17 Stimmen von 43, ein Verhältnis, das sich später im Deutschen Reiche durch die Aufnahme von 15, seit 1911 18 neuen Stimmen noch stark zu seinen Ungunsten verschoben hat. Wehrverfassung, Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, Ordnung des Postwesens und der Rechtspflege wurden Bundessachen. Das Fortbestehen des Zollvereins neben dem Bunde führte zur Einberufung eines Zollparlaments nach Berlin, einer gesamtdeutschen Vertretung auch in dieser Zeit der Trennung, die für die Annäherung von Nord und Süd nicht bedeutungslos geblieben ist.

Aus dem siegreichen Kriege ergab sich auch die Beilegung des innerpreußischen Konflikts. Am Schlachttage von Königgrätz hatten Neuwahlen stattgefunden. Sie ergaben eine erheblich veränderte Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Dem Eindruck mannhafter Kriegstaten wird sich nicht leicht ein Volk entziehen. Es traten auch jetzt wieder Meinungen an den König heran, die den Augenblick gekommen wähnten, Hergänge wie die durchlebten mittels Verfassungsänderung unmöglich zu machen. Sie entsprachen weder der Auffassung des Königs noch der seines Beraters. Man entschloß sich zu einer Indemnitätsvorlage, die das Verfassungswidrige des Vorgehens anerkannte. Das Land ward inne, daß die Regierung aufrichtig Versöhnung suchte. In den neu- und nichtpreußischen Gebieten konnte das, über die Grenzen des Bundes hinaus, nur einen guten Eindruck machen.

Was die preußische Politik als ihr Ziel bezeichnet hatte, war erreicht. Ein engerer Bund, dessen Wehrkraft nach preußischem Muster stark entwickelt wurde, war unter ihrer Führung zusammen getreten. Gegen alle Erwartung hatte der Bund eine innere Aus-

gestaltung erhalten, wie sie gleich freiheitlich kein deutsches Einzelland, ja kaum ein europäischer Staat besaß. Das Urteil über Preußen und seine Leiter erfuhr in weitesten Kreisen eine völlige Wandlung. Wo man bisher den schlimmsten Feind deutscher Einheit gesehen hatte, fand man jetzt einen vertrauenswürdigen Führer. In den Verhandlungen des Norddeutschen Reichstags, des Zollparlaments, der Einzellandtage kehrt diese Auffassung in den nächsten Jahren immer wieder. Sie bedurfte, um lebendig zu bleiben, weiterer Schritte auf dem Wege zum ersehnten Ziel. Solche Schritte richtig vorbereitet und zu rechter Zeit getan zu haben, ist wiederum Bismarcks Verdienst.

Napoleon III. konnte, nach dem Mißerfolge des bösen Sommers 1866, sich nicht geschlagen geben. Es galt seine Stellung. Er hatte seine Machtbestrebungen wie mit dem liberalen, so mit dem nationalen Prinzip verbrämt. Es ist nicht unmöglich, daß er innerlich beiden aufrichtig anhing; aber er konnte sie nur als Vorspann benutzen, ihre Konsequenzen nicht ertragen, nicht ertragen, weil Frankreich sie nicht ertragen wollte. Denn wie Napoleon selbst, so war sein Volk wohl geneigt, nationale Parolen auszugeben, nicht aber die Einheit der Nachbarn vorbehaltlos hinzunehmen. Frankreichs Politiker sahen im geeinigten italienischen und nun gar im geeinigten deutschen Volke eine Schwächung der französischen Stellung. Wieder und wieder mußte Napoleon das hören, von niemandem eindringlicher als von Adolf Thiers, dessen spätere Verdienste um Frankreichs Räumung von deutschen Truppen nicht den Schaden ausgleichen können, den er als Historiker und Politiker durch Hätscheln der französischen Ruhmsucht und Hetzen zum Kriege seinem Volke zugefügt hat. Er und Andere wurden nicht müde, Napoleon vorzuhalten, daß er es nie zu Sadowa hätte kommen lassen dürfen.

So begann der alternde, kränkelnde Kaiser fast fieberhaft nach einem Erfolge zu suchen. In Mexiko mußte der von ihm eingesetzte Maximilian im Juni 1867 sein Unternehmen mit dem Leben büßen. Napoleon versuchte Luxemburg vom Könige der Niederlande zu erwerben, die belgischen Eisenbahnen aufzukaufen, das Zustandekommen

der Gotthardbahn zu hindern. Auch die Versuche, zu einem Abkommen mit Preußen zu gelangen, haben nicht aufgehört. Alles war vergeblich. Dabei mußte er die geplante Heeresverstärkung mühsam dem Widerstande der Kammer abringen. Man trieb zum Kriege, versagte aber die Mittel. Für das Unglück, das 1870 über Frankreich herein gebrochen ist, trägt doch das französische Volk mindestens die gleiche, eigentlich eine viel größere Verantwortung als sein Kaiser, auf den es später alle Schuld abzuwälzen versucht hat.

Was in Frankreich vorging, konnte keinem denkenden Deutschen Zweifel darüber lassen, daß auf dem Wege zur deutschen Einheit die Machtstellung des Nachbarvolkes als Block liege, der hinweg geräumt werden müsse, wenn das Ziel erreicht werden sollte. Nur nach Abrechnung mit Frankreich war Deutschlands Einheit möglich. Nicht wenigen erschien schon der Luxemburger Handel als geeigneter Anlaß, den Entscheidungskampf aufzunehmen. Daß Preußen die Bundesfestung räumte, mißbilligten manche als unzeitige Nachgiebigkeit; den Gegnern Preußens gab es erwünschte Gelegenheit, ihre Zweifel an dessen deutschem Beruf wieder mehr oder weniger schadenfroh zu Gehör zu bringen.

Es fehlte auch nicht an Nationalen, die bereit waren, durch Anschluß des Südens an den Bund des Nordens den Kriegsfall zu schaffen. Aber, von der badischen Regierung abgesehen, entsprach ein solcher Schritt keineswegs der im Süden bei Volk und Regierungen vorherrschenden Stimmung, und allein den badischen Staat dem Norddeutschen Bunde anzuschließen, lehnte Bismarck mit vollem Recht rundweg ab. Einer Entscheidung aber nicht mehr aus dem Wege zu gehen, sondern eher auf sie hinzuwirken, sah man sich auf beiden Seiten bewogen, als Napoleon nicht ohne Erfolg sich bemühte, Preußen durch internationale Bündnisse einzukreisen, und dann in Frankreich das Plebiszit, das Napoleon am 8. Mai 1870 über die revidierte Verfassung veranstaltet hatte, zwar über 7 Millionen Stimmen für, aber auch $1^1/_2$ Millionen gegen ihn ergab, unter den Widersprechenden $^1/_7$ der Mann-

schaften des stehenden Heeres und in allen großen Städten, mit Ausnahme von Straßburg, die Mehrheit. Des Kaisers Ansehen war im Heer und bei der Arbeiterbevölkerung offenbar im Schwinden begriffen.

In der spanischen Thronfolgefrage, die durch Isabellas Vertreibung im September 1868 gestellt worden war, ist schon von den ersten Monaten des nächsten Jahres an Erbprinz Leopold von Hohenzollern, Karl Antons Sohn und Bruder Karls von Rumänien, als Kandidat in Erwägung gezogen worden. Der Gedanke an eine iberische Union, der in Spanien ja nie untergegangen ist, hat wegen der nahen verwandtschaftlichen Beziehungen, die zwischen dem Prinzen und dem portugiesischen Königshause bestanden, die Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Frankreich wie in Preußen die entscheidenden Stellen ziemlich gleichzeitig und nicht allzu lange nach dem ersten Auftauchen des Gedankens über sein Vorhandensein unterrichtet gewesen sind.

Gleichwohl ist er niemals Gegenstand näheren Benehmens zwischen den Regierungen geworden. Bismarck hat ihm größere Aufmerksamkeit zugewandt, als im März 1870 spanischerseits ernstlichere Verhandlungen mit Karl Anton und Leopold von Hohenzollern begonnen wurden. Obgleich Leopold nicht geneigt war anzunehmen, sandte Bismarck seinen Sekretär Lothar Bucher und den Major von Versen nach Spanien zur Förderung der Angelegenheit. Er war der Meinung, und die leitenden und nächstbeteiligten Persönlichkeiten waren darin mit ihm einverstanden, daß die Sache zugleich für Deutschland und für Spanien von Vorteil sei. Ihn leitete noch besonders die Überzeugung, daß kein Anlaß vorliege, ja daß es nicht einmal ratsam sei, Rücksicht auf Frankreich zu nehmen.

Napoleon hatte sich unablässig und mit Erfolg um Annäherung an Österreich und Italien bemüht. An Österreichs Spitze stand Friedrich Ferdinand von Beust, 1868 in den erblichen Grafenstand erhoben, bis 1866 Sachsens leitender Minister, Bismarcks nicht nur politischer, sondern geradezu persönlicher Gegner. Dem Gesandten Frankreichs in Wien, Herrn von Gramont, hatte er zu

verstehen gegeben, daß man gut tue, einen Bruch mit Preußen nicht auf Grund eines deutschen Streitfalles herbeizuführen. Es war zu Verhandlungen über etwaige gemeinsame Operationen gekommen. Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, ist im Februar 1870 in Paris gewesen, General Lebrun im Juni in Wien. Es wurden Verabredungen getroffen, die darauf hinzielten, in einem etwaigen Kriege Süddeutschland mindestens matt zu setzen, wenn nicht gar gegen den Norden mit fort zu reißen. Trotz der Schutz- und Trutzbündnisse war in Frankreich die Hoffnung nicht erstorben, den deutschen Süden, besonders wenn ein gewisser Zwang angewendet werden könne, zur Neutralität oder gar zum Anschluß zu bewegen. Viktor Emanuel war nicht abgeneigt, Frankreich und Österreich zu folgen.

Im Mai sind aber auch die spanischen Verhandlungen mit Leopold wieder in Fluß gekommen. Sie endeten am 16. Juni mit der Annahme der Krone. Am 2. Juli machte Prim, der spanische Ministerpräsident, dem französischen Gesandten in Madrid die amtliche Mitteilung. Die Aufnahme, die sie bei der Pariser Regierung fand, erschwerte von vornherein eine friedliche Verständigung ganz ungemein; sie verriet deutlich, daß man einem Zusammenstoß nicht mehr aus dem Wege gehen wollte. Die gleiche Stimmung aber fehlte nicht beim Lenker der preußischen Politik.

Trotzdem ist, dank der Friedensliebe König Wilhelms, noch ein Zeitpunkt eingetreten, in dem der Streitfall beigelegt zu sein schien. Prinz Leopold verzichtete am 12. Juli auf die angenommene Krone. Der Verzicht ward aber nur Anlaß zu neuen Forderungen, die Benedetti am nächsten Tage in Ems zu stellen hatte. Es wird wohl niemals völlig aufgeklärt werden, wer für sie verantwortlich ist. Napoleon selbst war vielleicht mehr der Getriebene als der Treibende. Jedenfalls war jetzt der Bruch unvermeidlich.

König Wilhelm verwies den Drängenden an seinen Minister. Er ließ diesem über die letzten Hergänge berichten und wies ihn an, das Geschehene auf geeignete Weise zur öffentlichen Kunde zu bringen.

Bismarck war am 12. Juli von Varzin, wo er der Ruhe pflegte, nach Berlin gekommen, weil er seine Gegenwart für notwendig hielt. Er veröffentlichte am Abend des 13. die bekannte Darstellung, die „Emser Depesche", und ließ sie den deutschen Regierungen und den auswärtigen Vertretern des Norddeutschen Bundes zur Kenntnis bringen.

Diese Darstellung ist oft eine Fälschung gescholten worden. In Wirklichkeit konnte man den Sinn der Hergänge nicht wahrheitsgetreuer wieder geben, als es in der von Bismarck gewählten Fassung geschah. Jetzt ward klar ausgesprochen, was jeder empfand, daß es Preußen sei, das etwas zu fordern habe. Die Gemüter derer, die sich über unzeitige Nachgiebigkeit bedrückt gefühlt hatten, richteten sich wieder auf; der Hohn der Übelwollenden über Preußens unrühmliche Schwäche verstummte. Frankreichs Regierung hatte sich zu weit vorgewagt. Sie hatte Preußen nur die Wahl gelassen zwischen Demütigung und Krieg. Jetzt war sie selbst vor diese Wahl gestellt. Sie konnte bei der Stimmung des französischen Volkes, die anzureizen sie selbst das Ihre getan hatte, nicht mehr zurück, auch wenn sie gewollt hätte. Es wäre Napoleons Sturz gewesen. Bismarck aber hat sich Anspruch auf unsterblichen Dank vom deutschen Volke erworben. Er hat es verstanden, den Gegner, mit dem man nun einmal kämpfen mußte, der auf seine Gelegenheit lauerte, zur rechten Zeit zu stellen und vor ganz Deutschland, vor der Welt ins Unrecht zu setzen. Besonders wer die entscheidenden Tage im deutschen Süden durchlebte, hat empfunden, was das bedeutete. Man war sicher, daß, wie 1866 so jetzt, Wort und Feder das Schwert nicht im Stich lassen würden.

Man konnte 1870 besser gerüstet in den Kampf ziehen, als es 1867 oder gar unmittelbar nach dem 66er Kriege möglich gewesen wäre. Die Ausdehnung der preußischen Wehrverfassung auf das gesamte Gebiet des Norddeutschen Bundes hatte allein die Zahl der Infanterie-Bataillone der Feldarmee von 253 auf 368 erhöht. Die süddeutschen Staaten hatten sich im Anschluß an die Schutz- und Trutzbündnisse verpflichtet, auch *ihre* Wehrkraft nach norddeutschem Muster umzugestalten, und waren dieser Verpflichtung

in allem Wesentlichen nachgekommen. Gleichwohl kann man sagen, daß bei der Neuheit der Einrichtungen, die ihrer Natur nach keine rückwirkende Kraft äußern konnten, auch die Last dieses Krieges noch zu unverhältnismäßig großem Teil, besonders so weit Menschenmaterial in Frage kam, auf die Schultern des alten Preußen fiel.

Man wird vergebens in der früheren deutschen Geschichte nach einer Kraftäußerung suchen, die so Gemeingut der ganzen Nation und so ausschließlich ihre Leistung gewesen wäre wie der Krieg von 1870/71. Ein Hinweis auf die ersten Monate des Jahres 1814 oder den Frühling 1815 versagt. Regierende und Regierte waren einig, so weit ein großes Volk einig sein kann. Die wenigen Widerstrebenden wurden von der allgemeinen Strömung fortgerissen. Auch die Deutschen Österreichs empfanden mit ihren Landsleuten. Bis zum letzten Mann fühlte man die geschichtliche Notwendigkeit, abzurechnen mit Frankreich, dieser Macht einzuprägen, daß sie auf deutsche Uneinigkeit nicht mehr zu rechnen habe. Endlich floß zusammen in ein Bett, was so lange in zahllosen Verästelungen seine Kraft verbraucht hatte, waffenfreudiger Schlachtenmut und vaterländische Gesinnung, groß gezogen an den so reichen, so vielgestaltigen Schätzen deutscher Kultur.

Heldengreise, der 73jährige König und der 70jährige Moltke, nahmen die Führung in ihre erprobten Hände. Der Kronprinz ward Führer der „Dritten Armee", deren größere Hälfte aus Süddeutschen bestand. Sein männliches und zugleich leutseliges Wesen hatte ihre Herzen im Sturm erobert. Die „Zweite Armee", mit der das Große Hauptquartier zog, führte Prinz Friedrich Karl, die „Erste" Steinmetz, der Held von Nachod und Skalitz. Er hielt die Saarlinie; die Zweite Armee sammelte sich in der hinteren, die Dritte in der vorderen Pfalz. An- und Aufmarsch vollzogen sich unter sorgfältigster Ausnutzung moderner Verkehrstechnik mit nie erlebter Raschheit und Sicherheit. So stand am 20. Mobilmachungstage, am Abend des 3. August, zwischen Rhein und Mosel ein Heer an Frankreichs Grenze so stark, ja stärker als einst das, mit dem Napoleon Rußland angegriffen hatte, und ungleich geschlossener.

Drüben sammelten sich die sieggewohnten französischen Heereskörper ohne festen Plan und einheitliche Leitung in mangelhafter Ordnung.

Sie wurden mit raschen und entscheidenden Schlägen bei Weißenburg und Wörth von der Armee des Kronprinzen hinter die Vogesen, bei Spichern von Teilen der Ersten und Zweiten Armee gegen Metz zurückgeworfen. Vor den Toren von Saarbrücken haben Westfalen, Hannoveraner und Brandenburger eine unübertrefflich starke Stellung einer Übermacht abgerungen. Man hing sich an den Feind. Die lothringische Hochebene füllte sich mit Deutschen; Straßburg ward umzingelt. Ein Angriff, den am 14. August die Ostpreußen des ersten und die Westfalen und Hannoveraner des siebenten Korps auf die vor Metz aufgestauten französischen Massen machten, verzögerte ihr Zurückgehen hinter die Mosel. Die Armee Mac Mahons war vom Kronprinzen so getroffen, daß sie eine Überschreitung des Flusses nicht mehr zu hindern vermochte. So konnte man, Metz südlich umgehend, sich dem abziehenden Feinde auf der Straße nach Paris entgegen werfen. Im blutigsten Kampfe des ganzen Krieges hielten bei Rezonville, Vionville und Mars la Tour die Brandenburger, unterstützt von Niedersachsen und Westfalen des 10. Korps, die französische Armee am 16. August auf. Daß sie den Durchbruch nicht mit Aufbietung aller Kräfte erzwang, ward ihr Verderben. Zwei Tage später stand sie der vereinigten Ersten und Zweiten Armee gegenüber. Sie mußte in verkehrter Front schlagen; sie wurde unter die Festungswerke von Metz zurück geworfen.

Eine neue Verteilung der Streitkräfte ermöglichte zugleich die Einschließung dieser Lagerfestung und den Vormarsch gegen Paris. Kronprinz Albert, der mit seinen Sachsen auf dem äußersten linken Flügel des Heeres zum Erfolge des 18. entscheidend beigetragen hatte, wurde Führer einer „Maas-Armee“, die zusammen mit der Dritten Armee die Operationen westwärts fortsetzen sollte. Als Mac Mahon, durch Zuzug aus dem Innern neu gestärkt und Weisungen der Kaiserin und der Minister aus Paris folgend, mit dem willenlos dem Heere folgenden Kaiser versuchte, an der bel-

gischen Grenze entlang zur Befreiung Bazaines aus Metz vorzudringen, wandten sich die beiden deutschen Armeen nordwärts und umstellten den Gegner bei Sedan. Sein verzweifelter Widerstand am 1. September konnte nicht anders als mit einer vollständigen Niederlage enden. Am nächsten Tage ergaben sich Heer und Kaiser den Deutschen. „Welch eine Wendung durch Gottes Führung", lautete des Königs Meldung an die Gemahlin. Vier Wochen nach Beginn der Feindseligkeiten gab es keine französische Feldarmee mehr. Was die Schlachten nicht dahin gerafft hatten, war bis auf geringe Reste in deutscher Gefangenschaft oder eingeschlossen in Metz.

Doch sahen sich bald enttäuscht, die damit den Feldzug beendigt wähnten. Paris wurde am 19. September von den deutschen Truppen erreicht. Die gewaltige Lagerfestung, die ihre Entstehung dem Kriegslärm der ersten 40er Jahre verdankte, bewies eine unerwartete Widerstandskraft. Nicht nur ihre Ausdehnung, sondern auch die einmütige Entschlossenheit und zähe Ausdauer ihrer Bewohner machten ihre Bezwingung zu einer schwierigen Aufgabe. Französische Vaterlandsliebe zeigte sich auch jetzt wieder im glänzendsten Lichte. Der 32jährige Südfranzose Gambetta, den neben blendender Rednergabe vor allem maßloses Selbstgefühl und unbeugsamer Wille auszeichneten, vermochte als Diktator der proklamierten Republik Armeen aus dem Boden zu stampfen. Immer neue Heere gefährdeten von der Loire und vom Norden her die Belagerung von Paris; vom Süden herauf bedrohte man die Verbindung mit Deutschland, vor allem die mit dem Oberrhein. Hätte nicht Bazaine am 27. Oktober in Metz mit seiner Armee kapitulieren müssen, der Ausgang der Einschließung hätte fraglich werden können.

Die frei gewordene Armee Friedrich Karls sicherte wieder die volle Überlegenheit im Felde. Die gegen die Hauptstadt vordringenden Truppenmassen wurden zurück geschlagen. Paris sah sich durch Mangel an Lebensmitteln am 28. Januar 1871 zur Übergabe gezwungen. Gleichzeitig wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Da er den südlichen Kriegsschauplatz ausnahm, so konnte Bourbakis Armee, deren sich die Belagerer von Belfort in dreitägigem, schwerem

Ringen kaum erwehrt hatten, über die Schweizer Grenze gedrängt werden. Ganz Frankreich stand der Okkupation offen. Eine in Bordeaux zusammen getretene Nationalversammlung mußte am 1. März den Frieden, den Thiers mit dem Deutschen Kaiser vereinbart hatte, annehmen.

Denn inzwischen war das deutsche Kaisertum wieder erstanden. Es war nie von König Wilhelm erstrebt worden; aber es wuchs ihm unvermeidlich zu. Das deutsche Volk erwartete, verlangte einen solchen Abschluß. Der sieg- und ehrenreiche Krieg konnte nicht vorüber gehen, ohne zur vollen deutschen Einheit zu führen. Nicht ohne Schwanken und Bedenklichkeiten haben die süddeutschen Staaten die Form der Verbindung mit dem Norden gefunden, die ihnen erträglich schien. Bismarck war vor allem bedacht, nichts zu übereilen und keinen Zwang auszuüben. Baden und Hessen schlossen sich vorbehaltlos an; Baiern und Württemberg wahrten sich gewisse Reservatrechte. So konnte Wilhelm I. am 18. Januar 1871 im Spiegelsaale des Schlosses von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen werden. Es war eine wunderbare Vergeltung der Geschichte, daß Deutschlands Einheit hergestellt wurde an einem Orte, von dem aus nachhaltiger und erfolgreicher als von irgend einem anderen an ihrer Zertrümmerung gearbeitet worden war.

Der Friede brachte alte deutsche, schmerzlich entbehrte Lande zurück. Sie zu fordern, war eine nationale Pflicht, mehr aber noch Pflicht der Selbsterhaltung. Nach den Erfahrungen der Jahrhunderte durfte ein solcher Krieg Straßburg und Metz nicht in den Händen eines so ehrgeizigen, machtgierigen und in seiner inneren Lage unberechenbaren Nachbarn lassen. Es erhoben sich Stimmen, die so ziemlich alles zurück verlangten, was das alte Reich an Frankreich verloren hatte. Es sind eine Anzahl, alles in allem noch nicht 200000, französisch sprechende Leute in das Gebiet des neuen Reichs einbezogen worden; es ließ sich nicht umgehen, wollte man eine strategisch brauchbare Grenze gewinnen. Später hat man klar erkannt, daß es richtiger gewesen wäre, aus diesem Grunde auch

Belfort zu behalten. Die beiden erworbenen Landschaften haben nie zuvor in irgend welchen näheren Beziehungen zu einander gestanden. Wenn man sie als einheitliches „Reichsland" in den neuen deutschen Gesamtstaat einfügte, so war das ein Verfahren, das gewählt wurde, weil man kein besseres zu finden wußte. Es entsprach wenigstens der Einheitlichkeit der Anstrengungen, durch die sie errungen worden waren. Daß es nicht das Richtige war, ist heute klar. Aber eine Einverleibung in Preußen, die sicher zu festerer Verschmelzung mit Deutschland geführt hätte, duldete damals die Rücksicht nicht, die man dem Süden schuldig war.

Niemand, der diese Zeit durchlebt hat, kann ihrer gedenken, ohne daß ihm das Herz höher schlägt in der Brust. Es gibt nichts Größeres als ein ganzes Volk erfüllt von einem Gedanken, von einem Streben nach einem hohen, heiligen Ziel. Die Werktagsarbeit, die unvermeidlich folgen mußte, hat nüchternes Bemühen an die Stelle lodernder Begeisterung gesetzt. Doch wenn auch der Enthusiasmus verging, Glaube und Liebe blieben. Sie fanden eine feste Grundlage an dem, was aus dem Reiche in den Jahren 1871—1918 geworden ist. Die Taten der Männer, die führend und geführt das neue Reich errangen, verpflichten unser Volk zu ewigem Danke. In ihrer Hingebung an das Vaterland sind sie ihm ein leuchtendes Vorbild geworden, wie ihnen selbst die Kämpfer des Befreiungskrieges es waren. Von ihrem Geist erfüllt ist Deutschland im August 1914 zu dem neuen, schwereren Waffengang hinausgezogen.



Viertes Kapitel.

Im neuen Reich.

Durch sechs Jahrhunderte hatte das Ausland sich gewöhnt, die Mitte Europas als eine bunte Sammlung staatlicher Gebilde anzusehen, die man nach Bedarf und Belieben zusammenlegen oder auch trennen könne. Jetzt war sie wieder eine starke, ihrer selbst mächtige Einheit geworden. Man brauchte Zeit, sich in die neue Lage zu finden.

Trotz der unvermeidlichen letzten Entscheidung durch die Waffen war die deutsche Einheit Ergebnis geistiger Strömungen; Preußens Schwert war in ihren Dienst getreten, nicht bloß erobernd wirksam geworden. Reiche Nahrung aber hatten Denken und Empfinden unseres Volkes aus den stolzen Erinnerungen deutscher Vorzeit gezogen. War nicht das Wiedererstehen der Kaiserherrlichkeit nur ein Schritt auf dem Wege, den das Lied wies: „Sein Vaterland muß größer sein"? Daß man draußen wußte, was der Begriff des Vaterlandes für die deutsche Einheitsbewegung bedeutete, erhellt aus dem häufigen Gebrauch des Wortes seitens des Auslandes, um deutschen Patriotismus zu kennzeichnen. Würde der neue Kaiser nicht auch „allezeit Mehrer des Reiches" werden wollen wie einst Sachsen, Salier und Staufer, die solchen Titel geführt hatten?

Es war natürlich, daß solche Befürchtungen zumeist Platz griffen in den Gebieten, die in Beziehungen zum alten Reiche gestanden

hatten, in Belgien und den Niederlanden, Luxemburg und der Schweiz. Sie waren aber auch verständlich in den skandinavischen Ländern. In Schweden und Norwegen ward das Mißgeschick, das über Dänemark herein gebrochen war, mit empfunden, und man überzeugte sich schwer, daß es nicht unverschuldet war. Drei Kriege hatte Preußen, hatte Bismarck nach einander geführt. Würde dieser ehrgeizige „Blut- und Eisen-"Mann an der Spitze dieses Kriegerstaates nicht Weiteres versuchen? „Mit wem wird Bismarck jetzt Krieg anfangen", war die erste Frage, die ein Dorfpfarrer der Insel Gotland an den Verfasser richtete, als dieser im Sommer 1877 seine Kirche in Augenschein nahm. Die Worte waren der unverhüllte Ausdruck einer in Europa und darüber hinaus weit verbreiteten Volksmeinung, die auch den Regierungen nicht fremd blieb. Und wo man von dem friedfertigen Charakter der neuen Staatsbildung überzeugt war, ergaben sich vielfach Verschiebungen der Verhältnisse, die als unbequem empfunden wurden und vorhandenes Mißtrauen nicht verscheuchten, sondern nähren halfen. So brachte der Ausgang des deutsch-französischen Krieges zunächst ein Moment der Unruhe in die europäische Welt.

Das hat in diesem Umfange nicht Dauer gehabt. Jahrzehnt nach Jahrzehnt hat beruhigend gewirkt. Die kleinen Nachbarn Deutschlands verlernten, rechtlose Vergewaltigung durch den Stärkeren zu fürchten. Im Gegenteil bis zum Weltkriege hin gewann mehr und mehr die Erkenntnis Raum — unter Vorbehalt selbst in Dänemark —, daß das Bestehen eines starken, in sich befestigten und befriedeten Reiches in Europas Mitte eine Bürgschaft darstelle für die Sicherheit und Selbständigkeit gerade der kleinen Staaten. Wenn einst Stein und Gneisenau der Meinung waren, daß „das Übel Europas in der Zersplitterung der Mitte" liege, so war diese Erkenntnis Gemeingut Vieler, auch Nichtdeutscher geworden. Bis zum Weltkriege hin wurde Deutschland der Eroberungslust und beabsichtigter Vergewaltigung anderer nur noch beschuldigt von Leuten, die ihren Vorteil darin sahen, Vertrauen auf Deutschland nicht aufkommen zu lassen. Deren gab es allerdings nicht wenige. Das lag im Ent-

wickelungsgang der europäischen Geschichte, in der Lage unseres Landes, in gewissem Grade unabänderlich in der Natur menschlicher Dinge überhaupt. Der große Krieg hat die alten Verleumdungen zu wahren Wutausbrüchen gesteigert, die an Gemeinheit und Verlogenheit durch Hergänge der Geschichte nicht leicht überboten werden.

Frankreich sah sich von der Höhe herabgestürzt, die es, wenn auch nicht ohne Unterbrechungen, länger als zwei Jahrhunderte inne gehabt hatte. Es war in dieser Zeit die vornehmste Macht auf dem Kontinent gewesen. Unmöglich konnte die Nation in raschem Entschlusse mit den Vorstellungen aufräumen, die sich aus solchem Glanze des nationalen Daseins ergeben hatten. Man empfand die Niederlage als eine Ehrenkränkung, den Verlust an Land, wenn man es auch selbst der Waffengewalt verdankte, als Raub an geheiligtem vaterländischen Boden. Die ganze Glut französischen Nationalstolzes und französischer Ruhmsucht ergoß sich in den Gedanken der revanche.

Rasch ist Frankreich wieder zu Kräften gekommen. Die Verluste, die es erlitten hatte, waren auch entfernt nicht zu vergleichen mit dem, was seit dem Dreißigjährigen Kriege so oft über Deutschland hereingebrochen war. So konnte Frankreichs findige und betriebsame Bevölkerung sie mit ihrem überlieferten Sparsinn bald ersetzen. In gut zwei Jahren waren die fünf Milliarden der Kriegsschuld erlegt. Die deutschen Heeresteile, die, wie einst in den Jahren 1815—1818 solche der Verbündeten, in Frankreich zurückgeblieben waren, ihre Zahlung zu sichern, haben staffelweise das Land geräumt. Dem Sieger ahmte man die allgemeine Wehrpflicht nach, allerdings ohne die Einrichtung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes dauernd festhalten zu können. Aber man gelangte bald zu einer Armee, die an Zahl und Rüstung der früheren weit überlegen, der deutschen gewachsen war. Die europäische Lage mußte nur die Möglichkeit von Bündnissen ergeben, um dem Nachbarn wieder bedrohlich zu werden. Die ist nicht ausgeblieben.

Frankreich hatte während des Krieges sich vergeblich bemüht, die Mächte zur Intervention zu bewegen. Österreich würde unter Beusts Leitung versucht haben, die Scharte von 1866 auszuwetzen, hätte

nicht der Verlauf der ersten Kriegswochen ein derartiges Beginnen zu einem gewagten Unternehmen gemacht. Auch wünschte Ungarn, das seit dem Ausgleich von 1867 als besonderes Königreich neben der cisleithanischen Reichshälfte stand, durchaus nicht, Österreichs deutsche Stellung wieder hergestellt zu sehen. In England hielten sich deutsche und französische Sympathien während des Krieges ziemlich die Wage. Napoleons III. koloniale Bestrebungen, auch seine belgischen Pläne hatten mehr als einmal den überlieferten französisch-englischen Gegensatz zu fühlbar gemacht, als daß das Inselreich die Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Kontinent zunächst hätte schwer nehmen sollen; es hat im Gegenteil die Abtrennung Elsaß-Lothringens als Stärkung Deutschlands befürwortet. Rußland aber beharrte dabei, Preußen nicht im Wege zu sein, womit auch Österreich zu rechnen hatte. Es konnte auch noch während des Krieges aus den guten Beziehungen zu der aufsteigenden Nachbarmacht Vorteil ziehen. Es sagte sich los von der Neutralität des Schwarzen Meeres, durch die im Pariser Frieden die Westmächte seine Bewegungsfreiheit eingeschränkt hatten.

Es glaubte aber auch die Zeit gekommen, seine Balkanpolitik mit Erfolg wieder aufzunehmen. Es durfte sicher sein, daß Frankreich nicht wieder für die Türkei eintreten werde. So konnten die Balkanvölker wieder gegen die Sultansherrschaft losgelassen werden. Serbien und Montenegro begannen 1876 Krieg mit der Pforte; zum ersten Male erhoben sich auch die Bulgaren. Als die Türkei sich ihren Gegnern überlegen erwies, griff Rußland im nächsten Jahre selbst ein. Nicht ohne die Rumänen zu Hilfe zu nehmen, erfocht es den Sieg. Es führte seine Truppen bis vor Konstantinopel. Im Frieden von San Stefano mußte die Pforte 1878 den weitaus größeren Teil ihres europäischen Besitzes preisgeben, den Rest in zwei von einander getrennte Teile spalten lassen. Bis an das Ägäische Meer sollte sich der neue bulgarische Staat ausdehnen.

Da legten sich England und Österreich ins Mittel. Man verglich sich auf Bismarck als „ehrlichen Makler“; in Berlin trat im Juni ein Kongreß zusammen. Er billigte die Gebietserweiterungen, die Serbien und Montenegro zugestanden waren, beschränkte aber

das Fürstentum Bulgarien auf den Landstreifen zwischen Donau und Balkan; Ostrumelien, ebenfalls verkleinert gegenüber den Bestimmungen des Friedens von San Stefano, sollte als besondere Statthalterschaft regiert werden. Das der Türkei in Europa belassene Gebiet behielt räumlichen Zusammenhang in sich. Österreich aber ward zugestanden, worauf Verabredungen mit Rußland Aussichten eröffnet hatten, Bosnien und die Herzegowina zu besetzen und so auch seinerseits auf der Balkanhalbinsel Fuß zu fassen.

Fürst Gortschakow, seit mehr als zwanzig Jahren Leiter der russischen Politik, erblickte in diesem Ergebnis eine Niederlage nicht nur seines Staates, sondern auch seiner Person gegenüber dem so glücklichen Lenker der deutschen Angelegenheiten. Er hätte die dauernde französisch-deutsche Spannung gern als eine günstige Gelegenheit benutzt, Rußland an die Spitze der europäischen Politik zu bringen. Deutschland bekam die Verstimmung rasch zu fühlen. Da bewog Fürst Bismarck, nicht ohne Schwierigkeit, seinen Kaiser, statt der Beziehungen, die sein Leben begleitet hatten, andere zu knüpfen. Am 7. Oktober 1879 schloß das Deutsche Reich ein Schutz- und Trutzbündnis mit Österreich. Dem Donaustaat war der Gegensatz zu Rußland wieder lebhaft in Erinnerung gebracht worden. Das Bündnis war die letzte Amtshandlung des Ungarn Andrassy, der als Beusts Nachfolger und schon vorher stets für volle Aussöhnung mit Deutschland eingetreten war.

Man darf sagen, daß dieses Bündnis den deutschen Reformgedanken in seiner ursprünglichsten Form zur Ausführung brachte. Er war auf eine völkerrechtliche Verbindung des von Preußen geführten Deutschland mit Österreich gerichtet gewesen. Es war ein Ziel, das eine geschichtliche Notwendigkeit in sich schloß. In der besprochenen Streitfrage über Bedeutung und Wirkung des mittelalterlichen deutsch-römischen Kaisertums war von großdeutscher Seite mit Recht betont worden, daß die Lage der deutschen Nation in der Mitte Europas es zu einer Frage ihres Bestandes mache, ob sie vermöge, sich einen gewissen Einfluß auf einen Kreis von Nachbarnationen und Ländern zu sichern. Es ist das geschichtliche Verdienst

des Hauses Habsburg, daß es das möglich gemacht hat, als unser mittelalterliches Kaisertum versagte. Bismarck hat erkannt, daß die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, wie es nun einmal hatte werden können, enger Beziehungen zu Österreich als unentbehrlicher Ergänzung bedürfe. Das ist die Größe des Mannes, daß er seine gewaltige Kraft stets nur in den Dienst des Erreichbaren, des Dauer Verheißenden stellte! Den Grund zu diesem Aufbau hat er 1866 gelegt, als er jede Gebietsforderung an Österreich mit Erfolg widerriet.

Dem Bunde mit Österreich hat bald Italien zugesellt werden können. Die Besitzergreifung von Tunis, das Frankreich 1881 aus der türkischen Beute an sich riß, verstimmte auf der Halbinsel so sehr, daß man sich den Mittelmächten zuwandte. 1883 gab Italien durch seinen Beitritt dem Dreibunde das Leben. So verbanden internationale Verträge, was der Nationalitätsgedanke aus einander getrieben hatte. Im mittleren Europa wurden Länder und Völker in einem Umfange in ein einheitliches politisches System gebracht, wie die glänzendste mittelalterliche Kaiserzeit es nicht gekannt hatte. Der Dreibund hat schon vor dem Weltkriege an innerer Festigkeit ganz erheblich eingebüßt; aber auch heute, wo er in Stücken gegangen ist, muß man sagen, daß nichts, was an seine Stelle gesetzt werden könnte, gleich gut geeignet ist, nicht nur Deutschland und Österreich, sondern auch Italien zu sichern, dessen Großmachtstellung im Zusammengehen mit den Westmächten auf die Dauer schwer aufrecht zu erhalten ist.

Als die Verbindung begründet wurde, trug sie überwiegend den Charakter einer Anlehnung an die deutsche Macht. Das ist nicht immer so geblieben. Es war eben dem neuen Deutschland nicht beschieden, auf die Dauer die bevorzugte Stellung zu behaupten, die ihm Kaiser Wilhelms I. und Bismarcks Umsicht und stetige Haltung errungen hatten.

Die Annäherung an Österreich hat nicht vollzogen werden können, ohne zu steigender Entfremdung Rußlands gegenüber Deutschland zu führen. Weit verbreitet ist in Deutschland der Glaube, daß die Regierungsformen der Staaten von maßgebender Bedeutung seien für die Gruppierung der Mächte in den Fragen der großen Politik. Unter den geschichtlichen Erfahrungen, die das Gegenteil belegen, ist besonders be-

zeichnend die Leichtigkeit, mit der die französische Republik und das Zarentum einander gefunden haben. Die polnischen Sympathien, die in der Zeit Louis Philipps und Napoleons III. Gemeingut aller Franzosen waren, hat das republikanische Frankreich nach 1870 völlig vergessen. Auch seine Historiker wußten zu verkünden, daß Rußland und Frankreich von jeher auf einander angewiesen, natürliche Bundesgenossen gewesen seien. Heute lautet die Lehre wieder anders. Polen und Tschechen sind an die Stelle der Russen getreten. Bismarck ist es gelungen, die beiden Mächte in einer gewissen Entfernung von einander zu halten. 1884 hat er mit Alexander III., der 1881 nach Ermordung seines Vaters Alexanders II. den russischen Thron bestieg, für drei Jahre vereinbart, daß Deutschland neutral bleiben werde, wenn Rußland von Österreich, Rußland aber, wenn Deutschland von Frankreich angegriffen werde. 1887 ist diese „Rückversicherung", nochmals auf drei Jahre, wiederholt worden, diesmal wohl in Vertragsform. Es handelte sich dabei um keinerlei Zweideutigkeit, sondern allein um eine festere Friedensbürgschaft, die mit der von den Dreibundsgenossen übernommenen Bürgschaft des Besitzstandes in keinem Widerspruch stand.

Gleichwohl hat Bismarcks Nachfolger im Reichskanzleramt den Rückversicherungsvertrag nicht erneuert. Zusammen mit der polenfreundlichen Haltung, welche die preußische Staatsleitung nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. (1888) durch mehrere Jahre glaubte annehmen zu sollen, hat das die Entfremdung der beiden Mächte erheblich gefördert. Weder die Unterstützung, die Deutschland gemeinsam mit Frankreich dem neuen Zaren Nikolaus II. 1895 zuteil werden ließ, als er Japan nach dessen Sieg über China in den Arm fiel, noch Deutschlands korrekte, ja wohlwollende Haltung während des russisch-japanischen Krieges 1904/5 und während der schweren inneren Wirren, die Rußland als Folge seiner Niederlage in diesem Kriege zu überstehen hatte, haben das gestörte Verhältnis nennenswert bessern können. Volk und Regierung wurden in Rußland von der Meinung beherrscht, daß Deutschland ihrem Reiche den Weg zu Macht und Größe verlege. Die unabweisbare Notwendigkeit, in den Streitigkeiten, die 1908/9 der vollen Besitzergreifung Bosniens

folgten, hinter Österreich zu stehen, hat dieser Auffassung neue Nahrung und durch die Form, in der sie zum Ausdruck gebracht wurde, wohl noch größere Schärfe gegeben. Eine weitere Folge dieses Wandels in unseren Beziehungen zu Rußland war, daß in dem deutsch-österreichischen Bündnis die Führung, so weit von einer solchen die Rede sein kann, von Deutschland nach Österreich hinüberglitt. Das ist auch auf Italiens Stellung im Dreibund nicht ohne Einfluß geblieben.

Dieser Verschiebung der Verhältnisse in unseren Beziehungen zum europäischen Osten ging eine andere im Westen zur Seite.

Es war ein Lieblingswunsch des ersten Reichskanzlers, Frankreichs Aufmerksamkeit vom „Loch an den Vogesen" abgelenkt zu sehen durch eine starke überseeische Politik. Hier konnten dem lebenskräftigen Volke neue Aufgaben erwachsen, Aufgaben, deren Lösung nach alter Überlieferung einem näheren Anschluß an England im Wege stehen würde. Tatsächlich hat die Republik diesen Weg alsbald entschlossen und mit Erfolg betreten. Sie hat in den vierzig Jahren ihres Bestehens ein unendlich viel größeres und wertvolleres Kolonialreich zusammengebracht als die gesamte Vorzeit Frankreichs. Eine nennenswerte Schädigung deutscher Interessen brauchte dabei zunächst nicht gefürchtet zu werden. So hat Bismarck nie versucht zu hemmen; besonders deutlich trat das Richtige dieser Politik bei der Besitzergreifung von Tunis hervor.

Sie hat sich auch aufrecht erhalten lassen, als Deutschland selbst in die Reihe der kolonialen Mächte eintrat.

Unendlich oft ist die Frage aufgeworfen worden, warum das so spät geschehen sei. Die Antwort ist einfach genug: Weil nur ein Deutsches Reich hätte kolonisieren können und ein Deutsches Reich nicht vorhanden war. Die Versuche, die nicht nur von Brandenburg-Preußen und Österreich, sondern auch von anderen Stellen her gemacht worden sind, mußten, wie die Weltlage war, erfolglos bleiben, wie die Dänemarks und Schwedens so gut wie erfolglos geblieben sind.

So ist dem deutschen Volke eine unübersehbare Fülle von wirtschaftlichen und geistigen Kräften für immer verloren gegangen, hat fremden Wohlstand und fremde Macht gemehrt. Besonders ist das

noch im 19. Jahrhundert geschehen, als die Vervollkommnung der Verkehrsmittel auch größeren und größten Bevölkerungsmengen die fernsten Gegenden zugänglich machte und in den Vereinigten Staaten, in Australien, Südafrika, Kanada weitgedehnte ertragfähige Ländereien zur Besitzergreifung gleichsam einluden, während in den deutschen Gauen wirtschaftliche und politische Enge so manchen Verdrossenen schuf. Vom Beginn der 20er bis in die Mitte der 90er Jahre des Jahrhunderts sind aus Deutschland weit über sechs Millionen Menschen über den Ozean gezogen, außerdem noch Hunderttausende ostwärts.

Der Gedanke, die Abwandernden so zu organisieren, daß ihnen auch draußen ihre deutsche Art erhalten bleibe, ist in den verschiedensten Formen aufgetaucht und verfolgt worden. Leicht gelang das, wie einst in früheren Jahrhunderten, wo die Einwanderer die neue Heimat inmitten tiefer stehender Bevölkerung fanden. Sie überragten ihre Umgebung durch Können, Besitz und Lebensführung und behaupteten, mit nicht allzu vielen Ausnahmen, diese Überlegenheit sicher und leicht. Wo aber mit dem Aufgehen in der fremden Volksart unverkennbare Vorteile verbunden waren (und das war über See so oft der Fall), da hatten einen schweren Stand, die Erhalten des Eigenen predigten, wenn auch der landläufigen Ansicht, daß der Deutsche im Auslande seine Art besonders leicht aufgebe, auf das entschiedenste widersprochen werden muß. Trotz der Zahl und Buntscheckigkeit der „Vaterländer" fanden und finden Deutsche, auch von außerhalb der Grenzen des Reiches, sich unter Fremden im allgemeinen fest und gut zusammen im Bewußtsein ihrer Einheit. Die Aufrichtung des Reiches hat naturgemäß in weiten Kreisen auch das Verlangen geweckt, deutschen Auswanderern die Aufrechterhaltung des staatlichen Zusammenhanges mit der Heimat zu ermöglichen, sie auf deutschem Boden ansiedeln zu können.

Die steigende Bedeutung des deutschen Außenhandels drängte in die gleiche Richtung. Die allmähliche Ausgestaltung Deutschlands zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet hat vor allem belebend auf seine Industrie gewirkt. Sie fand zwar im Inlande durch die

allgemeine Hebung des Wohlstandes einen vermehrten Absatz, sah sich aber doch von Jahr zu Jahr in steigendem Maße auf Ausfuhr angewiesen. Dazu kam der größere Bedarf an Rohstoffen und an Verbrauchswaren aller Art, die nur vom Auslande bezogen werden konnten. So wurde die Wohlfahrt der Nation in erhöhtem Grade vom Auslande und insbesondere vom überseeischen Auslande abhängig. Was das aber zu bedeuten hatte, was es in Zukunft bedeuten konnte, ward unschwer erkennbar.

Zwei der wichtigsten Abnehmer für deutsche Erzeugnisse, die Vereinigten Staaten und Rußland, huldigten seit langem, von einer Zeit an, die der Begründung des Zollvereins voraus liegt, einem Schutzzollsystem, das im Laufe der Zeit schärfer und schärfer angezogen worden ist. Andererseits überschwemmten sie vermöge der zunehmenden Leichtigkeit und Billigkeit des Transports Deutschland mit ihren landwirtschaftlichen, die Union auch mit industriellen Erzeugnissen. Andere kleinere Staaten folgten dem Beispiel, während die deutsche Industrie fortgesetzt den schweren Wettbewerb mit der hochentwickelten englischen, in gewissen Erzeugnissen auch mit der französischen, zu bestehen hatte. So setzten in Deutschland in der zweiten Hälfte der 70er Jahre Bestrebungen ein, die auf Gegenmaßregeln drängten, auf Schutz für Industrie und Landwirtschaft.

Dazu kam das Vorgehen einzelner Kolonialmächte, die für den Verkehr ihrer auswärtigen Besitzungen Sonderbestimmungen trafen zugunsten des Mutterlandes. Man machte sich klar, daß Deutschland leicht ins Gedränge kommen könne, wenn es nicht Anstalten treffe, sich gewisse Ausfuhrmöglichkeiten und vom Auslande unabhängigen Bezug von Rohprodukten nach Kräften zu sichern. Nur durch Erwerbung von Kolonien konnte das geschehen. So führten die Auswandererfrage und die Lage der Industrie immer weitere Kreise zu der Überzeugung, daß es notwendig sei nachzuholen, was die Verhältnisse in den verflossenen Jahrhunderten nicht gestattet hatten.

Der Leiter der Reichspolitik ist diesen Bestrebungen nicht von vornherein ein Förderer gewesen. Zu schwer lasteten die Aufgaben, welche die europäische Umgebung stellte, auf dem neuen

deutschen Staat. Auch nach den drei glorreichen Kriegen forderte die Sicherung des Errungenen die gespannteste Aufmerksamkeit. Unternehmungen über See konnten leicht zu neuen Verwickelungen führen, von denen Rückwirkungen auf die europäische Lage befürchtet werden mußten. Unter keinen Umständen konnte von solchen Wagnissen die Rede sein, so lange nicht eine starke Volksströmung Rückhalt gewährte, gleichsam Bürgschaft bot, daß die Nation ihre Kraft für das neue Ziel einsetzen werde. Als am 27. April 1880 ein Antrag der Reichsregierung, für eine Seehandels-Gesellschaft, die auf den Samoa-Inseln arbeiten wollte, eine jährliche Zinsgarantie von 300 000 Mark zu bewilligen, trotz entschiedenster Befürwortung des Reichskanzlers mit 128 gegen 112 Stimmen vom Reichstage abgelehnt wurde, schien der Beweis gegeben, daß von solcher Bürgschaft nicht die Rede sein könne. Fürst Bismarck hielt sich zurück: Vestigia terrent.

Trotzdem versagte er seine Unterstützung nicht, als Anfang Dezember 1883 der Bremer Kaufmann Lüderitz ein um die jetzt nach ihm benannte Bucht herum vom Oranje-Fluß bis zum 26. Breitengrad sich erstreckendes größeres Gebiet von den Eingeborenen erwarb und für seinen Besitz um den Schutz des Reiches bat. Ja, im nächsten Jahre ward sogar unter Führung des hochverdienten Afrikareisenden Nachtigal eine Regierungsexpedition ausgeschickt, die am 21. August 1884 von Kamerun, am 5. September von Porto Seguro und Klein-Popo im Gebiet von Togo Besitz ergriff. Ende November folgte deutsche Flaggenhissung im Osten von Neu-Guinea und auf einigen Nachbarinseln, und um dieselbe Zeit schloß Karl Peters im Namen einer „Ostafrikanischen Gesellschaft", die sich gebildet hatte, mit den Häuptlingen von vier Landschaften gegenüber Sansibar Verträge, welche die Anerkennung des Reiches erlangten. Deutschland war in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten.

Die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts stehen in bezug auf Erweiterung der Erdkenntnis und auf Betätigungsdrang der euro-

päischen Menschheit fast einzig da in der Geschichte. Allein die Zeit, die von den Entdeckungen ihren Namen erhalten hat, ist ihnen vergleichbar. Die technischen Fortschritte haben der Bedeutung von Raum und Zeit engere Schranken gesetzt. So haben weite Gebiete, die zu Anfang des Jahrhunderts kaum bekannt waren, sich mit weißen Menschen gefüllt, besonders in Amerika und Australien; andere den Blicken der Europäer bisher verschlossene Gegenden haben ihre Geheimnisse preisgeben müssen, nirgends in dem Maße wie in dem so schwer zugänglichen Afrika. Bis über die Mitte des Jahrhunderts stellte sich der größere Teil dieses vor den Toren Europas liegenden Kontinents auf den Karten als eine weiße Fläche dar; dann ward er Schlag auf Schlag, erst in Hauptrichtungen, dann in allen möglichen Kreuz- und Querzügen aufgedeckt.

Es war zunächst reiner Forschungssinn, der diese Arbeit leistete. Neben Engländern und Franzosen haben sich Deutsche mit voller Gleichwertigkeit der Ergebnisse an ihr beteiligt. Aber dem Forschungs- traten bald der Erwerbs- und der Herrschaftstrieb zur Seite. Besonders Franzosen sind in den verschiedensten Gebieten Afrikas in diese Bahn eingelenkt. Die deutsche Besitzergreifung wurde der Anstoß, der zu allgemeinem Zugreifen anspornte.

Im kolonienreichen England haben sich im Gefolge der Freihandelsbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts Anschauungen verbreitet, die den Nutzen auswärtiger Besitzungen bestritten, jedenfalls von allen weiteren Erwerbungen abrieten. Es ward die Ansicht vertreten, daß der einzige Vorteil im Handelsverkehr liege, und daß dieser unabhängig sei von der Ausübung politischer Herrschaft. Den unvermeidlichen Kosten, solche Herrschaft aufrecht zu erhalten, entspreche bei weitem nicht der Vorteil, der aus ihr fließe.

Tatsächlich hat England Gelegenheiten, seinen Kolonialbesitz zu erweitern, zeitweise unbenutzt gelassen. Daß es sich gleichwohl um nichts als um eine bloße Theorie handelte, die in dem geistig so regsamen und im Besitz befindlichen Volke zur Diskussion gestellt wurde, trat alsbald zu Tage, als andere Nationen begannen, auf afrikanischem und polynesischem Boden Besitz zu erwerben oder vorhandenen zu mehren,

ganz besonders als die Deutschen als Mitbewerber erschienen. In dem halben Menschenalter, das dem ersten Auftreten Deutschlands als Kolonialmacht gefolgt ist, haben die Engländer ihr koloniales Besitztum ziemlich auf das Doppelte seines früheren Umfanges erweitert. Es ward Grundsatz: „Gut oder schlecht, wir müssen es nehmen, damit es der Fremde nicht bekommt". Auch die Franzosen haben dann mit gesteigertem Eifer zugegriffen. Italien wollte nicht zurückbleiben. Kluge Berechnung des Königs der Belgier gab dem Kongostaat das Leben. So ist Afrika innerhalb zweier Jahrzehnte völlig aufgeteilt worden; das 20. Jahrhundert hat dort in völkerrechtlichem Sinne herrenloses Land nicht mehr gesehen.

Die Rechtmäßigkeit der deutschen Erwerbungen wurde in mehr als einem Falle in England angezweifelt; besonders von den Kapländern und Australiern wurden hier und da ältere Ansprüche geltend gemacht. Auch gegen das Vorgehen der Franzosen und die Bildung des Kongostaates fehlte es in England nicht an Einwänden. So tagte von Mitte November 1884 bis gegen Ende Februar 1885, von Bismarck veranlaßt, in Berlin die Kongo-Konferenz. Wie über den Orient, so sollte auch über Afrika an der Spree entschieden werden. Frankreich und Deutschland hatten vereint zur Konferenz geladen.

Vierzehn Mächte folgten der Einladung, England nur mit Widerstreben. Was erreicht ward, Anerkennung und Neutralisierung des Kongostaates, Vereinbarung eines Freihandelsgebietes und gewisser Grundsätze für den Vollzug von Neuerwerbungen und Ähnliches, ist vielfach auf Großbritanniens Widerspruch gestoßen. So bildete sich eine Art französisch-deutscher Interessengemeinschaft in afrikanischen Fragen, die auch nicht ernstlich gefährdet wurde, als in den nächsten Jahren wiederholt Zwistigkeiten auftauchten über die Ergebnisse deutscher und französischer Forschung, die jetzt beiderseits kaum weniger auf Landerwerb als auf Erkundung gerichtet war.

Auch in diesen Beziehungen bedeutet, wie in denen zu Rußland, das Jahr 1890 einen Wendepunkt. Bismarcks Nachfolger im Reichskanzler-Amt Caprivi schloß am 17. Juni 1890 einen Vertrag mit

England, der unseren ost- und südwestafrikanischen Besitzungen und in der Hauptsache auch der Kolonie Togo ihre gegenwärtigen Grenzen gab. Deutschland verzichtete auf Witu, Somaliland und Uganda, erkannte ein englisches Protektorat über den Sultan von Sansibar an und erwarb dafür Helgoland.

Der Vertrag ist viel angegriffen worden. Sein Mangel lag aber nicht allein im Aufgeben deutscher Ansprüche für eine unzureichende Entschädigung, sondern auch in der Tatsache, daß er der erste Schritt war, Deutschlands Sache in Afrika von der Frankreichs zu trennen. Daß dieser Schritt getan wurde, ohne daß irgend welcher Zwang für eine endgiltige Regelung der betreffenden Fragen vorlag, bewies zusammen mit dem allerdings erst sechs Jahre später bekannt gewordenen Verzicht auf den Rückversicherungsvertrag, daß der kundige Mann, der nach seinen eigenen Worten den Dampfer Germania lange gefahren hatte, nicht mehr am Steuerruder stand. Deutschland hatte, wie es der Punch ausdrückte, seinen Lootsen von Bord gesetzt.

Es folgte unter demselben Reichskanzler am 15. November 1893 ein weiterer Vertrag mit England, der Kamerun gegen das Nigergebiet abgrenzte, der aber zugleich, ganz unnötiger Weise, die Landschaften Darfur, Kordofan und Bahr el Ghasal als Teile des ägyptischen Sudan, also einer durch die Besetzung Ägyptens 1882 von England belegten Provinz, anerkannte. Die im Vertrage vorgesehene Verständigung mit Frankreich legte, auch noch unter Caprivi, am 18. März 1894 die Ost- und Südgrenze Kameruns fest. Offenbar glaubte der Reichskanzler sich ein Verdienst zu erwerben, wenn er Fragen, deren richtige Beantwortung nur die Zeit bringen konnte, so rasch wie möglich ihrer endgiltigen Erledigung entgegen führte, ohne zu ahnen, daß er damit den Faden durchschnitt, an dem die deutsche Politik die französische hätte lenken können.

Der militärische Gehorsam, der den verdienten General zur Übernahme eines Amtes verleitete, dessen Schwierigkeiten seiner Einsicht verborgen blieben, hat für Deutschland traurige Folgen gehabt. Trotz der Isolierung seines Landes wagte der Franzose Marchand im Sommer 1898 Faschoda am oberen Nil zu besetzen;

seine Regierung wich aber zurück vor Englands scharfem Einspruch. Ob sie auch zurückgewichen wäre, wenn sie Deutschland wie in den Tagen der Kongo-Konferenz hinter sich gehabt, ob England so kräftig gedroht hätte, wenn es sich beiden Mächten gegenüber gesehen hätte? Grundlos und voreilig hatte Deutschland Englands Ansprüche auf Gebiete anerkannt, auf die dieses Land nicht die Spur eines Vorrechts besaß, und auf die, wie jeder Kundige wußte, Frankreich das größte Gewicht legte. Eine Anlehnung an Deutschland hat Frankreich in der Faschoda-Zeit vergeblich gesucht.

Wenn so das Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs in Fragen, in denen beide Länder weitgehende gemeinsame Interessen zu vertreten hatten, von deutscher Seite aufgegeben wurde, so hatte das nicht allein unter dem Gesichtspunkt des elsaß-lothringischen Zwistes seine Bedeutung, sondern ward in den Folgen auch bald fühlbar in der Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen. Wie Deutschland trotz der Bescheidenheit seiner Anfänge als konkurrierende Kolonialmacht angesehen wurde, so erschien es von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mehr als wetteifernde Handels- und Schiffahrtsmacht. Seine Handelsflotte ist von 1871 bis 1886 von 982 000 auf 1 282 000, rechnet man, wie es üblich ist, die Dampfer zu je drei Segeleinheiten, von 1 146 000 auf 2 124 000 Registertonnen, weiter von 1886 bis Ende 1913 auf 3 320 071 bezw. 8 984 695 Registertonnen gestiegen, hat sich also in vier Jahrzehnten fast verachtfacht. Der Wert des deutschen Außenhandels wuchs vom Jahre 1889, von dem an des Hamburg-Bremer Zollanschlusses wegen erst vergleichbare Zahlen aufgestellt werden können, bis zum Jahre 1912 von 7 343 Millionen auf 22 547 Millionen Mark. Blieb Deutschland in ersterer Beziehung auch noch weit hinter Großbritannien zurück, so hatte es sich doch innerhalb zweier Jahrzehnte, von 1871 bis 1890, aus der fünften in die zweite Stelle unter den Schiffahrt treibenden Völkern der Welt empor gearbeitet. Großbritannien hat seine Handelsflotte seit 1870 nur auf das Vierfache vermehrt. Deutschlands Handel aber näherte sich bedenklich dem britischen, der von 1871 bis 1889 nur eine Steige-

rung von 11 auf 14 und von da bis 1912 weiter bis auf 28,6 Milliarden aufzuweisen hat. Auch hier steht Deutschland an zweiter Stelle und zwar nicht allzu weit hinter der führenden Macht. Wetteifer zur See hatte einst England gegen Spanien, gegen die Niederlande, gegen Frankreich in die Waffen gerufen. Es fehlte im Inselreiche wie in seinen überseeischen Pflanzstaaten nicht an Stimmen, die eine ähnliche Politik gegenüber Deutschland empfahlen.

Der Mangel einer deutschen Flotte war seit den Tagen, da die Hanse zu den Toten versammelt worden war, oft und schmerzlich empfunden worden. Im ersten schleswig-holsteinischen Kriege 1848 und 1849 erwies sich schon die dänische Blockade höchst lästig, und 1864 konnte Dänemark vermöge seiner Überlegenheit zur See die Entscheidung ungebührlich lange hinaus ziehen. In dem Seegefecht bei Helgoland am 9. Mai kämpften einige österreichische und preußische Schiffe unter Führung des österreichischen Admirals Tegethoff, des späteren Siegers von Lissa, zwar nicht unrühmlich, mußten aber doch der Übermacht weichen. Auch 1870 wurde die Gefahr erdrückender feindlicher Überlegenheit zur See nur wirkungslos durch die raschen und glänzenden Erfolge unseres Landheeres.

Die Steigerung der deutschen Seeinteressen durch Handel und Kolonialgründung hat dann fortgesetzt zur Stärkung der Seewehr gedrängt, nicht immer in der gleichen Richtung, da die Ansichten der Fachleute über das Unentbehrliche und Verwendbare nicht immer die gleichen blieben. Vom ersten Erscheinen einer deutschen Kriegsflagge auf dem Meere an ist aber die Entwickelung deutscher Wehrkraft zur See in England stets mit scheelen Augen angesehen worden. Man glaubte für Englands Sicherheit fürchten zu müssen, als in der deutschen Flottenvorlage vom November 1897 zum ersten Mal die Notwendigkeit einer starken Schlachtflotte betont wurde, und gar, als das Flottengesetz vom Juni 1900 die Verstärkung dieser Flotte auf das Doppelte festlegte. Es entstand für Deutschland die Gefahr, daß zu dem überlieferten Gegensatz zu Frankreich, zu dem immer deutlicher hervor

tretenden zu Rußland auch noch ein solcher zur meerbeherrschenden Großmacht sich heraus bilde.

In den Jahren, da Deutschland seine afrikanische Politik von der Frankreichs löste, erfreute es sich guter Beziehungen zu England. Das Inselreich konnte nicht allein mit diesem Vorgehen wohl zufrieden sein, sondern auch mit der Haltung, die Deutschland gleichzeitig gegenüber Rußland annahm. Die persönlichen Beziehungen zwischen dem preußischen und dem englischen Herrscherhause, die 1858 durch die Vermählung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm mit Prinzessin Viktoria geknüpft wurden, haben auch politische Bedeutung gehabt. Prinz-Gemahl Albert, der allerdings schon 1861 starb, hat Einfluß auf preußische und deutsche Politik nicht ganz ohne Erfolg zu üben versucht. Es geschah natürlich in englischem und in liberalem Sinne. Er hatte dabei die Stimmung des gesamten deutschen Liberalismus für sich.

Bismarck ist stets bemüht gewesen, gute Beziehungen zu England zu erhalten, aber auch und noch mehr, nicht in das Kielwasser englischer Politik zu geraten. Es hätte mit fortgezogen gegen Rußland. Diese Gefahr ist nach seiner Entlassung nicht mit gleicher Sorgfalt vermieden worden. Es gewann eine andere Strömung Kraft, die schon alsbald nach Kaiser Wilhelms I. Tode bemerkbar wurde. Deutschlands Politik bekam eine Färbung, die den in England gehegten Wünschen zu entsprechen schien. Man machte sich drüben Hoffnung, daß es möglich sein werde, Deutschland gegen Rußland zu gebrauchen. Die Ära Caprivi hat die Beziehungen zu Rußland und Frankreich verschlechtert, ohne doch die zu England dauernd zu bessern. Denn unter Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der Caprivi im Oktober 1894 folgte, ward, gemeinsam mit Frankreich, Rußland gegen Japan unterstützt, was Englands Wünschen entgegen war, und am 3. Januar 1896 das bekannte Krüger-Telegramm abgesandt. Eine dauernde Besserung des Verhältnisses zu unseren östlichen und westlichen Nachbarn hat diese Schwenkung nicht zur Folge gehabt, während das Telegramm die öffentliche Meinung Englands auf das äußerste erregte. Daß sie nicht, wie damals versucht worden ist, mit der Erwerbung

von Kiautschou gerechtfertigt werden konnte, hat der Krieg erwiesen.

In einem vom deutschen Volke lebhaft empfundenen Gegensatz zu diesen Schritten standen dann ein seinem näheren Inhalt nach nie bekannt gewordenes Abkommen, das Deutschland im September 1898 mit England über portugiesischen Kolonialbesitz in Südafrika traf, und die durchaus englandfreundliche Haltung, die darnach die deutsche Regierung während des Burenkrieges (1899—1902) annahm. Die kleinen kolonialen Vorteile, die sich ergaben, besonders durch Ordnung der Besitzrechte an den Samoa-Inseln, wurden mit Recht gering bewertet. Doch ist die Erregung, die Englands Vorgehen in Deutschland wie fast überall hervorrief, benutzt worden, das Flottengesetz von 1900 zu schaffen.

Eduard VII., der am 21. Januar 1901 der Mutter folgte, hat bald größere Klarheit in die Lage gebracht. Im Oktober 1900, während des chinesischen Boxerkrieges, hatten Deutschland und England eine Vereinbarung getroffen über gemeinsames Einstehen für Chinas Integrität. Der Vertrag ließ im Unklaren, ob die Mandschurei einbegriffen sei oder nicht; jedenfalls aber hat England von ihm erwartet, daß er dienlich sein werde, Rußlands Festsetzung in bedrohlichster Nähe von Peking mit deutscher Hilfe zu hindern. Als diese Berechnung fehlschlug, schloß England im Januar 1902 das Bündnis mit Japan, das diesem den Rücken deckte bei seinem Vorgehen gegen Rußland. Englische Realpolitik war weit davon entfernt, die Ansicht zu teilen, die in Deutschland an maßgebender Stelle vertreten wurde, daß es sich in Ostasien um einen gemeinsamen Kampf gegen die „gelbe Gefahr“ handle, zu dem alle weißen und christlichen Völker zusammen stehen müßten, und die daraus eine Art ritterlicher Pflicht hergeleitet hatte, im Boxerkriege vor allen Anderen etwas zu leisten.

Wie Japan gegen Rußland, so hat die englische Politik auch bald verstanden, Frankreich gegen Deutschland zu gebrauchen. Sie nahm es jetzt als Richtschnur, daß im Streben nach See-, Handels-

und Kolonialgeltung Deutschland als der gefährlichere der beiden Mitbewerber zu gelten habe. Da beide jetzt getrennt waren, konnte sie das. Sie ist nach Faschoda zu Vereinbarungen mit Frankreich über die innerafrikanischen Grenzen gelangt. Am 8. April 1904 gewährte sie Frankreich einen Vertrag, der gegen Zugeständnisse in der ägyptischen uud der Neufundländer Frage außer kleineren Vorteilen auf den Neuen Hebriden, in Siam, Madagaskar und sonst in Afrika der Republik in Marokko eine Stellung und Rechte einräumte, die einem Protektorat über dieses Land gleichkamen und die Aufrichtung einer geschlossenen französischen Herrschaft über ganz Nordafrika vorbereiteten. Eine Verständigung mit Spanien ward in dem Vertrage vorbehalten, anderer Mächte nicht gedacht.

Mit Recht ist dieses Abkommen in Deutschland, das sich eines steigenden Verkehrs mit dem produktenreichen Lande erfreute, als eine Schädigung angesehen worden. So wurde es in weiten Kreisen freudig begrüßt, daß unser Kaiser auf seiner Mittelmeerreise am 31. März 1905, als der russisch-japanische Krieg in vollem Gange war, in Tanger landete und dem Oheim und Vertreter des Sultans, der zu seinem Empfange von Fes herüber gesandt war, erklärte, daß er Marokko als ein unabhängiges Reich ansehe, mit dem alle Nationen gleich berechtigt in Verkehr treten könnten. Das amtliche Frankreich hat diese Auffassung nicht bestritten. Die Nation aber sah in dem Vorgehen des deutschen Kaisers einen brüsken Versuch, ihre berechtigten Wünsche zu durchkreuzen. Ergänzung des heimischen Frankreich durch ein neues auf der anderen Seite des Mittelmeeres war seit langem das Ideal französischer Machtentfaltung bei allen weiter blickenden Patrioten. Die Tanger-Reise wirkte in Frankreich ähnlich wie 9 Jahre zuvor das Krüger-Telegramm in England.

Mit englischer Hilfe ist es der französischen Politik gelungen, auch die nächst beteiligten Nachbarstaaten Spanien und Portugal in ihren Bannkreis zu bringen, was durch das englisch-deutsche Abkommen vom September 1898 ganz erheblich erleichtert wurde. Auf der Konferenz von Algesiras im Frühling 1906 leistete nur

Österreich „Sekundantendienste“; alle anderen beteiligten Staaten schlossen sich der französischen Auffassung mehr oder weniger eng an. Die Unabhängigkeit Marokkos ward grundsätzlich anerkannt, den besonderen Beziehungen Frankreichs zu dem Lande aber so viel Gewicht beigelegt, daß ihrer Ausgestaltung im französischen Sinne ernste Hindernisse nicht in den Weg gestellt wurden.

Seitdem hat das „friedliche Durchdringen“ erfolgreich beginnen können. Wenn sich gegen die kriegerische Nachhilfe, die mehrfach angewandt wurde, völkerrechtlich stichhaltige Einwände nicht erheben ließen, so liegt das zugleich in den Verhältnissen des Landes, das in Wirklichkeit ein einheitliches Reich nicht war, und in der Geschicklichkeit, mit der die Franzosen wie andere in kolonialer Tätigkeit erprobte Völker das geeignete Verfahren in solchen Lagen zu handhaben, d. h. die Situationen, die sie brauchen, zu schaffen wissen. In den Empfindungen des französischen Volkes gegenüber Deutschland aber ward neben der elsaß-lothringischen Frage die Vorstellung mächtig, daß der verhaßte Nachbar auch in Nordafrika im Wege stehe, wie der Russe in uns das Haupthindernis für die Erreichung seiner allslavischen und Balkanziele sah. Artigkeiten, an denen es von leitender deutscher Stelle her nicht gefehlt hat, haben die Grundstimmung natürlich nicht beeinflussen können. Sie ist in Folge der Hergänge des Sommers 1911 so feindselig geworden, wie sie kaum je seit 1871 war, feindselig und, was mehr sagen wollte und neu war, der eigenen Kraft und günstigen Stellung bis zum Übermut bewußt.

Unsere Reichsregierung hat geglaubt, dem Tanger vom 31. März 1905 am 1. Juli 1911 ein Agadir hinzufügen zu sollen. Es hat in der ganzen weiten Welt sicher nicht viele Leute gegeben, die, freudig zustimmend oder entrüstet scheltend, diesen Schritt nicht als eine beginnende Besitzergreifung angesehen haben. Wenn unsere Regierung verkünden ließ, daß sie nichts beabsichtige als deutsche Untertanen zu schützen, so konnte diese Erklärung nicht anders aufgefaßt werden, ist auch, wie bald klar wurde, an allerwichtigster Stelle nicht anders aufgefaßt worden, als daß schwerlich so bald, vielleicht über-

haupt nicht, der Zeitpunkt kommen werde, wo dieser Schutz als vollzogen und gesichert anerkannt werden könne. Der diplomatische Sprachgebrauch bei zahlreichen ähnlichen Hergängen gerade der jüngeren Vergangenheit rechtfertigt nicht nur solche Auslegung, sondern macht sie verantwortlichen Stellen geradezu zur Pflicht. Trotzdem glaubte unsere Regierung sich ohne Schädigung ihres Ansehens gegenüber Frankreichs Einspruch zurückziehen zu können. Daß es geschah, während Großbritannien, veranlaßt durch eben jene Erklärung, der Welt verkündete, daß es eine Festsetzung Deutschlands in Marokko nicht dulden werde, gab vollends diesen Rückzug der Mißdeutung unvermeidlich preis, eine Folge, über die man sich hätte klar werden können, ehe man den gewagten Schritt tat. In den Verhandlungen, die mit Frankreich geführt wurden, ist Deutschland, wie bald unwiderleglich offenbar geworden ist, Schritt um Schritt zurück gewichen, um im Vertrage vom 4. November 1911 Marokko den Franzosen zu überlassen und sich selbst einzureihen unter die Nationen, welche die „offene Tür" benutzen wollen. Eine Erweiterung unserer Kamerun-Kolonie ward als Entgelt angenommen. Für die Beurteilung der Hergänge ist nicht entscheidend, welchen Wert diese „Kompensation" hat, auch nicht die Frage, ob nach Tanger und Algesiras und nach dem, was weiter gefolgt war, sich mehr hätte erreichen lassen, sondern allein und ausschließlich die Tatsache, daß Deutschlands Ansehen und damit Deutschlands Gewicht in der Welt und seine Machtstellung schwer geschädigt wurden durch den traurigen Ausgang seiner 1905 so geräuschvoll begonnenen Marokko-Aktion. Anders als 1870 folgte den Fanfaren die Chamade, nicht umgekehrt. Daß es aber so kam, war Schuld unserer Regierung, nicht unseres Volkes.

Die Hergänge des Sommers 1911 haben das Bedenkliche unserer Weltlage in grelles Licht gesetzt. Es ist Eduard VII. gelungen, Englands Verhältnis zu Rußland trotz aller geschichtlichen Belastung wesentlich zu bessern. Die beiden Mächte sind einander näher getreten als je seit den Zeiten Alexanders I. Nach seinem

ostasiatischen Mißerfolge hat das Zarenreich sich wieder westwärts liegenden Aufgaben zugewandt. Wer gedacht hat, daß die erlittene Niederlage und die inneren Schwierigkeiten Rußland ausschalten würden aus der Reihe der führenden Mächte, hat sich gründlich von seinem Irrtum überzeugen können. Es hat seine Augen von Indien und dem Stillen Ozean abgewendet, dafür aber um so entschlossener nach den ausgedehnten Binnenländern gegriffen, die vom Amur bis zum Schwarzen Meere hin seine Grenzen umsäumen und bis dahin noch mehr oder weniger frei waren von europäischer Herrschaft. Und England hat diese Wendung begünstigt, um sich den Persischen Golf und damit die zukünftig kürzeste Verbindung zwischen Indien und Europa zu sichern. Beide aber arbeiteten gemeinsam an der Einengung des Wirtschaftsgebietes, das Deutschland sich in der asiatischen Türkei geschaffen hatte. So taten die erste Seemacht der Welt und die beiden gewaltigsten Landmächte Europas sich zusammen, Deutschland nieder zu halten. Die Leiter der englischen Politik erklärten, daß sie Deutschland nicht hindern wollten, sich in der Welt auszubreiten, zugleich aber, daß sie Großbritanniens Interessen wahren und den mit anderen Mächten getroffenen Übereinkommen gerecht werden müßten. In der Sprache der Diplomatie stehen ja besonders die Worte friedlich neben einander, die in Wirklichkeiten übersetzt hart zusammen stoßen. *Wir konnten seitdem wissen, daß wir in der Welt nur den Platz haben sollten, den uns die drei Mächte gönnen wollten.*

Die Entwickelung der Marokko-Angelegenheit ist auch nicht ohne Rückwirkung auf den Dreibund geblieben. Italien ward es schwer, einer Vereinigung anzugehören, die auch mit England als Gegner rechnen mußte; die Halbinsel liegt unter den Kanonen von Malta. Jedenfalls war Italiens militärischer Wert für seine Bundesgenossen von dem Augenblicke an, wo England sich an Frankreich anschloß, auf ein Minimum herabgedrückt; er lag höchstens noch in der Entlastung der österreichischen Grenzwacht gegen die Poebene hin. Nun hat aber Italien die Verwickelungen des Sommers 1911 benutzt, um Tripolis zu besetzen.. Zwei Mächte, mit denen

Deutschland als mit Freunden rechnen mußte, gerieten in tödliche Feindschaft. Der Ausgang unserer Marokko-Politik hatte Deutschlands Ansehen und Einfluß in der mohammedanischen Welt ohnehin geschädigt. Daß die Vormacht des Mohammedanismus vom erklärten Bundesgenossen Deutschlands unter völliger Hintansetzung geltenden Rechts mitten im Frieden einer Provinz beraubt werden sollte, mußte die Hoffnung des Islam auf deutsche Unterstützung seiner politischen Wünsche bedenklich schwächen.

Man kann sagen, daß dieser Wechsel in der Lage Europas und der Welt, der nach französischer Ausdrucksweise „das durch den Krieg von 1870/71 gestörte Gleichgewicht wieder herstellte", nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht eine Art Naturnotwendigkeit ihn begünstigt hätte. Zu den Schwierigkeiten, die sich aus unseren mitteleuropäischen Wohnsitzen ergeben, gesellte sich unser Eintreten in die Weltpolitik, das unvermeidlich war, wenn wir uns unter den führenden Völkern behaupten wollten. Es schuf, wie Bismarck richtig voraussah, unausbleiblich neue Reibungsflächen. Die europäischen Völker hatten ja zweifellos ein gewisses Interesse, den Frieden unter einander aufrecht zu erhalten, schon aus Rücksicht auf die anderen Rassen. Trotzdem rückten die besprochenen Hergänge die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes unter ihnen bedenklich nahe, und der vorläufig gefundene Abschluß ihrer Zwistigkeiten bot, wie der Verfasser 1912 schrieb, „keinerlei Sicherheit, daß der Ausgleich nicht doch auf anderem als auf friedlichem Wege gesucht werde". Die Art, wie das Reichsland seit dem Anfang dieses Jahrhunderts, besonders seit dem Beginn der neuen französischen Kirchengesetzgebung regiert worden ist, und der Beschluß, ihm eine Verfassung zu geben, haben die Gefahr mächtig gesteigert. Wenn auch fraglich sein mochte, ob die Elsaß-Lothringer sich unter französische Herrschaft zurücksehnten, so war doch unverkennbar, daß sie in großer Zahl deutsche Kultur und deutsche Staatseinrichtungen ablehnten, und ihre durch das neue Verfassungsleben mehr zu Gehör kommende Opposition war nur zu geeignet, die Revanche-Hoffnungen jenseit der Vogesen zu beleben. Eine ähnliche Wirkung äußerte der Wandel der Polenpolitik nach Osten hin. „Einen

Weltkrieg aber müßten wir glänzend bestehen, wenn er nicht die schlimmsten Folgen für uns nach sich ziehen sollte", schrieb der Verfasser 1912 und fügte hinzu: „Vor reichlich einem Jahre mußten in dieser Deutschen Geschichte die Sätze geschrieben werden: ‚Preußen und Deutschland hatten es einst nicht leicht, sich dem europäischen Getriebe richtig einzufügen; der Leitung des Deutschen Reiches sind noch verwickeltere und umfassendere Aufgaben gestellt. Sie zu lösen, erfordert an unseren leitenden Stellen Besonnenheit, Stetigkeit, Weitblick in besonderem Maße; weitere falsche Weichenstellung könnte auf völlig tote Geleise führen. Leider muß heute gesagt werden, daß solche falsche Weichenstellung noch neuerdings erfolgt ist. Wir müssen auf alles gefaßt sein. Man hat lange gewohnheitsmäßig die Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten in fester, starker Hand gewähnt; weite und gerade die vor allen anderen vaterlandsliebenden Kreise sind heute überzeugt, daß dem nicht so ist."

„Für unser Volk aber darf diese Lage nur ein Ansporn sein zu gesteigerter Hingebung. Unsere inneren Verhältnisse vermögen sich nicht so rasch zu wandeln, daß unsere Volksvertretung bald einen maßgebenden und förderlichen Einfluß auf die äußere Politik gewinnen könnte. So muß das Mögliche geschehen, die Rüstung zu stärken. Von einer „Minderung der Lasten" kann für absehbare Zeiten nicht mehr die Rede sein. Nehmen wir die Opfer willig auf uns, so beweisen wir damit dem Auslande, daß wir entschlossen sind, unser Reich zu erhalten, wie es ist, und erwerben uns damit zugleich den Anspruch, nicht nur ein geeintes, sondern auch ein freies Volk zu sein, das die höchsten und letzten Entscheidungen über sein Geschick selbst zu fällen vermag." So 1912! Der Verfasser glaubt berechtigt, ja verpflichtet zu sein, daran zu erinnern.

Die Wahlen zum ersten deutschen Reichstage, die vollzogen wurden, als unsere Heere noch in Frankreich standen, an dem Tage, da in Versailles die Friedenspräliminarien ausgetauscht wurden, standen unter dem Einfluß der Siegesfreude. Besonders deutlich trat das in Süddeutschland hervor; es hat nie wieder so im Sinne

der neuen Verhältnisse gewählt bei wie diesem ersten Gang zur Wahlurne für ein Deutsches Reich. Die große Mehrzahl der Mitglieder des ersten deutschen Reichstags stellte sich freudigen Herzens auf den Boden der neuen Ordnung.

Aber es fehlte auch nicht an Gegenströmungen. Gerade der erste Reichstag wurde die Geburtsstätte für eine Partei, die bestimmenden Einfluß auf die spätere Entwickelung des Reiches gewinnen sollte, die ihm zunächst aber nicht in freundlicher Gesinnung gegenüber stand.

Der Katholizismus hatte seit dem Kölner Kirchenstreit an religiöser, wie an politischer Macht erheblich gewonnen. Strengste Kirchlichkeit war im Kurse gestiegen; Versuche zur Aufrichtung eines national gefärbten Kirchenwesens, wie sie kurz vor der 48er Bewegung vor allem Johannes Ronge als Führer des Deutschkatholizismus vertrat, waren kläglich gescheitert. Im Frankfurter Parlament und weiter in den Einzellandtagen waren katholische Parteiansätze wiederholt merkbar zu Tage getreten, am meisten, dem Bekenntnis der Bevölkerung entsprechend, in Baiern und naturgemäß in den Übergangsjahren 1866—70. Am 19. Juli 1870 hat der Ausschuß der bairischen zweiten Kammer zunächst Neutralität beantragt, und als dieser Antrag von der Kammer abgelehnt wurde, hat fast ein Drittel ihrer Mitglieder gegen die Mobilmachung gestimmt.

Es ward und wird den Vertretern dieser Richtung häufig, zu häufig, der Vorwurf undeutscher Gesinnung gemacht. Er läßt sich, wie schon einmal bemerkt, nicht aufrecht erhalten. Es waren und sind in diesen Kreisen Männer, die es an deutscher Gesinnung mit den deutschesten der Deutschen aufnehmen. Auch im Lande Luthers muß man begreifen können, daß es deutsche Männer geben kann, die das Idealbild eines guten Deutschen sich nur als Katholiken vorstellen können. Auch katholische Deutsche haben mit innigster Hingebung Einheit unseres Volkes, ein Deutsches Reich erstrebt. Die Bewegung drang aber bei den Katholiken nicht in so weite Kreise. Das liegt im Gange der Entwickelung unseres geistigen Lebens, in der, besonders seit dem 18. Jahrhundert, der evangelische Teil unseres Volkes ausgesprochen

die Führung in die Hand genommen hat. Aber vertreten war die Richtung rein und stark. Nur dachte sie sich die Einigung anders, als sie geworden ist, mit der katholischen, nicht der protestantischen Großmacht an der Spitze des neuen Reiches. Sie war großdeutsch. Das versteht, wer sich unserer Geschichte, wer sich des Wesens religiöser Überzeugungen erinnert.

Je mehr die Entscheidung sich kleindeutscher Lösung zuneigte, desto heftiger wurde naturgemäß die Gegenwehr. Mit all der Leidenschaft, die dem kriegerischen Katholizismus wie kaum einer anderen geistigen Richtung zu Gebote steht, hat man den Kampf gegen Preußen, den protestantischen Staat, geführt. Es ist falsch, vollständig falsch, was so oft gehässig ausgesprochen und gedankenlos wiederholt wird, daß Bismarck mit dem „Kulturkampf" den Streit mit der katholischen Kirche vom Zaun gebrochen habe. Nein, von katholischer Seite ist kein Mittel unversucht gelassen worden, Preußens Emporsteigen in die deutsche Führerstellung zu hintertreiben. Im Kampfe von 1866 waren in Preußen selbst die Sympathien zahlreicher Katholiken auf österreichischer Seite. Als die Nachricht von Königgrätz kam, brach August Reichensperger, dessen deutsche Gesinnung in innigster Fühlung mit altdeutscher Kunst festen Grund und Boden hatte, in die Worte aus: „Es kostet sehr viel Mühe, sich in solche Ratschlüsse Gottes zu fügen." Wer die katholische Streitliteratur der 50er und 60er Jahre auch nur einigermaßen kennt, der kann nicht leugnen, daß die Schalen giftigster Bosheit, widerwärtigster Verleumdung, deren ja gerade religiöser Fanatismus so fähig ist, über die „kirchenräuberische, ketzerische" brandenburgisch-preußische Macht ausgegossen worden sind, ehe sie in Staat oder Reich auch nur einen Finger gerührt hatte zu Maßnahmen, die als katholikenfeindlich hätten bezeichnet werden können.

Im Anschluß an Fraktionsbildungen des norddeutschen Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses hatte sich das „Zentrum" in der Stärke von ungefähr 60 Mitgliedern konstituiert, als der

erste deutsche Reichstag im März 1871 seine Verhandlungen eröffnete.

Zwei neue Hergänge von höchster Bedeutung für das Leben der katholischen Kirche boten der neuen Partei bald bequeme Handhaben, ihre Grundsätze in Reich und Staat zu klarem Ausdruck zu bringen. Am 18. Juli 1870, am Tage vor der französischen Kriegserklärung, war der Glaube an die päpstliche Unfehlbarkeit ein Dogma geworden, und am folgenden 20. September hatten die Italiener Rom besetzt, dem Kirchenstaat ein Ende gemacht und den Papst auf den Vatikan beschränkt. Bei den Beratungen des Reichstags über die Beantwortung der Thronrede widersetzte sich das Zentrum auf das heftigste einem Passus, der, anknüpfend an eine kaiserliche Bemerkung, betonte, daß Deutschland sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten fremder Völker enthalten werde, und im preußischen Landtage ergab sich bald die Möglichkeit zu Angriffen auf die Regierung wegen ihrer Haltung gegenüber katholischen Staats- und Kirchendienern, die sich dem Unfehlbarkeitsdogma nicht fügen wollten. An beiden Stellen ging man bald in die schärfste Tonart über, scheute sich auch nicht, die heikle Frage der Abgrenzung staatlicher und kirchlicher Macht mit herausfordernder Deutlichkeit aufzuwerfen.

Bismarck war nicht der Mann, zurück zu weichen. Herkunft und Lebenserfahrung hatten ihn gelehrt, in preußischen und deutschen Angelegenheiten katholischen Bestrebungen mit Mißtrauen zu begegnen. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß auch in den Beziehungen der beiden Bekenntnisse zu einander die katholische Kirche den schärferen Standpunkt immer schroffer glaubte hervor kehren zu sollen.

So entbrannte der „Kulturkampf", eine Benennung, mit der Virchow den Sinn des Streites, wie er in liberalen Kreisen fast durchweg aufgefaßt wurde, richtig wieder gegeben hat. In Wirklichkeit handelte es sich aber nicht um einen Kultur-, sondern um einen Machtkampf, um die Frage, ob das neue Deutschland kirchliche Autorität auf den Berührungsgebieten mit staatlicher Kompetenz in dem Umfange anzuerkennen habe, wie ihn das Zentrum auf

Grund kanonischer Lehre beanspruchte. Sie hat bis jetzt keine bejahende Antwort gefunden. Von den sogenannten Maigesetzen der Jahre 1873 und 1874 ist nichts mehr übrig geblieben, weder von denen, die sich mit Versuchen befaßten, auf die Erziehung und Ausbildung der Geistlichen und die Ausübung kirchlicher Aufsicht Einfluß zu gewinnen, noch von jenen, die zur Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen erlassen wurden und in ihrer Handhabung auch zu Übergriffen geführt haben. Aber indem Staat und Reich von sich aus vorgingen, haben sie sich die alte Bewegungsfreiheit vollständig gewahrt und auf einem der wichtigsten Gebiete durch die Einführung der Zivilehe altüberliefertem Streite im Sinne staatlichen Entscheidungsrechtes ein Ende gemacht. Gewiß aber hat der deutsche Katholizismus aus dem Kampfe einen unleugbaren Vorteil gezogen. Er ist in den dauernden, festen Besitz einer politischen Vertretung gelangt und dadurch im neuen deutschen Staatswesen ein Machtfaktor geworden, wie er es seit den Tagen Ferdinands II. in gesamtdeutschen Angelegenheiten nicht mehr gewesen ist.

Schon die zweiten Wahlen zum deutschen Reichstage im Januar 1874 brachten das Zentrum nahezu auf die Stärke, in der es sich seitdem durch den ganzen Lauf der Jahre ohne erhebliche Schwankungen erhalten hat. Besonders im Süden wurden Erfolge errungen. Die Vertreterzahl entspricht nicht ganz dem Anteil des katholischen Bekenntnisses an der deutschen Bevölkerung, aber sie gibt einen sicheren Maßstab für den Umfang des Einflusses, den dieses Bekenntnis fest in der Hand hat. Ihr „fester Turm" hat bis jetzt jede Regierung, jede andere Parteirichtung gezwungen, Rücksicht zu nehmen. Es war das um so mehr der Fall, als andere Strömungen, die grundsätzlich gegen den Bestand des Reiches kämpften, alsbald beim Zentrum Anschluß suchten. Der Hannoveraner Windthorst, der bald in der neuen Partei eine leitende Stellung gewann, führte ihr die Welfen zu. Die Polen näherte schon ihr Bekenntnis dem Zentrum. Dänische und elsaß-lothringische Protestler fanden hier Fürsprecher oder Gesinnungsgenossen. So bestand bald ein Drittel des deutschen

Reichstags aus Männern, die entweder das Reich an sich oder das bestehende verneinten.

Die Lage wäre nicht allzu bedenklich gewesen, wenn den „Reichsfeinden", als welche Bismarck die grundsätzlichen Gegner einmal glaubte kennzeichnen zu sollen, eine geschlossene Mehrheit von Reichsfreunden gegenüber gestanden hätte. Aber das war nicht der Fall. Die herkömmlichen Strömungen waren nur vorübergehend in das große patriotische Bett zusammen geflossen; bald ergoß sich jede wieder in der gewohnten Richtung. Wenig hatte das für die Frage der Erhaltung des Reiches zu bedeuten bei den preußischen Konservativen. Sie haben wohl Schwierigkeiten gemacht, so weit die Gesetzgebung bestimmt war, Zentrumstendenzen zu bekämpfen; sie standen aber der Regierung, die ja doch die ihres Königs war, zur Verfügung in allem, was diese für den äußeren Bestand des Reiches als notwendig ansah. Weit störender wurde die Spaltung der Liberalen.

Sie war verschwunden gewesen in der Konfliktszeit. Einheitlich hatte man sich als „Fortschrittspartei" in der Heeresfrage der Regierung widersetzt. Aber mit 1866 schieden sich wieder die Geister. Was Sinn hatte für vollzogene Tatsachen, für geschichtliche Notwendigkeiten, stellte sich auf den Boden des Geschehenen und war bereit, mit der Regierung zu arbeiten. Die so dachten, bildeten die neue Partei der Nationalliberalen. Was der Doktrin huldigte, stimmte unter dem alten Namen im preußischen Landtage gegen die Bewilligung der Indemnität, im norddeutschen Reichstage gegen die Bundesverfassung. Der Übertragung dieser Verfassung auf das Reich setzte die Fortschrittspartei zwar nicht so grundsätzlichen Widerspruch entgegen, aber ihr Ziel, wie auch das der süddeutschen Demokraten, blieb doch in Reich und Staat die Beugung der Regierung unter den Volkswillen. Es war ein Kampf um die letzten Konsequenzen der Frage nach der Quelle staatlicher Macht, die 1848 an verschiedenen Orten so schroff formuliert worden war. Als konstitutionelles Verfassungsleben wollte man nur das parlamentarische anerkennen, die Abhängigkeit der Minister von den Vertretungsmehrheiten. Englische,

französische, italienische Vorbilder schienen beweisend. Man übersah oder wollte nicht sehen, daß nur ein Staat mit festem, überliefertem Einheitsgefühl und einheitlichen parlamentarischen Mehrheitsbildungen ein solches System unbedenklich annehmen kann, ein System, das in seinem Ursprungslande England selbst in Frage gestellt worden ist, als die Irländer als dritte Partei die Sicherheit solcher Übung störten. Man war oder stellte sich blind gegen die Gefahren, die dem jungen Deutschen Reiche drohten, wenn man seinen Bestand auf den Boden solchen Verfassungslebens stellen wollte. Man übersah auch Kraft und Bedeutung des preußischen Königtums, die zwei Jahrhunderte streng monarchischer Entwickelung ihm gegeben hatten.

Im Ringen um ihr Ziel griff die linksliberale Opposition zu dem Mittel, das noch alle Oppositionen in solchen Fällen angewendet haben, sie erschwerte der Regierung nach Kräften die Geldbeschaffung, vor allem für Zwecke der Landesverteidigung. Ist es doch von jeher erster und oberster Grundsatz aller nach Macht ringenden staatlichen Parteien gewesen, das Heer in die Gewalt zu bekommen. Die preußische Verfassung von 1848 hatte wie die kurhessische von 1831 das Heer auf die Verfassung schwören lassen. Gern hätte man es im Reiche wieder so gehabt. Die Extremen, besonders Süddeutsche, forderten ein Milizheer. Man sträubte sich gegen jede längere Bewilligung und verfocht die alljährliche Vereinbarung der Heeresstärke als einen unveräußerlichen Bestandteil des Budgetrechts.

Man traf damit den für die Regierung empfindlichsten Punkt. Hatte sie in der Konfliktszeit in dieser Frage nicht nachgeben wollen, so noch viel weniger jetzt nach drei glorreichen Kriegen und eingeholter Indemnität. Die europäischen Verhältnisse gestatteten solche Nachgiebigkeit auch schlechterdings nicht; darüber ist heute jeder belehrt, der überhaupt belehrt sein will. Die preußisch-deutschen Waffenerfolge haben alle großen europäischen Festlandsstaaten veranlaßt, deutsche Heereseinrichtungen nachzuahmen; insbesondere hat sich Frankreich bald wieder bis an die Zähne gewappnet. Nach dem Erfolge von 1866 glaubte die deutsche Regierung, die Last gegenüber der bis dahin von Preußen ge-

tragenen erleichtern zu können. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes setzte die Heerespflicht auf zwölf Jahre herab; sie kannte keine Landwehr zweiten Aufgebots. Die fremden Rüstungen und die Gestaltung der politischen Lage haben es aber notwendig gemacht, nach und nach wieder auf die früheren preußischen Einrichtungen zurückzugreifen. Mit dem Landsturmgesetz vom Februar 1888 sind sie völlig wieder ins Leben getreten. Leider sind später die Übungen der Ersatzreserve in Wegfall gekommen, und man ist mehr und mehr zurückgeblieben hinter der Forderung, jeden wehrfähigen Deutschen auch zum Soldaten auszubilden, ein Versäumnis, daß sich in diesem Kriege bitter gerächt hat, und an dem Regierung und Reichstag gleich schuldig sind. Die finanziellen Bedenken, die besonders abgehalten haben, waren wahrlich übel angebracht; das sieht jetzt jeder.

Im Kampf um diese Fragen konnte die liberale Opposition mit Sicherheit auf den Beistand des Zentrums und seines Anhangs zählen. Die Lage ward für die Regierung schwieriger und schwieriger, als sich eine weitere Partei herausbildete, die nicht nur das Reich, sondern auch monarchische und die bestehende gesellschaftliche Ordnung grundsätzlich verneinte.

Die Sozialdemokratie ist zuerst im norddeutschen Reichstag parlamentarisch vertreten gewesen; bei der Bewilligung des 1870 von der Regierung geforderten Kriegskredits haben Bebel und Liebknecht sich der Abstimmung enthalten. Im ersten deutschen Reichstag hatte die Partei zwei Vertreter; sie wuchs aber bei den nächsten Wahlen, 1874 auf 9, 1877 auf 13 Mitglieder. Die rasch (11. Mai und 2. Juni 1878) auf einander folgenden Attentate Hödels und Nobilings auf den Kaiser und das durch sie veranlaßte Sozialistengesetz, das nur nach einer Reichstagsauflösung durchgebracht werden konnte, haben die Partei nur ganz vorübergehend zurückgedrängt. 1884 zog sie mit 24 Mitgliedern in den Reichstag ein. Nach einer abermaligen kurzen Schwächung in den Septennatswahlen des Jahres 1887 und nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes Ende September 1890 ist sie rasch weiter gewachsen, bis sie in den Reichstag von 1903 über 80 Vertreter entsenden konnte. Die Zahl der für

sie abgegebenen Stimmen war mit ununterbrochener Stetigkeit gestiegen; 1903 erreichte sie mit drei Millionen fast ein Drittel aller, ließ die jeder anderen Partei weit hinter sich zurück. In den Wahlen vom Januar 1907 sank zwar die Vertreterzahl auf die Hälfte herab, die der abgegebenen sozialistischen Stimmen aber hob sich noch. Die Reichsfinanzreform vom Juli 1909, die böse Dürre des Sommers 1911, welche die wachsenden Kosten des Lebensunterhalts noch besonders steigerte, und nicht zuletzt die Mißerfolge der auswärtigen Politik, die der Regierung in sonst gutgesinnten Kreisen Glauben und Vertrauen raubten, haben dann in der Januarwahl 1912 die sozialdemokratische Flut zu bisher nie gekannter Höhe anschwellen lassen: 110 Vertreter im Reichstage und über vier Millionen Stimmen!

Was der Sozialdemokratie im Laufe der Jahre zugewachsen ist, hat ganz überwiegend der bürgerliche Liberalismus verloren. In ländlichen Bezirken hat der Sozialismus im allgemeinen nur Fuß fassen können, wo kleinbäuerliche und industrielle Tätigkeit sich durchsetzen. So hat das Emporkommen der Sozialdemokratie die Aktionskraft des in sich schon gespaltenen Liberalismus, der stets der Hauptträger deutscher Einheits- und Freiheitsbestrebungen gewesen war, ganz außerordentlich gelähmt.

Die erst auf dem Boden der Reichsverfassung möglich gewordene neue Partei konnte ihrer Natur nach nicht anders als rüstungsfeindlich sein. Ihre Führer lehrten die Revolution nach französischem Muster als einziges Mittel, Besserung in ihrem Sinne zu schaffen. Dieses Ziel war nicht erreichbar ohne Schwächung, ja Abschaffung des festgefügten deutschen Heeres. So stieß die Regierung bei ihren Vorlagen zu Rüstungszwecken auf immer ausgedehnteren Widerstand. Die Linksliberalen ließen sich nicht irre machen dadurch, daß sie sich in Gesellschaft von Parteien befanden, deren letzte Ziele weit entfernt lagen von den ihrigen, und von denen die eine von vorn herein weit stärker war als sie selbst, die andere es im Laufe der Zeit wurde. Die Auflösungen, die der Reichstag nach der ersten durch das Scheitern des Sozialistengesetzes veranlaßten erlebt hat, sind sämtlich durch Heeresfragen herbeigeführt worden, 1887 durch die Ablehnung der Septennatsvorlage, 1893 durch die

Verweigerung der nötigen Mittel für die Durchführung der gesetzlich festzulegenden zweijährigen Dienstzeit, 1906 durch die Weigerung einer in diesem Falle fast ganz aus Zentrumsleuten und Sozialdemokraten zusammengesetzten Reichstagsmehrheit, die von der Regierung für die Befriedung Südwest-Afrikas notwendig erachteten Streitkräfte zu bewilligen.

Das grundsätzliche Festhalten an Doktrinen und Vorbildern, die, der Fremde entnommen, auf deutschem Boden nur schwer Anwendung finden konnten, beschränkte sich naturgemäß aber nicht allein auf das Heerwesen. Hier war wohl der wichtigste, aber nicht der einzige Kampfplatz für die Entscheidung von inneren Machtfragen. Von England her hatte sich der Glaube an die allein selig machende Kraft des vollkommenen Freihandels so ziemlich des gesamten Liberalismus bemächtigt, und in seinen linksstehenden Kreisen war trotz 1866 und 1870 nicht wenig übrig geblieben, was der einst ausgegebenen Devise, man müsse Preußen den Großmachtkitzel austreiben, entsprach und mißtrauisch und widerwillig machte gegenüber jedem ernstlichen Anlauf zu deutscher Machtpolitik. So erhob sich, wiederum aus liberalen, zum Teil sogar aus reichsbegeisterten Kreisen, Widerspruch gegen die Handels- und Wirtschaftspolitik, welche die Regierung gegen Ende der 70er Jahre glaubte einschlagen zu sollen, und weiterhin, hier allerdings allein von Linksliberalen, gegen koloniale Betätigung.

Die gemäßigte Freihandelspolitik des Zollvereins neigte, als er ins Deutsche Reich überging, mehr und mehr einer Freigebung des Verkehrs nach englischem Muster zu. Im Jahre 1873 brachte die Regierung Anträge auf Reform des Zolltarifs in diesem Sinne an den Reichstag. Sie trafen aber schon auf eine Schutzzollstimmung, die so ziemlich das ganze festländische Europa ergriffen hatte. Ein Hauptteil der Reform, die Aufhebung der Eisenzölle, wurde auf den 1. Januar 1877 vertagt. Er ist auch dann nicht zur Ausführung gekommen. Auch in Deutschland zeigte sich wie außerhalb bei den Erwerbsständen ein steigendes Bedürfnis nach „Schutz der nationalen Arbeit“. Bei der Landwirtschaft war es be-

sonders hervor gerufen durch die ungemein gesteigerte Leistungsfähigkeit des Verkehrswesens, das gestattete, mit den Erzeugnissen entlegener, leichter produzierender Länder die heimischen Erträge zu unterbieten und zu entwerten. Industrielle und Landwirte schlossen sich zusammen, der Handels- und Zollpolitik des Reiches eine andere Richtung zu geben.

Der Begründer des Reiches hat sich ihnen nicht versagen wollen. Er ist für den Rest seines Lebens ein überzeugter Vertreter dieser Bestrebungen geblieben. Den ersten gesetzgeberischen Erfolg errangen sie 1879, weitere den Zollschutz steigernde in den Jahren 1881, 1885 und 1887. Zur Zeit Caprivis trat eine mäßige Herabsetzung der agrarischen Zölle ein; aber 1902 wurden diese so hoch gesteigert, wie sie noch nicht gewesen waren. Sie erreichten ihren gegenwärtigen Stand.

Hand in Hand mit der Absicht, die heimische Arbeit zu schützen, ging dabei die andere, dem Reiche Finanzquellen zu öffnen. Es zog seinen Bedarf aus den Erträgen der Zölle und der Post. Soweit diese nicht ausreichten, war es auf die Matrikularbeiträge der einzelnen Staaten angewiesen, von deren allzu großer Steigerung die Organisation des Reiches, die verschiedene Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten und die dadurch gebotene Rücksicht auf ihren Bestand dringend abmahnten. So sind auch Zölle und Steuern erhoben bzw. erhöht worden auf Waren, bei denen irgend welche handelspolitische Absichten nicht in Frage kamen, so vor allem auf Tabak und alkoholische Getränke, auch auf Kaffee, Tee, Petroleum. Durch Vergütungen und Zugeständnisse verschiedener Art suchte man blühende Ausfuhrbetriebe zu erhalten oder auch besonderen Produktionszweigen einzelner Landesteile gerecht zu werden, wie etwa bei der Besteuerung von Zucker und Sprit.

Es war ein kompliziertes System, doch so geworden im Anschluß an die gegebenen, so verschiedenartigen Verhältnisse. Gesetzgeberisch war ja das Deutsche Reich wohl ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, seinem Betriebs- und Erwerbsleben nach aber aus geschichtlichen und zugleich aus geographischen Ursachen lange nicht so geschlossen wie etwa Frankreich oder Großbritannien. Niemand wird behaupten dürfen, daß dieses System für alle Zeiten den Be-

dürfnissen genügen werde, niemand aber auch, daß seine Verkehrtheit durch die Folgen erwiesen sei. Mehr noch als in den beiden ersten Jahrzehnten seines Bestehens hat sich im Deutschen Reiche in den letzten zwanzig Jahren vor dem Kriege das gesamte Wirtschaftsleben mächtig entwickelt, die Bevölkerung sich vermehrt, ihr Wohlstand in Stadt und Land in erfreulichster Weise sich gehoben. Der deutlichste Beleg für Deutschlands Gedeihen unter der neuen Wirtschaftsordnung ist wohl die Tatsache, daß die früher so starke Auswanderung, die noch 1881 mit der Zahl 221 000 die höchste Jahresziffer erreichte, seit der Mitte der 90er Jahre nicht nur fast ganz aufgehört hat, sondern auch in immer stärkerem Maße, wie sich aus dem steigenden Mehrbetrag der Bevölkerungszunahme gegenüber dem Geburtenüberschuß ergibt, von der Einwanderung überholt worden ist. Daß der Grund nicht in den überseeischen Verhältnissen liegt, beweist die gerade in den letzten Jahren mächtig angewachsene Einwanderung in die Vereinigten Staaten aus nichtdeutschen Ländern.

Naturgemäß war die Zoll- und Wirtschaftspolitik des Reiches trotzdem ein heiß umstrittenes Gebiet. Fast noch schwerer als in rein politischen Fragen hat man sich hier von dem beschränkten Wert der Doktrin überzeugen lassen. Die Einsicht, daß Freihandel und Schutzzoll keine wirtschaftlichen Glaubensbekenntnisse darstellen können, daß ihre Anwendbarkeit von der Lage der Dinge abhängt, hat auch heute noch nicht in allen Kreisen Platz gegriffen. Den ersten Versuchen, in die neue Richtung einzulenken, widersetzte sich so ziemlich der gesamte Liberalismus. Ein Teil ward gewonnen; aber im Widerstreit der Meinungen büßte die nationalliberale Partei ihre bis dahin führende Stellung ein. Sie spaltete sich im Oktober 1880 in zwei ziemlich gleich starke Hälften, von denen die „Sezessionisten" sich im März 1884 mit der Fortschrittspartei zur „Deutschen freisinnigen Partei" zusammenschlossen zu gemeinsamer Opposition gegen den Reichskanzler vor allem in den wirtschaftlichen, aber auch in zahlreichen andern, selbst in militärischen Fragen. Der besonders im Osten lebendige Gegensatz zwischen Bürgertum und ländlichem Grundbesitz spielte mit. Es

sind für die innere deutsche Politik bedeutungs-, in gewissem Sinne verhängnisvolle Jahre geworden.

Denn die Unterstützung, die Bismarcks wirtschaftlichen Reformgedanken von der Mehrzahl der Liberalen versagt wurde, fanden sie beim Zentrum. Es entstammte überwiegend ländlichen Kreisen, hat dort stets seine Hauptstütze behalten. So entsprach die Auffassung der Regierung den Interessen seiner Wähler. Die 1879 eingeleitete Handelspolitik hat in ihrem weiteren Verlaufe ununterbrochen mit dem Zentrum gemacht werden können und zum großen Teil gemacht werden müssen. Sie hat die „reichsfeindliche" Partei zuerst zu dauernder Mitarbeit am Reiche geführt; in einer der wichtigsten Fragen ward ihre Beihilfe zur Gesundung der Verhältnisse unentbehrlich. Die Gunst dieser Stellung ist ihr zugute gekommen, und sie hat sie zu benutzen verstanden.

Die nächste Folge war das Abflauen des Kulturkampfes in Staat und Reich seit dem Ausgange der 70er Jahre. Rufer im Streit waren nicht zuletzt Linksliberale gewesen, aus deren Reihen heraus Virchow das Kennwort geprägt hatte. Die Regierung hatte keinen Anlaß, weiter in deren Bahnen zu wandeln. Sie konnte nicht dauernd die Waffen kreuzen mit einer Partei, deren sie sich in Lebensfragen der Nation bedienen mußte. Sie kam auch zu der Ansicht, daß die staatlichen Maßnahmen nicht alle gleich berechtigt, zum Teil auch wirkungslos waren. So weit es sich um Kampfgesetze handelte, war ja überhaupt die Meinung nicht gewesen, etwas Dauerndes zu schaffen. Zudem war es der Regierung ja nie in den Sinn gekommen, die katholische Kirche irgend wie anzutasten, soweit sie christliche Lebensanschauungen vertrat. Die positive und konservative Richtung, die bei der preußischen Regierung in kirchlichen Dingen herkömmlich war, hat man auch in den neuen Verhältnissen nach Kräften beibehalten. Auf diesem Gebiete hat auch zwischen Zentrum und Konservativen stets eine Fühlung bestanden, die es manchem Konservativen schwer, einzelnen unmöglich gemacht hat, der kirchengegnerischen Gesetzgebung zu folgen.

So ist es zur allmählichen Abbröckelung der Kulturkampf-Gesetze gekommen. Schon im Beginn der 90 er Jahre, besonders seit dem Sperrgelder-Verwendungs-Gesetz vom Juni 1891, konnte von irgend welcher ernst zu nehmenden Störung der katholischen Kirche in ihrer Wirksamkeit auf deutschem Boden nicht mehr die Rede sein. Mit der während des Weltkrieges vollzogenen Beseitigung des letzten Restes vom Jesuitengesetz sind die heftig umstrittenen Abwehrmaßnahmen der Reichsregierung völlig verschwunden. Die Umwälzung des 9. November 1918 hat dem Zentrum ganz neue Aufgaben gestellt. Es genießt schrankenlose Bewegungsfreiheit. In die Hauptstadt des Reiches hat ein päpstlicher Nuntius seinen Einzug gehalten. Wenn im Gefolge der Revolution auch die Pflege der Religion Not zu leiden droht, so teilt der Katholizismus diese Gefährdung mit dem Protestantismus. Beide Bekenntnisse sollten ihr Schulter an Schulter begegnen. Es bleibt abzuwarten, wie das Zentrum, das ja wiederholt die Führer des neuen Deutschland stellte, seinen neuen Pflichten genügen wird. Behauptet ein Erzberger in seinen Reihen Geltung, so sind die Aussichten für unser schwer darniederliegendes Volk trübe genug.

Die Stellung des Zentrums gewann weiter, indem sich noch andere Berührungspunkte mit Regierungsbestrebungen fanden und zu anhaltender Mitarbeit führten.

Es entsprach weder preußischer noch deutscher Auffassung von Staatspflichten gegenüber öffentlicher Wohlfahrt, daß man der Sozialdemokratie, in der man doch vor allem eine Bewegung arbeitender Klassen erblicken mußte, allein mit Repressivmaßregeln zu begegnen habe. So folgte dem Sozialistengesetz die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881. Sie ist Ausgangspunkt einer umfassenden Gesetzgebung zur Besserung der Lage der minder bemittelten Klassen geworden, in Sonderheit der Industrie-Arbeiter im weitesten Sinne. Kein Land der Welt hat anerkanntermaßen ein auch nur annähernd so entwickeltes Fürsorgesystem für die im Daseinskampfe weniger Begünstigten aufzuweisen, wie das neue Deutsche Reich es in seinen sozialen Gesetzen besitzt.

Die Unzufriedenheit der Massen hat dadurch nicht gemindert werden können; man kann sogar sagen, daß sie gesteigert wurde, da die erreichte

Besserung der Lage zu neuen Anstrengungen reizte. Irgend welcher Ausgleich der Prinzipien lag ja in den Zugeständnissen nicht. Die Sozialdemokratie wollte und will ja den Staat beherrschen. Sicher ist, daß die Organisationen, die zur Durchführung der neuen Gesetzgebung geschaffen wurden, Kraft und Schulung der sozialistischen Partei außerordentlich gestärkt haben. So wird erst die Zeit entscheiden, ob der eingeschlagene Weg der richtige war, ob nicht vermehrte Bewegungsfreiheit ein besseres Heilmittel für soziale Schäden, ein wertvolleres Erziehungsmittel zu gesellschaftlichem und staatlichem Verantwortlichkeitsgefühl gewesen wäre als Erweisung von Wohltaten auf Kosten des Staates. Daß aber die getroffenen Maßnahmen aufrichtig gemeint waren, daß sie dem ehrlich gefühlten Bedürfnis entsprangen, die Härten und Ungleichheiten menschlichen Daseins nach Kräften zu mildern und einzuebnen, kann nur unversöhnlicher Klassenhaß in Abrede stellen. Sie waren recht aus deutschem Geist, aus deutschem menschlichem Empfinden geboren. An ihrer Durchführung aber hat das Zentrum, zunächst zwar zögernd, dann aber immer stetiger und nachdrücklicher, mit gearbeitet; sie lagen in der Richtung seiner Weltanschauung. Es hat hier mehr als einmal zu treiben und zu führen versucht und ist so weiter in das Leben des neuen Reiches hinein gewachsen.

Und etwas Ähnliches hat sich aus der deutschen Kolonialpolitik ergeben. Ihr Beginn fällt in die Zeit des Tiefstandes der deutschen parlamentarischen Verhältnisse. Die neue Wirtschaftspolitik hatte die Regierung von dem weitaus größeren Teil des Liberalismus völlig getrennt. Zwar stießen ihre kolonialen Unternehmungen in diesen Kreisen nicht auf gleich umfassenden Widerstand, aber die Linksstehenden waren einig, sie zu verwerfen. Für sie waren die Millionen von Quadratkilometern neuen Besitzes nichts als Sandbüchsen oder Fieberhöhlen, in denen man sich obendrein noch Nasenstüber von England holen könne. Selbst ein Mann wie Virchow stimmte in diesen Chorus ein. Das Zentrum fand in diesen Bestrebungen zunächst nichts, was es hätte bewegen können, von seiner gewohnten Oppositionsstellung zu lassen. So kam es

um die Mitte der 80er Jahre im Reichstage zu den wunderlichsten, nur aus reiner Verärgerung erklärlichen Abstimmungen, sobald die jungen Kolonien, überhaupt das Auswärtige Amt in Frage kamen.

Da tagte im Oktober 1888 in Köln der Katholikentag. Auch Kardinal Lavigerie, Frankreichs Führer im Kampfe für die Mission und gegen die Sklaverei, war anwesend. Er brachte seinen Glaubensgenossen zum Bewußtsein, welch ungeheurer Vorteil der Kirche, ihrem Glauben, ihrer Gesittung erwachsen könne, wenn das Deutsche Reich mit seinen Machtmitteln eintrete für die Erschließung und Kultivierung Afrikas. Er hielt Deutschland nicht für unfähig zu kolonisieren. Seitdem hat das Zentrum der Kolonialpolitik nicht mehr grundsätzlich abgeneigt gegenüber gestanden. Nach seiner Art hat es seine Bewilligungen aber stets eng zu umgrenzen gewußt, der Regierung die Bewegungsfreiheit tunlichst beschränkt; das ist doch zunächst nicht allzu schmerzlich empfunden worden unter einem Reichskanzler, der, wie Caprivi, die Ansicht vertrat: „Je weniger Afrika, desto besser“, und der sich gemüßigt sah, den bei seinem Amtsantritt übernommenen Anschlag für Ostafrika, ehe er noch im Reichstag zur Diskussion gestellt worden war, von $3\frac{1}{2}$ auf $2\frac{1}{2}$ Millionen herab zu setzen. Zu einer grundsätzlichen Opposition gegen Kolonialpolitik ist das Zentrum nie mehr zurück gekehrt, während noch so mancher aufrechte Liberale kein anderes Lied zu singen wußte als die eine verneinende Litanei.

Indem das Zentrum so durch die Ereignisse, die in Folge der großen Zeitbewegungen über Deutschland dahin gingen, zu immer näherer Verbindung mit der neuen Staatsbildung geführt wurde, der es anfangs so schroff ablehnend gegenüber gestanden hatte, sah es sich im weiteren Verlauf der Dinge vor die Verpflichtung gestellt, als stärkste Partei eben diesem Staatswesen Stütze zu werden und damit vor jedermanns Blicken klar zu legen, daß es das so oft und so hart bekämpfte neue Reich auch so, wie es war, nicht mehr entbehren wollte.

Bis zum Wandel der handelspolitischen Richtung hat die Gesetzgebung des Reiches sich vor allem auf die nationalliberale Partei gestützt. Im Reichstage von 1874—1877 zählte sie nicht weniger als

155 Mitglieder. Mit anderen ihr nahestehenden Mittelgruppen, besonders nach rechts hin, bot sie der Regierung in allen wichtigeren Fragen jederzeit eine sichere Mehrheit. Man darf sagen, daß diese Richtung, in der die willigsten Träger deutscher Einheits- und Freiheitsbestrebungen vereinigt waren, neben Preußens Regierung selbst weitaus das Meiste getan hat, Deutschland „in den Sattel zu setzen", ja, daß das neue Deutschland ohne sie gar nicht denkbar wäre. Die 80 er Jahre haben sie zerfallen sehen. Was blieb und sich bis heute behauptet hat, ist nur ein dürftiger Rest der großen reichsgründenden Partei, mehr eine Erinnerung an ihre frühere Bedeutung als eine Fortsetzung ihrer Wirksamkeit, vielleicht eine brauchbare Grundlage für zukünftige Neubildung.

An die Stelle verhältnismäßiger Übersichtlichkeit ist mit den 80 er Jahren die buntscheckige Vielgestaltigkeit der Gruppierungen getreten, durch die sich das deutsche Parteileben seitdem ausgezeichnet hat. Die großen nationalen Gesichtspunkte wurden zurück gedrängt von Einzelbegehren und Sonderanliegen verschiedener Bevölkerungs- und Berufsklassen.

Zu Beginn des Jahrzehnts kam zunächst der Antisemitismus auf und neben ihm das Bestreben, die sozialen Fragen immer mehr in den Vordergrund des politischen Lebens zu rücken. Man wurde sozial unter allen möglichen Etiketten: Deutsch, christlich, national, evangelisch. Es brach die Zeit herein, in der wir mitten inne stehen, wo nichts mehr recht gangbar ist, was sich nicht mit dem Beiwort „sozial" schmückt; vor einem Menschenalter würde man gesagt haben „demokratisch". Die Tendenzen der „Steuer- und Wirtschafts"-Reformer haben, so weit sie agrarisch sind, im „Bund der Landwirte" 1893 einen parteimäßigen Ausdruck gefunden, von dem sich 1909 noch wieder der „Bauernbund" gesondert hat.

Was diesen Gruppen zuwuchs, stammte zum weit überwiegenden Teil aus dem mittleren Lager, da die Konservativen verwandten Tendenzen näher standen. Dazu kam der steigende Verlust an die extreme Linke. Sozialdemokratie und Zentrum wurden an sich schon in ihrer Ausbreitung und Bedeutung gefördert durch die Zersetzung der regierungs- und reichsfreundlichen Richtungen. Die

Septennatswahlen brachten die nationalliberale Partei noch einmal auf die ansehnliche Stärke von 110 Mitgliedern. Von 1887—1890 konnte sich die Regierung auf eine nationalliberal-konservative Reichstagsmehrheit stützen, die in nationalen und in Machtfragen nicht versagte. Die Gelegenheit wurde benutzt zum Wiederaufbau der alten preußischen Wehrverfassung und zur Erschließung neuer Finanzquellen für das Reich, doch auch zur Umwandlung der dreijährigen Legislaturperioden in fünfjährige.

Die Wahlen vom Februar 1890 machten dem Übergewicht der „Kartellparteien" ein Ende, ganz besonders in Folge ihrer Steuer- und Geldbewilligungen. Als der Reichstag im Mai 1893 aufgelöst wurde, weil er die Mittel versagte, die zur Durchführung der so oft von der Opposition geforderten zweijährigen Dienstzeit erforderlich waren, brachten die Neuwahlen diesen Parteien zwar eine Verstärkung, aber entfernt nicht in dem Maße wie 1887. Das neue Militärgesetz erlangte nur mit Hilfe von sieben polnischen Stimmen eine Mehrheit. Am 23. März 1895 lehnte dieser Reichstag es mit 163 gegen 146 Stimmen ab, den Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstage zu beglückwünschen! Zu der Mehrheit gehörten neben Zentrum und Sozialdemokraten auch die freisinnige und die Volkspartei! Der konservative Präsident des Reichstages legte darauf sein Amt nieder. Von da an bis zu der Auflösung im Dezember 1906 hat der Reichstag unter der Leitung eines Zentrums-Abgeordneten getagt. Ein Menschenalter hat viel zu wandeln vermocht. Die mit dem Gefühl völliger Enttäuschung ins Reich eingetreten waren, die ihm so oft ihr Mißtrauen ausgesprochen hatten, waren seine Vornehmsten geworden, Zentrum „Trumpf", die „Reichsfeinde" Reichsleiter.

Dem Reiche sind daraus zunächst keine unüberwindlichen Schwierigkeiten erwachsen. Die Ausgestaltung der durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit veranlaßten Neuformationen hat nach und nach ohne bedenklichere Reibungen teilweise durchgeführt werden können. Heeresvorlagen großen Maßstabes einzubringen, hat die Regierung nicht gewagt aus Furcht vor Konflikten, die bei nach-

haltiger Forderung auch sicher eingetreten wären. So ist es dahin gekommen, daß eine Überlegenheit Deutschlands über Frankreich in Bezug auf Stärke der Rüstung beim Ausbruch des Krieges kaum noch vorhanden war. Dagegen hat der starke Ausbau der deutschen Flotte, weit über jedes unter dem ersten Reichskanzler in Aussicht genommene Maß hinaus, in dieser Zeit begonnen und ist gesetzlich festgelegt worden. Eine Marine, die ins Leben trat, ohne auch nur zu träumen, daß sie je der französischen werde die Spitze bieten können, bei deren Weiterentwickelung wieder und wieder betont wurde, daß ein derartiges Ziel nicht ins Auge gefaßt werden könne, hat es unter dem Druck der Verhältnisse im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte tatsächlich erreicht. Sie trat in den Krieg als die zweitstärkste der Welt. Unsere Kolonien gediehen trotz schwerer Prüfungen, die sie haben bestehen müssen. Von ihrer völligen Wertlosigkeit, von ihrer Liquidation sprach niemand mehr, nicht einmal ernst genommen die Sozialdemokratie. Die eingeschlagene Handelspolitik ward aufrecht erhalten und bewährte sich unverändert in allem Wesentlichen.

Gewiß war das alles keine Folge der ausschlaggebenden Stellung, welche das Zentrum länger als elf Jahre einnahm und in Folge der Wahlen von 1912 wiederum eingenommen hat. Aber was wir unter unsern Augen sich vollziehen sahen, beweist doch die unwiderstehliche Wucht, die in den Dingen selber liegt, im Bestehen eines großen, starken Staatswesens, dem sich niemand entziehen kann, und das seine unabweisbaren Forderungen mit unerbittlicher Notwendigkeit geltend macht, unabweisbar, weil das Glück eines jeden an ihrer Erfüllung hängt, unerbittlich, weil Leben keinen Stillstand duldet. Auch das Zentrum mußte und muß der Tatsache Rechnung tragen, daß das Reich vorhanden ist, *wie* es ist, und in seiner Zusammensetzung und Oberleitung das einzige denkbare Staatsgebilde darstellt, das seinen Angehörigen zurzeit die unentbehrlichen staatlichen Erfordernisse sichern kann. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß Zentrum und Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Volksvertretung in der Lage wären, die Auflösung des Reiches zu beschließen, jede Regierung durch Handhabung gesetzlicher Mittel unmöglich zu

machen, so erkennt man den Wandel, der sich seit dem Frühling 1871 vollzogen hat.

Für weite Kreise unseres Volkes und für die Regierenden selber war es sicher kein erfreuliches Ergebnis, daß maßgebender Einfluß im Reiche in den Händen einer Partei lag, die deutscher Einheit von Haus aus eine ganz andere Form zu geben gedachte und mit dem Gewordenen sich nur abfand, weil anderes nicht erreicht werden konnte. Das Zentrum hat auch fortgesetzt das Seine getan, das Unerfreuliche der Lage in Erinnerung zu bringen. In nationalen Fragen versagte es nicht selten. Es war mehr geneigt, nationale Impulse zu hemmen als zu fördern; deren Gleichberechtigung mit konfessionellen Beweggründen oder gar Bevorzugung vor ihnen gestand es ungern zu.

In der Gesetzgebung hat es mit selten versagendem Geschick besonders auf dem Gebiete des Finanzwesens seinen Einfluß zur Geltung zu bringen gewußt. Gleich bei der Steuer- und Wirtschaftsreform des Jahres 1879 mußte seine Mitwirkung durch die Frankensteinsche Klausel erkauft werden, nach welcher der Ertrag der neuen Zölle und Steuern, so weit er die Summe von 130 Millionen übersteigen würde, den Einzelstaaten überwiesen werden sollte, um das Reich, dessen finanzielle Unabhängigkeit von den Einzelstaaten für die Regierung gerade ein Hauptzweck der Reform war, doch wieder von diesen abhängig und sein Bestehen ihnen unbequem fühlbar zu machen. Die soziale Gesetzgebung, die Heeresverstärkungen und die Flottengesetze und nicht zuletzt die Steigerung fast aller Preise haben den Geldbedarf des Reiches schon in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts immer mehr in die Höhe getrieben. Nach Kräften hat das Zentrum den unvermeidlichen Bewilligungen Klauseln angehängt oder den Vorlagen eine Gestalt zu geben versucht, die bestimmt war, die breiten Massen zu gewinnen, oder aber geeignet, die Freude am Reiche zu dämpfen. An die Tarifreform von 1902 wurde die Bestimmung geknüpft, daß die städtischen Verzehrungssteuern beseitigt werden sollten, was manchem Gemeinwesen Verlegenheiten bereitete, die sachlich gar nicht

zu rechtfertigen waren. Die beiden letzten Finanzreform-Vorlagen der kaiserlichen Regierung hat besonders das Zentrum 1906 und 1909 in einer Weise umgemodelt, die ihr Einleben außerordentlich erschwerte. Bei der ersten wurden die vorgeschlagenen Auflagen unter seiner Führung zum Teil durch eine Fahrkartensteuer und Zurücknahme der nicht lange vorher eingeführten und vom Verkehr angenehm empfundenen Herabsetzung von Postgebühren ersetzt; bei der zweiten ermöglichte das Zentrum es den Konservativen, die diesen mißliebige, von ihm selbst aber mehrfach empfohlene Erbschaftssteuer durch vermehrte indirekte Auflagen zu umgehen, die weiteste Kreise in Erregung brachten. Dabei entwickelte es im Allgemeinen eine kaum zu übertreffende Geschicklichkeit, sich zugleich bei den Steuerzahlern das Lob sorgfältigster Prüfung und gewissenhaftester Sparsamkeit zu sichern und doch der Regierung immer so viel zu bewilligen, daß ein Bruch vermieden wurde.

In greller Beleuchtung war der Grundschaden unseres innerpolitischen Lebens gerade in den allerletzten Jahren vor dem großen Kriege zu Tage getreten.

Als das Zentrum am 13. Dezember 1906, wie einst bei der Septennatsfrage und der Einführung der zweijährigen Dienstzeit seiner gewöhnlichen Klugheit vergessend, die Regierung niederstimmte bei Forderungen, auf die sie nicht verzichten konnte, ergaben die Neuwahlen die „Blockmehrheit". Sie stand auf einem breiteren Boden als in den Jahren 1887—1890 die Mehrheit der „Kartellparteien". Die Linksliberalen waren diesmal bereit, in der vorliegenden Macht- und Rüstungsfrage, die sich aus dem kaum niedergeworfenen südwest-afrikanischen Aufstand ergab, die Regierung zu unterstützen. Die Art, wie das Zentrum geglaubt hatte, seine Vorrangsstellung benutzen zu sollen, schien alles von der äußersten Rechten bis hart an die Sozialdemokratie heran vereinigen zu können, das empfundene Joch abzuschütteln.

Der Block hat sich nicht behauptet. Die neue Finanzreform, die größte, die je im Reiche notwendig geworden ist, haben die Konservativen 1909 mit dem Zentrum gemacht. Fürst Bülow, der

umsichtigste und weitaus geschickteste Kanzler, den das Reich seit Bismarcks Tagen gehabt hat, ist darüber zu Fall gekommen. Sein Nachfolger Bethmann Hollweg vollendete die Reform, wie sie geboten wurde, und das Zentrum rückte nach gut zwei Jahren wieder in die frühere Stellung ein. Fürst Bülow hätte auflösen können, anstatt zurück zu treten. Aber wenn er bei Neuwahlen wirklich gegen Zentrum, Konservative und ewig verneinende Sozialdemokraten und Protestler gesiegt hätte, bestand irgend eine Sicherheit, daß die neue Mehrheit Mittel in dem Umfange, wie sie erforderlich waren, bewilligt haben würde? Wäre solche Sicherheit vorhanden gewesen, so hätte beim Ausbruch des Krieges vielleicht ein regierungsfähiger, in der Hauptsache liberaler Block an der Spitze der deutschen Politik gestanden. Nach allem, was über die Meinung der Linksliberalen bekannt geworden ist, muß aber in Abrede gestellt werden, daß sie vorhanden war. In diesen Kreisen hat man in Notlagen der Regierung bis dahin noch immer eine Gelegenheit zur Durchführung von Doktrinen gesehen, die im Reich ersprießliche Verwirklichung nur dann finden können, wenn die Volksvertretung eine unbedingt zuverlässige Mehrheit zu stellen vermag für Regierungsforderungen, die für Bestand und Macht des Reiches unerläßlich sind.

So beruhte des Zentrums Einfluß allein auf der Ohnmacht der übrigen Parteien, auf ihrer Unfähigkeit, sich unter großen, in einem umfassenden Staatswesen allein berechtigten Gesichtspunkten zusammen zu schließen. Ein Viertel des Reichstags, ein Fünftel der stimmenden Wähler waren Lenker der anders Gesinnten. Es ist ein Gemeinplatz geworden, daß solcher Zustand sich aus der Neigung der Deutschen zur Uneinigkeit mit Notwendigkeit ergebe. „Zwölf Köpfe, dreizehn Meinungen!“ Auch Männer, auf deren Worte Gewicht gelegt wird, wissen zu erzählen, daß Uneinigkeit Eigenart des Deutschen gewesen sei von allem Beginn an.

Das ist trotz allem falsch, grundfalsch! Wir sind von Haus aus nicht uneiniger als Italiener und Franzosen, Engländer und Skandinavier, vielleicht sogar weniger als sie. Alle diese Völker haben die Einigkeit, in der sie uns jetzt überlegen sind oder scheinen, erringen müssen. Unsere Uneinigkeit ist wie ihre Einigkeit ein Er-

gebnis der Geschichte. Was aber geschichtlich wurde, kann geschichtlich vergehen. Wir sind, neben den Italienern, das jüngste staatlich geeinigte Volk. Die Italiener haben den Vorteil, daß neben ihrer Reichseinheit Sonderstaaten nicht bestehen. Unsere überlieferten Sonderbildungen sichern unserem Kulturleben einen weiten, kaum zu überschätzenden Vorsprung; das Verständnis für die Lebensbedingungen eines großen Einheitsstaates erschweren sie. Sie sind geeignet, den Blick von den Hauptsachen auf die Nebendinge abzulenken. Bis auf die jüngste Umwälzung hin konnte kein Vernünftiger auf den Gedanken kommen, daß ihre Beseitigung förderlich sein würde. Wir brauchten auch mit ihnen die Hoffnung nicht aufzugeben, daß unsere politischen Verhältnisse sich bessern, auch nicht, daß die preußische Sonderart und der deutsche Gedanke einen Ausgleich finden würden, in dem beide ihr Bestes, ihr Unveräußerliches bewahrten.

Daß ein Verständnis für nationale Machtfragen sich in Kreisen entwickelt hatte und weiter entwickelte, die ihnen früher ablehnend oder achselzuckend gegenüber standen, war nicht zu verkennen. Es konnte erwartet werden, daß die Ereignisse weiter drängen, immer mehr lehren würden, Tatsachen an Stelle von Schlagwörtern, Interessen an Stelle von Doktrinen zur Richtschnur politischen Verhaltens zu machen, wenn auch die Vorgänge des Tages so manches Mal einen gegenteiligen Schein erweckten. Daß Deutsche nicht notwendig uneinig zu sein brauchen, bewies vor unser aller Augen das Zentrum, das der inneren Gegensätze nicht entbehrt, das sie aber zurück zu stellen weiß hinter ein großes, klares und einfaches Ziel, das verfochtene Meinungen preisgibt, sobald Annäherung an dieses Ziel in Frage kommt, und an Grundsätzen nicht hängt, es sei denn an dem einen. Wer die Macht des Zentrums brechen will, muß von ihm lernen. Daß für einen Zusammenschluß des nicht klerikalen Deutschlands allein Wohlfahrt, Macht und Größe des Reiches als Richtschnur gelten können, versteht sich von selbst. Ob es parlamentarisch oder nicht parlamentarisch regiert wird, ob es überhaupt in seinen Einrichtungen regelrechten Doktrinen entspricht oder nicht, ist nebensächlich.

Wenn so vier Jahrzehnte verfassungsmäßigen Lebens im neuen Deutschen Reiche große, feste Parteibildungen mit klaren Endzielen noch nicht hatten zustande bringen können, so hatten sie doch erwiesen, daß damit eine gesunde Weiterentwickelung nicht unvereinbar war. Die leitenden Einzelstaaten erfreuten sich längst vor ihrem Zusammenschluß tatkräftiger Regierungen und eines einsichtigen und zuverlässigen Beamtenstandes. Diese Tradition war ungeschwächt auf das Reich übergegangen, ohne seinen Teilen verloren zu gehen. Nicht nur in den Landtagen, sondern auch im Reichstage hatten sich zahlreiche und befähigte Kräfte gefunden, den inneren Ausbau weiter zu führen oder neu einzurichten. In den Verwaltungszweigen, die der Kompetenz der Einzelstaaten geblieben waren, haben wir Schritt gehalten mit allen Kulturnationen der Welt, wurden in manchem als Vorbild und Muster angesehen. Im Reiche war nachgeholt worden, was unter den früheren Zuständen hatte versäumt werden müssen. Waren wir in Post-, Telegraphen- und Eisenbahnsachen auch nicht zu voller Einheitlichkeit gelangt, so waren wir ihr doch recht nahe gekommen, und nicht nur unser Münz- und Geldwesen, sondern auch unser Recht und die zu seiner Handhabung erforderlichen Einrichtungen waren in einer Gleichartigkeit und Zweckmäßigkeit durchgeführt worden, wie frühere Tage sie allenfalls zu wünschen, selten aber zu hoffen gewagt haben.

Und weiter hatte das Zusammenwirken eines starken Menschenalters doch genügt, eine tröstliche Zuversicht zu begründen. Von Reichsfeinden in dem Sinne, in dem das Wort bei seinem Aufkommen verstanden wurde, konnte nicht mehr die Rede sein. Die Parteien, auch die extremsten, waren, soweit ihre Angehörigen deutschen Stammes waren, so mit dem Reiche verwachsen, daß sie sich von ihm nicht mehr lösen mochten. Sein Bestehen war auch für sie Daseinsbedingung geworden. Das galt vor allem vom Zentrum; es hatte aus dem Saulus ein Paulus werden müssen. Es ist in seiner heutigen Bedeutung ohne das Reich überhaupt nicht denkbar; fiele dieses Reich wirklich zusammen, auch das Zentrum müßte bestrebt sein, es wieder aufzurichten. So war

denn auch nicht die Spur von einem Grunde vorhanden, an der Aufrichtigkeit der oft und feierlich von Zentrumsanhängern wiederholten Treugelübde gegen Kaiser und Reich zu zweifeln. Mochte es einzelne Verbohrte und Kurzsichtige geben, in deren Herzen der Haß gegen das protestantische Kaisertum nicht zur Ruhe kommen wollte, die Gesamtheit hatte mit dem Reiche, das sie in dieser Form einst nicht gewünscht und nicht gewollt hatte, doch denken und fühlen gelernt und lernen müssen und war bereit, für dieses Reich mit zu streiten und mit zu leiden, wie sie für seine Entstehung mit gestritten und mit gelitten hatte.

Und nicht so sehr anders verhielt es sich mit der Sozialdemokratie, die bis dahin an der Reichsarbeit kaum anders als durch Verneinen teilgenommen hatte. Ihr Aufkommen war ja Ergebnis einer allgemeinen europäischen Bewegung, die, wie Konstitutionalismus und Nationalismus, ihren Weg durch den Erdteil gemacht hat. Ungemein rasch war die deutsche Industrie aufgeblüht; sie hatte im letzten Menschenalter so manche andere überholt. Sie hatte zu einem außerordentlichen Anwachsen der städtischen, insbesondere der großstädtischen Bevölkerung geführt, die seit dem Erstehen des Reiches von noch nicht $1^1/_2$ auf fast 14 Millionen gewachsen war, mehr als ein Fünftel unserer Gesamtbevölkerung ausmachte. Dazu kam die vortreffliche Schulbildung, die unser seit langem vorbildliches Unterrichtswesen geschaffen hatte, und die Beharrlichkeit in Meinungen und persönlichen Beziehungen, die deutscher Art Bedürfnis ist. Das alles, und nicht zuletzt auch unsere soziale Gesetzgebung, hatte unserer Sozialdemokratie eine Organisation ermöglicht, deren Umfang, Kraft und innere Festigkeit alles, was die Partei in anderen Ländern erreicht hatte, in den Schatten stellte.

Durch ihr Verhalten hatte sie die Geduld der Mitbürger wiederholt auf harte Proben gestellt und das bis zum Ausbruch des Krieges fortgesetzt. Aber darüber dürfte doch nicht vergessen werden, daß sie im Wesentlichen die Organisation eines Standes darstellte, der aus dem modernen Leben nicht hinweg gedacht werden kann, an dem dieses Leben geradezu hängt. Der Versuch, der Bewegung mit Aus-

nahmemaßregeln Herr zu werden, war erklärlich; aber mit Recht war er aufgegeben worden. Er hätte nie zum rechten Ende führen können. Die Impulse, die bis dahin in der Partei lebendig waren, verdankten ihre Kraft noch dem ersten Antrieb. Die Schwärmerei für die Revolution als rettende Tat, die bis zur Mitte des Jahrhunderts die weitesten Mittelstandskreise erfüllte, war in die Massen hinab gesunken. Man durfte glauben, daß sie auch hier nicht dauernd herrschend bleiben könne. Jeder Schritt zur Besserung der Lage der unteren Klassen, die diese selbst so nachdrücklich und so erfolgreich erstrebt hatten und weiter erstrebten, mußte abführen von der Vorstellung, daß allein der Umsturz helfen könne.

So mußte für das Verhalten des Staates und der Gesellschaft gegenüber der Organisation der sozialdemokratischen Kreise oberster Grundsatz sein und bleiben, daß ihnen die Möglichkeit zu tätiger Teilnahme am öffentlichen Leben nicht abgeschnitten werde. Das erforderte gegenüber dem gelegentlichen Verhalten der Führer wie der Geführten starke Selbstüberwindung; aber es mußte geleistet werden, in Reich und Staat. Nur so konnte der in Frage kommende Teil der Bevölkerung, der sich ja keineswegs durchaus klassen- oder ständemäßig abhob, allmählich zu der Einsicht kommen, daß Reich, Staat und Gemeinde nicht allein zur Befriedigung seiner Tagesbedürfnisse vorhanden sein können, daß der Masse, dem vierten Stande, wohl Mitwirkung, nicht aber Alleinherrschaft zugestanden werden kann.

Wie weit schon Anzeichen vorhanden waren für ein solches Umdenken, war vor dem Kriege eine heiß umstrittene Frage. Wie immer sie beantwortet werden mochte, das war sicher, daß auch der Sozialdemokratie, trotz nimmer endender Klagen und Beschwerden, nicht mehr verborgen war, was das Reich auch für sie bedeutete, daß sie in ihrer jetzigen Machtfülle allein möglich, allein denkbar war auf dem Boden dieses Reiches, daß sein Zusammenbruch den schwersten Schlag darstellen würde, der sie treffen könnte. Sie konnte seine monarchische, seine gesellschaftliche Ordnung umstürzen wollen, seinen Bestand konnte sie nicht hinweg wünschen; sie mußte ihn gegen jede

fremde Macht verteidigen. Die „Reichsfeinde" der 70er Jahre waren auf Tod und Leben mit dem Reiche verbunden. Bismarcks Werk rechtfertigte sich selbst. Er sah richtig, als er sagte: „Es war schwere Arbeit, es zusammen zu bringen; es wird noch schwerer sein, es zu trennen." Wir dürfen den Glauben nicht sinken lassen, daß das auch heute, nach der Revolution, noch gilt.

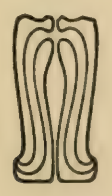
In dieser Zuversicht befestigte ein Blick auf unser Herrscherhaus. Wir haben das Glück gehabt, Kaiser Wilhelm I. noch volle 17 Jahre an unserer Spitze zu sehen. Auch sie waren nicht nur von Arbeit, sondern auch von Kampf erfüllt. Es konnte ihm nach Lage der Dinge nicht vergönnt sein, die Feindschaften, die er hatte wecken müssen, sämtlich wieder auszugleichen. Aber als er fast 91 jährig starb, begleitete ihn doch eine Fülle der Liebe und Verehrung ins Grab, wie sie selten Herrscher haben gewinnen können. Einzig steht er in unserer Geschichte als Begründer des Reiches da, aber auch als Persönlichkeit. Unauflöslich sind mit ihm verknüpft „seine Paladine". Er hat es verstanden, große Männer zu würdigen, sie an sich zu fesseln, sie zu ertragen. Er ließ ihnen Raum für Entfaltung ihres Könnens und wußte sich doch nicht nur neben, sondern über ihnen zu behaupten, nie vergessen zu lassen, wie sein erster Diener bewundernd anerkannt hat, daß er der König und Herr sei.

Erschütternd war das Geschick des Sohnes. Kaiser Friedrich hatte im Schlachtendonner Siegesruhm geerntet; des Reiches, das sein Schwert mit begründet hatte, in Frieden zu walten, war ihm nur vom Sterbelager aus vergönnt. Versöhnen mag, daß so sein Bild fast ganz davor bewahrt blieb, von der Parteien Haß und Gunst entstellt zu werden.

Mit frischestem Tatendrang trat Kaiser Wilhelm II. in die Pflichten ein, die des Reiches und seines größten Staates Leitung auferlegte. Es ist anders gekommen, als es seinem beweglichen Geiste vorschwebte. Schwierigkeiten haben sich in den Weg gestellt, die nicht sämtlich unerwartet eintraten; der Eindruck der Persön-

lichkeit hat als nachhaltiges Werkzeug der Regentenkunst ausschlaggebende Bedeutung nicht erwiesen. Die Trennung von Bismarck schlug Millionen der besten Deutschen Herzenswunden.

Aber Wilhelm II. war der erste deutsche Kaiser, der unsere Meere befuhr. Er hatte uns wieder stark gemacht auf dem Element, das unseren Waffen durch Jahrhunderte fremd geworden war, und hatte damit, wie wir hoffen durften, unserem Erwerbsleben einen starken Schutz aufgerichtet. Seine geistige Frische erfreute; sein reiner Familiensinn zeigte das Muster eines deutschen Hauses wie einst, da Königin Luise im Kreise der Ihren waltete. Die blühende Schar der Söhne und Enkel schien den Bestand der Dynastie zu sichern und unserem Volke die monarchische Ordnung, ohne die sein Gedeihen nicht denkbar schien. So glaubten wir das Gefäß fest gefügt, in dem unser inneres Leben gären und sich klären sollte. Wenn wir das Unsere taten, unseres Volkes Wohlfahrt, seinen Frieden und zugleich auch seine Macht und seine vaterländische Gesinnung zu fördern, so konnten wir getrost der Zukunft entgegen sehen, brauchten die Wolken, die drohend über uns hingen, nicht zu fürchten. Es hat anders kommen sollen. Bestand von Reich und Volk sind in Frage gestellt durch den Ausgang des Krieges.



Fünftes Kapitel.

Kampf ums Dasein.

Aus aussichtsreicher Friedensarbeit sind wir jäh herausgerissen in die Schrecknisse eines Krieges, wie ihn die Welt noch nicht sah. Wie hat das geschehen können?

Nicht ohne schwere Fehler in der Leitung unserer auswärtigen Politik waren wir von Jahr zu Jahr tiefer hineingeraten in eine Lage, in der alles, was mächtig war auf dem Erdenrund, uns feindlich, abgeneigt, im besten Falle gleichgültig gegenüber stand. Man hatte alte Händel mit uns zu begleichen; man fand uns als Hemmnis im Wege der eigenen Bestrebungen; man fühlte sich beengt durch die Fortschritte, die weiterer Frieden uns bringen mußte. Wo das alles nicht zutraf, vermißte man bei uns doch Unterstützung im Streben nach Erfüllung der eigenen Wünsche. Wir hatten nur *einen* erklärten Freund, Österreich-Ungarn; aber dieser Freund war noch mehr mit Sorgen und Mühen belastet als wir selber. Wir sahen uns gezwungen, für die Stellung der Doppelmonarchie auf dem Balkan einzutreten, an der ihr Bestand hing.

Am 15. Oktober 1912, an demselben Tage, an dem ein Friedensvertrag den türkisch-italienischen Streit äußerlich beendete, erklärten Serbien, Bulgarien und Griechenland der Türkei den Krieg; Montenegro hatte das schon eine Woche früher getan. Im März des Jahres hatten die drei slavischen Gegner der Pforte unter rus-

sischer Führung sich verständigt über die Verteilung der Gebiete, die sie der Pforte abzugewinnen dachten. Sie sollte sich anlehnen an die Verbreitung der Nationalitäten auf der Halbinsel, die zwar viel zu buntscheckig ist, um eine einwandfreie staatliche Scheidung der Völker zu ermöglichen, die aber gewisse Grundentscheidungen zuläßt. Der Vertrag sprach Bulgarien so ziemlich alles Gebiet zu, was 1878 im Frieden von San Stefano die Pforte über die damals in Aussicht genommenen Grenzen von Bulgarien und Ostrumelien hinaus Rußland hatte überlassen müssen, also so ziemlich das ganze als Mazedonien bezeichnete Land; Serbien sollte nur an seiner Südwestgrenze geringe Gebietserweiterungen erfahren. Es sollte aber westlich vom Tschardagh Freiheit haben sich auszubreiten, Bulgarien ebenso östlich vom Rhodope.

Der Sinn der Bestimmungen war klar. Sie ließen deutlich erkennen, daß dem gemeinsamen Kriege gegen die Pforte ein weiterer gegen Österreich-Ungarn folgen sollte. Mit serbischer und montenegrinischer Hilfe mochten die Bulgaren zunächst ihre nationalen Ansprüche gegenüber der Türkei zur Geltung bringen, nachher Serbien und Montenegro die ihren mit bulgarischer Unterstützung gegen die Donaumonarchie, auf deren Boden die Masse ihrer Stammesverwandten sitzt. Der im März unter Rußlands Leitung abgeschlossene Vertrag hat den russischen Minister des Auswärtigen Ssasonow nicht gehindert, am 26. April der Petersburger Duma zu eröffnen, daß man sich über die leitenden Grundsätze mit Österreich geeinigt habe: Wahrung des status quo auf dem Balkan, Unabhängigkeit, Kräftigung und friedliche Entwickelung der kleinen Balkanstaaten und Unterstützung und Festigung der Neuordnung der Türkei. Das Abkommen hat Bulgarien und Montenegro auch nicht abgehalten, der Pforte am 31. August zu versichern, daß sie keine Störung des Balkanfriedens beabsichtigten. Die Kriegserklärung erfolgte sechs Wochen später.

Der Gegensatz der Mächte in ihrer Stellung zur Balkanfrage ist während des Krieges nur mühsam zurückgedrängt worden. Heute möchte man rückschauend vielleicht meinen, es sei für die

Mittelmächte besser gewesen, wenn er schon damals zum Austrag gebracht worden wäre. Österreich-Ungarn hatte vertragsmäßig ein Recht auf Besetzung des Sandschaks, des Bezirks von Novibazar; es hat sich zur Ausübung nicht entschließen können. Sie wäre wohl der Krieg gewesen, denn Serbien und Bulgarien hatten ihrem Bündnis eine militärische Vereinbarung angeschlossen, die zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtete, wenn Österreich-Ungarn sein Recht ausübe. Durch die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die sich zwischen Deutschland und der Türkei geknüpft hatten, war Deutschland gegenüber der Pforte zu einer Art Schutzmachtstellung gelangt; es hatte zweifellos ein Interesse daran, das Osmanentum nicht stark geschwächt oder gar erdrückt zu sehen. Es hätte zu dieser Zeit einen stärkeren Bundesgenossen abgegeben als zwei Jahre später, auch Rumänien wohl eine andere Haltung angenommen. Die Reichsregierung hat sich doch so wenig wie der Bundesgenosse zu einer festen Vertretung ihrer berechtigten Wünsche entschließen können. Als der Sinn des Angriffs durch Bekanntwerden des Märzvertrags klar geworden war, schritt sie aber zu ernster Vorbereitung künftiger Abwehr. Im Winter 1912/13 ward die größte Wehrvorlage fertig, die je im Deutschen Reichstage eingebracht worden ist. Man suchte Versäumtes nachzuholen, leider zu spät, als daß es in der Stunde der Entscheidung noch hätte ins Gewicht fallen können. Auch umfaßte die Vorlage nicht alles, was militärischerseits für notwendig erklärt worden war; die vom Generalstab dringend gewünschte Aufstellung von drei neuen Armeekorps wurde vom Reichskanzler abgelehnt. Bearbeiter des Planes war Oberst Ludendorff.

Der Krieg endete mit einer vollständigen Niederlage der Türkei. Rußland brauchte nicht zu helfen; die vier kleinen Mächte zeigten sich ihrem Gegner allein überlegen. Wenn der Sultan zu guter Letzt noch Adrianopel retten konnte, so verdankte er das nur dem Streite, der unter den Verbündeten selbst ausbrach. Die Bulgaren hatten, der geographischen Lage entsprechend, die Hauptlast des Krieges

auf sich nehmen, den Stier gleichsam bei den Hörnern fassen, gegen Konstantinopel vorgehen müssen, das sich auf die vornehmsten Machtquellen der Osmanenherrschaft stützen konnte. Serben und Griechen hatten mit der Besetzung Mazedoniens ein weit leichteres Stück Arbeit verrichtet. Dafür war den Bulgaren östlich vom Rhodope ein erheblicher Landgewinn zugefallen, den Serben westlich vom Tscharbagh aber gegen ihre Erwartung nicht. Ihr auf den Vertrag begründetes Bestreben war, dort ans Meer zu kommen. Die Mächte haben das gehindert. Auf ihr Drängen hat Serbien sein Kontingent von der Belagerung von Skutari zurückziehen müssen, und als dann der Albanier Essad Pascha die Stadt den Montenegrinern übergab, mußten diese alsbald einer internationalen Besatzungstruppe weichen. Österreich wünschte die Serben nicht an der Adria und wurde darin nicht nur von Italien, sondern auch von England unterstützt; war doch serbische Macht gleich russischer. Auf der Konferenz der Mächte in London vertrat England den Standpunkt, daß die Albanier so gut wie alle andern Völker des Balkans Anspruch hätten auf einen nationalen Staat. So gingen die Serben des in Aussicht genommenen Hauptgewinnes verlustig und weigerten sich nun, die von ihnen besetzten Gebiete zu räumen. Ihnen traten die Griechen zur Seite, die durch voraufgegangene Abmachungen nicht gebunden waren; sie entwaffneten die bulgarische Garnison von Saloniki. Bulgarien versuchte vergebens, sein Recht mit den Waffen zu erstreiten; es mußte nachgeben, da sich jetzt auch die Rumänen seinen Gegnern zugesellten.

So fiel die staatliche Neuordnung, die der Frieden von Bukarest im August 1913 festsetzte, erheblich anders aus, als geplant war. Bulgarien erlangte noch nicht ein Drittel des serbischen, noch nicht ein Viertel des griechischen Zuwachses an Bevölkerung. Rumänien erzwang die Abtretung von 7500 Quadratkilometern bulgarischen Landes. Der größten Leistung wurde der geringste Erfolg. Rußland hat sich Mühe gegeben, den von ihm zustande gebrachten Vertrag auch zur Durchführung zu bringen, ist aber zurückgewichen vor Serbiens entschiedener Weigerung. Die russisch-bulgarischen

Beziehungen, mehr und mehr getrübt schon seit der Vertreibung des Fürsten Alexander im Jahre 1886, verschlechterten sich vollends. Es wurde klar, daß Rußland in Bulgarien den Rivalen sah, der als stärkste Balkanmacht die Hände wohl auch nach Bosporus und Dardanellen ausstrecken konnte.

Aus dieser Verschiebung der Lage ergab sich für die Mittelmächte in gewissem Sinne ein Vorteil. Ein Balkanbund war erschwert; es war aber ein bulgarisch-rumänischer Gegensatz entstanden, den sie nicht wünschen konnten. An Rußlands Politik hat dieser Fehlschlag nichts geändert; es verfolgte fortgesetzt die alten Ziele. Und darin stand ihm England zur Seite. An der Themse glaubte man nicht nur den Weg über Suez, sondern auch den über Bagdad nach Indien beherrschen zu müssen und erachtete diesen Gewinn auch durch dauernde Stärkung Rußlands an den Dardanellen und in Vorderasien nicht für zu teuer erkauft. Deutschem Einfluß dort wollte man unter allen Umständen entgegenarbeiten. England ließ einem der Seinigen die Neubildung der türkischen Flotte übertragen, unterstützte aber Rußlands Widerspruch gegen die Berufung der deutschen Militärmission Liman Paschas und seine Ernennung zum Befehlshaber des ersten, die Hauptstadt hütenden türkischen Armeekorps, während doch ein französischer General unbeanstandet Griechenlands Heer neu organisieren durfte. Von ihren mazedonischen Leiden war die Türkei durch Abtrennung dieses Gliedes vom Staatskörper befreit; Rußland sorgte aber unverzüglich für einen neuen Krankheitsherd, den es noch bequemer überwachen und schüren konnte. Mit Zustimmung der Mächte, auch Deutschlands, nötigte es die Pforte zu einem Abkommen über Reformen in Armenien unter Aufsicht der Mächte, also genau so, wie in dem voraufgehenden Jahrzehnt die Stellung der Türkei in Mazedonien unterwühlt worden war. Daß jede weitere Schwächung der Macht des Sultans eine Schädigung der Mittelmächte, insbesondere Deutschlands bedeutete, bedarf kaum des Hinweises. Sie haben trotzdem das Einvernehmen äußerlich aufrecht zu erhalten gesucht; besonders in der Frage der Militärmission hat Deutschland mehr nachgegeben, als sich mit seinem Ansehen vertrug.

Gleichwohl spitzten sich die Verhältnisse mehr und mehr zu. Keinem aufmerksamen Beobachter konnte das verborgen bleiben. Deutschlands Wehrvorlage beantwortete Frankreich sofort mit der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, da es, abgesehen von der Heranziehung Farbiger, kein anderes Mittel besaß, seine Streitmacht zu mehren. Es hatte schon seit Jahren Menschen- und Finanzkraft ganz erheblich stärker für Wehrzwecke angespannt, als das in Deutschland für erträglich gehalten wurde. Die Gewährung einer Verfassung für Elsaß-Lothringen hat sich als ein bedenkliches Moment der Beunruhigung zwischen den beiden Nachbarländern erwiesen; jeder Ausdruck der Unzufriedenheit, der im Reichslande laut wurde, fand in Frankreich Widerhall. Die Beziehungen dorthin wurden lebhafter und bedenklicher als je seit 1871; grell beleuchtete die Lage der Zaberner Zwischenfall im November 1913. Rußland rüstete unausgesetzt, stellte einen neuen Truppenkörper nach dem andern auf und zog den Hauptteil seines Heeres nahe der Westgrenze zusammen. England sammelte seine Flotte in der Nordsee. Mit Frankreich traf es 1912 eine Verabredung, nach welcher dessen Schlachtflotte den Schutz der gemeinsamen Interessen im Mittelmeer übernehmen sollte; die eigenen großen Kampfschiffe konnte es so von dort zurückziehen. Als Entgelt gewährleistete es die Sicherheit der atlantischen und der Kanalküste Frankreichs. Es war niemandem, der den Dingen auch nur mit einigem Verständnis folgte, verborgen, daß ein schweres Gewitter am politischen Himmel heraufzog. Es wird immer ein denkwürdiges Zeugnis diplomatischer Urteilslosigkeit bleiben, daß ein Angehöriger unseres Auswärtigen Amtes in dieser Lage ein Buch veröffentlichte, in dem er der Überzeugung Ausdruck gab, daß ein kriegerischer Zusammenstoß der Mächte nach Lage der Dinge in hohem Grade unwahrscheinlich sei, und daß dieser Beamte nicht nur fortgesetzt im Dienst bleiben, sondern auch während des Krieges vom Reichskanzler in einer Vertrauensstellung verwendet werden konnte.

Das Wetter kam rascher zum Ausbruch, als auch ein urteilsfähiger Beobachter hätte annehmen mögen; ein unvorhergesehener

Zwischenfall, der allerdings ganz im Bereich naheliegender Befürchtungen lag, brachte es vorzeitig zu furchtbarer Entladung. Der Balkan erwies sich wirklich als Wetterwinkel nicht nur Europas, sondern der Welt.

In Serajewo, der bosnischen Hauptstadt, ist am Sonntag dem 28. Juni 1914 der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin, als sie im offenen Wagen unter dem Jubel der Menge durch die Straßen fuhren, durch Revolverschüsse getötet worden. Es war am Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfelde (1389), nach welcher abends der Sieger Sultan Murad von einem Serben erdolcht worden ist. Der Erzherzog galt nicht ohne Grund als ein Mann, der Willen und Kraft besitze, die Donaumonarchie zu neuem Ansehen und festerem Halt zu bringen. Die Untersuchung ergab bald, daß die Tat von Serbien her angestiftet, daß serbische Beamte und Offiziere Mitwisser oder Helfer waren. Österreich-Ungarn sah sich einem Hergange gegenüber, der deutlich bewies, daß sein Bestand von Serbien her unterwühlt wurde, daß trotz der Erklärung, welche die serbische Regierung Ende März 1909 nach der Annexion von Bosnien abgegeben hatte, mit dem Donaustaat auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen leben zu wollen, die Versuche, die südslavischen Gebiete vom Reiche zu lösen, von jenseit der Grenze mit vollem Nachdruck fortgesetzt wurden. Die Zusage hatte offenbar den gleichen Wert wie die am 31. August 1912 der Türkei erteilte. In Serbien selbst ließ man keinen Zweifel darüber. Man dachte nicht daran, die Tat zu verurteilen; man erinnerte an die angeblich unterdrückte Bevölkerung, die unter fremdem Joche schmachte, und fand es gegeben, daß das national sich zersetzende Nachbarreich dem Verfall entgegen gehe. Habsburgs greiser Sproß sah sich vor die Frage gestellt, ob er die von den Vorfahren begründete Herrschaft dahinsinken lassen oder seinem Hause weiter erhalten wollte. Über die Antwort konnte kein Zweifel sein.

Österreich-Ungarn hat doch länger als drei Wochen gewartet,

bis es eine entsprechende Note nach Belgrad richtete. Es forderte am 23. Juli, daß Serbien der verbrecherischen und terroristischen Propaganda von seinem Gebiete aus ein Ende mache; die Durchführung der Maßnahmen sowie die Untersuchung und Bestrafung der an der Untat Schuldigen und Beteiligten sollte von österreichisch-ungarischen Regierungsorganen überwacht werden. Eine zweitägige Frist wurde für die Beantwortung gestellt. Sie fiel unbefriedigend aus. Man bestritt die Mitschuld serbischer Untertanen, leugnete trotz des Bestehens der serbischen Nationalliga, der Narodna Odbrana, das Vorhandensein irredentistischer Umtriebe und wies jede Mitwirkung österreichisch-ungarischer Beamteter schroff zurück. Gleichzeitig wurde die Armee mobilisiert. So erklärte Österreich-Ungarn am 28. Juli Serbien den Krieg; seine Truppen überschritten die Drina. Doch waren nur acht in der Nachbarschaft des Königreichs stehende Armeekorps mobil gemacht.

Man hätte denken sollen, daß diese Schritte in der Selbstachtung, die jeder Staat wie jede Einzelperson sich schuldig ist, ihre genügende Rechtfertigung gefunden hätten. Es war nicht der Fall. Die Mächte scheuten nicht davor zurück, Beschützer von Mördern zu werden. Als 1903 König Alexander und seine Draga ermordet worden waren, hatte Englands Regierung ihrem Abscheu durch zeitweiligen Abbruch der diplomatischen Beziehungen Ausdruck gegeben. Jetzt brachte man es an der Themse nicht einmal zu solch frommem Augenaufschlag; die Moral trat völlig zurück hinter der Politik.

Serbien hatte gehandelt im Einvernehmen mit Rußland. An der Newa wünschte man kein Zurückweichen des Vasallenstaats. Die Abrechnung mit Österreich war ja lange gewollt und vorbereitet. Man hätte sie ohne den Zwischenfall noch hinausgeschoben; nun sie plötzlich in den Bereich des Möglichen trat, wollte man ihr nicht aus dem Wege gehen. Man hätte sein Prestige gefährdet. Österreich glaubte man nicht fürchten zu sollen, und daß man bei einem Zusammenstoß mit Deutschland nicht allein stehen werde, wußte man. Frankreichs war man in Petersburg völlig sicher; bei einem deutsch-russischen Kriege mußten ja „die französischen Flinten von

selber los gehen". Zwischen Frankreich und England aber bestand zwar kein Vertragsverhältnis, wohl aber gab es Verabredungen über ein englisches Eingreifen, nicht nur mit der Flotte, sondern auch durch ein starkes Landungskorps von mindestens sechs Divisionen. Dazu war kurz vor Beginn der Verwickelungen ein russisch-englisches Flottenabkommen zum Abschluß gelangt, nach welchem England bei einem Kriege mit einem starken Teil seiner Flotte in der Ostsee auftreten, dort die deutsche Übermacht zur See ausgleichen und die Russen nach Pommern führen sollte. Man war in Petersburg sicher, daß dem französischen Eingreifen das englische folgen werde. So vereinigten sich russische Eroberungsgier, französische Rachsucht und englischer Brotneid, aus dem Wege zu räumen, was ihr Machtstreben hinderte.

In Deutschland hat man nicht einen Augenblick Zweifel darüber gelassen, daß man den Bündnisfall als gegeben betrachte. Man hat den Bundesgenossen seine Entschließungen fassen lassen, ihn aber zu der Erklärung bewogen, daß weder Serbiens Unabhängigkeit noch sein Besitzstand angetastet werden würden, eine Erklärung, deren Aufrichtigkeit schlechterdings nicht bezweifelt werden konnte. Rußland hat trotzdem seine gesamte Armee auf den Kriegsfuß gesetzt. Das bedeutete eine geradezu vernichtende Überlegenheit über den Donaustaat, wozu die Versicherung, daß man nur an Verteidigung denke, schlecht genug stimmte. In London hat Deutschland wissen lassen, daß es bei einem etwaigen Kriege mit Frankreich im Falle eines günstigen Ausganges auf jede Gebietserweiterung verzichte, auch Frankreichs Kolonialbesitz nicht antasten werde. Als Antwort kam die Frage, die man der Form halber gleichzeitig an Frankreich stellte, ob Deutschland die Neutralität Belgiens achten werde Auf die Gegenfrage, ob England nach solcher Zusage neutral bleiben werde, erfolgte keine Antwort; Auskunft, unter welchen Bedingungen man von einer Teilnahme am Kriege abstehen werde, wurde nicht erteilt. Darüber, daß man unter allen Umständen gewillt war, Frankreichs Nordküste zu decken, dem kämpfenden Deutsch-

land also gleichsam einen Arm zu binden, ließ man keinen Zweifel. Das entsprach den getroffenen Verabredungen.

Unter solchen Umständen konnte Deutschland bei seiner ausgesetzten Lage nicht weiter zuwarten. Die Reichsregierung hatte bis dahin jede Maßnahme verschmäht, die Kriegsbefürchtungen hätte erkennen lassen. Sie ist deshalb nicht ganz ohne Grund getadelt worden; den Beweis der Friedensbereitschaft hat sie jedenfalls erbracht, allerdings ohne damit damals oder später irgend welchen Eindruck zu machen. Als Rußland am 31. Juli mobilisierte, erklärte unser Kaiser den Kriegszustand, der noch keine Mobilmachung in sich schloß. Gleichzeitig ward Rußland aufgefordert, innerhalb 12 Stunden Deutschland und Österreich-Ungarn in Kenntnis zu setzen, daß es seine Kriegsvorbereitungen einstelle. Es kam der Aufforderung nicht nach. So ist deutscherseits am 1. August die Mobilmachung von Heer und Flotte verfügt worden; Österreich-Ungarn hatte den Schritt schon tags zuvor, in unmittelbarem Anschluß an Rußlands Mobilmachung getan. Gleichzeitig mit Deutschland, vielleicht noch etwas früher, hat Frankreich mobil gemacht. Feindseligkeiten sind von französischer wie von russischer Seite begonnen worden, ehe noch Kriegserklärungen erfolgt waren.

Die Ereignisse haben sich in den letzten Julitagen förmlich überstürzt. Es wäre ein Verbrechen gegen das eigene Volk gewesen, hätte die deutsche Regierung länger gewartet. Die Mittelmächte hatten den Vorteil der geschlossenen Lage, Rußland gegenüber auch den des besser ausgebauten Verkehrsnetzes, Deutschland vielleicht noch eine vollkommenere Mobilmachungsordnung. Man durfte sich dieser Vorteile nicht begeben, nicht warten, bis die an Zahl so überlegenen Massen der Gegner in vollem Aufmarsch an der Grenze standen und das Gesetz des Krieges diktierten. Man konnte auf Erfolg nur hoffen, wenn man ihnen zuvorkam, und da ergab sich von selbst, daß man zunächst versuchen mußte, Frankreich einen lähmenden Schlag beizubringen und damit zugleich Deutschlands verwundbarste Stelle, die industriereichen rheinischen Gebiete mit ihren für die Kriegführung unentbehrlichen Betrieben, zu decken.

Das konnte wiederum nur geschehen, indem man den Krieg nach Belgien verlegte. Dazu nötigte auch die Kürze der Strecke, auf der Deutschland und Frankreich unmittelbar aneinander grenzen. Sie bot viel zu wenig Raum für die Massen, die zum Angriff antreten mußten, und war zudem gesperrt durch umfassendste französische Befestigungen stärkster Art vom Welschen Belchen bis zur luxemburgischen und belgischen Grenze. Zudem hätte der Hauptangriff an dieser Stelle die Rheinlande einem verderbenbringenden feindlichen Flankenstoß durch Belgien ausgesetzt. So wurde am 2. August an dieses Land die Aufforderung gerichtet, den Durchmarsch zu gestatten; man versprach Ersatz alles Schadens und volle Unversehrtheit des Besitzes. Die Antwort war eine schroffe Ablehnung. England forderte am 4. erneut in Berlin das Versprechen, Belgiens Neutralität zu achten. Als es nicht gegeben wurde, weil das Gebot der Selbsterhaltung es unmöglich machte, überreichte der britische Botschafter Sir Edward Goschen (in Berlin wie in Wien war Großbritannien beim Ausbruch des Krieges durch Männer deutscher Herkunft vertreten!) die Kriegserklärung und forderte seine Pässe.

England hatte seinen Kriegsfall und einen Kriegsfall, der wie geschaffen war, Deutschland vor der Welt ins Unrecht zu setzen. Die wilde Wut, mit der die belgische Zivilbevölkerung sich unter gänzlicher Mißachtung aller völker- und kriegsrechtlichen Bestimmungen unseren einmarschierenden Truppen widersetzte, wurde dann weiter Anlaß zu Maßnahmen, die unter der Führung des durch den Orden Pour le mérite ausgezeichneten britischen Botschafters in den Vereinigten Staaten John Bryce für einen schamlosen Lügen- und Verleumdungsfeldzug gegen die deutschen „Barbaren" ausgenutzt wurden. Leider hatte sich der Reichskanzler in völliger Verkennung seiner staatsmännischen Pflicht dazu verleiten lassen, am 4. August im Reichstage von dem „Unrecht" zu sprechen, „das wir tun", und das „wir wieder gutzumachen suchen werden, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist". Unsere Regierung hat sich später große Mühe gegeben nachzuweisen, was ihr zu Beginn des Krieges hätte bekannt sein müssen, daß Belgien durch seine

seit Jahren mit England und Frankreich geführten Verhandlungen und getroffenen Vereinbarungen längst das Recht eingebüßt hatte, als neutraler Staat zu gelten; den von den Gegnern so erfolgreich wie geschickt ausgenutzten ersten Eindruck hat sie nicht wieder zu verwischen vermocht, auch nicht, als die Feinde sich viel schwerere Verletzungen des Völkerrechts zu Schulden kommen ließen. Sie arbeiten noch heute mit der eingestandenen Schuld. Man gedenkt nicht ohne Erregung der unvergleichlichen Überlegenheit, mit der Bismarck 1870 den Krieg staatsmännisch eingeleitet hat gerade in der belgischen Frage, die ja in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu allen Zeiten eine Rolle gespielt hat und immer spielen wird.

Was in den früheren Ausgaben dieses Buches fortgesetzt betont worden ist, bewährte sich in den ersten Augusttagen des Jahres 1914. Das Reich stand fest. Da war kein Deutscher, der es hätte verleugnen mögen; sie waren alle einig, es zu verteidigen mit Gut und Blut. Lodernde Begeisterung flammte empor wie nur irgendwo in deutschen Landen 1813 und 1870. Es drängte sich alles zum Dienst, mit der Waffe oder sonst, was noch nicht ausgebildet war. Kampffreudig und siegessicher zogen die Millionen hinaus, den Feinden zu begegnen. Für jeden, der es mit durchlebte, wird es eine gleich unauslöschliche Erinnerung sein wie für uns Ältere schon die der Julitage von 1870. Es wurde Wahrheit, was Fürst Bismarck in seiner unvergeßlichen Landsturmrede vom 6. Februar 1888 gesagt hatte: „Wenn wir angegriffen werden, dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren."

Die Erfolge entsprachen dem stolzen Mute unserer Streiter und der sicheren Führung, derer sie sich erfreuten. In raschem Siegeslauf ward Belgien durcheilt; seine starken Festen Lüttich und Namen erlagen kurzem Angriff. Bis tief nach Frankreich hinein ergossen sich die deutschen Scharen; ihre Vordersten trennte nur noch ein Tagemarsch von Paris. Da bewog die Entschlossenheit des Kom-

mandanten der Hauptstadt Gallieni die Weichenden zu neuem Widerstande. Auch der war schon gebrochen, als das unheilvolle Eingreifen des von der Obersten Heeresleitung an die Front entsandten Oberstleutnant Hentsch in Verbindung mit irrigen militärischen Anschauungen des Führers der zweiten Armee aus dem erfochtenen Siege eine Niederlage machte. Der erteilte Auftrag wurde ziemlich genau in entgegengesetztem Sinne ausgeführt, als er gegeben worden war. Am 11. September begann der deutsche Rückmarsch; man setzte sich im Gebiet der Aisne fest. Daß die „Marneschlacht" einen Wendepunkt des Krieges darstellt, kann ernstlich nicht bestritten werden. Der Hergang ist wohl einer der schlagendsten Belege der Weltgeschichte für die unheilvolle Wirkung, die Einzelverfehlungen nach sich ziehen können. Im Westen hat man nur auf belgischem Gebiet weiterhin noch Fortschritte machen können. Am 9. Oktober ward Antwerpen trotz englischen Eingreifens genommen. Das ganze Königreich war so bis auf einen geringen Rest von Westflandern in der Hand der Deutschen. Im obersten Elsaß war ein Grenzstreifen jenseit Mühlhausen von den Franzosen besetzt worden.

Indem aber die Hauptkraft sich gegen den Westen wandte, fing der Osten an Not zu leiden. Die ungeheuere Überlegenheit der Russen an Zahl kam zur Geltung. Sie drangen verwüstend in Ostpreußen ein und bewiesen, daß sie noch dieselben waren wie ihre Vorfahren, die einst im Siebenjährigen Kriege die unglückliche Provinz heimgesucht hatten. Hindenburg gebot ihnen Halt. Auf demselben Schlachtfelde, wo vor mehr als 500 Jahren die deutschen Ordensritter der Übermacht der Polen und Litauer erlegen waren, brachte er ihnen in den Tagen vom 26. bis 28. August eine schwere Niederlage bei. Doch war damit die Kraft der Russen keineswegs gebrochen; vermochten sie doch immer neue Menschenmassen aus dem ungeheuren Reiche heranzuwälzen. Sie konnten die Österreicher, die anfangs ins russische Weichselgebiet eingerückt waren, aus dem Osten und der Mitte Galiziens und aus der Bukowina verdrängen, zeitweilig Posen, Westpreußen und Oberschlesien bedrohen, dann Karpathenpässe gewinnen und in ungarische Täler hinabsteigen. Erst Mitte Fe-

bruar 1915 gelang es Hindenburg, sie durch die neuntägige „Winterschlacht in Masuren“ ganz aus Ostpreußen hinauszuwerfen; Przemyśl aber wurde ihnen noch am 22. März übergeben, weil es nicht genügend verproviantiert war.

Erst mit dem einsetzenden Frühling vermochte man im Osten zu neuen Schlägen auszuholen. Noch im April rückten die Deutschen in Kurland ein; am 7. Mai wurde Libau besetzt. Gleichzeitig gingen Deutsche gemeinsam mit Österreichern und Ungarn in Westgalizien und von Ungarn her über die Karpathen vor, überschritten den San und eroberten am 3. Juni Przemyśl mit stürmender Hand zurück. Die Russen wurden aus der Bukowina ganz, aus Galizien bis auf einen schmalen Streifen im Osten wieder hinausgedrängt. Auch das Weichselgebiet mußten sie räumen; am 4. August ward Iwangorod von den Österreichern, am 5. Warschau von den Deutschen besetzt. Die Festungen an Narew und Memel folgten; am 17. August ergab sich Kowno, am 19. Nowo-Georgiewsk, beide mit außerordentlich großen Vorräten an Kriegsmaterial, Nowo-Georgiewsk mit nicht weniger als 93000 Streitern. Am 25. August fiel Brest-Litowsk, am 2. September Grodno; Wilna ward besetzt; man drang im Süden in Wolhynien vor, erreichte im Norden die Düna, stand links vor Riga, rechts vor Dünaburg. 13 russische Gouvernements waren ganz, drei weitere zu erheblichen Teilen von den Verbündeten erobert; eine Viertelmillion Quadratkilometer feindlichen Landes mit ziemlich 20 Millionen Friedensbewohnern stand unter deutscher oder österreichischer Verwaltung.

Der Herbst brachte gewaltige Erfolge auf dem Balkan. Am 12. November 1914 hatte sich die Pforte auf die Seite der Mittelmächte gestellt, England, Frankreich und Rußland den Krieg erklärt. Es konnte ihr nicht verborgen bleiben, daß der Ausgang dieses Ringens auch über ihren Bestand entscheiden werde, daß ein Sieg der Entente ihren Untergang bedeute. Es entstanden so neue Kriegsschauplätze an den Berührungsstellen türkischer mit russischer und britischer Macht, im armenisch-kaukasischen Grenzgebiet, am unteren Euphrat und Tigris, in Arabien, am Kanal von Suez, vor allem

aber an den Dardanellen. Nichts konnte besser die Gefahr von Ägypten ablenken als ein Angriff auf die Meerengen, der bei gutem Erfolge auch den Weg ins Schwarze Meer öffnete, Rußlands Getreidevorräte zugänglich und verwertbar machte. Engländer und Franzosen begannen ihn im Februar 1915 mit den Flotten; als sie abgewiesen wurden, landeten sie bedeutende Streitkräfte auf Gallipoli. Die Türkei ward dort in einen harten Kampf verwickelt. Es wurde für sie und für die Mittelmächte überaus wichtig, eine ungestörte, von Rumänien unabhängige Verbindung herzustellen. Das ermöglichte der Anschluß Bulgariens, der am 14. Oktober 1915 mit dessen Kriegserklärung an Serbien erfolgte.

Das Zerwürfnis, mit dem der Balkankrieg gegen die Absicht seiner Anstifter 1913 zum Abschluß kam, trat damit in Wirkung. Vergebens hat Rußland noch während des Krieges auszugleichen gesucht; es vermochte weder Serbiens Widerstand, noch Bulgariens Mißtrauen zu überwinden. Das Eingreifen der neuen Macht öffnete Serbien; deutsche Truppen traten den österreich-ungarischen zur Seite, übernahmen die Führung. In den letzten Monaten des Jahres ward das ganze Königreich bis hinab zur griechischen Grenze erobert, im folgenden Januar und Februar auch Montenegro und fast ganz Albanien bis hinab gegen Valona. Im Dezember 1915 räumten Engländer und Franzosen die Halbinsel Gallipoli, belehrt über die Erfolglosigkeit ihrer Anstrengungen. Sie führten die Truppen nach Saloniki, wo sie schon vom Beginn des Oktober an Mannschaften gelandet hatten, ohne doch den heranrückenden Bulgaren und Deutschen nachdrücklich entgegenzutreten. Sie haben weiterhin dort ganz erhebliche Streitkräfte gesammelt, zu den zurückgetriebenen Serben auch Italiener und Russen, haben das ganze mazedonische Griechenland besetzt, bis in den Herbst 1918 doch nichts Ernstliches unternommen, jedenfalls nichts erreicht, vielmehr genommene Stellungen zum Teil wieder räumen müssen.

War der Versuch gegen die Dardanellen und Konstantinopel mißglückt, so sollten doch an anderen Stellen nicht unerhebliche

Erfolge gegen die Türkei errungen werden. Das Vordringen deutschen Einflusses in deren asiatische Gebiete berührte einen, und nicht den am wenigsten wichtigen, der vielen Punkte, an denen England seine Weltstellung durch den Vetter vom Lande bedroht fühlte. So richtete es im Kriege alsbald sein Augenmerk auf die Sicherung des indisch-europäischen Weges über den Persischen Golf nicht weniger als auf die des schon von ihm beherrschten durch den Suezkanal. Englisch-indische Truppen landeten an der Mündung des Schat el Arab und suchten Mesopotamien zu gewinnen. Zunächst vergeblich! Gegen Ende April 1916 mußte sich General Townshend bei Kut el Amara am unteren Tigris mit mehr als 13000 Engländern den Türken ergeben. Aber weiterhin hat man doch Erfolg gehabt; Bagdad ist am 11. März 1917 besetzt worden. Auch an der kaukasischen Grenze wurden die Türken langsam zurückgedrängt; Erzerum fiel in die Hand der Russen. Zeitweise haben Streitkräfte des Sultans persisches Gebiet besetzen können, haben es aber wieder räumen müssen. Von der Landenge von Suez, wo sie anfangs den Kanal bedroht hatten, sind sie langsam zurückgedrängt worden, haben selbst Judäa nicht zu halten vermocht. Am 9. Dezember 1917 ergab sich Jerusalem dem General Allenby, der auch Truppen der Bundesgenossen heranführte. In Arabien ist ein Aufstand gegen den Beherrscher aller Gläubigen angezettelt worden; die heiligen Stätten sind seiner Macht entzogen. Die Stellung des Sultans in den alten Sitzen der Kalifenmacht wurde schwer gefährdet.

Vom Beginn des Krieges an hatte Italien eine zweifelhafte Haltung beobachtet. Daß es seine Bündnispflichten erfüllen werde, ward bald nicht mehr gehofft. Vergebens versuchte Österreich-Ungarn, es durch das Angebot bedeutender Abtretungen in Tirol und weitgehender Zugeständnisse für Triest, zu denen Deutschland geraten hatte, wenigstens neutral zu erhalten. In Rom behauptete man Verletzung des Bündnisvertrages, weil das Ultimatum ohne Italiens Mitwissen an Serbien gerichtet worden sei, und erklärte am 23. Mai 1915 der Nachbarmonarchie den Krieg. Die Vergrößerungssucht

machte nicht Halt an den nationalen Grenzen; weit hinaus über die Ausbreitung italienischen Volkstums bis hinauf zum Brenner wollte man herrschen. Militärisch hat man dann nicht vermocht, Nennenswertes zu erreichen. Trotz Italiens neuer Gegnerschaft bedeutete der Jahreswechsel 1915/16 für Deutschland und seine Verbündeten einen Hochstand. Feindliches Land, das im Frieden 35 Millionen Bewohner zählte, unterstand der Gewalt der vereinigten Mittelmächte; nur in Deutschlands Kolonien waren dem gegenüber namhafte Einbußen zu verzeichnen.

Die Lage ist nicht so günstig geblieben. Daß die im Frühjahr 1916 deutscher- und auch die österreichischerseits gefaßten Entschließungen dabei eine Rolle gespielt haben, ist kaum in Abrede zu stellen, auch nicht, daß die kriegerischen Maßnahmen nicht ausschließlich auf Grund militärischer Erwägungen getroffen worden sind.

Die großen Erfolge des Jahres 1915 waren gegen Osten und Südosten, gegen Rußland und die Balkangegner, erreicht. Es war gleichsam gegeben, sie weiter zu verfolgen. Nicht allzu großen Wert konnte das gegen den um Saloniki konzentrierten Feind haben. Die Verbindung mit Konstantinopel war in vollem Umfange hergestellt; Vorgehen auf griechisches Gebiet hätte Schwierigkeiten mit diesem Staate hervorrufen können, den man mit Recht über Bulgariens endgültige Absichten zu beruhigen wünschte. Blieb also der Osten. Rußland hatte schwerste Verluste an Menschen und Kriegsmitteln erlitten. Einem kräftigen Vorstoß in die Ukraine oder über die Düna oder nach beiden Richtungen hin, sobald die Jahreszeit solchen erlaubte, hätte es kaum noch erfolgreichen Widerstand entgegensetzen können. Dazu hätte man, nordwärts vorgehend, Gebiete besetzt, in denen alte und doch noch blühende deutsche Kultur nach Errettung von barbarischem Zertreten lechzte, hätte Petersburg bedroht und durch bloßes Erscheinen einen Druck ausgeübt auf Rußlands unsichere Stellung im geknechteten Finnland. Der Marsch gegen Kiew hätte Rumänien auf unsere Seite gezwungen. Es war ja niemand verborgen, daß dieser Staat auch diesmal, wie im Balkankrieg, die

Rolle des Aasgeiers zu spielen gedachte, daß er abwartete, wer sich als der Schwächere erwiese, um sich dann auf diesen zu stürzen. Seine nationalen Wünsche ließen sich so gut auf russisches wie auf österreich-ungarisches Gebiet richten; daß es seine Bündnispflichten gegen die Mittelmächte nicht zu erfüllen gedachte, war längst klar.

Ein entsprechender Entschluß ist nicht gefaßt worden. Deutschland wandte seine Kraft im Februar gegen Verdun, Österreich die seine etwas später vom Suganertal aus über die Tiroler Grenze hinweg gegen die Hochfläche der Sieben Gemeinden. Beide Bewegungen konnten im besten Falle eine Verlegung des Stellungskrieges zur Folge haben, nicht aber Wiederaufnahme des Bewegungskrieges, der im verflossenen Jahr zu so großen Erfolgen geführt hatte. Es scheint, daß es sich bei diesen Entschließungen um rein militärische Erwägungen gehandelt hat. Als sicher darf doch gelten, daß der Gedanke, durch weiteren Angriff auf Frankreich dessen Regierung ins Wanken zu bringen, seine Bevölkerung zum Frieden geneigt zu machen, überhaupt zu einer Verständigung nach Westen zu gelangen, nicht ohne Einfluß blieb. Um die Zeit des Jahreswechsels begannen halbamtliche Federn darzulegen, daß Rußland der Feind sei; leider sind entsprechende Handlungen nicht gefolgt.

So hat Rußland Zeit gefunden, neu zu rüsten. England gab Geld; Amerika und Japan lieferten Kriegsbedarf. Das Menschenmaterial war im weiten Reiche ja schier unerschöpflich; es zählte Millionen von Bewohnern, die der Rekrutierungspflicht noch gar nicht unterlagen; Hunderttausende von Chinesen konnte man zu Arbeiten haben. Im Mai begannen die neu aufgefüllten und ausgerüsteten Divisionen wieder vorzustoßen und hatten, wenn auch nur langsam, Erfolg. Die Bukowina ward abermals erobert; Czernowitz wechselte zum fünften Male seinen Herrn; zu beiden Seiten des Dnjestr fiel ein erheblicher Teil Ostgaliziens, Brody eingeschlossen, wieder in die Hände der Russen; in Wolhynien gewannen sie die beiden festen Plätze Luck und Dubno zurück. Deutsche, Österreicher und Ungarn sahen sich überall auf die Abwehr beschränkt. Verdun forderte Mannschaften.

Da schien den Rumänen der Augenblick gekommen, ihre Stammesbrüder, von denen es allerdings hieß, daß sie „nicht erlöst sein wollten", aus Ungarn und der Bukowina herauszuhauen. Die Mittelmächte haben versäumt, sie rechtzeitig zu einer Erklärung über die Erfüllung ihrer Bündnispflichten zu zwingen. Als der Reichskanzler am 28. September 1916 im Reichstage auseinandersetzte, wie man Rumäniens Absichten seit langem erkannt habe, hat sich wohl manchem Hörer die Frage aufgedrängt: „Warum wurden sie nicht durchkreuzt? Warum wurde es nicht vor die Frage des Für oder Wider gestellt?" Der Frühling des Jahres wäre dafür die richtige, die erfolgsichere Zeit gewesen. König Karl hatte Vertragstreue bewahren wollen. Er hatte es nicht mehr durchsetzen können; am 10. Oktober 1914 war er 75jährig gestorben. Sein Neffe und Nachfolger erklärte am 27. August 1916 der Nachbarmonarchie den Krieg. Denselben Schritt hat gleichzeitig Italien unter nichtigen Vorwänden gegen Deutschland getan, zu dem es bisher noch formell im Friedensverhältnis gestanden hatte. Deutschland, Bulgarien und die Türkei antworteten, indem sie auch ihrerseits Rumänien den Krieg erklärten.

Der neue Gegner hat Erfolge nicht zu erringen vermocht. Er drang anfangs in Siebenbürgen ein. Unsere sächsischen Landsleute wurden in ihren besten Sitzen von Haus und Hof vertrieben. Moderne Kriegstechnik gestattet nicht mehr, in den Bauernburgen erfolgreich Widerstand zu leisten, wie einst die Vorfahren das vermochten in den Schrecknissen der Türken- und Kuruzzenzeit; Hab und Gut, Leib und Leben waren jetzt einem kaum weniger harten Feinde schutzlos preisgegeben. Er ist doch bald wieder hinausgeworfen worden und hat nicht nur im Laufe des Herbstes und Winters 1916/17 die ganze Walachei räumen müssen, sondern auch verloren, was er 1913 den Bulgaren abgetrotzt hatte, und was aus dem Balkankriege von 1877/78 als Gewinn davongetragen war, die Dobrudscha. Truppen aller vier Verbündeten haben dabei zusammengewirkt. Die Oberleitung der gesamten Streitkräfte war zwei Tage nach der rumänischen Kriegserklärung Generalfeldmarschall von Hindenburg über-

tragen worden; Generalquartiermeister war sein Stabschef Ludendorff. Falkenhain, der bisherige Generalstabschef, befehligte auf dem rumänischen Kriegsschauplatz. Deutsche Heeresteile sind beiderseits der Donau und im Karpathenwall, der Siebenbürgen von Süden und Osten umgibt, an allen Erfolgen entscheidend beteiligt gewesen. Zurückweichend ist der Feind, wie in Polen und Galizien, in Ostpreußen, Litauen und Kurland, nach Kräften bemüht gewesen, eine Wüste hinter sich zurück zu lassen. Die Rumänen sind in dieser Übung gelehrige Schüler des russischen Meisters geworden.

Inzwischen hat man sich aber im Westen auf die Abwehr beschränkt gesehen. Das Unternehmen gegen Verdun hat den gehofften Erfolg nicht gehabt. Engländer und Franzosen haben die Rolle des Angreifers übernommen und nicht nur 1916, sondern auch in der Hauptsache während des ganzen Jahres 1917 behaupten können. Ihre fast ununterbrochen fortgesetzten, zum Teil überaus heftigen, fast verzweifelten Anstrengungen haben allerdings zu irgendwie entscheidenden Ergebnissen so wenig geführt wie die schwächeren Versuche, die schon im Herbst 1915 unternommen worden waren. Unsere Widerstandskraft blieb unerschüttert; wir behaupteten in der Hauptsache die Linien, die schon der Herbst 1914 festlegte. Aber wir fanden uns hier doch in die Abwehr gedrängt, und das ist nicht nur bei den Gegnern, sondern auch bei den Neutralen nicht ohne Nachwirkung geblieben. Den Feinden wuchs wieder der Mut; von der Ausdauer erwarteten sie sicheren Erfolg. Wenn jetzt von Friedensmöglichkeiten geredet wird, die damals bestanden haben sollen, so ist das ein vollständiges Verkennen der Lage. Die Neutralen aber begannen sich der feindlichen Auffassung vom endlichen Ausgang des Krieges zuzuneigen und richteten sich demgemäß ein. Lloyd George hat am 22. August 1916 geäußert: „Deutschland hat seine Gelegenheit verpaßt und weiß es.“

Der Frühling 1916 hatte aber noch in anderer Weise eine besondere Bedeutung für den Gang des Krieges.

Der langjährige, hochverdiente Organisator der deutschen Flotte,

Herr von Tirpitz, vertrat vom Beginn des Krieges an nachdrücklich die Meinung, daß die von ihm geschaffene Waffe, die Schlachtflotte, ihrem Zwecke entsprechend alsbald in Tätigkeit zu treten habe. An Gelegenheiten dazu hat es in den ersten Monaten des Krieges nicht gefehlt. Er ist mit seiner Auffassung an entscheidender Stelle gegenüber dem Widerstand des Reichskanzlers, der in den Jahren seiner Amtsführung den Ausbau der Flotte nach Kräften hintangehalten hatte, nicht durchgedrungen, obgleich unsere Schiffe, wo sie mit den „Herren der Meere“ zusammentrafen, sich ihnen nicht nur gewachsen, sondern überlegen zeigten. Die Seeschlacht vorm Skagerrak am 31. Mai und 1. Juni 1916 kann die britische Flotte nicht als Ruhmestitel buchen. Die Rolle der „Ratten im Loch“ hat sie kaum weniger gespielt, als sie uns zugedacht war. Unseren U-Booten vermochte sie nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen. Das alles konnte aber nicht hindern, daß England die See beherrschte, soweit Verkehr in Frage kam. Die ungeheuere Überlegenheit an Flottenmaterial sicherte ihm diesen Vorteil um so mehr, als für unsere Tätigkeit nur im innersten Winkel des Weltmeers ein kurzer Küstenstrich als Ausgangs- und Stützpunkt zur Verfügung stand. Wir waren auch zu Lande ringsum von Feinden umgeben. Die kleinen neutralen Staaten in unserer Nachbarschaft standen unter unerhörtem Druck, widersetzten sich nicht aus Furcht vor Englands Macht und verschlossen sich mehr und mehr dem Verkehr mit uns. So waren wir von der Welt abgeschlossen und fühlten es je länger, desto schärfer.

Es gab ein Mittel, der Gefahr zu begegnen, der Not ein Ende zu machen, England in die gleiche Lage zu bringen, in die es uns versetzte. Unsere Reichsregierung hat es, allerdings auf Anregung von privater Seite her, früh ins Auge gefaßt. Am 4. Februar 1915 wurden deutscherseits die Gewässer rings um Großbritannien und Irland herum für Kriegsgebiet erklärt, auf dem vom 18. Februar ab jedes feindliche Kauffahrteischiff zerstört werden würde; aus Rücksicht auf die Neutralen war eine Frist gesetzt. Es war eine Maßnahme, die durchaus dem entsprach, was die Engländer ihrerseits ins Werk gesetzt hatten. Sie hatten

sich bald überzeugt, daß eine Blockade in der alten Form der Küstenüberwachung gegenüber der starken deutschen Flotte nicht durchführbar war, überhaupt gegenüber den modernen Kampfmitteln zur See auch bei größter Überlegenheit schwer aufrecht zu erhalten ist. So hatten sie die Sperre auf das offene Meer vor alle Zugänge der Nordsee verlegt, was eine völkerrechtlich gültige Blockade nicht war. Wenn sie sich so über geltendes Recht hinwegsetzten, weil es ihnen so paßte, wie sie das ja wieder und wieder in brutalster Weise getan haben, so konnte es für Deutschland keinen Grund geben, auf seinen Vorteil zu verzichten und den Seekrieg nicht so zu führen, daß seine Überlegenheit in der Handhabung der U-Boot-Waffe zu voller Geltung kam. Es konnte das um so weniger, als es für diese Waffe irgend welche völkerrechtliche Abmachungen nicht gab. Deutschland hatte wahrlich ein Recht, die Normen ihrer Anwendung nach seinen Bedürfnissen zu bestimmen, zumal einem Volke gegenüber, für das es ein Völkerrecht, welches seinen Machtgelüsten widerspricht, nicht gibt. Engländer selbst haben sich in diesem Sinne ausgesprochen.

Deutschland hat von seinem zweifellosen Recht lange keinen ernsten, wirklichen Erfolg verheißenden Gebrauch gemacht. Bald nach Beginn des Krieges, am 8. September 1914, hat unser Kaiser an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ein Schreiben gerichtet, das eingegeben war von der Vorstellung, in diesem Machthaber keine andere Richtschnur des Handelns maßgebend zu wissen als die der Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Es zeigte sich bald, daß man einer nackt politischen Denkweise gegenüberstand. Wilson hat als Leiter der Union nichts als deren Vorteil im Auge gehabt, wie er ihn verstand. Das wird nicht einmal tadeln können, wer politisch zu denken weiß, wenn der Grundsatz auch zu krassen Handlungen geführt hat. Wilson hat es beharrlich abgelehnt, der ungeheueren Munitionsausfuhr aus den Vereinigten Staaten, die allein es den Ententemächten ermöglichte, den Krieg fortzusetzen, irgend welche Schwierigkeiten zu bereiten. Die großen Waffen- und Munitionsfabriken der Union konnten sich zusammenschließen zu dem Zweck, einen planmäßigen Pressefeldzug zu organisieren für

Teilnahme am Kriege. Das fromme Amerika ist so mitschuldig, ja allein schuldig geworden an der Tötung und Verstümmelung von Millionen europäischer Mitchristen. Es hat keinen Anstoß daran genommen, daß seine Handlungsweise allein und ausschließlich den Ententemächten zugute kam. Im Gegenteil, sein Präsident hat versucht, die Mittelmächte am Gebrauch ihrer Kriegsmittel zu hindern, und hat das mit Erfolg versucht.

Bürger der Vereinigten Staaten reisten auf Schiffen kriegführender Mächte. Es konnte nicht ausbleiben, daß der eine oder andere Opfer eines U-Boot-Angriffs wurde. Die Erklärung vom 4. Februar 1915 war hinausgegeben worden gegen den Rat des Marineministers; er hätte sie verschoben sehen mögen, bis die Zahl der verfügbaren Boote wirksamen Erfolg gesichert hätte. Als sie einmal erlassen war, vertrat er die Ansicht, daß jetzt durchgehalten werde müsse. Das ist nicht geschehen. Vor dem nachdrücklichen Einspruch, den Amerika erhob, ist zunächst Deutschland, dann, bewogen durch deutsche Einwirkung, auch Österreich-Ungarn zurückgewichen. Lusitania- und Ancona-Fall sind in jedermanns Erinnerung. Alle an die Union gerichteten Aufforderungen, England im Sinne einer Mäßigung seiner Sperrwillkür zu beeinflussen, sind ganz und gar ergebnislos geblieben. In Deutschland nährte die Vereinigte Staaten-Regierung mit Erfolg die Hoffnung; an der Themse wußte man, was dorthin gerichtete amerikanische Noten zu bedeuten hatten, und zog den Erdrosselungsstrick fester und fester an. Amerika ließ sich von England alles, von Deutschland nichts gefallen.

In den ersten Monaten des Jahres 1916 schien sich eine Wendung vorzubereiten. Von Amerika kamen scharfe Erklärungen zum Lusitania-Fall; unser Reichskanzler machte geltend, daß er sich die U-Boot-Waffe „nicht aus der Hand winden lassen könne". Am 8. Februar ward eine Erklärung veröffentlicht, in der angedroht wurde, daß alle feindlichen, mit Geschütz bewaffneten Handelsfahrzeuge als Kriegsschiffe behandelt werden sollten. Auch sie ist hinausgegangen ohne Mitwirkung des Marineministers. Eine gleichzeitige, gleichlautende österreichisch-ungarische Erklärung bestimmte eine Frist von

drei Wochen. So nahm man an, daß am 1. März der „verschärfte“ U-Boot-Krieg einsetzen werde. Aufmerksame Leser zweifelten sofort. Der amerikanische Einwand traf alsbald den schwachen Punkt, auf den schon in Deutschland hingewiesen worden war, wie man denn erkennen wolle, daß ein Handelsschiff feindlich, und daß es bewaffnet sei. Die Engländer hatten sich so ziemlich von Anfang des Krieges an und in immer steigendem Umfange neutraler Flaggen bedient; die Bewaffnung, die sie und die Franzosen allen Kauffahrern geradezu zur Pflicht machten, verstand man natürlich unsichtbar zu machen. Einen „verschärften“ U-Boot-Krieg hat es denn auch nie gegeben trotz der ausdrücklichen Erklärung der Regierung vom 14. März 1916.

Die Wirksamkeit wurde noch besonders dadurch gelähmt, daß es untersagt wurde, Passagierschiffe anzugreifen. Der Munitionstransport erhielt damit gleichsam freie Bahn. Die günstige Zeit des März, in der die Getreidezufuhren von der südlichen Halbkugel das Vereinigte Königreich erreichen und die erschöpften Vorräte wieder auffüllen, ging ungenutzt vorüber. Großadmiral von Tirpitz hatte im Sommer 1915 im Anschluß an die von ihm mißbilligte Erledigung des Lusitania- und des Ancona-Falles wiederholt um seine Entlassung gebeten; sie war ihm verweigert, zugleich aber zugesagt worden, daß er bei allen England betreffenden Entscheidungen zugezogen werden solle. Als er zu den Beratungen über die Gestaltung des U-Boot-Krieges, die in den ersten Märztagen im Hauptquartier in Charleville gepflogen wurden, keine Einladung erhielt, reichte er ein Urlaubsgesuch ein. Es wurde umgehend mit der Aufforderung beantwortet, seine Entlassung zu nehmen. Das ist am 15. März 1916 geschehen. Der Mann, dessen politisches Urteil gerade über unsere Beziehungen zu England sich so schlagend bewährt hatte, der in allem, was die Flotte betraf, als erster Sachkenner gelten mußte, wurde vom deutschen Staatsschiff abgesetzt.

Es ist dann eine Agitation für rücksichtslose Führung des U-Boot-Krieges versucht worden und hat in allen Gegenden des

Vaterlandes in weitesten Kreisen freudigste Zustimmung gefunden; sie ist mit allen der Regierung zu Gebote stehenden Machtmitteln unterdrückt worden. Über U-Boot-Krieg und den „Fall Tirpitz" durfte nicht geschrieben werden, Verbote, die nur einseitige Wirkung gehabt haben. Denn der Nachweis, daß ein wirksamer U-Boot-Krieg überhaupt unmöglich sei, wurde von den Vertretern der amtlichen Politik an allen Ecken und Enden zu führen versucht, obgleich er der Ansicht der zunächst zum Urteil berufenen Fachmänner schroff widersprach. Der verabschiedete Marineminister durfte ungeahndet herabgesetzt und gar verleumdet werden, ohne daß er mit dem Nachdruck, den die Lage forderte, verteidigt werden konnte. An den verantwortlichen Stellen stützte sich die Regierung auf den Einwand, daß rücksichtsloser Gebrauch der U-Boot-Waffe den Krieg mit Amerika und weiter auch mit benachbarten Neutralen alsbald zur Folge haben werde. Gegenüber der amerikanischen Note vom 20. April, die nach ihrem Inhalt wie nach der Form ihrer Übergabe eine aufrechte Erwiderung erfordert hätte, gab die Antwort vom 4. Mai den deutschen Standpunkt völlig preis, obgleich die oberste Heeresleitung sein Festhalten nachdrücklich vertrat. General von Falkenhayn hat dieses Zwiespalts wegen ein Abschiedsgesuch eingereicht. Bethmann Hollweg drang an der entscheidenden Stelle durch. Wenn die Antwort den Vorbehalt machte, daß Amerika England zu einer Milderung seiner Absperrungsmaßregeln bewege, so ist das nicht nur ganz und gar bedeutungslos geblieben, sondern hat auch sofort auf amerikanischer Seite den mehr als scharfen Einspruch hervorgerufen, daß man jeden Versuch, die Union auf Grund dieses Vorbehalts zu drängen, als eine Nötigung auffassen müsse. Zugestandenermaßen sind der Regierung der Vereinigten Staaten Versprechungen gegeben worden, die den vollen Gebrauch der U-Boot-Waffe ausschlossen.

So ist Deutschland vor den Vereinigten Staaten von Nordamerika vollständig zurückgewichen wie fünf Jahre früher im Marokkostreit vor England. Im Deutschen Reichstag ist von

einem der Herren Volksvertreter die Äußerung gefallen, daß eine Einflußnahme Amerikas auf den Gang der großen Politik zu begrüßen sei. Sie ist einer der krassesten Belege für den unermeßlichen Unverstand, der sich in Fragen der auswärtigen Politik bei uns breit machen kann. Die große Republik jenseit des Atlantischen Ozeans ist ja lange umstrahlt gewesen von dem Nimbus der Friedensmacht. Jeder, der auch nur einigermaßen mit ihrer Geschichte vertraut ist, weiß, daß sie von ihrem ersten Anfang an eins der machthungrigsten und skrupellosesten Gemeinwesen war, die es je gegeben hat, in nichts nachstehend dem Britentum, von dem sie ein Ableger ist, und dem Moskowiterstaat. Sie vertritt ihre Interessen, wie sich das für jeden politisch Denkenden von selbst versteht; sie erfüllt damit nur eine Pflicht. Diese Interessen sind aber unendlich hinausgewachsen über ihren ursprünglichen Bereich. Es hat eine Zeit gegeben, in der sie kaum über die Alleghanies hinausgingen; sie haben sich aber nach und nach nicht nur über ganz Nord-, sondern auch über Mittel- und Südamerika und weiter über den Stillen Ozean, ja über die Welt ausgebreitet, bis in Asiens und Afrikas innere Gebiete hinein. An der wichtigsten Stelle aber, an der ihre Vertretung bedenklichen Schwierigkeiten begegnet, im Stillen Ozean, gingen sie zur Zeit des Krieges parallel mit den englischen; hier hielt ein starkes Band die beiden Völker zusammen. Es war nicht in erster Linie die Stammesverwandtschaft, auch nicht der so entwickelte amerikanische Erwerbstrieb, sondern die Gemeinsamkeit der politischen Ziele auf einem für die Zukunft der Welt außerordentlich wichtigen Gebiete, was die Vereinigten Staaten und das Britische Reich an einander kettete. Amerika konnte nicht wünschen, daß England in Europa geschwächt, daß ihm im Gebrauch seiner Flotte auf dem Weltmeer eine Fessel angelegt werde, wie es etwa hätte geschehen können durch eine dauernde Festsetzung Deutschlands an der flandrischen Küste.

Unsere Regierung hat sich trotz der Erfahrung mit dem Kaiserbrief in ihrer Politik leiten lassen von der Auffassung, daß es möglich sein werde, Amerika durch Entgegenkommen zu gewinnen; gegenteilige Vorstellungen sind wirkungslos geblieben. Als wenn die

Vereinigten Staaten sich jemals durch Nachgiebigkeit in der Verfolgung ihrer Interessen hätten beirren lassen! Es ist auch befürchtet worden, daß Amerikas Eintritt in den Krieg, wie ihn der rücksichtslose U-Boot-Krieg herbeiführen werde, durch völlige Sperrung der überseeischen Zufuhren die noch neutralen Staaten auf die Seite der Gegner ziehen werde. Man übersah vollständig, welchen Erfolg England gerade seinem rücksichtslosen Auftreten verdankte. Sein zielbewußtes Vorgehen hatte erheblich, wenn nicht entscheidend, dazu beigetragen, Italien und Rumänien unseren Feinden zuzugesellen. Im März 1916 hatte es Portugal in den Krieg hineingezwungen; im folgenden Jahre ist nach langen, unablässigen Versuchen durch skrupellose Vergewaltigung bei Griechenland das gleiche Ziel erreicht worden. Französische Truppen haben im Juni 1917 Athen besetzt; der tapfere König Konstantin, der Schwager unseres Kaisers, hat sein Land verlassen müssen und nur mit Mühe das Zugeständnis erlangt, in der Schweiz Aufenthalt nehmen zu dürfen. Prinz Alexander, nicht der Kronprinz, ist dem Namen nach an seine Stelle getreten; in Wirklichkeit wurde der frühere Ministerpräsident, der Kreter Venizelos, Herr im Lande. Griechische Truppen hat man doch in irgend erheblicher Zahl nicht in den Kampf führen können. In fortgesetzter Nachgiebigkeit verstrich die Zeit, in der die Unsicherheit der Verhältnisse, die mit einer amerikanischen Präsidentenwahl naturgemäß verbunden ist, noch hätte förderlich werden können. Im November 1916 wurde Wilson wiedergewählt. Er konnte jetzt seiner Auffassung der amerikanischen Interessen, seinen angelsächsischen Anschauungen, seiner verständnislosen Abneigung gegen deutsche Art mit all der verblüffenden Unbedenklichkeit, die im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten Lebensart ist, die Zügel schießen lassen.

Am 12. Dezember 1916 haben unser Kaiser und seine Verbündeten den Feinden „vorgeschlagen, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, um dem Kampfe ein Ende zu machen“; sie erklärten, nur Vorschläge machen zu wollen, die „darauf gerichtet seien, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern“.

Das Entgegenkommen ist mit einer neuen Bekundung unerbittlichen Vernichtungswillens beantwortet worden. So gelangte endlich der Entschluß zum rücksichtslosen U-Boot-Krieg zum Durchbruch. Er wurde wieder von der obersten Heeresleitung nachdrücklich vertreten; der Reichskanzler mußte nachgeben. Am 31. Januar 1917 wurden alle die Küsten feindlicher Länder bespülenden Meere, unter Festsetzung bestimmter Umgrenzungslinien, für Sperrgebiet erklärt, das auch Neutrale auf eigene Gefahr befahren würden. Am unmittelbar folgenden Tage begann die Sperre. Die Erkenntnis, daß England der Feind sei, kam endlich auch im Handeln zur Geltung, leider zu spät, als daß die frühere Ansicht vom baldigen Erfolg noch berechtigt gewesen wäre; die Abwehrmaßregeln des Feindes waren mit großem Geschick vervollkommnet worden. Trotzdem haben bis zum Abschluß der Feindseligkeiten rund 15 Millionen Tonnen für die Feinde verfügbaren Schiffsraumes versenkt werden können. Vorher waren schon etwa 5 Millionen Tonnen den U-Booten zum Opfer gefallen. Der Gesamtbestand der Handelsmarine der Welt betrug 1912 ungefähr 32 Millionen Tonnen, von denen gegen 4 Millionen den Mittelmächten gehörten. Die Zahl der Neubauten läßt sich nicht mit genügender Sicherheit feststellen; gewiß konnten sie aber entfernt den Verlust nicht ersetzen. Die Waffe ist aus der Hand gelegt worden, als das Ziel in greifbarer Nähe lag; so haben Gegner selbst bekannt.

Amerika hat den Schritt sofort mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet. Wilson hatte am 21. Dezember 1916 durch den Botschafter Gerard in Berlin eine Note überreichen lassen, die Amerikas Interesse an der Beendigung des Krieges betonte und Verhandlungen unter Beteiligung auch der Neutralen in Anregung brachte, zugleich stark unterstrich, daß es sich vor allem um die Rechte und den Schutz der schwächeren Staaten handele. Das wagte der Leiter eines Staatswesens zu verkündigen, das noch stets, so lange es besteht, über die Rechte kleiner Staaten rücksichtslos hinweggeschritten ist, sobald sie seinem Begehren im Wege gestanden haben. Er sah sich seinem Ziele nahe, bei etwaigen

Friedensverhandlungen nicht nur mitzureden, sondern das entscheidende Wort zu sprechen. Er konnte sich in dieser Erwartung nur bestärkt fühlen, als der soeben aus Amerika zurückgekehrte Gerard am 6. Januar 1917 bei einem Festmahl, das ihm die amerikanische Handelskammer in Berlin gab, und dem die Staatssekretäre Helfferich und Zimmermann mit anderen leitenden Reichs- und Staatsbeamten beiwohnten, ohne jede Einwendung deutscherseits verkündete, daß „die Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland noch nie so gut gewesen seien wie jetzt", und daß es nicht schwierig sein werde, sie so zu erhalten, wenn die jetzt führenden Männer in Deutschland am Ruder blieben, ein ebenso unmißverständlicher wie anmaßender Fingerzeig, welche Gestaltung der deutschen Regierung Amerika wünschte. Die Behauptung, daß das amerikanische Vermittlungsangebot von der deutschen Friedenserklärung durchkreuzt worden sei, ist völlig grundlos. Es hatte von Seiten der Ententemächte eine glatte Ablehnung erfahren. Der rücksichtslose U-Boot-Krieg gab die allein mögliche Antwort. Dem Abbruch der Beziehungen ist am 2. April die amerikanische Kriegserklärung gefolgt. Unter englisch-amerikanischem Druck sind dann im Laufe der nächsten Monate China, Siam und eine ganze Anzahl süd- und mittel-amerikanischer Staaten in die Reihen unserer offenen Gegner eingetreten. Die weitverzweigten und wertvollen Unternehmungen deutscher Kaufleute in diesen Ländern erfuhren einen jähen Abbruch, dessen dauernde Folgen auch heute noch nicht zu übersehen sind. Unser Auswärtiges Amt hat das Seine dazu beigetragen, die Stimmung in Amerika noch besonders zu reizen, indem es Mexiko durch ein geradezu sinnloses Angebot von Unionsgebiet zu einem Bündnis zu bewegen suchte.

Inzwischen war in Petersburg die Revolution ausgebrochen. Am 14. März ging die Nachricht hinaus in die Welt. Was oft verkündet, lange erwartet war, hatte sich ereignet. Zar Nikolaus mußte dem Throne entsagen; er wurde ein Gefangener seines Volkes. Konnte es anfangs scheinen, als ob ein Mitglied der Familie

an der Regierung bleiben werde, so erwies sich das bald als unmöglich. Die näheren Angehörigen des Zaren sind, gleich ihm selber, nach und nach sämtlich getötet worden. Ein Volksregiment, dessen Führung sich immer weiter nach links verschob, trat an die Stelle.

Ob dieser Umschwung zu einer dauernden Ausschaltung Rußlands aus weltpolitischer Stellung führen wird, ist eine Frage, die zurzeit niemand zuversichtlich zu beantworten wagen darf, über die erst in Jahren, wahrscheinlich Jahrzehnten, einigermaßen Klarheit bestehen kann. Sicher bedeutete er zunächst eine starke Minderung russischer Macht. Leider ist deutscherseits nichts geschehen, was man als einen ernstlichen Versuch, diese Lage entscheidend auszunutzen, gelten lassen könnte. In sozialdemokratischen Kreisen Deutschlands ist die russische Umwälzung als ein Akt der Volksbefreiung jubelnd begrüßt worden. Auch amtliche Stimmen glaubten den gleichen Ton anschlagen und jeden Gedanken ablehnen zu sollen, daß man ihr in den Rücken fallen könne. Die Norddeutsche Allgemeine leistete sich am 16. April das Unglaubliche, einen am Stochod von unseren Truppen errungenen kleinen Erfolg als „von einer unabweisbaren, örtlich begrenzten taktischen Notwendigkeit" erfordert zu entschuldigen. Offenbar wirkte der leider weit verbreitete, aber darum doch nicht weniger falsche Glaube mit, daß demokratisch regierte Völker friedfertiger seien als monarchisch geleitete; das genaue Gegenteil ist richtig. Der Weltkrieg sollte darüber jedermann die Augen geöffnet haben. Wurde je ein Krieg gleich hartnäckig, so mit Aufgebot aller Kraft, so rücksichtslos geführt? In ihm aber zogen die Völker gegen einander zu Felde, nicht, wie es früher die Regel war, die Herrscher; bei Franzosen, Engländern und Amerikanern kam der Volkswille zum Ausdruck, auch bei den Russen. Hätte ein solcher nicht bestanden, die Einzelnen, welche die Fäden in der Hand hielten, hätten sie nicht wirksam anziehen können.

Die Heeresleitung hat doch nicht völlig auf weitere Bedrängung des in Freiheitswehen sich windenden Gegners verzichtet. Im Juli und August wurden die Russen wieder über Galiziens Ostgrenze zurückgedrängt; Czernowitz ward abermals zurückgewonnen. Nur

im äußersten Winkel der Bukowina hielt sich noch der Gegner. Am 3. September wurde Riga, die alte Hansestadt und vornehmster Handelsplatz der Ostsee, besetzt; bis Jakobstadt hinauf kam auch das rechte Dünaufer in deutsche Hand. Ein gemeinsames Unternehmen des Heeres und der Flotte brachte im November auch Ösel und Dagö und damit die volle Herrschaft über den Rigaischen Meerbusen in unsere Gewalt. Die Befreiten atmeten auf vom russischen Druck, den die Revolution eher gesteigert als gemildert hatte. Leider blieben der Rest von Livland und das estnische Festland zur Verfügung der bisherigen Gewalthaber und wildesten Ausschreitungen ausgesetzt; kein Besitzender war dort seines Lebens und seiner Habe sicher.

Inzwischen hatten sich daheim erhebliche Wandlungen vollzogen. Anläßlich einer Meinungsverschiedenheit zwischen Abgeordneten- und Herrenhaus über die ganz nebensächliche Frage einer Neuordnung der Tagegelder hielt Bethmann Hollweg es für angezeigt, am 14. März im Abgeordnetenhause wieder seinen Lieblingsgedanken vorzutragen, daß der Krieg mit Notwendigkeit eine verstärkte Teilnahme weitester Volkskreise am Staatsleben fordere. Es folgte am 8. April die Osterbotschaft, die den Ministerpräsidenten beauftragte, die Vorbereitungen zu treffen für eine Änderung des preußischen Wahlrechts auf der Grundlage unmittelbarer und geheimer Wahl unter Ausschaltung jeder Klassensonderung. „Der Austrag des Meinungsstreites" über die vorzunehmende Reform sollte doch vertagt werden „bis zur Heimkehr unserer Krieger", damit „sie selbst am Fortschritt der neuen Zeit mitraten und mittaten können". Die erneute Wendung nach links hat doch den Reichskanzler in seiner wankenden Stellung nicht zu festigen vermocht. Am 14. Juli 1917 mußte er seine Entlassung nehmen. Er ist nicht geschieden, ohne die Regierung auf der neuen Bahn noch einen verhängnisvollen Schritt weiter gedrängt zu haben. Es war ein richtiger Gedanke, die Entscheidung über die preußische Wahlrechtsreform hinauszuschieben bis zur Heimkehr der Millionen, die draußen das Vaterland mit ihren

Leibern deckten. Am 11. Juli, als die erschütterte Stellung des Kanzlers sich noch einmal vorübergehend gefestigt hatte, bestimmte ein königlicher Erlaß, daß „der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzulegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen" sei und zwar „so zeitig, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können". Eine überaus wichtige, die Gemüter erregende innerpolitische Frage war hineingeworfen worden in den Daseinskampf, den unser Volk zu bestehen hatte, und damit erhitzend und verwirrend eingegriffen in den Meinungsstreit über Ausgang und Ziele des Krieges.

Georg Michaelis, früher Unterstaatssekretär im Finanzministerium, während des Krieges Staatskommissar für Ernährungsfragen, wurde Bethmann Hollwegs Nachfolger. Schon in den ersten Tagen seiner Kanzlerschaft offenbarte sich, wie bedenklich der Siegeswille im deutschen Volke geschwächt war. Am 19. Juli fand sich eine Reichstagsmehrheit zu einer Entschließung zusammen, die nicht zu scharf beurteilt ist, wenn man sie als sinnlos bezeichnet. Sie verlangte einen „Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker". Als wenn es jemals im Laufe der Geschichte andere Friedensschlüsse gegeben hätte, als solche auf Grund einer Verständigung, und als wenn auf kriegerische Zusammenstöße großer Völker jemals unmittelbar eine dauernde Versöhnung gefolgt wäre! Die kann ja nur die Zeit bringen. Die Entschließung erklärte sich gegen „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen" und stieß damit um, was früher unter Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstags von Bethmann Hollweg selbst als Kriegsziel aufgestellt worden war. Sie sprach von der „Freiheit der Meere", verkannte also, daß Freiheit der Meere niemals gesichert werden kann durch Verträge, welchen Inhalts auch immer, sondern allein durch Macht, die nur zu erreichen und zu behaupten ist auf dem Wege des Zwanges und der Gewalt. Für die Entschließung haben mit den Sozialisten auch Zentrum und Freisinn gestimmt, obgleich nicht wenige An-

gehörige dieser Parteien, und darunter führende Vertreter, früher in aller Öffentlichkeit Anschauungen vertreten hatten, die sich damit schlechterdings nicht vereinigen ließen. Urheber der Resolution war Matthias Erzberger, eine Persönlichkeit, der niemals von irgend einer parlamentarischen Partei eine Vertrauensstellung hätte eingeräumt werden sollen.

Der Kanzler hat versucht, sich mit der Entschließung, „wie ich sie auffasse", abzufinden. Er hat betont, es komme in erster Linie darauf an, „daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchsetzen", und hat für notwendig erklärt, „daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sichergestellt werden". Wenn er hinzufügte, daß wir „im Wege der Verständigung und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren müssen", so war das ein Entgegenkommen in der Form; sachlich besagte es nichts, da es sich von selbst verstand. Er hat es doch nicht vermocht, den Absichten, welche die Entschließung verfolgte, auf die Dauer Widerstand zu leisten, vor allem nicht, die unnatürliche, innerlich so widerspruchsvolle Verbindung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie zu lösen. Am 1. November mußte er aus seiner Stellung weichen; der bisherige baierische Ministerpräsident Graf Hertling, lange Jahre ein führendes Mitglied der Zentrumspartei, übernahm die Leitung des Reiches. Das ist in weiten Kreisen mit schmerzlichem Bedauern aufgenommen worden. In der Tatsache, daß Bismarcks Schöpfung einer Partei anvertraut wurde, die er von seinem Standpunkte aus nicht ohne Berechtigung der Reichsfeindschaft hatte zeihen können, konnte man doch auch eine Bestätigung des Reichsgedankens sehen.

Sicher bestand ein Zusammenhang zwischen diesem Wechsel und dem Eingreifen Seiner Heiligkeit des Papstes.

Von allem Anfange an haben die Gegner mit tönenden Phrasen die Welt zu gewinnen, Deutschland ins Unrecht zu setzen versucht. Wilson hat in diesem Beginnen den Preis davongetragen. Der Professor-Präsident schämte sich nicht, seine Yankee-Republik als die

reinste, uneigennützigste Macht der Welt hinzustellen, die nichts erstrebe als Menschenglück und Menschenrecht, die durch Abrüstung, Völkerfrieden und Schiedsgericht ein goldenes Zeitalter der Welt begründen werde. Als ob niemals amerikanische Geldgier durch wucherische Munitionslieferungen schuldig geworden wäre am Untergange und der Verstümmelung von Millionen gesunder, lebenskräftiger Männer! Das Volk, dessen Kultur uns noch in den letzten Jahren vor dem Kriege von verwirrten deutschen Gelehrtenköpfen als mustergültig gepriesen worden war, erwies sich vollkommen unfähig, den hohlen, heuchlerischen Deklamationen seines politischen Führers irgendwelchen nachhaltigen Widerstand entgegenzusetzen. Er schmeichelte ja auch der Eigenliebe des unerschütterlich selbstbewußten Volkes. Er hat einmal der Bewunderung Ausdruck gegeben über die meisterhafte Art, mit der europäische Staatsmänner auf dem Instrument der öffentlichen Meinung ihrer Völker zu spielen verständen; er hat sie alle übertroffen. Am 1. August 1917 hat auch Papst Benedikt XV. geglaubt, einen Vermittlungsversuch machen zu sollen. Eine an die Mächte gerichtete Note von diesem Tage vertrat als Grundgedanken, daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Kraft des Rechts treten müsse, und zog daraus Folgerungen für Verminderung der Rüstungen, Einführung einer Schiedsgerichtsbarkeit, für wahre Freiheit und Gemeinsamkeit der Meere. Die Note hat sich über Belgien und Polen in einer Weise geäußert, die deutschen berechtigten Forderungen und Erwartungen abträglich erscheinen mußte, verdankt überhaupt wohl dem besonderen Interesse des Vatikans an diesen beiden Ländern ihr Entstehen. Sie ist gleichwohl deutscherseits mit der Rücksicht und Verbindlichkeit beantwortet worden, die ihrem Urheber gegenüber angezeigt war.

Sie hat aber weitere Folgen gehabt. Der österreichische Ministerpräsident Seidler und nach ihm der Leiter der auswärtigen Politik der Doppelmonarchie, Graf Czernin, haben, jener am 25. September in Wien, dieser am 1. Oktober in Ofen-Pest, die Gedanken der Papstnote zum Ausgangspunkt weiterer

Ausführungen genommen. Czernin hat vom „Aufbau einer neuen Weltordnung", von einer „neuen internationalen Rechtsbasis", von „internationaler, vollständiger Weltabrüstung" gesprochen. Der „Krieg als Mittel der Politik" müsse bekämpft werden; die „obligatorische internationale Schiedsgerichtsbarkeit" habe ihn zu ersetzen. Bei solcher Ordnung der Dinge „brauche man keine territorialen Sicherungen, könne daher auf Gebietserweiterungen verzichten". Allerdings wurde der „Abrüstung zur See" die „Freiheit der Meere" zur Seite gestellt und die Warnung hinzugefügt, daß das so friedfertig abgewandelte Programm nicht für ewige Zeiten gelte: „Wenn unsere Feinde nicht hören wollen, wenn sie uns zwingen, dieses Morden fortzusetzen, dann behalten wir uns die Revision unseres Programmes und die Freiheit unserer Bedingungen vor."

Man muß annehmen, daß mit diesen schönen Floskeln den Ententemächten, die ihr zügelloses Machtstreben hinter dem blauen Dunst von Völkerbeglückungsphrasen zu verbergen suchten, der Wind aus den Segeln genommen werden sollte. Konnte doch kein Vernünftiger an die Durchführung dieser Grundsätze in absehbarer Zukunft glauben, er hätte denn angenommen, daß die Mittelmächte in der Lage sein würden, sie ihren Gegnern aufzuzwingen. Wie immer, Taktik oder ehrliches Wollen, daß dieser Weg alsbald auch von den deutschen Staatslenkern betreten wurde, daß unser neuer Staatssekretär des Auswärtigen, dem diese Stellung nach Zimmermanns Rücktritt am 6. August übertragen worden war, Herr von Kühlmann, die Äußerungen seines österreichischen Kollegen am 9. Oktober als „eine große Programmrede" bezeichnete und Graf Hertling in seiner Einführungsrede am 29. November für Polen, Kurland und Litauen vom „Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker" sprach, hat sich bald als grober politischer Irrtum erwiesen. Kraß traten der Unterschied und der Mangel zutage. Den gestellten kriegerischen Aufgaben hat Österreich-Ungarn nur genügen können mittels „eingezogener deutscher Korsettstange"; wenn es auf dem diplomatischen Gebiet die Führung übernahm, so erklärt sich das aus dem traurigen Versagen der deutschen Regierung gegenüber den Aufgaben der

auswärtigen Politik, wie es sich schon im Frieden seit langem angebahnt hatte.

Es war vor allem auch in der Behandlung der polnischen Angelegenheiten zutage getreten. Die hier vorliegenden Schwierigkeiten sind für Bismarck immer der Hauptgrund gewesen, einem Zerwürfnis mit Rußland mit denkbar größter Behutsamkeit aus dem Wege zu gehen; es konnte keine Neuordnung geben, die gegenüber der bestehenden eine Verbesserung gewesen wäre.

Preußens Polen haben während des Krieges der deutschen Sache nicht nur kühl, sondern geradezu feindlich gegenübergestanden. Die Regierung hat vergebens versucht, sie durch Entgegenkommen günstiger zu stimmen. Wenn deutsche Heerführer erwarteten, beim Einmarsch in Russisch-Polen als Befreier begrüßt zu werden, so mußten sie sich bald von der Gegenstandslosigkeit ihrer Hoffnungen überzeugen. Trotzdem hat der Reichskanzler fortgesetzt dem Befreiungsgedanken nachgehangen. Alsbald nach der Einnahme von Warschau ließ er in dieser Richtung vorfühlen. Es kam zu Verabredungen, die von dem Gedanken ausgingen, daß ein starkes und reiches Polen die beste Deckung gegen russische Macht darstellen würde; man müsse Polen wirtschaftlich tunlichst entwickeln, ihm auch nach Osten die früher beherrschten Gebiete wieder zur Verfügung stellen, um so an ihm eine feste Schutzmauer zu haben. Die Tatsache, daß Polen den weitaus überwiegenden, den am schmerzlichsten entbehrten Teil seines Volkstums nicht von Rußland zurück zu erwarten hatte, wurde in den Wind geschlagen. Man fühlte sich beruhigt durch Zusicherungen, die unverantwortliche Polen (andere gab es ja überhaupt nicht) natürlich mit größter Bereitwilligkeit gaben, daß man nie nach preußisch-polnischen Landesteilen trachten werde. Die militärischen Stellen hat man gewonnen durch weitgehende Hoffnungen auf kriegerische Leistungen der Polen; es wurde verkündet, daß sie mit Begeisterung für ihre Freiheit gegen Rußland kämpfen würden. Es war in den Tagen, als Rumänien offen auf die Seite der Feinde trat und eine Verstärkung der verfügbaren Streitkräfte dringend erwünscht war.

So ist man im August 1916 an Österreich-Ungarn herangetreten, das bisher für die sogenannte austropolnische Lösung, Eintritt Polens in den Habsburgerstaat als Dritter im Bunde, gearbeitet hatte. Die preußischen Regierungsstellen, die über diese Absichten hätten gehört werden sollen, die ein dahin gehendes Versprechen erhalten hatten, sind erst in ihrem letzten Stadium mit ihnen beschäftigt worden. An Widerspruch hat es dann nicht gefehlt. Aber am 5. November 1916 rief eine gemeinsame Erklärung Wilhelms II. und Franz Josephs ein polnisches Staatswesen ins Leben. Wenn bestimmt wurde, daß es sein Dasein den beiden Mittelmächten anpassen solle, so ist das leerer Schall geblieben. Die Heeresleitung erwartete Rekruten für 4—5 neue Divisionen; in Regierungskreisen sprach man von einer halben, einer ganzen Million. In Wirklichkeit haben die Polen militärisch nichts geleistet. Die aus österreichischen Staatsangehörigen gebildete Legion, die bis dahin im Felde gestanden hatte, wurde in Kongreßpolen verteilt, die Werbungen zu fördern; sie hat sie nach Kräften gehindert, so daß sie aufgelöst, ihr Führer gefangen gesetzt werden mußte. Trotzdem hat man die politischen Rechte der Polen Schritt um Schritt erweitert; am 12. September 1917 ist ein Regentschaftsrat eingesetzt worden, hinter dem die beiden Generalgouverneure, der deutsche in Warschau, der österreichische in Lublin, bald mehr und mehr zurücktraten. Als die Revolution ausbrach, war Polen zum vollen Abfall reif. Die Entente nahm es als Bundesgenossen auf; daß es Deutschlands gefährlichster Nachbar ist, sollte jedem Angehörigen unseres Volkes klar sein. Jeder Gegner Deutschlands kann es nach Belieben gegen uns ins Feld führen. Schon lange vor seiner staatlichen Wiederherstellung, am 15. November 1915, war die Universität Warschau als polnische durch die deutsche Verwaltung neu eröffnet worden. Die Redewendung von der Zugehörigkeit der Polen zur westlichen Kultur hat in Fragen eine Rolle gespielt, in denen ihr jede Berechtigung abzusprechen ist.

Die russische Revolutionsregierung hat begehrt, einen Waffenstillstand zu schließen, nachdem die Kriegführung schon längere Zeit abgeflaut war, und am 15. Dezember 1917 einen solchen zugestanden erhalten. Man stellte sich in den Verhandlungen auch deutscherseits auf den Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker, fand sich aber bald in vollständiger Meinungsverschiedenheit über die Art der Ausübung dieses Rechts. Im neuen Revolutionsstaat *ihren* Willen durchzusetzen, brauchten die russischen Machthaber Kanonen und Maschinengewehre, Säbel und Flinte mit so rücksichtslosem, ja grausamem Nachdruck, wie es selbst in Rußland kaum je erlebt worden ist; für das bunte Völkergemisch, das in den Rahmen des früheren Zarenreichs zusammengezwungen war, vertraten sie das Recht der Bestimmung der zukünftigen Gestaltung der Dinge durch Willensäußerung sämtlicher Volksangehörigen. Von einer Verständigung mit Notabeln, wie sie deutscherseits beabsichtigt war, wollten sie nichts wissen. In Litauisch-Brest, wo mit kurzer Unterbrechung vom 22. Dezember 1917 bis zum 12. Februar 1918 ergebnislos verhandelt worden ist, traten sie mit widerwärtiger Anmaßung auf.

Eben dort haben aber gleichzeitig Besprechungen mit Vertretern der Ukraine stattgefunden, die sich im Verfolg der Revolution für selbständig erklärt hatte. Sie führten am 9. Februar zu einem Friedensvertrag, der den neuen Staat anerkannte und seine Grenzen gegen Polen und Litauen festsetzte. Da die Petersburger Regierung trotz ihrer Erklärung, daß sie den Krieg als beendet ansehe, sich offensichtlich freie Hand vorbehielt, entschloß man sich deutscherseits, nun doch den Hilferufen aus den noch von den Russen besetzten baltischen Gebieten und aus Finnland Gehör zu schenken. Deutsche Truppen besetzten Livland und Estland, erreichten über die Ålandsinseln Finnland und unterstützten die „weiße" Garde in der Befreiung des Großfürstentums von der „roten". Überall wurden sie als Retter von der Grausamkeit der Bolschewiki empfangen. Gleichzeitig ging man ostwärts und in der Ukraine vor. In Pleskau zogen Deutsche ein, und die ganzen weiten Gebiete bis zum Don, bis ans Schwarze Meer und bis in die Krim wurden entlang den Bahn-

linien von Deutschen besetzt. Bis nach Kaukasien wurden die Operationen ausgedehnt. Es waren dabei für das Vorgehen in der Ukraine und darüber hinaus mehr wirtschaftliche als militärische und politische Erfordernisse maßgebend; man bedurfte Zufuhren von unentbehrlichem Lebens- und Kriegsbedarf. Der gezeigte Ernst hat die russischen Revolutionäre zum Einlenken gebracht. Am 3. März, als das gesamte baltische Land schon in den Händen der Deutschen war und sie sich zum Übergange nach Finnland rüsteten, ward in Litauisch-Brest der Friede unterzeichnet. Rußland verzichtete auf alles Land diesseit einer Linie, die im Anschluß an die ukrainische Nordgrenze über Düna und Peipus zum Finnischen Meerbusen lief. Die Neuordnung in den diesseitigen Gebieten wurde den Mittelmächten überlassen. Die Hergänge übten auch ihren Einfluß auf Rumänien. Es verstand sich am 5. März zu einem Vorfrieden, dem allerdings erst am 7. Mai der wirkliche Friede folgte. Im letzten Drittel des März und der ersten Hälfte des April wurden auch an der Westfront erfreuliche Erfolge errungen.

Es war der Höhepunkt deutscher militärischer Leistungen. Peinlich wurde aber inmitten dieser Hergänge wieder empfunden, daß der Verbündete mehr hemmte als förderte. Fünfmal hatte Deutschland Österreich-Ungarn aus bedrängtester Lage befreit, im Sommer 1915 nach dem Durchbruch von Gorlice, im Spätherbst des Jahres durch die Niederwerfung Serbiens, im September 1916 durch die Eroberung der größeren Hälfte Rumäniens, im Sommer 1917 durch die Befreiung Ostgaliziens und der Bukowina, endlich im Oktober und November des Jahres durch das Zurückwerfen der Italiener über Isonzo und Tagliamento bis an den Piave; kein Feind stand gegen Ende des Winters 1917/18 mehr auf österreich-ungarischem Boden. Trotzdem wurde inmitten der Verhandlungen österreichischerseits mit scharfer Betonung gegenüber dem Bundesgenossen verkündet, daß man keine Annexionen, keine Vergewaltigungen wolle, eine Erklärung, die nicht abgehalten hat, im Abkommen mit Rumänien nicht unbedeutende territoriale Vorteile für Ungarn auszubedingen. Daß Graf Czernin am 15. April 1918 seine Entlassung nachsuchte

und erhielt, wurde in Deutschland mit verständlicher Genugtuung aufgenommen, änderte aber wenig an der Lage. Beim Bundesgenossen herrschte nicht der Wille, unter allen Umständen auszuhalten. Kaiser Karl hatte bald nach seinem Regierungsantritt die zum Tode verurteilten tschechischen Hochverräter begnadigt. Das „wegen Feigheit und Hochverrats vor dem Feinde für ewige Zeiten aus den Listen der österreichischen Regimenter gestrichene“ 28. (Prager) Infanterie-Regiment war von ihm wiederhergestellt worden, und für verräterische Zettelungen mit Persönlichkeiten, die der Entente nahestanden, liegen jetzt, fast schon vom Beginn seiner Regierung an, die Beweise vor. Er hat in der ersten Hälfte des Jahres 1917 das Seine getan, die Siegeszuversicht der Gegner zu beleben, und hat dabei im Reichstagsabgeordneten Erzberger einen geschäftigen Helfer gefunden.

In überwältigender Einmütigkeit hatte sich unser Volk beim Ausbruch des Krieges erhoben, den Feinden zu begegnen. Die Erinnerung daran wird ihm, wird auch der Menschheit für alle Ewigkeit ein Schatz bleiben. Sobald man aber nach den ersten Waffenerfolgen anfing, sich Rechenschaft abzulegen über Ziel und zu erstrebenden Ausgang des Krieges, zeigten sich Meinungsverschiedenheiten. Unsere Feinde haben von allem Anfang an keine Zweifel darüber gelassen, welches Schicksal sie uns zudachten. Sie stempelten uns zu berufsmäßigen Friedensstörern, zu grundsätzlichen Unterdrückern fremder Völker, dichteten uns Weltherrschaftspläne an; sie wollten die Menschheit bewahren vor der Unterwerfung unter deutsche Machtgier. Unsere erwiesene Friedfertigkeit hat uns nichts genützt, nichts auch, daß alle diese Beschuldigungen so unendlich viel besser auf diejenigen paßten, die sie vorbrachten. Wo man anerkannte, daß es friedliche, wohlgesinnte Deutsche gebe, schuf man das Phantom eines Despoten- und Kastenregiments, das alle freier und edler Gesinnten knechte und unter den „Militarismus“ beuge. Insbesondere hat Wilson, nachdem er in den Krieg eingetreten war, dieses Lied in

höchsten Tönen gesungen, völlig uneingedenk der persönlichen, edelgedachten Hinwendung unseres Kaisers. Militarismus beliebte man *unsere Macht* zu nennen, während man die anderer Völker, die mit nicht minder straffen, ja strengeren Wehrverfassungen ihre Kräfte schon im Frieden militärisch sehr viel mehr angespannt hatten als die Deutschen, als Dienerin der Freiheit pries. Von einem so verderbenbringenden, kulturfeindlichen Staat wollte man die Menschheit erlösen. Dafür kämpften angeblich unsere Gegner, für nichts anderes! Erlösung aber konnte nur unsere Vernichtung bringen. Also weg mit dem Deutschen Reich aus der Mitte Europas! Die Grenzgebiete an die Nachbarn, nicht nur an die großen, sondern auch an die kleinen! Der innere Rest wieder aufgelöst in Sonderstaaten, wie es in den guten Zeiten gewesen war, wo deutsche Tüchtigkeit nur dazu diente, Fremde zu bereichern, die Deutschen Völkerdünger waren! Jede Möglichkeit, wieder etwas in der Welt zu bedeuten, mußte man diesem Volke nehmen. So verkündeten es nicht nur stimmungmachende Zeitungschreiber und Volksredner, sondern verantwortliche Staatenlenker und Größen der Wissenschaft und Kunst, verkündeten es von Anfang des Krieges an und sind beharrlich bei dieser Predigt geblieben.

Unser Volk hat dem gegenüber eine bewundernswürdige Ruhe bewahrt, sich zu Schmähungen, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, nicht hinreißen lassen. Es hat aber naturgemäß das Bedürfnis empfunden, sich klar zu werden, wie Sicherheit zu gewinnen sei gegenüber den Folgen so wilder Ausbrüche der Wut und des Hasses. Es konnte in der ungeheueren Mehrheit aller seiner Urteilsfähigen nur zu der Überzeugung kommen, daß Sicherheit nur gefunden werden könne in Mehrung deutscher Macht. Deutschland war ja, verglichen mit seinen Gegnern, in einer überaus schwierigen Lage. Rußlands und Englands, bis zu einem gewissen Grade auch Frankreichs Kraft wuchs auch ohne jede Gebietserweiterung, von innen heraus. Alle drei Staaten, ganz besonders Rußland und England, verfügten über weiträumige Lande, die ungeahnter Entwicklung fähig sind, Millionen und aber Millionen

Menschen Raum bieten zu ausgiebigster, vielseitigster Tätigkeit. Deutschland hatte nichts als seinen dicht, überdicht bevölkerten Reichsboden; Siedlungskolonien besaß es nicht, hatte keine Aussicht, solche zu gewinnen. Fortbestehend in den alten Grenzen mußte es zurücksinken hinter die fortschreitenden, glücklicher ausgestatteten Weltvölker. Seine so aussichtsreich begonnene industrielle Tätigkeit konnte nur erhalten bleiben, wenn es gelang, sie wirksam zu sichern vor der Wiederholung einer Absperrung, wie sie im Kriege erlebt wurde. Diese Daseinsbedingungen unserer Zukunft konnten sich nur erfüllen, wenn wir aus dem Kriege hervorgingen mit einem gesicherten politischen Einfluß über unsere östlichen wie westlichen Grenzen hinaus.

Es lag in der Natur der Sache, daß man sich darüber in unserem Volke auch in den Einzelheiten klar zu werden suchte. Es ist unsäglich erschwert worden durch das lange aufrecht erhaltene Regierungsverbot, über Kriegsziele zu reden oder zu schreiben. Der Deutsche durfte in dieser Lebensfrage seine Meinung nicht zum Ausdruck bringen. Wenn je seit der Begründung des Reiches die Nachreden über Unfreiheit in Deutschland eine Berechtigung gehabt haben, so ist sie ihnen in diesem Falle gegeben worden. Man hat geltend gemacht, daß die Aufstellung deutscher Forderungen die Erregung im Auslande noch mehren, die Gegner noch weiter reizen werde. Die haben ihrerseits solche Bedenken nicht gekannt, und es hätte wahrlich nicht schaden können, wenn ihnen klar gemacht worden wäre, daß Wille gegen Wille stehe, nicht nur von Regierung zu Regierung, sondern auch von Volk zu Volk. Ihre Rechnung war darauf gestellt, daß das auf die Dauer nicht der Fall sein werde, und sie hat sich leider als richtig erwiesen. Der Bismarckschen Aufmunterung: „Laßt alle Hunde bellen!“ hat das System Bethmann Hollweg nicht gedacht. Es ward von der Regierung und ihren Mitläufern mit Vorliebe betont, daß es gut sei, dem Auslande gegenüber einig zu erscheinen. Das Ausland wußte, daß wir einig waren in dem Willen zur Gegenwehr, auch zur angriffsweisen Gegenwehr. In der Frage der Kriegsziele aber erschienen wir ihm bei dem von unserer Regierung beliebten Verfahren viel weniger einig, als wir in Wirklichkeit

waren. Die unter uns zum Ausdruck kommenden Meinungsverschiedenheiten kannte es genau, nicht weniger genau, als wir sie selber kannten. Das übliche Vertuschen, damit etwas nicht im Auslande bekannt werde, glich in zahlreichen Fällen dem bekannten Verfahren des Vogels Strauß. Über unerfreuliche Vorkommnisse im Reichsland durfte z. B. nicht geschrieben werden, damit das Ausland sie nicht erfahre; in französischen Blättern wurden sie lang und breit besprochen, sind mehrfach erst durch sie in Deutschland weiteren Kreisen bekannt geworden! Das Entscheiden allerwichtigster Fragen, ohne daß nächstbeteiligten Stellen oder gar der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben wurde, sich über sie auszusprechen, hat zu den verderblichsten Folgen geführt, wie vor allem die polnische Neuordnung belegt. Unbehinderte Erörterung hätte alsbald ergeben, daß wir in allen Gegenden des Vaterlandes und in allen Schichten unserer Bevölkerung einig waren in der Erkenntnis, daß unsere siegreichen Truppen gar nicht einfach in die alten Grenzen zurückkehren, nicht alles draußen besetzte Land den Gegnern einfach wieder ausliefern konnten. Sie hätte eine Reichstagsentschließung wie die vom 19. Juli 1917 unmöglich gemacht. Die Denkschrift des sozialdemokratischen Parteivorstandes „Ein Appell an Denkende“, die sich bemüht, die Haltung der Partei gegen die Angriffe der Unabhängigen zu rechtfertigen, belegt das deutlich.

Es wäre jedem Deutschfühlenden zu klarem Bewußtsein gekommen, daß es in diesem Kriege nur Sieg oder Niederlage geben konnte, hätte die Regierung das Ihre getan. Ihr Leiter hing aber fortgesetzt dem völlig verfehlten Gedanken eines Ausgleichs mit England nach; seine durchaus falsche Einschätzung dieser Macht hat einen überaus unheilvollen Einfluß geübt. Im Einvernehmen mit ihm, wahrscheinlich auf seine Anregung, haben angesehene Männer, über deren deutsche Gesinnung Zweifel nicht bestehen können, im Juni 1915 das Bewußtsein, „einer Welt von Feinden ehrenvoll widerstanden zu haben“, für den höchsten Siegespreis erklärt und gegen Annexionen in aller Form Verwahrung eingelegt, obgleich solche von keiner beachtenswerten Seite in irgend welchem nennens-

werten Umfange gefordert worden waren, vor allem nicht verglichen mit dem, was uns jetzt abgepreßt worden ist und noch abgepreßt wird. Es ward von einem Hubertusburger Frieden gesprochen in völliger Verkennung der Tatsache, daß der Abschluß des Siebenjährigen Krieges in der damaligen Weltlage Preußens Anwartschaft auf eine Großmachtstellung bestehen ließ, ein ähnlicher Ausgang des gegenwärtigen Kampfes aber Deutschland jeder Aussicht auf eine gesicherte Weltstellung beraubte, es hoffnungslos auf den Stand einer Macht zweiten Ranges hinabdrückte. Das Ausland ward auf diese Weise in der Vorstellung bestärkt, ohne Einsatz das Spiel beliebig fortsetzen zu können.

Es trat unter Förderung der Regierung noch ein anderer, besorgniserregender Zug deutlich hervor. Die Rollen waren völlig vertauscht. Die bisher in allen großen, für Bestand und Zukunft unseres Volkes entscheidenden Fragen Stützen der Regierung gewesen waren, die nie geschwankt hatten bei der Bewilligung der zur Mehrung der Macht des Reiches erforderlichen Mittel, die begriffen hatten, daß der Staat zunächst und vor allem Macht ist und Macht braucht, sie wurden jetzt so gut wie geschlossen die Träger des Mißtrauens, dem die Reichsregierung mit ihrem Tun und Wollen begegnete. Die bis dicht vor dem Kriege hin nicht müde wurden, der Regierung gerade in diesen Fragen Schwierigkeiten zu bereiten, Leute, die noch anläßlich des Zaberner Falles Ende 1913 glaubten verkünden zu sollen, man müsse „Preußen den Militarismus austreiben", jubelten der Reichsleitung zu und verunglimpften jeden, der für einen unsere Zukunft wirklich sichernden Frieden eintrat. Und die Regierung pflegte diese Bundesgenossenschaft, kämpfte mit ihr vereint gegen alle, die nicht mit ihr einverstanden waren. Der Kaiser war in den Krieg eingetreten mit der Losung: „Ich kenne keine Parteien mehr; ich kenne nur Deutsche." Es war der einzige Standpunkt, der inmitten dieser schweren Heimsuchung Geltung haben durfte. In Wirklichkeit waren starke Parteien unausgesetzt am Werke, den Krieg auszunutzen für ihre Zwecke. Die Vaterlandsliebe der mehr rechts Stehenden, eben jener Männer, die stets Stützen und Förderer unserer Machtstellung

gewesen waren, ward verdächtigt, als sei sie eigennützigste Interessenpolitik unter dem Deckmantel des Patriotismus. Die Sozialdemokratie hat zu ihrem größeren Teile ihre vaterländischen Pflichten so gut erfüllt wie jede andere Parteirichtung. Niemand hätte sich nach dem Kriege ihren Bestrebungen widersetzen können mit dem Vorwurf, daß sie nicht so vaterländisch gesinnt sei wie andere politische Gruppen unserer Bevölkerung. Aber niemand kann doch ernstlich den Standpunkt vertreten, daß die Erfüllung einer unabweisbaren Pflicht besonderen Lohn verdiene. Wie in Zukunft in Deutschland zu regieren sei, das war eine Frage, die während des Krieges der Erörterung völlig hätte entrückt sein sollen. Sie in den Vordergrund zu schieben, war eine Versündigung am Vaterlande. Der Krieg mußte ja, wenn er siegreich ausging, mit zwingender Notwendigkeit dazu führen, daß jeder im Deutschen Reiche zu seinem Rechte kam, wenn er unbefriedigend ablief, alle, ohne jede Ausnahme, ins Verderben ziehen.

Besonders verderblich ist es aber geworden, daß in unserem Vaterlande immer und immer wieder die Meinung vertreten werden konnte, man habe bei der Ordnung unserer inneren Angelegenheiten Rücksicht zu nehmen auf die Auffassung des Auslandes, immer und immer wieder verkannt ward, wie das Ausland bei seinen Äußerungen zu diesen Fragen ausschließlich und allein den einen Zweck verfolgte, uns durch Zwietracht zu schwächen und zugleich in der Meinung der Welt herabzusetzen, daß dabei in allen Schichten unserer Bevölkerung bis zu den Regierenden hinauf unausrottbar sich die Vorstellung behauptete, man könne durch Entgegenkommen den Feind begütigen, dem Frieden vorarbeiten, während die Gegner unausgesetzt jedes Entgegenstrecken der Hand als Zeichen unserer Schwäche, unserer Ermattung jubelnd begrüßten und sich zu weiterer Ausdauer angespornt fühlten. Wer das alles mit ansehen und so gut wie aussichts- und hoffnungslos bekämpfen mußte, der konnte allerdings verzweifeln an dem Glauben, daß unser Volk sich jemals zu politischer Urteilsfähigkeit durchringen werde.

Es ist denn auch so gekommen, daß der Feind unsere innere Front aufzulösen vermochte, während er sich gegen die äußere umsonst abmühte. Er konnte sich dabei wirkungsvoller deutscher Hilfe bedienen. Es gab gemeine Menschen deutscher Geburt, deren verlogene Hetzschriften vom Auslande her massenhaft verbreitet wurden, die Gesinnung unseres Volkes zu untergraben. Unser ehemaliger Vertreter in London scheute sich nicht, die eigene Unfähigkeit vor aller Welt bloßzustellen, um Deutschlands Schuld am Kriege zu erweisen. Wirrköpfige deutsche Friedensschwärmer hatten von Anfang an solch vaterlandsverräterische Verdrehung der Hergänge vertreten. Während in der ganzen Welt die Mitglieder der internationalen Friedensliga sich überall auf ihre Volks- und Staatsangehörigkeit besannen, lieferten Deutsche das Material, das eigene Vaterland zu verleumden und zu schmähen. In keinem der feindlichen Völker wären solche Persönlichkeiten möglich gewesen; sie wären sofort vom allgemeinen Unwillen hinweggefegt worden. Die deutsche öffentliche Meinung kannte keine nationale Leidenschaft. Seit dem Beginn der russischen Revolution mehrten sich Nachdruck und Umfang der Hetzarbeit, begünstigt durch die Sympathien unserer Radikalen. Ihre Führer waren offenkundig bemüht, ihren staat- und gesellschaftstürzenden, Staatsverbindlichkeit und Privateigentum verneinenden Bestrebungen in aller Welt und insbesondere unter der Bevölkerung der Mittelmächte Boden zu gewinnen. Reden und Auftreten ihres Vertreters Trotzki in Litauisch-Brest waren unverkennbar von dieser Absicht geleitet. Sie sind nicht wirkungslos geblieben. Deutsche Sozialisten begannen offen zu lehren, daß Deutschland gar nicht siegen dürfe; daß ein deutscher Sieg der Verbreitung des Sozialismus hinderlich sein werde, war eine Auffassung, die in diesen Kreisen schon bald nach Beginn des Krieges nachdrückliche Vertretung fand. Schon vor dem Kriege hatte ein deutscher Hochschullehrer den Widersinn verkündet, daß für Deutschland ein Sieg über England das größte Unglück sein würde. Unsere Regierung tat nichts, zu hemmen. Während die westmächtlichen Vorkämpfer der Freiheit den Paßwünschen ihrer

Sozialisten für den internationalen Kongreß in Stockholm ein unerbittliches Nein entgegensetzten, haben Deutschland und Österreich-Ungarn ungehinderten Verkehr gestattet. Der Extremste der russischen Extremen, Lenin, ist mit deutschem Paß aus der Schweiz nach Rußland gelangt. Unsere Regierenden mochten sich des Gedankens nicht entschlagen, durch die Internationale zu einer Verständigung zu gelangen; hat doch Wilhelm II. selbst geglaubt, den Bemühungen der deutschen Sozialdemokratie um den Frieden anerkennende Worte widmen zu müssen. Daß die verantwortlichen Staatenlenker, nicht aber Parteien über den Frieden zu entscheiden hatten, war den gegnerischen Regierungen ausnahmslos klar, der deutschen nicht. Nach Abschluß des Friedens haben die amtlichen Vertreter Rußlands in Berlin selbst eine ausgedehnte Wühlarbeit betreiben können.

Sicher ist die Auflösung gefördert worden durch die Schwierigkeiten, die der Ausschluß vom Seeverkehr bewirkte. Unser Volk hatte Entbehrungen zu ertragen, zwar nicht über das Maß dessen hinaus, was bei gutem und festem Willen auszuhalten war, aber doch in einem Umfange, der empfänglicher machte für die Locktöne der Entente und der russischen Revolution. Dazu kamen nicht ganz unberechtigte Zweifel, ob die Verteilung des Vorhandenen in richtiger Weise erfolge. Es gab Kriegsgewinnler, und die zu dieser Klasse gehörten, waren nicht aus dem Holze geschnitzt, aus dem man Muster von Takt und Gemeinsinn formt. Ihr Treiben, nicht selten verbunden mit unberechtigter „Unabkömmlichkeit“, erregte nicht ohne Grund Zorn und Haß bei manchen Darbenden, besonders wenn sie Angehörige fürs Vaterland hatten dahingeben müssen. Am 6. Dezember 1916 trat ein Hilfsdienstgesetz in Kraft. In übel angebrachter Nachgiebigkeit gegen sozialistische Forderungen gestaltete die Regierung es so, daß die Heimdienstpflichtigen einen geradezu schreienden Vorteil genossen gegenüber den Wehrdiensttuenden. Dabei wurden die revolutionären Sozialdemokraten in ganz ungerechtfertigter Weise gegenüber den wirtschaftsfriedlichen begünstigt, gemäß der Tendenz, der die Regierung nun einmal verfallen war. Klagen über die Entbehrungen und Zustände in der Heimat ge-

langten natürlich in unendlicher Menge und Mannigfaltigkeit an die Front; auch die Hetzereien gegen den Krieg als solchen fanden dorthin ihren Weg. Eingestandenermaßen ist sozialistischerseits planmäßig an der Unterwühlung des Geistes der Truppen gearbeitet worden, mit nur zu gutem Erfolg. Seit dem Sommer 1918 begannen Tausende von Urlaubern sich in der Heimat, besonders in den großen Städten, herumzutreiben, rückten nicht wieder ein; gegen Ende des Krieges wurde ihre Zahl allein für Berlin auf 50000 angegeben. Die Fahnenflucht mehrte sich in unerhörter Weise; ganze Truppenteile haben sich dem Feinde ohne Not ergeben, sind vielleicht direkt übergelaufen. In Österreich-Ungarn hatte von Beginn des Krieges an der Unterschied der Nationalitäten die Schlagkraft des Heeres gelähmt. Während so die innere Festigkeit fühlbar nachließ, steigerte sich der äußere Druck. Amerikas Eintritt begann nach Jahresfrist an der Westfront in erheblicher Verstärkung des gegnerischen Mannschafts- und Materialbestandes fühlbar zu werden. Man hatte bis in den Juli 1918 westwärts noch Fortschritte gemacht. Im August wurde es zweifelhaft, ob man die gewonnenen Stellungen werde halten können. Im September erfolgte der Zusammenbruch Bulgariens. Man hatte zugelassen, daß der amerikanische Gesandte auch nach dem Eintritt der Union in den Krieg in Sofia bleiben durfte; die Folgen traten zutage. Das Heer ward innerlich zerwühlt; die Soldaten verließen ihre Stellungen und wanderten nach Hause. Österreich und die Türkei folgten. Rumänien mußte geräumt werden. Nur zum Teil konnten die Deutschen vom Balkan her die Heimat erreichen. Am 29. September mußte die Heeresleitung der Reichsregierung eröffnen, daß die militärische Lage die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen erfordere.

Ein Wechsel der Regierung war die Folge. Der Kaiser berief den Prinzen Max von Baden an Hertlings Stelle. Eine ungeeignetere Wahl hätte nicht getroffen werden können. Der Prinz hatte in der badischen ersten Kammer, deren Vorsitzender er war, vom Weltgewissen geredet, auf das Deutschland vertrauen, dem es

sich zu eigen geben müsse. Weltfremder konnte man den Dingen kaum gegenüberstehen. Mitglieder der neuen Regierung wurden Angehörige der Mehrheitsparteien; Vizekanzler war schon unter Hertling der Führer der Demokraten, Payer, seit langem Württembergs einflußreichster Parteimann, gewesen. Er glaubte verkünden zu sollen, daß die Staatskunst sich lösen müsse „von den ausgefahrenen Geleisen unseres historischen Wissens", daß der zu schließende Friede „ein anderer werden müsse als die früheren". In welchem Sinne er recht hatte, hat die Folge gelehrt. Das Deutsche Reich hatte Lenker, denen die elementarsten Grundlagen politischen Denkens böhmische Dörfer waren. Sie waren Nachfolger Bismarcks! Den maßgebenden Einfluß in der neuen Regierung übte die Sozialdemokratie, die mit ihren führenden Leuten eingetreten war. Prinz Max hat am 4. Oktober der Entente ein Waffenstillstandsangebot gemacht auf der Grundlage von Äußerungen Wilsons, besonders der 14 Punkte vom 8. Januar 1918.

Das Anerbieten bedeutete eine schmachvolle Selbsterniedrigung. In einem der Wilsonschen Artikel wird gesagt, daß das Unrecht wieder gutzumachen sei, welches Preußen 1871 Frankreich in betreff Elsaß-Lothringens zugefügt habe. Es wurde als Unrecht anerkannt, wofür unser Volk glorreich gestritten, deutsche Männer zu Hunderttausenden ihr Leben eingesetzt hatten, was jedermann in deutschen Landen als bescheidene Sühne für französische Raublust und Anmaßung empfunden hatte. Es wurde stillschweigend hingenommen, daß Wilson sich die schweren Beschuldigungen gegen deutsche Kriegführung aneignete, die von der Entente zusammengelogen waren, daß er unsere braven U-Boot-Kämpfer der Vernichtung der Boote zieh, in denen Reisende Rettung suchten, daß er den Mittelmächten die Ehre absprach, sie anklagte, Gerechtigkeit nicht zu wollen, Verträge nicht zu halten, keine Grundsätze anzuerkennen als Gewalt und eigenen Vorteil. Die militärische Lage war in keiner Weise der Art, daß sie zu solcher Erniedrigung nötigte. Die Regierung war wie hypnotisiert einerseits von dem Gedanken der inneren Umwälzung, andererseits von blindem Vertrauen auf den Yankee.

Die folgenden Verhandlungen entsprachen der Art ihrer Einleitung. Schrittweise ist Wilson mit seinen Forderungen vorwärts gegangen, widerstandslos die Reichsregierung zurückgewichen. Den Boden, den sie räumte, besetzte er sofort mit neuen Ansprüchen. Daß man es mit dem Politiker Wilson und nicht mit einem Menschenfreunde des Namens zu tun hatte, mußte auch dem Blödesten klar werden. Es ist in diesen Wochen viel von nationaler Verteidigung die Rede gewesen; in Wirklichkeit haben die maßgebenden Mitglieder der Reichsregierung niemals an etwas Ähnliches gedacht. Die dritte Entgegnung des Amerikaners forderte die Entfernung des Kaisers. Es ist ihr gewillfahrt worden, ehe noch die Verhandlungen zum Abschluß gekommen waren. Max von Baden, der anfangs noch davon gesprochen hatte, daß entehrende Forderungen auf den Widerstand der ganzen Nation stoßen würden, hat gedrängt. Von der Flotte ausgehend griff die Revolution auf Heer und Bevölkerung über. Sie wurde am 9. November Herrin von Berlin; Widerstand ist ihr hier von den Nächstverpflichteten nicht geleistet worden. Sie hatte einen geradezu verblüffend leichten Sieg. Der Kaiser wich dem Drängen am gleichen Tage; er begab sich von Spaa, wo das Hauptquartier seinen Sitz hatte, nach den Niederlanden. Max von Baden hat seine Abdankung verkündet, ehe sie erklärt worden war. Wie oft hatte Wilhelm II. in stolzen Worten von seinen und seines Volkes Aufgaben gesprochen, wie oft seinem Selbstgefühl tönenden Ausdruck gegeben! Daß er so aus seiner Stellung schied, stand zu solchem Gebaren in betrübendem Gegensatz. Es war schon während des Krieges unverkennbar zutage getreten, daß er großen Aufgaben nicht entfernt in einem Maße gewachsen war, das seinen früheren Äußerungen entsprochen hätte. Im Auslande war das lange erkannt, und er und deutsche Politik waren entsprechend eingeschätzt worden.

An die Stelle des Kaiserreichs trat die Republik. Sie verkündete Frieden, Freiheit und Brot. Sie hat Unfrieden, Knecht-

schaft und Hunger gebracht. Die Reden ihrer Urheber und Förderer können darüber nicht hinwegtäuschen, erst recht nicht das wahrheitswidrige, verbissene Schmähen der früheren Zustände. Es möchte schwer sein, auch nur ein einziges Gebiet zu nennen, auf dem die Umwälzung gefördert hätte; sie hat ihre Berechtigung bisher nur mit Zukunftshoffnungen erweisen können. Am zweiten Tage nach ihrem Berliner Siege kam der Waffenstillstand zum Abschluß. Er gab das linke Rheinufer, dazu Gebiete des rechten den Franzosen preis, verpflichtete zum Räumen aller besetzten Lande jenseit der Reichsgrenze. Unser bestes Kriegsmaterial erhielt der Feind; unsere stolze, unbezwungene Flotte, leider entehrt durch das Verhalten ihrer Mannschaften in den letzten Kriegstagen, mußte abrüsten; England beorderte sie in seine Häfen, anstatt sie neutrale aufsuchen zu lassen, wie der Vertrag in Aussicht nahm. Wir entwaffneten vollständig und gaben uns so der Willkür der Gegner preis, unbelehrt durch das Schicksal, das die Römer Karthago bereiteten. Wir verpflichteten uns, die Gefangenen sofort auszuliefern, während die Deutschen in fremder Haft festgehalten wurden. Eine ganze Reihe weiterer harter Leistungen wurde auferlegt. In den verschiedenen Verlängerungen des Stillstandes, die notwendig geworden sind, weil die Gegner den Abschluß des Friedens immer wieder hinauszögerten, sind immer neue Erpressungen versucht und durchgesetzt worden; die absichtlich dehnbare Fassung des Abkommens ermöglichte es, weitere Forderungen mit dem Schein des Rechts zu umkleiden. Von irgend welchem ernstlichen Widerstand war nichts mehr zu bemerken. Unsere prächtige Handelsflotte gaben wir zu ihrem größten und besten Teil dahin für die nicht erfüllte Aussicht, dadurch Zufuhren zu erhalten; kaum der sechste Teil ihres Bestandes ist übrig geblieben, nur Schiffe unter 1600 Tonnen. Maßgebender Einfluß auf die Verhandlungen geriet in die Hände Erzbergers, der seit dem 4. Oktober Regierungsmitglied war, während seine Eigenschaften und seine Vergangenheit ihn von jedem Einfluß auf die Gestaltung der vaterländischen Geschicke hätten ausschließen sollen. War doch seit Beginn des Krieges sein Name fast mit jedem Hergang verknüpft, der als un-

heilvolle Wendung angesehen werden muß, und ist im weiteren Verlaufe der Dinge in noch gesteigertem Maße in solchen Verbindungen geblieben, ein wahrhaftes Unheil für Deutschlands Geschick und ein Wahrzeichen des Tiefstandes der zur Herrschaft gelangten sittlichen Anschauungen und politischen Einsicht.

Denn in unmittelbarem Zusammenhang mit der politischen und militärischen Katastrophe offenbarte sich ein geradezu entsetzlicher Verfall jeder Art sittlichen Denkens, Handelns und Empfindens. Zu Anfang des Krieges hatte man des Glaubens leben können, daß er das Niedrige und Gemeine zurückdrängen werde; die Seelen schienen geläutert durch die große Aufgabe, die gestellt war, und die Hingebung, die sie forderte. Jetzt waren alle Höllengeister losgelassen. Roheste Beute- und Genußgier, brutale Mißachtung jeder Art von Recht und Sitte wurden tägliche Übung. Raub und Plünderung, Erpressung und Diebstahl, Lug und Trug, Gewalttat und Arglist sind in deutschen Landen wohl niemals in dem Maße an der Tagesordnung gewesen wie in den Wochen und Monaten nach der Revolution; sie haben nur mühsam und bis heute noch keineswegs mit durchschlagendem Erfolge zurückgedrängt werden können. Bei dem Rückmarsch des Heeres und in den heimatlichen Beständen wurden nicht nur Millionen-, sondern Milliardenwerte gestohlen und verschleudert; nie würde jemand derartiges unter deutschen Truppen für möglich gehalten, nie geglaubt haben, daß es neben zahllosen Stehlern auch zahllose Hehler geben könne. Die „glorreiche" Revolution erschien als anerkannte Losung, sich an öffentlichem Gute schamlos zu bereichern.

Und mit dem leichten Gewinn trat gewissenlose Vergeudung auf den Plan. Gemeinste Genußsucht machte sich in weitesten Kreisen breit. Amtlich wurde von Kunst und Wissenschaft geredet, die man dem Volke nahe bringen werde; in Wirklichkeit machte man es zur Beute gewissenlosester Spekulation auf die niedrigsten Triebe des Menschen. Sie durchseuchte alle Vergnügungen und Unterhaltungen, da jede Schranke weggeräumt wurde. In der Form von Arbeiter- und Soldatenräten drängte die Masse an die Staatskrippe; nie

zuvor ist Parteizugehörigkeit so ausschlaggebend gewesen für die Besetzung öffentlicher Ämter. Daß offenkundige Unfähigkeit sich breit macht an wichtigsten Stellen, ist die natürliche Folge. Unser vorbildliches Unterrichts- und Erziehungswesen wird von Reichs- und Staatswegen in Grund und Boden reformiert. Wann und wie diese Errungenschaften des Umsturzes ein Ende nehmen mögen, kann auch zurzeit noch niemand sagen.

Dabei ist unsere Geltung gegenüber dem Auslande fortgesetzt im Schwinden begriffen. Volle neun Monate vergingen, bis aus dem Waffenstillstand ein Friede wurde. Vergebens ist versucht worden, die grausamen Forderungen der Feinde zu mildern; es ist nur in ganz nebensächlichen Punkten gelungen. Was ist nicht alles amtlich geredet worden von Zumutungen, denen man sich nicht beugen werde! Es hat sich doch eine Regierung gefunden, die alles zugestand; die Mehrheit der im Januar gewählten, seit dem 6. Februar 1919 in Weimar tagenden „Nationalversammlung" hat sich durch Annahme des Friedens am 9. Juli des Jahres auf ihre Seite gestellt. Die Auswechslung der Urkunden erfolgte am 11. Juli in Paris.

Die eingegangenen Verpflichtungen sind vernichtend. Deutschland darf in Zukunft weder Heer noch Flotte halten, denn ein Heer von 100000 geworbenen Mannschaften und eine Flotte mit 15000 Mann ebenso beschaffter Besatzung verdienen solchen Namen nicht. Nicht nur Polen ist Deutschland militärisch überlegen, sondern auch die Tschecho-Slowakei. Daß die gegnerischen Mächte nicht abrüsten, versteht sich von selbst; Frankreich unterhält fortgesetzt eine Armee in gleicher Stärke wie vor dem Kriege, England, die Vereinigten Staaten, Japan wetteifern in Flottenrüstungen. Das ist die Vorbereitung des Weltfriedens! Deutschland darf nie wieder allgemeine Wehrpflicht einführen! Man will es ihm unmöglich machen, je wieder einen Krieg zu führen. Es soll in die Lage versetzt werden, sich alles gefallen lassen zu müssen, was der rachgierige und habsüchtige Feind ihm aufzulegen für gut

hält. Das Beispiel der Karthager, als Rom sie in gleiche Not gebracht hatte, haben wir nicht nachgeahmt.

Landabtretungen sind in einem Umfange gefordert worden, wie es, abgesehen vom Tilsiter und vom ersten Pariser Frieden, noch nie bei einem Friedensschlusse vorgekommen ist. Deutschland verlor gegen fünf Millionen seiner Angehörigen. Beim Vergleich mit dem ersten Pariser Frieden muß man sich erinnern, daß es sich damals darum handelte, Napoleons und der französischen Republikaner Raub zurückzunehmen! Weitere drei Millionen sollten unter dem Druck feindlicher Besatzungen über ihr zukünftiges Geschick abstimmen. Irgendwelche Kolonien erhält Deutschland nicht zurück. Das linke Rheinufer mit einem Vorgelände der Festungen auf dem rechten Ufer soll 15 Jahre von den Feinden besetzt bleiben, das Saargebiet ist unter französische Verwaltung gestellt worden. Die „Österreichische Republik", die unter Preisgabe von vier Millionen deutscher Angehöriger des zerschlagenen Kaiserstaats neu geschaffen und für sich völlig lebensunfähig ist, darf sich nicht mit Deutschland vereinigen, wie ihre Bewohner sehnsüchtig wünschen. Das ist das „Selbstbestimmungsrecht" der Völker, auf Deutsche angewandt; es gilt überall, wo es sich zum Nachteil der Deutschen gestalten läßt, nirgends, wo es einen Vorteil für sie in sich schließen könnte. Für Elsaß-Lothringen ist der Empfang, den die Franzosen beim Einmarsch in Straßburg von einem zusammengewürfelten Volkshaufen gefunden haben, als völlig genügender Ersatz für eine Volksentscheidung erklärt worden. Die abgetretenen Teile Westpreußens hätten sich bei einer Volksabstimmung zweifellos mit erdrückender Mehrheit für Deutschland entschieden. Sie bilden jetzt den polnischen Korridor, den man auf Grund polnischer Fälschungen dekretiert hat. Selbst in der Provinz Posen wäre der Ausfall mehr als fraglich gewesen, wenn sie vor die Wahl deutsch oder polnisch gestellt worden wäre. Und das hat geschehen können, obgleich vertragsmäßig feststand, daß polnisch werden solle, was unbestreitbar (undisputably) polnisch sei, wie Wilson es festgelegt hatte! Die Geschichte kennt kaum ein Beispiel, daß sich ein Volk so hat beschwindeln

lassen wie unser deutsches. Für seine Mehrheit hatte Bismarck umsonst gelebt.

Der Friedensvertrag enthält eine ganze Reihe von Bestimmungen, die Deutschlands Selbstbestimmung auch wirtschaftlich nicht nur in seinen Beziehungen nach außen, sondern auch im inneren Verkehr in einem Maße einschränken, wie es kein Staat auf die Dauer ertragen kann, der überhaupt noch als selbständig gelten will. Mit Ausnahme der Weser werden alle deutschen Ströme unter Aufsicht von Kommissionen gestellt, in denen Ausländer die Mehrheit haben; sie entscheiden über die Benutzung. Der Oberrhein darf, wo er die neue deutsch-französische Grenze bildet, von den Franzosen in jeder ihnen passend erscheinenden Weise ausgenutzt werden, deutscherseits nur, so weit Frankreich es genehmigt. Belgien kann nach seinem Belieben auf deutschem Boden von der Maas nach dem Rhein einen Kanal bauen. Der Durchgangsverkehr, so wichtig für das Land der europäischen Mitte, unterliegt der Überwachung der Fremden; sie haben endgültig über seine Ordnung zu bestimmen. Deutschland ist auch keineswegs mehr in der Lage, seine wirtschaftliche Gesetzgebung, vor allem auch seine Handelsbeziehungen zum Auslande, allein nach eigenem Ermessen zu regeln. Der Friedensvertrag bietet die verschiedenartigsten Handhaben einzugreifen. In empfindlichster Weise zeigt sich das schon jetzt in unserem Verkehr mit den besetzten Gebieten.

Empörend sind die Bestimmungen über die Auslieferung der Gefangenen. Sie sollte erst erfolgen, bis der Vertrag von den drei führenden gegnerischen Mächten gutgeheißen war. Da die Erfüllung dieser Vorbedingung unter allerlei nichtigen Vorwänden wieder und wieder hinausgeschoben wurde, haben unsere armen Vaterlandsverteidiger noch länger als ein halbes Jahr im schlimmster leiblicher und seelischer Not in Feindesland schmachten müssen, ihrer Zehntausende trotz des viel früher abgeschlossenen russischen Friedens noch in Sibirien. Die Entente weigerte sich, sie heimzubefördern; deutsche Schiffe gab es nicht. Die Heimkehr durch Rußland verboten die dortigen Zustände. Erst als am 10. Januar 1920 die Hinterlegung

der Ratifikationsurkunden in Paris protokolliert worden war, trat der Friede in Kraft, so daß der Rücktransport der Gefangenen beginnen konnte. Das war Wilsons „Friede des Rechts und der Gerechtigkeit", das die Staatskunst der Mächte, die „für die Menschheit zu den Waffen griffen". Die Weltgeschichte hat kein Friedensinstrument von ähnlichem Umfange gesehen, auch keines, das mit gleich teuflischer Bosheit sich über alles Recht hinwegsetzt, nur das Machtgebot des Siegers kennt und gleich erfolgreich durch Zweideutigkeit und Dehnbarkeit der Ausdrucksweise weitere Forderungen ermöglicht.

Das hat sich zunächst und mit lehrreichster Deutlichkeit in der Frage der Entschädigungen gezeigt. Das Friedensinstrument bestimmt ihre Höhe nicht; es legt nur fest, daß sie geleistet werden müssen, indem es urkundlich anerkennen läßt, daß wir am Kriege schuld sind. Wir sind also in diesem Punkt völlig in der Hand unserer „menschheitsfreundlichen" Gegner, die den Schädling unter den Völkern nun mittels seiner eigenen Dummheit glücklich zur Strecke gebracht haben. Sie wissen diese Lage auszunutzen, vor allem Frankreich mit der Glut seines Hasses gegen die Boches und der schlotternden Angst vor ihnen, die sich wiederum militärisch so hoffnungslos überlegen gezeigt haben. Es will Deutschland vernichten, nicht nur seinen Wohlstand, sondern auch seinen Bestand als Reich, seine verfassungsmäßige Einheit. Es sucht mit schamloser Verlogenheit über die Absicht zu täuschen, aber seine Handlungen machen sie offenkundig. Bismarck hat recht gesehen, wenn er vom Weißbluten sprach. Eine Forderung wird an die andere gehängt, und die geringste Säumigkeit, jede Verzögerung, mag sie noch so gut begründet sein, alsbald mit Besetzung neuen Gebiets bestraft, mit „Sanctionen", die natürlich neue Ersatzforderungen an den Bestraften begründen. So hat man mit der Annahme des Ultimatums am 10. Mai 1921 glücklich Anerkennung erpreßt für eine Schuldsumme von 132 Milliarden Goldmark, nach dem augenblicklichen Stande unserer Valuta gegenüber der amerikanischen Währung mehr als 2600 Milliarden Mark. Walther Rathenau hat als Sach=

verständiger erklärt, Deutschland könne sie aufbringen. Solange es nicht geschehen ist, bleibt es nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht, zu betonen, daß in diesem Falle nicht Sachverstand geurteilt hat.

Schlimmer als all das aber lastet auf uns die Schande der Anerkennung eines solchen Friedensvertrags. Wir erklärten uns für schuldig am Kriege und wußten, daß wir logen, als wir das bekannten. Der angehängte Protest ändert daran so wenig wie einst beim peinlichen Verhör der Widerruf der unter Tortur gemachten Aussagen; er berührt das Urteil nicht. Die Gegner verweisen die Welt auf das Bekenntnis des Angeklagten und sehen im Protest nur den Beweis, daß er Reue noch nicht empfindet. Und sie haben das Ohr der Welt. Und weiter! Wir haben uns verpflichtet, unseren Kaiser auszuliefern, damit teuflische Verrücktheit den angeblich zumeist Schuldigen vor ein Strafgericht stellen kann. Wilhelm II. wird mit Napoleon I. gleichgestellt, den man in Sicherheit bringen mußte, damit er nicht wieder über Europa herfiel. Man heuchelt, unbeugsamem Recht dienen zu wollen, während man nur daran denkt, ein weithin sichtbares, die Völker blendendes Zeichen der eigenen Schuldlosigkeit aufzurichten. Nur der festen Haltung der Niederländer verdanken wir es, daß der Schandverpflichtung nicht genügt wurde. Wir müssen aber unsere „Kriegsverbrecher" verfolgen. Zweifellos hat es solche gegeben. Hat je ein Heer einen Krieg durchgefochten ohne verbrecherische Ausschreitungen? Aber wenn jemals unparteiisch abgewogen werden sollte, wo die schwerere Schuld liegt, so würde die Schale der Gegner Deutschlands mächtig hinabsinken. Wir „Barbaren" waren auch im Kriege die weitaus Edleren und Gesitteteren. Jetzt aber müssen wir erleben, daß auf die Anzeigen und Aussagen der Feinde hin deutsche Kriegsteilnehmer vor Gericht gezogen werden, während von einer Untersuchung und Bestrafung der zweifellos zahlreicheren und schwereren Kriegsverbrecher der Gegner nicht die Rede ist. Wäre bei den „Siegern" auch nur eine Spur von Gerechtigkeitsgefühl vorhanden, so würden sie auch des Balkens im eigenen Auge gewahr werden. Aber sie

haben nichts im Sinn, als vor der Welt Exempel zu statuiren; Wahrheit und Recht sind ihnen völlig gleichgültig. Und ihr Vorhaben gelingt ihnen; denn sie haben ja einen Rechtsboden. Wir haben unterschrieben, unterschrieben, obgleich wir wußten, daß wir damit gegen Wahrheit und Recht verstießen. Der Friede von Versailles hat uns nicht nur wehrlos, er hat uns auch ehrlos gemacht. Wer das bestreitet, hat keinen Begriff von Ehre. Das Ausland, ob gegnerisch oder neutral, hat Recht, uns zu verachten, und macht Gebrauch von diesem Recht, obgleich wir in diesem Kriege Leistungen aufzuweisen hatten, wie die Welt sie noch nicht sah. Aber wir zeigten uns unfähig, unser alles freudig an unsere Ehre zu setzen. Wie nennt unser gefeiertster Dichter die Nation, die das nicht vermag?

Daß wir wehrlos und deshalb auch rechtlos sind, haben die vorgesehenen Abstimmungen uns deutlich vor Augen geführt. In den ost- und westpreußischen Bezirken ist der Volksentscheid so glänzend für uns ausgefallen, daß man sein Ergebnis nicht bei Seite schieben konnte. Trotzdem sind wir vergewaltigt worden; man hat uns das Soldauer Ländchen abgesprochen, obgleich es gar nicht daran dachte, polnisch werden zu wollen, hat am Weichselstrom unter rücksichtsloser Beugung des Rechts in mehr als einem Falle den Polen überwiesen, worauf sie nicht die Spur eines Anspruchs besaßen. In Nordschleswig ist das fast vollständig deutsche Tondern in den Abstimmungsbezirk einbezogen worden, obgleich es unmittelbar am geschlossenen deutschen Sprachgebiet liegt; es muß wie die rings vom Dänentum eingeschlossenen Städte Sonderburg, Apenrade und Hadersleben der dänischen Mehrheit folgen. Geradezu himmelschreiend ist das Verfahren der Belgier in den Kreisen Eupen und Malmedy. Eupen hatte 1910 unter 26 156 Bewohnern ganze 65 mit französischer, 164 mit wallonischer, Malmedy unter 34 768 Bewohnern 169 mit französischer, 9579 mit wallonischer Muttersprache! Letztere waren seit 1815 gute Preußen geworden. Eine unbeeinflußte Abstimmung hätte *höchstens* einige hundert Stimmen für den Anschluß an Belgien ergeben; er ist erklärt worden auf Grund eines Verfahrens, das aus dem ganzen Hergang einen

heimlichen Akt machte. Die wiederholten deutschen Einwendungen sind mit verletzender Schnödigkeit beantwortet worden. Was aus Oberschlesien wird, ist einstweilen noch unklar. Die Bevölkerung hat sich mit großer Mehrheit (710 000 gegen 480 000 Stimmen) für Deutschland ausgesprochen. Nach dem Wortlaut des Friedensvertrags mußte das Land Deutschland zugesprochen werden. Aber die Polen werden nicht müde, durch gefälschte Karten ihr angebliches Recht zu erweisen, und beim „Obersten Rat“ findet jede Lüge Gehör, wenn sie nur in den Kram paßt. Seine „Sachverständigen“ offenbaren eine geradezu verblüffende Unwissenheit oder Voreingenommenheit. Wahrheit und Recht sind ganz gleichgültig; man hat ja die Macht. Die Polen treten jedes Recht mit Füßen; sie erregen einen Aufstand nach dem andern, wüten mit Mord und Brand, Raub und Plünderung im Lande. Vom Königreich her werden sie offen unterstützt. In den Augen der Franzosen vertreten sie nur ihr gutes Recht. Der französische Befehlshaber im Lande begünstigt sie unausgesetzt, glaubt jeder Lüge über die Deutschen und läßt keine Wahrheit gelten, die ihm in seiner Absicht, Oberschlesien polnisch zu machen, hinderlich sein könnte. Briand ergeht sich in Äußerungen, die man nur als schamlose Lüge oder als starrende Unwissenheit bezeichnen kann. Die ganzen Hergänge sind der bitterste Hohn auf Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit. Trotzdem scheut man sich nicht, diese Tugenden als Richtschnuren des Handelns fortgesetzt im Munde zu führen.

Gibt es einen Ausweg aus dieser Not? Man verweist auf den Dreißigjährigen Krieg und auf Preußens Niederlage 1806/7. Aber diese Vergleiche sind hinfällig. Der Westfälische Friede hat Deutschland nicht wehrlos gemacht, auch seine politische Bewegungsfreiheit nicht in Fesseln geschlagen; dazu bewahrte unser Volk damals Willen und Fähigkeit zur Arbeit. Arbeit war auch in vollem Umfange möglich, da sie ausländischer Rohstoffe und Nahrungsmittel nicht bedurfte. Heute sind Millionen von Menschen im Deutschen Reiche zu viel, können nicht arbeiten, auch wenn sie wollten, so lange der gewohnte Außenverkehr nicht wieder einigermaßen in Gang gebracht

ist, was zurzeit geradezu unmöglich ist und noch lange sein wird. Gelingt es einmal wieder, so sind menschlicher Voraussicht nach unsere heimischen Betriebe im Besitz von Ausländern; denen mag dann der deutsche Arbeiter frohnden.

Der Tilsiter Friede machte Preußen zum Sklaven eines Eroberers; aber dieser Eroberer war verhaßt so ziemlich in ganz Europa. Man möge sich nur die Frage vorlegen, ob 1813 die Befreiung hätte gelingen können ohne Bundesgenossen. Heute wird es uns schwer werden, solche zu finden, in absehbarer Zeit gewiß nicht. Wir sind umgeben von Nachbarn, die sich auf unsere Kosten vergrößerten und weiter vergrößern möchten: Franzosen und Belgier, Polen und Tschechen, Dänen und Italiener; sie stehen in einem natürlichen Bunde zur Sicherung und Mehrung ihrer Beute. Es gibt Leute, die auf Zerwürfnisse der Mächte hoffen. Sicher wird die Zukunft solche bringen; aber bis sie Deutschland Gelegenheit bieten werden, aus ihnen Vorteil zu ziehen, möchte eine lange, lange Zeit vergehen. Inzwischen ist fremdem Einfluß Tür und Tor geöffnet, Deutschland in die alte Uneinigkeit zurückzuwerfen. Die Versuche dazu haben schon merklich begonnen, und kein Besonnener wird ihnen jede Aussicht auf Erfolg absprechen. Die Kreise, die bei uns ihre Hoffnung auf Weltrevolution setzen, werden sich noch viel schwerer enttäuscht sehen. Soweit Rettung für unser Volk möglich ist, kann sie nur aus ihm selber kommen.

Bis jetzt sind aber Anfänge der Besserung leider kaum erkennbar. Die neue Verfassung wird sich nicht als Quelle der Kraft erweisen wie die, welche einst Bismarck schuf, obgleich ihr unfähiger erster Bearbeiter in seinem Unverstand es wagte, das Werk des Reichsgründers zu bemäkeln. Parlamentarisches Regiment ist nur möglich, wenn alle Angehörigen eines Staates ausnahmslos einig sind, den Staat zu erhalten und ihn dem Auslande gegenüber vorbehaltlos zu vertreten. Es ist ferner nur möglich, wenn die Ansichten über die Wege, die zu diesem Ziele führen, in zwei großen regierungsfähigen Parteien, die einander in der Regierung ablösen können, ihre Ausgestaltung finden. Beide Vorbedingungen erfolg=

reichen parlamentarischen Lebens sind in Deutschland nicht erfüllt. Das Bestehen der Einzelstaaten, die Bismarck so weise verstanden hat dem Gesamtreich einzugliedern, erschwert die Lösung der Aufgabe, nun ihre Beziehungen zum Reich in Frage gestellt sind. Es ist nicht leicht, die Politik der Länder mit der des Reiches in Einklang zu bringen, und ist doch in allen wichtigeren Fragen unerläßliche Vorbedingung des Gelingens. Die verschiedenen Regierungen, die einander im Reiche gefolgt sind, haben gegenüber dem Auslande immer nur ein Ziel im Auge gehabt, zu besänftigen und auszusöhnen durch Nachgiebigkeit, ein Beginnen, das aussichts- und hoffnungslos ist. Denn alle anderen Staaten treiben nur Politik d. h. verfolgen ihren Vorteil nach Maßgabe der verfügbaren Macht; sie werden daher uns gegenüber durchzusetzen versuchen, was irgend erreichbar ist. Schranken setzt ihnen in diesem Streben nur die Erwägung, ob ein winkender Vorteil die Opfer wert ist, die er fordert, und ob er sich dauernd als Vorteil erweist, nicht aber irgend welche Rücksicht auf Deutschlands Wohlverhalten oder auf das freundliche Gesicht, das es macht, wenn es ausgeplündert wird. Der krankhafte Unsinn des amtlichen Suchens nach den Kriegsurhebern und Kriegsverlängerern, das ja einen Erfolg gar nicht haben **kann**, macht uns im Auslande nur lächerlich; als Zeichen reuiger Selbsterkenntnis und beginnender Besserung wird es gewiß nicht gewertet. Wer es von diesem Gesichtspunkt aus einschätzt, greift gröblich fehl. Einen überaus traurigen, auch gefährlichen Eindruck machten die wiederholten Beteuerungen unserer Regierenden, daß die Erfüllung dieser oder jener Forderung unmöglich sei, während man sich nachher durch Drohungen doch bewegen lies, sie anzuerkennen und ihre Erfüllung zu versprechen. Besonders in Frankreich ist dieses Verfahren mit Worten gekennzeichnet worden, die wahrlich keine Ehrentitel sind. Man sagt nicht zu viel, wenn man erklärt, daß nach der Revolution sich noch keine deutsche Regierung gefunden hat, der man die Wahrung deutscher Würde gegenüber dem Auslande nachrühmen könnte; wohl aber ist nicht so selten begründeter Anlaß vorhanden gewesen, das Gegenteil zu behaupten, ganz besonders bei allen

Regierungshandlungen, an denen der famose Herr Erzberger einen Anteil hatte.

So ist das Bild kein erfreuliches, wenn man den Blick nach oben richtet; wenn nicht alles trügt, so werden wir tiefer und tiefer in den Verfall hineinregiert trotz der äußeren Ordnung, die in wichtigen Reichsbetrieben wieder hergestellt scheint. Vor allem macht unser Finanzgebahren diesen Eindruck. Im Reich und in den Ländern, in Provinzen, Kreisen und Gemeinden werden fortgesetzt Gelder bewilligt, angewiesen, ausgezahlt, die man gar nicht hat, deren Vorhandensein man nur mit Hilfe der Notenpresse vorspiegelt. So scheint überall Wohlstand zu herrschen, nirgends Geldknappheit, abgesehen von den Armen und Bedrängten, die nicht in der Lage sind, ihre Bezüge zu vermehren, und die nun verkümmern und verkommen, meistens unbemerkt, da sie nicht gewohnt sind, von ihrem Dasein viel Aufhebens zu machen. Ihre Zahl ist nicht so gering, und es sind auch nicht die schlechtesten im Lande. Was die Masse als Lebensgenuß schätzt, lehren in den Städten die Anschlagsäulen, im ganzen Lande die Preßinserate Tag für Tag. Es ist nicht allzuviel darunter, was Herz und Kopf erfüllen und erheben könnte. Es wächst eine Jugend heran, die Besserung hoffen läßt. Aber die Gesinnungen, die sie vertritt, müssen, wenn sie Gewicht haben sollen, Eigentum der Masse werden; denn *sie* ist jetzt Herr und bestimmt unser Geschick. Sie aber scheint noch ganz beherrscht vom *internationalen* Sozialismus, obgleich sie vom Auslande her einen Beweis um den andern erhält, daß man dort einen solchen Sozialismus nicht kennt. Man ist überall erst national, dann sozial; einzelne Sonderlinge, die draußen anders reden, bieten ihren Landsleuten den Vorteil, das man sie als Lockvögel verwenden kann, den politisch urteilslosen Deutschen in der gewünschten Stimmung zu erhalten.

Es ist zur Zeit gleichgültig, ob man die Monarchie oder die Republik für die bessere Regierungsform hält; was Deutschland braucht, ist starker nationalstaatlicher Sinn, der erkennt, daß nur ein einiges, selbständiges und selbstbewußtes, von seiner Eigenart

und seinem Wert überzeugtes Volkstum uns wieder emporheben kann. In den Wahlen, die vorgenommen wurden, seit dem die „National-versammlung“ aufhörte, Organ des deutschen Volkes zu sein, ist wohl ein gewisser Wandel in der öffentlichen Meinung erkennbar geworden, aber lange nicht stark genug, um die Hoffnung zu berechtigen, daß bessere Einsicht bald Platz greifen werde. Weite Kreise halten sich nach wie vor vom staatlichen Leben fern; die Masse verharrt in den alten und neuen Organisationen, die nur Partei-, Klassen-, Standesziele kennen. Von einer entschlossenen Sammlung um das Vaterland ist wenig zu spüren. Und doch könen wir nur erhalten bleiben, wenn wir alle, vom ersten bis zum letzten, Deutsche sein wollen, Weltbürger nur, sofern unser Deutschtum in voller Gleichberechtigung anerkannt wird, auch in der ihm seiner Zahl und Bildung nach gebührenden Machtstellung. Es ist ein Verbrechen, Verrat an unserem Volke, gegen nationale Gesinnung zu hetzen; auch der extremste Sozialist sollte solche Sünde meiden. Sie ist eine Sünde wider den heiligen Geist. Leider gibt es kein Staatswesen, unter dessen Angehörigen sie so häufig wäre wie im Deutschen Reich, nicht, weil der Deutsche weniger Anlaß hätte, sich an seinem Volke und seinem Reiche zu freuen, sondern weil er durch Jahrhunderte staatlichen Daseins verlernt hat zu verstehen, was nationale Staatseinheit für ein Volk bedeutet. Lernen wir das nicht wieder fühlen und begreifen, so sind unsere Aussichten trübe genug. Diesem Ziel haben wir zuzustreben, zugleich mit unserem Ringen um sittliche Ertüchtigung und Erneuerung. Es ist kein erfreuliches Ergebnis einer zweitausendjährigen, an Ehren und Erfolgen reichen Geschichte; aber es stellt doch auch eine Aufgabe, deren Lösung alles weckt und anspornt, was stark und gut in uns ist. Möchte diese Erkenntnis über alle Spaltungen hinweg unser Volk durchdringen und einigen!



Rückblick und Schluß.

Wer den Verlauf der deutschen Geschichte und ihr endliches Ergebnis überblickt, dem drängt sich unwillkürlich Vergils Vers auf die Lippen:

Tantae molis erat Romanam condere gentem.

Schon Herder hat ihn auf die Germanen angewendet, und haben beide Anwendungen auch nicht das endliche Ergebnis in der Entwickelung der beiden Völker im Auge, sondern ihren Eintritt in die Geschichte, so mag es gleichwohl gestattet sein, auch an jenes zu denken. Kein Zweifel aber, daß unseres Volkes Werdegang ungleich bewegter und wechselvoller sich gestaltet hat als der des römischen auf dem Wege zur Weltherrschaft. Seitdem aus den Insassen der Tiberstadt ein Volk geworden war, ist seinem Staatswesen die Frage Sein oder Nichtsein nie so scharf gestellt worden wie mehrfach dem deutschen. Durch Jahrhunderte, durch ein halbes Jahrtausend war es fraglich, ob ein deutscher Staat bestehen werde; für einige Jahre, — wenn man, wie wohl gestattet, den Deutschen Bund als Staat nicht gelten läßt, für eine Reihe von Jahrzehnten — war ein solcher in der Tat nicht vorhanden.

Der Eintritt unserer Vorfahren in das geschichtliche Leben ließ einen solchen Wechsel der Geschicke nicht voraussehen. Es hat kaum je eine Völkergruppe gegeben, die wirkungsvoller in das Rad der Weltgeschichte eingegriffen hätte als die germanische. Sie ist römischer und griechischer Art nicht nur vergleichbar, sie überragt sie jedenfalls in der Fernwirkung. Die abendländische Welt und was

aus ihr jenseit der Meere hervorging, ist ohne sie nicht denkbar. Indem sie sich selbst an die Stelle der zukunftsreicheren Hälfte des Römischen Reiches setzte, ward sie zum Ausgangspunkt der noch heute auf dem Erdenrund führenden Staaten und Völker. Sie wurde Erbe der römischen Kultur, wußte aber den Grundriß der Neubauten aus Eigenem zu entwerfen und sich staatlich und gesellschaftlich in ihrem Sinne einzurichten.

Nur in einem kleinen Teile der gewonnenen weiten Gebiete vermochten die Germanen ihre Sprache, das deutlichste und sicherste Kennzeichen der Nationalität, zu behaupten. Für diejenigen ihrer Stämme, die ganz oder teilweise in ihren alten Wohnsitzen zurück blieben, bedeutete, soweit sie Mitteleuropa bewohnten, die Völkerwanderung sogar einen Verlust an Geltungsbereich. Vom 7. bis ins 10. Jahrhundert standen die Wohnsitze der eine germanische Sprache redenden Bewohner des festländischen Europa denen der taciteischen Zeit an Umfang nach. Zur Zeit der Araberschlacht von Tours sah sich das festländische Germanentum, das Deutschtum, auf den schmalen Streifen Landes beschränkt, der sich zwischen Nordsee und Alpen von der Schelde, der Maas und den Vogesen bis zur Elbe, Saale und dem Böhmerwald erstreckt.

Karl dem Großen ist es zu danken, daß die hier zusammengedrängten Stämme Angehörige eines Reiches wurden. Es vollbracht zu haben, stellt den Kern seiner geschichtlichen Größe dar. Denn nur so konnte Mitteleuropa sich zu einem einheitlichen, national geschlossenen Staatswesen entwickeln. Indem unter den Teilreichen das ostfränkische die Führung übernahm, öffnete sich den Deutschen der Weg zu einer leitenden Stellung im Abendlande. Unsere sächsischen Herrscher haben sie festgelegt, indem sie ein Übergewicht über die slavischen Nachbarn erkämpften und dem deutschen Königtum die römische Kaiserwürde erwarben.

Die Verbindung des kaum begründeten deutschen Staatswesens mit Rom und dem Papsttum gab ihm eine universale Bedeutung. An sich war es seltsam genug, daß die Germanen, deren Auftreten

nationales Staatsleben erst wieder zu Ansehen und Geltung gebracht hatte, in ihrer vornehmsten staatlichen Schöpfung Träger universaler Tendenzen wurden. Der Widersinn hat Zwiespältigkeiten genug gezeitigt. Aber zunächst waren die nahen Beziehungen zur Kirche, die diese Verbindung mit sich brachte, aus denen sie geboren war, ein Moment der Stärke. Sie haben der deutschen Königsgewalt einen Vorsprung gegeben vor jeder anderen, die im Abendlande empor kam. Sie haben die Deutschen früher als die übrigen abendländischen Völker zu festerer staatlicher Einheit gebracht; der Anspruch auf Rom ist nicht nur ein Anspruch des deutschen Königs, sondern auch seines Volkes geworden. Sie haben auch die Entwickelung des gesamten Abendlandes beeinflußt. Das Eintreten Heinrichs III. für die Reform der Kirche hat das Papsttum erst befähigt, seine volle Bedeutung für die mittelalterliche Gestaltung der abendländischen Welt zu gewinnen. Von Otto I. bis auf diesen Salier übertrifft das Reich der Deutschen jedes andere des Abendlandes an Tragweite seines geschichtlichen Lebens.

Aber was Stärke war, wurde Schwäche, als die Kirche beanspruchte, oberster Herr in allem zu sein, und in diesem Streben Erfolge errang. Der Kampf, den sie um Erreichung ihres Zieles mit der deutschen Königsmacht zu bestehen hatte, führte zu deren Zertrümmerung. Doch ward die Beute nicht alleiniger Gewinn des Siegers. Ihr Löwenanteil fiel der Fürstenmacht zu, deren die Kirche sich hatte bedienen müssen. Sie hatte das deutsche Königtum zu einem Schattendasein herabzudrücken vermocht; der Bundesgenossen, die dazu geholfen hatten, hat sie nie Herr werden können. Die territorialen Gebilde, neben den fürstlichen die aufkommenden bürgerlichen, wurden die Erben staatlicher Macht, soweit sie in deutschen Landen vorhanden war. Sie haben eine Zeit der Blüte erlebt; reiche, zum Teil vor anderen Ländern auszeichnende Kultur ist ihnen entsprossen; den nationalen Aufgaben haben sie nicht zu genügen, die Grenzen nicht zu decken vermocht. Das 15. Jahrhundert hat den Bestand des Reiches, Einheit und Selbständigkeit der Nation dem Untergange nahe gebracht.

Ohne Zusammenhang mit diesem staatlichen Leben ist Luther erstanden. Daß er aber aus seinem religiösen Drange heraus so tief in die Zeit eingreifen, eine neue kirchliche Ordnung aufrichten konnte, verdankte er der staatlichen Lage. Ein Einheitsstaat, wie er sich inzwischen in den anderen führenden Ländern Europas herausgebildet hatte, hätte sich unter dem Oberhaupt, das nun einmal an Deutschlands Spitze stand, solcher Neuordnung widersetzt oder aber sie in anderer Form durchgeführt, schwerlich die Verbindung mit Rom völlig gelöst. Daß das notwendig wurde, verdankt Rom allein sich selbst; in der deutschen Reformation erntete es, was es gesät hatte. Für Deutschland aber war, wie die Dinge lagen, Zusammenhalt nur noch auf einem Gebiete möglich, entweder auf dem kirchlich-religiösen oder dem staatlichen. Es war ein unschätzbares Glück, daß die landesherrlichen, insbesondere kurfürstlichen Bestrebungen nach Reichsreform noch unmittelbar vor Luthers Auftreten zu einer wenn auch losen, doch gesetzmäßigen Reichsordnung geführt hatten. Sie war besser als die Auflösung, an deren Stelle sie trat.

Durch Luther griff das deutsche Volk zum zweiten Male mächtig ein in den Gang der Weltgeschichte. Den Weg, den es einst der Kirche durch seine Kaiser geöffnet hatte, verschloß es ihr wieder durch seinen Reformator. Ist des Papstes Macht nicht denkbar ohne unsere Kaiser, so der Sieg der Laienbildung über die Kirche nicht ohne Luther. Er ist der wirkungsvollste Vorkämpfer geistiger Freiheit gewesen, den die Christenheit gesehen hat.

Trotz der Glaubens- und Kirchenspaltung, die sich an Luthers Namen knüpft, kann ihm das Lob nicht versagt werden, folgenreich mitgearbeitet zu haben an dem Aufbau deutscher Geisteseinheit. Humanismus und Reformation waren nach der Verbreitung des Christentums die ersten großen geistigen Bewegungen, die unser gesamtes Volk in allen seinen Verzweigungen und in den Gebieten beider Zungen, der nieder- wie der oberdeutschen, ergriffen. Der Reformation verdanken wir vor allem, was sonst mitwirkte, die gemeinsame deutsche Sprache, die Erbin des Lateins und Mittel

geistigen Austausches werden sollte, soweit Deutsche wohnen. Seitdem haben sich die Geistesanliegen der Nation langsam aber sicher zu Gesamtangelegenheiten, zu nationalen Fragen, zum Ringen um eine deutsche Bildung ausgestalten können.

Es hat noch Jahrhunderte gedauert, ehe sie auf diesem Wege nähere Fühlung mit den Erfordernissen des deutschen Staates gewannen. Ihnen zu genügen, war durch die religiöse Trennung noch mehr erschwert worden. Es ist als ein unleugbares Glück anzusehen, daß das Haus Habsburg seine Macht zugleich an unserer Ost- und an unserer Westgrenze aufrichtete, und daß im Kampfe gegen Türken und Franzosen sein Vorteil mit dem des Deutschen Reiches und Volkes zusammenfiel.

Es hat durch Ferdinand II. den Versuch gemacht, dem protestantischen Teil Deutschlands sein Bekenntnis und im Zusammenhang damit dem Reiche eine stärkere Kaisergewalt aufzuzwingen, und hat dadurch den unheilvollsten Krieg herauf beschworen, den die deutsche Geschichte kennt. Während dieser tobte, offenbarte sich mit voller Klarheit die Stellung unseres Landes inmitten seiner glücklicheren Nachbarn. Sie kämpften ihre Machtfragen auf unserem Boden aus und suchten sie zu lösen durch Aufteilung unseres Gutes. In zwei Anliegen hat doch diese entsetzliche Prüfung Klarheit geschaffen. Es erwies sich als unmöglich, Deutschlands religiöse Einheit mit Waffengewalt herzustellen und ebenso, auf diese Weise Österreich zum Herrn in Deutschland zu machen. Ein anderer Weg mußte gefunden werden, einen wirklichen deutschen Staat zu begründen.

Er mußte gefunden werden und ist doch kaum irgend wie und irgend wo gesucht worden. Die Übergriffe Ludwigs XIV. stachelten an, was noch an Gesamtgefühl in der Nation lebte. Sie genügten, dem Verhältnis zu Frankreich eine Schärfe zu geben, die ihm früher fremd gewesen war, nicht aber, den deutschen Gedanken in unserem staatlichen Leben einzubürgern. Er hat sich völlig neu einen Platz erringen müssen. Es ist geschehen durch Preußens Emporkommen. Friedrich der Große hat seinem Staate eine Stelle im Kreise der Großmächte erobert. Damit war deutschen Rechten

und Ansprüchen neben Österreich ein zweiter Vorkämpfer erwachsen, aber in dem Gegensatz beider Staaten auch ein neues Moment der Spaltung geschaffen.

Preußen hatte sich zur Geltung bringen müssen im Gegensatz nicht nur zu Österreich, sondern auch zum weitaus größeren Teile von Deutschland. Dabei hatte Friedrich der Große doch Sympathien erweckt als deutscher Held. Sein Tun hat nicht nur das preußische, sondern auch das deutsche Nationalgefühl gehoben. Von entscheidender Bedeutung ist aber geworden, daß nicht nur ohne, sondern geradezu gegen ihn das deutsche Geistesleben einen gewaltigen Fortschritt machte, daß das Jahrhundert, dem er angehörte, auch eine auf sich gestellte deutsche Literatur schuf, die sich ihres Wertes bewußt war. Es erstand ein Volk, das durch kein staatliches Band, wohl aber durch die gleiche Richtung seines Geisteslebens zusammen gehalten war. Die neue Denk- und Empfindungsweise verbreitete sich nicht überall, wo Deutsche wohnten, in gleicher Stärke; sie war mehr vom protestantischen als vom katholischen Teile des Volkes getragen; aber sie machte keineswegs Halt an der Grenze der Bekenntnisse und war bewußt deutsch.

Ohne das Bestehen dieser geistigen Gemeinsamkeit ist das Zustandekommen eines lebensfähigen deutschen Staatswesens im 19. Jahrhundert nicht denkbar. Was ihr diente, ist von den verschiedenen Richtungen her, die in ihr vertreten waren, durch die Stürme, die Revolution und Napoleon über Deutschland heraufbeschworen, mit dem Gedanken deutscher Staatsbildung in Fühlung gebracht worden. Erst dadurch konnte aus dem Trümmerhaufen des Alten Neues erstehen. Preußen, das im Kampfe gegen den Unterdrücker den deutschen Gedanken am kräftigsten und reinsten vertreten hatte, ging aus der Neugestaltung der Dinge unbefriedigt hervor. Österreich entzog sich den Aufgaben der Grenzdeckung gegen Frankreich. So floß Preußens Streben nach Befestigung seiner fragwürdigen Machtstellung zusammen mit dem immer dringender und klarer sich äußernden Verlangen des deutschen Volkes nach einem starken Einheitsstaate. In den Persönlichkeiten Bismarcks und Kaiser

Wilhelms I. stellt sich die volle Vereinigung dar. Sie gingen aus vom Preußentum; sie endeten im Deutschtum. Der Sonderstaat und der Gesamtstaat wurden unzertrennlich mit einander verschmolzen, an einander gekettet. Es hat nicht geschehen können ohne Preußens Schwert, aber auch nicht ohne deutsches Denken, Fühlen und Glauben.

Die Einigung ist keine allumfassende geworden, nicht das, was Arndt besang. Unendlich oft ist ihr das zum Vorwurf gemacht, ihre Berechtigung dieses Mangels wegen oft bestritten worden. Aber es hat sich vollzogen, was geschichtlich möglich war. Das sind eben die nimmer verwachsenden Narben, die das Volk der Mitte Europas aus zweitausendjährigem Kampfe davon getragen hat, daß es hier Glieder seines Leibes hat einbüßen, dort fremde Bestandteile in seinen Körper hat aufnehmen müssen.

Hergänge, die Jahrhunderte zurück liegen und ihre Erklärung in unserer staatlichen Schwäche finden, haben die Niederlande, haben die Eidgenossenschaft von unserem Reiche gelöst, unserem Volkstum zum Teil entfremdet. Es ist für immer geschehen. Kein besonnener Reichsdeutscher wird mit dem Gedanken einer Wiedervereinigung auch nur spielen.

Und nicht anders schien es mit dem Schnitt, den das Jahr 1866 vollzog. Er war das unvermeidliche, das unausbleibliche und auch das erlösende Ergebnis unserer Geschichte. Habsburg und Hohenzollern konnten nur neben, nicht über oder unter einander gedacht werden. Die jetzt geschaffene Lage gibt der Frage eine andere Gestalt. Die Verbindung mit dem Völkergemisch der Donau- und Karpathenländer, die durch das Haus Habsburg gegeben war, läßt sich in der bisherigen Form nicht wieder herstellen. Die Wiedervereinigung der Deutschen Österreichs mit dem Reiche, dem sie durch ein Jahrtausend angehörten, wird aber beiderseits sehnlichst gewünscht und wäre für beide Teile ein unschätzbarer Gewinn. Aber eben deshalb wird sie von der Entente untersagt; sie will nichts dulden, was Deutsche fördert. Hier ist deutscher Staatsmannschaft die für die Folgezeit nächste und wichtigste Aufgabe gestellt.

Unserer Geschichte verdanken wir es auch, daß Brocken unseres Volkstums über alle Lande zerstreut sind. Der mittelalterliche Kolonisationstrieb, der unsere Art weithin über den Osten verbreitete, ist nie völlig erstorben. Er ist stark zurückgeschnitten worden durch die nationale Reaktion, die im 15. Jahrhundert in tschechischen und polnischen Landen die Herrschaft erlangte. Dann sind über die deutschen Bewohner Polens im Gefolge der Reformation schwere Zeiten herein gebrochen. Da sie sich dem neuen Glauben anschlossen, bekämpfte man sie aus doppeltem Anlaß, aus dem neuen und gleich schärfer als aus dem alten. Auch in die livländischen Gebiete, die ja der Fremdherrschaft verfielen, sind nach dem 15. Jahrhundert nur noch vereinzelte Deutsche, meistens Stadtbewohner, eingewandert.

Der Dreißigjährige Krieg hat es für längere Zeit unmöglich gemacht, Menschen abzugeben, soweit die Not sie nicht hinaus trieb. Als aber die Bevölkerung wieder wuchs und dann Englands nordamerikanische Kolonien zur Besiedelung einluden, während ungefähr gleichzeitig Ungarn ein Besitz der Habsburger geworden war, mehrte sich auch wieder die Auswanderung. Die blühenden deutschen Bauern-Kolonien im südlichen Ungarn entstammen dem 18. Jahrhundert, ganz überwiegend der Regierung Maria Theresias; Pennsylvanien trat in die Union ein mit deutscher Staatssprache neben der englischen. Katharina II. hat deutsche Kolonisten in nicht geringer Zahl nach Rußland gezogen; die Wolga-Siedelungen verdanken der deutschen Fürstentochter ihren Ursprung.

Das verflossene Jahrhundert hat der deutschen Auswanderung einen Umfang gegeben, wie er früher nie erreicht worden ist. Von der mittelalterlichen Bewegung unterscheidet sich die neuzeitliche vor allem durch Zerstreuung in weiteste Fernen. Es gibt keinen Erdteil, in dem deutsche Siedler sich nicht in größerer oder geringerer Zahl geschlossene Wohnsitze geschaffen hätten, nicht nur in den verschiedensten Gegenden Nordamerikas, sondern auch in Brasilien, Chile und Argentinien, in Südafrika, Australien, Kaukasien und Syrien und nicht zuletzt in den südlicheren Gegenden des europäischen Rußlands. Zerstreut sind sie überall in der Welt. Nirgends

aber hat bis in die jüngste Gegenwart herab Umsiedelung stattgefunden in unmittelbarer Anlehnung an unser geschlossenes Volkstum. Erst mit dem Ansiedelungsgesetz von 1886 hat Preußens Regierung für die Provinzen Posen und Westpreußen wieder zurückgegriffen auf das bewährte mittelalterliche Verfahren, dem unser Volk so viel verdankt. Der Ausgang dieses Krieges scheint leider die geleistete Arbeit wieder vernichten zu wollen.

Die Millionen, die, besonders in den mittleren und in späteren Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, das Vaterland verließen und sich draußen eine neue Heimat suchten, sind uns bis auf verschwindende Ausnahmen staatlich verloren gegangen. Es ist ein neuer abgesprengter Brocken, an Umfang und Wert kaum einem anderen nachstehend. Es möchten im Laufe des letzten Jahrhunderts insgesamt nicht so sehr viel weniger Deutsche hinaus gezogen sein, als im zertrümmerten österreichisch-ungarischen Staatswesen leben. So wenig wie bei den anderen besteht auch bei diesem Verlust eine Möglichkeit, ihn wieder einzubringen. Die Erwägung, daß die Auswanderung seit anderthalb Jahrzehnten fast ganz aufgehört hatte, an ihre Stelle eine nicht unerhebliche Einwanderung getreten war, die zum Teil mit unserem Volkskörper verschmolz, vermag keinen Trost zu spenden. Der Zuzug wird aufhören, vermag ja auch den Verlust nicht zu ersetzen.

Es bestand der natürliche Wunsch, auch bei dem weitaus größeren Teile der Hinausgezogenen, eine Verbindung mit der Heimat aufrecht zu erhalten. Deutscher Brauch und deutsche Sitte, deutsche Sprache und deutsche Kultur wurden als Güter empfunden, die man nicht ohne Not missen mochte. Staatliche Macht konnte da nicht allzu viel tun. Sie mußte sich Zurückhaltung auferlegen, da die weite Verbreitung deutscher Volksteile im Auslande nicht selten Mißtrauen und Besorgnis erregte, noch häufiger benutzt ward, das Reich zu verdächtigen, ihm Absichten und Pläne unterzuschieben, die nicht bestanden. Auch dachten unsere Volksgenossen im Auslande nirgends an eine staatliche Verbindung mit der Heimat; sie waren, auch wo sie ihr Deutschtum hoch hielten, treue, ja oft die

treuesten Untertanen der Obrigkeiten, die Gewalt über sie hatten. So mußte sich die Regierung darauf beschränken, die Auslandsdeutschen im engeren Sinne, die verhältnismäßig geringe Zahl derer, die noch Untertanen des Reiches waren, zu schützen und zu stützen. Die Gemeinsamkeit mit der großen Masse der Deutschsprechenden draußen, die ihnen und uns am Herzen lag, konnte nur eine kulturelle und, damit im Zusammenhang stehend, eine wirtschaftliche sein. Der Weltkrieg hat auch diese Form der Gemeinschaft in Frage gestellt. Der Auslandsdeutsche ist Opfer blinder Verfolgungswut geworden; in der Union, für deren Einheit Zehntausende ihr Leben ließen zu derselben Zeit, als auch die deutsche Einheit erstritten wurde, ist er Bindestrich-Amerikaner geworden. Ein Feld der Betätigung wie bisher steht nicht mehr offen, ein weiterer empfindlicher Verlust, den wir verwinden müssen.

Weit mehr noch als bislang schon werden also Bestehen und Geltung unseres Reiches abhängen von den Leistungen seiner Bewohner und zwar nicht nur in wirtschaftlichem und politischem, sondern ganz in allgemeinem Sinne, von ihrer Tüchtigkeit, von der Gesundheit unserer heimischen Zustände. Unser Volk hat gewaltig gewonnen an Lebenskraft und Lebensäußerungen, seitdem es zunächst wirtschaftlich und dann auch politisch zu einer Einheit zusammen wuchs. Der äußere Fortschritt drängte sich jedem auf, der ein halbes Jahrhundert zurückblicken konnte, überwältigend dem, der Deutschland verließ und es erst nach einem solchen Zeitraum wieder sah. Genauer als frühere Zeiten können wir ihn ziffernmäßig feststellen und jeden Zweifel zerstreuen. Wir haben mit allen Nationen Schritt gehalten, die meisten übertroffen. Wir standen auf eigenen Füßen und hatten in unseren wirtschaftlichen Errungenschaften etwas zu bieten. Auch das Ausland erkannte das mit wenigen Ausnahmen an. Aber es meinte nicht selten, daß wir andere geworden seien, als wir zuvor waren. Es hatte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewöhnt, seine Hochachtung, soweit es zu solcher willig war, dem Volke der Dichter und Denker darzu

bringen; jetzt sah es in uns vor allem die erfolgreichen Soldaten und Erwerbsleute.

Wir hatten in der Förderung unseres Wohlstandes nachzuholen. Allzu schwer hatte die Zersplitterung auch auf unserem Erwerbsleben gelastet, allzu oft und heftig Kriegesnot uns heimgesucht, als daß wir es zu mehr als einem dürftigen Dasein hätten bringen können. Von einer großen, reichen, nach außen sich darstellenden Kultur hatten wir nicht allzuviel aufzuweisen; entwickeltere Lebens- und Verkehrsformen waren bei uns ein Sondergut bevorzugter Kreise geworden. „Preußen hat sich groß gehungert." Man kann die Äußerung unseres Kaisers auf Deutschland übertragen, ohne etwas Falsches zu sagen.

Das war anders geworden. Wir zählten unter die wohlhabenden Völker und mühten uns unausgesetzt und mit Erfolg, unseren Wohlstand zu mehren. Wir hatten uns auch den gebesserten Verhältnissen entsprechend, nicht selten auch darüber hinaus, eingerichtet und fuhren fort, unser Heim nicht nur wohnlicher, sondern auch glänzender auszustatten. Aber mit alldem war auch ein neuer Geist eingezogen. Wir sind nicht zufriedener, nicht glücklicher geworden, als da wir uns anspruchslos und einfach auch kleinen Besitzes, dürftiger Umgebung und bescheidener Zerstreuungen freuten. Eine veränderte Lebensauffassung breitete sich bedenklich aus; weite Kreise hatte ein Geist der Unruhe ergriffen, der rastlos vorwärts drängte, vor allem nach Erwerb und dem Genuß, den Erwerb zugänglich machen kann. Die Freude an der Arbeit selbst war vielfach zurück getreten hinter der Freude am erwarteten Gewinn. Realismus, Materialismus fanden plumpe Vertreter in erschreckender Zahl, die nur noch die Güter des Tages schätzten und priesen.

Und sie bemächtigten sich nicht nur unseres Sinnens und Trachtens im Schaffen und Mühen, sie stellten sich auch in den Geistesfreuden, die uns über den Tag hinaus heben sollen zu geläutertem Denken und Empfinden, breit in den Vordergrund. Weiteste Kreise waren eines behäbigen Wohlstandes, einer gewissen Bildung teilhaftig geworden und gewannen mit ihrem Urteil und ihrem Geschmack Einfluß auf die Darbietungen der Kunst so ziemlich auf jedem Ge-

biete. Wie konnte es anders sein, als daß sie, die, wie man sagt, „nach Brot geht", sich anpaßte den Erwartungen, mit denen man ihr begegnete. Nicht zuletzt richteten sich diese Erwartungen mit zunehmendem Nachdruck auf Anreizung zu gesteigertem Sinnenleben. Man hatte die Empfindung, als könnten dereinst Deutsche und Franzosen neben einander gestellt werden wie vormals Griechen und Römer. Das römische Schwert ward Meister über die entarteten Hellenen; aber die Sieger unterlagen den vergiftenden Unsitten, welche die Besiegten bei ihnen einschleppten. Unsere Reichshauptstadt wetteiferte mit der französischen auf einem Felde, auf dem sie ihr kampflos den Preis hätte überlassen sollen. Eine widerwärtige Schund- und Schmutzliteratur, die um schnöden Gewinnes willen jede Scham verleugnete Darbietungen, die logen, daß sie Kunst seien, verseuchten bei uns, wie nur je im Seine-Babel, die Gemüter. Und das Gleiche ist nicht einmal das Gleiche. Das, womit der Franzose spielt, bricht dem Deutschen das sittliche Rückgrat. Er hat es nun einmal nicht gelernt, sich über das sechste Gebot frivol hinweg zu setzen. Der Romane kann das tun und männliche Tatkraft bewahren, der Deutsche nicht. Wir haben durch die Jahrhunderte den Ruhm genossen, ein reines, ein keusches, ein treues Volk zu sein. Es war die Quelle unserer Kraft. Wir hörten jetzt Ausländer, vereinzelt mit Teilnahme, überwiegend mit schlecht verhohlener Schadenfreude, tuscheln und fragen: Sind denn die Deutschen noch das sittenreine, das ehrliche, das zuverlässige Volk, das zu sein sie sich rühmten und gerühmt wurden?

Gewiß ließ sich mancherlei sagen, solche und ähnliche Bedenken zu beschwichtigen. Der Übergang von kleinen und dürftigen zu stattlichen, ja reichen Verhältnissen erfolgte rasch, im engsten Anschluß an blendende Taten. Die wenigen Jahrzehnte genügten nicht, sich einzuleben. Wir durften hoffen, es würden sich die Formen finden, in denen das neue Dasein sich in ruhigeren Bahnen fortbewegen lerne. Auch schien unsere Kultur zu fest gefügt, als daß man zu befürchten brauchte, sie so leicht gesprengt zu sehen. Unser öffentliches Leben in Staat und Gemeinde, in jeder Form landschaftlicher und körperlicher Selbstverwaltung war so auf vertrauenswürdigste

Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit gestellt, daß nicht leicht schien, es ins Wanken zu bringen. Wir durften glauben, daß es wohl kein Land gebe, das auf diesem Boden über festere Grundlagen seines Bestandes verfüge. Auch war die Fähigkeit zu entsagungswilliger, schaffensfreudiger Hingabe, die uns christliche Gesittung in notvollen und mühereichen Jahrhunderten anerzogen hatte, noch nicht geschwunden. Unser fortdauerndes glückliches Bestehen im Wetteifer mit anderen Nationen in wirtschaftlicher und nicht zuletzt auch in wissenschaftlicher Tätigkeit wäre ja sonst nicht möglich gewesen. Der Blick konnte sich auch hoffnungsfreudig beleben, wenn er des Gemeinsinns gewahr ward, den die Gegenwart in freiwilliger Betätigung stärker offenbarte als manche frühere Zeit. Daß andere Nationen weniger befallen waren von dem Geiste, den wir mit Bedenken in unserer Mitte Macht gewinnen sahen, ließ sich auch nicht behaupten. Die Gegenwart zeigt leider, daß wir die Gefahren, die in der Ausbreitung dieses Geistes lagen, zu gering einschätzten. Dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch geht ein sittlicher zur Seite, der vaterländisches Empfinden fast noch tiefer beugt.

Diese Lage ist um so ernster, als unser Dasein in zwiefacher Hinsicht schwerer belastet ist als das irgendeines anderen großen Volkes. Uns drückt die Wucht unserer konfessionellen Spaltung und unserer mitteleuropäischen Lage.

Die Verschiedenheit der Bekenntnisse erschwert bei uns die Behandlung der beherrschenden Zeitfrage, der Frage der sozialen Schichtung und ihrer Stellung zum Staate, in einer Weise, wie man das anderswo nicht kennt. In den Versuchen, die richtige Antwort zu finden, durchkreuzen sich staatliche und kirchliche Bestrebungen, religiöse und politische Überzeugungen mit verwirrendem Eifer. Ernster als je zuvor wird die Frage nach der Stellung der Religion überhaupt aufgeworfen. Die Geschichte weiß es nicht anders, als daß die sittlichen Vorstellungen der Völker sich aufbauen auf der Grundlage der Religion. Ist es möglich, einen

anderen Boden zu gewinnen? Unsere Zeit stellt christliche Lehre vor ein schwierigeres Problem, als ihr je eins gegenüber trat.

Wenn früher fast allein philosophisches Denken an unseren religiösen Vorstellungen Kritik zu üben versuchte, so haben jetzt naturwissenschaftliche und geschichtliche Forschung, und zwar unabhängig von einander, die Quellen unserer religiösen Erkenntnis in ein ganz neues Licht gesetzt; sie haben ihre Geltung im alten Sinne in Frage gestellt. Davor kann auch der Gläubige seine Augen nicht verschließen. Selbst im Kreise der katholischen Theologie beteiligt man sich an der Bibelforschung in diesem Sinne. Wie werden die Kirchen sich zu diesem Wandel stellen? Wird fortdauernd versucht werden, ihm allein mit schroffer Ablehnung zu begegnen? Kann ein solches Verhalten Erfolg in kirchlichem Sinne haben? Wird andererseits angestrebt werden, die neue Erkenntnis einzufügen in unsere religiösen Anschauungen? Wird das möglich sein, ohne christlichen Glauben und christliche Weltauffassung ernstlich zu gefährden? Werden sie ihre Bedeutung als Grundlage der öffentlichen Moral auch in anderer Form als der überkommenen behaupten können? Das sind Fragen, die sich unwiderstehlich aufdrängen. Darüber können alle Urteilsfähigen nur gleicher Meinung sein, daß Glauben und Wissen sich nicht ausschließen, daß sie nicht nur neben einander bestehen *können*, sondern müssen. Aber ebenso unbestreitbar ist, daß ihr Geltungsbereich nicht zu allen Zeiten der gleiche war und sein wird, und daß jede Zeit, in der ihre Abgrenzung schwankt, in ihren Grundlagen unsicher wird. Wir gehen gefährlichen Geisteskämpfen entgegen, deren Durchführung erschwert werden wird durch die grundverschiedene Gestaltung unserer beiden Kirchen.

Wie wird unsere öffentliche Ordnung, wie unser Staatsleben das jetzt überstehen? Die inneren Gegensätze, die uns unsere Geschichte so zahlreich und so einschneidend überlieferte, hatten im neuen Reich angefangen sich auszugleichen. Das Verständnis für die Notwendigkeit der Einheit, nicht nur für die Gesamtheit, sondern für jede Einzelgruppe, war im Wachsen begriffen. Wir durften hoffen, daß es stets stark genug sein werde, alle zusammenzuführen in

dem festen Willen, diese Einheit aufrecht zu erhalten gegen jede Einmischung, gegen jeden Angriff von außen her. Durch Jahrhunderte standen die dynastischen Gewalten unserer Einheit im Wege. Der Krieg sah sie in unverbrüchlichem Bunde zusammengeschworen, bereit, zu stehen und zu fallen mit dem Reiche. Die Revolution hat die Verantwortung für seine Erhaltung auf das Volk selber übertragen. Es hat sich ihr bis jetzt nicht gewachsen gezeigt. Es hatte durch die Begründung des Reiches große Rechte gewonnen; es war und ist wahrlich eine Lüge, wenn man von einem rechtlosen und unfreien deutschen Volke sprach und spricht. Es hat jetzt in einem Maße Verfügung über sein eigenes Geschick wie kaum eine andere Nation des Erdballs. Aber jedem Recht stehen Pflichten gegenüber, um so zahlreicher und schwerer, je größer jenes. Unser Volk kann ihnen nur genügen, wenn es sich klar macht, daß unsere gegenwärtige Lage uns mit der Vernichtung nicht nur unseres staatlichen, sondern auch unseres kulturellen Seins bedroht, mit unserer Verdrängung aus dem Kreise der führenden Völker, unserer Unterordnung unter diejenigen Nationen, die einen einheitlichen Willen haben und ihn zur Geltung zu bringen vermögen.

Man kann seine Hoffnungen nicht auf eine internationale Zukunft bauen. Daß der Revolutionsgedanke noch weitere Wellen kreise ziehen könnte, ist eine Erwartung, die sicher täuscht; aber wenn sie auch zutreffen sollte, so wird es keine internationale Ordnung der Menschheit geben. So lange die Welt steht, hat das Nationale tiefer gegriffen als das Soziale. So wird es auch in aller Folgezeit sein. Die starken Völker werden die schwachen beherrschen, sie nach ihrem Sinne und zu ihrem Vorteil lenken. Es wird nie einen Völkerbund geben, in dem allein das Recht herrscht. Wer von diesem Schwindel noch heute redet, ist entweder ein Tor oder ein Betrüger. In jedem Völkerbund, wie er auch immer geformt sein mag, werden die Mächtigen die Herren sein. Ohne Macht ist der Deutsche als Glied eines solchen Bundes Diener der Fremden.

Zur Zeit sind wir ohne Macht. Wir können sie auch nur in langer Arbeit wiedergewinnen. Voraussetzung des Erfolges aber bleibt immer, daß wir uns selbst wieder finden, uns erheben aus dem Tiefstand sittlichen Seins, in den wir hinabgesunken sind. Wir müssen uns erinnern der Quellen unseres Aufstiegs, unseres Wohlergehens. Wir waren ein fleißiges, arbeitsames, ein schlichtes und einfaches, sparsames und genügsames Volk; wir hielten auf Treu und Glauben, auf Manneswort und Mannesehre; unsere Sitten waren rein; wir verabscheuten den Schmutz; wir wußten uns unterzuordnen, wenn das Wohl des Ganzen es verlangte; wir waren ein Volk, das auf Zucht und Ordnung hielt; in dem allen lag unsere Stärke. So haben wir es selbst verstanden, so haben es die Fremden wieder und wieder anerkannt. Der Umsturz hat nicht nur unsere staatliche und wirtschaftliche Ordnung, nein, er hat unsere ganze Denk- und Empfindungswelt auf den Kopf gestellt. Kein Beobachter der gegenwärtig herrschenden Zustände kann einen anderen Eindruck gewinnen. Man hört sagen, das werde vorübergehen. Gott gebe, daß recht behalten, die so glauben. Es hat aber auch schon Völker gegeben, die in solcher Lage verkommen und untergegangen sind, auch ohne daß Fremde in dem Umfange ihre Vernichtung als Vorteil ansehen konnten, wie das bei uns Deutschen jetzt der Fall ist. Wer da glaubt, daß das Ausland aus Furcht vor eigenem Schaden uns nicht recht- und machtlos lassen werde, möchte schweren Enttäuschungen entgegengehen. Wir müssen uns selbst retten; daß wir damit nicht nur uns selbst, sondern auch die Menschheit fördern, darf mit gutem Grunde unsere Überzeugung sein. Denn der Untergang deutscher Art wäre ein Verlust für sie, vielleicht der schwerste, den sie je erlitten hat. Des Dichters Wort, daß am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen solle, hat denn doch einen mindestens ebenso guten Grund wie die zahlreichen ähnlichen Äußerungen anderer Völker über ihren besonderen, ihren Vorzugswert. Die früheren Ausgaben dieses Werkes haben abgeschlossen mit Versen des gleichen Dichters, der wie kein anderer der jüngsten Vergangenheit vaterländisch ins

Herz gesungen hat. Man kann schwankend werden, ob sie noch am Platze sind. Aber den Glauben an unser Volk darf niemand aufgeben; es wäre sonst alles verloren. So mögen sie hier auch jetzt wieder ihre Stelle finden:

Mut und Treue sonder Fehle,
Einfalt, die von Herzen klingt,
Und den tiefen Zug der Seele,
Die nach ihrem Gotte ringt;
Wahrst du die, wohlan, so wage
Jeden Kampf voll Siegeslust,
Denn du trägst zukünft'ger Tage
Frohe Bürgschaft in der Brust.



Namen- und Sachverzeichnis.

Abkürzungen: Kg. = König, Kurf. = Kurfürst, Hz. = Herzog, G. = Gattin, S. = Sohn, T. = Tochter, Br. = Bruder.



